Wissenschaftliche Untersuchung zur NS-Belastung von Straßennamen

Abschlussbericht

erstellt im Auftrag des Staatsarchivs Hamburg

Dr. David Templin

Hamburg, 30.11.2017

Inhalt

I. Einleitung: Kriterien und Kategorien zur Bestimmung von „NS-Belastung“ ……..... 5

1. Vorbemerkungen ……...……..... 5

1.1. Straßennamen und Geschichtspolitik ……. 5

1.2. „NS-Belastung“ …….. 7

1.3. Auswahlsample …… 13

1.4. Quellenlage …….. 14

2. Kriterien zur Feststellung von „NS-Belastung“ ……..… 16

2.1. Mitgliedschaften in NSDAP und NS-Organisationen ……. 17

2.2. Politischer Aktivismus / Ämter in NS-Organisationen …… 21

2.3. Öffentliche Unterstützung des NS-Regimes …… 22

2.4. Nationalsozialistische Weltanschauung ……... 23

2.5. Materielle Vorteile („Nutznießerschaft“) ……..… 27

2.6. Schädigung von Personen im Kontext nationalsozialistischer Politik ……..… 29

2.7. Hilfe für Bedrohte und Verfolgte ……..… 30

2.8. Erfahrungen von Ausgrenzung, Schädigung oder Verfolgung ……..... 32

3. Typologie – Bildung von Kategorien …….. 33

4. Literaturverzeichnis ……..... 39

II. Kurzbiographien

1. Adolph Albershardt ……...…….. 41

2. Otto Ameis …….. 44

3. Albert Bannwarth ……..... 46

4. Heinrich Barkhausen ……... 49

5. Franz Beckermann ……..… 52

6. Carl Bensel …….. 54

7. Friedrich Bergius ……..... 57

8. Christian Boeck ……... 60

9. Heinrich Bomhoff ……... 64

10. Georg Bonne ……. 66

11. Hertha Borchert ……. 71

12. Conrad Borchling ……..… 74

13. Julius Brecht ……..……... 78

14. Carl Bulcke ……..……..... 85

15. Armin Clasen ……..……. 87

16. Lothar Danner ……..…… 91

17. Hermann Distel ……....… 95

18. Hans Duncker ……..…..… 97

19. Wilhelm Dwenger ……..… 99

20. Kurt Eckelmann ……..… 102

21. Erich Elingius ……..…… 106

22. Theodor Fahr ……..…… 109

23. Ernst Finder ……..…….. 113

24. Hans Förster ……..……. 116

25. Walter Frahm ……..…… 120

26. Paul Frank ……..…….... 124

27. Heinrich Graumann ……. 127

28. Gustaf Gründgens ……... 129

29. Konrad Hager ……..…..... 135

30. Christopher Harms …….. 137

31. Gerhart Hauptmann ……. 138

32. Theodor Heynemann ……... 144

33. Paul von Hindenburg …….. 148

34. Fritz Höger ……..…..... 154

35. Arthur Illies ……..…….. 160

36. Wilhelm Jensen ……..…. 164

37. Fritz Jöde ……..……..… 167

38. Heidi Kabel ……..…….. 171

39. Rudolf Klophaus ……..... 174

40. Friedrich (Fritz) Köhne ……... 178

41. Kurt-Adolf Körber …….. 183

42. Hans Leip ……..…….… 187

43. Siegfried Lenz ……..…... 192

44. Friedrich Lichtenauer …….…. 195

45. Hans Mahler ……..…..… 198

46. Helmut Nack ……..…..… 200

47. Emil Nolde ……..….…... 202

48. Franz Oehlecker ……..… 208

49. Friedrich Ostermeyer …….…. 211

50. Irmgard Pietsch ……..… 213

51. Walther Puritz ……..…... 215

52. Heinrich Reincke ……... 217

53. Richard Schorr ……..….. 222

54. Otto Sill ……..….….…... 226

55. Adolf Strüver ……..….… 229

56. Paul Sudeck ……..….….. 231

57. Friedrich Thieding ……... 234

58. Adolf Woderich ……..… 238

Einleitung

Kriterien und Kategorien zur Bestimmung von „NS-Belastung“

1. Vorbemerkungen

Das Staatsarchiv Hamburg hat den Verfasser im April 2017 mit der Erstellung eines wissenschaftlichen Gutachtens beauftragt, das die „Erstellung von Kurzbiographien von 60 Personen […] unter Berücksichtigung einer möglichen Verstrickung in NS-Gewaltverbrechen“ umfassen und darüber hinaus „Vorschläge zur Bildung von Kategorien zur Klassifizierung der NS-Belastung entsprechender Personen“ enthalten soll. Im Folgenden sollen zunächst (1.1.) einige Bemerkungen zur geschichtspolitischen Dimension der Ehrung von Personen im Zuge von Straßenbenennungen, (1.2.) zur Definition von „NS-Belastung“ und dem Bedeutungsgehalt des Begriffes im historischen Wandel, (1.3.) dem Sample der untersuchten 58 Personen und (1.4.) zur Problematik der Quellenlage erfolgen, bevor (2) Kriterien zur Feststellung von NS-Belastung bzw. dem Verhalten von Personen im „Dritten Reich“ und gegenüber dem Nationalsozialismus und der NS-Herrschaft entwickelt werden. Auf deren Basis erfolgt schließlich eine Bewertung und Einordnung der untersuchten Personen nach dem Ausmaß ihrer NS-Belastung. In Teil II der Studie finden sich die Kurzbiographien der 58 Personen.

1.1. Straßennamen und Geschichtspolitik

Wie Dietmar von Reeken und Malte Thießen herausgearbeitet haben, handelt es sich bei Straßenbenennungen (ebenso wie bei Ehrenbürgerschaften oder Denkmälern) um Ehrungen, die kollektive Norm- und Sinnsetzungen zum Ausdruck bringen, nicht selten jedoch zum Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Deutungskämpfe werden. Solche Ehrungen zielen in der Regel auf die Anerkennung der „Leistungen“ bestimmter Personen sowie die gesellschaftliche Erinnerung an diese. Mit dem historischen Wandel verändern sich jedoch auch die Maßstäbe dessen, was als ehrenwert, verdienstvoll oder vorbildhaft anerkannt wird und was nicht. Vor diesem Hintergrund handelt es sich bei Straßenbenennungen – und das gilt sicherlich im besonderen Maße für Umbenennungen – immer auch um geschichtspolitische Akte. Insbesondere politische Regimewechsel verdeutlichen den Wandel dieser Maßstäbe und damit verbundener „Ehrregime“ (von Reeken/Thießen), auch wenn gleichzeitig Kontinuitäten oder Brüche und Neukonfigurationen aufgezeigt werden können, die ohne Regimewechsel vonstattengingen. So war es etwa im Kaiserreich kaum möglich, Katholiken oder Sozialdemokraten zu ehren. Das „Dritte Reich“ wiederum brachte eine Fülle an neuen Ehrungen mit sich, indem Straßen und Plätze nach Adolf Hitler, Paul von Hindenburg oder nationalsozialis-

tischen „Märtyrern“ wie Horst Wessel oder Leo Schlageter benannt wurden. Parallel dazu wurden Straßennamen, die nach Personen jüdischer Herkunft oder Vertretern linker und republikanischer Parteien benannt worden waren, systematisch entfernt. Im Sample der vorliegenden Studie stammt lediglich jeweils ein Straßenname aus der Weimarer (Hindenburgstraße) und der NS-Zeit (Ernst-Finder-Weg), während alle anderen nach 1945 benannt wurden.

Für die unmittelbare Nachkriegszeit lässt sich eine erneute Zäsur ausmachen, als zahlreiche eindeutig NS-konnotierte Straßennamen, aber auch solche von Militärs, umbenannt wurden – auch wenn von einer „weitreichenden Entnazifizierung und Entmilitarisierung“ laut Rainer Pöppinghege wohl für kaum eine Stadt die Rede sein kann. Auch in den folgenden Jahrzehnten spiegelte sich in Straßenbenennungen oder -umbenennungen der geschichts- und erinnerungspolitische Wandel. In der Umbenennung der Hamburger Ernst-Thälmann-Straße in Budapester Straße etwa, die 1956 in Reaktion auf die sowjetische Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn und vermutlich auch vor dem Hintergrund des KPD-Verbotes erfolgte, wird anschaulich der Einfluss tagespolitischer Ereignisse, aber auch von makropolitischen Rahmenbedingungen wie dem Kalten Krieg, auf diese Praxis deutlich. Bei vielen Umbenennungen in der Bundesrepublik der Nachkriegsjahrzehnte blieb jedoch die Rolle der jeweiligen Namensgeber/innen in der Zeit des „Dritten Reiches“ weitgehend ausgeklammert. In den 1950er und 1960er Jahren kam es in manchen Orten sogar zu einer „Renaissance nationalistischer Bezeichnungen“ (Pöppinghege), aber auch Benennungen nach NS-Opfern und Widerstandskämpfer/innen sowie vermeintlich „unpolitische“ Benennungen nach Schriftsteller/innen, Künstler/innen und Vertreter/innen der Heimatbewegung waren nun gängige Praxis. Im Fall Hamburgs lässt sich Letzteres etwa an den Benennungen nach „niederdeutschen“ Heimatschriftstellern, -aktivisten und -forschern (vgl. die Biographien von ALBERSHARDT, BOECK, BORCHLING, FINDER, FÖRSTER, FRAHM, WODERICH) zeigen. Die Entwicklungen in der Benennungspolitik seit den 1970er und 1980er Jahren sind noch kaum erforscht, die zunehmende Berücksichtigung von jüdischen NS-Opfern bei Benennungen sowie kleinere Umbenennungswellen etwa im Fall Hindenburgs legen aber nahe, dass die zunehmende Thematisierung und Erforschung des Nationalsozialismus auch in dieser Hinsicht ihre Spuren hinterließ.

In den letzten Jahren ist es in zahlreichen deutschen Städten zu einer intensiven Debatte und Aufarbeitung der „NS-Belastung“ von Straßennamen sowie damit verbundenen Umbenennungen gekommen. Vor dem Hintergrund der historischen Forschungen zur NS-Zeit und des veränderten Blicks auf diese ist nun auch das Verhalten von Personen in den Fokus geraten, die nicht unbedingt klar als nationalsozialistische Aktivisten oder Funktionäre eingeordnet werden können. An entsprechenden Umbenennungsplänen oder -forderungen entzündeten

und entzünden sich vielfach lokalpolitische Auseinandersetzungen, bei denen die Rolle der jeweiligen Person in der NS-Zeit nur einen Bezugspunkt in der Debatte darstellt. Winfried Speitkamp hat mit Blick auf die Debatten, die um als „belastet“ geltende Straßennamen geführt werden, vier Formen des Umgangs unterschieden: erstens die Relativierung bzw. Verharmlosung von belastenden Momenten, etwa im Verweis auf die Zeitumstände oder durch die Aufrechnung mit Verdiensten; zweitens die Beibehaltung des Namens bei gleichzeitiger Umdeutung als negatives Erinnerungsmal bzw. der Kontextualisierung beispielsweise durch Erläuterungstafeln; drittens die partielle und viertens die vollständige Umbenennung einer Straße. Dabei geht es tendenziell nicht (mehr) nur um die Frage der „NS-Belastung“: Die aktuellen Debatten um „Kolonialstraßennamen“ zeigen, wie sich die Infragestellung vorhandener Ehrungen mittlerweile von der NS-Zeit auch auf andere Phasen der deutschen Geschichte verschoben hat.

1.2. „NS-Belastung“

1.2.1. Historischer Wandel der Perspektive

Die Bestimmung der NS-Belastung von Personen setzt zunächst einmal Klarheit darüber voraus, was unter dem Begriff „NS-Belastung“ zu verstehen ist – ein Begriff, der nur „schwer zu fassen“ sei, wie die Historiker Frank Bösch und Andreas Wirsching 2015 in ihrer Vorstudie zu NS-Kontinuitäten in den Innenministerien von BRD und DDR betont haben. Dabei steht der Begriff in einem engen Zusammenhang mit der politischen Frage nach dem Umgang mit Nationalsozialisten oder als „nationalsozialistisch belastet“ geltenden Personen, wie er bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit in den Entnazifizierungsverfahren deutlich wurde. Dabei wurde ein Raster hierarchisch abgestufter Kategorien entwickelt, die die Schwere der jeweiligen Belastung anzeigen sollten. Eingestuft wurden die überprüften Deutschen nun in „Hauptschuldige“, „Belastete“, „Minderbelastete“, „Mitläufer“ und „Entlastete“. Dem Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 zufolge wurde als „Belasteter“ gefasst, wer „Aktivist“, „Militarist“ oder „Nutznießer“ gewesen war. Beim Begriff der „NS-Belastung“ handelt es sich folglich um keinen wissenschaftlich-analytischen Terminus, sondern zunächst einmal um einen der politischen Justiz, mit dem anhand von bestimmten Kriterien die politische Schuld von Personen bestimmt werden sollte.

In den folgenden 70 Jahren veränderten sich jedoch die Perspektiven darauf, was als „Belastung“ zu fassen sei. Konkurrierten in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf alliierter Seite noch zwei Analysen um die Deutungshoheit – nämlich das Bild des Nationalsozialismus als Bündnis traditioneller Eliten mit dem Führungskern der NS-Bewegung auf der einen und das

einer auf autoritären und antiliberalen Weltbildern vieler Deutscher beruhenden breiten Massenbasis auf der anderen Seite –, so verschwand letzteres mit dem Scheitern des Entnazifizierungprojekts. Bereits mit der Übernahme der Verfahren durch deutsche Instanzen um 1947 setzte ein Prozess der schrittweisen Rehabilitierung der als „belastet“ eingestuften Personen ein. Wie Ulrich Herbert gezeigt hat, setzte sich seit den 1950er Jahren ein „Bild von den Nationalsozialisten als Verbrechertypen und sozialen Außenseitern“ durch – eine kleine Gruppe, die für die Verbrechen verantwortlich sei und mit der die deutsche Gesellschaft wenig zu tun gehabt habe.

In den großen NS-Prozessen der Nachkriegszeit standen die „Hauptkriegsverbrecher“ vor Gericht, Angehörige des „Korps der politischen Leiter“ der NSDAP, hohe SS-Führer, Wehrmachtsgeneräle, Unternehmer sowie Ärzte, Juristen und Diplomaten, denen vorgeworfen wurde, sich an Gewaltverbrechen beteiligt zu haben. Auch in Personalüberprüfungen, die es in den 1960er Jahren etwa im Bundesnachrichtendienst gab, wurde als Kriterium als problematisch geltender NS-Belastung lediglich die Bestimmung „verbrecherischer Organisationen“ im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess von 1945/46 (Korps der Politischen Leiter der NSDAP, Gestapo, SS, SD) zugrunde gelegt. Mit Blick auf das Bundesamt für Verfassungsschutz haben Constantin Goschler und Michael Wala dagegen für die 1970er Jahre eine schrittweise Ausweitung dessen, was als „NS-Belastung“ galt, festgestellt: „Ursprünglich waren darunter nur solche Personen gefasst worden, denen man konkrete NS-Verbrechen nachweisen konnte, in den frühen 1960er Jahren galten dann auch alle früheren Angehörigen verbrecherischer Organisationen wie SS und Gestapo als untragbar, und nun geriet die Frage nach der bloßen Parteimitgliedschaft ins Blickfeld. Die hatte bislang gar keine Rolle gespielt“.

Seit den späten 1970er Jahren kam es zu einer neuen Phase der verstärkten Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit in der westdeutschen Gesellschaft, und nun rückten Themen wie Antisemitismus, Zwangsarbeit oder „vergessene Opfergruppen“ (etwa Homosexuelle, Opfer von Zwangssterilisierungen oder Sinti und Roma) in den Fokus zeithistorischer Beschäftigung und politischer Initiativen. Mit der zunehmenden Erforschung der Zwangsarbeit und ihrer politischen Skandalisierung sahen sich in den 1990er und 2000er Jahren immer mehr Unternehmen gezwungen, sich mit ihrer NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen, entsprechende Studien in Auftrag zu geben oder in den schließlich eingerichteten Entschädigungsfonds einzuzahlen. Parallel dazu hatten die Kontroversen um die Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg auch in dieser Hinsicht das Feld und die Akteursgruppen ausgeweitet, die als potentiell „belastet“ in den Blick genommen wurden.

Was jeweils zeitgenössisch als „NS-Belastung“ eingestuft wurde und wie der Umgang mit solchen „Belastungen“ ausfiel, war insofern historisch variabel und erfolgte nicht zuletzt vor dem Hintergrund sich wandelnder Geschichtsbilder und neuer Forschungsperspektiven. Eine Historisierung des Begriffs und seines Wandels in unterschiedlichen gesellschaftlichen und zeitlichen Kontext steht jedoch, wie Christian Mentel und Niels Weise in ihrem Forschungsüberblick zur NS-Geschichte deutscher Bundesbehörden 2016 betont haben, noch aus.

1.2.2. Bisherige Kategorisierungsversuche

In der zeithistorischen Forschung gibt es bislang nicht viele Versuche, die Frage der NS-Belastung bzw. des Verhältnisses von Personen zum NS-Regime umfassend zu behandeln und entsprechende Kategorisierungen zu entwickeln. Dabei sind die Übergänge zwischen wissenschaftlichen Analysen und normativ aufgeladenen Gutachten, die mit einer Kategorisierung nicht selten gleichzeitig eine politische Empfehlung (Straßenumbenennung ja/nein) verbinden, fließend. Einzelne wissenschaftliche Gutachten, wie das 2013 am Institut für Geschichte der Universität Oldenburg entstandene, haben vor diesem Hintergrund auf Vergleiche, Kategorisierungen und eine damit verbundene Bewertung explizit verzichtet und sich auf die Analyse der jeweiligen, individuell eingenommenen „Rolle während der Zeit des Nationalsozialismus“ beschränkt. Im Folgenden soll jedoch zunächst ein Überblick über bisherige Kategorisierungen und Kriterien zur Bestimmung von NS-Belastung gegeben werden, bevor das in diesem Gutachten gewählte Vorgehen erläutert und begründet wird.

Die historische Fachkommission, die 2016 von der Bezirksversammlung Bergedorf eingesetzt wurde, unterscheidet in ihrer Stellungnahme (1) „eine persönliche Beteiligung an der NS-Politik von Terror, Ausgrenzung und Verfolgung“, die eine Umbenennung erforderlich mache, (2) eine NSDAP-Zugehörigkeit ohne eine Beteiligung an der genannten NS-Politik, die eine Umbenennung „angeraten, wenn auch nicht [...] zwingend erforderlich“ mache, sowie (3) das Fehlen dieser belastenden Kriterien, wodurch eine Umbenennung nicht erforderlich werde. Indem die Kommission lediglich die zwei Kriterien der *Parteimitgliedschaft* und der *Beteiligung an der Ausgrenzungs- und Verfolgungspolitik* (die in etwa der von Bösch und Wirsching vorgenommenen Unterscheidung zwischen „formaler“ und „materialer Belastung“ entspricht) heranzieht, werden jedoch andere Aspekte, die die Einstellung von Personen zum Nationalsozialismus und ihr Agieren deutlich machen könnten, ausgeblendet – etwa publizistische Aktivitäten oder andere Formen persönlicher Positionierungen.

Die 2012 eingesetzte Expertenkommission zur Überprüfung des Straßenverzeichnisses der Stadt Bremerhaven hat demgegenüber vier Kategorien gebildet:

- Ablehnung des NS-Regimes oder keine Nähe zum NS-Regime feststellbar
- Ambivalente Haltung zum NS-Regime
- Aktive Unterstützung des NS-Regimes
- Persönliche Beteiligung an Verbrechen

Im Unterschied zum Vorschlag der Bergedorfer Kommission, in dem zwar sehr wenige, dafür aber (relativ) klare Kriterien entwickelt werden, fehlt im Fall der Bremerhavener Kategorisierung eine nähere Erläuterung, was etwa unter „ambivalenter Haltung" oder „aktiver Unterstützung" zu verstehen ist. Wo und warum zwischen den jeweiligen Kategorien die Grenze verläuft, bleibt so unklar und die Einordnung von Personen wird zur persönlichen Abwägungssache der Gutachter/innen – mit aller damit verbundenen Willkür.

Die Freiburger Kommission zur Überprüfung von Straßennamen geht in ihrem 2016 veröffentlichten Abschlussbericht dagegen von fünf klar definierten Kriterien aus:

- Aktive Förderung des Nationalsozialismus bzw. des NS-Unrechtsstaates, von führender Position aus
- Aggressiver Antisemitismus bei solchen Personen, die Multiplikatoren darstellten und über entsprechenden Einfluss verfügten
- Extremer Rassismus in Theorie und/oder Praxis
- Militarismus in Form der Glorifizierung des Ersten Weltkrieges (Dolchstoßlegende)
- Extreme, unzeitgemäße Frauenfeindlichkeit

Diese Kriterien verweisen in erster Linie auf Herrschaftsverhältnisse bzw. Ideologien, die zum Teil als NS-typisch erscheinen, zum Teil aber auch nicht unbedingt stärker mit dem Nationalsozialismus als mit anderen politischen Systemen verbunden sind. Zusätzlich werden sie – im Fall der ersten beiden Kategorien – mit der Position einer Person in Staat und Gesellschaft verknüpft und teilweise stark spezifiziert („Glorifizierung des Ersten Weltkrieges"). Warum erst ein von Multiplikatoren verbreiteter Antisemitismus ein Belastungskriterium darstellt, während im Fall von Rassismus oder Frauenfeindlichkeit eine „extreme" Ausprägung als Maßstab genommen wird, erschließt sich jedoch nicht. Auf Basis dieser Kriterien wurde seitens der Kommission eine Unterteilung in „schwere", „teilweise" und nicht-gegebene Belastung vorgenommen. Als zusätzlich problematisch erscheint in diesem Fall, dass Formen der Zustimmung zum NS-Regime, die nicht „von führender Position aus" erfolgten oder ideologische bzw. gruppenfeindliche (antisemitische, rassistische, militaristische, misogyne) Züge annahmen, aus dem Raster fallen.

Das 2015 als Monographie veröffentlichte Gutachten zum Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen von Michael Schwartz bezieht sich, anders als in den bisher genannten Fäl-

len, nicht auf Straßennamen. Schwartz entwickelt in seiner Studie unterschiedliche Zugänge, bei denen er nicht nur nach Mitgliedschaften, Ämtern und Beteiligung an Verbrechen fragt, sondern auch biographische (Milieu-)Hintergründe, mögliche Kriegseinsätze und Verfolgungserfahrungen sowie politische Positionierungen mit einbezieht. Vor diesem Hintergrund stuft er Personen als „schwer belastet“ ein, die sich an Kriegsverbrechen beteiligten und hohe Funktionen in der NS-Besatzungsherrschaft bekleideten. In einer zweiten Kategorie fasst er als „in geringerem Maße, aber dennoch als NS-belastet“ höhere Funktionäre wie den NSDAP-Ortsgruppenleiter und Richter eines Sondergerichts, oder den Ministerialrat, der eine rassistische Germanisierungspolitik an Schulen in besetzten Gebieten zu verantworten hatte, zusammen. Als „lediglich geringfügig belastet“ erscheinen ihm frühere rechtsradikale Aktivisten mit nachlassendem Engagement, die in der Zeit des „Dritten Reiches“ als „Mitläufer“ erscheinen. Schließlich bildet er eine vierte Kategorie von „vollkommen unbelastet“ geltenden Personen, denen beispielsweise konkrete Widerstandshandlungen nachgewiesen werden können. Schwartz´ Kategorisierung ist meines Erachtens wenig überzeugend bzw. übertragbar, da sie zum einen klare Kriterien für die jeweiligen Kategorien bzw. Urteile vermissen lässt, so dass es letztlich willkürlich bleibt, warum die Beteiligung an einem NS-Sondergericht nicht als „schwere Belastung“ zu gelten habe. Hinzu kommt, dass sich die Studie auf einen spezifischen Personenkreis von politisch aktiven Heimatvertriebenen bezieht, deren Involvierung in NS-Verbrechen zum Teil deutlich stärker ausfällt als bei den Personen des hier untersuchten Samples.

Eine in jüngster Zeit veröffentlichte umfangreiche Studie von Uwe Danker und Sebastian Lehmann-Himmel zur NS-Belastung schleswig-holsteinischer Landtagsabgeordneter nach 1945 verspricht demgegenüber einen wesentlich systematischeren Zugang zu bieten. Danker und Lehmann-Himmel gehen von einer Unterscheidung in fünf „Grundorientierungen“ aus, die wiederum in 22 „Typen“ unterteilt werden. Ihr Modell soll, so der Anspruch, „eine grundlegende Einordnung des Verhaltens der jeweiligen Person während der NS-Zeit“ leisten, für die der Anspruch des NS-Staates auf Konformität und Mitwirkung am Regime den Bezugspunkt bildet. Einbezogen werden neben formalen Mitgliedschaften auch reale „Rollen, Erfahrungen, Verhaltensmuster und prägende Wurzeln“. Als Grundorientierungen unterscheiden Danker und Lehmann-Himmel zwischen (1) „oppositionell / gemeinschaftsfremd“, (2) „angepasst / ambivalent“, (3) „systemtragend / karrieristisch“ und (4) „exponiert / nationalsozialistisch“, sowie als Sonderfall (5) „ns-sozialisiert“. Während die erste Kategorie eindeutig Ausgegrenzte und Verfolgte bezeichnet, werden mit der vierten Kategorie höhere Funktionäre von Partei und Staat bezeichnet. Mit Blick auf das von mir untersuchte Sample ließe sich so

gut wie keine der 58 Personen in eine dieser beiden Kategorien einordnen, vielmehr bewegte sich das Verhalten in der Terminologie von Danker und Lehmann-Himmel bei allen Personen zwischen „angepasst / ambivalent“ und „systemtragend / karrieristisch“. (Die Benennung der vierten Kategorie erweckt allerdings den unzutreffenden Eindruck, lediglich hohe Funktionsträger ließen sich als „nationalsozialistisch“ bezeichnen.)

Blickt man nun auf die elf Typen, die Danker und Lehmann-Himmel in den zwei mittleren Kategorien zusammenfassen, so basieren diese entweder auf dem politischen Verhalten von Personen („Jongleur_in“, „Politisch Angepasste_r“), ihrer inneren Einstellung („Innere_r Emigrant_in“, „Politisch Enttäuschte_r“) oder aber auf den von ihnen ausgeübten Funktionen („Höherer Wehrmachtsakteur“, „Höhere_r Verbandsfunktionär_in“, „Höherer Staatsbediensteter“) bzw. den vor 1933 eingenommenen Funktionen bzw. Milieuzugehörigkeiten („Angehörige_r traditioneller Eliten“). Die Abgrenzung zwischen einer angepasst-ambivalenten und einer systemtragend-karrieristischen Grundorientierung erfolgt primär über die von den jeweiligen Personen ausgeübten Funktionen und ihrem „Funktionieren“. Das wirft die Frage auf, in welche Kategorie Personen einzuordnen sind, die überzeugte Nationalsozialisten waren (eben nicht bloß angepasst oder ambivalent), aber sich in keinen höheren politischen oder gesellschaftlichen Funktionen befanden.

Dabei betonen Danker und Lehmann-Himmel, dass die jeweiligen Typen innerhalb der Grundorientierungen nicht schnittfrei sind, sondern sich zum Teil überlappen, und viele Personen nicht zweifelsfrei einem Typ zugeordnet werden können. Dem Kategorisierungsmodell von Danker und Lehmann-Himmel verdankt die vorliegende Studie wertvolle Anregungen, auch wenn es nicht in der gleichen Form übernommen wurde.

1.2.3. Eigenes Vorgehen

In diesem Gutachten sollen zunächst Kriterien entwickelt werden, die auf unterschiedliche Formen von NS-Belastung verweisen, bevor auf Basis dieser Kriterien ein Modell zur Einordnung von Personen nach ihrer Nähe zum NS-Regime und zur nationalsozialistischen Weltanschauung entwickelt wird. Von der formalen Mitgliedschaft in NS-Organisationen bis zur Beteiligung an Verbrechen gab es dabei eine Vielzahl an Verhaltensweisen, die auf ein zustimmendes Verhältnis zur NS-Diktatur verweisen. Gleichzeitig lassen sich aber auch Indikatoren gegenläufiger Positionierungen ausmachen, sei es die aktive Beteiligung am Widerstand oder die Unterstützung von Verfolgten oder Bedrohten. Was im vorliegenden Gutachten dagegen nicht geleistet werden kann, ist eine Würdigung der gesamten Biographie der hier untersuchten Personen. Die Frage, ob möglicherweise die Verdienste oder Aktivitäten einer Per-

son vor 1933 bzw. nach 1945 deren NS-Belastung „aufwiegen“, kann daher ebenso wenig beantwortet werden wie das Ausmaß der „Schuld“ einer Person.

Stattdessen werden das Agieren, die Funktionen und die Rolle von Personen in der Zeit des „Dritten Reiches“ (und den Zeiträumen davor und danach, sofern es für das Verhältnis zum Nationalsozialismus von Relevanz ist) vor dem Hintergrund bestehender Forschungen und mit Blick auf zugängliche Quellen herausgearbeitet und so die Grundlagen für einen Vergleich und eine Bewertung des Verhaltens von Personen bereitgestellt. In einem zweiten Schritt werden mit der Entwicklung von Kriterien, die jeweils unterschiedliche Formen von „NS-Belastung“ anzeigen, Instrumente zur Bestimmung dieser Belastung entwickelt. Abschließend wird in einem dritten Schritt auf Basis der Kurzbiographien und der entwickelten Kriterien eine Typologie entwickelt, über die die Personen einer spezifischen Gruppe zugeordnet werden können.

1.3. Auswahlsample

Die Liste der zu untersuchenden 58 Personen, die dem Verfasser vom Staatsarchiv zur Verfügung gestellt wurde, umfasst Personen aus ganz unterschiedlichen Gruppen und Milieus der Gesellschaft. Dabei lassen sich spezifische Berufsgruppen ausmachen, die besonders stark vertreten sind: So sind etwa zehn Architekten darunter, acht Mediziner/Ärzte, sieben Schriftsteller/innen und fünf Lehrer. Hinzu kommen Unternehmer, Maler, Schauspieler/innen, Pastoren, Landwirte und Wissenschaftler. Der Blick auf das jeweilige gesellschaftliche Feld verweist auf unterschiedliche Handlungsrahmen und Spielräume, in denen sich die Einzelnen im „Dritten Reich“ verorten mussten. So standen etwa einzelne prominente Schriftsteller und Künstler besonders stark in der Öffentlichkeit, ihrem Verhalten im „Dritten Reich“ wurde teilweise auch international Beachtung geschenkt (vgl. HAUPTMANN, GRÜNDGENS). Lehrer, Professoren und Mediziner, von denen viele vor 1933 nicht selten nationalkonservativ eingestellt waren, waren als verbeamtete Staatsdiener besonders zur Staatstreue und in manchen Fällen zur Umsetzung nationalsozialistischer Gesetze angehalten. Schriftsteller und Wissenschaftler schließlich mussten sich überlegen – falls sie die Möglichkeit dazu erhielten oder falls sie nicht sowieso von der Sache überzeugt waren –, inwiefern sie in ihren Veröffentlichungen auf die nationalsozialistische Ideologie zurückgriffen.

Einen Anstoß für das Zustandekommen der hier untersuchten Liste von Personen und für die Erstellung des Gutachtens bildete die im Februar 2016 von der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg veröffentlichte Online-Datenbank „Die Dabeigewesenen“. In den vergangenen eineinhalb Jahren ist Kritik an der Datenbank, den in ihr enthaltenen Kurzprofilen von

„Dabeigewesenen“, aber auch den fehlenden Kriterien für eine Aufnahme in die Datenbank formuliert worden (vgl. Stellungnahme der historischen Fachkommission für den Bezirk Bergedorf 2017). Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Verfasser des vorliegenden Gutachtens eine über die vorgelegten 58 Kurzbiographien hinausgehende systematische Überprüfung aller Namensgeber/innen Hamburger Straßen, die im Zeitraum 1933-1945 lebten und mindestens 17 Jahre alt waren (Jahrgänge bis 1928). Nur auf Basis einer solchen systematischen Erfassung und Überprüfung der entsprechenden Personen nach den hier empfohlenen Kriterien wäre gewährleistet, dass nicht nach kurzer Zeit erneut Fragen nach der Bewertung spezifischer Personen und gegebenenfalls Forderungen nach der Umbenennung einzelner Straßen oder Plätze auftauchen werden.

Ein Beispiel soll dies illustrieren: In die Liste der zu untersuchenden 58 Personen nicht aufgenommen worden ist Albert SCHÄFER (1881-1971), Vorstandsvorsitzender der Phoenix-Gummiwerke AG von 1933 bis 1946 und Präsident der Handelskammer Hamburg von 1946 bis 1954. Nach ihm wurde 2003 der Albert-Schäfer-Weg in Hamburg-Eißendorf benannt. Obwohl kein NSDAP-Mitglied, war Schäfer für den Zwangsarbeitereinsatz bei den Phoenix-Werken direkt verantwortlich. Bei einem Vergleich etwa mit dem umstrittenen Fall Kurt-Adolf KÖRBER (dessen Rolle hinsichtlich des Zwangsarbeitereinsatzes des Dresdener Unternehmens Universelle nicht zweifelsfrei geklärt werden kann) liegt die Vermutung nahe, dass eine vergleichsweise stärkere Belastung und damit gegebenenfalls die Bedingungen für eine Straßenumbenennung in Schäfers Fall gegeben wären.

1.4. Quellenlage

Eine weitere Vorbemerkung ist notwendig, um die Einstufung der untersuchten 58 Personen nach dem Grad ihrer NS-Belastung richtig einordnen zu können. Denn eine Beurteilung von Biographien beruht auf einem fundierten Wissen darüber, wie sich die jeweiligen Personen im Zeitraum 1933 bis 1945 verhalten haben, und den entsprechenden Quellengrundlagen in Form beispielsweise von persönlichen Dokumenten, Presseberichten, Publikationen, staatlichen Akten usw. Mit Blick auf das Sample ist zu konstatieren, dass diese Quellengrundlage extrem unterschiedlich ausgeprägt ist. Gibt es zu manchen Personen eine Fülle an Forschungsliteratur und detaillierte biographische Studien, ließen sich für andere nur sehr wenige Quellen ausfindig machen bzw. erwiesen sich weitere Recherchen für das Gutachten als zu zeitaufwändig (z.B. in den Fällen DUNCKER, GRAUMANN, HAGER, HARMS, NACK, PIETSCH).

Angesichts der begrenzten Laufzeit der Studie (sieben Monate) konzentrierten sich die biographischen Untersuchungen auf die Auswertung der einschlägigen Forschungsliteratur, ins-

besondere von Biographien und wissenschaftlichen Darstellungen zu den jeweiligen Personen und ihrem gesellschaftlichen/politischen Umfeld, der Hamburger Presseberichterstattung sowie von personenbezogenem Quellengut im Staatsarchiv Hamburg (StAHH), im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch) sowie – für vier Personen – im Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH) und im Landeskirchlichen Archiv der Nordkirche in Kiel (LKAN). Ausgewertet wurden insbesondere die Entnazifizierungsakten sowie etwaige Personalakten, sofern sie im StAHH lagerten. Hinzu kamen in einzelnen Fällen Nachlässe, die mit Blick auf den jeweiligen Umgang zum Teil nur mit Bezug auf zentrale Akten aus der NS-Zeit ausgewertet wurden (z.B. in den Fällen BONNE und SILL).

Insbesondere die Entnazifizierungsakten stellen eine hoch problematische Quellengattung dar, auch wenn sie nicht selten die einzige verfügbare Quelle zur Rolle einer Person im „Dritten Reich“ darstellen. Der Charakter der in den Fragebögen, Leumundszeugnissen und Anhörungen getätigten Aussagen verweist jedoch auf den Charakter politischer Verfahren der unmittelbaren Nachkriegszeit, die für die Betroffenen zum Teil existenzielle Bedeutung hatten bzw. entsprechend erlebt wurden. Insofern sind die Angaben in den Fragebögen ebenso wie in den Leumundszeugnissen besonders quellenkritisch zu betrachten. Hinsichtlich der NSDAP-Mitgliedschaft wurden alle Angaben mit den erhaltenen Teilen der NSDAP-Mitgliederkarteien im Bundesarchiv abgeglichen. Dabei stellte sich in einzelnen Fällen heraus, dass eine Mitgliedschaft verschwiegen (ECKELMANN) oder auf einen späteren Zeitpunkt datiert worden war (HÖGER). Ein ähnlicher Abgleich konnte für die Mitgliedschaften in weiteren NS-Organisationen allerdings nicht geleistet werden.

Weiß man bei einzelnen in diesem Gutachten untersuchten Personen oft nicht mehr über ihr Leben und Wirken im „Dritten Reich“ als ihren Beruf und ggf. ihre NSDAP-Mitgliedschaft, gibt es andere Fälle, in denen die jeweilige Biographie relativ gut erforscht ist, eine spezifische, für das Ausmaß der NS-Belastung jedoch entscheidende Frage aber ungeklärt bleibt. Dies ist beispielsweise der Fall bei konkreten Verantwortlichkeiten für den Einsatz von Zwangsarbeitern (BANNWARTH, KÖRBER), bei wirtschaftlichen Tätigkeiten in den besetzten Gebieten bzw. einem möglichen Antrag auf Aufnahme in die Waffen-SS (DANNER) oder der möglichen Beteiligung an Wehrmachtsverbrechen (ECKELMANN). In diesen Fällen liegt es nahe, diese spezifischen, aber aufwendigere Recherchen erfordernden Fragen vor einer etwaigen Umbenennung zu klären, indem ergänzende Forschungen geleistet werden – sofern diese mit Blick auf noch nicht ausgewertete Quellenbestände aussichtsreich erscheinen. Insofern – und das gilt ganz generell auch für alle hier untersuchten Biographien – ist nicht auszuschlie-

ßen, dass zukünftig Informationen über die Rolle und das Agieren von Personen in der NS-Zeit auftauchen werden, die zu einem veränderten Blick auf diese Personen führen.

2. Kriterien zur Feststellung von NS-Belastung

„Wer ist Nazi? Woran erkennt man ihn?“, fragte der Journalist Sebastian Haffner 1940 im englischen Exil. Die Historiker/innen Janosch Steuwer und Hanne Leßau haben jüngst gezeigt, wie ungeklärt die Frage, was jemanden zu einem „Nationalsozialisten“ macht, bis heute ist – deutlich ablesbar an den öffentlich geführten Diskussionen über die Biographien bekannter Schriftsteller, Politiker oder Unternehmer. Während die Definition eines Nationalsozialisten für die Zeit vor 1933 noch relativ einfach erscheint – Steuwer und Leßau nennen als Kriterien zum einen die Mitgliedschaft in der NSDAP und zum anderen politische Überzeugungen gemäß der nationalsozialistischen Ideologie –, änderte sich die Lage 1933, da der „Nationalsozialismus“ nun nicht mehr nur eine politische Bewegung, Partei und Ideologie bezeichnete, sondern auch ein Herrschaftssystem. Unter den Bedingungen der Diktatur büßten die genannten Indikatoren ihre Unterscheidungskraft ein. Die neue Staatspartei forderte von den Deutschen ein aktives Bekenntnis zum Nationalsozialismus, dessen Weltanschauung nun „den Rahmen des (öffentlich) Denk- und Sagbaren“ (Steuwer/Leßau) absteckte, anstatt wie zuvor eine Meinung unter anderen darzustellen. Politische Äußerungen und Bekenntnisse ebenso wie formale Mitgliedschaften können deshalb auf ganz unterschiedliche Einstellungen und Motive verweisen: etwa auf Identifikation, taktische Anpassung oder Opportunismus. Steuwer und Leßau ziehen daraus den Schluss, es als „extrem schwierig, wenn nicht unmöglich“ zu bezeichnen, „die Nationalsozialisten eindeutig und analytisch sauber von den anderen Deutschen zu unterscheiden“.

Anstatt präzise Definitionsmerkmale für die Bestimmung von Nationalsozialisten zu liefern, sollen deshalb im Folgenden Kriterien entwickelt werden, die auf unterschiedliche Formen positiver Bezugnahme auf das NS-Regime und die nationalsozialistische Ideologie verweisen: (2.1.) die Mitgliedschaft in NS-Organisationen, (2.2.) die Übernahme von Ämtern bzw. der politische „Aktivismus“, (2.3.) die öffentliche Unterstützung bzw. das öffentliche Bekenntnis zum Regime, (2.4.) die Artikulation nationalsozialistischer Ideologie bzw. ihrer Kernelemente, insbesondere des Antisemitismus, (2.5.) die Erlangung materieller Vorteile durch ein positives Verhältnis zum NS-Regime sowie (2.6.) die bewusste Schädigung von Personen im Kontext nationalsozialistischer Herrschaftsverhältnisse sowie damit verbundener Formen von Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung. Dabei wird deutlich werden, dass diese Kriterien nicht gleichgewichtig zu bewerten sind, sondern manche – wie eine berufliche „Nutz-

nießerschaft“ – nur schwer operationalisierbar sind. Zudem sind sie nicht schnittmengenfrei, da sich beispielsweise einzelne Handlungen ebenso gut als „Aktivismus“ wie als „öffentliches Bekenntnis zum Regime“ einstufen lassen. Abschließend sollen zwei Kriterien vorgestellt werden, die möglicherweise als „entlastend“ gelten können bzw. die die Nähe zum Nationalsozialismus relativieren: nämlich (2.7.) die Unterstützung für Personen, die vom Regime bedroht, geschädigt oder verfolgt wurden, und (2.8.) eine selbst erlittene Schädigung oder Verfolgung.

2.1. Mitgliedschaften in NSDAP und NS-Organisationen

2.1.1. NSDAP

Die Zugehörigkeit zur NSDAP scheint zunächst das offensichtlichste Kriterium für die Frage zu sein, wer als Nationalsozialist gelten kann. Die Parteimitgliedschaft musste allerdings nicht zwangsläufig mit entsprechenden inneren politischen Überzeugungen einhergehen. Das Jahr 1933 stellt dabei eine entscheidende Zäsur dar: Während eine Mitgliedschaft in Zeiten von „Bewegung“ und Fundamentalopposition ein politisches Bekenntnis darstellte, das in den seltensten Fällen mit persönlichen (materiellen, beruflichen) Vorteilen verbunden war, änderte sich das 1933, als die NSDAP zur einzig zugelassenen Partei wurde, die auf vielen Ebenen eng mit dem Staat verflochten war. Wie die Forschung gezeigt hat, gab es ganz unterschiedliche Motive zum Parteibeitritt – das reichte von ideologisch-weltanschaulichen Motiven über Karrieregründe (Opportunismus) bis hin zur Aussicht auf Schutz vor Anfeindungen oder Denunziationen. Der NSDAP-Führung war dies bewusst, was etwa in der Klage über den Opportunismus der „Märzgefallenen“ und mehreren Aufnahmesperren zum Ausdruck kam. So war der Beitritt zwischen Mai 1933 und April 1937 nur in Ausnahmefällen möglich, auf eine partielle Lockerung der Aufnahmesperre 1937 folgte eine völlige Öffnung zwischen 1939 und 1942 und die erneute Schließung 1942 (jedoch nicht für HJ- und BDM-Mitglieder). Letztlich waren Anfang 1945 rund 8,8 Millionen Deutsche Mitglied der NSDAP – das entsprach 10 Prozent der Reichsbevölkerung bzw. 15 Prozent der Wahlberechtigten.

Von den 58 zu untersuchenden Personen waren nur zwei bereits vor 1933 Mitglied der NSDAP. Ein Beitrittsdatum vor dem 30. Januar 1933 galt aus Sicht der nationalsozialistischen Elite als Beleg einer besonderen politischen Zuverlässigkeit. Unter den zwei vor 1933 eingetretenen Personen ist allerdings kein „Alter Kämpfer“ zu finden, wie die vor etwa September 1930 in die Partei Eingetretenen seitens der NSDAP genannt wurden. Zwölf Personen traten 1933 bei, einer Person wurde eine Aufnahme in diesem Jahr verweigert. Von den zwölf Beigetretenen wurden zwei Personen später aus der Partei ausgeschlossen. Eine Person trat 1934

der NSDAP-Auslandsorganisation in Nordschleswig bei. Weitere 19 Personen traten seit 1937 der NSDAP bei bzw. stellten einen entsprechenden Antrag. Im Folgenden eine chronologisch geordnete Übersicht über die erfolgten Beitritte bzw. Aufnahmeanträge:

- DUNCKER (1932)
- HÖGER (1932)
- AMEIS (1933)
- BENSEL (1933, ausgeschlossen 1936)
- BONNE (1933)
- BORCHLING (1933)
- ELINGIUS (1933)
- FÖRSTER (1933/34, ausgeschlossen 1938)
- FRAHM (1933)
- *FRANK (1933 beantragt, abgelehnt)*
- GRAUMANN (1933)
- ILLIES (1933)
- KLOPHAUS (1933)
- PURITZ (1933)
- SILL (1933)
- NOLDE (NSAN 1934, NSDAP-N 1935)
- ALBERSHARDT (1937)
- BRECHT (1937)
- CLASEN (1937)
- ECKELMANN (1937)
- HARMS (1937)
- HEYNEMANN (1937)
- KÖHNE (1937)
- LICHTENAUER (1937)
- MAHLER (1937)
- OEHLECKER (1937)
- PIETSCH (1937)
- REINCKE (1937)
- THIEDING (1938/39)
- *BOECK (1939 beantragt, abgelehnt, 1941 zur Aufnahme vorgemerkt)*
- BECKERMANN (1939/40)
- JÖDE (1939/40)
- NACK (1940)
- KÖRBER (1940)
- LENZ (1943/44)

23 Personen wurden nicht „Parteigenosse“ und beantragten wohl auch keine Aufnahme.[1]

Angesichts der unterschiedlichen Beitrittsmotive ist die Bedeutung der NSDAP-Mitgliedschaft zu relativieren, gleichzeitig muss betont werden, dass die Freiwilligkeit des Beitritts aus Sicht der NSDAP zentral war. Jeder Aufnahmeantrag musste etwa handschriftlich unterschrieben sein. Dennoch spielte sozialer Druck, etwa in bestimmten Berufen (Lehrer, Professoren) oder im Fall von Karrieresprüngen, sicherlich in manchen Fällen – und seit 1937 vermutlich stärker als zuvor – eine Rolle. Gleichzeitig war 1937 oder später die systematische Ausgrenzungs- und Verfolgungspolitik der NS-Diktatur bereits mehr als deutlich geworden. Im Fall von Jugendlichen, die mit 17/18 Jahren in die NSDAP eintraten (LENZ,

[1] Bannwarth, Barkhausen, Bergius, Bomhoff, Borchert, Bulcke, Danner, Distel, Dwenger, Fahr, Finder, Gründgens, Hager, Hauptmann, Hindenburg, Jensen, Kabel, Leip, Ostermeyer, Schorr, Strüver, Sudeck, Woderich. (Im Fall Fahrs gibt es allerdings einen Hinweis darauf, dass er sich um eine Aufnahme bemühte.)

NACK), ist sicherlich die Sozialisation in einer Diktatur und die damit verbundenen frühen Prägewirkungen, etwa durch die Mitgliedschaft in der Hitler-Jugend, zu berücksichtigen.

2.1.2. Andere NS-Organisationen

Neben der NSDAP selbst existierte eine Vielzahl von Gliederungen, angeschlossenen Verbänden und weiteren NS-Organisationen, mit denen die Nationalsozialisten die deutsche Gesellschaft zu erfassen suchten. Das reichte von den paramilitärischen Formationen SA und SS über Berufsorganisationen wie den NS-Lehrerbund bis zu Massenorganisationen wie der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) oder der Deutschen Arbeitsfront (DAF). Bei einer Gesamtbevölkerung von 76,5 Millionen waren bei Kriegsbeginn 69 Millionen Deutsche in diesen NS-Organisationen erfasst.

Mit Blick auf ihre Praxis der Gewalt stellten die paramilitärischen Verbände SS und SA sicherlich diejenigen NS-Organisationen dar, deren Mitgliedschaft als besonders belastend zu werten ist. Insbesondere von der SA ging 1933 systematischer Terror gegen die politischen Gegner/innen des Nationalsozialismus aus, sie kultivierte eine Gemeinschaft der Gewalt. Ihr gehörten 1934 4,5 Millionen Männer an. Die SS galt demgegenüber als nationalsozialistische Eliteformation. Nur wenige der 58 untersuchten Personen waren – den Angaben aus ihren Entnazifizierungsverfahren zufolge – Mitglieder von SA oder SS:

- BECKERMANN (SA, November 1933 bis 1935)
- BENSEL (SS-Reitersturm, 1933 bis 1935)
- OSTERMEYER (SA, 1934 bis 1937)

Die letzten beiden erklärten ihre Mitgliedschaft mit der Übernahme aus früheren, teilweise aufgelösten Verbänden, im Fall Ostermeyers des „Stahlhelm“, im Fall Bensels des Flottbeker Reitervereins. Obwohl viele Angehörige der Reiter-SS an Kriegsverbrechen beteiligt waren, war sie die einzige Gliederung der SS, die 1945 von der Einstufung als „verbrecherische Organisation“ ausgenommen wurde. Sowohl die SA als auch die SS waren Freiwilligenorganisationen. In einem Fall konnte ein letztlich abgelehntes Aufnahmegesuch zur Waffen-SS, das in der Literatur ohne Quellenbeleg angeführt wurde, nicht verifiziert oder falsifiziert werden (DANNER).

Einen Sonderfall bildet die sogenannte „fördernde Mitgliedschaft“ in der SS (FM-SS). Dabei handelte es sich um die finanzielle Unterstützung der Organisation. Die SS warb seit 1933 gezielt um Spender/innen und übte dabei teilweise starken Druck aus, so dass mit Bezug auf die „fördernde Mitgliedschaft“ auch von einer Schutzgeldfunktion gesprochen worden ist –

was sicherlich nicht auf alle Spender/innen zutraf. Vor diesem Hintergrund kann die Zugehörigkeit zu den FM-SS als „weder völlig harmlos noch als schwer belastend“ (Bastian Hein) eingestuft werden. Fördernde Mitglieder der SS waren:

- THIEDING (seit 1933)
- HEYNEMANN (seit 1934)
- HAGER (seit 1938)

Wie die SS und SA zählten auch das Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps (NSKK), der Nationalsozialistische Deutsche Dozentenbund (NSD-Dozentenbund) und die Nationalsozialistische Frauenschaft (NS-Frauenschaft) zu den Gliederungen der Partei. Hinzu kamen als „angeschlossene Verbände“ u.a. der Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund (NSDÄB), der Nationalsozialistische Bund Deutscher Technik (NSBDT), der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB) und der Nationalsozialistische Rechtswahrerbund (NSRB). Als „betreute Organisationen“ galten u.a. der Nationalsozialistische Reichskolonialbund und der Nationalsozialistische Altherrenbund. Diese Organisationen waren jeweils für spezifische gesellschaftliche Gruppen (Frauen, ehemals korporierte Akademiker) oder Berufsgruppen (Ärzte, Lehrer, Techniker/Ingenieure) zuständig oder bezogen sich auf ein spezifisches Feld (Motor/Verkehr, Kolonien). Die DAF und die NSV waren Massenorganisationen, in die zahlreiche Menschen beitraten, die nicht Parteimitglied waren: in die DAF, die als klassenübergreifende Organisation für die Arbeitswelt konzipiert war und Unternehmer/innen ebenso wie Arbeiter/innen unter ihrem Dach sammelte, über 25 Millionen Deutsche (1942), in die NSV, die als „Wohlfahrtsorganisation“ fungierte, rund 17 Millionen (1943). Sie zählten zu den sogenannten „angeschlossenen Verbänden“ der NSDAP.

Für die untersuchten 58 Personen gilt, dass der überwiegende Teil von ihnen in verschiedenen NS-Organisationen Mitglied war (vgl. dazu die einzelnen Biographien). Dabei ist davon auszugehen, dass es sich in aller Regel um freiwillige Mitgliedschaften handelte. Diese konnten auf unterschiedlichen Motiven beruhen. Für den NSKK unterscheidet Dorothee Hochstetter etwa zwischen politischen Gründen, beruflichen Motiven und „Sport- und Technikbegeisterung“, die hinter dem Beitritt in die Organisation standen. Hinsichtlich der Freiwilligkeit von Organisationsbeitritten sind jedoch auch Einschränkungen und Ausnahmen hervorzuheben. In manchen Unternehmen war es z.B. vorgeschrieben oder wurde zumindest „erwartet“, in die DAF einzutreten. In bestimmten Berufen war zudem der soziale Druck, Mitglied einer NS-Organisation zu werden, höher als in anderen. So gehörten etwa dem NSLB nach der Überführung aller gleichgeschalteten Lehrerverbände 1935 rund 97 Prozent aller Lehrer/innen an.

Demgegenüber waren berufsständische Organisationen wie die Reichskulturkammer (mit ihren Untergliederungen, etwa der Reichskammer der bildenden Künste) oder der Reichsnährstand korporative Zwangsorganisationen, in denen man Mitglied sein *musste*, um den jeweiligen Beruf ausüben zu können. Auch für die Hitler-Jugend galt seit März 1939 die Zwangsmitgliedschaft aller Jugendlichen zwischen dem 10. und 18. Lebensjahr.

2.2. Politischer Aktivismus / Ämter in NS-Organisationen

Ein zentrales Kriterium in der Entnazifizierung seit 1945 war die Frage, ob eine Person über die formale Mitgliedschaft in der Partei oder einer NS-Organisation hinaus „Aktivist" gewesen war. Als Indikator dafür wurde die Übernahme von Ämtern in einer NS-Organisation gewertet. Da der Nationalsozialismus nach 1933 seinen Charakter als politische „Bewegung" verlor, ist es allerdings nicht unproblematisch, von „Aktivisten" zu sprechen und die spezifische Form des politischen Aktivismus beispielsweise von der Ausübung leitender staatlicher Funktionen im Sinne des Regimes zu unterscheiden.

Mit Blick auf die hier untersuchten 58 Personen können nur etwas mehr als ein halbes Dutzend als „NS-Aktivisten" charakterisiert werden, legt man die Ausübung von Ämtern in NS-Organisationen als Kriterium zugrunde. Darunter fallen die folgenden Personen:

- ALBERSHARDT (NSV-Ortswalter für Presse und Propaganda, 1934-1945)
- BECKERMANN (SA-Sturmbannarzt, 1933-1935)
- BOECK (Kampfbund für deutsche Kultur, Kirchenbeauftragter)
- DUNCKER (NSV-Zellenwalter, 1934-1939)
- ILLIES (Kampfbund für deutsche Kultur, Abteilungsleiter, 1933)
- JÖDE (HJ-Gefolgschaftsführer und -Kulturabteilungsleiter, 1940-1943)
- LICHTENAUER (NSKK-Sanitätsobertruppführer)
- OSTERMEYER (SA-Rottenführer, ca. 1934-1937)

Alle Ämter oder Funktionen wurden demnach in Gliederungen oder angeschlossenen Verbänden der Partei bekleidet, nicht in der NSDAP selbst. Zudem sind keine hauptamtlichen Funktionäre darunter. Die Übernahme eines Amtes legt zwar ein aktives Eintreten für die nationalsozialistische Sache nahe, allerdings ist hier der jeweilige Einzelfall in den Blick zu nehmen. So war etwa Fritz Jödes Titel eines HJ-Gefolgschaftsführers mit der Leitung einer Mozart-Spielschar verknüpft, die er als Dozent am Salzburger Mozarteum leitete.

Über die Übernahme von Ämtern für Parteiorganisationen im engeren Sinne hinaus sind auch andere Formen des nationalsozialistischen Aktivismus in den Blick zu nehmen. Dabei sind die

Übergänge zu Formen des öffentlichen Bekenntnisses zum Regime fließend (siehe 2.3.). Als weitere Form des aktiven Eintretens für den Nationalsozialismus lässt sich beispielsweise eine führende Rolle in den 1933/34 vollzogenen Gleichschaltungsprozessen von Verbänden, Vereinen oder Organisationen werten. So betrieb etwa Fritz HÖGER als Präsident und „Führer" der Wirtschaftlichen Vereinigung Deutscher Architekten (WVDA) deren Gleichschaltung ebenso wie die des Bundes Deutscher Architekten (BDA). Zum anderen stellten die Werbung neuer Parteimitglieder für die NSDAP und die politische Schulungsarbeit praktische Formen des nationalsozialistischen Aktivismus dar. Armin CLASEN etwa warb 1937 als stellvertretender Schulleiter in der Lehrerschaft für den Beitritt in die NSDAP, während Professor Conrad BORCHLING als Leiter eines „niederdeutschen Lagers" von Studierenden für die dort stattfindenden politischen Schulungen im Sinne des Nationalsozialismus verantwortlich war. Clasens und Borchlings Aktivitäten waren naturgemäß eng mit ihrer beruflichen Stellung als (leitende) Beamte verknüpft.

2.3. Öffentliche Unterstützung des NS-Regimes

Öffentliche Bekenntnisse zum Nationalsozialismus und dem „Führer" waren für das NS-Regime von zentraler Bedeutung. Insbesondere in der Frühphase des Regimes dienten „Treuebekenntnisse" wie das im November 1933 veröffentlichte „Bekenntnis der deutschen Professoren und Hochschullehrer" zur öffentlichen Legitimierung der Diktatur und zur Verpflichtung der Einzelnen auf den neuen Staat. Von den 58 untersuchten Personen unterzeichneten sechs das Professorenbekenntnis, einer schloss sich dem „Gelöbnis treuester Gefolgschaft" von 88 deutschen Schriftstellern vom Oktober 1933 an. Emil Nolde unterschrieb den von Goebbels formulierten „Aufruf der Kulturschaffenden" vor der Volksabstimmung über das Staatsoberhaupt im August 1934, in der die Unterzeichner/innen ihren Glauben an den Führer erklärten.

- BULCKE (Schriftsteller-Gelöbnis, Oktober 1933)
- BARKHAUSEN (Professoren-Bekenntnis, November 1933)
- BORCHLING (Professoren-Bekenntnis, November 1933)
- FAHR (Professoren-Bekenntnis, November 1933)
- HEYNEMANN (Professoren-Bekenntnis, November 1933)
- OEHLECKER (Professoren-Bekenntnis, November 1933)
- SCHORR (Professoren-Bekenntnis, November 1933)
- NOLDE (Aufruf der Kulturschaffenden, August 1934)

Während die genannten Personen „lediglich“ ihre Unterschrift leisteten, ließen sich einzelne Personen ausführlich in der Presse mit einer eigenen Erklärung zitieren, in der sie sich hinter die Bestrebungen der NSDAP und Adolf Hitlers stellten. Das war der Fall bei Gerhart HAUPTMANN, der mit einer im November 1933 in der Presse veröffentlichten Erklärung den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund unterstützte, und bei Friedrich BERGIUS, der vor der Volksabstimmung über die Zusammenlegung der Ämter von Reichskanzler und Reichspräsident in der Hand Hitlers im August 1934 in der Presse für ein „Ja“ warb.

Neben solchen öffentlichen Bekenntnissen zum Regime gab es unterschiedliche andere Formen, im Alltag oder in der Öffentlichkeit seine Unterstützung auszudrücken. So verstanden BERGIUS und Georg BONNE ihre Vorträge und Bücher als Beiträge zur nationalsozialistischen Autarkiepolitik, während der Pastor BOECK die NS-Diktatur in einer Predigt begrüßte. Auch die Aufnahme von NS-Liedgut in Liederbücher, die von Fritz JÖDE publiziert wurden, lässt sich als Bekenntnis zum Regime werten. Die Mitgliederwerbung durch CLASEN lässt sich ebenso gut als „Aktivismus“ wie als „öffentliche Unterstützung des Regimes“ fassen.

Als schwächere Form der öffentlichen Unterstützung für das NS-Regime kann die Verortung und Instrumentalisierung der eigenen beruflichen oder ehrenamtlichen Aktivitäten im Sinne des Nationalsozialismus gewertet werden. Das galt etwa für Adolf ALBERSHARDT und Hertha BORCHERT, die ihre kulturellen Aktivitäten (Theater, Dichtung/Prosa) in Auftritten vor NS-Organisationen präsentierten, oder für Gustaf GRÜNDGENS, der mit der Annahme eines bedeutenden Intendantenpostens in der Folge als „kulturelles Aushängeschild“ des Regimes fungierte und diesem dadurch – auch ohne selbst explizite Propaganda zu betreiben oder sich positiv auf den Nationalsozialismus zu beziehen – Legitimität verlieh.

2.4. Nationalsozialistische Weltanschauung

Fragt man nach genuin nationalsozialistischer Überzeugung einzelner Personen, liegt der Blick auf die Artikulation spezifischer Ideologieelemente des Nationalsozialismus nahe. Dazu zählen etwa antisemitische und rassenideologische Vorstellungen, aber auch völkische oder nationalistische Ideen. Dabei ist zu beachten, dass der Nationalsozialismus in seiner Frühphase in den 1920er Jahren nur eine unter mehreren extrem rechten und völkisch orientierten Strömungen bildete. Die Verbreitung antisemitischer oder völkischer Ideen trug jedoch zu einem gesellschaftlichen Klima bei, das den Aufstieg der NSDAP zur Macht erst ermöglichte. Insofern werden auch solche Positionierungen in die Beurteilung mit einbezogen, die vor 1933 erfolgten. Zu unterscheiden ist zwischen der öffentlichen Artikulation entsprechender Vorstellungen, durch Reden oder Publikationen, und einer Artikulation im privaten Rahmen,

etwa in persönlicher Korrespondenz, Tagebüchern oder Autobiographien. Auch die Frage, mit welcher Stärke NS-affine Ideen propagiert wurden, ist entscheidend. Während beispielsweise Antisemitismus in manchen Fällen Züge einer deutlichen „Hetze“ annehmen konnte, taucht er in anderen Fällen nur in einzelnen Passagen von Schriften oder in privaten Äußerungen auf.

2.4.1. Antisemitismus

Antisemitische Einstellungen waren in den 1920er und 1930er Jahren nicht nur in der nationalsozialistischen Bewegung verbreitet. Dennoch lässt sich Antisemitismus als zentraler Bestandteil der NS-Ideologie ausmachen, für den Nationalsozialismus hatte er „konstitutive Bedeutung“ (Wolfgang Benz). Er mündete bereits 1933 in die systematische Ausgrenzung und Stigmatisierung jüdischer oder als „jüdisch“ identifizierter Menschen, die in den 1940er Jahren dann in die Massenmorde des Holocaust übergingen.

Explizit und öffentlich antisemitisch äußerten sich Christian BOECK, Georg BONNE, Emil NOLDE und Heinrich REINCKE. Insbesondere bei Bonne war der Antisemitismus ein zentraler Pfeiler seines Weltbildes, in seinen Veröffentlichungen lassen sich nahezu alle antisemitischen Stereotypen ausmachen. Boeck publizierte bereits vor 1933 antisemitische Texte, während dies bei Reincke erst nach 1933 der Fall war. Ein extremer Antisemitismus, wenn auch möglicherweise nicht unbedingt öffentlich artikuliert, lässt sich bei Fritz HÖGER und Wilhelm JENSEN ausmachen. Der Antisemitismus Högers lässt sich insbesondere anhand von Notizen aus seinem Nachlass belegen, aber auch mit Blick auf seine Forderung, alle Künstler „nicht deutschen Blutes“ aus Deutschland auszuweisen. Jensens antisemitische Einstellung wird – neben seiner Unterstützung der Erstellung von „Ariernachweisen“ – in einer Korrespondenz deutlich, in der er die Entfernung aller Judaismen aus kirchlichen Gesangsbüchern fordert.

Einen Sonderfall stellt Julius BRECHT dar, der in seiner Funktion als Reichsverbandsleiter für antisemitische Positionen verantwortlich zeichnete und sich auch durch eine erzwungene Grundstücksarisierung in diesem Sinne hervortat, ohne dass sich in seinen persönlichen Äußerungen antisemitische Überzeugungen ausmachen lassen.

Im Unterschied zu den Genannten finden sich bei anderen Personen nur Spuren antisemitischer Denkmuster bzw. entsprechende Äußerungen tauchen nur peripher in privaten Korrespondenzen oder Erinnerungen auf. So lassen sich in Publikationen von Walter FRAHM und Hans FÖRSTER vereinzelt antisemitische Begrifflichkeiten und Bezüge ausmachen, bei Arthur ILLIES in der privaten Korrespondenz. Theodor FAHR und Gerhart HAUPTMANN artikulierten antisemitische Stereotype in privaten Aufzeichnungen, im Fall Hauptmanns auch in unveröf-

fentlichten Schauspielen – verbanden diese jedoch teilweise mit philosemitischen Tendenzen bzw. sahen sich selbst als Gegner des Antisemitismus (Hauptmann v.a. vor 1933).

2.4.2. Völkische und Rassenideologie

Völkisches Denken geht auf das 19. Jahrhundert zurück, im Kaiserreich entstand eine eigenständige völkische Bewegung. Als charakteristisch lässt sich die Vorstellung einer homogenen Einheit und eine biologisch-ethnisch begründete Konzeption von Volk und Nation ausmachen, die eng verbunden war mit Konzepten von „Rasse“, dem Bezug auf „Blut und Boden“ und damit einhergehenden rassistischen und antisemitischen Vorstellungen.

Mit Blick auf das Untersuchungsfeld lassen sich insbesondere Vertreter der „Niederdeutschen Bewegung“ in das völkisch orientierte Spektrum einordnen, aber auch Deutschnationale oder Vertreter völkischer Lebensreformansätze (BONNE). Vertreter der Niederdeutschen Bewegung (wie BOECK, BORCHLING, FINDER, FÖRSTER, FRAHM oder WODERICH) konnten sich mit ihren Positionen einerseits ohne größere Probleme in den Nationalsozialismus integrieren bzw. begrüßten diesen, gleichzeitig kam es jedoch mitunter zu Dissonanzen, etwa wenn dem Zentralismus des NS-Staates die Orientierung auf die Region zu weit ging (vgl. BORCHLING). Spezifisch im Denken der Niederdeutschen Bewegung war die Bezugnahme auf die Kategorien „Stamm“ und „Stammestum“, die jedoch mit einer Orientierung auf „Volk“, „Nation“ und „Germanentum“ in Einklang zu bringen versucht wurden. WODERICH etwa beschwor in Gedichten die „heilige Blutsgemeinde“ der Deutschen und betonte in Romanen die unüberwindbare Kluft hinsichtlich Volk und Blut zwischen Deutschen und „Zigeunern“. Antiziganistisch äußerte sich auch Ernst FINDER, der als Volkskundler zudem die „Rasseneigentümlichkeiten“ der Hamburger Bevölkerung zu bestimmen suchte. Eine völkische Orientierung lässt sich auch bei Emil NOLDE ausmachen, in dessen Vorstellung Kunst Ausdruck spezifischer „Rassen“ war und die „nordische Kunst“ sich im Kampf mit der jüdisch geprägten „südlichen Kunst“ befand.

2.4.3. Nationalismus und Militarismus

Verbunden mit einer rassistischen Konzeption des „deutschen Volkes“ und der Abgrenzung von „Gemeinschaftsfremden“ wie Jüdinnen und Juden zählte ein aggressiver Nationalismus zum festen Bestandteil der nationalsozialistischen Weltanschauung. Der „Kampf um Lebensraum“ bildete die ideologische Begründung für die Aufrüstung und die Militarisierung der Gesellschaft. Nationalismus und Militarismus waren allerdings weit davon entfernt, ausschließlich NS-spezifische Ideologien zu sein, sondern wurden von einem Großteil der deut-

schen Rechten der 1920er und 1930er Jahre vertreten – bis hin zu Teilen der Sozialdemokratie, wie mit Blick etwa auf den Ersten Weltkrieg betont werden muss. Die Figur Paul von HINDENBURG verkörpert diese Tendenzen exemplarisch – vom Ersten Weltkrieg bis zur Machtübergabe an Hitler.

Den Aufstieg Deutschlands zu neuer Stärke begrüßten auch Gerhart HAUPTMANN und Adolf WODERICH – Ersterer vor allem in privaten Tagebucheinträgen, Letzterer in Form politischer Gedichte. Quasi beruflich als ideologischer Unterstützer der deutschen Kriegspolitik wirkte im Zweiten Weltkrieg der Kriegspfarrer Wilhelm DWENGER. Eine erhaltene Predigt von ihm verdeutlicht zudem die Kombination bellizistischer mit antibolschewistischen und rassistischen Denkmustern, wie sie für Einstellungen im deutschen Vernichtungskrieg im Osten Europas nicht untypisch waren. Aus einer anderen Perspektive, nämlich der des Historikers, legitimierte Heinrich REINCKE den Krieg im Osten in Vorträgen und Publikationen als notwendigen Kampf um deutschen „Lebensraum“ und Gradmesser „rassischer Stärke und Gesundheit“. Hier verbanden sich nationalistische und chauvinistische Einstellungen ganz im Sinne des Nationalsozialismus mit dessen Rasseideologie.

Nicht unbedingt als Ausdruck innerer Überzeugung, aber doch als aktive Propaganda im Sinne des Regimes lassen sich kriegsunterstützende Verlautbarungen von Verbandsfunktionären wie Julius BRECHT werten, der ab 1939 offen die „Ausweitung des [...] deutschen Lebensraumes“ begrüßte und als „Betriebsführer“ um die ideologische Motivierung seiner zur Wehrmacht eingezogenen Verbandsmitarbeiter kümmerte.

2.4.4. Führerkult

Konstitutiver Bestandteil einer nationalsozialistischen Weltanschauung war zudem der Führerkult, der seit den 1920er Jahren um Adolf Hitler betrieben wurde. Auch hier muss einschränkend betont werden, dass die Begeisterung für die Figur Hitler seit 1933 weit über den Kreis von Menschen mit einer gefestigten nationalsozialistischen Weltanschauung hinausreichte. Fließend sind zudem die Grenzen zu öffentlichen Bekenntnissen zum „Führer Adolf Hitler“ und damit zum herrschenden Regime (vgl. 2.3.). Ein ausgeprägter Führerkult findet sich u.a. bei Georg BONNE, dessen Bewunderung für Hitler Züge einer Überidentifikation annahm, bei der Bonne davon überzeugt war, innerlich „vollständig eins“ mit Hitler zu sein. In diese Denkfigur konnten auch alle Konflikte Bonnes mit anderen NS-Funktionären integriert werden, da diese aus Sicht Bonnes eben nicht die Positionen von Hitler/Bonne vertraten. Bewunderung über die Größe oder Genialität Hitlers, wie sie in der deutschen Bevölkerung seit 1933 nicht selten war, lassen sich auch in privaten Äußerungen von Emil NOLDE,

Gerhart HAUPTMANN und Hans LEIP ausmachen – im Fall Leips aber verbunden mit gegenläufigen Tendenzen, etwa schriftstellerischen Parodien auf den „Führer“.
Hinsichtlich öffentlich getätigter Äußerungen waren die Grenzen von authentischer Bewunderung des „Führers“ zu als opportun erachteten Phrasen fließend, etwa wenn Fritz HÖGER Adolf Hitler als „größten aller Baumeister“ bezeichnete oder Friedrich BERGIUS ihn in einer Erklärung als Garanten der Entfaltung der „moralischen und geistigen Kräfte“ des deutschen Volkes bezeichnete. Auch Julius BRECHTs Führer-Lob und seine öffentlichen Ergebenheitsadressen an diesen sind vor dem Hintergrund seiner exponierten beruflichen Stellung als Reichsverbandsleiter zu sehen – eine klare Unterscheidung von opportunistischer und von Überzeugung getragener NS- und Führer-Propaganda könnte nur mit Blick auf zeitgenössische private Quellen getroffen werden, die etwa in Brechts Fall nicht vorliegen.

2.5. Materielle Vorteile („Nutznießerschaft“)

Weniger klar auszumachen als „harte“ Kriterien wie die Mitgliedschaft, die Übernahme von Ämtern oder die Unterzeichnung von Erklärungen ist die Frage, ob eine Person vom Nationalsozialismus profitiert hat. In der Entnazifizierung wurde als „Nutznießer“ definiert, wer „durch seine politische Stellung oder seine politischen Beziehungen für sich oder andere persönliche oder wirtschaftliche Vorteile in eigensüchtiger Weise herausgeschlagen hat“ – dazu wurden etwa Beförderungen auf Grund der NSDAP-Mitgliedschaft, materielle Zuwendungen seitens der Partei oder ihrer Gliederungen, Profite durch „Arisierungen“ oder Kriegsproduktion oder Bereicherung in den besetzten Gebieten gezählt.
Mit Blick auf die ausgewerteten Biographien ist oft nicht leicht zu unterscheiden zwischen Einkommenszuwächsen, die sich beispielsweise bei freien Berufen wie Architekten im Zuge des Konjunkturaufschwungs nach 1933 ergaben, und solchen, die auf Beziehungen und Vorteile zurückzuführen sind, die eine Person aufgrund ihrer Parteimitgliedschaft erhielt. Das gleiche gilt für Beförderungen, Stellen oder Aufträge.
Ein klarer Fall materieller Vorteilnahme scheint etwa bei Gustaf GRÜNDGENS vorzuliegen, der seinen Intendantenposten nicht nur auf Betreiben Görings erhielt, sondern auch zu dessen persönlichem Günstling wurde und ein exorbitantes Gehalt erhielt. Gleichzeitig muss in diesem Fall einschränkend gesagt werden, dass Gründgens diese Vorteile keineswegs aufgrund seiner besonderen Affinität zum Regime oder einer Parteimitgliedschaft (die er nicht besaß) erhielt. Etwas anderes war dies bei Friedrich BERGIUS, der sich bereits 1933 deutlich zum Regime bekannte und von diesem mit der Bereitstellung etwa eines Laboratoriums gefördert wurde. Wohl noch stärker als es bei Gründgens der Fall war, war Bergius aber bereits vor

1933 in seinem Metier weltbekannt. In beiden Fällen profitierten sowohl das Regime als auch die jeweilige Person von einer Förderung. Das könnte mit Einschränkungen auch für Julius BRECHT gesagt werden, der als ausgewiesener Experte des gemeinnützigen Wohnungswesens galt und sich mit seinem Parteibeitritt 1937 den Weg an die Spitze eines Reichsverbandes ermöglichte. Das Reichsarbeitsministerium griff in diesem Fall auf einen Fachmann zurück, der vor 1933 kein Nationalsozialist gewesen war, während Brecht durch seine Anpassungsleistung beruflich weiter aufstieg.

Im Fall von Architekten können beispielsweise Bauten für die NSDAP, NS-Organisationen oder staatliche Stellen als direkte Vorteilsnahme gewertet werden (z.B. der Bau der Reichsstatthalterei durch ELINGIUS, Aufträge der Wehrmacht für DISTEL, der Bau des NS-Pressehauses durch KLOPHAUS). Bei solchen Aufträgen ist jedoch nicht immer klar auszumachen, dass diese eine „Belohnung“ für NS-Treue darstellten. So erhielt etwa der 1936 aus der NSDAP ausgeschlossene Carl BENSEL wenige Jahre später noch einen Auftrag zum Bau einer BDM-Führerinnenschule. Und im Zweiten Weltkrieg wurden die Nicht-Parteimitglieder Heinrich BOMHOFF und Paul FRANK ebenso zu „Vertrauensarchitekten“ (des Gauwohnungskommissars oder der DAF) ernannt, wie die NSDAP-Mitglieder ELINGIUS und KLOPHAUS.

Dass die materielle Vorteilsnahme nicht unbedingt etwas über Nähe zum NS-Regime aussagt, zeigen auch die Fälle quasi „verhinderter Profiteure“, von Künstlern und Kulturschaffenden, die sich von ihrer besonders ausgeprägten nationalsozialistischen Haltung Vorteile versprachen. Dazu zählen etwa Fritz HÖGER, Arthur ILLIES und Emil NOLDE, deren künstlerisches Schaffen trotz Kontroversen innerhalb der NS-Eliten letztlich nicht wirklich gefördert oder sogar, wie im Fall Noldes, gezielt stigmatisiert und verboten wurde.

Besondere Fälle beruflicher Vorteilsnahme oder ökonomischer Nutznießerschaft können auf die Tätigkeit in den besetzten Gebieten oder die Gewinne durch Rüstungsproduktion und den Einsatz von Zwangsarbeitern zurückgehen. So wirkte Lothar DANNER 1941/42 als Prokurist der Firma Arnold Otto Meyer im besetzten Kolomea (Kolomyja) im Generalgouvernement Polen und profitierte damit von der fortschreitenden Enteignung der dortigen jüdischen Händler, der Monopolisierung des Handels durch deutsche „Kreisgroßhandelsfirmen“ und der Ausbeutung der polnischen Bevölkerung. Welche Rolle er dabei jedoch genau spielte, konnte im Rahmen des Gutachtens nicht geklärt werden. Profite durch Rüstungsproduktion und die Ausbeutung von Zwangsarbeitern sind im Falle des Unternehmers Adolf STRÜVERs gegeben, auch wenn dieser Fall weiterer Forschungen bedarf.

2.6. Schädigung von Personen im Kontext nationalsozialistischer Politik

Die schwerste Form der NS-Belastung stellt die Mitwirkung an Verbrechen des Regimes dar, auf die sich etwa der Begriff der „NS-Täter“ bezieht. Dabei ist der Begriff „Verbrechen“ bzw. die Frage, auf welche Handlungen er sich bezieht, nicht unproblematisch, hatte die nationalsozialistische Gesetzgebung doch vieles legalisiert, was möglicherweise aus einer moralisch-ethischen Perspektive heraus als Verbrechen erscheint. Im Folgenden soll daher nicht der Verbrechensbegriff verwendet, sondern allgemeiner – und mit einem breiteren Fokus – von der (Beteiligung an der) bewussten Schädigung von Menschen, die im Kontext nationalsozialistischer Politik und Verbrechen erfolgte, gesprochen werden. Blickt man auf die einzelnen Fälle, kann man unterschiedliche Beispiele ausmachen, in denen sich eine solche persönliche Beteiligung ausmachen lässt – aber auch einige Fälle, die alles andere als eindeutig sind.

Eine *erste* und eindeutige Form bestand in der Denunziation von Menschen, die vom Regime verfolgt wurden. Indem sie diese bei den Verfolgungsbehörden wie Gestapo und SS belasteten, wirkten die Denunzianten direkt an der Verfolgung mit, auch wenn sie selbst keine physische Gewalt anwandten oder entsprechende Befehle gaben. Ein klares Beispiel liefert der Fall des Direktors der Sternwarte, Richard SCHORR, der Astrologen in Hamburg bespitzeln ließ und diese Berichte an die Gestapo, den SD und die Kulturbehörde weiterleitete – KZ-Haft und Suizid zählten teilweise zu den Folgen. Ebenso eindeutig ist der Fall des Staatsarchiv-Direktors Heinrich REINCKE, dessen Beteiligung an der Ausstellung von „Ariernachweisen“ und der damit einhergehenden Identifizierung von „Juden“ gegenüber NS-Instanzen wie der SS direkt zur Judenverfolgung beitrug bzw. diese in Einzelfällen möglicherweise erst ermöglichte. Eine *zweite* Form der direkten Mitwirkung an NS-Verbrechen bestand in der Durchführung von Zwangssterilisationen an als „minderwertig“ bzw. „erbgeschädigt“ angesehenen Menschen – eine Form der praktisch durchgeführten „Rassenhygiene“. In Hamburg waren daran nachweislich die Ärzte Theodor HEYNEMANN und Franz OEHLECKER beteiligt, der erstere bezog sich zudem in einem Schreiben positiv auf diese Praxis. Eine *dritte* Form bestand in der Verantwortung für den Einsatz von Zwangsarbeiter/innen und deren Ausbeutung in Form unfreier Arbeit bei in aller Regel miserablen Lebensbedingungen. In der zeithistorischen Forschung ist die Verantwortung von Unternehmen für die Anforderung von Zwangsarbeitern deutlich herausgearbeitet worden. Der Unternehmer Adolf STRÜVER beteiligte sich an dieser Praxis. Schließlich kann *viertens* die Mitwirkung an der nationalsozialistischen Gesetzgebung, die zur Schädigung und Verfolgung von Jüd/innen und Oppositionellen beitrug, gewertet werden. Die Unterzeichnung von entsprechenden Notverordnungen in der Frühphase des Regimes 1933 durch Paul von HINDENBURG als Reichspräsidenten ist hier zu nennen.

Wurden in den genannten Fällen die Freiheit und körperliche Integrität von Menschen geschädigt oder waren von Schädigung bedroht, so ging es in den folgenden Fällen um die berufliche Existenz oder eine finanzielle Schädigung, die zumeist allerdings im Kontext der kumulativ gesteigerten Ausgrenzung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung zu sehen sind. Im Kontext der beruflichen Ausgrenzung politisch oder „rassisch" Verfolgter ist die 1933 durchgeführte Entlassung eines jüdischen Mitarbeiters durch Fritz HÖGER zu werten, die vermutlich auch erfolgte, weil Höger sich von Seiten mancher „Parteifreunde" Angriffen aufgrund des Beschäftigungsverhältnisses ausgesetzt sah. Aus einer Konkurrenzsituation um die Übernahme eines leitenden Direktorenpostens heraus erfolgte die Denunziation des Malers Max Pechstein durch seinen Kollegen Emil NOLDE, der Pechstein zu Unrecht – wie sich schnell herausstellte – als „Jude" bezeichnete. Julius BRECHT betrieb als Leiter eines Reichsverbandes 1939/40 die „Arisierung" eines Grundstückes gegen den explizit erklärten Willen der jüdischen Eigentümer/innen, von denen sich zwei vor Abschluss des erzwungenen Kaufvertrages das Leben nahmen. Im Zusammenhang solcher Arisierungsfälle ist auch der Ankauf eines Hofes durch Gustaf GRÜNDGENS zu verorten. Diese Form der finanziellen Schädigung vor dem Hintergrund der NS-Rassenpolitik überschnitt sich mit einer materiellen Vorteilsnahme. Dass die Kaufverhandlungen durch einen SA-Mann in Uniform geführt wurden, unterstreicht den erpresserischen Charakter des Kaufes. Jedoch gibt in diesem Fall Hinweise darauf, dass sich Gründgens der Umstände des Kaufes nicht bewusst gewesen war.

Neben den genannten Fällen gibt es mehrere Fälle, bei denen eine Verantwortung nicht eindeutig nachgewiesen werden kann. So gibt es einen Hinweis darauf, dass der Maler Arthur ILLIES als Funktionär im Kampfbund für deutsche Kultur gefordert habe, alle Mitglieder der Künstlervereinigung „Sezession" ins Konzentrationslager einzuweisen. Diese Angabe konnte nicht verifiziert werden. Nicht eindeutig geklärt werden konnten auch die Rollen, die der Pastor Wilhelm JENSEN in der Praxis der Ausstellung von „Ariernachweisen" und damit verbundenen Denunziationen von Jüdinnen und Juden spielte, sowie die genauen Verantwortlichkeiten und das praktische Verhalten des Prokuristen Kurt-Adolf KÖRBER und des Aufsichtsratsvertreters und Vorstandsberaters Albert BANNWARTH im Zuge von Zwangsarbeitereinsätzen ihrer jeweiligen Unternehmen.

2.7. Hilfe für Bedrohte und Verfolgte

Während die sechs bislang genannten Kriterien in unterschiedlichem Ausmaß eine Nähe zum oder Unterstützung des Nationalsozialismus und des NS-Regimes anzeigen, sollen die zwei folgenden Kriterien gegenläufige Tendenzen abbilden. So kann etwa die Hilfe und Unterstüt-

zung für Menschen, die vom NS-Regime ausgegrenzt, geschädigt und verfolgt wurden, unter Umständen als „entlastend“ gelten. Auch dieses Kriterium ist mit Blick auf die einzelnen Biographien oftmals alles andere als einfach zu belegen. So führten zahlreiche Personen in ihren Entnazifizierungsverfahren Zeugen an, die ihnen bestätigten, sich für jemanden eingesetzt zu haben. Der Quellenwert dieser „Persilscheine“ ist in vielen Fällen gering, weshalb grundsätzlich weitere, bestenfalls zeitgenössische Quellen über das entsprechende Verhalten einer Person herangezogen werden müssen – was nicht in allen Fällen möglich war.

Zwei Personen, bei denen es besonders viele Hinweise auf ihre Hilfe für Bedrohte und Verfolgte gibt, sind der (bis 1933 sozialdemokratische) Schulrat Fritz KÖHNE und der Intendant Gustaf GRÜNDGENS. Für beide gibt es zahlreiche Zeugenaussagen, die darauf hindeuten, dass sie ihre beruflichen Positionen nutzten, um Personen vor der Entlassung oder dem Zugriff der Gestapo zu bewahren oder – im Fall des inhaftierten Ernst Busch – sogar aus dem KZ zu befreien. Als gesichert kann auch der Einsatz des Schriftstellers Hans LEIP für den jüdischen Fabrikanten Oscar Isey gelten, der auf Leips Intervention hin ebenfalls aus dem KZ freigelassen wurde.

An dieser Stelle offen bleiben muss eine genaue Einschätzung der Person Julius BRECHTS, dem mehrere jüdische Personen bestätigten, sie während ihrer Illegalität in den 1940er Jahren bei sich privat untergebracht und damit versteckt zu haben. Eine Überprüfung dieser Angaben konnte nicht geleistet werden. Eine von Ute-Maria Babick-Krüger durchgeführte Studie relativiert jedoch zumindest einen der angegebenen Fälle und macht deutlich, dass dieser sich gegen Kriegsende ereignete und vermutlich weniger als gezielte Hilfe Brechts für einen jüdischen Verfolgten, sondern als Unterstützung Ausgebombter zu interpretieren ist. Etwas besser, aber ebenfalls nicht gut belegt ist die Angabe des Arztes Friedrich LICHTENAUER, sich erfolgreich für die Freilassung von vier holländischen Medizinstudenten aus einem SS-Lager eingesetzt und diese nach Stettin geholt zu haben. In diesem Fall liegen neben der Bestätigung durch einen der Studenten auch die Entlassungspapiere des entsprechenden Lagers im niederländischen Amersfoort vor. Die Hintergründe des Vorfalls bleiben jedoch unklar.

Hinzu kommen in mehreren Fällen Hilfsleistungen, die von Personen in ihren Entnazifizierungsverfahren angegeben und die ihnen dort zum Teil bestätigt wurden, die darüber hinaus aber nicht verifiziert werden konnten. Dazu zählen beispielsweise der erfolgreiche Einsatz Armin CLASENS für einen zur Zwangssterilisation Verurteilten, das Empfehlungsschreiben Theodor FAHRS für einen emigrierten jüdischen Assistenten oder die von Rudolf KLOPHAUS bewirkte Freilassung eines inhaftierten Mitarbeiters. In vielen dieser Fälle handelte es sich – sofern sie zutreffen – sicherlich nicht um oppositionelle Akte, sondern um die Fortsetzung

eines unterstützenden Verhaltens gegenüber Bekannten oder fachlich anerkannten Mitarbeiter/innen, die nun vom NS-Regime ausgegrenzt oder verfolgt wurden. Ein Beispiel für die Ambivalenz und die Grenzen solcher Hilfestellungen bietet der Fall Conrad BORCHLING, der seiner jüdischen Mitarbeiterin Agathe Lasch nur in dem Maße half, in dem er seine eigene Stellung nicht gefährdet sah – und ihr 1941 schließlich ein positives Gutachten verweigerte. Einen Sonderfall bildet schließlich die Unterstützung Hertha BORCHERTS für ihren eigenen Sohn, als dieser in das Visier der Gestapo geraten war.

2.8. Erfahrungen von Ausgrenzung, Schädigung oder Verfolgung

Der Einsatz für politisch, „rassisch", religiös oder aus anderen Gründen Verfolgte kann als „entlastend" bzw. als Indikator oppositioneller oder zumindest ambivalenter Haltung gewertet werden, da er zeigt, dass eine Person sich über die ideologischen Vorgaben des Regimes hinwegsetzte und andere, etwa ethische, Maßstäbe höher gewichtete. Das gleiche kann allerdings nicht für solche Fälle gesagt werden, in denen Menschen selbst zu Opfern nationalsozialistischer Ausgrenzung, Schädigung oder Verfolgung wurden. Denn nicht wenige Personen waren von solchen Praxen betroffen, *obwohl* sie sich selbst als Anhänger des „Dritten Reiches" und als überzeugte Nationalsozialisten sahen. Eine von diesen Personen gesuchte Identifikation mit und Nähe zum Nationalsozialismus stieß seitens des Regimes auf Praxen der Ausgrenzung.

Exemplarisch kann hier das Beispiel des Malers Emil NOLDE herangezogen werden, der 1934 einer NS-Auslandsorganisation in Nordschleswig beigetreten war, sich antisemitisch äußerte und Adolf Hitler bewunderte. Dass seine Bilder als „entartete Kunst" galten und er schließlich Berufsverbot erhielt, kann nicht als Opposition zum Regime gewertet werden – auch da er selbst darin ein großes Missverständnis erblickte. Ähnliches gilt für die Beschlagnahme und Verbote einzelner Bücher von Georg BONNE. Aufgrund seiner Homosexualität kriminalisiert wurde der Maler Hans FÖRSTER, ein Mitglied der NSDAP seit 1933.

Keine direkte Schädigung, geschweige denn Verfolgung, erfuhren dagegen Fritz HÖGER und Carl BENSEL. In ihren Fällen lässt sich eine Distanzierung bzw. Abweisung seitens des Regimes ausmachen, obwohl beide (wie Nolde und Bonne) sich selbst als überzeugte Nationalsozialisten sahen. Högers Fall verweist wie der Noldes auf kulturpolitische Machtkämpfe *innerhalb* der NS-Elite, die letztlich zu seinen Ungunsten ausgingen, obwohl er alles dafür tat, zum prominenten Architekten des Nationalsozialismus aufzusteigen. Auch Bensel, der seinen Ausschluss aus der NSDAP 1936 aufgrund einer verschwiegenen Logenzugehörigkeit bis zum höchsten Parteigericht anfocht, sah sich als überzeugten Nationalsozialisten.

Eine zweite Gruppe von Geschädigten umfasst Personen wie Lothar DANNER, Albert BANNWARTH, Fritz JÖDE und möglicherweise auch Friedrich THIEDING. In ihren Fällen erfolgte die Schädigung am Beginn des „Dritten Reiches“ und ging darauf zurück, dass es sich bei ihnen aus Sicht der Nationalsozialisten um Vertreter des alten „Systems“, der Weimarer Republik, handelte. Sie wurden aus ihren Ämtern entlassen (Danner, Jöde) oder in den Ruhestand versetzt (Bannwarth), versuchten sich in der Folge aber mit dem NS-Regime zu arrangieren, traten in die Partei ein oder konnten beruflich von ihrem Arrangement mit den neuen Machthabern profitieren. Dass eine eigene Schädigung oder Bedrohung zum Ausgangspunkt für ein Engagement im Rahmen nationalsozialistischer Organisationen wurde, lässt sich auch im Fall Hertha BORCHERTs sagen, die nach einer – letztlich erfolglosen – Denunziation der NS-Frauenschaft beitrat und ihre schriftstellerische Betätigung zum Teil in deren Rahmen stellte.

3. Typologie – Bildung von Kategorien

Auf Basis der entwickelten Kriterien sollen im Folgenden sieben Kategorien entwickelt werden, von denen die 58 Personen allerdings nur in fünf oder sechs zu verorten sind. Der grundlegende Gradmesser hinter der Einordnung von Personen bildet die Frage nach ihrer Nähe zum nationalsozialistischen Regime, dessen Politik und Ideologie. Dafür wurden die zentralen Kriterien der formalen Mitgliedschaft(en), der Übernahme von Ämtern, des öffentlichen Bekenntnisses, der materiellen Vorteilsnahme und des Vorhandenseins zentraler Elemente nationalsozialistischer Weltanschauung ebenso berücksichtigt wie gegenläufige Indikatoren, etwa eine erlittene Schädigung oder die Unterstützung von Bedrohten oder Verfolgten. Die Perspektive lag also primär auf der gesellschaftlichen Praxis, weniger beispielsweise auf der Frage nach der „inneren“ Einstellung, die nur in wenigen Fällen – etwa auf Basis von Tagebüchern oder Briefwechseln – ausreichend bestimmt werden konnte.

Bei manchen Personen fiel eine Zuordnung schwer oder war nicht möglich, was entsprechend hervorgehoben wird. Insofern tauchen auch einzelne Personen in mehreren Kategorien auf. Die grundlegende Unterscheidung zwischen den Typen (3) und (6), unter die die meisten Personen subsumiert wurden, ging auf die Frage zurück, ob sich jenseits einer „einfachen“ Zustimmung zum Regime (etwa in Form der NSDAP-Mitgliedschaft *oder* einer Unterschrift unter ein öffentliches Bekenntnis) noch weitere Formen aktiver Zustimmung, also ein Engagement oder eine praktisch hergestellte Nähe zum Nationalsozialismus, ausmachen ließen, die über eine formale Mitgliedschaft oder bloße Unterschrift hinausgingen. Hierbei handelt es sich zugegebenermaßen um eine etwas willkürliche Grenzziehung. So kann in manchen Fällen sicherlich zu Recht gefragt werden, ob beispielsweise im Fall bestimmter Architekten NS-

Parteibauten (ELINGIUS, KLOPHAUS) nicht ein „besonderes“ Engagement belegen oder ob der Rang eines Sturmbannarztes (BECKERMANN) wirklich eine stärkere Nähe zum Nationalsozialismus begründet als eine einfache Parteimitgliedschaft. Es liegt jedoch in der Natur solcher Typenbildungen, dass sie vereinfachende Schemata bilden, die die gesellschaftliche Realität nur unzureichend erfassen und den jeweiligen Biographien und persönlichen Bezügen zum „Dritten Reich“ nicht vollständig gerecht werden können.

Deutlich herausgestellt werden muss, dass es sich bei der folgenden Typologie nicht um eine eindeutig hierarchisch nach dem Grad von „NS-Belastung“ abgestufte Kategorisierung handelt. Insbesondere die zwei als „ambivalent“ charakterisierten Typen (4) und (5) entziehen sich einer solch klaren Anordnung. Zurückgewiesen werden muss damit letztlich das Anliegen, einfache Antworten auf die Frage nach einer als „Schuld“ verstandenen „Belastung“ von Personen zu geben und spezifische Kriterien als „belastender“ als andere zu klassifizieren – ist dies doch letzten Endes eine politische oder moralische Frage. Ist es beispielsweise „belastender“ (sprich: verwerflicher) der NSDAP angehört zu haben oder sich antisemitisch geäußert zu haben? Und kann ein bestimmtes Verhalten im „Dritten Reich“ – etwa die Unterstützung „rassisch“ oder politisch Verfolgter – gegen andere, „belastende“ Momente in der eigenen Biographie aufgewogen werden? Das Gutachten kann diese Fragen nicht beantworten, sondern dem Staatsarchiv und den politischen Entscheidungsträger/innen der Stadt lediglich die Grundlagen liefern, auf deren Basis sie beantwortet werden können. Die folgende Typologie muss daher mit aller Vorsicht als Hilfskonstruktion aufgefasst werden, die nicht eins zu eins als Entscheidungsgrundlage übernommen werden kann. Vielmehr bietet sie ein Instrument, auf deren Basis und gegebenenfalls mit einer erneuten Überprüfung Einzelfälle verglichen und bewertet werden können.

Typ (1): Ablehnung des NS-Regimes, Opposition/Widerstand oder erlittene Verfolgung

Dieser Typ entspricht der Grundorientierung „oppositionell / gemeinschaftsfremd“ bei Danker und Lehmann-Himmel: vom NS-Regime geschädigt oder verfolgt, in klarer Opposition gegenüber dem politischen System, zum Teil im Widerstand aktiv. Einen solchen Fall gibt es im vorliegenden Sample nicht.

Typ (2): Keine klare Zustimmung zum Regime, geringfügige Belastung

Unter dieser Kategorie sollen Personen gefasst werden, bei denen sich eine Zustimmung zum NS-Regime nicht eindeutig ausmachen lässt. Eine Parteimitgliedschaft ist nicht gegeben, allerdings eine Mitgliedschaft in NS-Massenorganisationen. Öffentliche Bekenntnisse zum Na-

tionalsozialismus unterblieben. Allerdings sind Fälle materieller Vorteilsnahme gegeben, etwa durch berufliche Aufträge. Über die persönlichen Motive für ein entsprechendes Verhalten gegenüber dem Nationalsozialismus, etwa eine „unpolitische“ Haltung, Ablehnung oder Indifferenz, lassen sich in der Regel keine klaren Angaben machen.
Aus dem Sample fallen BOMHOFF, DISTEL und SUDECK unter diese Kategorie.

Typ (3): Einfache Zustimmung zum NS-Regime

Als „einfache“ Form der Zustimmung zum Nationalsozialismus soll ein formaler Akt des politischen Bekenntnisses gewertet werden. Das kann entweder eine Mitgliedschaft in der NSDAP bedeuten, eine Mitgliedschaft in herausgehobenen Gliederungen (NS-Frauenschaft, fördernde Mitgliedschaft der SS) oder – falls keine Parteimitgliedschaft gegeben ist – ein öffentliches Bekenntnis in Form einer Unterschrift unter die 1933/34 entstandenen „Treuebekenntnisse“ zu Regime oder Führer. Als etwas exponierter – in einem Grenzbereich zu Typ (4) – lassen sich Personen einstufen, die nicht nur Parteimitglieder waren, sondern darüber hinaus berufliche Vorteile anstrebten, etwa indem sie als Architekten Parteibauten entwarfen. Einen Sonderfall stellen zudem die Personen dar, die im „Dritten Reich“ aufgewachsen sind und als Jugendliche der Partei beitraten („ns-sozialisiert“ in der Terminologie von Danker und Lehmann-Himmel).
Aus dem Sample fallen HAGER, KABEL (FM-SS oder NSF), BARKHAUSEN, BULCKE, FAHR, HAUPTMANN (öffentliche Bekenntnisse zum Regime), AMEIS, ECKELMANN, FÖRSTER, GRAUMANN, HARMS, MAHLER, PIETSCH, PURITZ, SILL (NSDAP), NACK, LENZ (NSDAP, ns-sozialisiert), ELINGIUS, KLOPHAUS, FRANK (NSDAP bzw. Aufnahmebemühen, zum Teil Parteibauten) unter diese Kategorie.

Typ (4): Ambivalente Haltung: geschädigt und um Arrangement/Partizipation bemüht

In diese Kategorie fallen Personen, die den Nationalsozialisten als „Vertreter der Systemzeit“ galten und deshalb in ihrer beruflichen Existenz geschädigt wurden, sich in der Folge aber mit dem NS-Regime arrangierten, der Partei beitraten oder sich um Positionen in NS-Verbänden bemühten. Hinzu kommen Personen, die beispielsweise im Anschluss an eine Denunziation ein Bekenntnis zum Regime abgaben, etwa der Partei oder einer anderen NS-Organisation beitraten und in diesem Rahmen aktiv wurden.
BANNWARTH, BORCHERT, DANNER und JÖDE fallen in diese Kategorie, möglicherweise auch THIEDING, dessen Fall aufgrund der Quellenlage nicht leicht zu beurteilen ist. Dabei reicht das Ausmaß eines solchen Aktivismus von Lesungen für die NS-Frauenschaft (Borchert), der

Bekleidung von Aufsichtsratsposten und einer damit verbundenen Mitverantwortung für den Zwangsarbeitereinsatz (Bannwarth) über den Parteibeitritt und anderweitige Bekenntnisse zum Regime (Jöde, Thieding) bis zur Vorteilsnahme durch die berufliche Tätigkeit in den besetzten Gebieten trotz nicht gegebener Parteimitgliedschaft (Danner).
Einen Sonderfall stellt NOLDE dar, bei dem zwar auch eine Kombination aus NS-Bekenntnis und Antisemitismus (der bis hin zur Stigmatisierung eines Konkurrenten als „Jude“ reichte) auf der einen Seite und erlittener Schädigung durch ein Berufsverbot und einer Stigmatisierung seitens des Regimes auf der anderen Seite gegeben ist, diese Schädigung jedoch im Unterschied zu den anderen Fällen dem Bekenntnis zum Regime nicht vorausging.

Typ (5): Ambivalente Haltung („Jongleur“): nicht geschädigt, Bekenntnis und Distanz

Im Unterschied zu Personen des Typs (4) handelt es sich hierbei nicht um Geschädigte des nationalsozialistischen Regimes, in der Regel vertraten aber auch sie vor 1933 eine demokratische Haltung oder waren der NS-Führung zumindest in dieser Hinsicht verdächtig. Sie arrangierten sich jedoch mit dem NS-Regime, ließen sich für dessen Propaganda instrumentalisieren und gaben verbale Bekenntnisse zum Nationalsozialismus ab. Gleichzeitig lässt sich bei ihnen eine innere bzw. zumeist in privatem Rahmen artikulierte Distanz ausmachen, die verbunden war mit der praktischen Hilfe für Menschen, die vom Regime verfolgt wurden oder, beispielsweise aufgrund ihrer jüdischen Herkunft, bedroht waren. Der von Danker/Lehmann-Himmel verwendete Begriff des „Jongleurs“ für eine „Mischung aus Opportunismus und abweichendem Verhalten“ eignet sich gut, um ein solches Verhalten zu charakterisieren.
GRÜNDGENS, LEIP und KÖHNE fallen in diese Kategorie. Ihr Engagement reichte von regelmäßigen Treffen mit entlassenen und oppositionellen Lehrern (Köhne) bis zur Rettung von Menschen aus der KZ-Haft (Gründgens, Leip). HAUPTMANN könnte dagegen nur mit starken Einschränkungen unter diese Kategorie gefasst werden, da seine Unterstützung Verfolgter begrenzt blieb und sich im Unterschied zu den drei Genannten in seinem Denken und seinen privaten Aufzeichnungen stärker positive Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus oder Elemente nationalsozialistischer Weltanschauung ausmachen lassen. Um unklare Fälle handelt es sich bei LICHTENAUER und BRECHT, deren angeblicher bzw. möglicher Einsatz für Verfolgte noch einer näheren historischen Überprüfung bedarf. Dabei spricht im Fall Brechts etwa eine von ihm (beruflich) forciert betriebene „Arisierung“ gegen eine klare Einordnung in diese Kategorie.

Typ (6): Zustimmung zum NS-Regime, Engagement über die Mitgliedschaft hinaus

Diejenigen Personen, die über ein formales Bekenntnis zum Nationalsozialismus hinaus im Sinne des Regimes oder der nationalsozialistischen Weltanschauung aktiv wurden oder sich entsprechend positionierten, fallen unter diese Kategorie. Es geht dabei nicht um „überzeugte Nationalsozialisten" im Unterschied zu formalen Parteimitgliedern oder „Opportunisten", da eine solche Differenzierung auf die individuellen Motive und Überzeugungen abstellt – eine Unterscheidung, die aus Mangel an Ego-Dokumenten nur in den wenigsten Fällen getroffen werden kann. Stattdessen soll ein besonderes Hervortreten in der gesellschaftlichen Praxis erfasst werden. Dazu zählen sowohl NSDAP-Mitglieder, die über ihre Mitgliedschaft hinaus noch ein Amt innehatte, sich öffentlich zum Regime bekannten, sich durch die Artikulation antisemitischer oder völkischer Ideologie hervortaten oder Personen auf Basis nationalsozialistischer Gesetzgebung schädigten, als auch Personen, die dies taten, ohne ein Parteibuch zu besitzen.

Eine erste Subkategorie bilden Personen, die über ihre NSDAP-Mitgliedschaft hinaus Ämter innehatten, ansonsten aber zumeist nicht weiter im nationalsozialistischen Sinne hervortraten (oder dies nicht bekannt ist). Hierzu zählen BECKERMANN, BENSEL, DUNCKER und LICHTENAUER, aber auch ALBERSHARDT, der neben der Ausübung eines Amtes auch seine kulturellen Aktivitäten in den Dienst der nationalsozialistischen Sache stellte. Zum Teil waren diese Personen Mitglieder in NS-Gewaltformationen wie SA und SS (Beckermann, Bensel) oder gehörten der NSDAP bereits vor der Machtübernahme an (Duncker). Auch in diese Kategorie können Nicht-Parteimitglieder gezählt werden, die ein Amt in NS-Formationen wie der SA ausübten (OSTERMEYER), und NSDAP-Mitglieder, die etwa durch die Werbung neuer „Parteigenossen" aktiv wurden (CLASEN). In einzelnen dieser Fälle liegt mit Blick auf die gesamte Biographie jedoch die Frage nahe, ob sich trotz der Übernahme eines Amtes wirklich eine „besondere" Nähe zum Nationalsozialismus ausmachen lässt.

In eine zweite Subkategorie fallen Vertreter und Multiplikatoren nationalsozialistischer, antisemitischer oder völkischer Ideologie, die diese publizistisch oder im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit artikulierten. Darunter lassen sich BOECK, BONNE, BORCHLING, DWENGER, FINDER, FRAHM, HÖGER, NOLDE, ILLIES, JENSEN, REINCKE, WODERICH subsumieren. Ein Teil von ihnen war Mitglied in der Partei oder der entsprechenden NS-Auslandsorganisation (Bonne, Borchling, Frahm, Höger, Illies, Nolde, Reincke), ein anderer Teil bemühte sich vergeblich darum (Boeck) oder trat der NSDAP nicht bei (Dwenger, Finder, Jensen, Woderich). Bei einzelnen von ihnen lassen sich zusätzlich belastende Kriterien ausmachen, etwa die Beteiligung an der Ausstellung der „Ariernachweise" in den Fällen Jensen und Reincke.

Eine dritte Subkategorie bilden Personen, die nicht unbedingt Vertreter der nationalsozialistischen Weltanschauung waren und zum Teil auch keine Parteimitglieder, die sich durch ihr Handeln aber an der Schädigung von Menschen im Kontext nationalsozialistischer Politik beteiligten. Dazu können Theodor HEYNEMANN und Franz OEHLECKER als nationalkonservativ ausgerichtete Professoren und „späte“ Parteimitglieder gezählt werden, die sich an der praktischen „Rassenhygiene“ in Form von Zwangssterilisationen beteiligten. Ebenfalls in diese Subkategorie gehört der Astronomieprofessor Richard SCHORR, der nicht der NSDAP angehörte und vermutlich auch kein ausgeprägter Anhänger nationalsozialistischer Ideologie war, sich diese und das System der Verfolgung aber zunutze machte, um gezielt gegen Astrologen vorzugehen. Auch Adolf STRÜVER war kein Parteimitglied, war aber für die Ausbeutung von Zwangsarbeiter/innen durch sein Unternehmen direkt verantwortlich. Kurt-Adolf KÖRBER wiederum wurde Parteimitglied und trug als Teil der Geschäftsleitung der „Universelle“ eine Mitverantwortung für den Zwangsarbeitereinsatz. Auch Friedrich BERGIUS kann aufgrund seiner (geplanten) Tätigkeit für die RSHA-Auslandsspionage in diesem Rahmen genannt werden. Er bekannte sich öffentlich zum Nationalsozialismus und profitierte von diesem, ohne der Partei beizutreten.

Schließlich finden sich in einer vierten Subkategorie höhere Verbandsfunktionäre, wozu aus dem vorliegenden Sample nur Julius BRECHT zu zählen ist. In ihrer Stellung, die in aller Regel mit einer Parteimitgliedschaft und weiteren Bekenntnissen zum NS-Regime verbunden war, trugen sie zu dessen Stabilisierung mit bei. In Brechts Fall lässt sich zudem nicht nur eine öffentliche Befürwortung der antisemitischen und Kriegspolitik des NS-Staates ausmachen, sondern auch eine bewusste Beteiligung an der gesellschaftlichen Ausgrenzung und ökonomischen Ausplünderung jüdischer Menschen durch eine auf sein Betreiben hin erfolgte „Arisierung“ eines Grundstücks gegen den Willen der Besitzer/innen. Als quasi staatliche Funktionäre auf Reichsebene könnten Personen dieser Subkategorie unter Umständen auch unter Typ (7) gefasst werden.

Typ (7): Hohe staatliche und Parteifunktionäre, „NS-Täter“ und Kriegsverbrecher

Hohe bzw. hauptamtliche Parteifunktionäre der NSDAP oder ihrer Gliederungen sowie „NS-Täter“ (insbesondere aus Gestapo, SS und SD) und Kriegsverbrecher, die für Morde oder Massaker im Kontext des Holocausts oder des Vernichtungskrieges verantwortlich waren, finden sich nicht im untersuchten Sample.

Zur Subkategorie eines hohen staatlichen Funktionsträgers, der in der frühen Phase des Regimes maßgeblich an der Entstehung und Stabilisierung der NS-Diktatur beteiligt war, kann

Reichspräsident Paul von HINDENBURG gezählt werden. Er war jedoch kein Nationalsozialist, sondern verkörperte gewissermaßen die deutschnational eingestellten „alten Eliten“, deren Bündnis mit der NSDAP für diese schließlich zu einer zentralen Säule wurde, auf der sie ihre Herrschaft errichten konnte.

Weitet man den Begriff des „NS-Täters“ aus und löst ihn von der direkten Beteiligung an bzw. Anordnung von Gewaltverbrechen in Konzentrationslagern, im Krieg und den besetzten Gebieten, können auch Personen wie HEYNEMANN, OEHLECKER (Zwangssterilisationen), REINCKE, SCHORR (Denunziationen bei Gestapo, SD und SS), STRÜVER (Zwangsarbeit) und BRECHT (bewusstes Betreiben einer „Arisierung“ gegen den Willen der Eigentümer) unter diese Subkategorie gezählt werden.

4. Literaturverzeichnis

Literatur zu Straßennamen und damit verbundener Geschichtspolitik

Rita Bake: NS-belastete Straßennamen in Hamburg, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene/4462742/strassennamen-spiegel-der-geschichte (1.11.2017); NS-belastete Straßennamen im Bezirk Bergedorf. Stellungnahme der historischen Fachkommission, Hamburg-Bergedorf, 1.3.2017; Dietmar von Reeken/Malte Thießen (Hg.): Ehrregime. Akteure, Praktiken und Medien lokaler Ehrungen in der Moderne (Formen der Erinnerung, 63), Göttingen 2016; Dietmar von Reeken: Dem Volk aufs historische Maul geschaut. Ein lokaler geschichtskultureller Konflikt und sein Potenzial für die Forschung, in: Sarah Neumann/Ines Weber/David Weiss (Hg.): Ad laudem et gloriam. Festschrift für Rudolf Holbach, Trier 2016, S. 343-359; Freiburger Gemeinderat, Anlage 2 zur Drucksache G-16/212: Abschlussbericht der Kommission zur Überprüfung der Freiburger Straßennamen, [November 2016]; Winfried Speitkamp: Ehrungen im politischen Streit um Vergangenheit und Gegenwart, in: ebd., S. 311-342; Rita Bake: Das Gedächtnis der Stadt. Nach Frauen und Männern benannte Straßen, Plätze, Brücken in Hamburg, 2 Bde., Hamburg 2015; Claas Neumann/Peter Rassek/Ingo Harms: Wissenschaftliche Untersuchung der Straßennamen der Stadt Oldenburg, korr. Fassung vom 6.11.2013; Bericht der Expertenkommission zur Überprüfung des Straßenverzeichnisses der Stadt Bremerhaven im Hinblick auf etwaige Namensgeber aus der Zeit des Nationalsozialismus, o.O. o.J.; Matthias Frese (Hg.): Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, Münster 2012; Peter Poguntke: Braune Feldzeichen. Stuttgarter Straßennamen in der NS-Zeit und der Umgang nach 1945 (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart, 105), Stuttgart 2011; Marion Werner: Vom Adolf-Hitler-Platz zum Ebertplatz. Eine Kulturgeschichte der Kölner Straßennamen seit 1933, Köln 2008; Rainer Pöppinghege: Wege des Erinnerns. Was Straßennamen über das deutsche Geschichtsbewusstsein aussagen, Münster 2007; Horst Beckershaus: Die Hamburger Straßennamen. Woher sie kommen und was sie bedeuten, Hamburg 2002 (6. Auflage 2011).

Literatur zur Erforschung von „NS-Belastung“ und zur Vergangenheitspolitik

Uwe Danker/Sebastian Lehmann-Himmel: Landespolitik mit Vergangenheit. Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive nach 1945. Durchgeführt im Auftrag des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Husum 2017; Christian Mentel/Niels Weise: Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung, München/Potsdam 2016; Frank Bajohr/Johannes Hürter: Auftragsforschung „NS-Belastung“. Bemerkungen zu einer Konjunktur, in: Frank Bajohr u.a. (Hg.): Mehr als *eine* Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik. Festschrift für Axel Schildt, Göttingen 2016, S. 221-233; Sabrina Nowack: Sicherheitsrisiko NS-Belastung. Personalüberprüfungen im Bundesnachrichtendienst in den 1960er-Jahren (Veröffentlichungen der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, 4), Berlin 2016; Frank Bösch/Andreas Wirsching: Abschlussbericht der Vorstudie zum Thema „Die Nachkriegsgeschichte des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Ministeriums des Innern der DDR (MdI) hinsichtlich möglicher personeller und sachlicher Kontinuitäten zur Zeit des Nationalsozialismus“, 29.10.2015; Constantin Goschler/Michael Wala: „Keine neue Gestapo“. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit, Reinbek 2015; Landeshauptstadt Hannover, Projekt Wissenschaftliche Betrachtung von namensgebenden

Persönlichkeiten, Empfehlungen Beirat „Namensgebende Persönlichkeiten“, Tischvorlage zur GOK am 1.10.2015; Bremische Bürgerschaft (Hg.): Die NS-Vergangenheit früherer Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft. Projektstudie und wissenschaftliches Colloquium (Kleine Schriften des Staatsarchivs Bremen, 50), Bremen 2014; Henning Borggräfe: Zwangsarbeiterentschädigung. Vom Streit um „vergessene Opfer“ zur Selbstaussöhnung der Deutschen (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, 16), Göttingen 2014; Michael Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“, München 2013; Henning Tümmers: Anerkennungskämpfe. Die Nachgeschichte der nationalsozialistischen Zwangssterilisationen in der Bundesrepublik (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, 11), Göttingen 2011; Peter Reichel/Harald Schmid: Von der Katastrophe zum Stolperstein. Hamburg und der Nationalsozialismus nach 1945 (Hamburger Zeitspuren, 4), München/Hamburg 2005; Ulrich Herbert: Wer waren die Nationalsozialisten? Typologien des politischen Verhaltens im NS-Staat, in: Gerhard Hirschfeld/Tobias Jersak (Hg.): Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionseliten zwischen Mitwirkung und Distanz, Frankfurt a.M./New York 2004, S. 17-42; Peter Reichel: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, München 2001; Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996 (2. Auflage 1997).

Literatur zum Nationalsozialismus und nationalsozialistischen Organisationen

Janosch Steuwer: „Ein Drittes Reich, wie ich es auffasse“. Politik, Gesellschaft und privates Leben in Tagebüchern 1933-1939, Göttingen 2017; Jürgen W. Falter (Hg.): Junge Kämpfer, Alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945, Frankfurt a.M./New York 2016; Hanne Leßau/Janosch Steuwer: „Wer ist ein Nazi? Woran erkennt man ihn?“ Zur Unterscheidung von Nationalsozialisten und anderen Deutschen, in: Mittelweg 36, 1 (2014), S. 30-51; Stephanie Becker/Christoph Studt (Hg.): „Und sie werden nicht mehr frei sein ihr ganzes Leben“. Funktion und Stellenwert der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände im „Dritten Reich“ (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V., 16), Münster/Berlin 2012; Bastian Hein: Elite für Volk und Führer? Die Allgemeine SS und ihre Mitglieder 1925-1945 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 92), München 2012; Wolfgang Benz (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt a.M. 2009; Uwe Schmidt: Lehrer im Gleichschritt: Der Nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg, Hamburg 2006; Dorothee Hochstetter: Motorisierung und „Volksgemeinschaft“. Das Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps (NSKK) 1931-1945 (Studien zur Zeitgeschichte, 68), München 2005; Gerhard Hirschfeld/Tobias Jersak (Hg.): Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionseliten zwischen Mitwirkung und Distanz, Frankfurt a.M./New York 2004; Michael Sunnus: Der NS-Rechtswahrerbund (1928-1945). Zur Geschichte der nationalsozialistischen Juristenorganisation (Rechtshistorische Reihe, 78), Frankfurt a.M. u.a. 1990.

(1) Adolph Albershardt

Lebensdaten: 27.3.1892 – 2.12.1969
Tätigkeiten: Volksschullehrer, Leiter niederdeutscher Theatergruppe
Straßenname: Albershardtweg (1969 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Adolph (Adolf) Albershardt wurde am 27. März 1892 in Lübeck geboren. Nach der Lehrerausbildung in der Hansestadt erhielt er 1912, im Alter von 20 Jahren, zunächst eine Vertreter-, dann eine ordentliche Hilfslehrerstelle an der Aueschule in Finkenwerder. Albershardt siedelte daraufhin in den preußischen Vorort Hamburgs über. Im Ersten Weltkrieg absolvierte er von 1914 bis 1918 den Militärdienst, seit 1916 als Leutnant der Reserve. Trotz Abwesenheit erhielt er 1916 eine feste Anstellung an der Aueschule, im Oktober 1918 auch eine Lehrerwohnung im Schulgebäude, in der er bis 1953 wohnen blieb. 1919 heiratete er.

Seit den 1920er Jahren widmete sich Albershardt ganz der „Heimatpflege“ seines neuen Wohnortes. 1920 trat er dem Ensemble der „Finkwarder Speeldeel“ bei, einer lokalen Musik-, Tanz- und Trachtengruppe, die in plattdeutscher Sprache Theater aufführte. Die Speeldeel war 1906 von Gorch Fock (Johann Kinau) und Hinrich Wriede gegründet und nach dem Ersten Weltkrieg wiederbelebt worden. Im Sommer 1920 schloss sich Albershardt auch der Vereinigung „Quickborn“ an, der zentralen Plattform der Niederdeutschen Bewegung.

Albershardt engagierte sich auch kommunalpolitisch für Finkenwerder, das 1919 in Hamburg eingemeindet wurde. 1922 gründete er eine lokale „Wirtschafts- und Verkehrsvereinigung“ mit. Ziele der Vereinigung waren die parteipolitisch unabhängige Vertretung der Ortsinteressen (etwa was Verkehrsverbindungen und die infrastrukturelle Erschließung anging) sowie die „Förderung des Heimatgedankens“. So organisierte Albershardt 1930/32 Protestkundgebungen gegen die Vernachlässigung Finkenwerders durch Hamburg oder zu hohe Fährpreise mit, auf denen auch Vertreter unterschiedlicher Parteien (neben DNVP, DVP, KPD auch die NSDAP) auftraten, lobte an anderer Stelle aber die „vorbildliche Zusammenarbeit mit den Hamburger Behörden“. Nach 1945 gab er an, in der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) Mitglied gewesen zu sein.

Albershardt wurde auch journalistisch aktiv und verfasste seit 1918 Artikel über Finkenwerder für die *Norddeutschen Nachrichten* bzw. deren Lokalausgabe *Finkenwärder Nachrichten*. Zu Beginn der 1930er Jahre hielt Albershardt Vorträge über die Lokalgeschichte Finkenwerders und verortete sich dabei im Kontext der antimodernistischen Heimatschutzbewegung.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Nach 1933 führte Adolph Albershardt seine lokalen und kulturellen Aktivitäten im Sinne der „Heimatpflege“ Finkenwerders und der Niederdeutschen Bewegung fort und stellte diese in den Kontext des Nationalsozialismus:

– Albershardt leitete die „Wirtschafts- und Verkehrsvereinigung“, die seit 1936 unter dem Namen „Heimatvereinigung Finkenwärder“ firmierte, über die Zäsuren von 1933 und 1945 hinweg als Vorsitzender. In diesem Rahmen führte er u.a. „Heimatabende“ mit historischen Vorträgen durch. Bei solchen Veranstaltungen, über die in der gleichgeschalteten Tagespresse berichtet wurde und die dort als „wertvolle Heimatarbeit“ Albershardts positiv bewertet wurden, traten auch lokale NSDAP-Funktionäre wie der Ortsgruppenleiter Rudolf Pahl auf. Auch zu anderen Anlässen, wie der Begrüßung von Booten der Reichsmarine 1937 und 1939, traten Pahl und Albershardt gemeinsam auf. Die beiden wechselten sich auch in der Leitung der „Heimatvereinigung Finkenwärder“ ab.

– 1936 ergriff Albershardt die Initiative, die „Finkwarder Speeldeel“ wiederzubeleben. Die Trachtengruppe wurde Teil der NS-Kulturpolitik und auch formell der NS-Kulturgemeinde, Abt. Volkstum und Heimat, angegliedert. Zudem wurde sie Teil der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (KdF) und der „Vereinigung Niederdeutsches Hamburg“. Der *Hamburger Anzeiger* lobte Albershardt Initiative als „für die gesamten niederdeutschen Lande bedeutsame kulturpolitische Tat“. Die Speeldeel trat auf Veranstaltungen wie der „Niederdeutschen Tagung“ im Mai 1937 als ein Programmpunkt neben Aufmärschen von SS-, SA-, NSDAP- und HJ-Gliederungen auf, spielte bei NSDAP-Ortsgruppen, zum vierten Geburtstag der KdF-Organisation und unternahm zahlreiche Touren und Ausflüge im Dienste der NS-Kulturpolitik, u.a. auf KdF-Schiffahrten und den KdF-Reichskongressen 1938 und 1939. Albershardt charakterisierte solche Fahrten in Briefen an die Kultur- und Schulbehörde als „ehrenvolle“ Aufgaben. Die Speeldeel trat auch 1938 beim „Führerbesuch auf Helgoland“ vor Hitler und dem ungarischen Staatsoberhaupt Admiral von Horthy auf. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde die Speeldeel zur „Wehrbetreuung“ eingesetzt, u.a. in der Ostsee.

– Ebenfalls 1936 organisierte und leitete Albershardt eine 700-Jahresfeier Finkenwerders, deren Schirmherrschaft die NSDAP übernahm. Zu den Feierlichkeiten erschien die Spitze des Hamburger NS-Staates, darunter Reichsstatthalter und Gauleiter Karl Kaufmann, Bürgermeister Carl Vincent Krogmann und Kultursenator Wilhelm von Allwörden. In einem Beitrag in den *Norddeutschen Nachrichten* postulierte Albershardt anlässlich des Ereignisses, indem er sich auf den Aufschwung der Fischereiflotte, die Schaffung von Wohnraum und die Senkung der Arbeitslosigkeit bezog: „Es geht wieder aufwärts mit Finkenwärder im Dritten Reich!“. Er trat damit auch propagandistisch im Sinne des Regimes in Erscheinung.

– Zur formellen NS-Belastung Albershardts: Seit dem 1. Mai 1933 war er Mitglied im NS-Lehrerbund, seit 1. April 1934 in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), für die er seit November 1934 bis 1945 als „Presse- und Propaganda Ortswalter“ tätig war. Insofern lässt er sich sozial- und kulturpolitisch als nationalsozialistischer Aktivist einstufen. In die Partei trat er erst nach der partiellen Aufhebung der Mitgliedersperre zum 1. Mai 1937 ein.

Die Wertschätzung des Regimes für Albershardt kam im Mai 1939 in der Verleihung des silbernen Treuedienst-Ehrenzeichens durch Adolf Hitler zum Ausdruck. Aufgrund seiner Tätigkeit als Lehrer wurde Albershardt 1940 vorerst nicht eingezogen und seit 1942 als „unab-

kömmlich“ vom Militärdienst zurückgestellt. 1944 und 1945 wurde er aber jeweils für wenige Wochen zum „Volkssturm Finkenwärder“ herangezogen. Als Lehrer war er von 1940 bis Kriegsende in die „Kinder-Land-Verschickung“ eingebunden, u.a. als Lagerleiter.

Zur Biographie nach 1945

In der Entnazifizierung wurde Albershardt 1945 in die Kategorie V eingestuft, die Militärregierung sah keine Bedenken gegen seine Wiedereinsetzung als Lehrer. Albershardt setzte seine Aktivitäten mit dem Ziel, „heimatliches Brauchtum und die plattdeutsche Sprache zu pflegen“, fort. So war er weiter in und mit der Speeldeel aktiv und unternahm zahlreiche Auslandsreisen u.a. auf Folklore-Festivals, die er 1956 gegenüber der Schulbehörde als Aktivitäten im Sinne der „Völkerverständigung“ charakterisierte. 1957 ging Albershardt, der kurz zuvor noch zum stellvertretenden Schulleiter ernannt worden war, in den Ruhestand. 1960 wurde ihm von Hamburgs Kultursenator das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse verliehen. Zu seinen Geburtstagen erschienen jeweils Artikel in der Hamburger Lokalpresse. Als er 1968 Finkenwerders Geschichte in einem Aufsatz skizzierte, bilanzierte er mit Blick auf Kriegszeit und die Sturmflut von 1962 beides als „Katastrophen“, die über den Ort „hinweggebraust“ seien.

Nach seinem Tod 1969 wurde noch im selben Jahr eine Straße in Finkenwerder nach ihm benannt. In Presseartikeln, etwa 1992 zu seinem 100. Geburtstag, wurde seine NS-Vergangenheit beschönigt („Über die Jahre der Nazi-Herrschaft hielt Odje Albershardt die Speeldeel aus den Organisationen heraus, in die damals alle Vereine gezwungen wurden“). In einer Chronik der Speeldeel von 2006 wird ebenfalls ein Gegensatz Albershardts zur NS-Politik angedeutet, der sich quellenmäßig nicht belegen lässt.

Fazit

Adolph Albershardts Aktivitäten für die Finkenwerder „Heimatpflege“ wurden von ihm über die politischen Regime hinweg fortgeführt und entsprechend umstandslos in die NS-Kulturpolitik integriert. Kulturpolitisch lässt sich Albershardt in diesem Sinne in abgeschwächter Form als Aktivist charakterisieren, auch wenn er erst 1937 in die NSDAP eintrat und – den vorliegenden Quellen nach zu urteilen – wenig im engeren Sinne völkische, rassistische oder antisemitische Positionen transportierte. Die Volks- und Heimatbezüge der Niederdeutschen Bewegung, in deren Kontext Albershardt zu verorten ist, ließen sich dennoch problemlos in die völkische Politik der Nationalsozialisten integrieren. Scheinbar unpolitische Unterhaltung galt als Ausdruck echten „heimatlichen Volkstums“ und diente zur Festigung der von den Nationalsozialisten angestrebten „Volksgemeinschaft“.

Literatur und Quellen

Ralph Busch: Adolph Albershardt, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; Finkwarder Speeldeel e.V. (Hg.): Frische Bris van de Ilv. 100 Jahre Finkwarder Speeldeel, Hamburg 2006; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Altonaer Nachrichten, 1930-1938; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 221-11, F 8812; StAHH, 361-3, A 1484; StAHH 731-8, A 751 Albershardt, Adolf; StAHH, 364-10, 43.

(2) Otto Ameis

Lebensdaten: 8.2.1881 – 6.1.1958
Tätigkeiten: Architekt
Straßenname: Ameisweg (1979 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Im Februar 1881 in Hamburg geboren, machte Otto Ameis eine Maurerlehre und studierte in Braunschweig und Charlottenburg an der Technischen Hochschule Architektur. Seit 1909 betrieb er mit Alfred Jacob ein Architektenbüro. Das Büro Jacob & Ameis baute u.a. Villen, Land- und Wohnhäuser. Vor 1933 scheint Ameis sich nicht politisch betätigt zu haben, einer Partei gehörte er nicht an.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Ameis trat am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein. Von 1933 bis 1939 gehörte er der Reichskulturkammer (als Zwangsorganisation für alle Kulturschaffenden) an, der DAF von 1941 bis 1945.

Das Architektenbüro Jacob & Ameis setzte auch nach 1933 ihre Arbeit fort, u.a. mit dem Bau eines adligen Herrenhauses oder dem Bau eines Kameradschaftshauses im Gaswerk Barmbeck im Auftrag der Hamburger Gaswerke (HGW) 1935/36. Letzterer Bau stand im Zeichen nationalsozialistischer Bemühungen um die Schaffung einer loyalen „Betriebsgemeinschaft“ und „Betriebskameradschaft“, die der mit Jacob & Ameis zusammenarbeitende Bildhauer künstlerisch in Fresken männlicher „Kameraden“ zum Ausdruck brachte.

In den *Hamburger Nachrichten* veröffentlichten Jacob & Ameis Artikel zu Bau und Architektur, im August 1933 etwa zur Frage „Was ist ein Grundstein?“. In diesem Artikel bezogen sie sich am Rande auch positiv auf den Nationalsozialismus als „der großen heutigen Zeit des Werdens eines neuen Deutschlands“. Im Juli 1934 verfassten „Jacob & Ameis“ einen Leserbrief an die Zeitung, in dem sie sich positiv auf einen Aufruf von Reichsminister Goebbels bezogen, bildende Künstler bei öffentlichen Bauten heranzuziehen. Dabei knüpften sie sprachlich an NS-Terminologie an, etwa wenn sie davon sprachen, dass „zu hoffen [sei], daß diesem Vorbild jeder Volksgenosse nacheifere“. Indem sich Ameis und Jacob auf die Erklärung von Goebbels beriefen, versuchten sie eigene Vorstellungen von Architektur öffentlich starkzumachen.

1938 stellte das Büro Jacob & Ameis seine Arbeit ein. Von 1938 bis 1942 arbeitete Ameis für das Heeresbauamt III Hamburg als technischer Angestellter bzw. Architekt; seit 1942 dann für Konstanty Gutschow, den „Architekten für die Neugestaltung der Hansestadt Hamburg“. Vom Militärdienst wurde Ameis wegen Untauglichkeit zurückgestellt.

Zur Biographie nach 1945

Die Militärregierung stufte Ameis in der Entnazifizierung in Kategorie V ein. Der „Beratende Ausschuss“ erklärte, eine „Aktivität in der NSDAP“ sei nicht erkennbar. Er starb 1958.

Fazit

Otto Ameis gehörte als Architekt zu den sogenannten „Märzgefallenen“, die 1933 in die NSDAP eintraten. Aus welchen Motiven heraus dies erfolgte, ist anhand der vorliegenden Quellen nicht nachzuvollziehen, möglicherweise könnten berufliche Motive und damit verbundener politischer Opportunismus eine Rolle gespielt haben. In diesem Sinne war er mit dem Bau des Kameradschaftshauses der HGW als Architekt auch in die Schaffung der räumlichen Voraussetzungen nationalsozialistischer „Betriebsgemeinschaft“ involviert. Mit seinem Bürokollegen Jacob zusammen bezogen sie sich in Artikeln in den *Hamburger Nachrichten* positiv auf das NS-Regime – allerdings in eher phrasenhafter Form. Ameis trat ansonsten nicht weiter politisch hervor bzw. ist ihm dies – mit Blick auf die dünne Quellenlage – nicht nachweisbar.

Literatur und Quellen

Christian Römmer: Stellungnahme zu Otto Ameis, in: NS-belastete Straßennamen im Bezirk Bergedorf. Stellungnahme der historischen Fachkommission, Hamburg-Bergedorf, 1.3.2017, S. 7-8; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 221-11, I (B) 8649.

(3) Albert Bannwarth

Lebensdaten: 26.11.1872 – 2.4.1947
Tätigkeiten: Ingenieur, Direktor der HEW, Mitglied diverser Aufsichtsräte
Straßenname: Bannwarthstraße (1962 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Albert Bannwarth wurde am 26. November 1872 in Arnsberg in Westfalen geboren, die Volksschule und das Gymnasium besuchte er in Sigmaringen. Seit 1891 besuchte er die Technischen Hochschulen von Stuttgart und Hannover. 1896 wurde er als Ingenieur bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) in Berlin eingestellt, 1897 wechselte er zur Siemens & Halske AG (später Siemens-Schuckertwerke GmbH) – zunächst in Berlin, seit 1898 dann als Büroleiter in Dresden. 1902 wurde Bannwarth zum Oberingenieur ernannt, als Vorstand des Technischen Büros der Firma in Köln wechselte er für ein Jahr in diese Stadt. Im August 1905 siedelte er nach Hamburg über, wo er als Direktor des Hamburger Firmenbüros tätig war.

Von 1912 bis 1933 amtierte Bannwarth als Generaldirektor der Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW), die zunächst ein privatwirtschaftliches und seit 1914 ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen (mit 50-prozentiger Beteiligung des Hamburger Staates) darstellten. Bannwarth leitete die Verhandlungen mit dem Hamburger Staat und organisierte als HEW-Direktor den Bau, Aufkauf und die Modernisierung zahlreicher Kraftwerke. Unter seiner Leitung kam es zum massiven Ausbau des Unternehmens und der Energieversorgung.

Neben seinem Direktorenposten war Bannwarth von 1919 bis 1933 Mitglied der Handelskammer, von 1924 bis 1927 Vorsitzender der Vereinigung der Elektrizitätswerke Berlin, 1928 bis 1930 Vorstandsmitglied des Vereins Deutscher Ingenieure sowie Vorstandsmitglied im Verband Deutscher Elektrotechniker, im Hamburger Industrie-Verein und im Arbeitgeberverband. 1924 erhielt er den Ehrendoktortitel der Technischen Hochschule Hannover verliehen, die ihn 1931 auch zum Ehrenbürger ernannte. Zudem war er Mitglied in mehreren Aufsichtsräten, darunter dem der Commerz- und Privat-Bank.

Politisch war Bannwarth vor 1933 Mitglied der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP). Er unterzeichnete einen Aufruf zur Wahl „der bürgerlichen Parteien“ und gegen „den Weg des zerstörenden Radikalismus“, der im September 1930 in deutschen Tageszeitungen veröffentlicht wurde.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Im März 1933 kam es zu einer Kampagne der nationalsozialistischen Presse gegen Bannwarth. Unter dem Titel „Der feine Herr Direktor von der HEW. Wann verschwindet Bannwarth, der Mann mit über 100 000 Mark Einkommen?“ machte das *Hamburger Tageblatt* Stimmung gegen den HEW-Direktor. Bannwarth wurde dort als „der typische Nutznießer und Günstling des verflossenen Systems“ charakterisiert, der exorbitante Summen verdiene. Ihm

wurden abfällige Äußerungen über den neuen Senat unterstellt und betont, dass er „Schwierigkeiten machte, als von ihm gefordert wurde, die Hakenkreuzfahne auf dem Gebäude der HEW zu hissen“. Der Betriebsratsvorsitzende der HEW behauptete 1946 gar, dass sich Bannwarth bei der Machtübernahme geweigert hätte, die Fahne zu hissen. Das *Hamburger Tageblatt* forderte die „sofortige Entfernung“ Bannwarths. Laut Bannwarths eigenen Aussagen kam es in der Folge jedoch zu Gesprächen mit dem Gauleiter Karl Kaufmann, die bewirkten, dass die nationalsozialistische Presse Richtigstellungen publizierte und ihre Beschuldigungen zurücknahm. Am 6. April war im *Tageblatt* zu lesen, dass „die Vorwürfe gegen Direktor Bannwarth nicht zutreffen“ und dieser „rückhaltlos hinter dem jetzigen Senat“ stehe. Nichtsdestotrotz wurde Bannwarth an der Spitze der HEW ausgewechselt. Nach einem mehrmonatigen Urlaub schied er am 30. Juni 1933 aus dem Vorstand der HEW aus und trat in den Ruhestand. Bannwarths Ablösung entspricht dem Austausch der Direktorenposten zahlreicher anderer städtischer Unternehmen durch die Hamburger Nationalsozialisten, die diese Posten mit Parteimitgliedern neu besetzten. Laut Bannwarths wenig glaubhafter Darstellung von 1942/43 ging sein Ausscheiden aus den HEW Ende Juni 1933 auf seinen eigenen Entschluss zurück. Zweifel an dieser Darstellung sind auch mit Blick auf die folgenden Sätze angebracht: „Mit bitterem Gefühl nahm ich Abschied, lange Zeit hatte ich gebraucht, bis sich meine Nerven wieder einigermaßen beruhigt hatten.“ In der Tagespresse wurde sein Ruhestand mit „Gesundheitsgründen“ erklärt.

Die Ablösung Bannwarths auf dem Direktorenposten der HEW lässt sich nur mit Einschränkungen als politisch motivierte Schädigung werten – insbesondere, da Bannwarth bereits Anfang Oktober 1933 in den Aufsichtsrat der Werke aufgenommen wurde, um „die reichen Erfahrungen und das große Wissen des früheren Generaldirektors [...] nutzbar zu machen“, wie es in der Presse hieß. Er blieb über das Ende des NS-Regimes hinaus im Aufsichtsrat. Als 1943/44 innerhalb kürzester Zeit zwei HEW-Direktoren starben, wurde Bannwarth dem Vorstand als ständiger Berater zur Seite gestellt.

In der Zeit des Nationalsozialismus expandierten die HEW, indem sie im Zuge des Groß-Hamburg-Gesetzes zum Strommonopolisten Hamburgs aufstiegen. Für den Bau des seit 1938 geplanten HEW-Kohlekraftwerks Alt-Garge bei Bleckede wurden seit 1940 Zwangsarbeiter herangezogen, darunter osteuropäische Kriegsgefangene sowie KZ-Häftlinge aus Polen und Skandinavien. Geprägt war dieser Einsatz von zahlreichen Todesfällen – belegt wurden von John Hopp 49, die HEW selbst sprachen in der unmittelbaren Nachkriegszeit von 61 verstorbenen KZ-Häftlingen. Am Kraftwerksbau beteiligt waren neben den HEW auch weitere Firmen, für die Bannwarth gearbeitet hatte (Siemens-Schuckertwerke AG) oder in deren Aufsichtsrat er saß (Dürrwerke AG). Zur Frage, von wem die Initiative zum Einsatz von KZ-Häftlingen ausging, und zur Rolle der HEW konnte Hopp nur wenige Dokumente ausfindig machen. Es ist anzunehmen, dass die Häftlinge den HEW zur Verfügung gestellt wurden, die sie ihrerseits an Subunternehmen verliehen. Zur Instandsetzung kriegsbeschädigter Anlagen der HEW kamen ebenfalls Zwangsarbeiter zum Einsatz, 1944 waren es insgesamt über 900. Bannwarths spezifische Rolle im Einsatz von KZ-Häftlingen und anderen Zwangsarbeitern

muss an dieser Stelle offenbleiben. Als ständiger Berater des Vorstandes um 1944 wird er diesen jedoch mit zu verantworten haben.

Bannwarth blieb in der NS-Zeit auch Mitglied diverser Aufsichtsräte, darunter der Commerz- und Privat-Bank, der Bavaria- und St. Pauli-Brauerei und der Dürrwerke AG (Ratingen). Im Winter 1942/43 verfasste Bannwarth seine „Lebenserinnerungen“, die nach seinem Tod 1947 veröffentlicht wurden. Darin berief er sich, Bismarck zitierend, auf das Leitbild der Pflichterfüllung und äußerte seine Hoffnung auf einen Sieg Deutschlands im Zweiten Weltkrieg. Im Gefolge der Kriegszerstörungen Hamburgs wurde Bannwarths Villa zur Zwangseinquartierung Ausgebombter herangezogen.

Mitglied der NSDAP wurde Bannwarth nicht. Er trat lediglich der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) bei, dem NS-Bund deutscher Technik und dem Reichskolonialbund.

Zur Biographie nach 1945

Nach der britischen Besatzung Hamburgs im Mai 1945 wurde Albert Bannwarth im Alter von 72 Jahren vom neuen Bürgermeister Rudolf Petersen wieder als Generaldirektor der HEW eingesetzt. Kurz vor seinem anvisierten Ausscheiden aus dem Unternehmen starb er im April 1947.

In einer Stellungnahme im Rahmen seiner Entnazifizierung bezeichnete sich Bannwarth selbst als „keen opponent to the Nazis“. Und auch in einem Polizeibericht vom Juli 1946 hieß es, „Nazi“ sei dieser „niemals gewesen“, sondern habe dem Nationalsozialismus „immer feindlich gegenübergestanden“. Die Entnazifizierungsausschüsse stuften ihn einen Monat später als „einwandfrei“ ein.

Fazit

Albert Bannwarth war kein Nationalsozialist und durch seine Auswechslung als HEW-Direktor im Frühjahr 1933 wurde er von den neuen Machthabern in Hamburg beruflich geschädigt. Diese griffen jedoch auf seine Expertise zurück, indem Bannwarth einen Aufsichtsratsposten bei den HEW erhielt und damit – gewissermaßen in einem Arrangement mit dem NS-Regime – weiterhin am Unternehmen beteiligt wurde, insbesondere durch seine Beratertätigkeit in den letzten Kriegsjahren. Dadurch trug er eine Mitverantwortung am (tödlichen) Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen für das Unternehmen, auch wenn es keine Belege für eine direkte Beteiligung Bannwarths an der Anordnung dieses Einsatzes gibt.

Literatur und Quellen

Friederike Littmann: Ausländische Zwangsarbeiter in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939-1945 (Forum Zeitgeschichte, 16), München/Hamburg 2006; John Hopp: Die Hölle in der Idylle. Das Außenlager Alt-Garge des Konzentrationslagers Neuengamme, Winsen/Luhe 1993 (2. Auflage); Rainer Schubach: Die Entwicklung der öffentlichen Elektrizitätsversorgung in Hamburg, Hamburg 1982; Albert Bannwarth: Lebenserinnerungen, Hamburg 1947; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 221-11, T 335; StAHH, 731-8, A 752 Bannwarth, Albert; StAHH, 135-1 I-IV, 2109 Band 2.

(4) Heinrich Barkhausen

Lebensdaten: 2.12.1881 – 20.2.1956
Tätigkeiten: Physiker
Straßenname: Barkhausenweg (1965 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Im Dezember 1881 wurde Heinrich Barkhausen als Sohn eines Richters und einer Malerin in Bremen geboren. Er besuchte das Gymnasium und arbeitete im Anschluss als Praktikant beim Bremer Eisenbahn-Ausbesserungswerk. Von 1901 bis 1906 studierte er Technische Physik an der Technischen Hochschule (TH) in München und Universitäten in Berlin und Göttingen, wo er 1907 mit einer Dissertation zum „Problem der Schwingungserzeugung" promoviert wurde. Danach arbeitete er vier Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Laboratorien der Siemens & Halske AG. 1910 habilitierte er an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg und wurde zum 1. April 1911 als außerordentlicher Professor an die TH Dresden berufen, wo er in der Folge ein Institut für Schwachstromtechnik gründete. Im Ersten Weltkrieg wurde er von 1915 bis 1918 als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei der Inspektion für das Torpedo- und Minenwesen in Kiel eingezogen. Am 1. April 1918 wurde Barkhausen zum ordentlichen Professor für Schwachstromtechnik an der TH Dresden ernannt. Intensiv forschte er zu Elektronenröhren (u.a. mit einem vierbändigen Werk zum Thema, das in den 1920er Jahren erschien) und elektronischen Schwingungen. Nach ihm und einem seiner Mitarbeiter wurden die „Barkhausen-Kurz-Schwingungen" benannt. 1917 entdeckte er den magnetischen „Barkhausen-Effekt". 1928 erhielt er die Goldene Heinrich-Hertz-Medaille, 1932 wurde er von der TH Darmstadt zum Honorarprofessor ernannt.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Heinrich Barkhausen unterzeichnete als einer von rund 900 Personen das „Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat", das am 11. November 1933 auf einer Festveranstaltung der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Mitglied in der NSDAP war Barkhausen allerdings nicht, zumindest findet sich in der NSDAP-Mitgliederkartei kein Hinweis auf ihn. Damit dürfte er unter den Hochschullehrern der TH nach 1933 zur Minderheit gezählt haben, da Volker Stöhr zufolge mindestens 71 von 125 Lehrkräften Parteimitglieder wurden.

Stöhr zählt Barkhausen zu einer kleinen „Gruppe von Hochschullehrern, die den Nationalsozialisten ablehnend gegenüberstanden und vor allem der nationalsozialistischen Bürokratie Widerstand entgegenbrachten". Ihr Ziel sei es gewesen, „eine möglichst große Autonomie in Forschung und Lehre zu erhalten". Darauf habe sich Barkhausens „Widerstand" allerdings beschränkt, und insofern sei ihm auch „Opportunismus" zuzuschreiben. Ralf Pulla spricht dagegen vom „bekanntermaßen unpolitische[n] Barkhausen". Dieser bemühte sich – jedoch vergeblich – um die Verbesserung der personellen und räumlichen Situation am Institut, die laut Stöhr „katastrophale Ausmaße" angenommen hatte. Dabei argumentierte er auch mit dem Interesse der Wehrmacht an der Ausbildung von Ingenieuren. Er brachte im Januar 1936

schließlich einen Aushang mit der Überschrift „Warnung vor dem Studium der Schwachstromtechnik an der Technischen Hochschule Dresden“ an, in dem er die mangelnde Ausstattung des Instituts mit Personal kritisierte. Der Protestakt hatte wohl auch damit zu tun, dass eine beabsichtigte Berufung seines Assistenten und Institutsmitarbeiters Martin Kluge auf Druck der NS-Dozentenschaft nicht zustande kam. Es folgte eine Maßregelung des Professors, in einer internen Beurteilung hieß es über ihn, dass „er dem Nationalsozialismus kritisch und skeptisch gegenübersteht, auf alle Fälle von einer freudigen Bejahung weit entfernt ist“.

Das Institut für Schwachstromtechnik führte im „Dritten Reich“ Aufträge der Wehrmacht durch. Schon 1934/35 und dann erneut 1940 führte es Aufträge für das Reichsluftfahrt- und das Reichswehrministerium durch. Dabei ging es wohl u.a. um Versuche zur Dämpfung von Auspuffgeräuschen von Motoren. Seit 1939 war Barkhausen zudem von der Heeresversuchsanstalt Peenemünde, in der neue Waffensysteme wie die spätere V2-Rakete entwickelt wurden, mit geheimen „Forschungsarbeiten auf dem Funk- und Fernmeldegebiet“ beauftragt. Ralf Pulla zufolge hatte Barkhausens Kollege Professor Walter Wolman allerdings die Leitung des Gesamtprojektes inne. Laut Stöhr handelte es sich bei den Wehrmachtsaufträgen um „Zwänge“, denen sich Barkhausen nicht habe entziehen können: „Ein striktes Ablehnen derartiger Aufträge hätte einerseits die Karriere gefährden und andererseits zu Einbußen bei finanziellen und/oder personellen Ressourcen führen können“.

Barkhausen wirkte auch international und erhielt bereits in den 1930er und 1940er Jahren zahlreiche Ehrungen. So wählte ihn das Institute of Radio Engineers of America 1935 zu seinem Vizepräsidenten. 1938 wurde Barkhausen zu einer Studienreise nach Japan eingeladen, hielt Vorträge und wurde zum Ehrenmitglied des Instituts der Japanischen Elektrotechniker ernannt. Am 19. Juni 1943 wurde er als Ordentliches Mitglied in die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig berufen, 1943 wurde er Ehrenmitglied der Rumänischen Akademie der Wissenschaften. Am 13. Februar 1945 wurde das Institut für Schwachstromtechnik vollständig zerstört, Barkhausen sprach in einem Brief von der Zerstörung seines Lebenswerks. Die letzten Wochen des Krieges erlebte er in Westdeutschland.

Zur Biographie nach 1945

Erst im Juni 1946 kehrte Barkhausen nach Dresden zurück. 1949 wurde er in die Deutsche Akademie der Wissenschaften (der DDR) berufen und erhielt im selben Jahr den Nationalpreis der DDR verliehen. 1948/49 wurde auch die TH Dresden für die Erfüllung des Zweijahresplanes der SED in die Pflicht genommen. Barkhausen soll sich gegen die Einführung staatlicher Planung in der Forschung ausgesprochen haben. 1951 wurde der Neubau der Institute für Schwachstromtechnik an der TH Dresden, der sogenannte Barkhausen-Bau, eröffnet. In den frühen 1950er Jahren gewährte die DDR Barkhausen ein Sonderhonorar in Höhe von 7500 Mark. Laut Pulla fungierte er in den letzten Jahren seiner Tätigkeit am Institut aber „mehr als ideelle Integrationsfigur“, als dass von ihm neue Impulse ausgingen. Im September 1953 ging Heinrich Barkhausen in den Ruhestand. 1956 starb er im Alter von 74 Jahren. 1965 wurde ein Weg in Hamburg-Wandsbek nach Barkhausen benannt. In Nachrufen und biographischen Skizzen wurde er nach seinem Tod von DDR-Seite vereinnahmt, so bezeich-

nete man ihn 1978 als einen „Wissenschaftler, der […] mit dem Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik wuchs und voll die Leistungen unseres Arbeiter- und Bauern-Staates auf wissenschaftlich-technischem Gebiet würdigt“. Gelobt wurde „sein loyales Verhalten zu unserem Staat“, auch wenn er aufgrund seiner Erziehung und Ausbildung nicht „tiefer in die Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung einzudringen“ vermocht hätte.

Fazit

Heinrich Barkhausen war ein Physiker, der als „Pionier der Schwachstromtechnik“ gilt. Größeres politisches Engagement ist bei ihm nicht auszumachen. Mitglied der NSDAP wurde er nicht, jedoch unterzeichnete er das im November 1933 veröffentlichte Professoren-Bekenntnis zu Adolf Hitler und dem NS-Staat und unterstützte damit öffentlich das neue Regime. Seit 1939 führte er Forschungsaufträge für die Wehrmacht bzw. die Heeresversuchsanstalt Peenemünde durch und beteiligte sich aktiv an der Rüstungsforschung. Volker Stöhr weist auf Proteste Barkhausens gegen die schlechte Personalausstattung seines Instituts hin, den von ihm dafür gewählten Begriff des „Widerstandes“ halte ich allerdings für irreführend. Dennoch liefern die von Stöhr ausgewerteten Dokumente Hinweise darauf, dass Barkhausen dem Nationalsozialismus „kritisch und skeptisch“ gegenüberstand und seine Unterzeichnung des Professoren-Bekenntnisses möglicherweise eher als Opportunismus zu werten ist.
Um ein genaueres Bild von Barkhausens Rolle im „Dritten Reich“ zu gewinnen, wäre eine intensive Auswertung der Überlieferung der TH Dresden sowie seines im Universitätsarchiv der TU Dresden lagernden Nachlasses notwendig.

Literatur und Quellen

Volker Stöhr: Zwischen Anpassung und Selbstmobilisierung: Die Mechanische Abteilung in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Thomas Hänseroth (Hg.): Wissenschaft und Technik. Studien zur Geschichte der TU Dresden (175 Jahre TU Dresden, 2), Köln/Weimar/Wien 2003, S. 154-169; Ralf Pulla: Elektrotechnik und Informationstechnik – Strukturen und Konjunkturen, in: ebd., S. 233-258; David Salomon/Giovanni Motta: Handbook of Data Compression, London 2010 (5. Auflage); Reiner Pommerin: Geschichte der TU Dresden 1828-2003 (175 Jahre TU Dresden, 1), Köln/Weimar/Wien 2003; Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003; Manfred Heinemann (Hg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945-1949. Die Sowjetische Besatzungszone, Berlin 2000; Michael J. Neufeld: Die Rakete und das Reich. Wernher von Braun, Peenemünde und der Beginn des Raketenzeitalters, Berlin 1999 (2. Auflage); Eugen-Georg Woschni: Heinrich Barkhausen 1881-1956, in: Reiner Groß/Gerald Wiemers (Hg.): Sächsische Lebensbilder, Band 4, Stuttgart 1991, S. 47-61; ders.: Heinrich Barkhausen und die Entwicklung der Elektronik (Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse, Band 120, Heft 7), Berlin-Ost 1988; Rolf Sonnemann u.a.: Geschichte der Technischen Universität Dresden. 1828-1988, Berlin 1988 (2. Auflage); Klaus Lunze (Red.): Heinrich Barkhausen. Festschrift, hg. vom Barkhausen-Komitee bei der Akademie der Wissenschaften der DDR, Dresden 1981; Werner Klaus (Hg.): Gebäude und Namen. Technische Universität Dresden. Träger des Vaterländischen Verdienstordens, [Dresden 1978]; [Hans] Frühauf: Würdigung von Herrn Professor Dr. phil Dr.-Ing. E. h. Heinrich G. Barkhausen anläßlich einer Gedächtnisstunde zur 75. Wiederkehr seines Geburtstages, in: Hochfrequenztechnik und Elektroakustik, Band 65, Januar 1957, Heft 4, S. 109-112; ders.: Heinrich Barkhausen zum Gedächtnis, in: Wissenschaftliche Annalen, 5 (1956), Heft 5, S. 352-354; H. Rothe: Heinrich Barkhausen, in: Physikalische Blätter, 12 (1956), 4, S. 171-172; Physikalische Blätter, 2 (1946), Heft 8, S. 211-212; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Heinrich Barkhausen: Lehrbuch der Elektronen-Röhren und ihrer technischen Anwendungen, 4. Band: Gleichrichter und Empfänger, Leipzig 1937 (3. und 4. erw. Auflage); ders.: Lehrbuch der Elektronen-Röhren und ihrer technischen Anwendungen, 3. Band: Rückkopplung, Leipzig 1935 (3. und 4. erw. Auflage); Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; BArch, R 26 III, 8; BArch, R 4901, 15119; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI.

(5) Franz Beckermann

Lebensdaten: 13.6.1903 – 28.6.1976
Tätigkeiten: Arzt (Internist), Universitätsprofessor
Straßenname: Beckermannweg (1981 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Franz Beckermann wurde am 13. Juni 1903 in Hohenwepel im Kreis Warburg geboren. Von 1914 bis 1923 besuchte er Gymnasien in Warburg und Paderborn. Nach dem Medizinstudium in Münster, München, Wien und Berlin arbeitete er von 1929 bis Ende März 1935 bei der Städtischen Krankenanstalt Dortmund, bis Ende 1934 als Assistenzarzt und anschließend als Oberarzt.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Am 1. April 1935 wurde Franz Beckermann als Oberarzt an der Medizinischen Universitätsklinik Hamburg-Eppendorf (UKE) angestellt. 1939 habilitierte sich Beckermann und lehrte fortan als Dozent für Innere Medizin.

Beckermann trat im November 1933 in die SA ein, laut eigener Auskunft in der Entnazifizierung, da dies vom ärztlichen Direktor des Dortmunder Krankenhauses, einem SA-Führer, von ihm verlangt worden sei. Er blieb bis 1935 in der paramilitärischen Formation der Nationalsozialisten, wo er als Sturmbannarzt wirkte, und wurde offiziell aus „Krankheitsgründen“ aus dieser entlassen. Im November 1939 bemühte er sich um den Beitritt zur NSDAP, zum 1. Januar 1940 wurde er aufgenommen – laut eigener Aussage, da seine Dozentur seitens des Professors Georg Anschütz „vom Nachweis einer politischen Betätigung abhängig gemacht“ wurde. Hendrik van den Bussche hat in einer Studie darauf hingewiesen, dass „fast der gesamte Lehrkörper der Medizin im Reich ab 1937 der NSDAP beitrat“ und – obwohl es weiterhin möglich war, ohne Parteibuch Professor zu werden – auch an der Medizinischen Fakultät der Universität Hamburg sieben von acht Berufenen seit 1939 NSDAP-Mitglieder waren. Zwar wurde Beckermann lediglich als Privatdozent eingestellt, ob und inwieweit auf ihn Druck ausgeübt wurde, kann jedoch nicht zweifelsfrei geklärt werden.
Beckermann wurde außerdem 1937 Mitglied der NSV und 1940 Mitglied im Reichskolonialbund.

Laut Beckermanns eigener Angabe leitete er seit Mitte der 1930er Jahre die Diätschule des UKE. Der offizielle Ärztliche Leiter der Schule war zwischen 1935 und 1960 allerdings Beckermanns unmittelbarer Vorgesetzter, Professor Hans Berg. Den Erinnerungen der Krankenschwester Amelie Meyn zufolge leitete Beckermann auch die Krankenpflegeschule. Diese 1937/38 eingerichtete Einrichtung ging auf einen Vertrag zwischen dem UKE und der NSV zurück, mit der das Klinikum die Ausbildung der NSV-Schwestern übernahm. Damit verbunden war auch die Einführung weltanschaulicher Prüfungen vor dem Krankenpflegeexamen. Amelie Meyn erinnerte sich in den 1980er Jahren, dass Beckermann ihr Ende der 1930er Jahre während eines Examens zugeflüstert habe: „Wissen Sie, mir ist es ja lieber, wenn eine

Schwester einen anständigen Einlauf machen kann, als wenn sie weiß, wann Hitler geboren ist.“

Der *Hamburger Anzeiger* berichtete im November 1943 in einem Artikel über einen Vortrag Beckermanns „über das Menschenblut und seine Funktionen“. Hinweise auf nationalsozialistische Ideologieelemente lassen sich darin nicht finden.

Zur Biographie nach 1945

Unmittelbar vor Kriegsende gehörte Beckermann einem aus Mitarbeitern der Medizinischen Fakultät zusammengesetzten „Ausschuß für die Übergangszeit“ an, der beanspruchte, die Fakultät zu entnazifizieren und kommissarisch deren Geschäfte zu leiten. Neben Beckermann waren im Ausschuss auch weitere NSDAP-Mitglieder vertreten.
Die Militärregierung sah im November 1945 keinen Grund, Beckermann seiner Stellung zu entheben. Dieser nahm in seinem Fragebogen 1946 für sich in Anspruch, „der NSDAP weltanschaulich und politisch fern“ gestanden zu haben und lediglich auf Druck der SA und der Partei beigetreten zu sein. Als Leiter der Diätschule Eppendorf habe er „jede weltanschauliche Ausbildung der Diätschülerinnen verhindert“ und sich an seiner katholischen Einstellung orientiert.

Nach Kriegsende übernahm Beckermann die Leitung des Krankenhauses Heidberg, dessen Aufbau in einer ehemaligen Kaserne er betrieb. Ende der 1950er Jahre initiierte er u.a. die Einrichtung einer Dialysestation. Zudem wirkte er als Vorsitzender der Norddeutschen Tuberkulose-Gesellschaft. 1969 trat Beckermann mit 65 Jahren in den Ruhestand. Im Juni 1976 starb er.

Fazit

Franz Beckermann ist durch seine Mitgliedschaften in SA und – relativ spät – der NSDAP formell belastet. Politische Aktivitäten für den Nationalsozialismus lassen sich nicht nachweisen. Der Zeitpunkt seines Parteibeitritts spricht dafür, dass Beckermanns nachträgliche Rechtfertigung, die Dozentur nur als Parteimitglied erhalten zu haben, zutrifft – oder er sich zumindest bessere Chancen versprach. Seine NS-Belastung lässt sich vor diesem Hintergrund als formell und karrieremotiviert einstufen.

Literatur und Quellen

Hendrik van den Bussche (Hg.): Die Hamburger Universitätsmedizin im Nationalsozialismus. Forschung – Lehre – Krankenversorgung (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, 24), Berlin/Hamburg 2014; ders.: Personalpolitik und akademische Karrieren an der Hamburger Medizinischen Fakultät im „Dritten Reich“, in: Günter Grau/Peter Schneck (Hg.): Akademische Karrieren im „Dritten Reich“. Beiträge zur Personal- und Berufungspolitik an Medizinischen Fakultäten, Berlin 1993, S. 19-38; Ursula Weisser (Hg.): 100 Jahre Universitätskrankenhaus Eppendorf 1889-1989, Tübingen 1989; StAHH, 221-11, Ed 12741; StAHH, 113-5, B V 92 b UA 120; StAHH, 731-8, A 752 Beckermann, Prof. Dr. Franz; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI; BArch, R 9361-II, 54469.

(6) Carl Bensel

Lebensdaten: 3.4.1878 – 10.11.1949
Tätigkeiten: Architekt
Straßenname: Benselweg (1979 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Carl Bensel wurde 1878 in Iserlohn als Sohn eines Eisenwarenhändlers geboren. Von 1897 bis 1902 studierte er an den Technischen Hochschulen in Berlin-Charlottenburg und Dresden Architektur, anschließend absolvierte er eine Ausbildung zum Regierungsbaumeister bei der Preußischen Eisenbahndirektion. 1910 machte er sich selbstständig und eröffnete ein Architekturbüro in Düsseldorf. 1913 zog Bensel nach Hamburg, wo er bereits seit 1911 Aufträge für Entwürfe moderner Büro- und Geschäftshäuser in und um die Mönckebergstraße erhalten hatte (u.a. entwarf er das Levante- und das Bugenhagenhaus). 1914 wurde er zum Militärdienst eingezogen und war bis Kriegsende als Artillerieoffizier u.a. in Südosteuropa stationiert.
In der Weimarer Republik konnte er sich als Protagonist des „Neuen Bauens“ bzw. einer modernen Reformarchitektur etablieren. Seit 1924 arbeitete er mit Johann Kamps, seit 1929 außerdem mit Heinrich Amsinck in einem gemeinsamen Büro zusammen. Das Büro zählte dem Architekturhistoriker Jan Lubitz zufolge zu den „renommiertesten […] Hamburger Architekturbüros“ seiner Zeit. Neben Wohn- und Geschäftshäusern wurden von ihm etliche Kirchenbauten entworfen und durchgeführt.

Von 1919 bis 1923 war Bensel Mitglied der Freimaurerloge „Zum Pelikan“. Zudem engagierte er sich auf kulturpolitischem Gebiet. 1925 wurde er Vorsitzender des Landesbezirks Nord des Bundes Deutscher Architekten (BDA). 1929 wurde er in dessen Bundesvorstand gewählt, in dem er bis 1931 saß. Er beteiligte sich an Diskussionen um Ausbildungsanforderungen an Architekten und propagierte eine umfassende kulturelle Erneuerung. Von 1927 bis 1929 fungierte er als Schriftleiter der Zeitschrift *Der Kreis*, in der er Artikel zur Baukunst veröffentlichte. Außerdem war Bensel Mitglied im Hamburgischen Verein für kirchliche Kunst. Einer politischen Partei gehörte er vor 1933 nicht an, Hinweise auf im engeren Sinne politische Positionierungen ließen sich nicht ausmachen.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Zum 1. Mai 1933 trat Bensel der NSDAP bei, zudem gehörte er bis Anfang 1935 dem Reitersturm der SS an. Er gab nach 1945 an, als Mitglied des Flottbeker Reitervereins von der SS übernommen worden zu sein. Der Reiterverein bestand allerdings parallel zur Reiter-SS weiter, nun in „gleichgeschalteter“ Form. Viele Mitglieder der sich als elitär verstehenden Reiter-SS rekrutierten sich aus den (hoch)bürgerlichen Angehörigen der Reitervereine – um deren Rekrutierung zu forcieren, hatte Heinrich Himmler sogar die politische Überprüfung, die vor einem SS-Beitritt obligatorisch war, ausgesetzt. Nele Fahnenbruck hat hervorgehoben, dass viele dieser neuen SS-Angehörigen aus dem höheren Bürgertum Hamburgs ihre Mitgliedschaft in der Reiter-SS als „unpolitisch“ betrachteten. In seinem Entnazifizierungsverfahren

gab Bensel an, Anfang 1935 aus der Reiter-SS ausgetreten zu sein, nachdem er angeblich erkannt hatte, „dass der Reitersturm weniger sportlichen Zwecken dienen sollte als politischen Einflüssen Wege zu ebnen“. Neben seiner Mitgliedschaft in NSDAP und Reiter-SS war Bensel auch der NSV beigetreten.

Im Februar 1936 wurde er auf Beschluss des NSDAP-Kreisgerichts Altona aus der Partei ausgeschlossen, nachdem sich herausgestellt hatte, dass er in einem Fragebogen die Mitgliedschaft in der Freimaurerloge „Zum Pelikan“ verschwiegen bzw. geleugnet hatte. Bensel wehrte sich gegen den Ausschluss, aber das Gaugericht Schleswig-Holstein bestätigte diesen im April 1936. In seinem Entnazifizierungsfragebogen behauptete Bensel, die Logenmitgliedschaft sei für die NSDAP nur ein Vorwand gewesen, 1936 gegen ihn „vorzugehen“. Vielmehr sei es um seine „sehr offen geäußerten abfälligen Bemerkungen über [den] Nationalsozialismus“ gegangen, er sei ein „entschlossener und offener Gegner der Partei“ gewesen. Dafür lassen sich keine Belege ausmachen, vielmehr setzte Bensel alles daran, in der Partei zu bleiben. Auf eine erneute Berufung hin bestätigte das Oberste Parteigericht in München am 19. November 1936 endgültig seinen Parteiausschluss. Auch ein Gnadengesuch, das Bensel 1939 an Adolf Hitler richtete, blieb erfolglos und wurde im Januar 1940 abgelehnt.

Das Architekturbüro Bensels realisierte in den 1930er Jahren private Aufträge, darunter weitere Kirchenbauten und Einfamilienhäuser in Elbvororten wie Blankenese. Staatliche Aufträge im engeren Sinne erhielt er zwar nicht, Bensel führte 1939 aber den Umbau der Führerinnenschule der NS-Organisation Bund Deutscher Mädel (BDM) in Eddelsen bei Hamburg durch. Laut Jan Lubitz setzte Bensel seine reformerische Architektur im „Dritten Reich“ nicht unverändert fort, sondern vollzog – vor dem Hintergrund der Ablehnung des Neuen Bauens durch die Nationalsozialisten – eine architektonische Neuausrichtung bzw. Wende zum Traditionalismus, wobei er u.a. auf Stilformen des späten Kaiserreiches zurückgriff. Bensels Entwürfe für Landhäuser in den Elbvororten dokumentieren nach Lubitz „das Bestreben des Architekten, sich in die ‚Blut- und Boden‘-Ideologie des Nationalsozialismus einzufügen“, auch seine Kirchenbauten seien Ausdruck einer „Anpassungsbereitschaft“. Architektonische Impulse setzte Bensels Büro damit nicht mehr. Im Unterschied zur Weimarer Zeit veröffentlichte Bensel keine theoretischen Texte mehr.

Infolge des Zweiten Weltkrieges und des Rückgangs privater Bautätigkeiten blieben zunehmend Aufträge aus. 1940 hatte Konstanty Gutschow Bensels Büro neben acht weiteren Architekten zum Wettbewerb um die Planung der Hansischen Universität eingeladen. Angesichts des Kriegsverlaufs blieb das Projekt allerdings unrealisiert. Gutschow versorgte neben anderen Architekten, deren Existenz kriegsbedingt bedroht war, auch Bensels Büro mit Planungsaufträgen im Zuge der angestrebten Neugestaltung der „Führerstadt“ Hamburg, darunter für Bunkerbauten – auch wenn Bensel laut Lubitz nicht zum „bevorzugten Architektenkreis“ um Gutschow gezählt werden kann. Vor diesem Hintergrund musste das Büro Bensel, Kamps & Amsinck schließlich fast alle Mitarbeiter entlassen. Amsinck wurde eingezogen, Kamps starb an Verletzungen aufgrund der Bombenangriffe auf Hamburg, so dass Bensel das gemeinsame

Büro schließlich im Dezember 1943 auflöste. 1944/45 führte er allerdings noch einige Aufträge zu Instandsetzungen und Wiederaufbauten durch.

Zur Biographie nach 1945

Im Oktober 1945 beantragte Bensel die Aufnahme in den neu gegründeten BDA. Er bemühte sich um neue Aufträge, blieb damit aber weitgehend erfolglos. Die Nachkriegszeit war für ihn „von Entbehrungen und persönlichem Leid geprägt", wie Lubitz konstatiert. In der 1946 durchgeführten Entnazifizierung wurde er als „unbedenklich" eingestuft, nachdem er sich selbst als „entschlossener und offener Gegner der Partei" seit 1936 bezeichnet hatte. Im November 1949 starb Carl Bensel – weitgehend unbeachtet – im Alter von 71 Jahren.

Fazit

Carl Bensel war ein prominenter Vertreter der Reformarchitektur des Neuen Bauens, der sich vor 1933 parteipolitisch nicht betätigte. Im Sommer 1933 trat er sowohl der NSDAP als auch der Reiter-SS bei, wurde als früheres Mitglied einer Loge aber bereits 1936 wieder aus der Partei ausgeschlossen. Bensels hartnäckige Bemühungen um seine Wiederaufnahme machen deutlich, dass er mit allen Mitteln der Partei angehören wollte. Auch wenn Bensel keine oder keine größeren staatlichen Aufträge erhielt, kann er nicht zu den durch das NS-Regime Geschädigten gezählt werden. Trotz seines Parteiausschlusses durfte er 1939 eine BDM-Schule umbauen, und seit 1940 versorgte Konstanty Gutschow ihn mit Aufträgen – wenn auch nicht in einem Maß, das eine Weiterführung seines Büros über 1943 hinaus möglich gemacht hätte.

Literatur und Quellen

Christian Römmer: Stellungnahme zu Carl Bensel, in: NS-belastete Straßennamen im Bezirk Bergedorf. Stellungnahme der historischen Fachkommission, Hamburg-Bergedorf, 1.3.2017, S. 9-11; Jan Lubitz: Geformter Raum. Die Hamburger Architekten Bensel, Kamps & Amsinck, München/Hamburg 2016; Berno Bahro: Der SS-Sport. Organisation – Funktion – Bedeutung, Paderborn 2013; Nele Maya Fahnenbruck: „...reitet für Deutschland": Pferdesport und Politik im Nationalsozialismus, Göttingen 2013; Jan Lubitz: Bensel, Carl Gustav, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 4, Göttingen 2008, S. 45-46; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; StAHH, 221-11, I (B) 1661; StAHH, 621-2/2; BArch, R 9361-I, 5896; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI.

(7) Friedrich Bergius

Lebensdaten: 11.10.1884 – 29.3.1949
Tätigkeiten: Chemiker, Unternehmer
Straßenname: Bergiusstraße (1950 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Als Sohn eines Fabrikanten wurde Friedrich Bergius 1884 in Goldschmieden bei Breslau geboren. Nachdem er 1903 das Realgymnasium in Breslau abgeschlossen hatte, arbeitete er in einem Hüttenwerk in Mülheim an der Ruhr. Von 1903 bis 1907 studierte er Chemie an den Universitäten in Breslau und Leipzig, wo er 1907 mit einer Arbeit über Schwefelsäure promovierte. In den folgenden Jahren arbeitete er wissenschaftlich an Instituten in Berlin, Karlsruhe und Hannover, 1912 folgte die Habilitation.

1913 gab Bergius die Lehrtätigkeit als Privatdozent auf und setzte seine Forschungen jenseits der Universität fort. Im selben Jahr meldete er ein Patent auf seine Entdeckung eines Verfahrens zur Kohleverflüssigung an. Als Leiter der Forschungslaboratorien trat er 1914 in die Th. Goldschmidt AG in Essen ein, zwei Jahre später wurde eine große Versuchsstation zur industriellen Umsetzung der Kohleverflüssigung in Mannheim-Rheinau eingerichtet. 1916 wurde Bergius auch stellvertretendes Vorstandsmitglied der Firma. Im Juli 1918 wechselte Bergius als Generaldirektor zur EVAG (Erdöl- und Kohleverwertung AG) – eine Position, die er bis 1924 ausübte. 1920 wurde er Generaldirektor des neu gebildeten Konsortiums Deutsche Bergin AG für Kohle und Erdölchemie in Heidelberg, wo er in den folgenden Jahren auch lebte. Bergius wurde Mitglied in zahlreichen wissenschaftlichen Gesellschaften, darunter auch der Deutschen Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Pflege des Deutschtums in München. Mitte der 1920er Jahre verkaufte er seine Patente zur Kohleverflüssigung für rund 1 Million RM an die IG Farben, die das „Bergius-Verfahren“ weiterentwickelte und in den Leuna-Werken mit der industriellen Umwandlung von Kohle in Benzin begann.

Parallel zur praktischen Umsetzung seines Verfahrens zur Kohleverflüssigung hatte Bergius zur Umwandlung von Holz in Kohlehydratefuttermittel geforscht. 1927 richtete er eine entsprechende Versuchsanlage ein, ein Jahr später wurde er Vorsitzender des Aufsichtsrats der Holzhydrolyse AG. In der Wirtschaftskrise geriet das Unternehmen jedoch in finanzielle Schwierigkeiten. 1931 erhielt Bergius zusammen mit Carl Bosch (IG Farben) den Nobelpreis für Chemie. Im selben Jahr wurde er zum Ehrendoktor der Universität Hannover ernannt – ein Titel, dem ihm 1927 bereits die Universität Heidelberg verliehen hatte.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Mitglied der NSDAP wurde Friedrich Bergius nicht, zumindest findet sich in der NSDAP-Mitgliederkartei kein Hinweis darauf. Er trat jedoch öffentlich für das neue Regime ein. Vor der Volksabstimmung über die Zusammenlegung der Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten am 19. August 1934 warb Bergius in der Öffentlichkeit für ein „Ja“ und ließ sich in der NS-Presse mit der Erklärung zitieren, die „moralischen und geistigen Kräfte“

des deutschen Volkes könnten „nur zur Auswirkung kommen unter der einheitlichen starken Führung durch einen Mann, an den jeder glaubt: Adolf Hitler“.
In Vorträgen, u.a. bei der vom NSDAP-Gau Hamburg (Amt für Technik) veranstalteten „Gautagung der Techniker“ im Oktober 1937, stellte Bergius seine Erfindung der Kohleverflüssigung in den Kontext nationalsozialistischer Autarkiepolitik. Sie sichere die nationale Rohstoffversorgung auch im Falle einer ausländischen Blockade und mache das Deutsche Reich vom „Monopol der erdölreichen Länder“ unabhängig.

Das NS-Regime nutzte und förderte Bergius´ Verfahren im Sinne ihrer Autarkiebestrebungen. Im Herbst 1934 konnte eine Holzhydrolyse-Anlage in Mannheim-Rheinau durch eine Reichsbürgschaft in Höhe von 2 Millionen RM ausgebaut werden. Im April 1935 überreichte Bergius für die Deutsche Bergin AG Hermann Göring eine Marzipantorte, die unter Verwendung von Holzzucker hergestellt worden war. Das Holzverzuckerungsverfahren wurde 1936 in den Vierjahresplan zur Rohstoffsicherung mit aufgenommen, so dass eine Fortführung der Arbeiten gesichert war. In diesem Zusammenhang übertrug Bergius allerdings seine Aktien an der Deutschen Bergin AG der Rentenbank-Kreditanstalt, die sich damit die Mehrheitsanteile am Unternehmen sicherte. Um 1938 saß er jedoch Mitglied im Aufsichtsrat, und bis 1942 wirkte er als Generaldirektor der Deutschen Bergin AG. Damit hatte er, so das *Hamburger Abendblatt* 1949, „entscheidenden Anteil an der Autarkieplanung des Reiches“. In Heidelberg stellte ihm die NS-Regierung ein Laboratorium zur Verfügung, in dem er sich mit der Perfektionierung der Holzhydrolyse beschäftigen konnte. Im Zweiten Weltkrieg wurde Bergius´ Forschungsbetrieb in die „Forschungs- und Verwertungs-GmbH“ der DAF eingegliedert.

In der nationalsozialistisch gleichgeschalteten Presse wurde „der deutsche Chemiker“ Bergius mehrfach für seine Erfindungen gelobt, u.a. zu seinem 60. Geburtstag 1944. Die *Rheinisch-Westfälische Nationalzeitung* etwa lobte ihn unter dem Titel „Ein Deutscher gegen die Weltmacht Oel“ als Wegbereiter der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Deutschlands, und die *Deutsche Allgemeine Zeitung* nannte ihn einen „Blockadebrecher“. 1943 veröffentlichte Edgar von Schmidt-Pauli eine Biographie Bergius´ mit dem bezeichnenden Untertitel „Ein deutscher Erfinder kämpft gegen die englische Blockade“, in der er dessen Forschungen als „patriotische Taten in hohem Sinne“ würdigte.
In den Jahren vor Kriegsbeginn war Bergius auch international ausgezeichnet worden. Im April 1934 verlieh ihm der Herzog von Kent in London die Melchett-Medaille für wissenschaftliche Leistungen. 1937 wurde er zum Vizepräsidenten des internationalen Ausschusses für Ersatzbrennstoffe und zum Ehrenmitglied des Physikalischen Vereins in Frankfurt am Main ernannt. Und im Dezember 1937 erhielt er die Wilhelm-Ekner-Medaille vom Niederösterreichischen Gewerbeverein. 1940 wurde er Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Heidelberg und 1944 Ehrenmitglied im Verein der Deutschen Chemiker.

Während des Krieges war Bergius laut der Nachkriegsaussage eines SS-Sturmbannführers einer von sechs Chemikern, die für das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) als Kontakt- und V-Leute im Bereich der Auslandsspionage tätig waren. Eine für ihn vorgesehene Kontaktaufnahme mit zwei Professoren in Schweden und geplante Spionagetätigkeiten kamen dieser

Quelle zufolge jedoch nicht mehr zustande. Im September 1944 zog Bergius nach Österreich, nachdem seine Wohnung in Berlin durch Luftangriffe zerstört worden war.

Zur Biographie nach 1945

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges versuchte Bergius sein Verfahren zur Holzverzuckerung als Lösung der Nahrungsmittelprobleme anzubieten und stieß damit bei der neuen Regierung Österreichs, wo die Ernährungslage der Bevölkerung sehr schlecht war, auf Interesse. Im August 1945 präsentierte Bergius in einer Denkschrift sein Konzept und war dabei gleichzeitig bemüht, sich als Geschädigter des Nationalsozialismus zu präsentieren. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes widersprach dieser Darstellung gegenüber der österreichischen Regierung. Im Oktober 1945 erhielt Bergius die österreichische Staatsbürgerschaft, im November gründete er die „Dr. Friedrich Bergius Fabrikationsges.m.b.H." und beschäftigte schließlich über 40 Mitarbeiter an drei Standorten. Im Sommer 1946 wurden jedoch etliche seiner Mitarbeiter aufgrund von Wirtschaftsdelikten sowie ihrer NS-Vergangenheit verhaftet. In den österreichischen Medien war daraufhin von „Prof. Bergius und sein[em] Nazistab" die Rede, und die Regierung beendete die Kooperation. Im Frühjahr 1947 verließ Bergius Österreich und wirkte in den folgenden Monaten international als Berater beim Wiederaufbau und der Modernisierung chemischer Werke, u.a. in der Schweiz, der Türkei und in Spanien. Im Herbst 1947 zog er schließlich nach Buenos Aires, wo er als Berater der argentinischen Regierung unter Perón bei der Strukturierung des Energiesektors und dem Aufbau einer eigenen chemischen Industrie tätig wurde. Er verstarb im März 1949 im Alter von 64 Jahren.

Zu Ehren von Bergius wurde 1950 in Hamburg eine Straße nach ihm benannt. In Berlin erhielt 1958 eine neu eröffnete Realschule den Namen „Friedrich-Bergius-Oberschule", und auch die Bergiusschule in Frankfurt am Main ist nach dem Chemiker benannt.

Fazit

Der Chemiker und Erfinder Friedrich Bergius wurde zwar nicht Mitglied der NSDAP. Er stellte seine Forschungs- und Entwicklungsarbeit im „Dritten Reich" jedoch, u.a. bei Vorträgen, in den Kontext der Autarkiepolitik des NS-Regimes. 1934 trat er öffentlich für ein „Ja" bei der Abstimmung zugunsten Adolf Hitlers ein, und war im Zweiten Weltkrieg bereit, für das Reichssicherheitshauptamt als V-Mann zu arbeiten – mit dem Auftrag, ausländische Wissenschaftler auszuspionieren. Dass Bergius sich gegenüber den Nationalsozialisten „distanziert" verhielt, wie die Leibniz Universität Hannover auf ihrer Homepage behauptet, lässt sich nicht halten.

Literatur und Quellen

Helmut Maier: Chemiker im „Dritten Reich". Die Deutsche Chemische Gesellschaft und der Verein Deutscher Chemiker im NS-Herrschaftsapparat, Weinheim 2015; Alexander Kipnis: Bergius, Friedrich, in: Badische Biographien, NF 5, 2005, S. 11-14; Hildegard Hemetsberger-Koller: Unternehmen Bergius „Nahrung aus Holz". Prestigeprojekt der Hungerjahre 1945/46, in: Zeitgeschichte, 26 (1999), 2, S. 108-126; Anthony N. Stranges: Friedrich Bergius and the Rise of the German Synthetic Fuel Industry, in: Isis, 75 (1984), 4, S. 642-667; Harald Beck: Friedrich Bergius, ein Erfinderschicksal, München/Düsseldorf 1982; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Edgar von Schmidt-Pauli: Friedrich Bergius. Ein deutscher Erfinder kämpft gegen die englische Blockade, Berlin 1943; Franz Maria Feldhaus: Männer deutscher Tat, München [ca. 1934]; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Nachrichten 1930-1945; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI.

(8) Christian Boeck

Lebensdaten: 10.3.1875 – 21.7.1964
Tätigkeiten: Pastor, niederdeutscher Publizist und Aktivist
Straßenname: Christian-Boeck-Allee (1992 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Im schleswig-holsteinischen Heiligenstedten geboren, studierte Christian Boeck von 1895 bis 1899 evangelische Theologie in Leipzig, Marburg und Kiel. Er arbeitete zunächst als Vikar in Kappeln und Kiel, dann als Hilfsgeistlicher in Bramfeld/Wellingsbüttel. Von 1907 bis 1933 amtierte Boeck als Pastor der Kirchengemeinde Bramfeld, das in diesem Zeitraum noch zu Stormarn zählte.

Seit seiner Studienzeit zählte Boeck zu den Bewunderern des niederdeutschen Schriftstellers Johann Hinrich Fehrs. Boeck publizierte bereits 1908 eine Monographie über Fehrs und zählte nach dessen Tod 1916 zu den Gründungsmitgliedern der „Fehrs-Gilde“, in der sich niederdeutsch-völkisch orientierte Anhänger von Fehrs sammelten. Von 1924 bis 1942 war er Schriftleiter der *Blätter der Fehrs-Gilde*.

Boeck publizierte vor 1933 mehrere Schriften, in denen deutlich seine völkische Ideologie zum Ausdruck kam, wie Michaela Bräuninger und Kay Dohnke in ihren Arbeiten gezeigt haben. Bereits 1908 machte sich Boeck Gedanken über den Aufstieg Deutschlands zu neuer kultureller und politischer Größe, die er mit der Entwicklung von „Rasse“ und „Menschenmaterial“ verknüpfte. 1925 veröffentlichte er die literaturwissenschaftliche Schrift „Kritische Selbsthilfe“, in der er Literatur als Ausdruck des „Volkstums“ analysierte, dem wiederum entweder eine „einheitliche Rasse oder […] Rassenmischung“ zugrunde liege. Als Fremdkörper in der deutschen Literatur machte er den jüdischen Einfluss aus. Für Boeck waren es „die Juden“, die über ihre Stellungen in Presse und Verlagswesen „den geistigen Besitz des deutschen Volkes verwalten“, während sich das wahre deutsche Volkstum und der deutsche Geist im Gegensatz zum „jüdische[n] Wesen und jüdische[n] Geist“ befänden. Juden seien deshalb, so Boeck, „ein Gift für unser Volkstum“. Die „Reinerhaltung des deutschen Volks und Stammes“ von „jüdischen Verunreinigungen“ sei deshalb eine „Frage von Leben und Sterben“. Antisemitismus war also konstitutiv für Boecks völkische Rassenideologie. In weiteren Schriften wie dem Sammelband „Was ist niederdeutsch?“ (1928) bezog sich Boeck positiv auf die Rassentheorien Hans F. K. Günthers, der als Urheber der nationalsozialistischen Rassentheorie gilt. Die von ihm als hochwertig angesehene Dichtkunst Fehrs´ führte Boeck in einem 1929 in der Zeitschrift *Volk und Rasse* veröffentlichten Aufsatz auf dessen „nordisches Erbgut“ zurück. Boeck kann vor diesem Hintergrund als völkischer Publizist und einer von vielen geistigen Wegbereitern – Bräuninger spricht von „geistiger Brandstifterei“, Dohnke von „eindeutig faschistoide[n] Züge[n]“ – des Antisemitismus und Rassismus gelten, die im Nationalsozialismus zur Entfaltung gelangten. Neben seinen publizistischen Aktivitäten war Christian Boeck seit 1919 Mitglied der völkischen und republikfeindlichen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP).

Zur Rolle im Nationalsozialismus

Als Pastor in Bramfeld bemühte sich Christian Boeck im Sommer 1933 um seine Frühpensionierung. Zuvor hatte seine Kirchengemeinde die Gauleitung der 1932 gegründeten nationalsozialistischen Strömung der „Deutschen Christen“ im Protestantismus mit Geldspenden unterstützt, auch wenn Boeck selbst den Deutschen Christen nicht angehörte und sich im ausbrechenden Kirchenstreit offenbar nicht direkt positionierte. Seinen Abschied aus Bramfeld verband Boeck 1933 mit dem Aufbau einer neuen Gemeinde in Wellingsbüttel, der er zunächst als Hilfsgeistlicher vorstand. In einem ersten Gottesdienst im Dezember 1933 begrüßte er den nationalsozialistischen Machtantritt als „neue Zeit […] für unser Volk“, die mit dem christlichen Glauben in Einklang stünde. Seit 1933 leitete er eine „Kirchliche Arbeitsgemeinschaft“, in der neben Bibeltexten auch weltanschauliche Fragen diskutiert wurden, u.a. eine Schrift des NS-Ideologen Alfred Rosenberg. Darüber hinaus hielt er Vorträge zu Themen wie „Germanische Religion und Christentum“.

Dass Boecks Bemühungen, Wellingsbüttel als eigene Kirchengemeinde zu konstituieren und eine Kirche im Ort zu errichten, 1937/38 erfolgreich waren, ging u.a. auf seine engen Kontakte zum NSDAP-Ortsgruppenleiter Emil Salzmann und dem NSDAP-Gauleiter Schleswig-Holsteins Hinrich Lohse zurück. Bei der Grundsteinlegung der neu errichteten Lutherkirche am 23. Mai 1937 wehte die Hakenkreuzfahne – was nicht vorgeschrieben war, sondern als politische Positionierung zu werten ist; in das Mauerwerk wurden ein Hakenkreuz sowie germanische Symbole wie eine „Lebensrune“ eingelassen. In seinen Predigten bejahte Boeck den Nationalsozialismus zumeist nicht direkt, sondern arbeitete mit Anspielungen, wenn er etwa „eine neue Bewegung, ein neuer Staat, ein neues Volk“ anpries. Boeck zeigte sich hier in Kontinuität zu seinem Wirken in den 1920er Jahren als Vertreter eines völkischen Protestantismus, der dem neuen Regime positiv gegenüberstand und sich bewusst in dessen Dienst stellte. Zum Jahresende 1937 wurde Boeck in den Ruhestand versetzt, blieb aber im Gemeindeleben aktiv und wurde im Zweiten Weltkrieg erneut als Pastor herangezogen. Bemühungen Boecks, auch die Geschäftsführung der Gemeinde zu übernehmen, blieben aber wohl u.a. aufgrund seiner zunehmenden Schwerhörigkeit erfolglos.

Auch nach 1933 setzte Boeck seine Aktivitäten in der Fehrs-Gilde, die nicht verboten oder gleichgeschaltet wurde und zu deren Vorsitzendem er 1938 aufstieg, sowie seine publizistischen Tätigkeiten für die niederdeutsche Literatur fort. Im April 1933 war er einer von vier Unterzeichnern eines Briefes des „Ausschusses für niederdeutsche Kultur“ an Reichskanzler Hitler, in dem die Verfasser erklärten, mit dem „nationalen Aufbruch [sei] das Ziel langjähriger Arbeit der niederdeutschen Bewegung erfüllt: deutsches Wesen und deutsche Art wieder in den Mittelpunkt unseres geistigen Lebens zu rücken“. Die Niederdeutsche Bewegung diente sich so dem NS-Regime an, indem sie die Pflege plattdeutscher Sprache und Kultur als systemloyal präsentierte – möglicherweise auch um organisatorischen Eingriffen im Zuge der „Gleichschaltung“ vorzubeugen. Die Fehrs-Gilde hob aber auch explizit hervor, dass sie in Sachen Rassenpolitik innerhalb der Niederdeutschen Bewegung bereits vor 1933 eine Vorreiterrolle im Sinne des Nationalsozialismus eingenommen habe. Als Schriftwart der Fehrs-Gilde erhielt Boeck das Amt des Kirchenbeauftragten im „Kampfbund für deutsche Kultur“ und dann im „Reichsbund Volkstum und Heimat“.

1935 gab Boeck den Sammelband „Plattdütsche Reden“ heraus. Im Vorwort bezog er sich positiv auf „1933“ und Adolf Hitler, die ihm zufolge den großen Umschwung zum Glück gebracht hätten. Auch wenn Hitler Süddeutscher sei, verstünden ihn die „Nedderdütschen“. Die von Boeck als Schriftleiter der Fehrs-Gilde mit verbreitete Schrift „Der niederdeutsche Mensch“ von 1935/36 zeichnete „den“ Niederdeutschen als „Träger erbgesunder Rasse“ und bezog sich affirmativ auf die NS-Rasseideologie. Boecks Auffassung von Fehrs´ Werken, für deren Verständnis er nun „nordisches Erbgut“ zur Voraussetzung erklärte, deckte sich mit den Postulaten der NS-Kulturpolitik. In Publikationen der Fehrs-Gilde artikulierte Boeck auch erneut seine antisemitischen Positionen, etwa wenn er Juden „nicht zum Volkstum ihres Gastvolkes“ zählte.

Mitglied in der NSDAP wurde Boeck nicht, obwohl er 1939 einen Aufnahmeantrag stellte, der allerdings nicht bewilligt wurde. Das NSDAP-Kreisgericht Hamburg 10 sah im April 1940 mit Verweis auf eine Anordnung, die die Aufnahme von Pastoren untersagte, keine Möglichkeit, Boeck aufzunehmen – obwohl er „als Pastor immer im nationalen Sinne gewirkt hat“. Es blieb bei einer parteiinternen Vormerkung für die Aufnahme, die im November 1941 erfolgte. Seit 1934 war Boeck Mitglied der NSV, außerdem war er Mitglied im NS-Reichskriegerbund und in der im September 1933 geschaffenen Reichsschrifttumskammer (als Zwangsorganisation für alle schriftstellerisch Tätigen).

Zur Biographie nach 1945

Christian Boeck wurde im Juli 1945 vom Landeskirchenamt von seinem Dienst in der Gemeinde Wellingsbüttel entbunden. In der Entnazifizierung wurde er in Kategorie V eingestuft, weder Militärregierung noch die Entnazifizierungsausschüsse sahen Anlass, gegen ihn vorzugehen. Boeck selbst stellte dem früheren NSDAP-Ortsgruppenleiter Salzmann ein Entlastungszeugnis aus und sagte für ihn vor einem Berufungsausschuss aus. Im Juni 1945 hielt er eine Predigt, in der er erklärte, dass es schlimm sei, wenn nur zehn Prozent von dem wahr wäre, „was die Militärregierung über die Konzentrationslager verbreitet hat“.

Nach 1945 knüpfte Boeck an seine Aktivitäten in der Fehrs-Gilde, der er bis zu seinem Tod vorstand, und für die niederdeutsche Kultur an. So initiierte er einen Verlag zur Förderung des plattdeutschen Schriftttums und veröffentlichte weiterhin Schriften u.a. über Fehrs. Dabei vermied Boeck es nun, politische oder weltanschauliche Zusammenhänge aufzugreifen oder rassistisch zu argumentieren. Eine selbstkritische Auseinandersetzung mit früheren Arbeiten konnte Kay Dohnke jedoch nicht ausmachen.

Christian Boeck erhielt 1955 für seine Verdienste „um die Bewahrung niederdeutscher Volkskultur“ das Bundesverdienstkreuz, 1960 die Universitätsmedaille der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und die Lornsen-Kette des schleswig-holsteinischen Heimatbundes sowie 1961 den Joost-van-den-Vondel-Preis der Stiftung FVS. Das *Hamburger Abendblatt* würdigte ihn 1955 als „begeisterten Kämpfer für heimatkundliche Stammeskunde, Sprache und Literatur“, der „in vorderster Front der niederdeutschen Bewegung“ stünde. Zu seinem 85. Geburtstag 1960 erschien eine Festschrift, die ihm Kultursenator Dr. Biermann-

Ratjen überreichte. Im Juli 1964 starb Christian Boeck. 1975 würdigte ihn die Fehrs-Gilde anlässlich seines 100. Geburtstages mit einer Gedenkschrift. 1992 wurde eine Straße in Hamburg-Wellingsbüttel nach ihm benannt.

Fazit

Christian Boeck zählte als Publizist im Rahmen der Niederdeutschen Bewegung bereits vor 1933 zu den Multiplikatoren völkisch-antisemitischer Denkmuster, die die deutsche „Rasse" reinhalten wollten und Juden als „Fremdkörper" attackierten. Er zählte nicht zur nationalsozialistischen Bewegung im engeren Sinne und wurde – obwohl er sich 1937 um den Parteibeitritt bemühte – nicht Mitglied der NSDAP. Dennoch stellte er sein Wirken als Pastor und seine publizistische Betätigung seit 1933 in den Dienst der nationalsozialistischen Bewegung, förderte die NS-Strömung der „Deutschen Christen", übernahm ein Amt im nationalsozialistischen Kampfbund für deutsche Kultur und unterhielt enge Verbindungen zu führenden NS-Funktionären, die er für die Einrichtung der Kirchengemeinde Wellingsbüttel zu nutzen wusste.

Literatur und Quellen

Ralph Busch: Christian Boeck, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; Michaela Bräuninger: Kirchengemeinde im Werden? Die Kirchengemeinde Hamburg-Wellingsbüttel in den Jahren 1933-1975, Diss. Hamburg 2016; Norbert Hopster/Jan Wirrer: Tradition, Selbstinterpretation und Politik. Die „Niederdeutsche Bewegung" vor und nach 1933, in: dies./Kay Dohnke (Hg.): Niederdeutsch im Nationalsozialismus. Studien zur Rolle regionaler Kultur im Faschismus, Hildesheim u. a. 1994, S. 59-122; Kay Dohnke: „Hier ist wahrhaft deutsches, wahrhaft niederdeutsches Wesen." Ideologisierte Vermittlung niederdeutscher Literatur in Christian Boecks Arbeiten über J. H. Fehrs, in: Friedrich W. Michelsen/Gerd Spiekermann (Hg.): Dat en Spoor blifft. Ulf Bichel zum 60. Geburtstag am 9. April 1985, Göttingen 1985, S. 87-100; Chronik der Kirchengemeinde Wellingsbüttel 1938 bis 1988, Hamburg 1989; Gustav Jürgensen: Unser Ehrenmitglied Christian Boeck, in: Jahrbuch des Alstervereins e.V., 39 (1960), S. 13-14; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Christian Boeck/Albrecht Janssen (Hg.): Niederdeutsche Balladen, Kiel 1936; dies. (Hg.): Das unbekannte Niederdeutschland, Hamburg 1935; Christian Boeck: Ein Dichter nordischer Art, in: Volk und Rasse. Illustrierte Vierteljahrsschrift für deutsches Volkstum, 4. Jg., 1929, Heft 2, S. 102-107; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; StAHH, 221-11, Ed 11639; StAHH, 731-8, A 752 Boeck, Christian; BArch, R 9361-II, 88976; BArch, R 9361-V, 14502; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI.

(09) Heinrich Bomhoff

Lebensdaten: 17.3.1878 – 19.6.1949
Tätigkeiten: Architekt
Straßenname: Heinrich-Bomhoff-Weg (1965 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Am 17. März 1878 in Westerland auf Sylt geboren, absolvierte Heinrich Bomhoff von 1894 bis 1898 eine Ausbildung an der Baugewerkschule in Eckernförde und studierte von 1901 bis 1904 Architektur an der Technischen Hochschule in Hannover. Seit 1906 arbeitete Bomhoff als freier Architekt in Hamburg, im Ersten Weltkrieg war er als Eisenbahnpionier tätig. Als Architekt machte er sich vor allem mit dem Bau von Schulen einen Namen, außerdem baute er Wohn- und Ferienhäuser, Villen, Kirchen und eine Badeanstalt. 1928 gründete er eine Bürogemeinschaft mit Hermann Schöne.

Einer politischen Partei gehörte Bomhoff vor 1933 nicht an. Er war Mitglied im Bund Deutscher Architekten (BDA) und u.a. in dessen Ehrengericht und Wettbewerbsausschuss tätig. 1930 gehörte er zudem einem Preisgericht des Israelitischen Tempel-Verbandes an, das den Siegerentwurf für eine neue Synagoge küren sollte, die schließlich in der Oberstraße gebaut wurde.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Im „Dritten Reich“ setzte Bomhoff seine beruflichen Aktivitäten fort und gewann u.a. eine Reihe von Wettbewerben. Der NSDAP trat er nicht bei, seit 1937 wurde er allerdings Mitglied im Reichskriegerbund, in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (1937 oder 1938) und im Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik (1941).

Obwohl er der Partei nicht angehörte, ernannte ihn Konstanty Gutschow im Herbst 1940 zu einem von elf „Vertrauensarchitekten“ der Deutschen Arbeitsfront, die von Reichsstatthalter Karl Kaufmann bestätigt wurden. Diese sollten den Wohnungsbaugesellschaften oder den Kreisleitern als fachliche Berater zur Seite stehen. Inwieweit es dazu kam, ist allerdings unklar. Elke Pahl-Weber vermutet, Gutschow habe sich mit seinen Plänen nicht durchsetzen können. 1944 zählte Bomhoff zum „erweiterten Mitarbeiterkreis“ Gutschows bei den Arbeiten zum Generalbebauungsplan 1944, der den Wiederaufbau Hamburgs zum Gegenstand hatte.

Zur Biographie nach 1945
In der Entnazifizierung bestanden „keine Bedenken“ gegen Heinrich Bomhoff, er wurde in Kategorie V eingestuft.

Bomhoff bemühte sich bereits im Mai 1945 um die Wiedergründung des BDA. Der als Übergangslösung ins Leben gerufene Bund Hamburger Architekten (BHA) sah sich rasch Vorwürfen der Cliquenwirtschaft und politischen Bedenken ausgesetzt, da sich in ihm diejenigen Ar-

chitekten sammelten, die sich mit dem Nationalsozialismus arrangiert bzw. von Gutschows Aufträgen profitiert hatten. Als Erich Elingius im August 1945 aufgrund seiner NS-Vergangenheit aus der BHA-Führung gedrängt wurde, trat auch Bomhoff demonstrativ zurück. Im Unterschied zu Elingius war er aber formell kaum belastet, so dass er im Februar 1946 in den Vorstand des neu gegründeten BDA gewählt wurde. In den Jahren bis zu seinem Tod im Juni 1949 engagierte sich Bomhoff u.a. im Preisgericht des 1948 ausgeschriebenen Innenstadtwettbewerbs.

Fazit

Heinrich Bomhoff ist nationalsozialistisch kaum belastet, der Partei trat er im Unterschied zu anderen Architekten nicht bei. Er stand allerdings in der Gunst Konstanty Gutschows und konnte von dessen Stellung durch Aufträge profitieren. Vor diesem Hintergrund wurde er in den Streitigkeiten um die Neugründung des BDA in der unmittelbaren Nachkriegszeit zum Kreis der Architekten gezählt, die sich im „Dritten Reich“ arrangiert bzw. von staatlichen Aufträgen profitiert hatten.

Literatur und Quellen

Ralf Lange: Hamburg – Wiederaufbau und Neuplanung. 1943-1963, Königstein im Taunus 1994; Axel Schildt: Aufbaugeist und Grabenkämpfe. Zur Gründung des Bundes Deutscher Architekten (BDA) in Hamburg nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Band 73 (1987), S. 151-169; Michael Bose u.a.: „...ein neues Hamburg entsteht...“ Planen und Bauen von 1933-1945 (Beiträge zur städtebaulichen Forschung, 2), Hamburg 1986; Rudolf Jaeger: Bomhoff, Heinrich, in: Olaf Klose/Eva Rudolph (Hg.): Schleswig-Holsteinisches Biographisches Lexikon, Band 2, Neumünster 1971, S. 73f.; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburgischer Correspondent, 1930-1934; StAHH, 221-11, La 147; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI.

(10) Georg Bonne

Lebensdaten: 12.8.1859 – 1.5.1945
Tätigkeiten: Arzt, Wohnungs- und Lebensreformer, Publizist und Schriftsteller
Straßenname: Georg-Bonne Straße (1949 benannt, 1996/97 teilweise umbenannt)

Zur Biographie vor 1933
Georg Bonne wurde 1859 in Hamburg als eines von acht Kindern eines Kaufmanns geboren. Er besuchte zunächst eine Privatschule und von 1875 bis 1880 Gymnasien in Stade und Glückstadt. Von 1880 bis 1884 studierte er Medizin in Leipzig, Marburg und Göttingen, wo er mit einer Arbeit zur Blutgerinnung promovierte. In den folgenden Jahren arbeitete er als Arzt in Würzburg und Barmen und durchlief eine militärärztliche Ausbildung, die zu seiner Ernennung zum Stabsarzt der Reserve 1895 führte. 1887 hatte er sich als Landarzt im damaligen Dorf Klein Flottbek niedergelassen. Im Ersten Weltkrieg nahm Bonne als Stabs- bzw. Oberstabsarzt teil. Im Mai 1915 wurde er auf Vorschlag des Regierungspräsidenten in Schleswig zum Sanitätsrat ernannt, 1920 erhielt er den Rang eines Generaloberarztes a.D. 1923 übergab er seine Arztpraxis einem seiner Söhne und zog nach Adendorf bei Lüneburg. Von 1926 bis zum Ende der 1920er Jahre arbeitete er als Gefängnisarzt in Lüneburg, um Anfang der 1930er Jahre nach Klein Flottbek zurückzukehren.

Bonne engagierte sich seit den 1890er Jahren zum einen als Gemeindevertreter in Klein Flottbek, zum anderen in verschiedenen Lebensreformbewegungen, die sich v.a. dem Gewässerschutz, der Wohnungsreform und der Bekämpfung von Rauschmitteln widmeten:
– 1900 wurde er Vorstandsmitglied des „Internationalen Vereins zur Reinhaltung der Flüsse, des Bodens und der Luft“. In dieser Funktion, aber auch publizistisch engagierte er sich gegen die Verschmutzung von Gewässern und entwickelte eigene Vorschläge zur Elbsanierung und Abwasserverwertung.
– 1899 initiierte er die Gründung des „Bauvereins der Elbgemeinden“, um dem „Wohnungselend“ und der Proletarisierung der Arbeiterschichten durch genossenschaftliche Selbsthilfe und die Anlage von Siedlungen am Stadtrand entgegenzuwirken. Bonnes Weltbild war von Großstadtfeindschaft geprägt und der Vorstellung, über „Dezentralisierung“ und den Bau von Siedlungen außerhalb der innerstädtischen Elendsviertel eine „Volksgesundung“ herbeiführen und revolutionären Bestrebungen entgegenwirken zu können.
– Seit 1897 war er Mitglied des Guttempler-Ordens, der sich gegen den Alkoholkonsum einsetzte. Als Streiter gegen Alkohol- und Nikotinkonsum hielt Bonne zahlreiche Vorträge, verfasste Schriften und initiierte die Gründung weiterer Guttempler-Logen im Deutschen Reich. 1930 wurde er von seiner Loge durch die Benennung eines „Georg-Bonne-Haus“ in Altona geehrt, dessen Ausbau mit städtischen Mitteln gefördert wurde.

Der gemeinsame Nenner bzw. Leitbild von Bonnes Aktivismus war, wie Jochen Eversmeier richtig konstatiert, der Schutz der „Volksgesundheit“ und die „Rassenhygiene“. Bonne war Anhänger einer völkischen Ideologie, der in Mietskasernen, Tabak und Alkohol „Volksgifte“ erblickte. Er entfaltete eine umfangreiche publizistische Praxis, allein bis 1934 erschienen an

die 400 Publikationen von ihm. Darunter waren auch Romane, Gedichte und Theaterstücke. Seit 1910 veröffentlichte er die teilweise autobiographisch geprägte Trilogie der Bände „Im Kampf um die Ideale“ (1910), „Im Kampf um den Weltfrieden“ (1930) und „Im Kampf gegen das Chaos“ (1931). Im ersten Band beschwor er u.a. die Überlegenheit des Germanentums als „Herrengeschlecht“ und zeichnete Figuren entlang eines Rassenschemas, wobei dem blonden „Typ des Ariers“ die kranken, dicken, jüdischen, degenerierten Menschen gegenübergestellt wurden. Das Buch erlebte in mindestens 40 Auflagen eine enorme Verbreitung. In seiner Schrift „Volksgesundung durch Siedlung!“ (1928) präsentierte er seine wohnungsreformerischen Vorstellungen, die er als sozial- und rassenhygienisches Rezept gegen den drohenden „Rassetod“ des deutschen Volkes anpries. Antisemitismus zählte dabei spätestens seit den 1880er Jahren zum konstitutiven Bestandteil von Bonnes Weltbild.

Bonne war seit 1910 Mitglied der Freimaurerloge „Phönix zur Wahrheit“, außerdem Mitglied des deutschnational orientierten „Stahlhelm“ und des Kyffhäuserbundes. Obwohl Bonne keiner politischen Partei angehörte, zählte er spätestens seit 1931 zu den Anhängern und Bewunderern Adolf Hitlers und seiner nationalsozialistischen Bewegung, was er in Briefen an Hitler zum Ausdruck brachte. In einem Brief von 1936 behauptete er sogar, Hitler bereits in dessen Gefängniszeit (1923/24) Publikationen zugeschickt zu haben. Dabei erteilte er diesem auch Ratschläge und kritisierte z.B. den Alkoholkonsum von Nationalsozialisten. 1932 schickte er Hitler das von ihm verfasste antisemitische Schauspiel „Judas Ischariot“ zu, das er selbst als „streng nationalsozialistisch“ charakterisierte, mit der Bitte, es Hitler widmen zu dürfen.

Zur Rolle im Nationalsozialismus

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler schickte Bonne ihm ein persönliches Glückwunschschreiben, in dem er ihn als „Retter Deutschlands“ ansprach und bekräftigte, „der eiserne Besen“ sei notwendig, „um das Ungeziefer auszutilgen“. In einem Briefwechsel von 1933 bezeichnete er sein eigenes Lebenswerk als „Wegbereitung“ und „vorbereitende Kleinarbeit“ für den Nationalsozialismus und diesen als „Erfüllung meiner Jünglingsträume“. 1935 bezeichnete er in einer anderen Korrespondenz Hitler als „genialste[n] Politiker“, den die Deutschen je erlebt hätten. Seine Identifizierung mit Hitler gipfelte in der Behauptung, dass er sich mit diesem „in meinem ganzen Denken und Fühlen vollständig eins“ wisse, insbesondere nach der Lektüre von „Mein Kampf“. Mit dem „Dritten Reich“ verband Bonne die Hoffnung auf die Umsetzung seiner wohnungs- und lebensreformerischen, aber auch antisemitischen Ideen.

Zum 1. Mai 1933 trat Bonne laut NSDAP-Mitgliederkartei der Ortsgruppe Altona der NSDAP bei. Ende 1933 wurde er Mitglied im Reichsverband Deutscher Schriftsteller und in der Reichsschrifttumskammer. Der Beleg für Bonnes Parteimitgliedschaft steht im Widerspruch zu seinen Angaben aus den folgenden Jahren, in denen er – etwa auf einem Fragebogen der Reichsschrifttumskammer von 1937 – eine Mitgliedschaft verneint. Möglicherweise hatte seine Logenzugehörigkeit doch einer Mitgliedschaft im Weg gestanden, wie er in einem Schreiben von 1938 andeutet (so habe es ihn „tiefgeschmerzt [...], daß ich nicht [...] mit im

Rahmen der Partei für Deutschlands Wiederaufstieg kämpfen darf“) – allerdings hätte auch ein etwaiger Ausschluss auf Bonnes Karteikarte verzeichnet sein müssen.

In seinen Publikationen aus den 1930er und 1940er Jahren transportierte Bonne nationalsozialistische, rassistische und antisemitische Ideologieelemente. Mit der 1935 erfolgten Neuausgabe seiner Schrift „Wie können wir Deutschlands Ernährung vom Auslande unabhängig machen?“ (1921) wollte er einen Beitrag zu den Autarkiebestrebungen des NS-Staates liefern – gegen den „jüdisch geleiteten Marxismus“. In „Das Geschlecht der Lappe“ (1939) rief er zur Unterstützung des Nationalsozialismus auf, in dem er die „Verschmelzung des völkischen Gedankens“ mit einem Christentum der Tat erblickte. Die NS-Rassentheorie aufgreifend, erblickte er in Jesus und Goethe Vertreter des „arischen Geistes“ und Blutes. Bonne war stolz darauf, mit seinen Büchern zur Festigung nationalsozialistischer Auffassungen im Volk beizutragen, was er in einem Schreiben mit dem Beispiel eines einfachen Arbeiters illustrierte, der ihm gegenüber angeblich erklärt habe: „die ihre Bücher gelesen haben, sind jetzt alle begeisterte Verehrer von Hitler, der ja dasselbe will, wie Sie“. Er habe so „viele Hunderte“ seiner Patienten „für Hitler und unseren Nationalsozialismus gewonnen“.

Mit 76 Jahren nahm Georg Bonne 1935 seine Praxis als Arzt in Klein Flottbek wieder auf. Zu seinen Geburtstagen oder seinem 50-jährigen „Doktorjubiläum“ erschienen ehrende Artikel in der gleichgeschalteten Hamburger Presse. „Die Synthese des Nationalen mit dem Sozialen, wie wir sie heute im Nationalsozialismus verkörpert sehen, ist seit 50 Jahren Ziel und Richtung für Bonnes gesamte Lebensarbeit gewesen“, lobten ihn etwa die *Altonaer Nachrichten* 1934.

Nationalsozialistische Funktionäre teilten diese Meinung nicht unbedingt. Das Reichspropagandaministerium verfügte 1937, das Buch „Im Kampf gegen das Chaos“ einzuziehen und zu beschlagnahmen, nachdem Beschwerden aus der Reichsschrifttumskammer laut geworden waren, dass Bonne sich dort „in schamloser Weise“ über Hitler und den Nationalsozialismus geäußert habe. Anfang 1938 wurde es in die Liste des „schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ aufgenommen und jede weitere Verbreitung verboten. Ausschlaggebend waren Passagen, in denen Bonne Ludendorffs „Haß gegen die Juden“ als „unfruchtbar“ kritisiert, und solche, in denen er Hitler Ratschläge erteilt bzw. erklärt hatte: „Der Adolf Hitler mit seinen Nationalsozialisten weiß offenbar selbst nicht, was er will“. Bonne erblickte in dem Verbot zunächst ein Missverständnis, wie er seinem Verleger gegenüber erklärte: „Daß aber die Nationalsozialisten mich jemals als ihren Gegner ansehen könnten, – auf den Gedanken wäre ich selbst in Fieberträumen nicht gekommen [...].“ Er legte Einspruch ein und bat schließlich darum, beanstandete Passagen ersetzen zu dürfen – beide Bemühungen waren vergeblich.

Bereits 1935 war es zu einem Konflikt mit NS-Funktionären gekommen, nachdem Bonne in der Zeitschrift *Ethik* Artikel veröffentlicht hatte, in denen er die NS-Pläne zur Sterilisierung „Minderwertiger“ als nicht ausreichend kritisierte. Bonne teilte zwar die völkische Perspektive des Regimes und ging von der Existenz „Millionen von Minderwertige[r]“ aus, sah die Ursache jedoch v.a. im Alkohol- und Nikotinkonsum, deren Bekämpfung er aus rassenpoliti-

scher Sicht für zentral hielt. Das Rassenpolitische Amt der NSDAP kritisierte den Text als streckenweise „antinationalsozialistisch“, Bonne musste sich vor der Gestapo verantworten. In diesem wie in anderen Fällen (etwa einem Schreiben an SA-Stabschef Ernst Röhm) sah sich Bonne selbst im Einklang mit den Gedanken Adolf Hitlers, aber im Konflikt mit den „vielen ‚kleinen Hitler[n]‘“.

Auch eine Veröffentlichung des bereits 1932 vollendeten Schauspiels „Judas Ischariot“ gelang Bonne nicht bzw. erst 1942 unter dem Titel „Der Ewige Jude“. Es verfolgte eine Geschichte der Juden bzw. des jüdischen Geistes vom Mord an Jesus bis zur russischen Revolution und enthielt eine Vielzahl antisemitischer Stereotype: die Schuld der Juden am Tod Jesu; die Existenz einer jüdischen Weltverschwörung mit dem Ziel der Weltherrschaft; die Vorstellung von Juden als Parasiten mit Deutschen als „Wirtsvolk“; der Händler-, Wucherer- und Schachergeist sowie die Raffgier von Juden; die Verschlagenheit von Juden, die sich mit falschen Namen tarnten; die Kontrolle der Presse durch Juden; die Lenkung sowohl der Finanzwirtschaft als auch des Bolschewismus durch Juden; sowie die „Vernichtung Deutschlands“ als Ziel der jüdischen „Rasse“. Hinzu kam, dass Bonne die Auffassung vertrat, Juden würden über die Alkohol- und Tabakindustrie das deutsche Volk verdummen. Im letzten Akt des Schauspiels erkennt Judas seine Schuld, zieht gen Palästina und erhängt sich selbst. Bonne wollte mit dem Schauspiel „jüdische[n] Verrat und jüdische Anmaßung“ aufzeigen und über die „Gefahren“ aufklären, die der Welt „durch die jüdische Pest drohen“. Die Deutschen müssten sich unter der „genialen Führung“ Adolf Hitlers „mit allen unseren Kräften“ gegen die Juden als „Fremdkörper in dem Fleisch unserer Nation“ wehren. Bonne sah sein Werk als Teil eines „heiligen Kampf[es]“ an und als öffentliche „Rechtfertigung unserer Haltung gegen die Juden“ – also als schriftstellerische Legitimationsarbeit für die NS-Judenpolitik.
Er versuchte zwischen 1932 und 1934 einen Verlag zu finden und wandte sich u.a. persönlich an Joseph Goebbels und Alfred Rosenberg, jedoch ohne Erfolg. Erst 1942 gelang ihm die Herausgabe des Schauspiels im Dresdener Strom-Verlag. Die Auslieferung des Buches wurde jedoch im Februar 1943 durch das NS-Propagandaministerium mit der Begründung verboten, es sei „völlig veraltet“.
Ein Jahr zuvor waren bereits die Restbestände von Bonnes 1927 erschienenem Buch „Verbrechen als Krankheit“ von der Gestapo beschlagnahmt worden. Nachdem der Chef der Sicherheitspolizei und des SD einen Verbotsantrag gestellt hatte, ordnete das Reichspropagandaministerium im Februar 1943 die vollständige Beschlagnahme an.

Zur Biographie nach 1945

Kurz vor dem Ende des „Dritten Reiches“ starb Georg Bonne am 1. Mai 1945. Zu einer Entnazifizierung kam es daher nicht mehr. Bereits vier Jahre nach seinem Tod wurde eine Straße in Hamburg-Nienstedten nach ihm benannt.

Bis in die 1990er Jahre wurde Bonne vor Ort als „Wohltäter“, als „Arzt der Armen“ und Vorkämpfer ökologischer Bestrebungen verehrt und publizistisch gewürdigt. Erst 1995 entspann sich eine Debatte um die Umbenennung der Georg-Bonne-Straße, nachdem bekannt geworden war, dass der Internationale Seegerichtshof in die Straße ziehen sollte. Während u.a. Ver-

treter der SPD auf die NS-Belastung des Namensgebers hinwiesen, wurde Bonne im Nienstedtener *Heimatbote* als „Idealist“ gelobt, der im Stadtteil „beliebt und geachtet“ gewesen sei. Seine antisemitischen Äußerungen wurden als „impulsiv“ und „emotional“ heruntergespielt. Der Streit endete 1997 mit einem „Kompromiss“. Der Senat beschloss, dass ein Teil der Straße ihren Namen beibehalten, ein zweites Stück „Am internationalen Seegerichtshof“ heißen und ein dritter Abschnitt in „Christian-F.-Hansen-Straße“ umbenannt werden sollte.

Fazit

Georg Bonne war seit den 1890er Jahren Vertreter einer völkischen Strömung in den Lebens- und Wohnungsreformbewegungen, der sich in zahlreichen politischen und gesellschaftlichen Feldern engagierte. Hinter seinem Aktivismus und seiner publizistischen Tätigkeit stand die Sorge um die „Volksgesundheit“ und „Rassenhygiene“ der Deutschen. Mit seinen stark rezipierten Werken trug er dazu bei, ein geistiges Klima zu schaffen, das die Durchsetzung der völkischen und antisemitischen Ideen des Nationalsozialismus begünstigte. Bonne begrüßte die NS-Bewegung spätestens seit 1931 und bewunderte Adolf Hitler. 1933 wurde er Parteimitglied, auch wenn es zu seiner Mitgliedschaft widersprüchliche Quellenangaben gibt. Auch im „Dritten Reich“ wirkte er weiter publizistisch und bezog sich dabei vielfach positiv auf den Nationalsozialismus oder Elemente der NS-Ideologie. Parallel zum Beginn des Holocaust veröffentlichte er ein Schauspiel, das voll von antisemitischer Hetze und judenfeindlichen Stereotypen war und mit dem er explizit die NS-Judenpolitik unterstützen wollte. Auch wenn Bonnes Eigensinn – etwa in der Frage von Eugenik und Euthanasie – durchaus zu Konflikten mit Regimevertretern führte und der Vertrieb einzelner seiner Schriften verboten wurde, lässt sich Georg Bonne als extremer Verfechter völkischer und antisemitischer Positionen charakterisieren.

Literatur und Quellen

Andreas Frewer: Medizin und Moral in Weimarer Republik und Nationalsozialismus. Die Zeitschrift „Ethik“ unter Emil Abderhalden, Frankfurt a.M./New York 2000; Kurt Grobecker: 100 Jahre BVE. Die 100-jährige Chronik, hg. vom Bauverein der Elbgemeinden eG, Hamburg 1999; Maike Bruhns: Georg Bonne, in: 700 Jahre Nienstedten – Die Zeit-Schrift (Nienstedtener Perspektiven), Hamburg 1997, S. 38-41; Jochen Eversmeier: „Für die Reinhaltung unserer herrlichen deutschen Ströme“: Georg Bonne und der Gewässerschutz von den 1890er Jahren bis 1914. Ein Beitrag zur Umweltgeschichte des Deutschen Kaiserreiches, unveröffentlichte Magisterarbeit, Hamburg 1996; Thorsten Sueße/Heinrich Meyer: Abtransport der „Lebensunwerten“. Die Konfrontation niedersächsischer Anstalten mit der NS-„Euthanasie“, Hannover 1988; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Georg Bonne: Der Ewige Jude. Eine Menschheitstragödie, Dresden 1942; ders.: Das Geschlecht der Lappe. Die Geschichte einer alten deutschen Familie, Oldenburg/Hamburg 1939; ders.: Wie können wir Deutschlands Ernährung vom Auslande unabhängig machen? Ein volksgesundheitlicher und volkswirtschaftlicher Leitfaden für jeden wahrhaft nationalsozialistisch gesonnenen Bürger unseres dritten Reiches, Dresden 1935 (2. Auflage); Wilhelm Schneider: Etwas über die lebensgesetzlichen Grundlagen des nationalsozialistischen Staates. Eine Klarstellung, in: Ethik, 11. Jg., 5. Heft, Mai/Juni 1935, S. 207-213; Georg Bonne: Über Eugenik und Euthanasie im Licht der nationalsozialistischen Ethik, in: Ethik, 11. Jg., 3. Heft, Januar/Februar 1935, S. 127-132; ders.: Die Ankurbelung der Wirtschaft und die Ethik, in: Ethik, 9. Jg., Heft 4, März/April 1933, S. 198-203; ders.: Eugenik, Papst und Ethik, in: Ethik, 9. Jg., Heft 3, Januar/Februar 1933, S. 155-162; ders.: Im Kampf um den Weltfrieden. Die Geschichte eines Mannes, eines Volkes, einer Menschheit, München 1930; ders.: Volksgesundung durch Siedlung! Eine christliche und soziale Notwendigkeit, München 1928; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Altonaer Nachrichten, 1930-1938; BArch, R 9361-V, 4263; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI; StAHH, 424-88/12; StAHH, 424-15, 885; StAHH, 424-24, 44; StAHH, 731-8, A 752 Bonne, Georg.

(11) Hertha Borchert

Lebensdaten: 17.2.1895 – 26.2.1985
Tätigkeiten: niederdeutsche Schriftstellerin
Straßenname: /

Zur Biographie vor 1933
Als fünftes Kind eines Lehrers wurde Hertha Salchow 1895 in Altengamme geboren, in Kirchwerder wuchs sie auf und besuchte die Volksschule. 1914 heiratete sie den Lehrer Fritz Borchert und zog mit ihm nach Hamburg-Eppendorf, wo sie als Lehrerin arbeitete. In den folgenden Jahren bewegte sie sich in Künstlerkreisen und hatte u.a. Kontakt zu dadaistischen Schriftstellern. Im Mai 1921 wurde der Sohn Wolfgang Borchert geboren.

1927 begann Hertha Borchert Erzählungen, Kurzgeschichten und Gedichte auf Plattdeutsch zu verfassen, die u.a. in Hamburger Tageszeitungen und plattdeutschen Zeitschriften erschienen sowie im Rundfunk gesendet wurden. Mit ihren schriftstellerischen Veröffentlichungen, die zumeist von der ländlichen Welt handelten, zählte sie bald zum Kreis der niederdeutschen Schriftsteller. Sie wurde Mitglied in der „Gemeinschaft Deutscher und Oesterreichischer Künstlerinnenvereine aller Kunstgattungen“ (GEDOK) und in der niederdeutschen „Vereinigung Quickborn“.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
In ihren Mitte der 1960er Jahre verfassten Lebenserinnerungen zeichnet Hertha Borchert ein Bild, in dem die Ereignisse von 1933 für sie eine Zeit der „Auflösung“ bedeuteten. An den zwei Fällen der Absetzung der jüdischen GEDOK-Leiterin Ida Dehmel und des Verschwindens ihres jüdischen Hausarztes schilderte sie ihr inneres Erschrecken angesichts der nationalsozialistischen Maßnahmen. Angesichts der folgenden Ereignisse ist diese Darstellung aus der Rückschau vorsichtig zu bewerten, auch da sie nicht frei von Widersprüchen ist. Während sie einerseits schreibt, dass sich ihr Mann und sie in eine Haltung der „Ablehnung hineingesteigert“ hätten, erwähnt sie andererseits, dass in ihrem Bekanntenkreis viele zu NS-Anhängern wurden und sie selbst „schwankte und versuchte ihre Argumente zu verstehen“.[2] Ihr Mann Fritz Borchert, den sie als Nazi-Gegner charakterisiert, trat zum 1. Mai 1933 der NSDAP bei (und wurde 1937 sogar Blockwart).

Als „Heimatdichterin“ und Schriftstellerin, deren Arbeiten als „volkstümlich“ angesehen wurden, konnte Borchert im „Dritten Reich“ weiter veröffentlichen (u.a. auch in der NS-Zeitung *Hamburger Tageblatt*), zahlreiche Lesungen abhalten und bei literarischen oder niederdeutschen Abenden auftreten. Mögliche Hinweise, dass sie sich dabei völkischer oder nationalsozialistischer Ideologie bediente, ließen sich nicht ausmachen. Gerd Spiekermann zufolge gehörte sie zu jenen niederdeutschen Autoren, deren Beiträge im Rundfunk „vorrangig

[2] Dieser und folgende Auszüge aus Borcherts Text „Vergangenes Leben“ dürfen nur mit Genehmigung der Rechteinhaberin bzw. ihres Rechtsnachfolgers (Stand 2017: Wolfgang Schindler) veröffentlicht werden.

der abendlichen Unterhaltung, nicht einer möglichen Politisierung“ dienten. 1934 erschien Borcherts erste Buchveröffentlichung „Sünnroos un anner Veerlaner Geschichten“, 1936 ihr erster Roman „Barber Wulfen“. Als Mitglied des Quickborn wurde Borchert auch Mitglied im Kampfbund für deutsche Kultur und dem Reichsbund für Volkstum und Heimat. Im Dezember 1933 trat sie dem Reichsverband Deutscher Schriftsteller (RDS) bei.

Im August 1935 kam es zur Denunziation Hertha Borcherts durch einen Nachbarn und Bekannten, den Lehrer Richard Kramer. Die Verbandsgauleitung des RDS informierte sie daraufhin in einem Schreiben über die Vorwürfe, die Kramer auch dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda gegenüber artikuliert hatte. Borchert sollte sich im März 1933 abfällig über die „Nazis“ und SA-Leute geäußert haben. Ihre Familie nehme, so Kramer, „eine sonderbare Stellung der nationalsozialistischen Bewegung gegenüber ein“. Vorgeworfen wurde ihr, an Feiertagen keine Hakenkreuzfahne zu hissen und bei Rundfunkansprachen den Radioapparat auszustellen. Zudem grüße ihr Sohn nicht mit dem Hitlergruß. Der stellvertretende RDS-Gauverbandsleiter Walter Gättke räumte Borchert die Möglichkeit zur Stellungnahme ein und nahm ihr literarisches Werk gegenüber Kramer als „volkstümlich und wurzelecht“ in Schutz. Bereits vor diesem Vorfall waren anonyme Briefe denunziatorischen Inhalts beim Reichssender Hamburg, der Geschichten Borcherts ausstrahlte, eingetroffen. Hinter der Denunziation Kramers vermutete Borchert Neid, da Kramer selbst vergeblich versucht hatte, eigene plattdeutsche Texte im Rundfunk zu veröffentlichen. Sie musste sich in der Folge vor einem Gremium verantworten, das sie freisprach. Sie selbst führte dies darauf zurück, „gute Freunde beim Sender“ gehabt zu haben, darunter auch Nationalsozialisten wie Gättke.

Nach der erfolglosen Denunziation wurde Borchert laut ihren autobiographischen Aufzeichnungen „aufgefordert mich zu betätigen“. Sie trat im Dezember 1935 der NS-Frauenschaft bei, der sie bis Kriegsende angehörte. Mitglied der NSDAP oder einer weiteren NS-Organisation wurde sie nicht. Spätestens seit 1936 hielt sie Lesungen u.a. bei Veranstaltungen von NSDAP-Ortsgruppen, der NS-Frauenschaft und der NS Kulturgemeinde Cuxhaven ab. Im Zweiten Weltkrieg wurde Hertha Borchert zur Wehrmachtsbetreuung eingesetzt, u.a. gab sie Lesungen vor verwundeten Soldaten in Lazaretten. Über 20 Jahre später beschrieb sie ihre Aktivitäten in dieser Zeit mit den Worten: „Jede Berührung mit der Außenwelt erforderte unsere ganze Kraft. Es galt etwas vorzutäuschen.“

In den Jahren des Zweiten Weltkrieges führte vor allem das Verhalten des Sohnes zu Konflikten mit dem NS-Regime. Wolfgang hatte sich in ihren Worten zum „rebellierenden Sohn“ entwickelt, der seine Eltern zu den „Spießern um Hitler“ rechnete und von diesen mehr Dissidenz einforderte. 1940 kam es zu einer Hausdurchsuchung der Gestapo bei den Borcherts, möglicherweise auf der Suche nach staatsfeindlichen Gedichten von Wolfgang. Laut ihren eigenen Angaben versteckte Hertha Borchert dabei ein ihren Sohn belastendes Tagebuch. Im Juni 1942 wurde Wolfgang aufgrund beschlagnahmter Briefe erneut verhaftet, nach mehrmonatiger Haft aber freigelassen. Ende 1943 wurde er nach einer Parodie auf Joseph Goebbels

wieder verhaftet und im August 1944 wegen Wehrkraftzersetzung zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten verurteilt.

Zur Biographie nach 1945

Erst 1948 füllte Hertha Borchert im Zuge der Entnazifizierung einen Fragebogen aus und wurde persönlich angehört. Eingestuft wurde sie im Januar 1949 vorläufig in Kategorie V.

Nach 1945 veröffentlichte Hertha Borchert keine eigenen Erzählungen mehr, sondern widmete sich nach dem Tod ihres Sohnes Wolfgang 1947 dessen literarischem Nachlass. Seit den 1960er Jahren wurde in der Hamburger Presse über sie in erster Linie als „Mutter des Dichters“ berichtet. 1976 übergab sie der Hamburger Staatsbibliothek den Nachlass ihres Sohnes. Zu ihrem 90. Geburtstag im Februar 1985 überreichte Kultursenatorin Helga Schuchardt ihr die Glückwünsche des Hamburger Senats. Wenige Tage später starb sie.
In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurden Borcherts literarische Publikationen als Werke einer „Chronistin dörflicher Verhältnisse“ und „wichtiges Zeugnis von Frauenliteratur“ wiederentdeckt und zum Teil erneut veröffentlicht.

Fazit

Hertha Borchert war keine Nationalsozialistin, aber als niederdeutsche Autorin eine vom NS-Regime als „volkstümlich“ akzeptierte Schriftstellerin. Ihr politischer „Aktivismus“ beschränkte sich auf die Mitgliedschaft in der NS-Frauenschaft und literarische Auftritte vor NS-Gliederungen und erfolgte erst nach einer – aufgrund ihrer Verbindungen erfolglos gebliebenen – Denunziation von 1935. Ob sie dieses Engagement auf den Druck von NS-Stellen hin ausübte, wie sie selbst in der Rückschau angab, lässt sich nicht gesichert beantworten – auch da die meisten Darstellungen auf ihren eigenen Lebenserinnerungen beruhen –, ist aber durchaus als realistisch anzusehen. Nachdem Borchert selbst Opfer einer nationalsozialistischen Denunziation geworden war, geriet in den 1940er Jahren ihr Sohn Wolfgang in den Fokus von Verfolgungsmaßnahmen des Regimes.

Literatur und Quellen

Christiane Pritzlaff: „...Hamburg und die freie geistige Luft ihres Hauses machten mich benommen...“ Bei Fritz und Hertha Borchert nach dem Krieg zur Untermiete, in: Jahresheft der Internationalen Wolfgang-Borchert-Gesellschaft e.V., Heft 25 (2013), S. 18-31; Gordon Burgess: Wolfgang Borchert. Ich glaubte an mein Glück. Eine Biographie, Berlin 2007; Brita Reimers: Borchert, Hertha, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon. Band 2, Hamburg 2003, S. 59-60; Bernd M. Kraske: Wolfgang Borchert. Leben – Werk – Wirkung, Glinde 1996; Gerd Spiekermann: „…habe ich mit Interesse Kenntnis genommen“. Anmerkungen zur Stellung des Niederdeutschen im nationalsozialistischen Rundfunk, in: Kay Dohnke/Norbert Hopster/Jan Wirrer (Hg.): Niederdeutsch im Nationalsozialismus. Studien zur Rolle regionaler Kultur im Faschismus, Hildesheim/Zürich/New York 1994, S. 387-415; Claus B. Schröder: Wolfgang Borchert. Biografie, Hamburg 1985; Irmgard Schindler: Hertha Borchert – 17.2.1895-25.2.1985, in: Auskunft. Mitteilungsblatt Hamburger Bibliotheken, 3/1985, S. 170-177; Hamburger Abendblatt, 1944-2017; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; StAHH, 221-11, 35338; Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, Wolfgang-Borchert-Archiv, BORH: Bab: 4, Bac: 2, Bad: 2, Bc: 31, Z: Ba 16: 1-93, Cbc: 2, Dbb: 1, Dbb: 6, Dbb: 8, Dbb: 10; Hertha Borchert: Vergangenes Leben, in: ebd., BORH: Ada: 1; BArch, R 9361-V, 14809; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI.

(12) Conrad Borchling

Lebensdaten: 20.3.1872 – 1.11.1946
Tätigkeiten: Professor für Germanistik, Vertreter der niederdeutschen Bewegung
Straßenname: Borchlingweg (1950 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Conrad Borchling wurde 1872 in Hitzacker geboren und besuchte Gymnasien in Leer, Hildesheim und Emden. In diesen Jahren gewann er, so Borchling selbst im Rückblick, ein „engere[s] Verhältnis zu Ostfriesland, seinen Menschen, seiner Sprache und seiner Geschichte", das seine künftige wissenschaftliche Arbeit bestimmen sollte. Seit 1889 studierte er klassische Philologie und Germanistik in Göttingen. 1896 legte er die Staatsprüfung für das Höhere Lehramt ab, 1897 folgte die Promotion mit einer Arbeit über den mittelalterlichen Dichter Wolfram von Eschenbach. Borchling spezialisierte sich auf niederdeutsche Literatur und reiste zwischen 1897 und 1902 im Auftrag der Königlichen Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen durch Norddeutschland, Skandinavien und die Niederlande, um entsprechende Handschriften zu katalogisieren. 1903 habilitierte er sich mit einer Arbeit zur „Geschichte der niederdeutschen Sprache in Ostfriesland". Von 1903 bis 1906 lehrte er als Privatdozent in Göttingen, seit 1906 als Professor an der Königlichen Akademie in Posen.

1910 erhielt Borchling eine neu ins Leben gerufene Professur für deutsche Sprachforschung am Hamburgischen Kolonialinstitut, bei der Gründung der Hamburger Universität 1919 erhielt er eine Ordentliche Professur für Deutsche Sprachwissenschaft und Deutsche Literatur. Als Direktor leitete er das Germanische Seminar an der Universität. Für das Niederdeutsche engagierte sich Borchling auch jenseits der Universität, etwa im Verein für niederdeutsche Sprachforschung, dessen Vorsitz er von 1924 bis 1939 inne hatte. Als Anhänger einer Stammestheorie hielt er u.a. Seminare zur „germanischen Stammeskunde". Dabei vertrat er die Theorie einer germanischen Völkergemeinschaft, die Skandinavien, die Niederlande und den flämischen Teil Belgiens umfasste. 1931 veröffentlichte er mit Rudolf Muuß einen Sammelband über „Die Friesen", die er zu den „reinrassigsten Germanen" zählte. In dem von ihm verfassten Vorwort mahnte er die „Pflege des eigenen Stammestums" und der „volkstümlichen Kultur" an und wandte sich gegen revolutionäre Gedanken, aber auch die Moderne im Allgemeinen.

Conrad Borchling war politisch national-konservativ geprägt und vertrat großdeutsche und großgermanische Ideen. Er war Mitglied der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP). Zu Kriegsbeginn 1914 hielt er Vorträge, in denen er die „Vormacht der germanischen Völker" beschwor und sich für die Gründung eines flämischen Staates aussprach, als Teil eines „großen germanischen Bund[es]". Ende 1917 unterzeichnete er eine öffentliche Erklärung, die sich gegen die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit wandte. 1932 erklärte er es in einem Brief zum „Ziel einer wahrhaft großen Politik […], in den verschiedenen germanischen Einzelvölkern das Gefühl der nahen Verwandtschaft und der geistigen Nähe aufrecht zu erhalten".

Zur Rolle im Nationalsozialismus

Nach der Auflösung der DVP im Sommer 1933 trat Borchling zum 1. Mai der NSDAP bei, zudem wurde er Mitglied der NSV. Im November 1933 unterzeichnete er das „Bekenntnis der Professoren an deutschen Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“. Nach dem Sturz des NS-Regimes erklärte Borchling, nur „nach schweren Bedenken“ in die Partei eingetreten zu sein, da viele seiner Schüler Nationalsozialisten geworden wären und er „es ihnen schuldig zu sein“ glaubte, um „weiter ihr geistiger Führer“ zu bleiben. Er gestand ein, von der NSDAP die Förderung der niederdeutschen Bewegung und „Volkstumsarbeit“ sowie die Aufhebung der Standesschranken erhofft zu haben. Als Direktor des Germanischen Seminars brachte er seine Zustimmung zur „nationalen Revolution“ zum Ausdruck, als Vorsitzender des Vereins für niederdeutsche Sprachforschung meldete er dessen erfolgreiche Gleichschaltung, nachdem das einzige jüdische Mitglied ausgetreten war.

Borchling war auch in leitender Position, als 1933 und 1934 seine beiden jüdischen Mitarbeiter Walter A. Berendsohn und Agathe Lasch – deren Karrieren an der Universität Hamburg er zuvor gefördert hatte – nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ entlassen wurden. Bereits eine Woche vor Berendsohns Entlassung bemühte sich Borchling um eine Verwendung der frei gewordenen Personalmittel, verschaffte dem entlassenen und emigrierten Berendsohn wenige Monate später aber auch eine finanzielle Unterstützung.
Die Entlassung von Agathe Lasch konnte durch Eingaben ihrer Schüler und von skandinavischen Germanisten um ein Jahr hinausgezögert und ihr eine Pension gesichert werden – Borchling soll an diesen Bemühungen beteiligt gewesen sei. Laut Ingrid Schröder kann Borchlings Haltung zu Lasch aber „nicht eindeutig“ bestimmt werden. Kurz vor ihrer Entlassung 1934 sprach Lasch in einem Brief von einer „für mich ganz unerklärliche[n] Einstellung von […] Prof. Borchling zu mir“ – eine Bemerkung, deren Hintergründe nicht genau aufzuklären sind. Als Lasch 1939 eine Professur an der Universität Dorpart in Aussicht hatte, verfasste Borchling ein positives Gutachten für sie. Zwei Jahre später verweigerte er allerdings eine positive Äußerung gegenüber der Hochschulbehörde, als sich eine ehemalige Schülerin für Lasch einsetzte. Agathe Lasch wurde im August 1942 deportiert und bei Riga ermordet.

NSDAP-intern wurde Borchling in einem Schreiben an die Deutsche Dozentenschaft, das vermutlich vom Dozentenführer C. A. Fischer verfasst worden war, im Juni 1934 wie folgt beurteilt: „früher Demokrat und Philosemit; heute wohl politisch indifferent“.
Nach Kriegsende erklärte Borchling, er habe die ablehnende Haltung der NSDAP gegenüber der Pflege regionaler „Stammeskulturen“ und den „Vorwurf des Separatismus“ als „eine schmerzliche Enttäuschung“ erlebt. Als Borchling in einem Aufsatz 1938 die Bedeutung der „Mundart“ gegenüber dem Hochdeutschen betonte und ein „Wiederaufleben der plattdeutschen Umgangssprache“ zum Ziel erklärte, warf ihm die Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums vor, einen „sprachlichen Partikularismus“ zu vertreten, „der geeignet sein kann, die kulturelle Einheit des deutschen Volks zu schädigen“. In der gleichgeschalteten Presse wurde es allerdings als Borchlings Verdienst hervorgehoben, das Niederdeutsche nicht isoliert, sondern immer im Zusammenhang mit dem deutschen Volk und dem Germanischen betrachtet zu haben. In einzelnen Publikationen passte sich Borchling an die

nationalsozialistische Ideologie an, etwa wenn er in einem Aufsatz das „Wirken der Brüder Grimm im Lichte des deutschen Volks- und Reichsgedankens“ beleuchtete und ihr Ziel in der „Erneuerung deutscher Kraft und Herrlichkeit“ ausmachte. In Vorträgen bezog er sich auf eine „germanische Kriegerethik“.

Als Dozent leitete er zwischen 1934 und 1939 in jedem Semester ein zwei- bis dreiwöchiges „niederdeutsches Lager“ in der Lüneburger Heide, wo nur plattdeutsch gesprochen wurde und politische Schulungen im Sinne des NS-Regimes durchgeführt wurden. Das Lager wurde laut Vereinigung Niederdeutsches Hamburg zur „Stätte vorbildlich nationalsozialistischer Gemeinschaft“. In Berufungsverfahren trug Borchling mit zur Einstellung überzeugter Nationalsozialisten an der Universität bei. Die Kontakte ins skandinavische und niederländische Ausland baute er weiter aus und erhielt zahlreiche Ehrungen in diesen Ländern, u.a. wurde er in Dänemark zum Ritter des Danebrog-Ordens ernannt und Mitglied von Akademien in Oslo und Lund. Vertreter des Germanischen Seminars und der Vereinigung Niederdeutsches Hamburg bescheinigten ihm, sich in diesen Ländern „als begeisterter Anhänger des neuen Deutschland“ bzw. „unbedingter Bejaher und Anhänger des dritten Reiches“ gezeigt zu haben. In einem Bericht über eine Vortragsreise nach Kopenhagen vom Oktober 1940 bezog er sich positiv auf eine anzustrebende „Gleichschaltung auf kulturellem Gebiete“ in Dänemark. Bei seinen zahlreichen Auslandsreisen war Borchling angehalten worden, sich mit den jeweiligen NSDAP-Auslandsorganisationen in Verbindung zu setzen.

Im April 1937 wurde Borchling emeritiert, er vertrat den Lehrstuhl aber bis zur Wiederbesetzung der Professor 1938 und dann erneut nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bis 1945. Im Dezember 1939 erhielt er das goldene Treudienst-Ehrenzeichen des Führers. Zum 70. Geburtstag 1942 wurde ihm im Namen Adolf Hitlers die Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen. Ein Vertreter des Reichspropagandaamtes Hamburg lobte die „glückliche Zusammenarbeit“ Borchlings mit den Kulturabteilungen seines Amtes. Im selben Jahr wurde Borchling Mitglied des NS-Altherrenbundes.

Zur Biographie nach 1945

Borchling selbst bat am 4. Juli 1945 um die Belassung in seinem Amt und die anschließende Emeritierung. Auf Anordnung der Militärregierung wurde er jedoch im September mit sofortiger Wirkung in den Ruhestand versetzt. Seine Mitarbeiter am Germanischen Seminar wandten sich an die Universität, um die Entlassung rückgängig zu machen und verwiesen dabei auf seinen Einsatz für Berendsohn und Lasch. Borchling habe „in scharfem Gegensatz zu Kernpunkten der nationalsozialistischen Weltanschauung“ gestanden und eine „vornehme liberale Haltung“ bewiesen. Er selbst gestand zwar gewisse Anreize der nationalsozialistischen Ideologie ein, hob aber „die Judenfrage“ und den kulturpolitischen „Totalitätsanspruch“ der Partei als zwei Felder hervor, auf denen er den Nationalsozialismus abgelehnt habe. 1946 hielt er eine Gedenkrede auf seine ermordete Kollegin Agathe Lasch. Conrad Borchling starb am 1. November 1946, ohne endgültig entnazifiziert oder rehabilitiert worden zu sein.

Bereits 1950 wurde eine Straße in Othmarschen nach dem Germanisten benannt. 1962 stiftete die F.V.S. Stiftung Alfred Toepfers einen „Conrad-Borchling-Preis“ als Auszeichnung für Arbeiten über niederdeutsche Philologie, der bis in die 1980er Jahre verliehen wurde. Der Verein für niederdeutsche Sprachforschung veröffentlichte anlässlich seines 100. Geburtstages 1972 einen Sammelband, in dem u.a. Schüler Borchlings dessen Wirken in verschiedenen Feldern untersuchten. Walter Kaestner hob in dem Band hervor, Borchling habe sich nach 1933 „von jeder nationalistischen Tendenz“ freigehalten, „seine konservative Grundhaltung“ bewahrt und den Krieg „innerlich ab[ge]lehnt“.

Fazit

Conrad Borchling wirkte in der Niederdeutschen Bewegung als Wissenschaftler und Sprachforscher. Dabei folgte er großgermanischen Ideen und Stammestheorien, die eine kulturelle Einheit der germanisch-niederdeutschen Völker beschwor. Eine solche Ideologie ließ sich 1933 ohne größere Probleme in den Kontext des Nationalsozialismus einfügen, als deren Anhänger Borchling seit Frühjahr 1933 auftrat. Borchling wirkte an der Universität, in der Lehre und im wissenschaftlichen Feld als Propagandist des Nationalsozialismus, auch wenn seine „Stammesorientierung“ und der Fokus auf das Niederdeutsche zeitweise zu Reibungen mit den zentralistischen Tendenzen des Regimes führten. Gegenüber zwei von ihm selbst vor 1933 eingestellten jüdischen Mitarbeitern verhielt er sich ambivalent und gewährte ihnen nur in einem Maße Unterstützung, das ihn selbst nicht in Misskredit zu bringen drohte.

Literatur und Quellen

Katharina Tenti: Conrad Borchling, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; Ingrid Schröder: „Mit besonderer Berücksichtigung des Niederdeutschen und des Niederländischen“. Conrad Borchling und der Ausbau des Deutschen Seminars, in: Myriam Richter/Mirko Nottscheid (Hg.): 100 Jahre Germanistik in Hamburg. Traditionen und Perspektiven (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, 19), Berlin/Hamburg 2011, S. 65-80; Ingrid Schröder: Borchling, Conrad, in: Martin Tielke (Hg.): Biographisches Lexikon für Ostfriesland. Vierter Band, Aurich 2007, S. 50-55; Christine M. Kaiser: Agathe Lasch (1879-1942). Erste Germanistikprofessorin Deutschlands (Jüdische Miniaturen, 63), Teetz/Berlin 2007; Wolfgang Bachofer: Borchling, Conrad, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon. Band 1, Hamburg 2001, S. 57-58; Kay Dohnke/Norbert Hopster/Jan Wirrer (Hg.): Niederdeutsch im Nationalsozialismus. Studien zur Rolle regionaler Kultur im Faschismus, Hildesheim/Zürich/New York 1994; Wolfgang Bachofer/Wolfgang Beck: Deutsche und Niederdeutsche Philologie. Das Germanische Seminar zwischen 1933 und 1945, in: Eckart Krause/Ludwig Huber/Holger Fischer (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933-1945. Teil II: Philosophische Fakultät, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, 3/II), Berlin/Hamburg 1991, S. 641-703; Jan Wirrer: Sprachlicher Regionalismus – sprachlicher Partikularismus, sprachlicher Separatismus – eine Kontroverse aus dem Jahre 1938, in: Edith Slembek (Hg.): Von Lauten und Leuten. Festschrift für Peter Martens, Frankfurt a.M. 1989, S. 207-216; Verein für niederdeutsche Sprachforschung (Hg.): Professor Dr. Conrad Borchling. 20. März 1872 – 1. November 1946, Neumünster 1972; Rehder Heinz Carsten: Conrad Borchling, in: Jahrbuch der Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer zu Emden, 29 (1949), S. 87-89; Conrad Borchling/Rudolf Muuß (Hg.): Die Friesen, Breslau 1931; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI; StAHH, 113-5, B V 92 c UA 4; StAHH, 221-11, Ed 788; StAHH, 361-6, I 96; StAHH, 361-6, I 132; StAHH, 361-6, II 34; StAHH, 361-6, IV 109; StAHH, 361-6, IV 596; StAHH, 361-6, IV 2406; StAHH, 364-5 II, 55-80.9; StAHH, 364-5 II, 55-80.9/1; StAHH, 622-2/7; StAHH, 731-8, A 752 Borchling, Conrad.

(13) Julius Brecht

Lebensdaten: 8.2.1900 – 10.7.1962
Tätigkeit: Leiter von Wohnungsunternehmen, Wohnungspolitiker
Straßenname: Julius-Brecht-Straße (1965 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Julius Brecht wurde im Februar 1900 im baden-württembergischen Uehlingen geboren. Er besuchte von 1911 bis 1918 das Gymnasium und von 1918 bis 1921 die Universität in Freiburg. Er beendete sein Studium der Volkswirtschaft und Staatswissenschaft mit einer Promotion zu Fragen des Wohnungs- und Siedlungswesens. Von 1922 bis 1927 war er bei der Badischen Girozentrale beschäftigt – zunächst als Volontär, dann als Sekretariatsleiter und seit 1926 als Prokurist und Leiter der Kreditabteilung. Seit Mai 1927 arbeitete er als Prokurist und Leiter der Finanzabteilung für die Westfälische Heimstätte GmbH in Dortmund, gleichzeitig war er in der Schriftleitung des *Westfälischen Wohnungsblattes* tätig, das bis 1933 erschien. 1929 stieg er zum Geschäftsführer der Heimstätte auf und war für die Finanzgeschäfte zuständig. 1927 wurde er zudem Vorstandsmitglied der Westfälischen Bauvereinsbank.

Zwischen 1922 und etwa 1925 gehörte Brecht dem Windthorstbund an, der Jugendorganisation der katholischen Zentrumspartei. Anschließend wurde er auch Mitglied der Partei, der er bis zu ihrer Auflösung 1933 angehörte. Laut eigener Aussage stimmte er auch bei den letzten freien Reichstagswahlen für das Zentrum. Seit 1927 gehörte er zudem dem Reichsverband der deutschen Volkswirte (RdV) an, seit 1928 dem Verband Katholischer Akademiker und seit 1930 dem Verein für Wohnungsreform.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Die ersten Jahre des „Dritten Reiches“ verbrachte Brecht in Dortmund, wo er bis zum November 1935 in der Geschäftsführung der Westfälischen Heimstätte tätig war. Deren Direktor Heinrich Vormbrock war 1933 abgesetzt worden, laut Brecht hätten „die Nazis dasselbe mit mir [versucht], jedoch mißlang dies“. Ein Angebot, in die NSDAP einzutreten, habe er abgelehnt und zu Vormbrock weiter Kontakt gehalten. Vormbrock bestätigte ihm dies nach 1945. In den ersten Jahren der NS-Diktatur sprach sich Brecht u.a. öffentlich für eine verstärkte Siedlungstätigkeit und damit verbundene Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus. 1935 wechselte er als Geschäftsführer zur Siedlungsgesellschaft Saarpfälzische Heimstätte GmbH. Zu seinen Motiven erklärte er 1948: „Ich war ehrgeizig und wollte den DAF- und Parteileuten zeigen, was ein Nichtparteimann gegenüber ihrem Dilettantismus vermag“. Er nahm für sich in Anspruch, bei der Heimstätte den „Partei- und DAF-Einfluss nachdrücklich und auch erfolgreich bekämpft“ und entsprechend unfähige Personen durch „Fachleute“ ersetzt zu haben. Die von Ute-Maria Babick-Krüger ausgewerteten Quellen sprechen eine andere Sprache. So berichtete Brecht im Juni 1936 im Aufsichtsrat der Heimstätte über die „völlig reibungslose“ Zusammenarbeit mit Parteidienststellen, alle Maßnahmen würden „in engem Einvernehmen vorbereitet“. Die Siedlungsaktivitäten im Saarland nahmen 1936 stark zu, und die Saarpfälzische Heimstätte war stolz darauf, in dieser Hinsicht reichsweit an vierter Stelle zu stehen.

Als der RdV im Mai 1933 in den Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen (1936 umbenannt in Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund), die neue Standesorganisation von Juristen, überführt wurde, trat Brecht dem NS-Bund bei. 1935 trat er der Deutschen Arbeitsfront (DAF) bei, 1936 der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). Am 8. Juni 1937 beantragte er seine Aufnahme in die NSDAP, die zum 1. Mai 1937 erfolgte. Laut seinen eigenen Angaben hatte ihn der saarpfälzische Gauleiter Josef Bürckel nach der partiellen Aufhebung der Mitgliedersperre zu diesem Schritt gedrängt.

Im Frühjahr 1938 kündigte Brecht seine Stelle bei der Saarpfälzischen Heimstätte, laut eigenen Aussagen nach 1945 aufgrund von „Differenzen und Streit“ mit der Gauleitung über die Kontrolle über Siedlungsprojekte. Faktisch stieg er beruflich jedoch auf und wurde zum 1. Mai 1938 vom Reichsarbeitsminister Franz Seldte zum Leiter des Reichsverbandes des deutschen gemeinnützigen Wohnungswesens e.V. in Berlin bestellt. Dieser war aus der Fusion des Reichsverbandes deutscher Wohnungsunternehmen mit dem Reichsverband deutscher Heimstätten entstanden. Von zuvor 13.000 bis 15.000 RM stieg sein Jahreseinkommen nun auf 20.000 bis 24.000 RM an. In seiner Funktion trat Brecht auf vielen Tagungen zur Wohnungspolitik auf, publizierte und gab die Zeitschriften *Siedlung und Wirtschaft* (bis 1941), *Zeitschrift für Wohnungswesen* (ZfW, bis 1941) und *Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft* (1942-1944) heraus. Dabei stellte er die Bedeutung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen für die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbaren Wohnungen heraus. Brecht trat auch dem Internationalen Verband für Wohnungswesen und Städtebau bei und präsentierte die Ergebnisse des Wohnungsbaus im Deutschen Reich auf internationalen Kongressen.

In seiner Antrittsrede als Verbandsleiter sprach Brecht vom gemeinnützigen Wohnungsbau als „Dienst für Volk und Führer“. Auch wenn sich seine Reden und Aufsätze primär auf Fachthemen bezogen und er frühere genossenschaftliche Ideen wie die „Selbsthilfe“ zumindest begrifflich weiterhin hochhielt, verortete Brecht seine Tätigkeit immer wieder im Kontext des Nationalsozialismus und der deutschen „Volksgemeinschaft“. Mehrmals pries er Adolf Hitler, an den er öffentliche Ergebenheitsadressen sandte. Nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei sprach er von der „Ausweitung des […] deutschen Lebensraumes“, der neue Aufgaben für die Wohnungswirtschaft mit sich bringe. Seit 1939 beteiligte er sich an der ideologischen Einstimmung auf den Krieg, indem er den westlichen Staaten „Neid und […] Zerstörungswille[n]“ vorwarf und die Bedeutung des Wohnungswesens für den „gemeinsamen Kampf eines Volkes und einer Nation“ beschwor. Emphatisch schrieb er: „Wir stehen hinter dem Führer, dem wir blind vertrauen.“ Im Frühjahr 1940 ehrte ihn Adolf Hitler als Anerkennung für seine „Aufbauleistung“ im Kontext der Eroberung des „Sudetenlandes“ 1938 mit der „Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938“. Als „Betriebsführer“ richtete Brecht im Krieg mehrere Rundbriefe an seine zur Wehrmacht eingezogenen Mitarbeiter, die der Aufrechterhaltung der Verbindung von „Front und Heimat“ dienten.

In die Zeit von Brechts Antritt als Direktor des Reichsverbandes fiel die Verschärfung der antisemitischen Verdrängungsmaßnahmen auf dem Wohnungssektor und der Beginn der „Wohnraumarisierung“. Wie Karl Christian Führer und Ulrike Haerendel gezeigt haben, wirk-

ten gemeinnützige Wohnungsunternehmen als Vorreiter dieses Prozesses, ihre publizistischen Organe begrüßten ihn. Als nach der Reichspogromnacht 1938 die Mitgliedschaft von Juden in Genossenschaften verboten wurde, verwies der Reichsverband unter Brechts Leitung darauf, auf eine solche Entscheidung schon lange hingearbeitet zu haben. Im Verbandsorgan ZfW wurden 1938/39 mehrfach antisemitische Gerichtsurteile, Gesetze und Verordnungen für den Wohnungssektor referiert und zum Teil begrüßt.
Ute-Maria Babick-Krüger hat nachgewiesen, dass der Reichsverband selbst die „Arisierung" eines Grundstücks in Berlin betrieb. Im Herbst 1939 beantragte der Verband, den jüdischen Eigentümerinnen des Hauses Kurfürstenstraße 52 „aufzugeben, das Grundstück an den Reichsverband zu veräußern". Die beiden Schwestern Hedwig Byk und Anna Graeffner weigerten sich, das Haus zu verkaufen, und begingen Suizid. Ihre Rechtsnachfolger Alfred Byk und Ernst Graeffner wurden daraufhin zum Verkauf gezwungen. Brecht unterzeichnete persönlich den Kaufvertrag und bedankte sich Anfang Januar 1940 beim Leiter der Preisstelle für Grundstücke „für die nachdrückliche Unterstützung beim Ankauf des Grundstücks". Alfred Byk wurde im KZ Majdanek ermordet und im Dezember 1943 für tot erklärt.

Zum Konkurrenten der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, die Brecht vertrat, wurden seit den späten 1930er Jahren die Wohnungsunternehmen der DAF, die ihren Einflussbereich auszuweiten suchten. Brecht pochte dabei auf eine Anerkennung der Gemeinnützigen als „Werkzeuge in der Durchführung der staatlichen Wohnungs- und Siedlungspolitik". Er gehörte zwar der vom DAF-Leiter Robert Ley 1938 gegründeten Reichsarbeitsgemeinschaft für Wohnungswesen an, die die „wohnungspolitische Entwicklung" beeinflussen sollte. Ley selbst verlangte jedoch 1940 vom Reichsarbeitsminister, Brecht durch eine ihm genehmere Person zu ersetzen, was Seldte ablehnte.
Ein dreiviertel Jahr nach Beginn des Zweiten Weltkrieges erließ Brecht am 30. Mai 1940 „Richtlinien zur Vorplanung von Wohnungsbauvorhaben nach dem Kriege", die detaillierte Aufbaupläne vorsahen und laut Tilman Harlander „der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft ihren Platz im künftigen Wohnungsbau [...] sichern" sollten. Als die DAF Pläne vorlegte, die eine Bauherrenschaft des Reiches vorsahen, kritisierte dies Brecht im Oktober 1940 und betonte, nur unter „marxistischer Herrschaft" sei bisher der Wohnungsbesitz so stark in der öffentlichen Hand zentralisiert worden. Vielmehr sollten Gemeinden, so Brecht in einem Aufsatz von 1941, Wohnungen „nur in Ausnahmefällen erstellen und verwalten". In seinem Einsatz für die wohnungswirtschaftliche „Selbstverwaltung" versuchte Brecht diese als integralen Bestandteil der nationalsozialistischen Wohnungspolitik zu präsentieren. Damit war er weitgehend erfolgreich, die DAF konnte sich mit ihren Plänen nicht durchsetzen.

1941 bemühte sich Brecht darum, die neu gegründete Wohnbau Osten GmbH, eine „Treuhandgesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen" im besetzten Generalgouvernement, für eine Mitgliedschaft im Reichsverband zu gewinnen. Auf Nachfrage der Wohnbau Osten erläuterte Brecht der Gesellschaft den korrekten bürokratischen Umgang mit der buchhalterischen Verwaltung von enteignetem jüdischen Haus- und Grundbesitz. Im Kontext des Aufbaus des gemeinnützigen Wohnungswesens in den besetzten Gebieten hielt sich Brecht auch in Polen auf. 1942 wurde Brecht Leiter der für Wohnungs- und Siedlungspolitik zuständigen

Abteilung A der Deutschen Akademie für Wohnungswesen. Im August 1944 wurde er in den Reichsführungsstab des Deutschen Wohnungshilfswerks berufen.

Zur Biographie nach 1945

In seinem Entnazifizierungsverfahren wurde Brecht 1948 in die Kategorie V eingestuft, der Beratende Ausschuss hatte „keine Bedenken“, ihn in seiner neuen Funktion als Leiter des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen zu belassen. Brecht selbst sprach von einem „schweren politischen Fehler“ und persönlicher „Schuld“, in den Jahren vor 1933 keinen politischen Widerstand gegen den Aufstieg des Nationalsozialismus geleistet zu haben. Seine berufliche Tätigkeit seit 1933 stellte er als Kampf von „Fachleuten“ gegen „unfähige Parteileute“ dar, bei dem es darum gegangen sei, die vorhandenen Strukturen des gemeinnützigen Wohnungswesens (wie die „Tradition der Selbstverwaltung“) zu retten: „Während der Zeit meiner Tätigkeit als Reichsverbandsleiter habe ich […] alles getan, was man unter den Umständen gegen das System tun konnte.“ Er habe zwar „Konzessionen“ machen müssen, aber auch frühere SPD- und Zentrumsleute eingestellt, erreicht, dass „die schlimmsten und extremsten Parteileute allmählich beseitigt wurden“ und während des Krieges bei seinen Mitarbeitern „vorsichtig und berechnend Propaganda gegen Krieg und System“ gemacht.

Insgesamt 37 Leumundszeugnisse, die von Brechts Mitarbeitern, Kollegen und Nachbarn stammten, bescheinigten ihm, kein Nationalsozialist gewesen zu sein und sich in privaten Gesprächen immer gegen das Regime und den Krieg ausgesprochen zu haben. Insbesondere Kollegen aus der Wohnungswirtschaft, darunter sowohl während des „Dritten Reiches“ Tätige als auch 1933 Entlassene unterstützten seine Deutung eines Kampfes gegen „Partei und DAF“ und betonten, Brecht habe unter seiner NSDAP-Mitgliedschaft und den „Konzessionen“ gelitten. Leumundszeugnisse erhielt Brecht u.a. vom sozialdemokratischen Rechtsanwalt Max Finck (1933 Berufsverbot, 1935-1937 im KZ und Gefängnis, seit 1940 Syndikus des Verbands norddeutscher Wohnungsunternehmen) und dem SPD-Politiker Heinrich Acker (1933 entlassen, mehrfach in Haft). Darüber hinaus erklärten sechs Mitarbeiter des Reichsverbandes, als „kleine antifaschistisch eingestellte Gruppe“ im Betrieb gewirkt zu haben und dabei von Brecht gefördert worden zu sein. Hermann Büning, der 1943 nach Äußerungen über eine angebliche Hinrichtung Himmlers durch Hitler zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, gab an, Brecht habe sich erfolgreich um einen Strafaufschub bemüht. Der Psychologe Franz Georg Goerner gab an, Brecht habe ihn 1938 aufgesucht, um mit ihm über sein politisches „Dilemma“ zu sprechen, und ihn nach Goerners Inhaftierung durch die Gestapo 1941 praktisch unterstützt. Zwei jüdische Verfolgte, Julius Rosenthal und Emmy Loewe, gaben an, in den frühen 1940er Jahren illegal in Berlin gelebt und bei Brecht Unterkunft erhalten zu haben: „Durch die Gewährung eines polizeilich nicht gemeldeten Aufenthaltes in Ihrer Wohnung retteten Sie mich als Jude vor der Verschleppung nach Polen oder dem Konzentrationslager.“ Der Dirigent Felix Lederer, der jüdischer Herkunft und seit 1935 mit Berufsverbot belegt gewesen war, bestätigte Brecht, sich „trotz großer persönlicher Gefährdung, stets illegal lebenden Juden angenommen“ zu haben. Und zwei Ehepartner jüdischer Personen bezeugten ebenfalls, Unterstützung von Brecht erhalten, gemeinsam alliierte Sender gehört und politische Gespräche geführt zu haben, die „neue Kraft und Zuversicht“ gaben.

All diese Leumundszeugnisse sind mit Vorsicht zu bewerten – insbesondere solche von Brechts Kolleg/innen und Untergebenen. Aber auch hinsichtlich des angeblichen Versteckens untergetauchter Jüdinnen und Juden hat Babick-Krüger gezeigt, dass zumindest der Fall Rosenthal differenzierter zu bewerten ist, als es im Leumundszeugnis wirkt. Julius Rosenthal (Jg. 1896), der als Ehemann einer „Volljüdin“ als „Mischling 1. Grades“ galt, hatte sich 1943/44 mit seiner Frau bei einer Freundin versteckt gehalten. Im Februar 1944 wurde seine Frau Opfer eines Unfalls und tötete sich selbst im Krankenhaus, da ihr die Deportation drohte. Im Oktober 1944 wechselte Rosenthal die Unterkunft und wohnte bei Else Chassel-Wolfgang, einer „Arierin“, die mit einem jüdischen Schauspieler verheiratet gewesen war. Erst als deren Wohnung im Februar 1945 ausgebombt wurde, zogen beide zu Brecht. Woher Brecht und Chassel-Wolfgang sich kannten, ist unklar. Die Unterbringung von ihr und Rosenthal kann mit Blick auf das nahe Ende des Krieges eher als Unterstützung Ausgebombter in den letzten Kriegsmonaten angesehen werden, als eine gezielte Hilfe für jüdisch Verfolgte.

Nach dem Krieg arbeitete Brecht eine Zeitlang auf Baustellen und bei Trümmeraufräumarbeiten. Von Ende 1946 bis Januar 1948 war er als Berater der britischen Militärregierung in Wohnungsfragen tätig – bei der Manpower Division, Housing Branch, in Lemgo bzw. der zuständigen deutschen Dienststelle, dem Zentralamt für Arbeit (ZfA). Seine Ernennung zum stellvertretenden Leiter einer Hauptabteilung des Amtes wurde aufgrund seines fehlenden laufbahnmäßigen Werdeganges und seiner früheren NSDAP-Mitgliedschaft jedoch abgelehnt. 1947 wurde er Direktor des Verbandes Norddeutscher Wohnungsunternehmen. 1951 übernahm er die Leitung des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen. Um 1960 wandte Brecht sich gegen die Pläne des Bundeswohnungsbauministers Lücke zur Privatisierung gemeinnütziger Wohnungsunternehmen. Mit seinen Tätigkeiten nach 1945 war der wohnungspolitische Fachmann Brecht Träger von grundlegenden „Kontinuitäten im deutschen Wohnungswesen“ (Harlander) über den Wechsel der politischen Systeme hinweg.

1947 trat Brecht der SPD bei, für die er 1949 in die Hamburger Bürgerschaft gewählt wurde. Ihr gehörte er bis 1953 an. Als im Zuge des geplanten Baus der Grindelhochhäuser 1950 die Enteignung vormals „arisierter“ Grundstücke und die Frage einer Entschädigung zur Debatte stand, die auf ein Sperrkonto für eventuelle spätere Wiedergutmachungsansprüche gezahlt werden sollte, sprach sich Brecht – anders als der SPD-geführte Senat und die CDU – gegen eine Entschädigung aus. Im selben Jahr äußerte sich Brecht auch zum Fall der 1939/40 durchgeführten „Arisierung“ durch den Reichsverband, da die Nachkommen der Geschädigten mittlerweile eine Rückerstattung ihres Eigentums gefordert hatten. In einem Schreiben an das Wiedergutmachungsamt bestritt er eine Verantwortung des Reichsverbandes für die Tatsache, dass „die jüdischen Besitzer [...] unter Druck standen“. Zudem könne nicht die Rede davon sein, dass „der Kaufvertrag erzwungen war“ – zumindest nicht „vom Standpunkt des Reichsverbandes aus“.

1957 wurde Brecht in den Deutschen Bundestag gewählt, dem er bis zu seinem Tod angehörte, u.a. als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wohnungswesen, Bau- und Bodenrecht. In den 1950er Jahren war Brecht zudem Lehrbeauftragter an der Universität Köln.

1962 starb Julius Brecht. Drei Jahre später wurde eine Straße in Hamburg-Osdorf nach ihm benannt. Von 2004 bis 2014 richteten die Immobilienwirtschaftsverbände EBZ und GdW eine „Julius-Brecht-Sommerakademie“ aus, die in den folgenden Jahren nur noch als „Sommerakademie“ firmierte. 2015 wurde die nationalsozialistische Vergangenheit Brechts öffentlich thematisiert, als eine Kommission der Stadt Hannover die Umbenennung der dortigen Julius-Brecht-Straße forderte. Ein Jahr später wurde diese Frage auch in Freiburg und Hamburg öffentlich diskutiert, wo ebenfalls Straßen nach Brecht benannt sind.

Fazit

Julius Brecht war ein Funktionär der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, der seine in der Weimarer Republik begonnene Karriere im „Dritten Reich“ fortsetzen und weiter aufsteigen konnte. Nach seinem NSDAP-Beitritt 1937 wurde er ein Jahr später zum Leiter des Reichsverbandes des deutschen gemeinnützigen Wohnungswesens ernannt. In dieser Funktion trug er die Verantwortung für die nationalsozialistischen Bekenntnisse des Verbandes, aber auch positive Bezugnahmen auf die zunehmende antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung, etwa in Form der „Wohnraumarisierung“. Als Leiter des Reichsverbandes wirkte er zudem selbst an einer solchen Arisierung mit, die gegen den explizit geäußerten Willen der jüdischen Eigentümer erfolgte. Brecht stellte seine Tätigkeit in Reden und Schriften in den Kontext des Regimes, bekannte sich zum „Führer“ und legitimierte den Krieg. Es gibt weitere Hinweise auf Brechts Tätigkeiten im Kontext der Enteignung jüdischen Wohnraums sowie im Rahmen des Wohnungswesens in den vom Deutschen Reich besetzten Gebieten, die jedoch einer intensiveren Erforschung harren.

Etliche Leumundszeugnisse aus seinem Entnazifizierungsverfahren legen wiederum nahe, dass Brechts öffentliches Auftreten in Kontrast zu seinen privaten Auffassungen stand. Sie geben zudem Hinweise auf angebliche Hilfestellungen Brechts für verfolgte Jüdinnen und Juden, darunter die Bereitstellung von Wohnraum (und damit die Rettung vor der Deportation). Diesen Hinweisen konnte im Rahmen nicht intensiver nachgegangen werden, jedoch hat Ute-Maria Babick-Krüger in ihrer Studie zu Brecht einige dieser Angaben relativiert. Insgesamt scheint es sich in vielen Fällen um Schutzbehauptungen gehandelt zu haben.

Literatur und Quellen

o.A. Julius Brecht, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; Martin Münzel: Neubeginn und Kontinuitäten. Das Spitzenpersonal der zentralen deutschen Arbeitsbehörden 1945-1960, in: Alexander Nützenadel (Hg.): Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus. Verwaltung – Politik – Verbrechen (Geschichte des Reichsarbeitsministeriums im Nationalsozialismus, 1), Göttingen 2017, S. 494-550; Karl Christian Führer: Die Stadt, das Geld und der Markt. Immobilienspekulation in der Bundesrepublik 1960-1985 (Studien zur Zeitgeschichte, 89), Berlin/Boston 2016; Thomas Goebel: Julius Brecht war federführend bei der Enteignung der Juden, in: Badische Zeitung, 11.11.2016; Freiburger Gemeinderat, Anlage 2 zur Drucksache G-16/212: Abschlussbericht der Kommission zur Überprüfung der Freiburger Straßennamen, [November 2016], S. 30-32; Freie und Hansestadt Hamburg, Bezirksversammlung Altona, Antrag der Fraktion DIE LINKE, 23.6.2016; Ute-Maria Babick-Krüger: Dr. rer. pol. Julius Brecht (1900-1962) und der Nationalsozialismus. Eine Studie im Auftrag des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., unveröffentlichte Studie, Dresden 2015; Gunnar Menkens: Julius Brecht – Genosse mit Vergangenheit, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 12.10.2015; Landeshauptstadt Hannover, Projekt Wissenschaftliche Betrachtung von namensgebenden Persönlichkeiten, Empfehlungen Beirat „Namensgebende Persönlichkeiten“, Tischvorlage zur GOK am 1.10.2015, S. 8; Axel Schildt: Die Grindelhochhäuser. Eine Sozialgeschichte der ersten deutschen Wohnhochhausanlage Hamburg-Grindelberg 1945-1956 (Schriften des Hamburgischen Architekturarchivs), Mün-

chen/Hamburg 2007; SPD Landesorganisation Hamburg, Arbeitskreis Geschichte und Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (Hg.): Für Freiheit und Demokratie. Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Verfolgung und Widerstand 1933-1945, Hamburg 2003; Rudolf Vierhaus/Ludolf Herbst (Hg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002, Band 1: A-M, München 2002; Ulrike Haerendel: Kommunale Wohnungspolitik im Dritten Reich. Siedlungsideologie, Kleinhausbau und „Wohnraumarisierung“ am Beispiel Münchens (Studien zur Zeitgeschichte, 57), München 1999; dies.: Wohnungspolitik im Nationalsozialismus, in: Zeitschrift für Sozialreform, 45 (1999), 10, S. 843-879; Hans-Eckhard Niermann: Politische Strafjustiz im Nationalsozialismus. Exemplarische Bedingungen ihrer Durchsetzung und Radikalisierung im Dritten Reich 1933-1945, Aachen 1996; Tilman Harlander: Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine. Wohnungsbau und Wohnungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus (Stadt – Planung – Geschichte, 18), Basel/Berlin/Boston 1995; Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul: Herrschaft und Alltag. Ein Industrierevier im Dritten Reich (Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945, Band 2), Bonn 1991; Klaus Novy (Hg.): Wohnreform in Köln. Geschichte der Baugenossenschaften, Köln 1986; Karl-Heinz Peters: Wohnungspolitik am Scheideweg. Wohnungswesen, Wohnungswirtschaft, Wohnungspolitik (Volkswirtschaftliche Schriften, 343), Berlin 1984; Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages, Darmstadt 1958; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Die Gemeinnützige Wohnungswirtschaft. Organ des Reichsverbandes des deutschen gemeinnützigen Wohnungswesens e.V., 1942; Julius Brecht/Joachim Fischer-Dieskau/Hans Wagner: Probleme des neuen deutschen Wohnungsbaues (Materialien-Sammlung der Forschungsstelle für Siedlungs- und Wohnungswesen an der Universität Münster i.W., 38), Jena 1941; Zeitschrift für Wohnungswesen. Organ des Reichsverbandes des deutschen gemeinnützigen Wohnungswesens e.V., 1938-1940; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; BArch, R 140, 135; BArch, R 140, 136 Band 1; BArch, R 113, 1557; BArch, R 3901, 20704; BArch, R 3901, 20705; BArch, R 4002, 97; BArch, R 4002, 265; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI; StAHH, 221-11, 4861 KAT; StAHH, 731-8, A 752 Brecht, Julius.

(14) Carl Bulcke

Lebensdaten: 29.4.1875 – 24.2.1936
Tätigkeiten: Schriftsteller, Staatsanwalt
Straßenname: Bulckestraße (1949 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Carl Bulcke wurde 1875 im ostpreußischen Königsberg geboren. An den Universitäten Freiburg, Berlin und Kiel studierte er Jura. 1900/01 war Bulcke als Referendar am Amtsgericht in Altona tätig. Später arbeitete er u.a. in Essen als Staatsanwalt.
Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert verfasste Bulcke Gedichte, Novellen und Romane, unter denen „Ein Mensch namens Balzereit“ (1917) und „Tapferer Cassio“ (1930) als bedeutendste gelten. Bulcke wurde der erste Vorsitzende des 1909 gegründeten Schutzverbandes deutscher Schriftsteller.

Nach Ende des Ersten Weltkrieges zog Bulcke nach Berlin und wurde Leiter der Film-Oberprüfstelle und damit der Filmzensur. In dieser Funktion urteilte er über als „Kolportage“- und „Schundfilme“ deklarierte Produktionen. 1921 wurde er zum Oberregierungsrat ernannt. Im Juli 1921 erlaubte er den Film „Das Judenmädel von Sosnowice“, der zuvor mit Verweis auf Antisemitismus verboten worden war. In der von Bulcke unterzeichneten Begründung hieß es, zwar sei „eine antisemitische Tendenz“ des Films zu erkennen, aber ebenso ein „soziales Mitleid“ gegenüber osteuropäischen Juden. Die Provokation antisemitischer Kundgebungen sei nicht zu erwarten, da der Film „nicht etwa deutsche Juden und etwaige Charaktermängel deutscher Juden [zeige] […] sondern […] die Verderbtheit der russisch-polnischen Juden“. Daniel Wild hat in seiner Studie zur Filmzensur in der Weimarer Republik betont, dass Bulckes Entscheidung zwar als zynischer Versuch der Zulassung eines antisemitischen Films gewertet werden könne, gleichzeitig aber darauf aufmerksam gemacht, dass Bulcke in anderen Fällen sehr darauf bedacht war, Filme mit antisemitischem Inhalt zu verbieten, und prorepublikanisch argumentierte. So verbot er Anfang der 1920er Jahre zwei antifranzösische und rassistische Propagandafilme, auch wenn er konzedierte, dass die „Entrüstung des deutschen Volkes über die schwarze Besatzung im Rheinlande […] als Gefühlsausdruck“ berechtigt sei. Als 1922 der Film „Nathan der Weise“ erscheinen sollte und eine nationalsozialistische Kampagne gegen diesen einsetzte, vor deren Hintergrund auch Gutachter der Münchener Filmprüfstelle für ein Verbot votierten, stellte sich Bulcke „geradezu demonstrativ hinter den Film“, wie Stefan Volk betont, und erklärte es zur Aufgabe der Polizei, gegen eine mögliche Störung der öffentlichen Ordnung durch antisemitische Proteste vorzugehen.
Im März 1924 wurde Bulcke auf dem Posten des Filmzensors abgelöst.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Carl Bulcke wurde nicht Mitglied der NSDAP, unterzeichnete jedoch das Ende Oktober 1933 reichsweit verbreitete „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“, das 88 deutsche Schriftsteller auf eine Initiative der Deutschen Akademie der Dichtung (der gleichgeschalteten, vormaligen

Preußischen Akademie der Künste) unterschrieben hatten. Mit dem Gelöbnis sollte der politische Kurs Adolf Hitlers bedingungslos unterstützt werden.

In den Jahren 1933 bis 1936 scheint Bulcke weiter als Staatsanwalt tätig gewesen zu sein. Nähere Informationen über sein Agieren in dieser Zeit liegen nicht vor. Inwieweit er als Staatsanwalt aktiv die nationalsozialistische Politik umsetzte, harrt deshalb weiterer Forschung. Im Februar 1936 starb Bulcke im Alter von 60 Jahren in Berlin – wie in der Presse berichtet wurde, „nach langem, schwerem Leiden".

Zur Biographie nach 1945

Im Februar 1949 wurde eine Straße in Blankenese nach Carl Bulcke benannt, der nach 1900 einige Jahre in Blankenese und Övelgönne gelebt hatte. 1953/54 druckte das *Hamburger Abendblatt* mehrere seiner Kurzgeschichten ab.

Ende 2014 stellte der Förderkreis Historisches Blankenese die Forderung auf, die Bulckestraße umzubenennen und als alternative Namensgeberin die wohltätig wirkende Friederike Klünder (1776-1848) zu wählen. Begründet wurde der Umbenennungswunsch u.a. mit Verweis auf die Unterzeichnung des Treuegelöbnisses durch Bulcke.

Fazit

Carl Bulcke war ein Schriftsteller und Staatsanwalt, der in den Anfangsjahren der Weimarer Republik in der Filmzensur tätig war und dabei u.a. republikfeindliche und rassistische Filme verbot, auch wenn er über antisemitische Produktionen ambivalent urteilte. Mit dem Treuegelöbnis vom Oktober 1933 unterstützte er aktiv das neue nationalsozialistische Regime, in die Partei trat er jedoch nicht ein. Da er bereits 1936 starb, gibt es keine Entnazifizierungsakte über ihn und Mitgliedschaften in anderen NS-Organisationen sind ihm nicht nachweisbar. Da er in den Jahren 1933 bis 1936 weiter als Staatsanwalt tätig war, wären gegebenenfalls Akten der Berliner Staatsanwaltschaft in diesem Zeitraum zu überprüfen, um ein genaueres Bild des Agierens von Bulcke im „Dritten Reich" zu gewinnen.

Literatur und Quellen

Winfried Grützner: Blankenese zwischen Pfahlewer und Range Rover, Norderstedt 2013 (2. Auflage); Stefan Volk: Skandalfilme. Cineastische Aufreger gestern und heute, Marburg 2011; Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a.M. 2007; Daniel Heinrich Wild: The Writing on the Screen: Images of Text in the German Cinema from 1920 to 1949, Diss. University of Pittsburg 2006; Otto Flade: Es wird Abend. Bericht aus einem langen Leben, Gütersloh 1960; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Benno Diederich: Hamburger Poeten. Charakterbilder aus der Literatur unserer Zeit, Leipzig 1910; Niederschrift Urteil Film-Ober-Prüfstelle über „Die schwarze Schmach", 13.8.1921, http://www.filmportal.de/node/46731/material/1237718; Niederschrift Urteile Filmprüfstelle Berlin, 20.6.1921, und Film-Ober-Prüfstelle über „Das Judenmädel von Sosnowice", 7.7.1921, http://www.filmportal.de/node/44103/material/1236782; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 731-8, A 752 Bulcke, Carl.

(15) Armin Clasen

Lebensdaten: 15.9.1890 – 22.8.1980
Tätigkeiten: Lehrer und Schulleiter, Leiter der Volksmusikschule, Heimatforscher
Straßenname: Armin-Clasen-Stieg (1983 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Armin Clasen wurde 1890 im hessischen Neukirchen geboren, besuchte die Volksschule aber in Hamburg. Hier durchlief er auch die Lehrerausbildung, die er mit zwei Prüfungen 1911 und 1914 erfolgreich abschloss. Zum 1. April 1915 wurde er an der Schule am Lehmweg fest angestellt. Zeitgleich leistete er allerdings Wehrdienst, bereits 1912/13 hatte er sich als Freiwilliger gemeldet. Bei Kriegsausbruch 1914 wurde er an der Westfront eingesetzt, seit 1916 im Versorgungsdienst und Feldmagazin. Seit 1919 unterrichtete Clasen als Lehrer an der Schule Burgstraße, seit 1924 an der Schule Barmbecker Straße 30.

Neben seinem Lehrerberuf engagierte sich Armin Clasen auch in der 1923 gegründeten Volksmusikschule (VMS), als deren Leiter er zeitweise fungierte. 1925 arbeitete er an einer Ausstellung zur Musikgeschichte mit. Um 1925 wurde er Mitglied im Alster-Verein, der sich der „Heimatkunde“ widmete. Clasen selbst trieb seit den 1920er Jahren in seiner Freizeit heimatgeschichtliche Studien. Einer politischen Partei gehörte er in der Weimarer Republik nicht an und betätigte sich auch sonst nicht im engeren Sinne politisch.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Armin Clasen trat zum 1. Mai 1933 dem NS-Lehrerbund bei. Im selben Monat veranstaltete die Volksmusikschule eine Aufführung der Musik Paul Hindemiths. Clasen erklärte die Aufführung zu einem „Bekenntnis zu dem Menschen und dem Musikanten Hindemith“, nach 1945 führte er dies als Beleg für seine oppositionelle Haltung an. Hindemith hatte 1933/34 aber nicht nur die Kooperation mit den neuen Machthabern gesucht, sondern auch viele Unterstützer auf NS-Seite gefunden – größere Attacken von nationalsozialistischen Akteuren auf ihn setzten erst 1934 ein (und kulminierten im Aufführungsverbot 1936), so dass Clasen in seiner Rechtfertigung anachronistisch argumentierte.
In der Rückschau von 1945 räumte Clasen ein, als Leiter der Volksmusikschule Hoffnungen in den Nationalsozialismus gesetzt und die VMS „gläubigen Herzens der neuen Macht zur Verfügung“ gestellt zu haben. Seine Hoffnungen seien allerdings schnell enttäuscht worden, da der Staatszuschuss für die VMS gestrichen wurde und Clasen sich gegen Gleichschaltungsbestrebungen zur Wehr setzen musste. Zum Konflikt kam es vor allem mit dem neuen nationalsozialistischen Leiter der Volkshochschule Dr. Heinrich Haselmayer. Clasen beschwerte sich im August 1935 sogar bei der NSDAP-Gauleitung über Haselmayer. Die VMS schloss sich der NS-Kulturgemeinde Volkstum und Heimat an, um ihre Position zu festigen – beides allerdings ohne Erfolg. Letztlich wurde die VMS 1937 aufgelöst, Clasen wandte sich von der Beschäftigung mit Musik ab.

Seit 1935 gehörte Clasen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt an. Im November 1935 wurde er zum stellvertretenden Schulleiter ernannt. In dieser Funktion warb er 1937 unter seinen Lehrerkollegen dafür, der NSDAP beizutreten. Er rechtfertigte dies nach 1945 damit, unter Zwang gehandelt und lediglich eine Anweisung des Schulrates befolgt zu haben. Zudem erklärte er, dass keinem Lehrer seiner Schule ein Nachteil entstanden sei, falls er der Partei nicht beitrat. Eine Lehrerin, die nicht der Partei beigetreten war, bescheinigte ihm 1949, „zurückhaltend“ geworben zu haben.

Im November 1936 forderte die Kultur- und Schulbehörde Armin Clasen zur Mitarbeit in der Vereinigung Niederdeutsches Hamburg, die als „verlängerter Arm“ der NSDAP in der „Heimatarbeit“ fungieren sollte, auf. Clasen antwortete mit einem Schreiben, in dem er seine Kränkung darüber zum Ausdruck brachte, nicht zum Mittelschullehrer befördert worden zu sein. Er mutmaßte, der Behörde sei seine Arbeit „gleichgültig“, möglicherweise weil etwas aus dem Streit um die VMS „an mir hängen geblieben ist, worüber ich nicht orientiert bin“. In einem internen Vermerk der Schulbehörde wurde die ausgebliebene Beförderung allerdings damit erklärt, dass sich Clasen nicht „besonders“ für die NSDAP eingesetzt habe und auch die Mittelschullehrerprüfung nicht abgelegt hätte. Clasen trat der Vereinigung 1937 schließlich dennoch bei. Im gleichen Jahr beantragte er die Aufnahme in die NSDAP. Aufgenommen wurde er im Jahr darauf, die Mitgliedschaft trat aber rückwirkend zum 1. Mai 1937 in Kraft. In der Rückschau behauptete er, die Aufnahme nach Aufforderung des Präsidenten der Schulverwaltung beantragt zu haben, da er anderenfalls „Unannehmlichkeiten, wenn nicht gar Entlassung aus dem Schuldienst“ befürchtete. Vor der NSDAP-Kreisleitung habe er sich gegenüber Vorwürfen rechtfertigen müssen, seine nationalsozialistische Gesinnung zu wenig öffentlich zum Ausdruck zu bringen.

Im „Dritten Reich“ veröffentlichte Armin Clasen erste Studien und Aufsätze zur Lokal- und Regionalgeschichte von Hamburg und seinem Umland und hielt Vorträge u.a. beim Verein für Hamburgische Geschichte und dem Verein für Heimatforschung in den Walddörfern. Der 1938 von Clasen gemeinsam mit Walter Rehders herausgegebene Band „Hummelsbüttel und Poppenbüttel“ wurde vom Senator Alfred Richter mit einem Geleitwort versehen. Die Veröffentlichung war Ergebnis der Arbeit der Fachgruppe für heimatliche Geschichte der Vereinigung Niederdeutsches Hamburg. Im Vorwort des Bandes hob Rudolf Schmidt die Bedeutung von Familiengeschichte „für ein Volk“ hervor, „dem das rassisch reine Blut heilig ist“. In Clasens eigenem Beitrag zur „Geschichte des Dorfes Hummelsbüttel“ finden sich auch vereinzelt völkische Äußerungen oder Äußerungen mit Bezugnahme auf die NS-Ideologie, etwa wenn er sich positiv auf das „Wort des Führers vom Blut und Boden“ bezog oder die Geschichte des Bauerntums in den Kontext der deutschen „Volksgemeinschaft“ stellte.

Im Mai 1939 erhielt Clasen das silberne Treudienst-Ehrenzeichen des Führers für 25 Jahre im Schuldienst verliehen. Ein halbes Jahr später wurde er zum Mittelschullehrer befördert. Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde er eingezogen und fungierte als Zahlmeister bei einem Ersatz-Verpflegungs-Magazin in Bremen, seit 1940/41 dann als Ober- bzw. Stabszahlmeister und seit 1944 als Stabsintendant. In einem Schreiben an die Schulverwaltung be-

zeichnete er sich als „alten Krieger“ und brachte sein Empfinden zum Ausdruck, sich „wieder mit Leib und Seele als Soldat“ zu fühlen. Im Januar 1942 wurde ihm das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse mit Schwertern verliehen. In den letzten Kriegsmonaten oblag ihm die Schulung von Offizieren an Waffen wie Maschinenpistolen und Panzerfäusten.

Armin Clasens Ehe mit Käthe Clasen, der Tochter eines früheren SPD-Bürgerschaftsabgeordneten, war im September 1938 geschieden worden, im Juni 1941 heiratete er erneut.

Zur Biographie nach 1945

Am 9. Mai 1945 wurde Clasen aus dem Wehrdienst entlassen. Wenige Wochen später bewarb er sich bei der Schulverwaltung um die Position eines Schulleiters, die er im August auch erhielt. Ein Nachbar Clasens, W. Hinrichs, hatte sich im selben Monat mit einem Schreiben an Schulsenator Heinrich Landahl gewandt und Clasen Nähe zum Nationalsozialismus vorgeworfen. Dieser habe sich abfällig über seine ehemalige Schwiegermutter geäußert, nachdem sich herausgestellt hatte, dass Käthe Clasen keine „rein arische“ Herkunft besaß. Zudem habe Clasen Hinrichs im Luftschutzkeller gedroht, ihn vor ein Parteigericht zu bringen. Der von der Schulverwaltung daraufhin befragte Schulrat Gustav Schmidt urteilte über Armin Clasen, dieser sei „nicht mehr und nicht weniger Nationalsozialist gewesen als der Durchschnitt der Lehrer“, er habe sich aber nicht aktiv für die NSDAP betätigt. Nach Gesprächen Landahls mit Hinrichs und Clasen wurde Letzterer vorerst nicht als Schulleiter bestätigt.

Die britische Militärregierung hatte im September 1945 keinen Grund gesehen, gegen Clasen vorzugehen. Erst zwischen 1947 und 1949 kam es zu einer Auseinandersetzung um Clasens Entnazifizierung, da der Beratende und der Fachausschuss diesen im Dezember 1946 als „politisch nicht tragbar“ für das Amt eines Schulleiters eingestuft hatten. Mehrere Angehörige von Clasens Lehrerkollegium hatten ihn als NS-Aktivisten bezeichnet. Gegenüber der Schulverwaltung beklagte Clasen sich über die Intransparenz des Verfahrens und versuchte etwaige Vorwürfe zu widerlegen. Er nahm nicht nur das Eintreten für Hindemith für sich in Anspruch, sondern führte auch an, sich 1936 erfolgreich für einen VMS-Mitarbeiter eingesetzt zu haben, der zur Sterilisation verurteilt worden war. Zur „Judenfrage“ erklärte er, einer Kollegin und einer Schülerin mit jüdischen Vorfahren geholfen zu haben, äußerte aber auch: „Ich zähle mich weder zu den bedingungslosen Judenfreunden noch zu den Antisemiten.“ Clasen konnte zahlreiche Leumundszeugnisse anführen, in denen ihm eine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus bescheinigt wurde. So habe er während des Krieges „härteste Kritik“ geübt und als „Miesmacher“ gegolten. Clasens Nachbar Hinrichs wurde von anderen Hausbewohnern als „krankhaftiger Querulant und Nörgler“ dargestellt. Im April 1949 wurde Clasen schließlich in die Kategorie V eingestuft.

1955 ging Armin Clasen in den Ruhestand. In den 1950er und 1960er Jahren veröffentlichte er weitere Werke zur „Heimatgeschichte“ von Hamburg und seinem Umland, 1955 etwa zum Bauerntum Stormarns, 1963 zu „Fuhlsbüttel und Ohlsdorf“ und 1979 zur Geschichte des Gänsemarktes. Er publizierte in Periodika von Geschichtsvereinen und hielt zahlreiche Vorträge, u.a. auf Heimatwochen und vor Bürgervereinen. 1950 war er maßgeblich an einer Ausstellung

zu Alt-Winterhude beteiligt. 1960 ehrte ihn der Verein für Hamburgische Geschichte mit der Verleihung der Lappenberg-Medaille in Bronze, im gleichen Jahr ernannte ihn die Genealogische Gesellschaft zum Ehrenmitglied und 1966 verlieh ihm der Hamburger Senat die Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes in Bronze. In Darstellungen zu seinem Wirken, die anlässlich runder Geburtstage Clasens in Periodika wie den Mitteilungen der Bürgervereine Eppendorfs oder Süd-Winterhudes erschienen, wurde seine Verhalten in der Zeit des Nationalsozialismus in der Regel nicht thematisiert.

Am 22. August 1980 starb Armin Clasen im Alter von 89 Jahren. Das *Hamburger Abendblatt* würdigte ihn als „große[n], alte[n] Mann der Heimatforschung". Auf Initiative der CDU-Fraktion im Bezirk Nord und unterstützt vom Bürgerverein Eppendorf wurde 1983 eine Straße in Eppendorf nach ihm benannt.

Fazit

Armin Clasen war ein Hamburger Lehrer, der sich in seiner Freizeit musikpädagogisch betätigte und heimatgeschichtliche Studien betrieb. Ein ausgeprägter politischer Aktivismus oder aus eigenem Antrieb erfolgte politische Positionierungen Clasens lassen sich nicht erkennen bzw. nachweisen. Durch seinen Beitritt zur NSDAP 1937 bekannte sich Clasen aber zum Nationalsozialismus, und als stellvertretender Schulleiter warb er für den Beitritt in die Partei – in welcher Form dies passierte, ist umstritten. Inwieweit er sich darüber hinaus im Schulalltag und gesellschaftlichen Leben als Nationalsozialist gerierte, wie einer seiner Nachbarn und einzelne Lehrerkolleginnen 1945 behaupteten, oder sich umgekehrt vielmehr kritisch gegen das Regime äußerte, wie ihm in „Persilscheinen" vor allem für die Kriegszeit bescheinigt wurde, lässt sich nicht mehr klären. In seinen heimatkundlichen Publikationen aus der NS-Zeit lassen sich an wenigen Stellen Bezüge auf den Nationalsozialismus oder auf völkische Ideologie ausmachen.

Literatur und Quellen

Hans-Peter de Lorent: Armin Clasen. „Es ist uns alten Kriegern eine restlose Befriedigung, dass man uns wieder gebrauchen kann.", in: ders.: Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz und in der Zeit nach 1945. Band 2, Hamburg 2017, S. 550-563 (identisch mit: ders.: Armin Clasen, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene); Jonathan Petropoulos: Artists under Hitler. Collaboration and Survival in Nazi Germany, New Haven/London 2014; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Armin Clasen/Walter Rehders: Hummelsbüttel und Poppenbüttel. Geschichte zweier Dörfer und ihrer Höfe (Die Bauerndörfer vor den Toren Hamburgs, 1), Hamburg 1938; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI; StAHH, 221-11, Ed 3206; StAHH, 351-11, 22193; StAHH, 361-3, 4275; StAHH, 361-2 V, 767; StAHH, 622-2/11, 15; StAHH, 731-8, A 753 Clasen, Armin.

(16) Lothar Danner

Lebensdaten: 22.4.1891 – 2.2.1960
Tätigkeiten: Chef der Ordnungspolizei, kaufmännischer Angestellter, Senator
Straßenname: Dannerallee (1964 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Lothar Danner wurde 1891 in Schöneberg, dem heutigen Berlin-Schöneberg, geboren und besuchte in Köln das Gymnasium. Seit 1909 diente er beim Thüringischen Ulanenregiment, zunächst als Fahnenjunker, dann als Leutnant und Oberleutnant. 1915 wurde er zum Reserve-Infanterieregiment 74 versetzt, zwei Jahre später zum Rittmeister befördert. Während des Ersten Weltkrieges wurde er mehrmals schwer verwundet und zwei Mal mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Im Dezember 1918 wurde er Generalstabsoffizier und war Teil des Freikorps „Division Gerstenberg“ und des „Landesschützenkorps“. Mit der Division Gerstenberg nahm er an Kämpfen gegen linke Aufständische in Berlin und Bremen teil.

Im März 1919 wurde er als Generalstabsoffizier zur Kommandantur in Altona versetzt, bei Straßenkämpfen am Rathaus wurde er in den folgenden Monaten am Kopf verletzt. Vom August 1919 bis Juni 1920 wirkte er als Major und Kommandeur der Schutzmannschaft der Hamburger Polizei, im März 1920 erfolgte die Ernennung zum Chef des Stabs der Sicherheitswehren. Seit Juli 1920 war Danner bei der Ordnungspolizei beschäftigt, wo er am 1. September 1921 zum Polizeioberstleutnant und am 1. Juli 1924 zum Polizeioberst und Chef der Ordnungspolizei befördert wurde. Bereits im Oktober 1923 war er mit deren Leitung beauftragt worden und war in diesem Kontext auch an der Niederschlagung des kommunistischen „Hamburger Aufstandes“ maßgeblich beteiligt. Eine „soldatische Grundeinstellung“ prägte Danners Polizeiarbeit, wie Erwin Boldt hervorgehoben hat.

Seit 1919 war Lothar Danner Mitglied der SPD. Im Landesschützenkorps wurde er als „gemäßigter Mehrheitssozialist“ beurteilt. 1922 bis 1924 war er Mitglied einer Freimaurerloge. In den 1920er Jahren veröffentlichte er Artikel im sozialdemokratischen *Hamburger Echo*. 1928 hielt er bei einer Versammlung des Altonaer Reichsbanners eine Ansprache, in der er die „Vertiefung des republikanischen Geistes“ anmahnte. In der Endphase der Republik musste sich Danner mit der NS-Bewegung auseinandersetzen, die unter Polizeibeamten Zellen bildete. Der Historiker Wolfgang Kopitzsch kritisiert ihn dafür, „Offizieren gegenüber insbesondere bei rechtsradikalen und nationalsozialistischen Sympathien zu nachgiebig“ gewesen zu sein. Die NSDAP beantragte im Februar 1932 einen Untersuchungsausschuss und warf Danner Korruption vor. Im Januar 1933 war er Ziel von Angriffen in der Bürgerschaft und der Presse.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Einen Tag nach dem Rücktritt der sozialdemokratischen Senatoren Hamburgs bat Lothar Danner am 4. März 1933 um eine mehrwöchige Beurlaubung und eine anschließende Prüfung, ob er aufgrund seiner zunehmenden Schwerhörigkeit dem Dienst noch gewachsen sei. In seinen 1958 veröffentlichten Erinnerungen zitiert er einen „Tagesbefehl“ an seine Mitarbei-

ter, in dem er erklärte, dass „die politischen Verhältnisse meinen Verbleib im Amte nicht mehr“ ermöglichten. In den *Hamburger Nachrichten* war am Morgen des 5. März zu lesen, dass Danner „mit sofortiger Wirkung beurlaubt“ und ersetzt worden sei, da der Senat der NSDAP entgegenzukommen trachtete, um ein Eingreifen des Reiches zu verhindern. Der nationalsozialistische Reichsinnenminister hatte zuvor eine Ablösung Danners und die Übergabe der Polizeigewalt an Alfred Richter gefordert. Am 15. März folgte ein Gutachten, das Danner für „nicht mehr polizeidienstfähig“ erklärte. Der neue Polizeisenator Richter versetzte ihn zum 30. Juni 1933 in den Ruhestand. Danner forderte im April eine günstigere Ruhestandsregelung ein. Der neue Senat wies diese Beschwerde zurück und betonte, dass der „eigentliche Grund“ seiner Pensionierung darin bestünde, dass er durch „seine politische Betätigung“ in Form der Bekämpfung der NS-Bewegung innerhalb und außerhalb der Ordnungspolizei „politisch heute völlig untragbar wäre“. Mit dem Erlass des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wurde die Pensionierung zurückgenommen und Danner im Juni 1933 als Sozialdemokrat mit Verweis auf § 4 des Gesetzes entlassen.
In den folgenden zwei Jahren arbeitete Lothar Danner zunächst als Makler, von 1936 bis 1938 war er dann Leiter der Buchhaltungsabteilung der Firma „Nordsee“ (Hochseefischerei). 1939 wurde er Büroleiter der Firma Wulff, Fürst & Co., 1942 bei der Aromengesellschaft.

1935 wurde Danner Mitglied der Deutschen Arbeitsfront und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt. Als 1935 ehemalige Offiziere in den Beurlaubtenstand erhoben wurden, wurde dies Danner verweigert. Dieser bemühte sich in der Folge sowohl beim Militär als auch bei der Polizei um seine Rehabilitation. Dabei sprach er von der „Schande dieses Ausschlusses“, erklärte, „stets mit ganzer Seele Soldat gewesen“ zu sein und sich für die „Wiederaufrichtung unserer Wehrmacht“ einsetzen zu wollen. Entsprechende Schreiben schloss er mit der Grußformel „Heil Hitler“. Er erreichte 1937, dass sich der Polizeipräsident an Reichsstatthalter Kaufmann wandte, der Danners Bitte jedoch abschlägig beschied.
Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kam es zu einem Umdenken an der Spitze des Hamburger NS-Regimes. Kaufmann wandelte die Entlassung Danners im September 1939 mit Verweis auf die „positive politische Haltung, die Oberst Danner seit 1933 bis heute gezeigt“ habe, in eine Versetzung in den Ruhestand um. Zugleich erklärte er, es zu begrüßen, wenn „die militärischen Fähigkeiten“ Danners „im heutigen Kriege für das Vaterland nutzbar gemacht würden“. Danners Bemühungen um einen Einsatz für Wehrmacht oder Schutzpolizei scheiterten jedoch am Reichsführer der SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, der einer „Wiederverwendung“ im April 1940 seine Zustimmung versagte. Laut Wolfgang Kopitzsch bewarb sich Danner 1942 erfolglos um die Aufnahme in die Waffen-SS. Diese Angabe konnte ich nicht verifizieren.

Vom Oktober 1941 bis Oktober 1942 war Danner bei der Firma Arnold Otto Meyer beschäftigt, für die er nach Kolomea/Kolomyja in das besetzte Generalgouvernement Polen reiste, wo er als „chief manager“ und Prokurist arbeitete. Die Firma zählte zu rund 40 sogenannten Kreisgroßhandelsfirmen, die nach fortschreitender Enteignung und Ghettoisierung jüdischer Händler im Generalgouvernement die Handelsbranche übernahmen und dabei eine wichtige Rolle in der Ausbeutung der polnischen Bevölkerung einnahmen. Seit März 1942 bestand in

Kolomea ein jüdisches Ghetto, in dem über 18.000 Menschen leben mussten, von denen rund 16.000 in das Vernichtungslager Belzec deportiert wurden. In seinem Entnazifizierungsfragebogen schrieb Danner zum Grund, warum er die Stelle aufgab: „I did not want to see the extermination of the Jews in Galizien“. Mit 21.000 RM Jahreseinkommen hatte er 1942 so viel verdient, wie in keinem anderen Jahr. Unmut darüber gab es auf Seiten der SS: So beklagte sich ein SS-Führer, dass mit Danner ein angeblicher Vertreter der Novemberrevolution „belohnt [werde], indem er aus den neugewonnenen Ostgebieten ein riesiges Einkommen zieht“. Im September 1942 trat Danner an die Hamburger Staatsverwaltung mit der Bitte heran, ihn „in einem kriegswichtigen Aufgabengebiet“ zu beschäftigen. Nach einem Gespräch mit Konstanty Gutschow wurde er im Oktober beim Amt für kriegswichtigen Einsatz (AkE) als Leiter des Transportwesens eingestellt, formal war er Privatangestellter Gutschows. In dieser Funktion war er u.a. für die Koordination von Transportaufgaben für den Luftschutz- und Ersatzwohnungsbau sowie die Beseitigung von Kriegsschäden verantwortlich. Im Frühjahr 1943 bemühte er sich um eine Anerkennung seiner Tätigkeit als Position im öffentlichen Dienst, die ihm allerdings verweigert wurde. Danner bat daraufhin – offenbar aufgrund von Konflikten mit anderen AkE-Mitarbeitern – im November 1943 um seine Entlassung, die ihm zum Jahresende gewährt wurde. Gutschow dankte ihm für seine „verdienstvolle Arbeit“.

Nach seinem Abschied aus dem Dienst Gutschows arbeitete Danner 1944/45 als Leiter der Buchhaltung für den Güternahverkehr Hamburg. Laut Angaben des *Hamburger Echo* von 1960 meldete er sich bei der Ankunft der britischen Truppen vor Hamburg bei diesen und wurde zu den Verhandlungen über die Übergabe der Stadt herangezogen.

Zur Biographie nach 1945

Die Militärregierung sah im November 1945 keinen Grund, gegen Danner vorzugehen, und hatte auch 1946 keine Einwände dagegen, dass ihm weiter eine Pension gezahlt wurde. Der sozialdemokratische Vorsitzende des Entnazifizierungs-Zentralausschusses, Adam Remmele, betonte im September 1946, Danner sei „als Anti-Nazi bekannt“. 1948 wurde er als „tragbar“ in die Kategorie V eingestuft.

Direkt nach der Besatzung war Danner von der britischen Militärregierung kurzzeitig zum Leiter der Polizei ernannt worden – einen Posten, den er jedoch bereits am 26. Mai abgeben musste. Daraufhin wurde er im Juli 1945 zum Leiter des Amtes für Verkehr ernannt. In dieser Funktion kooperierte er eng mit den britischen Stellen und sorgte u.a. dafür, NS-belasteten Betrieben Kraftfahrzeuge zu entziehen und politisch Geschädigten zur Verfügung zu stellen. Dabei beurteilte er Personen, die 1932 NSDAP-Mitglied geworden waren, als „unmöglich“ und „mitschuldig, dass die Leute überhaupt zur Macht gekommen sind“, während er gegen „ein harmloses Parteimitglied“ als Transport-Subunternehmer keine Bedenken hatte.

Im Sommer 1947 beantragte der Senator für Wirtschaft und Verkehr Otto Borgner (SPD) Danners Ernennung zum Präsidenten des Verkehrsamtes. Trotz senatsinterner Bedenken, dass dieser aufgrund seiner Schwerhörigkeit „kaum in der Lage“ sei, die Leitung des Amtes „ordnungsmäßig wahrzunehmen“, wurde Danner zum Präsidenten ernannt – um ihm „persönlich eine Genugtuung zu verschaffen“ für seine 1933 erfolgte Entlassung, wie es im Senat hieß. Im

November 1950 wurde Danner von der Bürgerschaft zum Polizeisenator gewählt. Dieses Amt übte er bis zur Ablösung des SPD-Senats Ende 1953 aus und baute dabei u.a. die Bereitschaftspolizei auf. Er sprach sich in dieser Zeit öffentlich für die militärische Wiederbewaffnung Westdeutschlands, aber auch die Möglichkeit zur Kriegsdienstverweigerung, aus. Anschließend war er bis zu seinem Tod für die SPD Mitglied der Bürgerschaft. In den 1950er Jahren war er außerdem Erster Vorsitzender im Bund für alkoholfreien Verkehr. 1954 bat Danner darum, ihm eine Stelle im Staatsarchiv zu gewähren, um eine Geschichte der Polizei in der Weimarer Republik und unter dem Nationalsozialismus schreiben zu können. Diese erschien vier Jahre später als Buch unter dem Titel „Ordnungspolizei Hamburg. Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918 bis 1933“. Kopitzsch attestiert der Arbeit „apologetische Züge“.

1953 stellte Danner mit Verweis auf seine 1933 erfolgte Entlassung einen Antrag auf Wiedergutmachung aufgrund von Vermögensschäden. Sein Antrag wurde dabei „bevorzugt behandelt“, und im Dezember 1954 wurde eine Auszahlung von 7.500 DM an Danner vereinbart. Anfang Februar 1960 starb Lothar Danner an einem Herzschlag. In der lokalen Presse wurde er als „Vorbild des Bürgers in Uniform“ und „Mann, der sein ganzes Streben dem Aufbau einer republikanischen staatstreuen Polizei gewidmet hatte“, gewürdigt. 1964 benannte der Senat eine durch Horn und Billstedt führende Straße nach ihm.

Fazit

Als sozialdemokratischer Chef der Ordnungspolizei stand Lothar Danner 1933 im Fokus der Nationalsozialisten, die in ihm einen Vertreter der Weimarer Ordnung erblickten. Aufgrund seiner Entlassung kann Danner zu den vom NS-Regime Geschädigten gezählt werden. In den folgenden Jahren bemühte er sich allerdings um eine Rehabilitation und die Wiederverwendung in Militär bzw. Polizei, offenbar ohne sich um einen Parteibeitritt zu bemühen. Als Prokurist der Firma Arnold Otto Meyer im besetzten Kolomea wirkte Danner mit am System der ökonomischen Ausbeutung der polnischen Bevölkerung, auch wenn seine genaue Rolle – insbesondere in Hinblick auf die Entrechtung der jüdischen Bevölkerung, von der die Firma profitierte – unklar bleibt. Die Hamburger NS-Führung um Kaufmann versuchte nach Kriegsbeginn auf Danners militärische Fähigkeiten zurückzugreifen, was durch Intervention des Reiches unterbunden wurde. Danner arrangierte sich aber beruflich insofern mit dem Regime, als er sich 1943/44 im AkE einsetzen ließ. Als Nationalsozialist trat er jedoch nicht hervor.

Literatur und Quellen

o.A.: Lothar Danner, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; Herbert Diercks: Dokumentation Stadthaus. Die Hamburger Polizei im Nationalsozialismus. Texte, Fotos und Dokumente, hg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg 2012; Erwin B. Boldt: Die verschenkte Reform. Der Neuaufbau der Hamburger Polizei zwischen Weimarer Tradition und den Vorgaben der britischen Besatzungsmacht (1945-1955) (Veröffentlichungen des Hamburger Arbeitskreises für Regionalgeschichte, 12), Münster/Hamburg/London 2002; Wolfgang Kopitzsch: Danner, Lothar, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 2, Hamburg 2003, S. 96-97; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Lothar Danner: Ordnungspolizei Hamburg. Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918 bis 1933, Hamburg 1958; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; StAHH, 221-11, TN 8482; StAHH, 331-8, 607; StAHH, 371-16 I, 2230; StAHH, 131-15, A 68; StAHH, 351-11, 52183; StAHH, 331-1 II, 862; StAHH, 731-8, A 754 Danner, Lothar; BArch, NS 19, 300; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI.

(17) Hermann Distel

Lebensdaten: 15.9.1875 – 15.8.1945
Tätigkeiten: Architekt
Straßenname: Hermann-Distel-Straße (1949 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Hermann Distel wurde 1875 in Weinsberg bei Heilbronn geboren. An den Technischen Hochschulen in Stuttgart und Karlsruhe studierte er Architektur und arbeitete seit 1902 als Architekt in verschiedenen deutschen Städten. 1905 gründete er zusammen mit August Grubitz das Architektenbüro Distel & Grubitz. Das Büro war u.a. am Bau des zentralen Vorlesungsgebäudes der späteren Universität Hamburg an der Moorweide zwischen 1909 und 1911 beteiligt. Distel & Grubitz gewannen 1915 den Wettbewerb für die Neugestaltung des Sanierungsgebietes „südliche Altstadt", des späteren Kontorhausviertels. Im Ersten Weltkrieg wurde Distel erst im November 1917 zum Wehrdienst eingezogen.

In der Weimarer Republik bauten Distel & Grubitz als Vertreter der Reformarchitektur des „Neuen Bauens" u.a. Schulen, Kirchen, Wohnblocks, Kontorhäuser und die Bühne des Stadttheaters. Zu ihrem Spezialgebiet wurden allerdings die Planung und der Bau von Krankenhäusern. Zu entsprechenden Bauten zählten das Diakonissen- und Krankenhaus Bethanien in Eppendorf (1927/28) und das Krankenhaus der Deutsch-Israelitischen Gemeinde (1929/30).
Zum Krankenhausbau publizierte Hermann Distel auch in Architektur-Fachzeitschriften. 1929 übernahm er das gemeinsame Büro, Grubitz wurde zu seinem Angestellten.
Politische Betätigung oder die Mitgliedschaft in politischen Parteien ist Hermann Distel für die Zeit der Weimarer Republik nicht nachweisbar.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Eine Mitgliedschaft Hermann Distels in NS-Organisationen ist nicht nachweisbar (eine Entnazifizierungsakte aber auch nicht vorhanden), der NSDAP gehörte er laut deren Mitgliederkartei nicht an. Laut Distels Neffe Horst Brozler (Jg. 1927), der seit 1939 in Hamburg zur Schule ging und im Haus seines Onkels lebte, war dieser „völlig unpolitisch".

Im Sommer 1934 gewann Distel einen ersten Preis im Ideenwettbewerb für den Bau einer Kongress-, Sport- und Ausstellungshalle auf dem Heiligengeistfeld. Sein Entwurf war den Vorgaben des Wettbewerbs angepasst, einen Aufmarschplatz mit einer Halle für 60.000 Menschen zu kombinieren. Vorgesehen war u.a. eine „große Führerhalle mit dem Rednerpult im Zentrum", wie der *Hamburger Anzeiger* berichtete. Laut Peter R. Pawlik entsprach der Entwurf „den Erwartungen der Machthaber", wurde jedoch nicht verwirklicht.
In den Jahren vor Beginn des Zweiten Weltkrieges führte Distel Aufträge für die Wehrmacht aus. So baute er 1936 ein Gebäude für deren Generalkommando an der Sophienterrasse und 1937/38 das Standortlazarett in Wandsbek. Zur Einweihung der Generalkommandantur, an deren Bau Distel & Grubitz unter Leitung des Oberregierungsbaurats Schweitzer beteiligt waren, erschien die gesamte NS-Prominenz Hamburgs. Vor dem Verwaltungsgebäude des im

August 1937 eröffneten Standortlazaretts war eine „große, imposante Plastik“ in Form eines Adlers und Hakenkreuzes errichtet worden. Laut Manfred F. Fischer waren diese Bauten im „klassizistisch-martialischen Stil“ der Zeit errichtet worden. Das größte Projekt Distels für die nationalsozialistischen Machthaber bestand aber im Neubau einer Universitätsklinik in Berlin, der 1938 reichsweit von Albert Speer als Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt ausgeschrieben worden war. Aufgrund des Kriegsbeginns wurde es nicht mehr realisiert. Distel erreichte aber, dass mit Verweis auf die Arbeiten noch 1941 seine über 20 Mitarbeiter nicht zum Wehrdienst eingezogen wurden.

Seit 1936 baute Hermann Distel auch außerhalb Hamburgs Lazarette für die Wehrmacht. Vom Reich wurde er mit der Entwurfsleitung für den Bau sämtlicher in Deutschland geplanter Lazarette beauftragt, wobei er Albert Speer unterstand. Dieser gratulierte ihm 1944 sogar persönlich zum Geburtstag. Seit 1939 entwarf und baute Distel Krankenhäuser in den portugiesischen Städten Lissabon und Porto. 1941 wurde er auf Anraten Konstanty Gutschows vom Hamburger Hochbauamt für die Planung von Universitätsklinken herangezogen. Seit 1943 geriet Distels Büro immer mehr in Schwierigkeiten, nachdem zahlreiche Mitarbeiter zum Wehrdienst eingezogen worden waren und es nur noch wenige neue Aufträge gab. Im Sommer 1943 brannte sein Büro nach einem Bombentreffer vollständig aus. In provisorischen Baracken auf dem Grundstück seines Sohnes arbeitete Distel weiter und führte 1944/45 noch mehrere Auslandsprojekte, u.a. in Angola, Spanien und Portugal, durch.

Zur Biographie nach 1945

Hermann Distel überlebte das „Dritte Reich“ nur um wenige Monate und starb im August 1945 im Alter von 69 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls. Vier Jahre nach seinem Tod wurde eine Straße in Hamburg nach ihm benannt.

Fazit

Eine NS-Belastung im engeren Sinne (Mitgliedschaft in NS-Organisationen bzw. politische Betätigung) ist dem Architekten Hermann Distel nicht nachweisbar. Mitte der 1930er Jahre nahm er jedoch Bauaufträge der Wehrmacht an, in deren Rahmen er sich nicht nur in der architektonischen Formsprache am pathetisch-martialischen NS-Stil orientierte, sondern auch nationalsozialistische Symboliken integrierte. Zudem arbeitete er für Albert Speer an der reichsweiten Planung von Lazaretten und baute zahlreiche davon für die Wehrmacht.

Literatur und Quellen

Geerd Dahms: Stellungnahme zu Hermann Distel, in: NS-belastete Straßennamen im Bezirk Bergedorf. Stellungnahme der historischen Fachkommission, Hamburg-Bergedorf, 1.3.2017, S. 12-14; Peter R. Pawlik: Von Bergedorf nach Germania. Hermann Distel 1875-1945. Ein Architektenleben in bewegter Zeit (Studien zur Geschichte des Krankenhauswesens, 47), Herzogenrath 2009; Manfred F. Fischer: Distel, Hermann, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 1, Göttingen 2001, S. 83-84; Jürgen Lafrenz: Die Universität in Hamburg als Problem der Stadtplanung 1919 bis 1945, in: Eckart Krause/Ludwig Huber/Holger Fischer (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933-1945, Teil I: Einleitung, Allgemeine Aspekte (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, 3/1), Berlin/Hamburg 1991, S. 327-366; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; StAHH, 731-8, A 754 Distel, Hermann; StAHH, 621-2/7; BArch, R 3, 1576; BArch, R 4606, 301; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI.

(18) Hans Duncker

Lebensdaten: 12.11.1904 – 14.2.1974
Tätigkeiten: Landwirt, Politiker
Straßenname: Hans-Duncker-Straße (1980 benannt)

Zur Biographie vor 1933
1904 in Reitbrook im Hamburger Bezirk Bergedorf geboren, besuchte Hans Duncker die Volksschule und das Realgymnasium und absolvierte als Sohn eines Landwirtes eine landwirtschaftliche Lehre. Mit 19 Jahren übernahm er den Hof des Vaters.
Zum 1. Mai 1932 wurde Hans Duncker in die NSDAP aufgenommen, einen Aufnahmeantrag hatte er laut eigenen Angaben während der Entnazifizierung bereits zum Jahresbeginn 1932 gestellt.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Zu Hans Dunckers Agieren in der Zeit des „Dritten Reiches" ist aufgrund einer sehr schlechten Quellenlage nur wenig bekannt. Im Juni 1934 trat er der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) bei, für die er bis 1939 das Amt eines Zellenwalters in Hamburg-Reitbrook ausübte.

Bei Kriegsausbruch wurde er zur Feuerschutzpolizei eingezogen und arbeitete für die Hamburger Feuerwehr als Rottwachtmeister und Fahrer. Von Oktober 1944 bis April 1945 gehörte er der Polizeireserve an und wurde in Dänemark eingesetzt. Der Hintergrund lag darin, dass die dänische Polizei von der deutschen Besatzungsmacht im September 1944 aufgelöst worden war. Duncker erhielt im Weltkrieg das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse.

Zur Biographie nach 1945
Die Entnazifizierungsausschüsse stuften Hans Duncker 1949 in Kategorie V ein, die politische Belastung wurde vom Beratenden Ausschuss als „nicht so bedeutend" bewertet.

In den 1950er und 1960er Jahren wirkte Duncker u.a. als Vorstandsmitglied und Zweiter Präsident des Bauernverbandes Hamburg und Mitglied des Bundeshauptausschusses für Landwirtschaft und Gartenbau sowie des Bundesausschusses Obst und Gemüse in Bonn. In diesen Funktionen äußerte er sich auch in der Tagespresse, etwa zur Markt- und Erntesituation. Seinen Einsatz für die Interessen der Landwirte führte er auch auf parteipolitischer Ebene – zunächst für die rechtsgerichtete, nationalkonservative Deutsche Partei (DP), als deren Abgeordneter er von 1957 bis 1961 der Bezirksversammlung Bergedorf angehörte. Nach der Fusion der DP mit dem Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten und deren Aufgehen in der Gesamtdeutschen Partei (GDP) kandidierte er für diese 1961 bei der Bundestagswahl, allerdings ohne Erfolg. In den frühen 1960er Jahren trat Duncker der CDU bei, für die er von März 1966 bis zu seinem Tod im Februar 1974 in der Hamburger Bürgerschaft saß. Zu den Wahlen im März 1974 war Duncker nicht mehr angetreten.

Seit 1969 gehörte Duncker dem Aufsichtsrat der Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein an. Zudem war er langjähriger Erster Vorsitzender des Jägervereins Hegering Vier- und Marschlande e.V. Zum Jahresende 1970 verlieh Bundespräsident Gustav Heinemann Hans Duncker das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse für sein ehrenamtliches Engagement in berufsständischen Verbänden und seine Verdienste um den wirtschaftlichen Wiederaufbau Hamburgs nach dem Krieg. Jürgen Echternach, Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, würdigte Duncker in einem Nachruf von 1974 als „sachkundigen Landwirtschaftsexperten".

Fazit

Der selbstständige Landwirt Hans Duncker trat bereits vor der „Machtergreifung", 1932, mit 27 Jahren der NSDAP bei und wirkte seit 1934 als Zellenwalter der NSV. Die Hintergründe von Dunckers nationalsozialistischem Aktivismus und sein konkretes Agieren in dieser Hinsicht konnten aufgrund fehlender Quellen nicht rekonstruiert werden.

Literatur und Quellen

Frauke Steinhäuser: Hans Duncker, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; StAHH, 221-11, 53710; StAHH, 731-8, A 754 Duncker, Hans; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI.

(19) Wilhelm Dwenger

Lebensdaten: 15.4.1893 – 24.5.1970
Tätigkeiten: Pfarrer
Straßenname: Dwengerkamp (1998 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Wilhelm Heinrich Dwenger wurde im April 1893 in der nordfriesischen Gemeinde Oldenswort geboren. Am Matthias-Claudius-Gymnasium in Wandsbek machte er 1913 Abitur, um in der Folge in Tübingen, Berlin und Kiel evangelische Theologie zu studieren. Im Ersten Weltkrieg war Dwenger „Frontkämpfer", um im Anschluss bis zum Herbst 1919 bei einem Freikorps zu dienen. Im November 1922 wurde er in Kiel ordiniert, und wirkte zunächst als Hilfsgeistlicher im nahegelegenen Neumühlen-Dietrichsdorf und in Preetz. Im Oktober 1923 begann er in Kappeln als Pastor zu arbeiten, im August 1927 wechselte er an die Dreieinigkeitskirche in Allermöhe.

1926 wollte Dwenger in Neustadt in Holstein einen Feldgottesdienst für den nationalliberal und staatstragend, aber auch klar antisemitisch ausgerichteten Jungdeutschen Orden abhalten, was aufgrund fehlender Absprache zu Konflikten mit der lokalen Kirchengemeinde führte. Dwenger rechtfertigte sich damit, es sei eine Gelegenheit gewesen, „das Wort Gottes an Entfremdete heranzubringen". Der nationalsozialistische Landesbischof Franz Tügel lobte Dwenger in einer Korrespondenz von 1936 dafür, vor 1933 „ein kräftiger Bekämpfer der Kommunisten und Sozialdemokraten" gewesen zu sein. Auf was diese Bemerkung anspielte oder ob es sich lediglich um eine substanzlose Lobesphrase handelte, bleibt unklar.
Seit 1930 veröffentlichte Dwenger heimatkundliche Aufsätze in den *Hamburgischen Geschichts- und Heimatblättern*, die vom Verein für Hamburgische Geschichte (VHG) herausgegeben wurden, etwa zu „Tauf-, Leichen-, Kirchen- und Deichschaumahlzeiten vor 130 Jahren" oder „Hamburger Volkspoesie um 1900".

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Über das Wirken Dwengers als Pastor im „Dritten Reich" und eine etwaige Positionierung von ihm im „Kirchenkampf" ist nur wenig bekannt. Mitglied in der NSDAP war er laut deren Kartei nicht, mögliche weitere Mitgliedschaften in NS-Organisationen ließen sich nicht eruieren. Laut seinen eigenen Angaben aus der Entnazifizierung war er auch kein Mitglied der NS-Strömung der „Deutschen Christen". 1935 beschuldigte ihn ein Mann bei der Kirchenführung, ein „Gegner des nationalsozialistischen Staates" zu sein und gegen diesen „Beleidigung über Beleidigung" ausgesprochen zu haben. Der Hintergrund der Beschuldigungen lag in einem privaten Streit, da die Ehefrau des Mannes für Dwenger gearbeitet hatte und von diesem entlassen worden war. Insofern waren die Vorwürfe möglicherweise konstruiert, um Dwenger zu schaden.

1935 gab es in Allermöhe heftige Konflikte in der Kirchengemeinde, die ihren Hintergrund wohl u.a. in einem Erziehungskonflikt hatten, bei dem Dwenger einem Vater die Vernachläs-

sigung von Fürsorgepflichten vorgeworfen hatte, woraufhin dieser ihn sexueller Übergriffe beschuldigte. Dwenger ließ sich schließlich beurlauben, bewarb sich auf andere Pfarrstellen und wurde im August 1936 auf eigenen Wunsch zum Ohlsdorfer Friedhof versetzt.
Im Oktober 1938 wurde Dwenger als Pastor der Katharinenkirche berufen – ein Amt, das er am 6. November 1938 antrat. In diesen Jahren veröffentlichte er auch weitere heimatkundliche Aufsätze in den Blättern des VHG, etwa zu „Bauernwappen in den Hamburger Marschlanden“. Elemente nationalsozialistischer Ideologie lassen sich darin nicht ausmachen.

Zum Einmarsch in die Tschechoslowakei 1938 wurde Dwenger als Leutnant der Reserve herangezogen. Kurz vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde er erneut eingezogen. Bereits seit 1935 hatten Pastoren in Hamburg an Wehrübungen teilgenommen, Dwenger selbst an zwei Übungen im Sommer 1937 und Sommer 1938. Im August 1939 erhielt er den Rang eines Hauptmanns, ein Jahr später den eines Majors – laut Dagmar Pöpping entsprach dies der üblichen Beförderungspraxis. Im Dezember 1939 wurde Dwenger, zu diesem Zeitpunkt Kompaniechef einer Panzerbrigade, mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse ausgezeichnet. In der Folge beteiligte er sich laut eigenen Angaben an der Eroberung Frankreichs „bis zur Einnahme von Calais“.

Im Juni 1940 trat Dwenger eine Stelle als Kriegspfarrer an und wurde in der Folge in der Sowjetunion eingesetzt. Die Aufgabe von Kriegspfarrern lag laut einer Anordnung des Oberkommandos des Heeres von 1939 in der Stärkung der Kampfkraft der Soldaten. Sie kümmerten sich um die Seelsorge und den Kontakt zu den Angehörigen verwundeter und verstorbener Soldaten. Pöpping zufolge war der Krieg gegen die Sowjetunion für die meisten Kriegspfarrer ein „gottgewollter“, sie unterstützten die deutsche Kriegsführung damit auch ideologisch und trugen zur moralischen und religiösen Legitimierung des Vernichtungskrieges im Osten bei. Letztlich lag es jedoch an den militärischen Vorgesetzten, wie strikt sich die Pfarrer an die Vorgaben halten mussten, und eine Minderheit unter ihnen verurteilte den verbrecherischen Charakter des Krieges. Seit 1940 wurden die Stimmen in der NS-Führung gegen die Wehrmachtseelsorge lauter, und 1942 reduzierten neue Richtlinien die Aufgaben von Kriegspfarrern auf die Betreuung christlicher Soldaten, die eine seelsorgerische Betreuung wünschten. In Dokumenten, die sich in Dwengers Personalakte finden lassen, werden die Schrecken des Krieges ebenso deutlich wie die rassistische Herabsetzung des Feindes, die er als Kriegspfarrer propagierte. In einem Brief an den Landesbischof schrieb er, seine Einheit sei „umgeben von Bestialität und Meuchelmord“. In einer erhaltenen Predigt sprach Dwenger vom Gefühl, dass sich im „dämonischen“ Russland der „Endkampf zwischen Licht und Finsternis“ abspiele. Den bolschewistischen Feind entmenschlichte er, wenn er etwa von „Teufel[n]“ und „schlitzäugigen asiatischen Bestien“ sprach: „Hier sind Teufel am Werk, hier geht satanischer Geist um, hier hat die Bosheit ein nahezu ewiges Antlitz bekommen!“

Seit 1942 bemühte sich Dwenger mit Verweis auf sein Alter und seine Gesundheit um die Rückberufung nach Hamburg, ein erstes Gesuch um Bewilligung eines Arbeitsurlaubes wurde trotz Fürsprache des Landesbischofs Tügel jedoch abschlägig beschieden. Zu Ende 1944 wurde Dwenger aus gesundheitlichen Gründen aus dem Dienst der Wehrmacht entlassen. Zuvor

war er in einem Lazarett stationiert gewesen und hatte in Schreiben an die Kirchenleitung mehrfach um seine Rückkehr nach Hamburg gebeten. Im Januar 1945 trat er das Amt eines Pastors an der Kirche Maria Magdalenen in Klein Borstel teil.

Zur Biographie nach 1945

Im Oktober 1945 wurde Dwenger wieder Pastor der Dreieinigkeitskirche in Allermöhe, die er bereits in den späten 1920er und frühen 1930er Jahren geleitet hatte. In der Entnazifizierung wurde er angesichts seiner nicht gegebenen formalen Belastung in Kategorie V eingestuft. Er gab an, dass die Aufgabe seines Pastorats in Allermöhe 1936 auf „Schwierigkeiten mit der N.S.D.A.P. (Hitlerjugend)“ zurückzuführen sei – was mit Blick auf die zeitgenössischen Dokumente nicht bestätigt werden kann. Zum 1. Mai 1961 wurde Wilhelm Dwenger emeritiert. Er starb im Mai 1970. 1998 wurde eine Straße in Hamburg nach ihm benannt.

Fazit

Der Pastor Wilhelm Dwenger war formal wohl nur wenig belastet, zumindest war er kein Mitglied der NSDAP und wohl auch kein Anhänger der NS-Strömung der Deutschen Christen. Vor 1933 scheint er politisch rechten Positionen nahegestanden zu haben, insgesamt lassen die Dokumente jedoch kein klares Bild seiner politischen Überzeugungen erkennen. Bei seiner Tätigkeit als Kriegspfarrer im Zweiten Weltkrieg, die er zwischen 1940 und 1944 ausübte, gehörte die „Stärkung der Kampfkraft“ und die ideologische Indoktrination der Soldaten zu seinen Aufgaben. Ein erhaltenes Manuskript einer Predigt zeigt, dass seine Propaganda gegen den militärischen Gegner von einem manichäischen Weltbild durchzogen war, in dem antikommunistische mit rassistischen Denkmustern verbunden wurden.

Literatur und Quellen

Frauke Steinhäuser: Wilhelm Dwenger, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; Dagmar Pöpping: Kriegspfarrer an der Ostfront. Evangelische und katholische Wehrmachtseelsorge im Vernichtungskrieg 1941-1945 (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte, B 66), Göttingen/Bristol 2017; dies.: Die Wehrmachtsseelsorge im Zweiten Weltkrieg. Rolle und Selbstverständnis von Wehrmachtspfarrern im Ostkrieg 1941-1945, in: Manfred Gailus/Armin Nolzen (Hg.): Zerstrittene „Volksgemeinschaft“. Glaube, Konfession und Religion im Nationalsozialismus, Göttingen 2011, S. 257-286; Victoria Overlack: zwischen nationalem Aufbruch und Nischenexistenz. Evangelisches Leben in Hamburg 1933-1945 (Forum Zeitgeschichte, 18), Hamburg/München 2007; Dieter Beese: Seelsorger in Uniform. Evangelische Militärseelsorge im Zweiten Weltkrieg. Aufgabe – Leitung – Predigt, Hannover 1995; Wilhelm Jensen (Hg.): Die hamburgische Kirche und ihre Geistlichen seit der Reformation, Band 1, Hamburg 1958; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Junge Kirche. Halbmonatschrift für reformatorisches Christentum, 8 (1940); Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Pastor W. H. Dwenger: Bauernwappen in den Hamburger Marschenlanden, in: Hamburgische Geschichts- und Heimatblätter, 10. Jg., Nr. 2, Mai 1937, S. 40-45; ders.: Als man noch mit dem „Edelammer“ ging…, in: Hamburgische Geschichts- und Heimatblätter, 11. Jg., Nr. 2, Oktober 1938, S. 147-150; ders.: Hamburger Volkspoesie um 1800, in: Hamburgische Geschichts- und Heimatblätter, 5. Jg., Nr. 4, 1930, S. 187-190; Landeskirchliches Archiv der Nordkirche in Kiel (LKAN), 32.03.01, Nr. 148 I-IV; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI.

(20) Kurt Eckelmann

Lebensdaten: 3.8.1916 – 27.12.1994
Tätigkeiten: Hafenunternehmer
Straßenname: Kurt-Eckelmann-Straße (1997 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Kurt Eckelmann wurde im August 1916 als drittes Kind des Unternehmers Carl Robert Eckelmann geboren. Die Firma Carl Eckelmann Söhne bot als Ewerführerei in der Hafenwirtschaft Transportdienste an, mit rund 140 Angestellten gehörte sie dabei zu den größeren Unternehmen im Hafen. Kurt Eckelmann, der in der firmeneigenen Geschichtsschreibung als Angehöriger der „vierten Generation" gilt, besuchte von 1922 bis 1928 die Grundschule und von 1928 bis 1933 das Heinrich-Hertz-Gymnasium in Hamburg.

Gegen Ende der Weimarer Republik war Eckelmann Mitglied im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, einer völkisch und antisemitisch ausgerichteten Organisation von Angestellten, die 1933 in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) aufgelöst wurde. Der Hintergrund dieser Mitgliedschaft lag vermutlich darin, dass der Vater von Kurt Eckelmann Anhänger der DNVP war. Laut Eckelmanns autobiographischen Aufzeichnungen hatte sein Vater angeblich jedoch eine starke Abneigung gegen Hitler und den „Nazipöbel".

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Im Dezember 1933 beendete Kurt Eckelmann das Gymnasium und begann eine Lehre bei der Hanseatischen Mühlenwerke AG (später Hansa-Mühle AG), dem größten Kunden des väterlichen Unternehmens, die er zwei Jahre später abschloss. Er wurde bei der Firma als kaufmännischer Angestellter übernommen. 1934 war er, aufgrund der Gleichschaltung seines Fußballvereins, Mitglied der Hitler-Jugend geworden. Im April 1936 wurde Eckelmann im Alter von 19 Jahren für ein halbes Jahr zum Reichsarbeitsdienst eingezogen und führte im Anschluss eine vierwöchige Übung beim nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) durch. Vom Oktober 1936 bis Oktober 1938 leistete er Militärdienst bei der Panzerjägerabteilung 20, wo er schließlich bis zum Feldwebel aufstieg.

1935 trennten sich die zwei Eckelmann-Brüder, die die gemeinsame Firma geleitet hatten, und Kurt Eckelmanns Vater gründete die Firma Carl Robert Eckelmann als Ewerführerei und Bugsierbetrieb. Ein Jahr nach der Gründung wurde der älteste Sohn zum Teilhaber im Unternehmen. Am 1. Oktober 1938 trat auch Kurt Eckelmann als Angestellter in die Firma ein. In seinen Lebenserinnerungen berichtet er von einem Vorfall, bei dem sie an einem Hafenschuppen die Habe ausreisender Juden verluden und die Gestapo erschien, nachdem – angeblich bei einem Unfall – eine Kiste voller Goldbarren entdeckt worden war. Zur Judenverfolgung schrieb er aus der Retrospektive der frühen 1990er Jahre: „Wir versuchten das alles zu verdrängen."

In seinem Entnazifizierungsfragebogen ebenso wie in seiner Autobiographie leugnete bzw. verschwieg Kurt Eckelmann eine Mitgliedschaft in der NSDAP – dabei trat er dieser nachweislich im November 1938 mit der Mitgliedsnummer 7.014.762 bei. Bereits seit ca. 1934 war Eckelmann Mitglied in der DAF und dem NS-Reichsbund für Leibesübungen gewesen, 1939 trat er auch dem NS-Reichskriegerbund bei. Eine politische Betätigung jenseits dieser formellen Mitgliedschaften ist ihm jedoch nicht nachweisbar.

Im August 1939 wurde Kurt Eckelmann erneut zur Wehrmacht eingezogen. Zum Leutnant der Reserve aufgestiegen, nahm er 1940 am „Westfeldzug“ durch die Niederlande, Belgien und Frankreich teil. Im Rückblick berichtete er von seinem Missmut über eine ausgebliebene Beförderung in der Armee. Trotz angeblich von ihm gehegter „Vorbehalte gegen das Regime“ hisste er etwa bei der Eroberung von Maastricht die Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus. In Belgien erlebte er die standrechtliche Erschießung von Widerstandskämpfern mit, kommentierte aber, es sei ihm „erspart [geblieben], den Befehl zur Erschießung zu geben oder selbst daran teilzunehmen“. Als Ortskommandant der Stadt Knocke habe er in Le Havre mit einem gefälschten Befehl Konsumgüter requirieren lassen. Eine Anklage wegen Plünderns sei jedoch zu seinen Gunsten entschieden worden.
Zwischen 1941 und 1944 wurde er als Offizier, Zugführer und Standortkompaniechef in Dänemark, Norwegen und Finnland eingesetzt. In seinen Lebenserinnerungen berichtet er von grassierender Korruption mit Luxuslebensmitteln, zu der er selbst tatkräftig mit beitrug. In weiteren Anekdoten schilderte er mehrere Begebenheiten, bei denen er eine Verhaftung oder Bestrafung gerade noch abwenden konnte. U.a. gab er an, im Dezember 1944 im Offizierskasino Hitler parodiert zu haben und daraufhin beim Sicherheitsdienst des Reichsführers SS (SD) angezeigt worden zu sein. Der zuständige SD-Mann war jedoch ein Bekannter von ihm, so dass ihm durch eine freiwillige Meldung an die Ostfront eine Abreise aus Dänemark ermöglicht wurde. Inwieweit entsprechende Episoden sich wirklich so zugetragen haben oder von Eckelmann in seiner Autobiographie aufgebauscht wurden, lässt sich mit Blick auf die Forschungslage nicht beantworten.

Seit 1941 führte Kurt Eckelmann eine Beziehung zur „Halbjüdin“ Ruth Bachmann, die er 1945 heiraten sollte. Im November 1942 wurde er offiziell Mitinhaber der väterlichen Firma – eine Funktion, die er allerdings nur während Kurzurlauben und erst seit Mai 1945 in vollem Umfang ausüben konnte. Während einer dieser Urlaube überredete er laut eigener Aussage seinen Vater, der NSDAP beizutreten, um staatliche Aufträge für Wehrmachtstransporte zu erhalten (Carl Robert Eckelmann trat allerdings bereits im September 1940 der Partei bei).

1945 wurde Eckelmann an der Ostfront als Ordonnanzoffizier und Quartiermeister in der Auffangdivision Ost eingesetzt. Diese stand unter dem Kommando des SS-Obergruppenführers Erich von dem Bach-Zelewski, der maßgeblich am Holocaust und Massenmordaktionen beteiligt gewesen war. Es gehörte zu den Aufgaben von Eckelmanns Einheit, Deserteure einzufangen. Zur Hinrichtung geflüchteter Soldaten schrieb er Anfang der 1990er Jahre: „Ich habe selbst alles mitansehen müssen, und das hat meine Abneigung gegen das Regime noch verstärkt.“ Inwieweit er sich persönlich an Hinrichtungen beteiligte, ließ sich nicht rekonstruie-

ren. In seinen Lebenserinnerungen berichtet er davon, von Bach-Zelewski zum Chefkurier ernannt worden zu sein und in dessen Auftrag im April 1945 eine Botschaft an den SS-Gruppenführer Hermann Fegelein ins Führerhauptquartier transportiert zu haben.

Zur Biographie nach 1945

Die Militärregierung sah im September 1946 nach Prüfung von Eckelmanns Fragebogen „no ground for suspicion“ – eine Einschätzung, der sich auch der Funktionsausschuss und der Beratende Ausschuss anschlossen. Im Dezember 1947 erhielt Eckelmann sogar eine Bescheinigung der Wiedergutmachungsstelle, die ihm bestätigte, „hinreichend glaubhaft gemacht“ zu haben, „im Zusammenhang mit den Nürnberger Gesetzen Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt“ und „wirtschaftlich benachteiligt“ gewesen zu sein. Der Bezug dieser Bescheinigung, die Eckelmann in seiner Autobiographie abdruckte, bleibt unklar und könnte evtl. auf seine Beziehung zu Ruth Bachmann verweisen. In seinen Erinnerungen berichtet Eckelmann, dass ihm eine Heirat mit Bachmann verwehrt worden war.

Die britische Militärregierung beauftragte die Firma Carl Robert Eckelmann in der Nachkriegszeit u.a. mit dem Abtransport von Trümmerschutt aus der Stadt. Neben der Tätigkeit für die väterliche Firma arbeitete Kurt Eckelmann in dieser Zeit auch für die Handelsfirma Heinitz & Co. Im Dezember 1948 starb Kurt Eckelmanns Vater. Seine Söhne Walter und Kurt übernahmen daraufhin die Firma, die in den folgenden Jahren u.a. im Öltransportgeschäft weiter expandierte. 1964 starb Walter Eckelmann und sein Bruder wurde zum Alleininhaber. Kurt Eckelmann war für die Firma u.a. im Verwaltungsrat des Freihafenverbandes tätig, außerdem wurde er Vorsitzender des Hafenschifffahrtsverbandes Hamburg. 1961 hatte Kurt Eckelmann zudem die Euro-Kai AG gegründet. Nachdem die Kaiumschlagsanlage 1969 eingeweiht worden war, stieg die Aktiengesellschaft in der Folge zur größten privaten Terminalbetreibergesellschaft Europas auf.

Im November 1976 wurde Eckelmann vom Senat die Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes in Silber verliehen. Der frühere Senator Helmuth Kern hatte als Vorstand der Hamburger Hafen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft dazu die Anregung gegeben und Eckelmann als herausragende „Unternehmerpersönlichkeit“ gelobt. Eckelmann war auch in zahlreichen Gremien tätig, u.a. als Handelsrichter, als Vorsitzender und in Präsidien diverser Vereine und Verbände sowie als Mitglied der Handelskammer. Die Gründung des Hafen-Klubs 1965 ging u.a. auf die Initiative Eckelmanns zurück. 1971 gründete er einen Curling-Club.

Eckelmann, der seit ca. 1963 Mitglied der FDP war und bis 1974 die Position eines Deputierten bei der Wirtschaftsbehörde ausübte, mischte sich 1978 auch direkt in die Politik ein, indem er mit einer eigenen Liste namens „Eckelmann und Gleichgesinnte“ zur Bürgerschaftswahl antreten wollte. Er verstand dies als Protest gegen den „ausgeprägten Linkstrend in der Hamburger FDP“ und deren Bündnis mit der SPD. Nachdem er nicht genug Unterschriften für eine Wahlzulassung sammeln konnte, schloss er sich der im Mai 1978 gegründeten Liberal-Sozialen Union e.V. an, die zur Stimmabgabe für die CDU aufrief. Die FDP schloss Ekkelmann daraufhin aus der Partei aus. Im Frühjahr 1979 zählte Eckelmann zu den Mitgrün-

dern des Hamburger Landesverbandes der Bürgerpartei (BPa). Auf Vorschlag der CDU wurde er erneut Deputierter bei der Wirtschaftsbehörde. 1981 bemühte er sich erfolglos um die Wiederaufnahme in die FDP.

Seit 1982 zog sich Kurt Eckelmann schrittweise aus seinen Unternehmen zurück. 1983 verließ er den Vorstand der Carl Robert Eckelmann AG, und 1987 berichtete das *Hamburger Abendblatt* auch über seinen Rückzug aus der Geschäftsführung weiterer Firmen. Zu seinem 75. Geburtstag erschien 1991 ein vom NDR-Journalisten Kurt Grobecker verfasstes Buch über sein Wirken. Ein Jahr später veröffentlichte Eckelmann seine Lebenserinnerungen. Kurt Ekkelmann starb im Dezember 1994.
Im Januar 1997 wurde der Griesenwerder Damm umbenannt in Kurt-Eckelmann-Straße. In den Medien wurde über ihn bis in die jüngste Zeit als „Pionier des Containertransports“ und Mann, der „den Container nach Deutschland“ brachte, berichtet.

Fazit
Kurt Eckelmann war der Sohn eines mittelständischen Hafenunternehmers. Bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten war er 16 Jahre alt und verbrachte einen Großteil seiner Jugend im Reichsarbeits- und dann im Kriegsdienst. 1938 trat er im Alter von 22 Jahren der NSDAP bei, verschwieg diese Mitgliedschaft jedoch nach 1945. Im Bereich des Möglichen liegt zudem eine Beteiligung an Kriegsverbrechen, auch wenn wir lediglich durch seine Autobiographie über Beteiligungen seiner Einheiten an der Hinrichtung von Widerstandskämpfern und Deserteuren informiert sind.

Literatur und Quellen

Andrea Brinckmann/Jörn Lindner: Tradition am Heck, Zukunft vorm Bug. Carl Robert Eckelmann. Wie ein Familienunternehmen seit 150 Jahren den Hafen prägt, hg. von der Carl Robert Eckelmann GmbH, Hamburg 2015; Curt Eckelmann: De Hobenboos. Eine Lebensgeschichte, Hamburg 1992; Kurt Grobecker: Kurt Eckelmann geht an Land. Die Geschichte der Eurokai-Gruppe, Hamburg 1991; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; StAHH, 221-11, D 4093; StAHH, 131-1 II, 5298; StAHH, 371-8 II, S VI B 3 32 E 5; StAHH, 113-6, 1348; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI.

(21) Erich Elingius

Lebensdaten: 5.5.1879 – 28.3.1948
Tätigkeiten: Architekt
Straßenname: Elingiusplatz (1979 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Erich Elingius wurde im Mai 1879 als Sohn eines Kapitäns in Hamburg geboren. Von 1895 bis 1898 besuchte er die Baugewerkschule und von 1898 bis 1901 studierte er Architektur in München und Karlsruhe, bevor er 1902 als Architekt zu arbeiten begann – zunächst als Angestellter in einem Büro in Karlsruhe. 1904 zog er nach Hamburg, wo er 1908 zum Teilhaber im Büro Leon Frejtags aufstieg. Seit 1921 arbeitete er zusammen mit Gottfried Schramm, der 1924 zu seinem Partner aufstieg. Elingius baute zahlreiche Villen, Land- und Gutshäuser, die eine „traditionsbewusste Formensprache im Sinne der Heimatschutzbewegung", später auch eine „Tendenz zum Klassizismus" auszeichnete, wie Manfred F. Fischer seinen Stil charakterisiert. In der Weimarer Republik bauten Elingius & Schramm viele Großprojekte, darunter sowohl Wohnblocks als auch Verwaltungsgebäude. Elingius war Mitglied im Architekten- und Ingenieur-Verein, im Bund Deutscher Architekten (BDA), im Deutschen Werkbund, im Werkbund geistiger Arbeit, im Kulturbund, im Kunstgewerbeverein, in der Patriotischen Gesellschaft und in der Gesellschaft „Harmonie".
In seiner Entnazifizierung gab Elingius an, vor 1933 Mitglied der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) gewesen zu sein und für diese auch noch bei den Wahlen im November 1932 gestimmt zu haben, sich ansonsten politisch aber nicht betätigt zu haben. Im März 1933 habe er dann für die NSDAP gestimmt.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Zum 1. Mai 1933 wurde Elingus, nachdem die DVP sich aufgelöst hatte, Mitglied der NSDAP. In einer Stellungnahme von 1946 erklärte er, dies sei „automatisch" erfolgt, was nicht zutreffen dürfte. Gleichzeitig betonte er, dass das Programm der NSDAP auf ihn anziehend gewirkt habe: „Die Hauptpunkte: Bekämpfung der bolschewistischen Gefahr, Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Erhaltung des Friedens wirkten auf mich durchaus überzeugend." Angesichts seines beruflichen Erfolges sei Opportunismus keine Triebfeder des Eintritts in die Partei gewesen.
Im selben Jahr erhielt Elingius einen Auftrag zum Umbau einer alten Villa zum Gauhaus der NSDAP. Im Februar 1934 war der Umbau abgeschlossen und Elingius wurde in der gleichgeschalteten Tagespresse dafür gelobt, ihn „in geradezu vorbildlicher Weise" durchgeführt zu haben. Hakenkreuzfahnen, Führergemälde, eine Bronzebüste Hitlers, eine Gedenktafel für die „Gefallenen" der NS-Bewegung und ein „repräsentatives" Arbeitszimmer für den Gauleiter prägten die Innenausstattung des neu eröffneten Gauhauses. Laut *Hamburger Anzeiger* waren Elingius & Schramm auch für die „künstlerische Gestaltung" verantwortlich. In den folgenden Jahren wurde Elingius von Kaufmann auch die Ausgestaltung des Gaugerichts, der Reichsstatthalterei und der Staatsverwaltung übertragen. Das 1937 „arisierte", d.h. in einer durch die gesteigerte Judenverfolgung bedingten Zwangslage an die Stadt Hamburg verkauf-

te, Budge-Palais am Harvestehuder Weg baute Elingius für Reichsstatthalter Kaufmann zur Residenz aus. Für den Bau eines Hitlerjugend-Heims in Hammerbrook erhielt er einen Planungsauftrag.

Im „Dritten Reich“ entwarf Elingius zahlreiche Wohnhausanlagen und Verwaltungsgebäude – in der Entnazifizierung wies er darauf hin, dass der Großteil seiner Auftraggeber der Partei ferngestanden habe. Sein Einkommen stieg von jährlich rund 20.000 RM (1933) auf 66.000 RM (1938) an. Zudem wirkte er in mehreren Preisgerichten mit, für die er z.T. von Hamburgs Regierendem Bürgermeister Krogmann ernannt worden war. 1936/37 übernahm er die Restauration eines Hauses in der Palmaille – einer Straße in Altona, über die er 1938 im Auftrag des Reeders John T. Eßberger, der den Abriss alter Häuser verhindern wollte, eine Dokumentation herausgab. Im selben Jahr veröffentlichte er zusammen mit Gottfried Schramm ein Buch über „Hamburger Bauten in zwei Jahrzehnten“. Im Vorwort des Bandes kombinierten sie völkisch-„heimatbewusste“ mit „weltoffenen“ Ideen, etwa wenn sie die feste Verwurzelung im „Heimatboden“ und den Bezug auf das „Volkstum“ zur Basis künstlerischen Schaffens erklärten, gleichzeitig aber die Aufnahme der „Einflüsse fremden Volkstums“ für positiv hielten. Der Architekt müsse, so Elingius/Schramm „fest im Heimatboden wurzeln und dabei täglich die Gedanken aller Völker der Erde denken“.

Im Zweiten Weltkrieg wurde Elingius´ Partner Schramm eingezogen, Elingius selbst war mit 60 Jahren zu alt für den Wehrdienst. Nachdem Konstanty Gutschow 1939 zum „Architekten des Elbufers“ ernannt worden war, bildete sich um ihn rasch ein Kreis von Architekten, die von ihm mit Aufträgen beschäftigt wurden. Zu ihnen zählte auch Elingius. Im Herbst 1940 wurde er von Gutschow zu einem von elf „Vertrauensarchitekten“ der Deutschen Arbeitsfront ernannt, die von Reichsstatthalter Karl Kaufmann bestätigt wurden. Diese sollten den Wohnungsbaugesellschaften oder den Kreisleitern als fachliche Berater zur Seite stehen. Inwieweit es dazu kam, ist allerdings unklar.
Elingius war am Generalbebauungsplan von 1941 beteiligt, ebenso am Wettbewerb „Ortsgruppe als Siedlungszelle“ 1944, wobei sein Entwurf abgelehnt wurde. Die Arbeit des Architekturbüros Schramm & Elingius bestand seit 1941 vorwiegend in der Ausbesserung von Bombenschäden. 1944 zählte Elingius zum „erweiterten Mitarbeiterkreis“ Gutschows bei den Arbeiten zum neuen Generalbebauungsplan für den Wiederaufbau Hamburgs.

Zur Biographie nach 1945
Bereits im Mai 1945 unternahm eine Gruppe teilweise NS-belasteter Architekten unter Elingius´ Führung einen Vorstoß zur Neugründung des BDA. Am daraufhin gebildeten „Bund Hamburger Architekten“ (BHA) entzündete sich rasch die Kritik, vormalige NS-Architekten versuchten sich ihren Einfluss zu sichern. Bereits im August 1945 musste Elingius, dem vorgeworfen wurde, „Hausarchitekt“ der NSDAP gewesen zu sein, deshalb die BHA-Spitze verlassen. Im Februar 1946 trat er auch aus dem Arbeitsausschuss Stadtplanung aus, in dem er mitgearbeitet hatte. Im Frühjahr 1946 verweigerten ihm die britischen Behörden die weitere Mitarbeit am „Hamburg Project“, dem Bau der späteren Grindelhochhäuser, für die Elingius/Schramm um die Jahreswende 1945/46 mit einem Entwurf beauftragt worden waren.

Erich Elingius wurde erst seit 1946, im Gefolge dieser Konflikte, entnazifiziert. In einer Stellungnahme charakterisierte er sich als unpolitisch, allerdings hätte ihn das Programm der NSDAP angesprochen. Gehofft habe er aber auf eine Abmilderung der „revolutionären Maßlosigkeiten“ der Nazis: „Die mir unbegreifliche, unhumane Behandlung der Juden habe ich stets abgelehnt und die aggressive Art in der Außenpolitik hat mich äußerst beunruhigt.“ Dabei konnte er eine Reihe von Personen, darunter den Bürgermeister Rudolf Petersen und den früheren Oberbaudirektor Fritz Schumacher, anführen, die ihm wahlweise eine unpolitische Haltung oder eine zunehmende Kritik an der NSDAP bescheinigten. Im Januar 1948 wurde er in die Kategorie V eingestuft, nachdem ihn der Beratende Ausschuss für „tragbar“ erklärt und der Fachausschuss E ihn sogar als „nicht belastet“ charakterisiert hatte.

Am Generalbebauungsplan von 1947 wurde Elingius beteiligt, beim Innenstadtwettbewerb von 1948 erhielt das Büro Schramm & Elingius einen Preis. Im März 1948 starb Erich Elingius, nachdem er im Jahr zuvor an Krebs erkrankt war. In der Bundesrepublik wurde er mit Ausstellungen u.a. im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe gewürdigt, er galt als „Vorreiter des neuen Stils der Reformarchitektur“.

Fazit

Der Architekt Erich Elingius gehörte in der Weimarer Republik der rechtsliberalen DVP an und trat wie viele von deren Mitgliedern 1933 zur NSDAP über. Er profitierte durch mehrere Aufträge vom NS-Regime, für das er „politische“ Bauten und Ausgestaltungen wie das NSDAP-Gauhaus oder die Reichsstatthalterei realisierte. In der unmittelbaren Nachkriegszeit galt er deswegen als „Hausarchitekt“ der Nationalsozialisten. Politischer Aktivismus jenseits der Architektur ist ihm nicht nachweisbar.

Literatur und Quellen

Bernd Reinert: Stellungnahme zu Erich Elingius, in: NS-belastete Straßennamen im Bezirk Bergedorf. Stellungnahme der historischen Fachkommission, Hamburg-Bergedorf, 1.3.2017, S. 15-20; Sylvia Necker: Konstanty Gutschow (1902-1978). Modernes Denken und volksgemeinschaftliche Utopie eines Architekten, Hamburg/München 2012; Axel Schildt: Die Grindelhochhäuser. Eine Sozialgeschichte der ersten deutschen Wohnhochhausanlage Hamburg-Grindelberg 1945-1956 (Schriftenreihe des Hamburgischen Architekturarchivs), München/Hamburg 2007 (Neuauflage von 1988); Manfred F. Fischer: Elingius, Erich, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 3, Göttingen 2006, S. 112-113; Ralf Lange: Hamburg – Wiederaufbau und Neuplanung 1943-1963, Königstein im Taunus 1994; Olaf Bartels: Moderne Architekten um 1945 in Hamburg, in: Wissenschaftliche Zeitschrift Hochschule für Architektur und Bauwesen, A, 39 (1993), 1-2, S. 53-58; Günter Könke: Das Budge-Palais. Entziehung jüdischer Vermögen und Rückerstattung in Hamburg, in: Arno Herzig (Hg.): Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990. Wissenschaftliche Beiträge der Universität Hamburg zur Ausstellung „Vierhundert Jahre Juden in Hamburg“ (Die Geschichte der Juden in Hamburg, Band 2), Hamburg 1991, S. 657-667; Jürgen Elingius/Christiane Leiska: Erich Elingius. Ein Architekt in Hamburg. Landhäuser, Villen, Herrenhäuser, Siedlungsbau, Sozialer Wohnungsbau von 1906 bis 1946 (Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte, 34), Hamburg 1989; Axel Schildt: Aufbaugeist und Grabenkämpfe. Zur Gründung des Bundes Deutscher Architekten (BDA) in Hamburg nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Band 73 (1987), S. 151-169; Michael Bose u.a.: „...ein neues Hamburg entsteht...“ Planen und Bauen von 1933-1945 (Beiträge zur städtebaulichen Forschung, 2), Hamburg 1986; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Erich Elingius (Hg.): Die Palmaille in Altona. Ein Kulturdokument des Klassizismus, Hamburg 1938; ders./Gottfried Schramm (Hg.): Hamburger Bauten in zwei Jahrzehnten, Hamburg 1938; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; StAHH, 221-11, I (B) 9294; StAHH, 731-8, A 755 Elingius, Erich; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI.

(22) Theodor Fahr

Lebensdaten: 3.10.1877 – 29.10.1945
Tätigkeiten: Arzt, Universitätsprofessor
Straßenname: Theodor-Fahr-Straße (1961 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Im Oktober 1877 als Sohn eines Fabrikanten in Pirmasens in der Pfalz geboren, studierte Theodor Fahr an Universitäten in Gießen, München, Berlin und Kiel Medizin. Während seines Studiums wurde er Mitglied des Corps Starkenburgia, einer Burschenschaft in Gießen. Seit 1902 arbeitete er als Assistent am Pathologischen Institut in Gießen, siedelte aber noch im selben Jahr nach Hamburg über, wo er zunächst als Assistent in der Pathologie des Allgemeinen Krankenhauses St. Georg tätig wurde. 1903 wurde er in Medizin promoviert und 1906 am Hamburger Hafenkrankhaus zum Prosektor ernannt. Ein Jahr zuvor war er der Deutschen Pathologischen Gesellschaft beigetreten. 1907 trat er in den Ärztlichen Verein Hamburg ein, 1908 in den Academischen Club. Im Herbst 1909 erhielt Fahr einen Ruf nach Mannheim, um dort ein pathologisches Institut aufzubauen. Nach wenigen Jahren kehrte er jedoch nach Hamburg zurück, 1913 wurde er am Allgemeinen Krankenhaus Barmbeck als Prosektor angestellt. Im Ersten Weltkrieg wurde er vom Wehrdienst zurückgestellt.

1919 erhielt Fahr eine Stelle als außerordentlicher Professor an der neu gegründeten Hamburgischen Universität, nachdem er sich bereits seit 1906 am Allgemeinen Vorlesungswesen beteiligt und 1917 vom Senat den Professorentitel verliehen bekommen hatte. 1924 wurde er zum ordentlichen Professor für allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie berufen und gleichzeitig Oberarzt am Allgemeinen Krankenhaus Eppendorf. Außerdem wurde er zum Vorstandsmitglied des Landesausschusses für das ärztliche Fortbildungswesen gewählt. Aufgrund einer schweren Depression musste er jedoch im selben Jahr für mehrere Monate beurlaubt werden. In den folgenden Jahren unternahm Fahr mehrere Selbstmordversuche.

Politisch betätigte sich Fahr vor 1933 nicht. Wie aus seinen Memoiren hervorgeht, war er ein großer Anhänger Bismarcks und lehnte die Demokratie ab, sah sich selbst aber als Konservativen mit einer „vaterländischen“, aber betont „nüchterne[n] Einstellung in politischen Fragen“. In einem Fragebogen vom Mai 1933 gab er an, die rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP) gewählt zu haben.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Im Oktober 1933 trat Theodor Fahr dem Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) bei, im November unterzeichnete er das Bekenntnis der deutschen Professoren zu Adolf Hitler. Zuvor hatte er eine vom Senat im Zuge einer Kampagne zum „Abbau von Spitzengehältern“ geforderte Erklärung unterschrieben, in der er den Senat ermächtigte, jährlich 800 RM von seinem Gehalt für einen „Spezialfonds“ einzubehalten. Öffentliches parteipolitisches Engagement konnte laut Christine Pieper für Fahr nicht ermittelt werden. In seiner Autobiographie gab Fahr an, seinem jüdischen Assistenten, dem Privatdozenten Paul Kimmelstiel, der im Herbst

1933 entlassen wurde und 1934 in die USA auswanderte, mit einem Empfehlungsschreiben dort zu einer Stelle verholfen zu haben.

Auslandsreisen, die Fahr Mitte der 1930er Jahre zu internationalen medizinischen Tagungen durchführte, bedurften der Genehmigung durch das Auswärtige Amt. In einem entsprechenden Schreiben betonte der Dekan der Medizinischen Fakultät, die Teilnahme von Fahr und anderen Medizinern an einem Kongress in Moskau sei ganz „im Interesse Deutschlands, um anlässlich ihres Zusammenseins mit Engländern, Franzosen, Holländern, Dänen, Vertretern der nordischen Länder usw. aufklärend und werbend für unser Vaterland zu wirken". Eine Vortragsreise zur Alpenländischen Ärztetagung in Klagenfurt begründete Fahr 1938 mit der „vaterländische[n] Bedeutung", die der Tagung zukomme, und wies darauf hin, dass „nichtarische Ärzte von der Tagung ferngehalten werden". Auch wenn es bei solchen Bemerkungen primär darum gegangen sein mag, eine Genehmigung für die jeweilige Reise zu erhalten, bezog sich Fahr hier klar positiv auf die Ausgrenzung und Verfolgung von jüdischen Menschen, die in diesem Zeitraum einen erneuten Höhepunkt erreichte.

Auf eigenen Wunsch wurde Fahr zum 31. März 1934 von seiner Funktion als leitender Oberarzt am Allgemeinen Krankenhaus Eppendorf entbunden, blieb jedoch Professor. In dieser Rolle hielt er u.a. Vorlesungen zur „Wehrpathologie" ab, die im Kontext einer zunehmenden Vorbereitung auch der Medizinischen Fakultät auf die Kriegsvorbereitungen des Regimes zu verorten sind.
Als der Präsident der Hamburger Kultur- und Schulbehörde nach der Lockerung der NSDAP-Beitrittssperre im Mai 1937 in einem Rundschreiben um die Mitteilung von Aufnahmebegehren fragte, meldete sich Theodor Fahr. Letztlich scheint er jedoch nicht Parteimitglied geworden zu sein – die Gründe hierfür bleiben unklar. 1938 übte Fahr das Amt eines Vorsitzenden der Deutschen Pathologischen Gesellschaft aus. 1939 erhielt er für seine 40-jährige Berufstätigkeit das Goldene Treudienst-Ehrenzeichen des Führers verliehen.

Im Zweiten Weltkrieg wurde Fahr zum beratenden Pathologen der Wehrmacht (Oberkriegsarzt) für den Wehrkreis X ernannt, übte dieses Amt aber nur nebenberuflich aus und unterrichtete weiterhin als Professor. 1943 wurde er zunächst zum Stabs-, dann zum Oberstabsarzt befördert. Nachdem Fahr erneut „erheblich erkrankt" war, wurde er zum 1. Oktober 1944 aus dem aktiven Wehrdienst entlassen. Kurz vor Kriegsende, im April 1945, wurde Fahrs Wohnhaus von Bomben zerstört.

Zur Biographie nach 1945

Da Fahr als formal unbelastet eingestuft wurde, ernannte ihn die Medizinische Fakultät Anfang Mai 1945 kurzzeitig zum Prodekan – eine Funktion, in der er allerdings nur wenige Tage verblieb. Die Militärregierung bestätigte Fahr im August 1945 in seinem Beamtenverhältnis und sah zunächst keinen Grund, gegen ihn vorzugehen. Damit war er einer von wenigen Angehörigen des Lehrkörpers der Medizinischen Fakultät, die nicht suspendiert wurden.

Vermutlich im Laufe des Jahres 1945 verfasste Fahr seine Memoiren, in denen er neben autobiographischen Aufzeichnungen und philosophischen Reflektionen u.a. radikal mit dem Nationalsozialismus abrechnete, den er als „dunkelste Epoche in unserer Geschichte“ bezeichnete. Er bekannte, Hitler bis 1933 „nicht ernst genommen“ zu haben, machte aber primär die französische Deutschlandpolitik für seinen Aufstieg verantwortlich. Eine Reise nach Moskau habe ihn zudem im Glauben bestärkt, angesichts der sowjetischen Herrschaft „mit den Nazis immer noch das bessere Los gezogen“ zu haben. Fahr geizte in dem nicht publizierten Text nicht mit Beschimpfungen, wenn er etwa von „Naziungeziefer“ und „braunen Schweinigeln“ sprach, die er vor allem für ihre Korruption, die Gängelung der Bevölkerung, die Indoktrination der Jugend, die Einrichtung von KZ und den Krieg verantwortlich machte: „Hitler hat Verbrechen auf Verbrechen gehäuft, er ist der größte Lügner und Betrüger, den die Geschichte kennt“. Fahr vertrat aber auch die Position, dass nach der „Machtergreifung“ Hitlers „von seiten des deutschen Volkes *leider* nichts mehr gegen ihn unternommen werden“ konnte.
Eine differenzierte Position vertrat er zur „Judenfrage“. Dabei wurden auch antisemitische Stereotype im Denken Fahrs deutlich, obwohl er erklärte, „persönlich [...] weder zu den Philosemiten, noch zu den Antisemiten“ zu zählen, und Hitlers Vorgehen gegen die Juden als „Verbrechen“ bezeichnete. Er warf „den Juden“ jedoch vor, sich nicht bereits im Mittelalter assimiliert zu haben, und machte sie damit selbst für den Antisemitismus verantwortlich. In klassisch antisemitischer Diktion sprach er von „Wirtsvölkern“ der Juden (was diesen einen parasitären Charakter unterstellte) und nannte sie ein „rassereines Volk“. Seine Bemerkung, dass die Juden weltweit „sehr mächtig“ sind, weshalb Hitler sich mit seinem Vorgehen gegen sie „ins eigene Fleisch geschnitten“ habe, rekurrierte auf ein weiteres antisemitisches Stereotyp. Fahr unterschied zwischen kultivierten deutschen Juden und den in den 1920er Jahren verstärkt nach Deutschland eingewanderten Ostjuden, unter denen er „viele skrupellos profit- und erfolggierige, völlig kulturlose Elemente“ ausmachte. Gleichwohl zählte er drei jüdische Menschen auf, die ihm persönlich geholfen hätten und denen er freundschaftlich verbunden gewesen und zu Dank verpflichtet sei: „Wie hätte ich also Antisemit sein können [...]“.
Fahrs autobiographische Aufzeichnungen wurden nie publiziert, und es bleibt unklar, ob er sie vor dem Hintergrund der Entnazifizierung verfasste und ihnen insofern ein das eigene Verhalten legitimierender Charakter zukommen sollte. Seine eigenen Verstrickungen in den Nationalsozialismus (Professorenbekenntnis, NSLB-Mitgliedschaft etc.) tauchen im Text nicht auf.

Mitte Oktober 1945 wurde Fahr zum Funktionsoffizier bei der Gesundheitsverwaltung zitiert, da er eine russische Studentin mit den Worten angegangen hatte: „Warum gehen Sie nicht nach Rußland? Wenn schon unsere ganzen Landsleute aus dem Osten vertrieben werden, warum kommen Sie dann auch noch zu uns?“ Fahr gab zu, die Äußerung getätigt zu haben, aber rechtfertigte sich mit seiner Bitterkeit über die Behandlung der deutschen Zivilbevölkerung im Osten. Offizier LaSalle verfügte daraufhin seine Entlassung. Angehörige der Fakultät versuchten sich für Fahr einzusetzen, indem sie ihm in psychiatrischen Gutachten eine manisch-depressive Störung bescheinigten und ihm die Verantwortung für sein Handeln absprachen. Auch der Dekan Rudolf Mond setzte sich für eine Pensionierung Fahrs ein, die diesem am 24. Oktober sogar bewilligt wurde. Wenige Tage später, am 29. Oktober 1945, beging Theodor Fahr Selbstmord.

Schulsenator Heinrich Landahl würdigte in einem Brief an Fahrs Witwe dessen „großes Verdienst um die Förderung der Wissenschaft und sein edles Menschentum“. Die Witwe und einer von Fahrs Mitarbeiter machten die Entscheidung der Militärregierung und die Ereignisse der letzten Wochen für dessen Suizid verantwortlich. Im April 2015 wurde Theodor Fahr in der Langenhorn-Ausgabe des *Hamburger Wochenblatt* als einer von mehreren NS-belasteten Ärzten genannt, bei denen eine Straßenumbenennung zu erwägen sei.

Fazit

Theodor Fahr unterzeichnete 1933 das Bekenntnis deutscher Professoren zu Adolf Hitler und beteiligte sich damit an der Kampagne zur Festigung des nationalsozialistischen Regimes. Er arrangierte sich mit dem Nationalsozialismus, trat dem NS-Lehrerbund bei und beantragte 1937 seine Aufnahme in die Partei. In Vorlesungen zur „Wehrpathologie“ und mit affirmativen Äußerungen zur akademischen Ausgrenzung von „Nichtariern“ unterstützte er die Ausrichtung des Regimes, auch wenn ihm darüber hinausgehender politischer Aktivismus nicht nachzuweisen ist. In seinen vermutlich unmittelbar nach Kriegsende niedergeschriebenen, aber nie publizierten Memoiren rechnete er mit Hitler und dem Nationalsozialismus ab, reproduzierte im Text aber auch klassische antisemitische Stereotype.

Literatur und Quellen

Anton F. Guhl: Wege aus dem „Dritten Reich“. Die Entnazifizierung der Hamburger Universität als ambivalente Nachgeschichte des Nationalsozialismus, Diss. Universität Hamburg 2016; Christine Pieper: Fahr, Theodor, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 4, Göttingen 2008, S. 97-99; Christine Pieper: Die Sozialstruktur der Chefärzte des Allgemeinen Krankenhauses Hamburg-Barmbek 1913 bis 1945. Ein Beitrag zur kollektivbiographischen Forschung (Veröffentlichungen des Hamburger Arbeitskreises für Regionalgeschichte, 16), Münster/Hamburg/London 2003; Christina Quellmann: Theodor Friedrich Ernst Heynemann (1878 – 1951). Ein Leben für die Universitäts-Frauenklinik Eppendorf (Hamburger Studien zur Geschichte der Medizin, 4), Münster 2002; Hendrik van den Bussche/Friedemann Pfäfflin/Christoph Mai: Die Medizinische Fakultät und das Universitätskrankenhaus Eppendorf, in: Eckart Krause/Ludwig Huber/Holger Fischer (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933-1945. Teil III: Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät, Medizinische Fakultät, Ausblick, Anhang (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, 3/III), Berlin/Hamburg 1991, S. 1259-1384; Ursula Weisser (Hg.): 100 Jahre Universitäts-Krankenhaus Eppendorf 1889-1989, Tübingen 1989; Karl Heinz Roth: Großhungern und Gehorchen. Das Universitätskrankenhaus Eppendorf, in: Angelika Ebbinghaus/Heidrun Kaupen-Haas/Karl Heinz Roth (Hg.): Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984, S. 109-135; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Theodor Fahr: Einer von so Vielen. Ein alter Mann hält durch Rückschau, Umschau und Innenschau Abrechnung mit dem Leben, [unveröffentlicht, 1945], in: Historisches Archiv des Universitätsklinikums Eppendorf; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI; StAHH, 352-10, 188; StAHH, 361-6, I 168 Band 1-4; StAHH, 361-2 VI, 17; StAHH, 361-5 II, Pa 4; StAHH, 361-6, IV 234.

(23) Ernst Finder

Lebensdaten: 16.2.1865 – 11.7.1940
Tätigkeiten: Lehrer, Volkskundler, Heimatforscher
Straßenname: Ernst-Finder-Weg (1943 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Ernst Finder wurde 1865 als Sohn eines wohlhabenden Milchbauern in Moorfleet geboren. Er ging in Billwerder und Rothenburgsort zur Schule, machte eine kaufmännische Lehre und nach dem Besuch von Gymnasien in Lüneburg und Göttingen 1889 das Abitur. Von 1889 bis 1895 studierte er an Universitäten in Berlin, Göttingen und Heidelberg Deutsch, Geographie, Geschichte und Religion. Nach ersten Tätigkeiten als Hilfslehrer und der Promotion mit einer geschichtswissenschaftlichen Arbeit zum 16. Jahrhundert, wurde er 1899 zum Oberlehrer ernannt und begann mit der Lehrtätigkeit an der Realschule Eilbek.

1915 wurde Ernst Finder zum Professor ernannt – ein Titel, der damals in Hamburg nach der vierten Alterszulage vergeben wurde. Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts entfaltete er eine rege Publikationstätigkeit zur traditionellen Volkskultur der ländlich geprägten Räume Hamburgs. Gunnar Zimmermann nennt als grundlegendes Motiv für sein Engagement in der Heimatforschung „seine Wahrnehmung, dass die scheinbar ursprüngliche und althergebrachte ländliche Kultur der Hamburger Elbmarschen infolge der räumlichen Expansion des Hamburger Stadt- und Hafengebiets sowie der generellen Veränderungstendenzen durch Industrialisierung und Moderne im Verschwinden begriffen sei“. 1907/08 publizierte Finder kleinere Arbeiten über die Vierlande, und 1922 erschien ein bereits 1914 fertiggestelltes zweibändiges Werk von ihm mit dem Titel „Die Vierlande“. Im Auftrag des Vereins für Hamburgische Geschichte (VHG) begann Finder 1919 mit Recherchen über die Elbinsel Billwerder, deren Ergebnisse 1935 publiziert wurden. Seit 1922 arbeitete er an einer Volkskunde der Großstadt mit einem Fokus auf Alltag und Gebräuche bürgerlicher Bewohner/innen – eine Studie, die 1930 unter dem Titel „Hamburgisches Bürgertum in der Vergangenheit“ veröffentlicht wurde. Diese Studien waren Ausdruck von Finders enger Verbundenheit mit der niederdeutschen Heimatbewegung, sie zielten auf die Darstellung des niederdeutschen „Volkstums“, seiner Sitten, Gebräuche und Geschichte.

Seit 1904 war Finder Mitglied in der niederdeutschen Vereinigung „Quickborn“, seit 1905 im VHG und im Verein für Vierländer Kunst und Heimatkunde, und seit 1917 im Verein zur Pflege der Natur- und Landeskunde in Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck.
1930 wurde Finder pensioniert.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Ernst Finder setzte seine volkskundlichen Arbeiten im „Dritten Reich“ fort. Die Herausgabe seines Buches zu Billwärder 1935 in der Reihe der Veröffentlichungen des VHG wurde u.a. von der Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst gefördert. Im selben Jahr begann Finder mit einer Studie über Finkenwerder, die 1940 ebenfalls in der VHG-Reihe publiziert wurde. Er

hielt zahlreiche Vorträge, etwa über „weihnachtliche Sitten und Bräuche in der Hamburger Marsch“ oder „Die Landschaft Billwärder um 1815“.

Ralph Busch hat herausgearbeitet, wie Finder in seinen Schriften von einer antimodernistisch-niederdeutsch ausgerichteten Volkskunde den „Anschluss an die nationalsozialistische Blut- und Boden-Ideologie gesucht und gefunden“ hat. In seiner ersten publizierten Monographie im „Dritten Reich“, dem Buch zu Billwärder, finden sich mehrfach positive Bezüge auf den Nationalsozialismus, auf die „Verwirklichung der Volksgemeinschaft“ und das Bauerntum als Protagonist „des deutschen Seins, [von] Blut und Boden“. Finder sah in der nationalsozialistischen „Revolution“ neue Perspektiven für ein von Verstädterung bedrohtes Bauerntum. Er sprach von einer „Zeit- und Volkswende“: „Das Ziel des Dritten Reiches ist die innere Erneuerung des deutschen Volkes. Heimatliches Brauchtum guter Art soll wieder eine Stütze des Volkstums werden, denn in unserem selbstbewußten nationalen Staate sind die Werte des eigenen Volkstums erkannt […].“ Mit Verweis etwa auf Blutsmischungen und charakteristische Körpermerkmale versuchte er die „Rasseneigentümlichkeiten“ der Billwärder Bevölkerung zu bestimmen. Als rassistisch sind seine Äußerungen gegenüber „Zigeunern“ zu charakterisieren, wenn er von einer seit dem späten 17. Jahrhundert auftretenden „Zigeunerplage“ schreibt und diesen Eigenschaften wie „Verschlagenheit“ und Kriminalität zuschreibt.

Auch in seinem Werk zu Finkenwärder ging es Ernst Finder um die Darstellung des lokalen „Volkstums“ der Finkenwerder Bevölkerung, die er zur „nordischen Rasse“ zählte und deren „körperliche Rassenmerkmale“ er mit Bezug auf den seit 1933 amtierenden Professor für Rassenbiologie Walter Scheidt untersuchte. Mit Blick auf die Pläne zum Umbau Finkenwärders und der Ansiedlung von Großgewerbe und Arbeitern versuchte Finder rückwärtsgewandte Kulturkritik mit der vorsichtigen Anerkennung nationalsozialistischer Modernisierungsbestrebungen zu verbinden.

In den 1930er Jahren wurde Finder mehrfach für sein Engagement als „Heimatforscher“ ausgezeichnet: im Februar 1936 vom „Quickborn“, der ihn zum Ehrenmitglied ernannte, und 1939 vom VHG, der ihm die Lappenberg-Medaille in Bronze verlieh. Ein Jahr später verlieh ihm Reichsstatthalter Karl Kaufmann für seine „Verdienste auf dem Gebiet der Erforschung heimatlicher Geschichte“ die Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes. In der *Hamburger Lehrerzeitung* wurde er aus Anlass seines 70. Geburtstages als „der Geschichtsschreiber hamburgischen Brauchtums“ gewürdigt.

Laut Angaben von Finders Witwe Henriette Finder gegenüber der Militärregierung gehörte er weder der NSDAP noch der SS oder SA an. Auch in der NSDAP-Mitgliederkartei findet sich kein Hinweis auf eine Mitgliedschaft.

Ernst Finder starb im Juli 1940. Zweieinhalb Jahre nach seinem Tod, zum 1. Januar 1943, wurde eine Straße in Hamburg-Lohbrügge nach ihm benannt.

Zur Biographie nach 1945

Seit 1945 bemühten sich der Hans Christians Verlag und der VHG um eine Neuauflage von Finders Finkenwärder-Buch, das 1951 schließlich in einer von Adolph Albershardt überarbeiteten, um NS-Vokabular gesäuberten Version erschien.

Fazit

Ernst Finder war neben seiner beruflichen Tätigkeit als Lehrer ein „Heimatforscher“, der geschichtliche und volkskundliche Studien zur Bevölkerung Hamburgs und seines ländlichen Umlandes durchführte. Dabei war er von der Niederdeutschen Bewegung und einer antimodernistischen Kulturkritik geprägt. Auch wenn er nicht der NSDAP beitrat, nahm er in seinen nach 1933 veröffentlichten Werken eine positive Haltung zum „Dritten Reich“ ein, in dem er einen Hoffnungsschimmer für das bedrohte Bauerntum erblickte. Er griff rassistische Denkmuster sowie „Rassen“- und „Blut und Boden“-Ideologeme auf und verortete seine Darstellungen des lokalen „Volkstums“ in entsprechenden Kontexten.

Literatur und Quellen

Torkild Hinrichsen: Stellungnahme zu Ernst Finder, in: NS-belastete Straßennamen im Bezirk Bergedorf. Stellungnahme der historischen Fachkommission, Hamburg-Bergedorf, 1.3.2017, S. 21-23; Ralph Busch: Ernst Finder, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene, 2015; Gunnar B. Zimmermann: Finder, Ernst, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 6, Göttingen 2012, S. 91-92; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Ernst Finder: Die Elbinsel Finkenwärder. Ein Beitrag zur Geschichte, Landes- und Volkskunde Niedersachsens (Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte, XIII), Hamburg 1940; ders.: Die Landschaft Billwärder, ihre Geschichte und ihre Kultur (Veröffentlichung des Vereins für Hamburgische Geschichte, IX), Hamburg 1935; ders.: Hamburgisches Bürgertum in der Vergangenheit, Hamburg 1930; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Nachrichten 1930-1945; Altonaer Nachrichten, 1930-1938; BArch, 9361-VII / IX KARTEI; StAHH, 361-3, A 676; StAHH, 363-2, Eb 99; StAHH, 731-8, A 756 Finder, Ernst; StAHH, 413-3/1, 543; StAHH, 614-1/33, E 9.

(24) Hans Förster

Lebensdaten: 9.2.1885 – 22.4.1966
Tätigkeiten: Grafiker, Zeichner, Schriftsteller
Straßenname: Hans-Förster-Bogen (1979 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Hans Förster wurde 1885 als Sohn des Malers und Karikaturisten Christian Förster in Hamburg geboren. Zwischen 1902 und 1906 studierte er Kunst – zunächst an der Hamburger Kunstgewerbeschule, dann am Kunst- und Gewerbe-Museum in Berlin. Nach dem Studium profilierte sich Förster als freier Künstler mit der Anfertigung farbiger Holzschnitte, die zumeist Motive des „Volkstums“, etwa Trachten aus den Vierlanden, zeigten. Darüber hinaus zeichnete er und gab Bücher mit Geschichten, volkskundlichen Betrachtungen und Zeichnungen heraus, darunter „Die malerischen Vierlande“ (1918), „Marschländer Fahrten“ (1924) und „Alte volkstümliche Kunst Niedersachsens“ (1926). In diesen Schriften stilisierte er „Volksart“ und „Stamm“ zu zentralen Bezugspunkten der Lebensgestaltung und künstlerischen Betätigung, während ihm als Gegenpol die Orientierung am „fremdländischen Wesen“ galt. In den genannten Büchern aus den 1920er Jahren beschwor er die „Liebe zum eigenen Volkstum“ und den „germanischen Gedanken“.

1908 trat Förster der Vereinigung Quickborn bei, in der sich Anhänger der Niederdeutschen Bewegung sammelten. Von 1915 bis 1924 war er auch Mitglied im Verein für Hamburgische Geschichte. Beruflich war Förster von 1919 bis 1932 als Hilfslehrer für Zeichnen an der Oberrealschule Hamburg tätig und wurde dann (im Alter von 47 Jahren) in den Ruhestand versetzt – laut späterer Aussage vor der Polizei, weil „er der Aufgabe nicht mehr gewachsen war, die Disziplin in den Klassen aufrecht zu erhalten“.
Um 1924 war Förster zeitweilig Mitglied der nationalliberalen Deutschen Volkspartei.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Laut eigenen Angaben in der Entnazifizierung beantragte Hans Förster im April 1934 seine Aufnahme in die NSDAP (an anderer Stelle spricht er von einer Ortsgruppenzuweisung vom Februar 1934), sein Eintritt wurde rückwirkend auf den 1. Mai 1933 datiert. Angesichts der nach 1933 wirkenden Aufnahmesperre erscheint dies sehr ungewöhnlich, da es auch keine Hinweise darauf gibt, dass mögliche Ausnahmeregelungen bei Förster griffen. In der NSDAP-Mitgliederkartei konnte zudem kein Hinweis auf seine Mitgliedschaft gefunden werden, allerdings belegt ein Schreiben der NSDAP-Gauleitung von 1938, dass er wirklich Mitglied war.

Förster lebte seit 1932 von einer kleinen Rente, war aber laut eigener Aussage von 1937 weiter als „Heimatforscher“ tätig. 1935 veröffentlichte er das Buch „Schabellen. Volkskundliche Leckerbissen aus der niederdeutschen Formenwelt“. An der 1936 veranstalteten 700-Jahrfeier Finkenwerders beteiligte sich Förster, indem er das Titelblatt des Programmheftes mit einem Motiv gestaltete, auf dem neben Segelschiffen, einer Windmühle und dem Hamburger Wappen auch ein Hakenkreuz zu sehen war. In Ausstellungen wurden Försters Werke gezeigt, und

Hamburger Tageszeitungen nutzten sie zur Illustration. Zu Försters 50. Geburtstag würdigte Hugo Sieker im *Hamburger Anzeiger* dessen „dreißigjährigen selbstlosen Kampf für Volkstum und Heimat“. Im Dezember 1936 war Förster an einer Kunstausstellung der NS-Kulturgemeinde Bergedorf beteiligt, im März 1937 organisierte diese sogar eine spezielle Förster-Ausstellung. In begleitenden Presseartikeln wurde Försters neues Projekt einer „neugermanischen Volkskunst“ angesprochen. Ende 1936 hatte er sich beim Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda um eine Beihilfe der Goebbels-Stiftung „Künstlerdank“ beworben und dabei seinen Einsatz für „Volkstum“ und „Blut und Boden“ hervorgehoben. Zudem verwies er darauf, dass er vor 1933 nie gefördert worden sei, während andere Künstler „ihre Lobjuden“ gehabt hätten. Das Reichspropagandaamt Hamburg befürwortete seinen Antrag mit Blick auf Försters „wertvolle heimatkundliche Arbeiten“.

Ende 1937 veröffentlichte Hans Förster sein Werk „Alt-Hamburg heute in Wort und Bild“, das im Auftrag der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ in der Deutschen Arbeitsfront und der Gruppe „Heimatliche Geschichte“ in der Vereinigung Niederdeutsches Hamburg herausgegeben und vom Kultursenator Wilhelm von Allwörden mit einem Vorwort bedacht wurde. Davon abgesehen lassen sich in dem bebilderten Führer durch Hamburger Straßen, Kirchen und Sehenswürdigkeiten nur vereinzelt positive Bezugnahmen Försters auf den Nationalsozialismus finden – etwa wenn er einen Dämonenkopf an einem Haus als „geradezu jüdisch“ bezeichnet, ein Mahnmal für einen getöteten SA-Mann hervorhebt oder im Schlusswort erklärt, froh zu sein, einer „tatenfrohen Gegenwart“ anzugehören, in der „rassebewußt“ gedacht werde und die die „Sünden der liberalistischen Zeit“ überwunden habe. Insofern lässt sich Torkild Hinrichsens These, in Försters Werk ließen sich keine „Spuren von nationalsozialistischem Gedankengut“ finden, nicht halten. Ralph Buschs Position wiederum, der bei Förster eine Linie von völkischem Gedankengut zu NS-Propaganda ausmacht, scheint mir die wenigen NS-Bezugnahmen in Försters Werk überzubewerten.

Bei Ermittlungen in einem Mordfall machte im November 1937 ein Lehrling bei der Hamburger Polizei eine Aussage, in der er Hans Förster homosexueller Aktivitäten beschuldigte. Försters Haus wurde durchsucht, und weitere junge Männer sagten gegen ihn aus. Im Februar 1938 wurde Förster „wegen widernatürl. Unzucht“ festgenommen und im Untersuchungsgefängnis inhaftiert. Das Gesundheitsamt Altona bescheinigte Förster „eine Homosexualität, die sich auf dem Boden einer charakterlich abartigen Persönlichkeit entwickelt hat“. Er sei ein „Sonderling“, charakterisiert durch „sexuelle Abartigkeit […] als Ausdruck einer Existenzial-Neurose“. Im September 1938 wurde Förster vom Landgericht Hamburg mit Verweis auf § 175 StGB zu einer Gefängnisstrafe von 15 Monaten verurteilt, die er bis Ende Mai 1939 absitzen musste. Ein Gesuch Försters von Anfang April um Erlass der Reststrafe blieb erfolglos. In der Haftzeit erstellte er einen autobiographischen Text von mehreren hundert Seiten, der laut Torkild Hinrichsen „mystizierend und obskur wirkt“, in dem sich aber keine nationalsozialistischen Tendenzen finden ließen.

Förster publizierte auch nach der Haft weiter. 1938 erschien sein Buch „Malerische Marschen“ über die Marsch- und Vierlande, das ebenfalls von der Gruppe Heimatliche Geschichte

in der Vereinigung Niederdeutsches Hamburg herausgegeben und vom nationalsozialistischen Senator Alfred Richter mit einem Vorwort versehen wurde. Aufgrund seiner Verurteilung war Förster 1938 aus der NSDAP und der Reichskammer der bildenden Künste ausgeschlossen worden. Um eine Wiederaufnahme in die Partei unmöglich zu machen, wurde er auf einer „Schwarzen Liste“ vermerkt. In die Reichskammer wurde er laut eigener Aussage allerdings wieder aufgenommen. 1939 oder 1940 trat Förster der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt bei, laut Hinrichsen, „um als ‚Bedürftiger‘ in den Genuß von finanzieller Armenunterstützung zu kommen“. In den Kriegsjahren 1941-1943 erhielt er Aufträge zur Ausgestaltung von Luftschutzbunkern, die wohl dazu führten, dass sein jährliches Einkommen (das sonst bei sehr niedrigen 2.000 bis 2.500 RM lag) für kurze Zeit auf knapp 9.000 RM (1943) anstieg. Zwischen 1942 und 1944 machte er für einen Mitarbeiter der Forschungsstelle Deutscher Bauernhof Aufnahmen von bombenkriegsgefährdeten „Kulturwerken“ in den Hamburger Marschen.

Zur Biographie nach 1945

In der Entnazifizierung wurde Hans Förster Ende 1946 zunächst in Kategorie IV eingestuft. Obwohl sein Parteibeitritt als „offensichtlich aus Konjunkturgründen (erfolgt)“ eingeschätzt wurde, erhielt Förster zwei Jahre Publikationsverbot. Er selbst rechtfertigte seinen Beitritt damit, „als bislang Unpolitischer“ auf falsche Gerüchte hereingefallen zu sein, denen zufolge eine Mitgliedschaft in der Reichskulturkammer die NSDAP-Mitgliedschaft voraussetzte. Zudem habe er fälschlicherweise von der NSDAP die Förderung „niederdeutscher Heimatpflege“ erwartet. „Am liebsten wäre ich schon nach 4 Wochen wieder ausgetreten“, erklärte er gegenüber dem Entnazifizierungsfachausschuss und charakterisierte sich als „ganz kleiner, inaktiver und Formal-PG“, der vom System nicht profitiert habe. Vielmehr habe er 1935 einen jüdischen Verleger um Hilfe in einer Rechtsstreitigkeit gebeten, was er mit einem Schreiben belegen konnte und zum widerständigen „Affront gegen Hitler“ überhöhte. Ein anderer Jude, Dr. Oskar Isey, erklärte, dass Förster ihn noch 1942 besucht und sich dabei als „erbitterter Gegner der Nazis“ erwiesen habe. Leumundszeugen erklärten Förster „zu den typischen unpolitischen Mitläufern des Nationalsozialismus“ oder bescheinigten ihm, „stets sehr ironisch von der Nazipartei“ gesprochen oder sich schon 1936 als „Meckerer“ hervorgetan zu haben. Letzteres entspräche der allgemeinen Verbitterung Försters, die in seinen zeitgenössischen Briefen ebenso wie in Beurteilungen anderer über ihn zum Ausdruck kam.
Im Februar 1947 legte Förster Berufung gegen das Publikationsverbot ein. Ihr wurde knapp ein Jahr später mit den Worten stattgegeben, dem Antragsteller sei „zu glauben, daß sein […] Eintritt in die Partei in dem Glauben erfolgte, daß der Nationalsozialismus seine künstlerischen Bestrebungen fördern würde“. Erst im März 1949 wurde Förster nach einer Bitte um erneute Überprüfung in die Kategorie V zurückgestuft.

Auch nach 1945 arbeitete Förster weiter an Zeichnungen, Gedichten und Büchern. So erschien 1959 sein Buch „Schönes Finkenwerder in Wort und Bild“, und auch frühere Bücher wurden neu aufgelegt. In den folgenden Jahren wurden seine Werke u.a. in den Räumen der Hamburger Sparcasse von 1827 ausgestellt. In seinen letzten Lebensjahren lebte er von Sozialhilfe. Laut Hinrichsen organisierten die Leiter der Hamburger Baupflege und des Altonaer Museums 1964 für Förster eine kleine Leibrente, die ihm eine Unterbringung im Altenheim in

Lokstedt ermöglichte. Bereits 1959 hatte dieser seinen künftigen Nachlass dem Altonaer Museum vermacht. Zwischen 1958 und 1960 führte er einen – in zweiter Instanz erfolgreichen – Urheberrechtsstreit gegen eine Firma, die eines seiner Bilder für einen Kalender verwendet hatte. Im April 1966 starb Hans Förster. Das *Hamburger Abendblatt* würdigte ihn daraufhin als „Chronist des alten Hamburg“, während die *Bergedorfer Zeitung* bedauerte, dass ihm „die Gunst eines breiten Publikums versagt“ geblieben sei.

1979 wurde eine Straße in Bergedorf nach Förster benannt. 1985 berichtete die *Bergedorfer Zeitung* anlässlich einer erneuten Ausstellung von seinen Werken in Stade über eine angebliche „erste Renaissance“ des Malers.

Fazit

Bei Hans Förster handelte es sich um einen Künstler, der sich mit seinen Grafiken und Darstellungen am niederdeutschen „Volkstum“ orientierte. Abgesehen von diesen Einflüssen der niederdeutschen Stammes- und Volkstumsideologie lassen sich kaum politische Äußerungen in seinem Werk finden. Förster trat vermutlich 1933/34 der NSDAP bei, als Aktivist trat er allerdings nicht in Erscheinung. Die Vermutung liegt nahe, dass er sich vom Parteibeitritt eine Förderung seiner künstlerischen Arbeiten versprach. In diesem Sinne bemühte er sich bei der Stiftung von Joseph Goebbels um eine Förderung und stellte seine Kunst in den Kontext nationalsozialistischer Kulturpolitik. Nichtsdestotrotz wurde er 1937/38 Opfer der Homosexuellenverfolgung des NS-Regimes (das sich damit allerdings in einer längeren Traditionslinie befand, die nach 1945 nicht abbrach). Nichtsdestotrotz förderten NS-Institutionen wie die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ noch 1938 die Herausgabe eines Werkes Försters, in dem sich wenige Spuren positiver Bezugnahme auf den Nationalsozialismus ausmachen lassen.

Literatur und Quellen

Verena Fink: Hans Förster. Hamburger Maler, Grafiker, Schriftsteller und rastloser Kunstwanderer, Husum 2017; Torkild Hinrichsen: Stellungnahme zu Hans Förster, in: NS-belastete Straßennamen im Bezirk Bergedorf. Stellungnahme der historischen Fachkommission, Hamburg-Bergedorf, 1.3.2017, S. 24-27; Ralph Busch: Hans Förster, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; Torkild Hinrichsen: Förster, Hans, in: Franklin Kopitzsch/ Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 2, Hamburg 2003, S. 127-128; Harald Richert: Hans Förster, der Bewahrer niederdeutschen Kulturgutes, in: Hamburgische Geschichts- und Heimatblätter, 10 (1979), Heft 8, S. 189-196; Hans Förster: Schönes Finkenwerder in Wort und Bild. Von Marschenland und Waterkant (Schönes altes Groß-Hamburg, 3), Hamburg 1959; ders.: Alt-Hamburg in Wort und Bild. Ein Gang durch die Altstadt vor der Zerstörung (Schönes altes Groß-Hamburg, 1), Hamburg 1958; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Nachrichten 1930-1945; Altonaer Nachrichten, 1930-1938; Hans Förster: Malerische Marschen in Wort und Bild. Von Bill- und Ochsenwärder über Bergedorf bis Vierlanden (Schönes altes Groß-Hamburg, 2), Hamburg 1938; ders.: Alt-Hamburg heute in Wort und Bild (Schönes altes Groß-Hamburg, 1), Hamburg 1938 (2. Auflage); ders.: Alte volkstümliche Kunst Niedersachsens, Hannover 1926; ders.: Wasserkantenhumor, Braunschweig/Hamburg 1925; ders.: Marschländer Fahrten, Hamburg 1924 (2. Auflage); ders.: Wieber un Drieber, Braunschweig/ Hamburg 1922; ders.: Die malerischen Vierlande. Bilder und Skizzen, Hamburg 1918; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI; BArch, R 9361-II, 247661; BArch, R 55, 31069; StAHH, 213-11, 9943/38; StAHH, 221-11, Misc 10391; StAHH, 363-6, 1746; StAHH, 363-6 II, 1441; StAHH, 424-110, 75 Band 2; StAHH, 731-8, A 756 Foerster, Hans.

(25) Walter Frahm

Lebensdaten: 31.8.1883 – 26.4.1969
Tätigkeiten: Lehrer und Rektor, Heimatforscher
Straßenname: Walter-Frahm-Stieg (1983 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Walter Frahm wurde im August 1883 in der Gemeinde Rethwischfeld im Kreis Stormarn als Sohn von Ludwig Frahm, einem Lehrer und niederdeutschen Autor, geboren. Zwischen 1899 und 1904 absolvierte er eine Lehrerausbildung in Bad Oldesloe und Ratzeburg. Seit 1904 war er als Lehrer tätig, nach Aufenthalten in den Gemeinden Havetoftloit und Glashütte von 1908 bis 1915 an der Volksschule Lokstedt. 1914 bestand er die Mittelschullehrerprüfung, ein Jahr später wechselte er zur Volksschule Wandsbek, im April 1916 an die dortige Knaben-Mittelschule. Zu diesem Zeitpunkt war er allerdings bereits zum Wehrdienst eingezogen worden. Im August 1919 wechselte er an das Lyzeum in Wandsbek, bevor er im Oktober 1920 den Posten eines Rektors an der Volksschule in Reinbek erhielt. 1925 wurde er erneut nach Wandsbek versetzt, als Rektor der dortigen Volksschule. Die Versetzung erfolgte gegen den Willen der Wandsbeker Schuldeputation. 1931/32 stritt Frahm sich mit der Schulabteilung der Regierung in Schleswig um seine Bezüge, da er sich benachteiligt fühlte.

Einer politischen Partei gehörte Frahm vor 1933 laut eigenen Angaben nicht an. Seit 1924 war er ehrenamtlich als Archivpfleger für Stormarn tätig, bei der Gründung einer „Ortsgruppe Wandsbek für deutsche Jugendherbergen“ 1931 wurde er in deren Vorstand aktiv – und fungierte noch 1935 als Ortsgruppenleiter. Zudem engagierte er sich im Bereich der „Heimatkunde“ des Kreises und hielt lokalgeschichtliche Vorträge. Frahm war Mitglied in dem von seinem Vater gegründeten Alster-Verein und publizierte in dessen Jahrbuch. Der Verein setzte sich 1930 bei der Regierung (vergeblich) dafür ein, dass Frahm zum Kreisschulrat ernannt wurde.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Zum 1. Mai 1933 trat Walter Frahm in die NSDAP ein, bekleidete in der Folge jedoch kein Amt für die Partei. Im selben Jahr wurde er Mitglied im NS-Lehrerbund, ein Jahr später auch in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt. Als Grund für seinen Parteibeitritt gab Frahm an, ihm sei bei Zuwiderhandlung „mit Amtsenthebung gedroht“ worden. Zudem sei er seit 1933 „von jeder Beförderung ausgeschlossen“ worden. Für eine gezielte Abstrafung gibt es allerdings keine Belege. Vielmehr scheint Frahm auch Mitglied im Kampfbund für deutsche Kultur geworden zu sein, für deren Fachgruppe zur „Erforschung der deutschen Vorgeschichte“ er als Ansprechpartner für die Stadt Wandsbek fungierte – ebenso wie er in den folgenden Jahren mit anderen NS-Institutionen wie der NS-Kulturgemeinde kooperierte.
Frahm gab an, 1937 vor ein Parteigericht gestellt worden zu sein, da er „einem Mitbestimmen der Partei in Schulleiter-Geschäften Widerstand leistete“ – die NSDAP hatte angeblich versucht, drei Lehrer seiner Schule für drei Wochen vom Dienst zu befreien. Der Vorfall konnte nicht verifiziert werden.

Seit den 1930er Jahren publizierte Walter Frahm Aufsätze und Bücher zur Heimatgeschichte Wandsbeks und Stormarns, u.a. in den *Hamburgischen Geschichts- und Heimatblättern*. Seit 1933 war er Schriftleiter der Jahrbücher des Alstervereins, deren „Heimatpflege“ nun im Kontext nationalsozialistischer „Blut und Boden“-Ideologie verortet wurde – auch um sich gegen die Kritik der Rückwärtsgewandtheit zu wehren. Frahm hielt mehrfach historische Vorträge oder organisierte „Heimatspaziergänge“ im Rahmen des Rings „Volkstum und Heimat“ der NS-Kulturgemeinde, in die der Alsterverein eingegliedert worden war.
1934 gab er zusammen mit seinem Vater eine „Heimatkunde“ Stormarns heraus. 1935 erstellte er als Schriftleiter eine Broschüre über Wandsbek, die von der Stadt herausgegeben wurde und neben Informationen über historische und städtebauliche Aspekte auch NS-Institutionen vorstellte. Darin wurde Wandsbeks schlechter Ruf im 18. Jahrhundert u.a. mit der Präsenz betrügerischer „Handelsjuden“ erklärt. Der *Wandsbeker Bote* wurde dafür gelobt, dass seine Redakteure „dem Ruf nach ‚Blut und Boden‘ stets gerecht wurden“. Ein Aufsatz aus der Broschüre, „Wandsbek als Garnisonsstadt“, erschien auch in der Wehrmachtspublikation „Nachrichten aus dem Wehrkreis X“. 1937 wurde Frahm Vorsitzender der Kreisvereinigung Wandsbek der „Vereinigung Niederdeutsches Hamburg“. Im selben Jahr gab er zusammen mit dem nationalsozialistischen Stormarner Landrat (und späteren SS-Obersturmbannführer) Constantin Bock von Wülfingen ein Werk über „Stormarn“ als „Lebensraum zwischen Hamburg und Lübeck“ heraus. Im Vorwort beschworen beide 1933 als den „Zeitpunkt […], wo man sich der starken Kräfte, die dem Heimatgedanken innewohnen, wieder stolz bewußt geworden war“. Neben Beiträgen zur Geographie, Vegetation und Kulturgeschichte Stormarns (Frahm selbst schrieb über den Dichter Matthias Claudius) befasste sich ein Dutzend Aufsätze mit dem „neue[n] Wollen im Dritten Reich“, u.a. mit der „Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung in Stormarn“ oder „Wandsbeks Weg ins Dritte Reich“ – beide verfasst von Kreisleitern der NSDAP.

1934/35 kam es zu einem Konflikt zwischen Frahm und der Schulleiterin seiner Tochter, nachdem er eine Nachbesserung ihrer Zeugnisnoten gefordert hatte. Die Regierung wies Frahm an, sich bei der Schulleiterin zu entschuldigen. Ende 1940 beschwerte sich der Vater eines Schülers von Frahm über diesen und warf ihm vor, seinen Sohn misshandelt bzw. seine „Züchtigungsrechte“ überschritten zu haben. Die Schulverwaltung sah keine Veranlassung, gegen Frahm dienstrechtlich vorzugehen. Im Mai 1939 erhielt dieser das silberne Treudienst-Ehrenzeichen des Führers für seine 25-jährigen Dienste als Lehrer und Rektor; bereits im September 1941 folgte ungewöhnlicherweise das goldene Treudienst-Ehrenzeichen „für 40-jährige treue Dienste“. Im Zweiten Weltkrieg wurde Frahm nicht eingezogen, sondern wirkte weiter als Schulleiter. Im Juli 1943 wurde sein Haus durch alliierte Luftangriffe zerstört. Über seine Aufnahme im Dorf Bünningstedt verfasste er einen Bericht für den *Hamburger Anzeiger*, in dem er die Hilfe lobte und das Zusammenhalten der Volksgemeinschaft beschwor.

Zur Biographie nach 1945

Von der britischen Militärregierung wurde Frahm im August 1945 zunächst im Schuldienst bestätigt, am 3. Oktober allerdings von seinem Posten als Rektor entbunden. Gegen seine Amtsenthebung erhob Frahm Einspruch und wies auf den angeblich größeren Druck zum Par-

teibeitritt auf Lehrer in preußischen im Vergleich zu Hamburger Schulen hin. Auch der Kirchenvorstand der evangelisch-lutherischen Gemeinde Wandsbeks unter Pastor Wilhelm Jensen setzte sich bei Schulsenator Heinrich Landahl (SPD) für Frahm ein. Landahl konnte zwar die Weiterbeschäftigung als Rektor nicht durchsetzen, nahm aber für sich in Anspruch, bei der Militärregierung überhaupt eine Weiterbeschäftigung erreicht zu haben. Frahm wurde daraufhin für die Schulraumbewirtschaftung eingesetzt. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war er darüber hinaus beim Wiederaufbau der Staats- und Universitäts-Bibliothek (SUB) tätig, und das Ortsamt Wandsbek bat ihn zur „Mitarbeit bei der Begründung der Vorschläge von Umänderungen von Straßenbezeichnungen".

In der Entnazifizierung bot Frahm Leumundszeugen auf, die ihm wie der liberale Journalist Alfred Frankenfeld bescheinigten, ein „überzeugter Feind des NS-Systems" gewesen zu sein, der „die völlige Entartung des Systems rückhaltlos" und „ohne Rücksicht auf die Gefahren" kritisiert habe. Der Wandsbeker Pastor Bernhard Bothmann wusste zu berichten, dass Frahm öfters seiner „Empörung über die Maßnahmen der Partei gegen die Juden und gegen die christliche Kirche in schärfsten Worten Ausdruck verliehen" habe. Sein Lehrerkollege Adolf Fock nannte ihn „einen unpolitischen Menschen". Auf Empfehlung des Beratenden und des Fachausschusses ordnete die Militärregierung im April 1947 dennoch an, Frahm – der kurz zuvor um seine Pensionierung gebeten hatte – zum Mittelschullehrer zurückzustufen. Dieser ging 1949 in Berufung und verwies darauf, weder Aktivist noch Nutznießer gewesen zu sein, sondern vielmehr „Nachteile" erlitten zu haben. Im Juli 1949 wurde seiner Berufung stattgegeben und ihm eine Rektorenpension zuerkannt, eingestuft wurde er in Kategorie V.

Von 1946 bis 1955, also auch in der Zeit nach seiner Pensionierung als Rektor war Frahm in der SUB beschäftigt, für die er u.a. die Hamburgensien-Abteilung ausbaute und erschloss. Auch publizistisch war er weiter aktiv. So veröffentlichte er 1948 ein familiengeschichtliches Buch über das Leben seiner Urgroßmutter Christina Frahm, über das er seit 1939/40 geforscht hatte. Zehn Jahre später wurde ein kleines Buch zum 100-jährigen Bestehen des Wandsbeker Volksschulhauses herausgegeben, an dem er mitgearbeitet hatte. Zudem hielt Frahm historische Vorträge, etwa im Museum für Hamburgische Geschichte, im Institut für Lehrerfortbildung oder bei einer Ausstellung der Wandsbeker Gartenstadt-Gesellschaft. Aus Anlass seines 70. Geburtstages wurde sein Wirken als „Heimatkundler" auch in Hamburger Tageszeitungen gewürdigt. Im April 1969 starb Walter Frahm.

Fazit

Walter Frahm war ein Schulleiter, der in seiner Freizeit als Heimatforscher tätig war. Er trat 1933 der NSDAP bei, verfasste heimatkundliche Schriften, bei denen er mit NS-Institutionen kooperierte, und hielt Vorträge für die NS-Kulturgemeinde. Auch wenn sich in seinen Publikationen nur vereinzelt Spuren nationalsozialistischen oder antisemitischen Gedankenguts ausmachen lassen, stellte er seine „Heimatkunde" damit aktiv in den Dienst des „Dritten Reiches".

Literatur und Quellen

Hans-Peter de Lorent: Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz und in der Zeit nach 1945. Band 2, Hamburg 2017; ders./Ralph Busch: Walter Frahm, 2 Teile, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hinschenfelde und seine Schule. Ein Rückblick zum 100jährigen Bestehen des alten Schulhauses von 1858, 5.-7. November 1958, Hamburg 1958; Walter Frahm: Christina Frahm. Ein Frauenleben aus der Frachtfahrerzeit (Niederdeutsche Bücherei, 206), Hamburg 1948; ders.: Wie Geheimrat Schimmelmann sich in Hamburg durch einen Hausball einführte, in: Hamburgische Geschichts- und Heimatblätter (HGHB), 12 (1939/40), 1, S. 252-255; Constantin Bock von Wülfingen/Walter Frahm (Hg.): Stormarn. Der Lebensraum zwischen Hamburg und Lübeck. Eine Landes- und Volkskunde, Hamburg 1938; Walter Frahm: Der Wandsbeker Bothe auf einer Maskerade der Hamburger Zeitungen, in: HGHB, 10 (1937/38), 4, S. 99-101; ders.: Wandsbek. Unsere Stadt in Wort und Bild, Wandsbek 1935; ders.: Die Hamburger Reise des Illustrators Daniel Chodowiecki, in: HGHB, 8 (1934/35), 4, S. 188-192; ders.: Wandsbeker Notopfer von 1800 bis 1820, in: HGHB, 8 (1934/35), 1, S. 117-120; ders./Ludwig Frahm (Hg.): Heimatkunde von Stormarn, der Landschaft zwischen Hamburg und Lübeck, Ratzeburg 1934; Jahrbuch des Alstervereins e.V., 1926-1960; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Nachrichten 1930-1945; Altonaer Nachrichten, 1930-1938; StAHH, 221-11, Ed 2088; StAHH, 361-3, A 1345 Band 1; StAHH, 361-3, A 1345 Band 2; StAHH, 361-6, IV 1817; StAHH, 422-11, H I 5; StAHH, 731-8, A 756 Frahm, Walter; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI;.

(26) Paul Frank

Lebensdaten: 30.10.1878 – 19.5.1951
Tätigkeiten: Architekt, Wohnungsunternehmer, Wohnungspolitiker
Straßenname: Frankring (1957 benannt nach Paul und Hermann Frank)

Zur Biographie vor 1933
Paul Frank wurde im Oktober 1878 als Sohn eines Fabrikanten in Hamburg geboren. Er besuchte das Matthias-Claudius-Realgymnasium in Wandsbek, absolvierte eine handwerkliche Lehre und studierte an der Landeskunstschule Hamburg. 1912 gründete er eine Spezialbaufirma, die rasch expandierte. Frank machte sich mit mehreren technischen Erfindungen einen Namen, etwa einem Patent zur Veredelung von Geigen. 1913 gründete er ein Architekturbüro, in dessen Rahmen er zusammen mit seinem Bruder Hermann Frank (1871-1941) u.a. an den wohnungsreformerischen Gartenstadt-Projekten in Wandsbek (1910-14) und am Steenkamp (1914-26) beteiligt war.

1925 gründete er mit seinem Bruder ein eigenes Wohnungsunternehmen, das sich auf den Kleinwohnungsbau für einkommensschwache Bevölkerungsschichten spezialisierte: die „Gemeinnützige Kleinhausbau-Gesellschaft mbH“, später umbenannt in „Siedlungsbau-Gesellschaft Hermann und Paul Frank“. Während Hermann Frank die kaufmännischen und technischen Aufgaben übernahm, war Paul Frank primär mit Architektur und Planung beschäftigt. Nach Paul Franks Entwurf wurde 1927 das erste Laubenganghaus in Deutschland gebaut – ein neuer Typus, der auch international Bekanntheit erlangte. Zum Bau von Laubenganghäusern an der Jarrestraße gründeten die Brüder 1928 die Gesellschaft „Rationell“, zwischen 1927 und 1931 errichteten sie ein Frauenwohnheim. Frank gewann in den 1920er Jahren eine Reihe städtebaulicher Wettbewerbe, die ihm Dirk Schubert zufolge zum Ruf verhalfen, einer der „renommiertesten deutschen Wohnungsbauarchitekten“ zu sein.

Politisch war Paul Frank vor 1933 Mitglied der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP), auf Parteiversammlungen hielt er Vorträge über Fragen des Städtebaus. Zudem war er Mitglied der Anthroposophischen Gesellschaft. Das Wohnungsunternehmen der Franks sah sich 1932 mit einem kommunistisch dominierten Mieterstreik konfrontiert, bei dem die Brüder als „Hauspaschas“ und „gewissenlose Schröpfer“ attackiert wurden. Der Konflikt endete mit etlichen Räumungsurteilen. Hermann Frank hatte bereits um 1918 wohnungsreformerische mit großstadtfeindlichen und national-völkischen Ideen verbunden, wenn er die Idee der „Heimstätten“ als Maßnahme gegen die „Degenerationserscheinungen in unserem Volksleben“ und zur Stärkung der „sittlichen Triebkräfte im deutschen Volk“ stark machte.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Laut eigenen Angaben in der Entnazifizierung beantragte Paul Frank zum 1. Mai 1933 die Mitgliedschaft in der NSDAP, wurde aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer Freimaurerloge jedoch abgelehnt. Widerspruch legte er nicht ein. 1937 trat er der Nationalsozialistischen

Volkswohlfahrt (NSV) und dem NS-Bund deutscher Technik bei. Als Architekt war er zudem Mitglied der Reichskammer der bildenden Künste.

Seit dem Herbst 1933 bemühten sich die Gebrüder Frank, die Versprechungen des NS-Regimes in der Wohnungspolitik für eigene Interesse zu nutzen. Hermann Frank schlug Reichsstatthalter Karl Kaufmann im Oktober 1933 den Bau einer Siedlung für Arbeitslose vor; im Dezember reichte er eine Denkschrift zum Bau der „Siedlung Sonnenhall“ ein, die eine Mischung aus völkisch-nationalsozialistischen („Führerprinzip“) und utopisch-wohnungsreformerischen Gedanken enthielt, in der Hamburger Verwaltung aber reserviert bis ablehnend aufgenommen wurde. Ein Jahr später reichte Hermann Frank eine neue Denkschrift ein, die den Bau einer Kleinhaussiedlung vorsah und positiver aufgenommen wurde. 1935 begann die Siedlungsbau GmbH mit dem Bau der Gartenstadt Klein Borstel, der sogenannten Frank´schen Siedlung, die 1939 fertiggestellt wurde. Mit 547 Häusern (geplant waren 2.000) war sie zu dieser Zeit die größte geschlossene Einfamilienhausanlage der Stadt. Der Bau der Siedlung stieß auf wütende Proteste von Anwohner/innen, die um den Wert ihrer Grundstücke fürchteten, die Franks in die Nähe des „Marxismus“ und „Bolschewismus“ rückten und angebliche Spekulationsinteressen oder die „jüdisch anmutende“ Werbung der Gesellschaft attackierten. In einer Propagandaschrift für die Siedlung stellte Hermann Frank das Projekt in den Zusammenhang nationalsozialistischer und bevölkerungspolitischer Ideen und hetzte dabei gegen die „jüdisch eingestellte Stadtverwaltung“ vor 1933 unter den „Juden Senator Kohn und Staatsrat Dr. Lippmann“. Kritiker/innen sprachen von einem „Negerdorf“ und neuem „Gängeviertel“. Mit einer Broschüre, die auf einer Bewohnerumfrage basierte, versuchten die Gebrüder Frank dieser Kritik entgegenzuwirken; zudem griffen sie zu juristischen Mitteln. Für die Hamburger NSDAP war der Bau der Siedlung propagandistisch wertvoll, da sie sich wohnungspolitisch als Interessenvertretung „breiter Schichten der Bevölkerung“ inszenieren konnte. Bei Richtfesten waren Parteivertreter anwesend, 1937 schloss Paul Frank seine Rede auf dem Richtfest „mit dem Führer-Gedenken“.

Paul Frank beteiligte sich in den 1930er Jahren an weiteren Wettbewerben, 1934 etwa am Ideenwettbewerb für eine Kongresshalle auf dem Heiligengeistfeld (dritter Preis) und 1941 am Wettbewerb für bombensichere Luftschutzbauten (zweiter Preis).
Hermann Frank verfasste in den 1930er Jahren mehrere Denkschriften zum Wohnungsbau, in denen er sich positiv auf den Nationalsozialismus bezog. Vor Beginn des Zweiten Weltkrieges begann das Wohnungsunternehmen 1939 im Auftrag der Kriegsmarine ein weiteres großes Siedlungsprojekt in Kiel-Elmschenhagen, bei dem Wohnungen für Marineangehörige sowie Läden und ein HJ-Heim gebaut wurden. Zum Militär wurde Paul Frank nicht mehr eingezogen. 1940 wurde er von der Deutschen Akademie für Bauforschung geehrt und als Mitglied aufgenommen. 1941 verstarb sein Bruder Hermann. In den letzten Kriegsjahren scheint Franks Einkommen gesunken zu sein. Während er für 1942 noch ein jährliches Einkommen von knapp 20.000 RM angab, vermerkte er für 1944 einen Verlust in Höhe von 6.000 RM. Seit September 1943 war er nebenamtlich für die Hamburger Bauverwaltung tätig und als „Vertrauensarchitekt“ dem Gauwohnungskommissar für Aufgaben des Werkswohnungsbaus unterstellt.

Zur Biographie nach 1945

Entnazifizierungsausschüsse und Militärregierung sahen im August 1946 – vermutlich vor allem aufgrund seiner fehlenden formalen Belastung – keinen Anlass, gegen Frank vorzugehen. Im gleichen Jahr war er an der Gründung des Verbandes Freier Wohnungsunternehmen e.V. beteiligt und wurde als Kandidat der FDP in die Hamburger Bürgerschaft gewählt. Dort arbeitete er in der Baudeputation mit. Gegen Ende der 1940er Jahre wurde er in der *Hamburger Freien Presse* als „Pionier des modernen Kleinwohnungsbaus" gelobt. Den Bau der Grindelhochhäuser kritisierte er 1949 in der Bürgerschaft als „unrentabel" und forderte stattdessen Wohnungsbau „in vernünftiger Höhe". Im Mai 1951 starb Paul Frank. Im selben Jahr entstand nach seinen Plänen die Gartenstadt Bramfeld.

1957 wurde der Frankring in Hamburg-Volksdorf nach Paul und Hermann Frank benannt. Das Wohnungsunternehmen Frank, nach dem Tod der Brüder von Hermann Franks Sohn Fritz-Hermann Frank übernommen, besteht noch heute.

Fazit

Die Brüder Paul und Hermann Frank traten seit den 1910er Jahren als Exponenten des wohnungsreformerischen Gartenstadt- und Kleinwohnungsbaus hervor. Während Hermann Frank sich stärker publizistisch betätigte, bereits 1918 völkisch-großstadtfeindlich argumentierte und seine Veröffentlichungen seit 1933 im Kontext nationalsozialistischer Ideologie verortete, inklusive antisemitischer Hetze, sind vergleichbare Äußerungen von Paul Frank nicht überliefert – was nicht unbedingt eine größere Distanz zum NS-Regime anzeigen muss. Beide Brüder versuchten bereits 1933, durch Aufträge vom neuen Regime zu profitieren. Paul Franks Bemühung um einen NSDAP-Beitritt scheiterte allerdings an einer früheren Logenzugehörigkeit. In der Endphase des Regimes wurde er zur Arbeit für den Gauwohnungskommissar herangezogen.

Literatur und Quellen

Sylvia Necker: Konstanty Gutschow (1902-1978). Modernes Denken und volksgemeinschaftliche Utopie eines Architekten, Hamburg/München 2012; Axel Schildt: Die Grindelhochhäuser. Eine Sozialgeschichte der ersten deutschen Wohnhochhausanlage Hamburg-Grindelberg 1945-1956 (Schriftenreihe des Hamburgischen Architekturarchivs), München/Hamburg 2007 (Neuauflage von 1988); Holger Martens: Frank, Paul, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 1, Hamburg 2001, S. 101; Dirk Schubert: Wohnsiedlungen, Wohnbauten und Wohnreformen. 75 Jahre Wohnungsunternehmen Frank (Schriftenreihe der Fritz-Schumacher-Gesellschaft e.V.), Hamburg 2001; Antje Kossak (Hg.): 75 Jahre Wohnungsbau – 75 Jahre Frank. 1925-2000, [Hamburg] 2000; Dirk Schubert: Vergessene Reformer: Die Brüder Frank, in: Architektur in Hamburg, Jahrbuch 1995, S. 134-145; ders.: Die Frank´sche Siedlung in Hamburg-Klein Borstel (1935-39): „Gartenstadt" oder „Spekulationsobjekt eines bolschewistischen Bauherrn"?, in: Franziska Bollerey/Gerhard Fehl/Kristiana Hartmann (Hg.): Im Grünen wohnen – im Blauen planen. Ein Lesebuch zur Gartenstadt (Stadt – Planung – Geschichte, 12), Hamburg 1990, S. 283-300; Michael Bose u.a.: „...ein neues Hamburg entsteht..." Planen und Bauen von 1933-1945 (Beiträge zur städtebaulichen Forschung, 2), Hamburg 1986; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Nachrichten 1930-1945; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI; StAHH, 221-11, I (B) 2066; StAHH, 311-2 IV, D V I D 2 k LXXVI A; StAHH, 353-3, 0662; StAHH, 731-8, A 756 Frank, Paul.

(27) Henry Graumann

Lebensdaten: 3.2.1890 – 29.3.1960
Tätigkeiten: Bauer, Deichvogt, Gemeindevorsteher, Lokalpolitiker
Straßenname: Graumanntwiete (1972 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Der 1890 in Ochsenwerder geborene Henry Graumann wurde nach dem Besuch der Gemeinde- und der Volksschule als Landwirt tätig. 1914 übernahm er den Bauernhof seines Vaters.

Von 1924 bis 1933 übte er das Amt eines Gemeindevorstehers von Ochsenwerder aus. Graumann war spätestens seit 1922 Mitglied der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP). Zu den Gemeindewahlen 1927 und 1930 kandidierte er in Ochsenwerder mit einer Liste der „Bürgerlichen“ und gewann die Mehrzahl der Stimmen. Bei den Bürgerschaftswahlen 1928 und 1931 kandidierte er auf dem vierten bzw. fünften Platz der DVP-Liste für das Hamburger Landgebiet. Am Ende der Weimarer Republik war er zudem im Kirchenvorstand von Ochsenwerder aktiv.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Zum 1. Mai 1933 trat Henry Graumann der NSDAP bei, 1936 wurde er Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV).

Im August 1933 wurde Graumann nach dem Ausscheiden des alten Deichvogts von Ochsenwerder auf Lebenszeit zum neuen Deichvogt ernannt. Als 1942 zehn Deichverbände zum „Deichverband der Vier- und Marschlande“ zusammengeschlossen wurden, trat er an die Spitze dieses Verbandes. Dass Graumann weiterhin eine wichtige Rolle in Ochsenwerder spielte, geht auch daraus hervor, dass er zusammen mit den lokalen NS-Bauernführern im September 1934 die Mitglieder der Hamburger Bürgervereine begrüßte, als diese mit einem Ausflug Ochsenwerder besichtigten. 1934 wurde Graumann zudem zum bäuerlichen Beisitzer des Hamburger Erbhofgerichts ernannt.

Zur Biographie nach 1945
1946 trat Henry Graumann der SPD bei. Drei Jahre später wurde er für die Partei in die Bergedorfer Bezirksversammlung gewählt, in der er bis zu seinem Tod saß. Einen Entnazifizierungsfragebogen füllte er erst 1949 aus. Dabei bescheinigten ihm der Pastor der Ochsenwerder Kirchengemeinde und der örtliche SPD-Distrikt, sich nicht aktiv nationalsozialistisch betätigt zu haben. Graumann sei „lediglich als nominelles Mitglied“ anzusehen, so der Vertreter des SPD-Distrikts Ochsenwerder.

1950 verlieh der Senat Graumann die Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes für seine ehrenamtlichen Tätigkeiten. 1958 verlieh Bundespräsident Theodor Heuss ihm das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse am Bande. Zwölf Jahre nach seinem, im Alter von 71 Jahren erfolgten Tod wurde 1960 eine Straße in Ochsenwerder nach ihm benannt.

Fazit

Der Landwirt Henry Graumann war seit den 1920er Jahren in seinem Heimatort, dem Hamburger Stadtteil Ochsenwerder, politisch aktiv. Wie viele Vertreter der DVP trat auch er im Mai 1933 der NSDAP bei. Gleichzeitig übte er in der NS-Zeit das Amt des Deichvogtes aus. Angesichts des Mangels an aussagekräftigen Quellen lässt sich über Graumanns Agieren im „Dritten Reich“ jenseits dieser formalen Mitgliedschaften bzw. Ämter nichts Genaueres aussagen.

Literatur und Quellen

Frauke Steinhäuser: Henry Graumann, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; De Latücht. Zeitschrift des Vierländer Kultur- und Heimatvereins De Latücht von 1987 e.V., Nr. 59, März 2005, S. 7; Hamburg von Altona bis Zollenspieker. Das Haspa-Handbuch für alle Stadtteile der Hansestadt, Hamburg 2002; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Nachrichten 1930-1945; StAHH, 221-11, 64575; StAHH, 311-2 IV, D V I B 3 u VI D 6; StAHH, 311-2 IV, D V I B 3 u VI D 73; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI.

(28) Gustaf Gründgens

Lebensdaten: 22.12.1899 – 7.10.1963
Tätigkeit: Schauspieler, Regisseur, Intendant
Straßenname: Gründgensstraße (1971 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Im Dezember 1899 wurde Gustav Gründgens als Sohn eines Unternehmers in Düsseldorf geboren. Von 1909 bis 1912 besuchte er die Städtische Oberschule zu Düsseldorf, von 1913 bis 1916 die Höhere Knabenschule in Oberkassel und 1916/17 das Städtische Gymnasium zu Mayen. Im Anschluss begann er eine kaufmännische Lehre bei der Schiess AG in Düsseldorf, wurde nach drei Monaten zum Wehrdienst im Ersten Weltkrieg eingezogen, aber bei einem Unfall verwundet. In den letzten Kriegsmonaten wirkte er am Fronttheater Saarlouis.

1919/20 besuchte er die Hochschule für Bühnenkunst am Düsseldorfer Schauspielhaus. In der Folge arbeitete er an Theatern in Halberstadt (1920), Kiel (1921/22), Berlin (1922/23) und Eckernförde (1923). 1921 änderte er seinen Vornamen in „Gustaf". 1923 erhielt er ein Engagement an den Hamburger Kammerspielen. Im Juli 1926 heiratete der offen homosexuell lebende Gründgens Erika Mann, die Ehe wurde 1929 geschieden. Gründgens bewegte sich in den 1920er Jahren in Kreisen der großstädtischen Boheme. 1926 plante er, ein „Revolutionäres Theater" zu inszenieren, und bei der Novemberwahl 1932 stimmte er für die SPD, doch lässt sich eine dezidierte politische Position von Gründgens nicht erkennen. 1927 erhielt er an den Hamburger Kammerspielen den Titel eines Oberregisseurs, im Mai 1928 wechselte er für kurze Zeit an die Münchener Kammerspiele und zog im Sommer erneut nach Berlin, wo er am Deutschen Theater Berlin und mehreren weiteren Theatern auftrat. 1929 hatte er seinen ersten Filmauftritt, bis 1933 spielte er in weiteren 14 Filmen mit. In den frühen 1930er Jahren erhöhte sich Gründgens´ Bekanntheitsgrad stark, er galt nun als „Publikumsmagnet" – was im Dezember 1932 durch seine Rolle als Mephisto in der Premiere einer Inszenierung von Goethes „Faust" noch verstärkt wurde.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Der Migrationswelle deutscher Schauspieler/innen seit 1933 schloss Gründgens sich nicht an. Er kehrte von einer Frankreich-Reise im Frühjahr 1933 nach Deutschland zurück – laut seiner eigenen retrospektiven Rechtfertigung, um sich neben seinen Eltern um einen bedrohten kommunistischen Freund (Jan Kurzke) und eine jüdische Freundin (Ida Liebmann) zu kümmern, die in der Folge beide emigrierten. Als der erste Schauspieler – der Kommunist Hans Otto – im November 1933 Opfer eines SA-Mordes wurde, bezahlte Gründgens dessen Beerdigung.
Gründgens, der sich selbst für gefährdet hielt, wurde rasch zum Günstling des Preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring. Im April 1933 wurde Gründgens signalisiert, dass die neuen Machthaber Interesse an einer weiteren Zusammenarbeit mit ihm hatten, und im Juli erhielt er einen neuen Vertrag am Preußischen Staatstheater. Im Januar 1934 bat Göring persönlich ihn, die neue Leitung des Staatstheaters zu übernehmen, nachdem die NS-linientreue

Intendanz zu einem rapiden Rückgang der Zuschauerzahlen geführt hatte. Laut Aufzeichnungen, die Gründgens 1946 vermutlich im Zusammenhang mit seinem Entnazifizierungsverfahren anfertigte, gab er an, zunächst abgelehnt, in anschließenden Verhandlungen von Göring jedoch „immer größere Freiheiten“ zugesichert bekommen zu haben. Der Regisseur Erich Ziegel erklärte 1946, dass sich Gründgens vor der Entscheidung mit ihm und seiner jüdischen Frau, der Schauspielerin Mirjam Horwitz, „ausführlich beraten“ habe. Laut der Schilderung Maximilian Scheers in einer Emigrantenzeitung wurde Gründgens´ Zusage „erpreßt und belohnt“ – der Wahrheitsgehalt von Scheers Schilderung ist jedoch unklar. Schließlich erhielt Gründgens einen Vertrag mit einer Laufzeit von sechs Jahren. Über seine Motive zur Annahme ist in den folgenden Jahrzehnten viel spekuliert worden. Retrospektiv betonte er, er sei von einer kurzen Lebensdauer des Regimes ausgegangen und habe seine Aufgabe darin gesehen, „die Staatstheater [...] über diese Spanne der Torheit hinüberzuretten“. Im April 1934 erhielt er von Göring den neuen Titel eines „Preußischen Staatsschauspielers“ verliehen.

In den folgenden Jahren profitierte Gründgens von seiner Stellung als Protegé Görings, der seinen Günstling u.a. gegen andere hohe NS-Funktionäre in Schutz nahm. Während Rosenberg Gründgens gegenüber feindlich eingestellt war, war Goebbels´ Haltung ambivalent. Es gibt mehrere Hinweise auf Hitlers Abneigung gegen Gründgens, die aber nicht zu konkreten Aktivitäten führten. Als die Verhaftungen Homosexueller Ende 1934 sprunghaft zunahmen, reichte Gründgens ein Rücktrittsgesuch ein, das sein Biograph Blubacher als mutige Form des Taktierens wertet und das dazu führte, dass Göring sich erneut hinter ihn stellte. Im November 1935 wurde er zum Präsidialrat ernannt und in den Reichskultursenat berufen, obwohl sich Reichsdramaturg Rainer Schlösser mit Verweis auf Gründgens´ Homosexualität und die Tatsache, dass „seine positive Einstellung zum Nationalsozialismus doch erst von gestern ist“, gegen die Ernennung aussprach. Nach 1945 behauptete Gründgens, er sei nicht gefragt worden und habe keine Möglichkeit gehabt, gegen die Ernennung zu protestieren. Im Februar 1936 erhielt Gründgens durch Vermittlung Görings eine Audienz bei Hitler. Nach einem Angriff auf Gründgens im NS-Organ *Völkischer Beobachter* im Mai 1936 floh er in Panik in die Schweiz. Erst nach einem persönlichen Telefonat mit Göring kehrte er zurück, in der Folge wurden die verantwortlichen Redakteure demonstrativ verhaftet und Gründgens erhielt den Titel eines Preußischen Staatsrats. Dem Autor Erich Ebermayer zufolge, der mit Gründgens persönlich zu tun hatte, habe dieser immer wieder „seine aufrichtige Liebe und Verehrung zu Göring“ betont, über andere Nationalsozialisten dagegen mit Skepsis und Ironie gesprochen.

Nationalsozialistische Überzeugungen sind bei Gründgens nicht auszumachen, auch wurde er kein Mitglied der NSDAP (lediglich 1934 der NSV). Er profitierte aber materiell enorm von seiner Position: Er erhielt seit 1936 ein Gehalt und eine Dienstaufwandsentschädigung von zusammen 200.000 RM im Jahr und leistete sich „fürstliche“ Anwesen. Gründgens fokussierte sich darauf, „unpolitische“ Stücke wie Klassikerinszenierungen oder Unterhaltung auf die Bühne zu bringen, die aber gleichzeitig dem Interesse der nationalsozialistischen Machthaber nach unpolitischer Zerstreuung der Bevölkerung entgegenkamen. Auch wenn Gründgens sich allzu platter NS-Propaganda verweigerte, inszenierte er Stücke des Nationalsozialisten Hans Rehberg und Mussolinis „Cavour“. Peter Jammerthal spricht von einer „weitgehende[n] In-

tegration“ von Gründgens´ künstlerischer Arbeit in die Kulturpolitik des NS-Staates. In seine Verantwortung fielen auch Gastspiele für die Partei, etwa zur Feier der NS-Machtübernahme oder im Rahmen der NSDAP-Gaukulturwochen, und zur „Truppenbetreuung“, sowie „Wehrmachtstourneen“ im Zweiten Weltkrieg. Er unterstützte aber auch seinen Regisseur Jürgen Fehling, als dieser 1937 „Richard III.“ mit deutlich kritischen Bezügen zum Nationalsozialismus aufführte, weshalb Goebbels dessen Absetzung forderte. Im Dezember 1937 wurde Gründgens zum Generalintendanten ernannt. Bei seiner Inszenierung von Schillers „Räuber“ 1944 entfernte er Hinweise auf den jüdischen Hintergrund einer Figur, was zu Protesten des Geschäftsführers der NSDAP-Reichstagsfraktion Hans Fabricius führte, der im Stück eine vertane Möglichkeit erblickte, den „Krieg gegen das Weltjudentum“ deutlich zu machen. Neben seiner Intendantentätigkeit wirkte Gründgens an mehreren Filmen mit, darunter auf Druck Goebbels´ auch am anti-britischen Film „Ohm Krüger“ (1941) sowie weiteren Propagandafilmen. Gleichzeitig schrieb er dem Produktionsleiter, „von einer umziemlichen Propaganda mit meinem Namen abzusehen“. Eine Mitwirkung an antisemitischen Filmen wie „Jud Süß“ oder „Der Kaufmann von Venedig“ lehnte Gründgens ab. Er drehte auch eigene Filme, von denen nur „Zwei Welten“ der nationalsozialistischen Ideologie streckenweise Konzessionen machte.

1934 erwarb Gründgens ein Herrenhaus in der Gemeinde Zeesen vom „halbjüdischen“ Juristen Rudolf Goldschmidt, der das Deutsche Reich im Jahr zuvor verlassen hatte und sich angesichts der politischen Situation zum Verkauf gezwungen sah. Den Kauf wickelte der Gerichtsassessor Gerd Voss ab, ein SA-Sturmführer, der die Kaufverhandlungen in Uniform führte und Goldschmidt erklärte, dass dieser „froh sein könne, überhaupt etwas zu bekommen“ (so Goldschmidt). Vor diesem Hintergrund lässt sich der Vorgang als „Arisierung“ einordnen. Gründgens selbst war bei den Verhandlungen nicht anwesend und Goldschmidt erklärte später, es für „absolut möglich“ zu halten, dass dieser von den Umständen des Verkaufes und dem Auftreten Voss´ nichts gewusst haben könnte.
1936 zog Gründgens in die Wohnung des Regisseurs Max Reinhardt, der drei Jahre zuvor aus Deutschland geflohen war und sich in einem privaten Brief darüber beklagte, dass Gründgens „meine Wohnung, meine Wandbilder und Einrichtungen [besitzt], die man mir ohne ein Wort einfach weggenommen hat“, und sich jeder Äußerung darüber enthalte. 1939 wurde schließlich ein Dienstwohnhaus in Berlin für Gründgens errichtet, für dessen Bau Zwangsarbeiter herangezogen wurden. Im November 1943 wurde es durch Bomben zerstört.

Es sind mehrere Fälle belegt, in denen sich Gründgens für Mitarbeiter/innen seines Theaters einsetzte, die beispielsweise als „jüdisch versippt“ galten. Dabei nutzte er u.a. seine Kontakte zu Göring, dessen Frau Emmy am Staatstheater arbeitete, sowie dessen engen Mitarbeiter/innen. Als im Januar 1938 sein Freund und Kollege Erich Zacharias-Langhans festgenommen wurde und dessen Einweisung in ein KZ drohte, erreichte Gründgens bei Göring seine Freilassung. Zacharias-Langhans wurde daraufhin des Landes verwiesen. Der Einsatz Gründgens´ für seine Schauspielerkollegen war jedoch keineswegs besonders gefährlich, da viele mit Jüdinnen verheiratete Künstler von der Reichstheaterkammer Sondergenehmigungen und sogar Hilfe von Goebbels persönlich erhielten. Laut der „Halbjüdin“ Adelheid Seeck erklärte

Gründgens ihr, sie „durchzubringen“ und ermunterte sie dazu, angesichts ihrer Gefährdung als überzeugte Nationalsozialistin aufzutreten. Anfang der 1940er Jahre ließ Gründgens Schauspieler-Familien angesichts der Deportationen sogar im Staatstheater übernachten und informierte beispielsweise die Frau von Paul Henckels über eine bevorstehende Razzia.

Seitens der deutschen Kulturschaffenden im Exil wurde Kritik an Gründgens laut. Klaus Manns Roman „Mephisto“, der 1936 zunächst in der deutschsprachigen *Pariser Tageszeitung* abgedruckt wurde und dann als Buch erschien, porträtierte einen Intendanten namens Höfgen, dessen Figur offensichtlich auf Gründgens verwies, als charakterlosen Karrieristen im „Dritten Reich“. Manns Roman trug wesentlich zum Gründgens-Bild der kommenden Jahre mit bei. Der Schriftsteller Carl Zuckmayer, der im Exil 1943 für den US-amerikanischen Auslandsgeheimdienst OSS Dossiers über deutsche Kulturschaffende anfertigte, stufte Gründgens dagegen nicht als „positiv (vom Nazi-Einfluss unberührt, widerstrebend, zuverlässig)“, aber auch nicht als „negativ (Nazis, Anschmeisser, Nutzniesser, Kreaturen)“ ein, sondern sah in ihm einen „Sonderfall“, der sich mit einer „brillianten Taktik“ Freiräume geschaffen und „vielen Künstlern geholfen“ habe, aber auch eine „Beziehung zur Macht“ einnehme, die „zynisch“ und „selbstgefährdend“ sei. Der Emigrant Fritz Kortner bewertete Gründgens´ Theater nach Kriegsende sogar als „Zufluchtsstätte des unterdrückten, vorhitlerischen Theaterstils“.

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden Gründgens und sein Ensemble für „Wehrmachtstourneen“ herangezogen. Im Februar 1943, nach Goebbels´ Rede im Sportpalast, bat Gründgens Göring um seine Freistellung für den Wehrdienst. In Utrecht absolvierte er eine militärische Grundausbildung. Retrospektiv gab er als Gründe für diesen Schritt „Protest“ gegen die Ausrufung des „Totalen Krieges“ und die Angst vor dem KZ an. Gleichzeitig erhielt er bei seinem Wehrdienst Sonderkonditionen, die ihm Abreisen zum Theater nach Berlin ermöglichten. Im September 1943 wurde er zum Unteroffizier, im Januar 1944 zum Wachtmeister befördert. Im September 1944 ordnete Goebbels die Schließung aller Theater an. Als Gründgens im Herbst 1944 gebeten wurde, einen Beitrag für ein Buch zu verfassen, das als Treuebekenntnis deutscher Künstler und Wissenschaftler zu Hitler dienen sollte, lehnte er ab.

Zur Biographie nach 1945

Nach dem Einmarsch der Roten Armee in Berlin wurde Gründgens von der Besatzungsmacht mehrfach verhört und anschließend wieder freigelassen. Im Mai 1945 begann er mit Theaterproben, wurde jedoch im Juni erneut vom NKWD inhaftiert, obwohl sich der Präsident der neu eingerichteten Kammer der Kunstschaffenden Paul Wegener zu seinen Gunsten geäußert und Gründgens als „antinazistisch“ bezeichnet hatte. In einem „Speziallager“ bei Frankfurt an der Oder interniert, arrangierte Gründgens Theateraufführungen für seine Mithäftlinge. 1946 erreichten die Sowjetische Militäradministrationen zwei Petitionen, die sich für Gründgens´ Freilassung aussprachen. Entscheidend war jedoch die Aussage des kommunistischen Schauspielers Ernst Busch, der erklärte, Gründgens habe ihm faktisch das Leben gerettet, nachdem er 1942 in deutsche Gefangenschaft geraten war. Nach Gründgens´ Freilassung endete seine Entnazifizierung zunächst im April 1946 mit der Entscheidung, dass er nicht als „Nutznießer im üblichen Sinne“ anzusehen sei, da er bereits vor 1933 ein bekannter Schauspieler gewesen

sei. Belastend fiel der Kauf des Gutes in Zeesen ins Gewicht sowie seine Kapitulation „vor den kulturpolitischen Forderungen des Dritten Reiches“, für ihn sprach die Hilfe für politisch oder „rassisch“ Verfolgte. Zuvor hatten viele seiner früheren Mitarbeiter für ihn ausgesagt und ihm eine „antifaschistische Einstellung“ sowie die praktische Unterstützung für bedrohte Personen bescheinigt. Der mit einer Jüdin verheiratete Schauspieler Paul Bildt nannte das Staatstheater unter Gründgens in diesem Zusammenhang „eine Insel gegen den Faschismus“. Entschieden wurde, dass Gründgens weiter als Schauspieler arbeiten dürfe, jedoch nicht in leitender Funktion, z.B. als Regisseur oder Theaterleiter.

Im März 1946 wurde Gründgens an das Deutsche Theater Berlin berufen. Ein Jahr später übernahm er die Generalintendanz der Städtischen Bühnen Düsseldorf. In Düsseldorf durchlief er 1947 ein zweites Entnazifizierungsverfahren, bei dem er zunächst als unbelastet in Kategorie V, von der britischen Militärregierung dann unter Verweis auf seine Mitwirkung an Propagandafilmen jedoch als „Mitläufer“ in Kategorie IV eingestuft wurde. Im März 1948 konnte Gründgens schließlich in der Berufung seine Entlastung erreichen. In der Folge stellte er verschiedenen Personen, darunter Emmy Göring und den antisemitischen Regisseuren Fritz Hippler und Veit Harlan, Entlastungszeugnisse in deren Verfahren aus.
1953 wurde Gründgens das Bundesverdienstkreuz verliehen. Er kehrte 1955 nach Hamburg zurück, wo er Generalintendant des Deutschen Schauspielhauses wurde. 1959 verlieh ihm die Hansestadt die Medaille für Kunst und Wissenschaft. 1963 ging er in den Ruhestand. Am 7. Oktober 1963 starb Gustaf Gründgens in seinem Hotelzimmer in Manila an einer Überdosis Schlaftabletten. 1971 wurde eine Straße in Hamburg-Steilshoop nach ihm benannt, nachdem erste Forderungen nach einer Straßenbenennung bereits wenige Monate nach Gründgens´ Tod erhoben worden waren.

Die Debatte um Klaus Manns Roman „Mephisto“ riss in den Nachkriegsjahrzehnten nicht ab. 1949 wurde eine Veröffentlichung von Manns Verlag abgelehnt. 1952 und 1957 ging Gründgens juristisch gegen eine Veröffentlichung vor. Seit 1963 gab es einen erneuten Rechtsstreit, der mit einem Verbot und der Abweisung einer Verfassungsbeschwerde gegen dieses 1971 endete. 1981 wurde das Buch dennoch von Rowohlt herausgebracht. Es sorgte immer wieder für Debatten um Gründgens´ Rolle in der NS-Zeit. Als der Deutsche Bühnenverein 1987 einen Gustaf-Gründgens-Preis ins Leben rufen wollte, kam es zu Protesten, die auf Gründgens´ Verhalten in der NS-Zeit verwiesen. Die Idee wurde daraufhin fallengelassen. Peter Michalzik hat in seiner Biographie von einem „Mythos Gründgens“ gesprochen, der mit seinen Figuren des „Mephisto“ und des zynischen Opportunisten das Bild des Schauspielers und Intendanten im „Dritten Reich“ bis heute präge. Gleichzeitig sei es zu einer Glorifizierung gekommen, die in zahlreichen apologetischen Büchern über Gründgens zum Ausdruck gekommen sei.

Fazit

Der Schauspieler und Theaterintendant Gustaf Gründgens arrangierte sich 1933 mit den nationalsozialistischen Machthabern und fungierte als künstlerisches Aushängeschild des Regimes, ohne dessen Ideologie zu teilen oder Parteimitglied zu werden. Seine Position beruhte

auf der persönlichen Patronage Görings, von der er materiell in enormem Maße profitierte (ebenso wie von der „Arisierung“ eines Landgutes), die er in mehreren Fällen aber auch zugunsten bedrohter und verfolgter Mitarbeiter/innen und Kolleg/innen nutzte. Er versuchte sich der expliziten ideologischen Vereinnahmung zu entziehen, konnte dies aber nicht vollständig durchhalten.

Literatur und Quellen

o.A.: Gustaf Gründgens, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; Renate Berger: Tanz auf dem Vulkan. Gustaf Gründgens und Klaus Mann, Darmstadt 2016; Peter Jammerthal: Die „erste Bühne des Reiches“. Gustaf Gründgens und das Berliner Staatstheater, in: Wolfgang Benz/Peter Eckel/Andreas Nachama (Hg.): Kunst im NS-Staat. Ideologie, Ästhetik, Protagonisten, Berlin 2015, S. 219-230; Jonathan Petropoulos: Artists under Hitler. Collaboration and Survival in Nazi Germany, New Haven 2014; Thomas Blubacher: Gustaf Gründgens. Biographie, Leipzig 2013; Erich Ebermayer: Eh´ ich´s vergesse... Erinnerungen an Gerhart Hauptmann, Thomas Mann, Klaus Mann, Gustaf Gründgens, Emil Jannings und Stefan Zweig, hg. von Dirk Heißerer, München 2005; Carola Stern: Auf den Wassern des Lebens. Gustaf Gründgens und Marianne Hoppe, Köln 2005; Astrid Froese: Gründgens, Gustaf Heinrich Arnold, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 2, Hamburg 2003, S: 160-162; Carl Zuckmayer: Geheimreport, hg. von Gunther Nickel und Johanna Schrön, Göttingen 2002; Dagmar Walach: Aber ich habe nicht mein Gesicht. Gustaf Gründgens – eine deutsche Karriere. Ausstellungskatalog, Berlin 1999; Michael Matzigkeit/Winrich Meiszies (Hg.): Gustaf Gründgens – Ansichten eines Schauspielers. Bilder einer Legende, Düsseldorf 1999; Peter Michalzik: Gustaf Gründgens. Der Schauspieler und die Macht, Berlin 1999; Rolf Badenhausen (Hg.): Gustaf Gründgens: „Laß mich ausschlafen“. Neue Quellen zur Wirklichkeit und Legende des großen Theatermannes, München/Wien 1982; Hamburger Abendblatt, 1949-2017; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 131-1 II, 459; StAHH, 131-1 II, 4588; StAHH, 135-1 VI, 1418; StAHH, 213-11, 8257/38; StAHH, 363-4, 164; StAHH, 731-8, A 757 Gründgens, Gustaf.

(29) Konrad Hager

Lebensdaten: 30.7.1893 – 1980
Tätigkeiten: Unternehmer
Straßenname: Konrad-Hager-Straße (1987 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Konrad Hager wurde im Juli 1893 in Elmshorn geboren, in Berlin ging er zur Schule.
Im Januar 1922 gründete er gemeinsam mit Adolf Thiessen die Firma Hansa Metallwarengesellschaft mbH Thiessen & Hager, bei der es sich um eine Ausgliederung als Vertriebsgesellschaft aus der Eisenwarenfirma Eduard Vossloh handelte. Über Konrad Hagers Leben in der Zeit vor 1933 ist nur wenig bekannt, laut seinen eigenen Angaben in der Entnazifizierung gehörte er keiner politischen Partei an.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Der NSDAP gehörte Konrad Hager nicht an. Als Unternehmer wurde er 1934 Mitglied in der Deutschen Arbeitsfront (DAF). Sein jährliches Einkommen stieg während des „Dritten Reiches“ nur geringfügig an und schwankte 1933-1945 zwischen rund 19.000 und 26.000 RM. 1935 erwarben Hager und seine Frau ein Grundstück an der Elbchaussee.
Hager gab in der Entnazifizierung an, seine Firma sei 1938 von der SS zu einer „Förderungsleistung“ aufgefordert worden und habe daraufhin, „nachdem ihr staatsfeindliche Haltung vorgeworfen wurde“, monatlich 4 RM gespendet. Dies habe dazu geführt, dass sowohl er als auch Thiessen unaufgefordert Mitgliedsbücher als „fördernde Mitglieder der SS“ (FM-SS) erhalten hätten, die 1943 bei Bombenangriffen verbrannt seien. Wie Bastian Hein gezeigt hat, warb die SS nach der „Machtergreifung“ tatsächlich aggressiv um Spender/innen, allerdings primär im Zeitraum 1933/34. In Bezug auf die fördernde Mitgliedschaft ist insofern auch von einer „Schutzgeldfunktion“ gesprochen worden. Hein schätzt die Zugehörigkeit zu den FM-SS vor diesem Hintergrund als „weder völlig harmlos noch als schwer belastend“ ein. Vermutlich Anfang der 1940er Jahre trat Hager dann auch der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) bei.

Seit den 1920er Jahren hatte sich Konrad Hager als Kunstsammler betätigt und mehrere Werke des Malers Karl Hofer (1878-1955) erworben, zu dem er in der Folge eine enge Bekanntschaft entwickelte. Hofer positionierte sich öffentlich gegen den Nationalsozialismus. Seine Kunst wurde als „entartet“ und „marxistisch-jüdisch“ attackiert – um seinen Ausschluss aus der Reichskammer der bildenden Künste abzuwenden, bat er allerdings seine jüdische Ehefrau, die Scheidung einzureichen. Diese wurde schließlich deportiert und in Auschwitz ermordet. Hager korrespondierte mehrfach mit Hofer während des „Dritten Reiches“. So bat dieser ihn 1944 etwa darum, ihm „erneut“ Malutensilien zu verschaffen.

Zur Biographie nach 1945
Über Hagers Biographie nach 1945 ist nur wenig bekannt. In der Entnazifizierung wurde er – wohl da er nicht in der NSDAP Mitglied war – nicht kategorisiert.

Für eine Hofer-Ausstellung in der Hamburger Kunsthalle stellte Konrad Hager 1954 Ölbilder und Zeichnungen als Leihgabe zur Verfügung. 1964 brachte das *Hamburger Abendblatt* einen Bericht über Hagers Haus an der Elbchaussee, das als „Hort der Kunst“ mit einer „einzigartige[n] Hofer-Sammlung“ charakterisiert wurde. Der Autor Eberhard von Wiese berichtete zudem von knapp 400 Briefen Hofers an die Familie Hager und betonte mit Blick auf die NS-Zeit: „Damals bewährte sich die Freundschaft zwischen dem Kaufmann und dem Künstler.“ 1980 starb Konrad Hager.

Fazit

Eine Beurteilung der Rolle von Konrad Hager im „Dritten Reich“ fällt nicht leicht, da nicht viel über ihn bekannt ist. Kein NSDAP-Mitglied, ist er formal vor allem durch seine fördernde SS-Mitgliedschaft belastet. Da die Umstände dieser Mitgliedschaft aber unklar bleiben und ein – von Hager zur Entlastung angeführter – Druck der SS nicht auszuschließen ist, kann die Fördermitgliedschaft nicht als schwere Belastung eingestuft werden. Hagers Agieren im Rahmen seiner Freundschaft oder Bekanntschaft zu dem von den Nationalsozialisten attackierten Maler Karl Hofer harrt einer Aufarbeitung, die erst im Zuge einer Auswertung ihres umfangreichen Briefwechsels (u.a. im Kunstarchiv Arntz in Haag/Oberbayern) möglich erscheint.

Literatur und Quellen

Frauke Steinhäuser: Konrad Hager, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; Andreas Hüneke: Karl Hofer und der Nationalsozialismus, in: Wolfgang Ruppert (Hg.): Künstler im Nationalsozialismus. Die „Deutsche Kunst“, die Kunstpolitik und die Berliner Kunsthochschule, Köln/Weimar/Wien 2014, S. 167-175; Bastian Hein: Elite für Volk und Führer? Die Allgemeine SS und ihre Mitglieder 1925-1945, München 2012; Karl Hofer: Malerei hat eine Zukunft. Briefe, Aufsätze, Reden, hg. von Andreas Hüneke, Leipzig/Weimar 1991; Ida Katherine Rigby: Karl Hofer, New York/London 1976; Karl Hofer: Erinnerungen eines Malers, Berlin 1953; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Nachrichten 1930-1945; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI; StAHH, 221-22, C (I) 2972; StAHH, 731-8, A 902 Hansa-Rollo Thießen & Hager.

(30) Christopher Harms

Lebensdaten: 2.8.1908 – 25.2.1982
Tätigkeiten: Schuhmachermeister
Straßenname: Christopher-Harms-Weg (2003 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Christopher Harms wurde 1908 in Kirchwärder geboren. Von seinem Vater lernte er das Handwerk des Schuhmachers.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Am 28. Mai 1937 beantragte Christopher Harms, nach der partiellen Aufhebung der Mitgliedersperre, seine Aufnahme in die NSDAP. Rückwirkend zum 1. Mai 1937 wurde er aufgenommen. Mit 30 Jahren, im Dezember 1938, legte Harms die Meisterprüfung als Schuhmacher ab. Im Zweiten Weltkrieg wurde er eingezogen und geriet in russische Kriegsgefangenschaft, aus der er erst 1949 zurückkehrte.

Zur Biographie nach 1945
Im Februar 1982 starb Christopher Harms. Da seine 1934 geschlossene Ehe kinderlos geblieben war, vermachte er sein Vermögen einer neu zu gründenden Stiftung, die bedürftige Kinder in den Vier- und Marschlanden unterstützen sollte. 1984 wurde die Christopher-Harms-Stiftung ins Leben gerufen. 1993 berichtete die *Bergedorfer Zeitung*, dass die Stiftung jährlich 20.000 DM in Form von Gutscheinen und Ferienzuschüssen vergebe. 2003 wurde ein Weg in Kirchwerder nach Christopher Harms benannt.

Fazit
Über den Schuhmachermeister Christopher Harms ist nur sehr wenig bekannt, auch ein Entnazifizierungsfragebogen konnte nicht ermittelt werden. Jenseits seiner formalen NSDAP-Parteimitgliedschaft seit 1937 kann deshalb kaum etwas über sein Agieren im „Dritten Reich“ ausgesagt werden.

Literatur und Quellen

Frauke Steinhäuser: Christopher Harms, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; De Latücht. Verbandszeitung des Kulturkreis-Verbandes Vierlande, Nr. 13, Juni 1993; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 621-2/30; StAHH, 135-1 VII, 1552.

(31) Gerhart Hauptmann

Lebensdaten: 15.11.1862 – 6.6.1946
Tätigkeiten: Schriftsteller, Dramatiker
Straßenname: Gerhart-Hauptmann-Platz (1946 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Gerhart Hauptmann wurde als Sohn eines Hotelbesitzers 1862 im schlesischen Bad Salzbrunn geboren. Er besuchte von 1874 bis 1878 die Realschule in Breslau und machte im Anschluss eine landwirtschaftliche Ausbildung auf dem Gut seines Onkels. Von 1880 bis 1882 besuchte er die Kunst- und Gewerbeschule in Breslau, um Bildhauerei zu lernen, brach das Studium aber ab. In den folgenden Jahren begann er an Universitäten in Jena, Dresden und Berlin in unterschiedlichen Fächern mehrfach erneut mit einem Studium, beendete jedoch keines davon. 1885 heiratete er und bekam in den folgenden Jahren drei Söhne.

Seit 1889 verfasste Hauptmann mehrere Dramen, von denen „Die Weber“ (1892), das in sozialkritischer Form den Aufstand der schlesischen Weber/innen 1844 behandelt, als bedeutendstes gilt. Seit 1901 wohnte Hauptmann in einem eigenen Anwesen im schlesischen Agnetendorf. 1905 trat er der von Alfred Poetz gegründeten „Gesellschaft für Rassenhygiene“ bei, im selben Jahr wurde er zum Ehrenmitglied der Berliner Künstlervereinigung „Secession“ ernannt. Seit den 1890er Jahren erhielt Hauptmann zahlreiche Ehrungen, u.a. wurde er Ehrendoktor der Universitäten Leipzig und Oxford. Bereits 1909 erschien eine Werkausgabe Hauptmanns. 1912 wurde er mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet.

Hauptmann stand Wilhelm II. und dem Kaiserreich zwar kritisch gegenüber, pflegte aber ein Selbstbild als unpolitischer Künstler. Bereits in den 1890er Jahren begann sein Aufstieg zum etablierten Dichter des bürgerlichen Theaters, seit der Jahrhundertwende galt er als Repräsentant des literarischen Deutschlands. Hauptmanns politisches Denken war von einem kulturellen Nationalismus geprägt, bei der die Idee einer „deutschen Nation“ eine zentrale Rolle spielte. Den Beginn des Ersten Weltkrieges begrüßte er, veröffentlichte Kriegsgedichte, trat für die Expansionspolitik ein und lehnte die These einer deutschen Kriegsschuld ab. Im November 1918 bekannte er sich zur Republik und galt als Dichter des neuen Staates. 1921 lehnte er die Bitte ab, als Reichspräsident zu kandidieren. In Gesprächen in den 1920er Jahren betonte er seinen Abstand zur Politik und zur Parteipolitik, die seiner Auffassung nach den „Volksorganismus“ spalte. Er verortete sich „in der Mitte“ oder „demokratisch“, behielt aber einen positiven Bezug auf Deutschland als „starke Nation“ bei. 1920 erklärte er: „Der Mensch im Deutschen steht mir [...] höher als der Deutsche im Menschen.“ Zu seinem 70. Geburtstag 1932 wurde er mit zahlreichen Ehrungen gewürdigt, u.a. dem Goethe-Preis der Stadt Frankfurt.

In einem Gespräch mit Joseph Chapiro, das posthum veröffentlicht wurde, reflektierte Hauptmann, der mit zahlreichen jüdischen Personen befreundet war, 1929 sein Verhältnis zu „den Juden“ und erklärte, dass ihm „jedes antisemitische Gefühl immer fremd“ gewesen sei. Dabei zeichnete sich seine Haltung einerseits durch einen starken Philosemitismus, anderer-

seits aber auch durch extrem stereotype und homogenisierende Bilder aus. Zwar erklärte er, „Deutsche Juden sind Deutsche im besten Sinne des Wortes“, sah ihre Rolle aber vor allem in der Verbreitung der deutschen Kultur. Im Nationalsozialismus sah Hauptmann zunächst einen romantischen Protest der Jugend, nannte ihn 1932 „eine große Kinderei“, lehnte es aber ab, einen Aufruf Thomas und Heinrich Manns gegen den Aufstieg der NSDAP zu unterzeichnen. Gleichzeitig ging er seit den späten 1920er Jahren auch zur Demokratie zunehmend auf Distanz und bewunderte Mussolini. Von völkisch-rechter und nationalsozialistischer Seite wurde Hauptmann vor 1933 als Vertreter der Republik und „Leibdichter des Marxismus“ attackiert.

Zur Rolle im Nationalsozialismus

Den Ereignissen von 1933 stand Hauptmann seinem Biographen Peter Sprengel zufolge „ambivalent“ gegenüber, in seinen privaten Korrespondenzen und Notizen finden sich widersprüchliche Äußerungen. Nach anfänglicher Skepsis bekannte er sich nach außen mehr und mehr zum neuen Regime. Im März unterzeichnete er ein Revers, auf dem sich die Mitglieder der Sektion für Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste zur Loyalität gegenüber der neuen Regierung bekannten. Auf Anweisung Hauptmanns wurde sein Anwesen auf Hiddensee zum 1. Mai mit der Hakenkreuzfahne beflaggt. Von Adolf Hitler zeigte er sich offen begeistert, so erklärte er, dessen „Friedensrede“ vom 17. Mai „müßte man in ganz Deutschland anschlagen“. Im Juni las Hauptmann Hitlers „Mein Kampf“, das er in seinen Aufzeichnungen als „sehr bedeutsam“ bezeichnete, aber zum Teil auch mit kritischen Kommentaren versah. Im Juli richtete er zum 50. Geburtstag von Mussolini ein Glückwunschtelegramm an diesen, in dem er ihn den „großen Führer seines Volkes“ nannte und seine „Verehrung“ aussprach. Im August nahm er auf Hiddensee an einem „Deutschen Abend“ teil, bei dem u.a. das Horst-Wessel-Lied gesungen wurde und Hauptmann den Hitler-Gruß machte. Die Bücherverbrennungen bagatellisierte er in einem Tagebucheintrag als „reine Albernheit“. Zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund verfasste Hauptmann – auf Verlangen des Reichspropagandaministeriums – eine zustimmende Stellungnahme, die im November unter dem nicht von ihm stammenden Titel „Ich sage Ja“ in zahlreichen deutschen Zeitungen abgedruckt wurde – in einem privaten Schreiben sprach er von einem „hundertprozentige[n] Betrug“. An der Eröffnung der Reichskulturkammer im November nahm er in Anwesenheit Hitlers teil, was öffentlich ebenfalls als Bekenntnis zum Regime verstanden wurde. Eine Unterzeichnung des „Treugelöbnisses“ deutscher Schriftsteller auf Hitler hatte er jedoch zuvor abgelehnt.
Der NSDAP trat Hauptmann nicht bei. Ein Tagebucheintrag Harry Graf Kesslers vom Oktober 1933 legt nahe, dass Hauptmann einen Antrag auf Aufnahme stellte, der nicht bewilligt wurde. Bei dieser Angabe handelt es sich jedoch mit größter Wahrscheinlichkeit um ein falsches Gerücht in Emigrantenkreisen.

Zahlreiche von Hauptmanns Freunden und Bekannten waren Juden und emigrierten 1933 aus Deutschland. Auf ihr Drängen, sich öffentlich gegen den Nationalsozialismus zu positionieren, ging Hauptmann nicht ein. Seine Äußerungen gegenüber der Notlage emigrierter Juden zeigen sein Unverständnis und seine Verkennung der Situation, aber auch seine zunehmende Distanznahme. Nichtsdestotrotz unterstützte Hauptmann jüdische Emigranten wie Chapiro finanziell, und für den als Dozent entlassenen Maler Johannes Avenarius setzte er sich mit

einem Schreiben ein. 1934 nahm er an den Beerdigungen seiner jüdischen Freunde Max Pinkus und Samuel Fischer teil. Fischer würdigte er mit einem Nachruf, auf den die NS-Presse mit scharfer Kritik reagierte. Die NS-Rassenpolitik lehnte Hauptmann, wenn auch nicht öffentlich, ab.
Hauptmanns Verhalten in den ersten Monaten der NS-Herrschaft führte zum Teil zu wütenden Protesten früherer Bekannter aus dem Exil. So schrieb ihm Gertrud Brahm im September, dass „Wir Juden von Ihnen eher erwarten durften, daß Sie uns hilfsbereit entgegenkommen... als eine Hakenkreuzfahne auf Ihrem Dach zu hissen". Alfred Kerr veröffentlichte im Oktober einen polemischen Artikel, in dem er von „Hauptmanns Schande" sprach, diesen als „Feigling" bezeichnete und ihm vorwarf, vor den Machthabern zu „kriechen". Hauptmann selbst reagierte wütend, sprach von einer „Verleumdungskampagne" und belegte Kerr mit zahlreichen Schimpfwörtern, darunter antisemitischen wie „Parasit", „Ghettojude" und „Judas".

Die Haltung der nationalsozialistischen Machthaber zu Hauptmann, der lange als Dichter der Republik gegolten hatte, war ebenfalls ambivalent. So wurden 1933 Straßen und Schulen, die nach Hauptmann benannt waren, umbenannt. Während in der Presse zum Teil ein Bild völkisch-nationalistischer Kontinuität im Denken Hauptmanns gezeichnet wurde, wurden seine Werke eher akzeptiert als herausgestellt – einzelne Stücke wie „Die Weber" durften nicht aufgeführt werden. Während Alfred Rosenberg für ein generelles Verbot von Hauptmanns Werken und dessen Exilierung eintrat, nahm Goebbels eine differenzierte Position ein und notierte 1936, es sei „besser, er ist unser Freund als unser Feind". Die NS-Führung hatte dabei vor allem die Wirkung auf das Ausland im Blick. Das 1933 vollendete Stück „Die Goldene Harfe" wurde nach anfänglichem Verbot durch das Reichspropagandaministerium auf ausdrücklichen Wunsch Hitlers am „Tag der Deutschen Kunst" aufgeführt und in die propagandistische Inszenierung des Regimes integriert. Hauptmann zeigte sich mitunter bereit, sich den neuen politischen Tendenzen anzupassen, etwa wenn er sich 1934 vergeblich um eine Aufführung seines als „nordisch" geltenden Stückes „Veland" bemühte. 1940 kam es zu Protesten von NS-Stellen gegen die Aufführung von Hauptmanns Stück „Elga", dem die „Verherrlichung nichtdeutscher Menschen" vorgeworfen wurde.

In den seit 1933 entstandenen Dramen Hauptmanns wahrte er weitgehend Distanz zur politischen Realität. Eine Ausnahme bildete das nach dem Tod von Pinkus verfasste Drama „Die Finsternisse", in dem das „jüdische Schicksal" mit Anteilnahme verhandelt wurde. Dabei griff Hauptmann aber auch auf stereotype und antijüdische Bilder wie die Gestalt des „Ewigen Juden" (Ahasver) zurück. Das Schauspiel wurde nicht veröffentlicht und das Original 1942 aus Furcht vor der Entdeckung durch die Gestapo von Hauptmann vernichtet. Ein 1939 entstandenes Dramenfragment mit dem Titel „Die Isaurier", in dem eine Schreckensherrschaft in einer besetzten Stadt porträtiert wird, wurde in der Forschung als mögliche „KZ-Dichtung" und kritische Darstellung des NS-Terrors interpretiert. In den frühen 1940er Jahren entstanden Dramen mit antiken Motiven, die später so genannte Atriden-Tetralogie.
Im „Dritten Reich" entstanden insgesamt vier Filme nach Dramen Hauptmanns, von denen „Der Herrscher" (1937) eindeutig im Dienste der NS-Propaganda stand. Hauptmann hatte seine Genehmigung für die Verfilmung gegeben, ohne das Drehbuch zu lesen. Der NS-

Kulturpolitik insgesamt stand Hauptmann, wie seine Tagebuchnotizen belegen, jedoch kritisch gegenüber.

Hauptmanns Haltung zur Verfolgung der Juden war zunehmend stärker von Ausblendung gekennzeichnet. Als seine jüdische Schwiegertochter 1935 Berufsverbot erhielt, setzte er sich noch in „halbherziger Art“, wie Sprengel schreibt, für sie ein. In seinen Tagebuchnotizen fanden sich nun aber auch Äußerungen mit antisemitischem Charakter, so wenn er 1937 schrieb, er sei von Juden ausgenutzt worden, die mit ihm ein Vermögen gemacht hätten. Ein Jahr später stufte er seine eigene Haltung zur „Judenfrage“ als „sentimental“ ein. 1941 äußerte er allerdings auch sein Erschrecken über die Einführung des „Judensterns“. Gegenüber exilierten Juden verhielt er sich zunehmend vorsichtiger, so ließ er 1937 einen Empfang Gottfried Bermann Fischers in Wien für ihn absagen, da er Schwierigkeiten für sich befürchtete. Trotz zweier Schreiben an Hauptmann aus den frühen 1940er Jahren, in denen ihm von der Ermordung von Juden berichtet wurde, sind keine Reaktionen von ihm dazu überliefert.

Die außenpolitischen Aggressionen des Deutschen Reiches begrüßte Hauptmann. 1936 erklärte er in einer Stellungnahme zur Remilitarisierung des Rheinlandes, dass er sich „in diesem weltgeschichtlichen Augenblick mit dem geschlossenen Willen von Führer und Volk durchaus einig fühle“. Mit einer Radioansprache „An die Deutschen in Übersee“ stellte sich Hauptmann anlässlich seines 75. Geburtstages 1937 in den Dienst der NS-Propaganda. 1938 zeigte er sich begeistert vom Anschluss Österreichs und dem Einmarsch in die Tschechoslowakei. Zum Überfall auf Polen äußerte er sich im Tagebuch zunächst kritisch und sprach vom Rückfall „hinter das Mittelalter“, schwenkte dann aber auf nationalistische Begeisterung ein. 1941 notierte er, der Nationalsozialismus habe „Deutschland gezeigt, welche Kraft es besitzt“ und „die Schmach vernichtet“, die mit dem Versailler Vertrag entstanden sei. Begeistert zeigte er sich auch von der deutsch-italienischen Achse. 1942 stellte er sich in den Dienst der Kriegspropaganda, indem er sich im Reichssender Breslau mit einem „Gruß an die Front“ wandte. In seinen Aufzeichnungen lässt sich auch eine fortgesetzte Bewunderung für Hitler ausmachen, dessen „Weltgenie“ und „übermenschliche[n] Wille[n]“ er hervorhob.

Hauptmanns 80. Geburtstag 1942 war Anlass für interne Konflikte in der NS-Kulturpolitik über eine mögliche Ehrung des Dramatikers. Goebbels´ Idee, Hauptmann „für das nationalsozialistische Regime vollkommen zu gewinnen“, da er „ein aufrechter Patriot“ sei, kam nicht zur Ausführung. Auf Druck Rosenbergs und der NSDAP-Parteikanzlei orientierte Goebbels vielmehr darauf, Hauptmann zwar – vor allem gegenüber dem Ausland – zu würdigen, aber gleichzeitig zu verhindern, dass dies „als offizielle Ehrung des Staates oder der Partei angesehen wird“. So wurden Theater angewiesen, nicht mehr als eine Neuinszenierung von Hauptmanns Stücken zu zeigen. Der Presse wurde eine zurückhaltende Berichterstattung auferlegt und auf eine Feier in der Reichshauptstadt verzichtet. Schließlich kam es zu einer Festwoche in Breslau und einer Feier und Ausstellung in Wien, der Herausgabe einer Festschrift sowie der Verleihung von Ringen und eines unbedeutenden Preises an Hauptmann – Ehrungen, mit denen die Gauleiter Karl Hanke und Baldur von Schirach sich kulturpolitisch zu profilieren suchten. Hanke, der mit Hauptmann freundschaftlich verbunden war, war in den frühen

1940er Jahren ebenso Gast auf dessen schlesischem Anwesen wie der NS-Generalgouverneur Hans Frank. Hitler sandte Hauptmann zum 80. Geburtstag ein Glückwunschtelegramm, woraufhin dieser ihn als „Sternenschicksalsträger des Deutschtums“ bezeichnete.

Im Februar 1945 fuhr Hauptmann nach Dresden, wo er die Bombenangriffe auf die Stadt im Luftschutzkeller überlebte. Ein von ihm verfasster Text über die Zerstörung Dresdens stellte er der NS-Presse auf Anfrage zur Verfügung. Er erschien im April 1945, gekürzt um eine positive Zeile über „gute Geister“ in England und den USA, in mehreren Zeitungen.

Zur Biographie nach 1945

Im Oktober 1945 besuchte Johannes R. Becher, Präsident des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ Hauptmann in Agnetendorf, um den Dichter für die Mitarbeit am kulturellen Wiederaufbau in der Sowjetischen Besatzungszone zu gewinnen. Hauptmann erklärte sich dazu bereit und nahm den Ehrenvorsitz des Kulturbundes an. Kurz vor seiner Evakuierung aus Agnetendorf starb Gerhart Hauptmann im Juni 1946.

Bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit setzte eine Kontroverse um die Bewertung der Haltung Gerhart Hauptmanns im „Dritten Reich“ ein. Becher etwa betonte in der *Täglichen Rundschau* im Oktober 1945 dessen angeblich große Distanz zum Nationalsozialismus. Während Thomas Mann ihm vorwarf, „mit seinem Bleiben und Schaffen in Deutschland der geistigen Propaganda des Bösen“ gedient zu haben, nahm Joseph Chapiro ihn 1949 explizit gegen den Vorwurf des Antisemitismus in Schutz. Während es in einer Debatte in jüdischen Zeitschriften zwischen 1952 und 1958 vor allem um Hauptmanns Judenbild und den Vorwurf des Antisemitismus ging, spielte dieser Aspekt im Nachkriegsdeutschland keine Rolle. Dabei war das Bild lange von apologetischen Stimmen von persönlichen Bekannten Hauptmanns geprägt. So wurden seine späten Werke als „Widerstandsdichtung“ überhöht und Erich Ebermayer schrieb, dass Hauptmann „niemals den Nationalsozialismus bejaht hat, geschweige denn, daß er selbst Nationalsozialist gewesen wäre“. 1989 bezeichnete Walter Requardt Hauptmanns Haltung zum Nationalsozialismus als „eine Art innere Emigration“ – eine Auffassung, die heute als widerlegt gelten kann. Seit den 1970er Jahren wuchs jedoch, insbesondere mit der Studie von Hans von Brescius und in jüngster Zeit mit Veröffentlichungen von Rüdiger Bernhardt und Peter Sprengel, eine kritischere Sichtweise auf Hauptmanns Verhalten im „Dritten Reich“.

Fazit

Gerhart Hauptmann war kein Nationalsozialist, aber auch kein Gegner des Regimes. Vor dem Hintergrund eines Selbstverständnisses als „unpolitischer“ Künstler und einer „nationalen“ Einstellung bekannte er sich mehrfach öffentlich zum „Dritten Reich“ und ließ sich von den NS-Machthabern entsprechend instrumentalisieren, ohne dass er selbst in seinen Veröffentlichungen nationalsozialistische Ideologie transportierte. Trotz seiner Ablehnung der NS-Rassenpolitik und des Antisemitismus sowie zahlreicher jüdischer Freunde, die er bei ihrer Flucht zum Teil finanziell unterstützte, positionierte er sich nicht öffentlich gegen die antisemitische Politik des NS-Staates. Lediglich aus einzelnen unveröffentlichten Dramen Haupt-

manns lässt sich eine kritische Position herauslesen. Der aggressiven Außenpolitik des „Dritten Reiches“ stand er weitgehend positiv gegenüber.

Literatur und Quellen

Peter Sprengel: „Tragik der Menschheit überhaupt“? Gerhart Hauptmann im „Dritten Reich“, in: Wolfgang Benz/Peter Eckel/Andreas Nachama (Hg.): Kunst im NS-Staat. Ideologie, Ästhetik, Protagonisten, Berlin 2015, S. 131-143; ders.: Gerhart Hauptmann. Bürgerlichkeit und großer Traum. Eine Biographie, München 2012; ders.: Der Dichter stand auf hoher Küste. Gerhart Hauptmann im Dritten Reich, Berlin 2009; Rüdiger Bernhardt: „…geschehen ist der Götter Ratschluss!“ Gerhart Hauptmann im Nationalsozialismus, in: Hans-Fallada-Jahrbuch, 5 (2006), S. 78-105; Joseph Chapiro/Gerhart Hauptmann: Briefwechsel 1920-1936, Göttingen 2006; Hans-Joachim Hahn (Hg.): Gerhart Hauptmann und ‚die Juden‘. Konstellationen und Konstruktionen in Leben und Werk (Beihefte zum Orbis Linguarum, 40 / Publikationen des Gerhart-Hauptmann-Hauses, 1), Wrocław/Görlitz 2005; Joanna Micałowska-Skorupka: Gerhart Hauptmann im Lichte der nationalsozialistischen Presse. „Krakauer Zeitung“ (1939-1945) und „Ostdeutscher Beobachter“ (1939-1945) im Vergleich, in: Edward Białek/Robert Buczek/Paweł Zimniak (Hg.): Eine Provinz in der Literatur. Schlesien zwischen Wirklichkeit und Imagination, Wrocław/Zielona Góra 2005, S. 187-200; Klaus Scharfen: Gerhart Hauptmann im Spannungsfeld von Kultur und Politik 1880 bis 1919, Bristol/Berlin 2005; Erich Ebermayer: Eh´ ich´s vergesse... Erinnerungen an Gerhart Hauptmann, Thomas Mann, Klaus Mann, Gustaf Gründgens, Emil Jannings und Stefan Zweig, hg. von Dirk Heißerer, München 2005; Hans Sarkowicz/Alf Mentzer: Literatur in Nazi-Deutschland. Ein biographisches Lexikon, Hamburg/Wien 2002; Text + Kritik. Zeitschrift für Literatur, Heft 142, April 1999: Gerhart Hauptmann; Felix A. Voigt: Gerhart-Hauptmann-Studien 1934-1958 (Veröffentlichungen der Gerhart-Hauptmann-Gesellschaft e.V., 9), Berlin 1999; Gerhart Hauptmann: Tagebücher 1914 bis 1918, hg. von Peter Sprengel, Berlin 1997; Joseph Chapiro: Gespräche mit Gerhart Hauptmann, Frankfurt a.M./Berlin 1996; Wolfgang Leppmann: Gerhart Hauptmann. Die Biographie, Berlin 1995; Heinz D. Tschörtner (Hg.): Gespräche und Interviews mit Gerhart Hauptmann (1894-1946) (Veröffentlichungen der Gerhart-Hauptmann-Gesellschaft e.V., 6), Berlin 1994; Walter A. Reichart: Ein Leben für Gerhart Hauptmann. Aufsätze aus den Jahren 1929-1990 (Veröffentlichungen der Gerhart-Hauptmann-Gesellschaft e.V., 5), Berlin 1991; Walter Requardt: Gerhart Hauptmann und der Nationalsozialismus – die Nationalsozialisten und Gerhart Hauptmann, in: Lothar Bossle u.a. (Hg.): Nationalsozialismus und Widerstand in Schlesien (Schlesische Forschungen, 3), Sigmaringen 1989, S. 41-71; Bogusław Drewniak: Das Theater im NS-Staat. Szenarium deutscher Zeitgeschichte 1933-1945, Düsseldorf 1983; Hans von Brescius: Gerhart Hauptmann. Zeitgeschehen und Bewußtsein in unbekannten Selbstzeugnissen (Abhandlungen zur Kunst-, Musik- und Literaturwissenschaft, 197), Bonn 1977 (2. Auflage); BArch, R 9361-V, 5935; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 363-2, K 5; StAHH, 731-8, A 142 Gerhart-Hauptmann-Platz; StAHH, 731-8, A 758 Hauptmann, Gerhart.

(32) Theodor Heynemann

Lebensdaten: 20.8.1878 – 15.12.1951
Tätigkeiten: Arzt (Gynäkologe)
Straßenname: Heynemannstraße (1960 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Theodor Heynemann wurde 1878 in Lemgo als erstes von vier Kindern eines Apothekers und einer Kaufmannstochter geboren. Von 1888 bis 1897 besuchte er das Gymnasium in Lemgo, von 1897 bis 1903 studierte er Medizin an den Universitäten in Würzburg, München und Kiel. Als Student war er Mitglied in der Burschenschaft Corps Nassovia zu Würzburg, der er laut Christina Quellmann bis an sein Lebensende verbunden blieb.
1903 beendete er das Studium mit dem Staatsexamen und der Approbation als Arzt. Nach einem kurzen freiwilligen Militärdienst zog er im selben Jahr nach Hamburg, wo er für vier Jahre zunächst als Volontär, dann als Assistenzarzt am Allgemeinen Krankenhaus (AK) St. Georg arbeitete. Als nächste berufliche Station wirkte er zwischen 1907 und 1914 in Halle, wo er sich zunächst als Assistenzarzt zum Gynäkologen weiterbildete und seit 1910 als Oberarzt tätig war. In diesen Jahren forschte er zur Röntgenstrahlung und Radiumtherapie und veröffentlichte zahlreiche wissenschaftliche Publikationen. Im Oktober 1910 habilitierte er sich mit einer Arbeit zur Bakteriologie, im Dezember 1913 wurde er zum außerordentlichen Professor ernannt. Im Ersten Weltkrieg wurde er bereits im August 1914 zum Militär eingezogen und war als Stabsarzt der Reserve an der „Ostfront“ tätig. Im Sommer 1917 wurde er nach Halle zurückgerufen, um bis Ende 1918 die Leitung der Klinik zu vertreten.

Bereits im Juni 1914 war Heynemann vom AK Barmbek zum gynäkologischen Oberarzt ernannt worden, kehrte jedoch aufgrund des Krieges erst im Februar 1919 endgültig nach Hamburg zurück. Nachdem er im Mai 1919 von der Medizinischen Fakultät der Universität Hamburg zum ordentlichen Professor für Geburtshilfe und Gynäkologie ernannt worden war, wechselte er im Juni an die Frauenklinik Eppendorf, als deren Leiter er bis 1950 fungierte. 1922 wurde er zum planmäßigen ordentlichen Professor berufen und als Beamter vereidigt. Nebenbei führte er eine eigene Praxis in seiner Privatwohnung. 1926/27 amtierte er kurzzeitig als Dekan der Medizinischen Fakultät. Seit Ende der 1920er Jahre setzte sich Heynemann für den Ausbau der Frauenklinik ein und protestierte u.a. gegen die räumlichen und personellen Zustände – Bemühungen, die seit 1931 auch zu Verbesserungen führten.
Heynemann war Mitglied in mehreren Vereinigungen wie der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe (DGG), der Nordwestdeutschen Gesellschaft für Gynäkologie, dem Ärztlichen Verein und der Hamburger Geburtshilflichen Gesellschaft.

Politisch war Heynemann seit ca. 1910 Mitglied der Nationalliberalen Partei und dann von 1918 bis 1933 Mitglied der Deutschen Volkspartei (DVP). Laut seiner Biographin Quellmann war er ein bekennender „Bismarckianer“. Als „typischer Vertreter“ der Professorenschaft verstand er sich selbst als „unpolitisch“ und „national denkend“ und stand der Republik kritisch gegenüber. Im Gefolge der Novemberrevolution führte dies 1919 zu Konflikten Heynemanns

mit kommunistischen Krankenhausräten am AK Barmbek. Als im Mai/Juni 1932 eine Ausstellung „Gesunde Frau – Gesundes Volk“ des Zentralinstituts für Volksgesundheitspflege am Deutschen Hygiene-Museum auch in Hamburg gezeigt wurde, organisierte Heynemann ärztliche Führungen seiner Mitarbeiter durch die Ausstellung. In der Ausstellung waren u.a. auf völkische Eugenik zielende Aufforderungen wie „Wähle als Deutsche nur einen Gatten gleichen oder artverwandten Blutes“ oder „Bei der Wahl Deines Gatten frage nach seinen Vorfahren“ zu lesen.

Zur Rolle im Nationalsozialismus

Theodor Heynemann trat 1933 nicht, wie andere DVP-Mitglieder, der NSDAP bei. Mitglied wurde er im November 1933 aber im NS-Lehrerbund, und im selben Monat unterzeichnete er das „Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“. Seit April 1934 war er zudem Förderndes Mitglied der SS und seit 1935 in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), für die er mindestens zwischen 1936 und 1938 als „Vertrauensarzt“ fungierte. 1935/36 war er Mitglied im Reichskolonialbund.

Die Durchdringung der wissenschaftlichen und medizinischen Institutionen mit nationalsozialistischem Gedankengut schlug sich auch in der von ihm geleiteten Frauenklinik nieder. So gab es dort zwischen 1935 und 1937 wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaften zu Themen wie „Probleme der Rassenhygiene“ oder „Erbfragen in Geburtshilfe und Gynäkologie“, die Heynemann laut Quellmann „toleriert haben [muss], auch wenn er sich nicht aktiv daran beteiligte“. Am Universitätsklinikum Eppendorf (UKE) bekleidete er vom Juni 1934 bis April 1936 den Posten als stellvertretender ärztlicher Leiter.

Nachdem zum 1. Januar 1934 das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ in Kraft getreten war, wurden in Hamburg rund 22.000 rassenhygienisch begründete Zwangssterilisationen von als „erbkrank“ stigmatisierten Personen, darunter rund 9.700 Frauen, durchgeführt. Quellmann schätzt die Zahl der an der UKE-Frauenklinik Heynemanns durchgeführten Zwangssterilisationen auf rund 2.000. Dies geschah ohne Anzeichen von Widerspruch oder Verweigerung. Heynemann hatte sich bereits seit 1931 in Beiträgen und Briefen positiv auf die eugenische Sterilisation als Form notwendiger Prophylaxe „bei bestimmten Geisteskrankheiten und gewissen verbrecherischen Anlagen“ bezogen. Für die ersten Jahre der NS-Herrschaft sind keine Äußerungen von ihm zum Thema überliefert. Im September 1936 beschwerte er sich bei der Unterrichtsbehörde über den Rückgang an Zuweisungen eugenischer Sterilisationen und pochte darauf, dass diese „unbedingt in den akademischen Unterricht“ gehörten. Zwangssterilisationen inklusive einer Vorführung der zu sterilisierenden Personen vor den Studierenden waren demnach Teil der Lehre. Ein halbes Jahr nach seinem Protestbrief konnte Heynemann beruhigt feststellen, dass sich der „Zugang an eugenischen Sterilisierungen inzwischen gebessert habe“. Für Quellmann entsprach Heynemanns Position der Haltung der Mehrzahl der Mediziner, die Zwangssterilisationen zur medizinischen „Alltagsroutine“ zählten. Eine „besondere Rigororisität“ des Klinikleiters kann sie nicht erkennen.

Am 18. Oktober 1937 beantragte Heynemann die Aufnahme in die NSDAP, aufgenommen wurde er zum 1. Mai 1937. Laut eigenen Angaben in der Entnazifizierung folgte er damit „repeated oral requisitions and two written invitations on the part of the chancellery of the Reichsstatthalter“. Gemeint sein könnte damit das Schreiben des Präsidenten der Kultur- und Schulbehörde Karl Witt, der sich nach Lockerung der Aufnahmesperre im Mai 1937 mit einem Schreiben an alle Mitarbeiter der Behörde wandte und um die Mitteilung von Beitrittsgesuchen bat. Heynemann meldete sich daraufhin und erklärte, bereit zu sein, „die Pflichten eines Parteigenossen auf mich zu nehmen“.

Im Zweiten Weltkrieg blieb Heynemann als Leiter der Frauenklinik im Dienst. Spätestens 1941 war Heynemann Vorstandsmitglied der DGG, die 1933 vom NS-Regime „gleichgeschaltet“ worden war. Sein Einkommen erfuhr im Laufe des Krieges eine enorme Steigerung. Lag es 1933-1939 noch zwischen 17.500 und 30.000 RM jährlich, stieg es auf knapp 40.000 RM (1941), 61.000 (1942) und schließlich knapp 82.000 RM (1943/44).

Zur Biographie nach 1945

Die Militärregierung sah im September 1945 keinen Anlass, gegen Heynemann vorzugehen. Er war weiterhin als Arzt, Professor und Leiter der Frauenklinik tätig. Nachträglich wurde er 1950 in die Kategorie V eingestuft. Gegen Ende der 1940er Jahre gehörte er einer Kommission zum Wiederaufbau des UKE an. Seine für 1947 vorgesehene Emeritierung wurde mangels Nachfolger und auf Antrag Heynemanns verschoben, er ging erst 1950 in den Ruhestand. In dieser Zeit wurde er von der Nordwestdeutschen Gesellschaft für Gynäkologie (1948), der Hamburger Geburtshilflichen Gesellschaft (1948) sowie der DGG (1951) zum Ehrenmitglied ernannt.

Im Dezember 1951 starb Heynemann. Das *Hamburger Abendblatt* würdigte ihn in einem Nachruf als „Idealgestalt eines Klinikdirektors“, der „mit ungewöhnlich erzieherischer Begabung ausgezeichnete Lehrer herangebildet“ habe. Auf Vorschlag der Hamburger Ärztekammer wurde 1960 eine Straße in Langenhorn nach ihm benannt. Feierlich eingeweiht wurde die Heynemannstraße von früheren Schülern des Gynäkologen. Im Juni 1967 wurde eine Büste Heynemanns im Hörsaal der Universitätsfrauenklinik Eppendorf aufgestellt.

Erst um 1980 wurden die im „Dritten Reich“ durchgeführten Zwangssterilisationen zunehmend als Unrecht skandalisiert und auch historisch aufgearbeitet. Erst in diesem Jahr erkannte der Bundestag die Betroffenen als NS-Verfolgte an und bewilligte einmalige Entschädigungen in Höhe von jeweils 5.000 DM. 1998 kam es zu einer Diskussion um eine mögliche Umbenennung der Heynemannstraße. 2016 thematisierte der Autor und Regisseur Michael Batz die Person Heynemann in einem Stück über das Haus Rothenbaumchaussee 26 und dessen Bewohner/innen, in dem er darauf aufmerksam machte, dass Heynemann von einer „Wohnraum-Arisierung“ profitiert hatte. Als „glühender Anhänger des Rassenprogramms der Nazis“ wurde er in diesem Zusammenhang im *Hamburger Abendblatt* charakterisiert.

Fazit

Der Universitätsprofessor und Gynäkologe Theodor Heynemann war politisch konservativ eingestellt, passte sich ab 1933 aber dem Nationalsozialismus an. Er unterzeichnete das Bekenntnis zu Adolf Hitler, wurde Förderndes Mitglied der SS und trat 1937 schließlich auch in die NSDAP ein. Ein besonderer nationalsozialistischer Aktivismus oder Publikationen mit explizit rassistischen bzw. nationalsozialistischen Positionen lassen sich bei ihm nicht ausmachen, auch wenn er bereits 1932 eine Ausstellung zur „Volkshygiene" unterstützte und an seiner Klinik wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaften zur „Rassenhygiene" zumindest tolerierte. Heynemann war als Leiter der Frauenklinik des UKE jedoch für die Durchführung von rund 2.000 Zwangssterilisationen verantwortlich. Allen vorliegenden Quellen nach zu urteilen, unterstützte er diese vom NS-Regime 1934 eingeführte gewaltsame Praxis und bemühte sich, sie auch in die Lehre zu integrieren. Selbst wenn er diese – wie seine Biographin Quellmann in exkulpierender Absicht betont (sie spricht von Heynemann als „unkritische[m] Mitläufer") – unter rein „fachlichen" Gesichtspunkten betrachtete und sie für unpolitisch hielt, machte ihn dies zu einem Täter, der sein Handeln vor dem Hintergrund einer verbrecherischen NS-Gesetzgebung als professionell und legitim ansehen konnte.

Literatur und Quellen

Hendrik van den Bussche (Hg.): Die Hamburger Universitätsmedizin im Nationalsozialismus. Forschung – Lehre – Krankenversorgung (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, 24), Berlin/Hamburg 2014; Christine Pieper: Heynemann, Theodor, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 3, Göttingen 2006, S. 166; Christine Pieper: Die Sozialstruktur der Chefärzte des Allgemeinen Krankenhauses Hamburg-Barmbek 1913 bis 1945. Ein Beitrag zur kollektivbiographischen Forschung (Veröffentlichungen des Hamburger Arbeitskreises für Regionalgeschichte, 16), Münster/Hamburg/London 2003; Christina Quellmann: Theodor Friedrich Ernst Heynemann (1878 – 1951). Ein Leben für die Universitäts-Frauenklinik Eppendorf (Hamburger Studien zur Geschichte der Medizin, 4), Münster 2002; Hendrik van den Bussche/Friedemann Pfäfflin/Christoph Mai: Die Medizinische Fakultät und das Universitätskrankenhaus Eppendorf, in: Eckart Krause/Ludwig Huber/Holger Fischer (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich". Die Hamburger Universität 1933-1945. Teil III: Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät, Medizinische Fakultät, Ausblick, Anhang (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, 3/III), Berlin/Hamburg 1991, S. 1259-1384; Christiane Rothmaler: Sterilisationen nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" vom 14. Juli 1933. Eine Untersuchung zur Tätigkeit des Erbgesundheitsgerichtes und zur Durchführung des Gesetzes in Hamburg in der Zeit zwischen 1934 und 1944, Husum 1991; Ursula Weisser (Hg.): 100 Jahre Universitäts-Krankenhaus Eppendorf 1889-1989, Tübingen 1989; Hendrik van den Bussche (Hg.): Medizinische Wissenschaft im „Dritten Reich". Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, 5), Hamburg/Berlin 1989; Gisela Bock: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, 48), Opladen 1986; Friedemann Pfäfflin: Zwangssterilisation in Hamburg. Ein Überblick, in: Angelika Ebbinghaus/Heidrun Kaupen-Haas/Karl Heinz Roth (Hg.): Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984, S. 26-29; Karl Heinz Roth: Großhungern und Gehorchen. Das Universitätskrankenhaus Eppendorf, in: ebd., S. 109-135; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Nachrichten 1930-1945; Altonaer Nachrichten, 1930-1938; StAHH, 221-11, Ed 3835; StAHH, 352-10, 190; StAHH, 361-5 II, Pa 4; StAHH, 361-5 II, Ae 23; StAHH, 361-6, IV 402; StAHH, 361-6, IV 1379; StAHH, 731-8, A 758 Heynemann, Theodor; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI; BArch, R 73, 16109.

(33) Paul von Hindenburg

Lebensdaten: 2.10.1847 – 2.8.1934
Tätigkeiten: Militär, Generalfeldmarschall, Reichspräsident
Straßenname: Hindenburgstraße, Hindenburgbrücke (1926 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Paul von Beneckendorff und von Hindenburg wurde 1847 in Posen als Sohn eines Leutnants aus ostpreußischem Adel geboren. Von 1859 bis 1863 besuchte er eine Kadettenschule im schlesischen Wahlstatt, seit 1863 ging er auf die Hauptkadettenanstalt in Berlin. 1866, mit 18 Jahren, wurde er als Leutnant in ein Garderegiment aufgenommen und damit Teil des preußischen Offizierskorps. Er beteiligte sich am Preußisch-Österreichischen Krieg 1866 und am Deutsch-Französischen Krieg 1870/71. Im Januar 1871 nahm er an der Proklamation des deutschen Kaiserreichs in Versailles teil. Von 1873 bis 1876 besuchte er die Kriegsakademie in Berlin. 1877 wurde er in den Großen Generalstab berufen, von 1878 bis 1881 wirkte er als Hauptmann in Stettin. Zwischen 1881 und 1884 diente er als Generalstabsoffizier bei einer Division in Königsberg. Es folgten mit der Ernennung zum Major (1885), zum Oberstleutnant (1891), zum Oberst (1894), zum Generalmajor (1897), zum Generalleutnant (1900) und zum General der Infanterie (1905) weitere militärische Karriereschritte, die Hindenburg an unterschiedlichen Armeestandorten erlebte. Zudem unterrichtete er an der Kriegsakademie. 1911 ging er in den Ruhestand, den er in Hannover verbrachte. Politisch war Hindenburg kaisertreu und nationalistisch, bereits als General knüpfte er Kontakte in die Politik.

Mit Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 wurde Hindenburg zum Oberbefehlshaber der 8. Armee ernannt. Die „Schlacht von Tannenberg“ im August machte ihn schlagartig berühmt und verschaffte ihm den Ruf eines Kriegshelden, obwohl sein Anteil am Sieg eher gering gewesen war. Zur „Inkarnation nationaler Einheit“ (Pyta) stilisiert, wurde er fortan in zahlreichen Gemälden, auf Postkarten und Plakaten porträtiert, ein erstes Denkmal wurde errichtet. Im November wurde Hindenburg zum Oberbefehlshaber Ost und dann zum Generalfeldmarschall befördert. Im August 1916 wurde er zum Chef der Obersten Heeresleitung (OHL) ernannt. Zunehmend schaltete er sich nun in politische Angelegenheiten ein und betrieb etwa die Heranziehung belgischer Arbeiter zur Zwangsarbeit im Deutschen Reich. Die OHL setzte alles daran, die deutsche Gesellschaft auf den Krieg und einen deutschen Sieg auszurichten. 1917 sorgte Hindenburg für die Absetzung des auf einen Friedensabschluss orientierten Reichskanzlers Bethmann Hollweg. Hindenburgs dominante Stellung beruhte auf dem Prinzip charismatischer Herrschaft, seine Politik wurzelte im Rekurs auf die Nation und ein als homogen verstandenes Volk. Die zunehmende Verehrung Hindenburgs kam in den Feiern zu seinem 70. Geburtstag zum Ausdruck. Der Personenkult um ihn führte zur Benennung zahlreicher Straßen und Schulen nach Hindenburg. In diesem Kontext ist auch die 1917 erfolgte Verleihung der Ehrenbürgerwürde durch etliche Städte, u.a. Hamburg, zu verorten.

Als die deutsche Kriegsniederlage im Herbst 1918 absehbar war, begann Hindenburg die fehlende Unterstützung aus der „Heimat“ für die Niederlage verantwortlich zu machen. Indem

die OHL die Verantwortung für den Waffenstillstand an die Reichsregierung weitergab, verstärkte sie dieses Deutungsmuster. Damit trug Hindenburg maßgeblich zur sogenannten Dolchstoßlegende bei, die rechtsradikale Kreise seit 1918 zur Delegitimierung der Republik nutzen sollten. Mit der Abdankung des Kaisers am 9. November ging die alleinige Befehlsgewalt über das Heer auf Hindenburg über. In dieser Funktion war er für dessen Demobilisierung verantwortlich, die er pragmatisch in Kooperation mit den neuen revolutionären Organen durchführte – was ihm den Respekt der Sozialdemokratie eintrug. Mit seiner Einschätzung der Kräfteverhältnisse trug Hindenburg 1919 zur Unterzeichnung des Friedensvertrags von Versailles bei, tat aber alles dafür, nicht mit diesem in Verbindung gebracht zu werden. Kurz vor der Auflösung der OHL trat Hindenburg im Juni 1919 von seinem Posten zurück. Aus den innenpolitischen Konflikten 1918/19 hielt er sich weitgehend heraus und weigerte sich, einer politischen Partei beizutreten bzw. für eine solche zu kandidieren. Seine Sympathien lagen jedoch bei der republikfeindlichen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP).

1919/20 baten die Deutsche Volkspartei (DVP) und die DNVP Hindenburg um seine Kandidatur zum Reichspräsidenten, die dieser erst nach Rücksprache mit dem exilierten Kaiser Wilhelm II. erklärte. Im Anschluss an den Kapp-Lüttwitz-Putsch gegen die Republik, mit dessen Zielsetzung er sympathisierte, dessen Durchführung er jedoch für falsch hielt, zog er seine Kandidatur zurück. 1920 publizierte Hindenburg seine vom Oberst Hermann Ritter Mertz von Quirnheim verfassten Erinnerungen „Aus meinem Leben“, mit denen er seine geschichtspolitische Selbstinszenierung verfestigte und u.a. erneut die Dolchstoßlegende bediente. In den frühen 1920er Jahren verfestigte sich der Hindenburg-Kult, u.a. in Form eines „Hindenburg-Kalenders“ und zahlreicher populärer Veröffentlichungen, und wirkte insbesondere für die monarchistische, konservativ und antirepublikanisch orientierte Rechte integrativ. Nach 1920 verschwand Hindenburg selbst weitgehend von der politischen Bühne. Eine Ostpreußenreise 1922 wurde von sozialdemokratischer Seite als „deutschnationale Propagandafahrt“ gewertet. 1924 wurde Hindenburg zum Ehrenmitglied des „Stahlhelm“-Verbandes.

Im April 1925 kandidierte Hindenburg auf Drängen der DNVP hin für das Amt des Reichspräsidenten und wurde, unterstützt von DVP und Bayerischer Volkspartei, knapp gewählt. Sein Biograph Wolfram Pyta hat die Wahl als „kaum zu überschätzende[n] Einschnitt in der Geschichte der Weimarer Republik“ gewertet, da mit Hindenburg ein Mann zum Präsidenten wurde, der ein „zumindest ambivalentes“ Verhältnis zur Demokratie hatte. Leitlinie seiner Politik blieb die „Einigung und Sammlung unseres Volkes“, darüber hinaus zielte er auf eine Transformation des politischen Systems hin zur Stärkung der Präsidialgewalt. Faktisch blieb sein Agieren jedoch im Rahmen der Weimarer Verfassung. Außenpolitisch zielte er wie fast alle politischen Kräfte auf eine Revision des Versailler Vertrages, schloss sich zumeist jedoch der pragmatischen Außenpolitik Stresemanns an. Gegen den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund wehrte er sich jedoch. 1927 bemühte sich Hindenburg erfolgreich um die Bildung einer Regierung unter Einschluss der DNVP. Er unterstützte den Bau eines Tannenberg-Denkmals, bei dessen Einweihung 1927 er die Kriegsschuld Deutschlands bestritt. Zur Feier von Hindenburgs 80. Geburtstag im selben Jahr traten Bezüge auf die Republik weitgehend in den Hintergrund, während gesellschaftliche Vereinigungen als Vertreter der „Volksgemein-

schaft“ dem Präsidenten huldigten und auch die DNVP offiziell vertreten war. Ein Jahr zuvor war in Hamburg eine Straße nach Paul von Hindenburg benannt worden.

Die Unterzeichnung des Young-Plans zur Regelung deutscher Reparationen durch Hindenburg führte 1930 zu nationalistischen Angriffen der politischen Rechten auf den Reichspräsidenten. Nationalsozialisten wie Joseph Goebbels und Alfred Rosenberg warfen ihm vor, ins antinationale Lager übergelaufen zu sein, und auch die neue Führung der DNVP stand ihm kritisch gegenüber. Indem Hindenburg 1930 unabhängig von parlamentarischen Mehrheiten Heinrich Brüning (Zentrum) zum Reichskanzler ernannten, begann die Phase der Präsidialkabinette, in der der Reichspräsident von seinem Notverordnungsrecht Gebrauch machte. Damit beförderte er die schrittweise Aushebelung der parlamentarischen Demokratie. Zudem drängte er Brüning darauf, die Regierung „nach rechts“ zu erweitern und so „die durch das deutsche Volk gehende nationale Welle zur Mitarbeit am Vaterland dienstbar zu machen“. 1931 schwebte ihm eine von Brüning bis Hitler reichende „nationale“ Regierung vor, die an der Zerstrittenheit des rechten Lagers scheiterte. Im Oktober 1931 kam es zu einem ersten Zusammentreffen Hindenburgs mit Hitler, das zu einem gestiegenen Ansehen des Letzteren beim Reichspräsidenten führte. Gegen eine Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Regierung hatte Hindenburg aber insofern Bedenken, als er deren alleinige Machtübernahme, daraus folgende „innere Kämpfe“ und eine Schwächung von Reich und Nation fürchtete.

Hindenburgs Bemühen, von NSDAP und DNVP die Zustimmung zu einer parlamentarischen Verlängerung seiner Amtszeit als Reichspräsident zu erhalten, scheiterte. Anfang 1932 bildeten sich in zahlreichen Orten „Hindenburg-Komitees“, die für eine Wiederwahl des Generalfeldmarschalls, der als „Sinnbild der Volksgemeinschaft“ galt, warben. Anstelle der extrem rechten Parteien mobilisierte nun ein Spektrum von bürgerlich-konservativen über linksliberale bis hin zu sozialdemokratischen Kreisen für Hindenburgs Wiederwahl, obwohl dieser selbst „eine gesunde Entwicklung nach rechts“ anstrebte. Im März/April 1932 trat Hindenburg dann in zwei Wahlgängen erfolgreich gegen Adolf Hitler ein.

Nach seiner Wiederwahl steuerte Hindenburg einerseits darauf hin, „alle bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten für eine Regierungsbildung zusammenzufassen“, unterzeichnete aber andererseits im April 1932 auf Drängen Brünings eine Notverordnung zum reichsweiten Verbot von SA und SS. Zum 1. Juni 1932 ernannte Hindenburg Franz von Papen zum Reichskanzler, zwei Wochen später hob er das Verbot von SA und SS wieder auf. „Bei allem Ungeklärten steckt doch in der nationalsozialistischen Bewegung [...] ein starkes nationales Gefühl“, erklärte Hindenburg. Pyta zufolge stand er der NSDAP „ambivalent“ gegenüber, da er ihre Unterstützung für unentbehrlich für sein Projekt einer „nationalen Erneuerung“ hielt, Hitlers Monopolanspruch auf die Macht jedoch ablehnte. Mit einer Notverordnung vom Juli 1932 ermächtigte Hindenburg Papen zum „Preußenschlag“, der Entmachtung der von SPD, Zentrum und linksliberaler DDP gestellten preußischen Regierung.

Nach der Reichstagswahl vom November 1932 wirkten u.a. Papen, der nun zurücktrat, und eine Reihe von Unternehmern wie Fritz Thyssen auf Hindenburg ein, Hitler zum Kanzler zu

ernennen. Hindenburg appellierte daraufhin erneut an Hitler, sich an einer Regierung zu beteiligen, und lobte „den großen Gedanken [...], der in Ihnen und Ihrer Bewegung lebt“. Am 19. November erteilte er ihm einen Auftrag zur Regierungsbildung, verband diesen allerdings mit mehreren Bedingungen, die Hitler nicht erfüllen konnte oder wollte. Daraufhin erhielt der Reichswehrminister Kurt von Schleicher im Dezember den Regierungsauftrag. Weil Schleicher es nicht gelang, eine Reichstagsmehrheit bzw. eine Tolerierung durch die NSDAP zu erreichen, entließ ihn Hindenburg am 28. Januar 1933 als Kanzler. Bereits seit Anfang Januar hatte Franz von Papen in Hindenburgs Auftrag Verhandlungen mit Hitler geführt.

Zur Rolle im Nationalsozialismus

Am 30. Januar 1933 ernannte Hindenburg Hitler zum deutschen Reichskanzler in einem Kabinett aus NSDAP, DNVP, Stahlhelm und Parteilosen. Hindenburg begrüßte diese Regierung als „endlich erzielte Einigung der Nationalen Rechten“. Die Leitlinien der neuen Regierung – nationale Einheit, Ausschaltung des „Marxismus“, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – entsprachen seiner eigenen Auffassung. Auf Hitlers Bitte hin löste er am 1. Februar 1932 den Reichstag auf. Dahinter stand die Aussicht auf eine parlamentarische Mehrheit für ein Ermächtigungsgesetz, das Hindenburg anstrebte, da er sich davon eine Fortführung des autoritären Regierens bei gleichzeitiger politischer Entlastung seiner eigenen Person versprach.

Hindenburg zog sich in der Folge weitgehend aus direkten Eingriffen in die Politik zurück, unterzeichnete jedoch weiterhin Notverordnungen (darunter die „Reichstagsbrandverordnung“), die Hitlers Regierung mit weiteren Machtmitteln ausstatteten, grundlegende Rechte suspendierten und die Verfolgung der politischen Opposition auf eine legale Basis stellten. Damit unterstützte er direkt die Abschaffung der Demokratie und die politische Verfolgung der Gegner/innen des Nationalsozialismus. Er erließ einen Erlass, der sowohl die schwarz-weiß-rote als auch die Hakenkreuzfahne als offizielle Reichsfahnen bestätigte und damit die Farben der Republik abschaffte. Vor den Wahlen vom März 1933 ließ sich Hindenburg für den Wahlkampf der NSDAP vereinnahmen, die u.a. mit Plakaten warben, auf denen Hitler gemeinsam mit Hindenburg zu sehen war. Mit dem „Tag von Potsdam“ am 21. März wurde das neue Bündnis auch symbolisch zelebriert. Hindenburg war zu Tränen gerührt und teilte Hamburgs Bürgermeister Krogmann mit, er habe Hitler „erst nach seiner Ernennung voll kennen und schätzen gelernt“. Sein Leitbild der Herstellung einer Volksgemeinschaft schien durch die neue Regierung verwirklicht worden zu sein. Spätestens mit dem Potsdamer Festakt geriet der Hindenburg-Mythos zu einem „wirkungsvollen Instrument der NS-Propaganda“, wie Jesko von Hoegen gezeigt hat. Mit dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März war diese Regierung schließlich nicht mehr auf die Zustimmung Hindenburgs angewiesen.

In den folgenden Monaten zog sich Hindenburg weitgehend aus der Öffentlichkeit zurück und trat nur noch selten, etwa am 1. Mai, an der Seite Hitlers auf. Als mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom April 1933 Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst ausgeschlossen wurden, setzte sich Hindenburg für die jüdischen Frontsoldaten ein und erreichte, dass diese von den Bestimmungen ausgenommen wurden. Im Juni 1933 bat er Hitler, sich um eine Einigung im Kirchenstreit zu bemühen.

Im August 1934 starb Reichspräsident Paul von Hindenburg. Noch wenige Wochen zuvor hatte er Hitler herzlich auf seinem Anwesen empfangen: „nicht die geringste politische Meinungsverschiedenheit trübte die Beziehung“, so Pyta. Die Mordaktionen im Zuge des angeblichen „Röhmputsches“ lobte Hindenburg laut Hitlers Aussage mit den Worten: „Das ist richtig so, ohne Blutvergießen geht es nicht.“ Auf Initiative der Regierung richtete er sogar ein offizielles Glückwunschtelegramm an Hitler. Hindenburg hinterließ ein politisches Testament vom 11. Mai 1934, das Hitler im August 1934 veröffentlichen ließ. In dem Text legte Hindenburg Rechenschaft über sein Wirken ab und deutete die Zeit seiner Reichspräsidentschaft als Vorbereitung auf die 1933 realisierte nationale Erneuerung.

Zur Biographie nach 1945

In der Historiographie der Bundesrepublik wurde Hindenburg vor dem Hintergrund des „Dritten Reiches“ zunehmend kritisch bewertet. Noch in den 1960er Jahren beschworen allerdings Hindenburg-Biographen wie Walther Hubatsch dessen „monumentalen Charakter und weltgeschichtliche Größe“. In der DDR galt Hindenburg dagegen als ein Vertreter „von Militarismus und Imperialismus“, der „Verbrechen am eigenen Volke und an fremden Völkern“ (Wolfgang Ruge) begangen habe.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit kam es zu einer ersten Welle an Umbenennungen und Aberkennungen, die sich auf Hindenburg-Ehrungen bezogen, etwa 1946 in München. Weitere Aberkennungen städtischer Ehrenbürgerwürden folgten, u.a. in Dortmund (1980), Köln (1989), Leipzig (1990) oder Halle (1991). Seit den 2000er Jahren wurden solche Ehrungen erneut zum Gegenstand erinnerungspolitischer Debatten. In Stuttgart (2010), Kiel (2014) Frankfurt (2015) und Oldenburg (2015) wurde die Ehrenbürgerwürde aberkannt, während entsprechende Anträge in Berlin (2003/2015) abgelehnt wurden. In Münster (2012) und Bad Oldesloe (2015) kam es zu Bürgerentscheiden über nach Hindenburg benannte Straßen und Plätze – mit unterschiedlichem Ergebnis. Ende der 2000er Jahre waren Rainer Pöppinghege zufolge noch rund 400 Straßen, Gebäude und Plätze in Deutschland nach Hindenburg benannt. Im Fall der Hamburger Hindenburgstraße gab es wiederholte Versuche, sie umzubenennen. Ein Antrag von SPD und Grünen im Bezirk Hamburg-Nord scheiterte 1988 am SPD-geführten Senat. Ein Antrag der Grünen führte 2013 schließlich zur Umbenennung des kleineren Teils der Straße, der durch den Stadtpark führt. 2016 sprach sich die Hamburger Bürgerschaft mehrheitlich gegen eine Aberkennung der Ehrenbürgerwürde Hindenburgs aus.

Fazit

Paul von Hindenburg war ein Militär, der im Laufe seiner Karriere schließlich bis zum Generalfeldmarschall aufstieg und in der Weimarer Republik seit 1925 das Amt des Reichspräsidenten bekleidete. Hindenburg lehnte die Republik ab, bewegte sich als Präsident aber im Rahmen der Verfassung und orientierte auf Leitbilder einer „nationalen Einigung“ und „Volksgemeinschaft“. Durch die Einsetzung von Präsidialkabinetten trug er seit 1930 zur Destabilisierung der Republik mit bei und orientierte seit 1931 auf eine Einbeziehung der NSDAP in eine geeinte Regierung der „nationalen Kräfte“. Im Januar 1933 ernannte er schließlich Hitler zum Reichskanzler und ebnete den Nationalsozialisten so den Weg zur

Macht. Durch die Unterzeichnung von Notverordnungen wirkte er direkt am Abbau der Demokratie, grundlegender Rechte und der Ausschaltung der politischen Opposition mit, und nur im Fall jüdischer Frontsoldaten intervenierte er zugunsten eines kleinen Teils der Betroffenen dieser Politik. In den letzten Monaten seines Lebens zeigte sich Hindenburg erfreut von der Politik der Regierung Hitler und der durch sie erzielten „nationalen Einigung“.

Literatur und Quellen

Larry Eugene Jones: Hitler versus Hindenburg. The 1932 Presidential Elections and the End of the Weimar Republic, Cambridge 2016; Wolfram Pyta: Hindenburg and the German Right, in: Larry Eugene Jones (Hg.): The German Right in the Weimar Republic. Studies in the History of German Conservatism, Nationalism, and Antisemitism, New York/Oxford 2014, S. 25-47; Josef Schmid: Wissenschaftliche Expertise zur „Vergabe von Ehrenbürgerschaften in der Freien und Hansestadt Hamburg im 19., 20. und 21. Jahrhundert“, 29.10.2014; Taz Nord, 14.1.2013; Kerstin Gensch: Debatten zur Aberkennung des Ehrenbürgerrechts für Paul von Hindenburg am Beispiel ausgewählter Städte, in: Maren Ballerstedt/Peter Petsch/Matthias Puhle (Hg.): „Zum Wohle der Stadt…“ Magdeburger Ehrenbürger (Magdeburger Schriften, 5), Halle 2012, S. 156-169; Hans-Ulrich Thamer: Straßennamen in der öffentlichen Diskussion: der Fall Hindenburg, in: Matthias Frese (Hg.): Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, Münster 2012, S. 251-264; Anna von der Goltz: Hindenburg. Power, Myth, and the Rise of the Nazis, Oxford 2009; Wolfram Pyta: Geteiltes Charisma. Hindenburg, Hitler und die deutsche Gesellschaft im Jahre 1933, in: Andreas Wirsching (Hg.): Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, 9), Göttingen 2009, S. 47-69; ders.: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, Berlin 2007; Jesko von Hoegen: Der Held von Tannenberg. Genese und Funktion des Hindenburg-Mythos (Stuttgarter historische Forschungen, 4), Köln/Weimar/Wien 2007; Boris Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914-1933 (Schriften des Bundesarchivs, 61), Düsseldorf 2003; Harald Zaun: Paul von Hindenburg und die deutsche Außenpolitik. 1925-1934, Köln/Weimar/Wien 1999; Walter Rauscher: Hindenburg. Feldmarschall und Reichspräsident, Wien 1997; Horst Mühleisen: Das Testament Hindenburgs vom 11. Mai 1934, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ), 44 (1996), 3, S. 355-371; Werner Maser: Hindenburg. Eine politische Biographie, Rastatt 1989; Gotthard Jasper: Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930-1934, Frankfurt a.M. 1986; Wolf J. Bütow: Hindenburg, Bergisch Gladbach 1984; Wolfgang Ruge: Hindenburg. Porträt eines Militaristen, Berlin (Ost) 1977; Andreas Dorpalen: Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin/Frankfurt a.M. 1966; Walther Hubatsch: Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen u.a. 1966; Erich Marcks: Hindenburg. Feldmarschall und Reichspräsident (Persönlichkeit und Geschichte, 32), Berlin/Frankfurt a.M. 1963; Erich Matthias: Hindenburg zwischen den Fronten. Zur Vorgeschichte der Reichspräsidentenwahlen von 1932, in: VfZ, 8 (1960), S. 75-84; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI.

(34) Fritz Höger

Lebensdaten: 12.6.1877 – 21.6.1949
Tätigkeiten: Architekt
Straßenname: Högerdamm (1956 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Fritz Höger wurde im Juni 1877 in der Gemeinde Bekenreihe bei Elmshorn als Sohn eines Zimmermanns geboren. Er absolvierte ebenfalls eine Ausbildung zum Zimmermann sowie zum Maurer, besuchte von 1897 bis 1899 die Baugewerkschule Hamburg und diente zwei Jahre beim Militär. Von 1901 bis 1905 arbeitete er im Architekturbüro Lundt & Kallmorgen als technischer Zeichner, anschließend bis 1907 im Baugeschäft seines Schwiegervaters. 1907 gründete Höger ein eigenes Architekturbüro. Bekannt wurde er mit dem Bau von Kontorhäusern, darunter dem Rappolthaus (1911/12) und dem Klöpperhaus (1912/13) in der Mönckebergstraße. Das Chilehaus (1921-24) zählt zu seinen berühmtesten Bauten, in den folgenden Jahren häuften sich Aufträge. Auch jenseits der Stadtgrenzen entwarf Höger nun Fabriken, Verlagshäuser, Kirchen, Rathäuser und Siedlungen. 1926 errichtete er das Verlagshaus für das *Hamburger Fremdenblatt*, im selben Jahr organisierte er die erste Ziegelbau-Ausstellung in Hamburg. Seit 1927 baute er zusammen mit Hans und Oskar Gerson in drei Abschnitten (bis 1943) den Sprinkenhof. 1929/30 beteiligte er sich an einem Wettbewerb für ein Denkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges. Die Historikerin Sylvia Necker bezeichnet Höger als „einen der bekanntesten Vertreter des norddeutschen Backstein-Expressionismus“.

In den 1910er Jahren fühlte sich Höger der konservativen Heimatschutzbewegung verbunden, der es um die Bewahrung volkstümlicher Kultur und Traditionen ging. Seit 1926 war Höger im Vorstand des Deutschen Werkbundes, dem er von 1913 bis 1928 angehörte. 1926 wurde er auch Präsident der Vereinigung Freischaffender Deutscher Architekten (VFDA). Seit ca. 1927 bis zu seinem Ausschluss in Folge eines Streits mit Hans Leip 1929 zählte er zur „Hamburger Gruppe“, einem Zusammenschluss von Künstlern, der sowohl „avantgardistische“ wie konservativ oder völkisch orientierte Personen angehörten. Zu letzteren zählte Höger. So schrieb er 1923: „Ich wünsche dem deutschen Volke zum neuen Jahr an erster Stelle, daß es endlich wieder deutsch werde, und zweitens ein Volk.“ Dafür beschwor er, dass „eines Tages uns der Erlöser aus dem Volke erstehen“ werde. Höger vertrat eine Baukunst, die einen „deutschen Charakter“ haben sollte. Von 1928 bis 1933 gehörte er dem Männerbund „Schlaraffia“ an. Laut Högers eigenen Angaben spendete er der NSDAP bereits „lange vor 1931“ Geld. Ende 1931 nahm er Kontakt zu Hitler auf und bot diesem seine Unterstützung an, ein Treffen kam jedoch nicht zustande. Zum 1. September 1932 trat Fritz Höger in die NSDAP ein.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Am 13. Mai 1933 wurde Höger Präsident und schließlich auch „Führer“ der Wirtschaftlichen Vereinigung Deutscher Architekten (WVDA), die aus der VFDA hervorging und nationalsozialistisch orientiert war. An der Gleichschaltung des Bundes Deutscher Architekten und dessen Fusion mit der WVDA war Höger an zentraler Stelle beteiligt. Zusammen mit Eugen Hö-

nig und dem langjährigen Nationalsozialisten Gottfried Feder unterzeichnete er im Mai 1933 ein Schreiben an alle Mitglieder, in dem die „Hauptaufgabe“ von Architekten und Ingenieuren damit benannt wurde, „dem größten aller Baumeister, Adolf Hitler, treu zur Seite zu stehen und das 3. Reich […] mit aufbauen zu helfen“. Höger wurde auch Mitglied im nationalsozialistischen „Kampfbund deutscher Architekten und Ingenieure“ und arbeitete sporadisch an der von Gottfried Feder für die Ingenieur-Technische Abteilung der NSDAP herausgegebenen Zeitschrift *Deutsche Technik* mit. Er knüpfte Kontakte zu weiteren NS-Funktionären, etwa Werner Daitz, dem Leiter des Amtes Rosenberg. Laut Piergiacomo Bucciarelli hegte Höger „die Hoffnung, der Nationalsozialismus werde ihn zum Baumeister des Dritten Reiches küren“.

Zwischen Frühjahr und Herbst 1933 wurden Vorwürfe gegen Höger laut, zu dessen Klärung der Kampfbund ein Ehrengericht einsetzte. Erstens ging es dabei um den Vorwurf des Plagiats. Zweitens wurden Vorwürfe laut, Högers Praxis unterscheide „sich in nichts von dem großkapitalistischen Gebaren der jüdischen Architekten“ (so ein Diplomingenieur gegenüber dem Kampfbund). Drittens warf man Höger die Beschäftigung Ossip Klarweins vor, der seit 1926 dessen Mitarbeiter gewesen war. Auf solche Vorwürfe reagierte Höger einerseits mit einer vorgeblichen Ahnungslosigkeit über den jüdischen Hintergrund Klarweins, andererseits verwies er darauf, Klarwein am 1. Januar 1933 gekündigt zu haben. In einem handschriftlichen Text (aus seinem Nachlass) leugnete Höger, dass Klarwein sein Mitarbeiter gewesen sei und betonte, dass „unsere deutsche Baukunst […] von allen […] land- und rassefremden Elementen“ reingehalten werden müsse. Gegenüber dem Architekten Carl Winand lobte er dagegen im April 1933 Klarweins Arbeit als „ausgezeichnet“ und „absolut in meinem Geist“. Klarwein emigrierte in der Folge nach Palästina.

Im Juni 1934 wurde Höger in den Verwaltungsbeirat der Reichskammer der bildenden Künste (RKbK) berufen. Im „Sinne des 3. Reiches“ wollte er „der Gesundung der deutschen Volksseele“ dienen, wie er dem Leiter der Reichskammer Eugen Hönig erklärte. Zudem hegte er Hoffnungen auf den Posten des RKbK-Gebietsleiters für die Nordmark. Auf einer Konferenz in Leipzig attackierte Höger 1934 den Stil des Klassizismus, polemisierte gegen die „Gebilde des Bolschewismus“ und forderte, Künstler ohne „deutsches Blut“ des Landes zu verweisen. Spätestens seit 1934 war Höger Mitglied der gleichgeschalteten „Nordischen Gesellschaft“, die sich der NS-Kulturpolitik widmete und für die er u.a. als Redner tätig war. In einer undatierten Notiz offenbarte Höger seinen Antisemitismus, indem er der Regierung riet, angesichts der Macht des „Weltjudentum[s]“ in „der Judenbekämpfung langsam und klug“ vorzugehen.

1934/35 lehrte Höger auf Betreiben des Direktors Fritz Mackensen an der „Nordischen Kunsthochschule“ in Bremen als Professor für Baukunst. Die Hochschule war neu gegründet worden und sollte der Vermittlung einer spezifisch nationalsozialistischen Kunst dienen. Kurz nach Mackensens Beurlaubung im Dezember 1934 wurde jedoch seitens der Bremer Staatsbehörde Kritik an Höger laut, die sich vor allem an seiner fehlenden Anwesenheit entzündete. Eine Rolle spielte aber auch der Verweis darauf, dass Höger „als Künstler vom Führer [...] abgelehnt“ werde. Der Bildungssenator entzog ihm daraufhin zu Ende März 1935 den Lehr-

auftrag. Parallel dazu hatte sich Eugen Hönig in einem Schreiben an den Präsidenten der Reichskulturkammer mit Verweis auf den Fall Klarwein und die Plagiatsvorwürfe gegen eine Ernennung der „umstrittene[n] Persönlichkeit“ Högers zum Professor ausgesprochen. Kurz darauf, im Januar 1935, verweigerte auch Joseph Goebbels seine Zustimmung zur Ernennung Högers zum Professor. Dessen ungeachtet verwendete Höger weiterhin den Professorentitel – deutlich sichtbar in seinem Briefkopf.

Höger nahm an zahlreichen Architekturwettbewerben im „Dritten Reich“ teil und bewarb sich u.a. für den Bau der Reichsführerschule in München (1934), das Hamburger Denkmal für die Gefallenen der „nationalen Erhebung“ (1934), den Bau eines Reichsehrenmals für Kriegsgefallene bei Bad Berka (1936) und den Bau einer „Nordischen Halle“ in Lübeck (1936) – zumeist jedoch ohne Erfolg. Der Grund lag in der Ablehnung von Högers Stil durch führende Nationalsozialisten. Protagonisten des Regimes wie Hitler, Speer und Goebbels schätzten seine Architektur nicht und präferierten einen monumental-neoklassizistischen Stil. In einem Dokument aus seinem Nachlass berichtet Höger sogar über ein Gerichtsverfahren wegen „Verunglimpfung des Führers“, nachdem er sich über „den närrischen Hang Hitlers zum Klassizismus“ ausgelassen haben soll – ob es wirklich zu einem solchen Verfahren kam, konnte nicht geklärt werden. 1937 wurden anonyme Vorwürfe laut, Höger sei „Sozialdemokrat“ – Vorwürfe, gegen die dieser sich mit den Worten verteidigte, er sei „von je her der beste Gesell unseres Führers gewesen“. Höger wurde vor diesem Hintergrund „mit keinem bedeutenden Staatsvorhaben betraut“ (Bucciarelli). Stattdessen realisierte er zumeist Einfamilienhäuser. 1936 errichtete er ein Ehrenmal zum Gedenken an den Begründer der industriellen Hochseefischerei Friedrich Busse in Wesermünde. Ein geplantes Hochseefischer-Ehrenmal in derselben Stadt, zu dessen Grundsteinlegung im Oktober 1936 sogar Hermann Göring erschien, blieb dagegen unverwirklicht. Von 1929 bis 1937 fungierte Höger als städtebaulicher Berater von Wilhelmshaven. In den Jahren 1934 bis 1941 führte er für die Stadt Wohnungsbauten durch. Vermittelt über das Auswärtige Amt arbeitete Höger 1937 für einige Monate in Teheran, ein Entwurf von ihm wurde dort jedoch abgewiesen. Trotz ausbleibender Parteiaufträge blieb Höger ein sehr erfolgreicher Architekt, wie Gerhard Kaldewei betont hat.

Höger versuchte sich auch in die „Führerstadtplanungen“ in Hamburg einzubringen, für die sein früherer Mitarbeiter Konstanty Gutschow seit 1939 an leitender Stelle verantwortlich war. 1937 fertigte er einen Entwurf für ein 250 Meter hohes „Gauhochhaus der NSDAP“ aus rotem Klinker, der auf einer von Alfred Rosenbergs Amt für Kunstpflege organisierten Ausstellung in Berlin gezeigt wurde. Hamburgs Regierender Bürgermeister Krogmann sandte den Entwurf an Hitler und Göring. 1940 richtete Höger eine Eingabe an den stellvertretenden Gauleiter Harry Henningsen. Höger pries seinen Entwurf darin als „Verkörperung deutscher Kraft und Kühnheit“ an und sprach von einem „Baugebilde ganz starken deutschen, niederdeutschen Wesens“, war damit jedoch nicht erfolgreich. Hartmut Frank hat es als einen von Höger selbst gepflegten Mythos bezeichnet, in ihm einen in Volk, Rasse und Boden verankerten niederdeutschen Architekten par excellence zu sehen – gleichzeitig sei seine Architektur für die Nationalsozialisten „aus politischen Gründen nicht mehr erwünscht“ gewesen.

Die Verwaltung für Kunst- und Kulturangelegenheiten der Hansestadt hatte 1940 vermerkt, dass Högers Bauten „künstlerisch sehr umstritten“ seien, aber die „abfälligen Urteile, die in den letzten Jahren geäußert wurden, nicht völlig berechtigt“ seien. Einen Fürsprecher hatte er in Reichsminister Rosenberg. Dessen Amt für Kunstpflege organisierte 1937 im Ausstellungshaus der NS-Kulturgemeinde in Berlin eine Ausstellung mit Werken Högers. Rosenberg regte 1942 auch an, Höger aus Anlass seines 65. Geburtstages die Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft zu verleihen. Sowohl das Reichspropagandaministerium als auch Reichsminister Albert Speer und die Reichskammer der bildenden Künste waren allerdings der Meinung, Höger sei kein Künstler „von so hohem Rang“, dass er die Medaille verdiene. 1940 wurde Höger die weitere Verwendung des Professorentitels durch den Präsidenten der RKbK und den Hamburger Reichsstatthalter untersagt. Anlässlich seines 60. Geburtstages war Höger noch in NS-Zeitungen wie dem *Hamburger Tageblatt* als einer der „führenden Architekten Norddeutschlands“ gewürdigt worden. Der *Völkische Beobachter* hatte ihn als „großen Meister“ und „Vertreter nordischer Rasse“ gepriesen, „dessen geistige Haltung uraltes Wikingertum in zeitempfundener Größe zum Ausdruck bringt“.

1943 wurden Högers Büro in Hamburg und damit auch sämtliche seiner Pläne und Bauunterlagen bei einem Luftangriff zerstört, ebenso wie sein Wohnhaus in Harvestehude. Er zog sich daraufhin mit seiner Frau nach Bekenreihe zurück, wo er ein Atelier einrichtete.

Zur Biographie nach 1945

Im September 1946 füllte Höger einen Entnazifizierungsfragebogen aus, in dem er seinen Eintritt in die NSDAP fälschlicherweise auf 1934 datierte. Er gab an, „immer unpolitisch“ bzw. „von Anfang bis Ende entschiedener Gegner des Hitlerismus“ gewesen zu sein und zudem „wiederholt“ mit Berufsverbot bedroht worden zu sein. Zur Erhaltung des VFDA und seines Lebenswerkes auf dem Gebiet der Baukunst habe er „pro forma“ Parteimitglied werden müssen. Der Entnazifizierungsausschuss im Kreis Steinburg hatte keine politischen Bedenken gegen Höger und erklärte, dieser sei „nominelles Mitglied unter Druck geworden“. Ungeprüft wurde so die Legende Högers übernommen.

1946 errichtete Höger auf Initiative des KZ-Überlebenden Gyula Trebitsch ein „Mahnmal für den Frieden und die Völkerverständigung“ in Itzehoe – das vermutlich erste Mahnmal zur Erinnerung an Opfer des Nationalsozialismus in Deutschland, das im September 1946 eingeweiht wurde. Höger verkaufte es als seine persönliche „Wiedergutmachung“. Dass es sich dabei um reinen Opportunismus handelte, legt ein unveröffentlichtes Dokument nahe, das von Höger nach November 1945 verfasst wurde und in dem er in extrem antisemitischer Manier das „Weltjudentum“ für die deutsche Niederlage verantwortlich machte. „Egoistischer Materialismus, grosse Schlauheit, die zur Hinterlist wird, Lug und Trug und anschmeichelnde Zähigkeit sind die äusseren Zeichen des Judentums; dazu die Nase, Plattfüsse und mauschelnde Hände. [...] Die Schergen und Schlächtergesellen des Weltjudentums führen ein bacchalisch gutes Leben“, ließ Höger seinen Ressentiments freien Lauf. In England sah er ein „verjudete[s] Krämervolk“, tadelte aber auch Hitler für dessen „Eitelkeit“ und den Krieg: „Das Werk Hitlers hätte nur als Friedenswerk Hoffnung auf Erfolg gehabt.“

Im März 1949 beklagte sich Höger gegenüber der Hamburger Bauverwaltung über seine große „wirtschaftliche Not“ und bekundete die Absicht, nach Hamburg zurückzukehren, um sich am Wiederaufbau der Stadt zu beteiligen. Im Juni starb er in Bad Segeberg. „Ein großer Baumeister ist tot“, hieß es im *Hamburger Abendblatt*.

In den Jahrzehnten nach seinem Tod wurde Höger immer wieder als großer Architekt, als „Klinkerfürst von Hamburg“ gewürdigt. Ewald Banse bereitete einen Roman über ihn vor, starb jedoch 1953. 1955 wurde in einem Leserbrief erstmals die Forderung laut, eine Straße oder Schule nach Höger zu benennen. Ein Jahr später wurde sie mit der Benennung des Högerdamms umgesetzt. Der NDR brachte zu Högers 80. Geburtstag 1957 eine „Gedenksendung“. Der zehnte Todestag wurde mit einem Höger-Gedenken in dessen nun „Högerhaus“ genannten Geburtshaus begangen. Ein Jahr später gründete sich eine Fritz-Höger-Gesellschaft im Ort, die es sich zur Aufgabe setzte, das Haus sowie das künstlerische Erbe Högers zu pflegen. 1963 wurde das Haus durch einen Brand zerstört, in den folgenden zwei Jahren jedoch wiederaufgebaut. Als 1982 eine Lücke in Högers Broschek-Bauten in der Hamburger Innenstadt geschlossen wurde, wurde eine Bronzeplastik Högers angefertigt und von Bausenator Volker Lange im Andenken an Högers Leistungen für Hamburgs Stadtbild enthüllt.

Erst in den 1990er Jahren, als die ersten kritischen architekturhistorischen Studien über Höger erschienen, wurde dessen Rolle im „Dritten Reich“ verstärkt thematisiert. Mehrere Ausstellungen widmeten sich Högers Baukunst, etwa 1997 in Itzehoe, 2000 in Hannover oder 2003 im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe. Matthias Gretzschel betonte im selben Jahr im *Hamburger Abendblatt*: „Höger war überzeugter Nationalsozialist und mochte nicht verstehen, warum die Nazis mit seiner expressionistischen Architektur nichts anfangen konnten.“ 2015 wurde das Chilehaus in das Weltkulturerbe der UNESCO aufgenommen. Zahlreiche seiner Bauten wurden in den 2000er Jahren unter Denkmalschutz gestellt. Seit 2008 verleiht die „Initiative Bauen mit Backstein“ den Fritz-Höger-Preis für Backstein-Architektur.

Fazit

Fritz Höger zählt zu den berühmtesten Architekten Hamburgs. Bereits in der Weimarer Republik vertrat er völkisch-konservative Positionen. Im Zuge des Aufstiegs der nationalsozialistischen Bewegung trat er 1932 der NSDAP bei und kündigte quasi im vorauseilenden Gehorsam einem jüdischen Mitarbeiter. In der Frühphase des Regimes brachte er sich aktiv im nationalsozialistischen Sinne ein, indem er Ämter für NS-Organisationen im Kulturbereich bekleidete. Er war mit hohen NS-Funktionären befreundet und äußerte sich antisemitisch. Trotz Bemühungen um Parteibauten und offen nationalsozialistischer Stellungnahmen erhielt er kaum größere Aufträge des Regimes, was in der Vorliebe führender Nationalsozialisten für einen neoklassizistischen Stil begründet lag, den Höger ablehnte. Einzelne Protagonisten des Regimes wie Rosenberg versuchten ihn aber zu fördern. Insgesamt lässt sich Höger – trotz seiner Zurückweisung durch führende NS-Eliten – als vergleichsweise frühes Parteimitglied und als aktiver Nationalsozialist in der ersten Phase des Regimes einstufen, der durch seine Entlassung Klarweins gezielt einen Menschen aufgrund von dessen „Judentum“ schädigte. Auch nach 1945 äußerte er sich in privaten Aufzeichnungen antisemitisch, stilisierte sich je-

doch in der Entnazifizierung und mit dem Bau eines Mahnmals zum Oppositionellen bzw. Geläuterten.

Literatur und Quellen

Ulrich Höhns: Fritz Höger, Hamburg 2012; Sylvia Necker: Konstanty Gutschow (1902-1978). Modernes Denken und volksgemeinschaftliche Utopie eines Architekten, Hamburg/München 2012; Manfred F. Fischer: Höger, Johann Friedrich (Fritz), in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 3, Göttingen 2006, S. 169-171; Claudia Ingrid Turtenwald: Fritz Höger (1877-1949). Architekt zwischen Stein und Stahl, Glas und Beton, Diss. Westfälische Wilhelm-Universität Münster 2003; Claudia Turtenwald (Hg.): Fritz Höger (1877-1949). Moderne Monumente (Schriftenreihe des Hamburgischen Architekturarchivs), München/Hamburg 2003; Gerhard Kaldewei: „Im Kampf für Heimat und Volk“. Fritz Höger als Professor an der Nordischen Kunsthochschule zu Bremen 1934/35 und seine Entwürfe für die „Denkmäler Deutscher Hochseefischerei“ von 1937 in Bremerhaven, in: Jahrbuch der Männer vom Morgenstern, 79 (2000), S. 115-141; Rüdiger Schütt mit Beiträgen von Mathias Mainholz/Kai-Uwe Scholz/Sabine Walter: Bohemiens und Biedermänner. Die Hamburger Gruppe 1925 bis 1931, Hamburg 1996; Piergiacomo Bucciarelli: Fritz Höger. Der norddeutsche Backstein-Architekt (Schriftenreihe der Nordwestdeutschen Universitätsgesellschaft, 63), Wilhelmshaven 1994; ders.: Fritz Höger. Hanseatischer Baumeister 1877-1949, Berlin 1992; Michael Bose u.a.: „...ein neues Hamburg entsteht...“ Planen und Bauen von 1933-1945 (Beiträge zur städtebaulichen Forschung, 2), Hamburg 1986; Alfred Kamphausen: Höger, Fritz, in: Olaf Klose/Eva Rudolph (Hg.): Schleswig-Holsteinisches Biographisches Lexikon, Band 4, Neumünster 1976, S. 108-110; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Carl Westphal: Fritz Höger: der niederdeutsche Backstein-Baumeister, Wolfshagen-Scharbeutz [1938]; Fritz Höger: Laden- und Schaufenstergestaltung, in: ders./Paul Becker/Franz Krohn: Die Werbung des Einzelhändlers (Die Fachbücherei des Einzelhändlers), Hamburg 1937, S. 9-25; Niederdeutsche Welt, 12 (1937), 10/12, S. 289-367; BArch, NS 5-VI, 17612; BArch, R 55, 97; BArch, R 9361-V, 101099; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI; LASH, Abt. 460.14, Nr. 137; StAHH, 131-4, 1940 A 2; StAHH, 324-1, K 7378; StAHH, 621-1/144, 2709; StAHH, 621-2/11, A 49; StAHH, 622-1/183, 8 Band 2 D-H.

(35) Arthur Illies

Lebensdaten: 9.2.1870 – 27.5.1952
Tätigkeiten: Maler, Grafiker
Straßenname: Illiesweg (1955), Illiesbrücke (1956 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Arthur Illies wurde 1870 als Sohn eines Kaufmanns in Hamburg geboren. Schon während seiner Schulzeit am Johanneum besuchte er Zeichenkurse der Gewerbeschule, zwischen 1886 und 1889 absolvierte er dann eine Malerlehre bei der Dekorationsmalerfirma Wirth & Bay. Anschließend studierte er in München an der Kunstgewerbeschule und der Akademie der bildenden Künste. 1892 brach er das Studium ab, zog wieder nach Hamburg und machte sich mit einem eigenen Atelier selbständig. Zwischen 1895 und 1909 unterrichtete er als Lehrer an einer Malschule für Damen. Die Jahre um die Jahrhundertwende wurden retrospektiv als Hochphase des künstlerischen Schaffens von Illies bewertet. Seine Arbeit wurde u.a. vom Direktor der Kunsthalle Alfred Lichtwark gefördert. Gemeinsam mit anderen Künstlern wie Ernst Eitner gründete er den „Hamburgischen Künstlerclub von 1897“. Zwei Jahre später zählte er zu den Mitbegründern des Alstervereins, der sich der „Heimatpflege“ widmete. 1908 wurde er Lehrer für figürliche und Aktmalerei an der Staatlichen Kunstgewerbeschule in Hamburg. 1913 beteiligte er sich an der Hundertjahrfeier zur Erinnerung an die Befreiung Hamburgs von der „Franzosenherrschaft“ mit dem Entwurf von Motiven. Während des Ersten Weltkrieges war er im Auftrag des Museums für Hamburgische Geschichte 1916 als Kriegszeichner an der Ostfront tätig. In seinen Lebenserinnerungen verklärte er rückblickend die Zeit des Kaiserreiches als Zeit der Ordnung, Sicherheit und Achtung vor dem Staat.

1920 gehörte Illies zu den Mitbegründern der „Hamburgischen Künstlerschaft“, als deren Vorsitzender er bis 1924 fungierte. Im selben Jahr wurde er zum Ehrenmitglied des Alstervereins ernannt. In diesen Jahren malte er vermehrt religiöse Motive sowie Städtebilder. 1926 erhielt er vom Senat den Professorentitel verliehen, für den ihn der Direktor der Kunstgewerbeschule bereits 1918 vorgeschlagen hatte. Aus Anlass seines 60. Geburtstages 1930 wurden seine Werke in einer Ausstellung der Galerie Commeter gezeigt. Um 1930 war Illies Mitglied in der „Künstlergruppe Niederelbe“, die in den *Altonaer Nachrichten* charakterisiert wurde als „eine Gesinnungsgemeinschaft von Malern, Graphikern und Plastikern, die sich dem heimatlichen Boden verwachsen fühlen, ihre Stoffe aus unserer niederdeutschen Landschaft nehmen und ihre Art aus dieser Umwelt ableiten“.

Einer politischen Partei gehörte er laut eigenen Angaben vor 1933 nicht an. Er war jedoch bis 1928 Mitglied der Freimaurerloge „Zum Pelikan“. Zudem lassen sich in Korrespondenzen nationalistische und antisemitische Vorstellungen ausmachen. Illies wehrte sich gegen „die internationalen Strömungen“ in der Kunst und orientierte sich an der Niederdeutschen Bewegung. In einem Brief an den Künstler Ernst Eitner machte er Ende der 1920er Jahre die Regierung dafür verantwortlich, dass „die Juden überall das Heft in die Hand bekommen haben“, während das deutsche Volk „apathisch geworden“ sei.

Im Dezember 1932 erschien ein emphatischer Artikel über Illies im nationalsozialistischen *Hamburger Tageblatt*, in dem dieser als „im tiefsten Sinne deutscher Künstler“ gelobt wurde. Im Unterschied zu Malern wie Nolde oder Klee, die als „Artfremde“ attackiert wurden, sei er „einer von denen, die dafür Sorge tragen, daß die lebende deutsche Kunst nicht mit leeren Händen ins Dritte Reich einziehen wird“. Der Autor bezog sich dabei u.a. auf Darstellungen germanischer Gottheiten, die Illies zur gleichen Zeit in einer Ausstellung zeigte. Ob die positive Würdigung auf Gegenseitigkeit beruhte, lässt sich nicht gesichert beantworten.

Zur Rolle im Nationalsozialismus

Nach Ende des Sommersemesters 1933 ging Arthur Illies mit 63 Jahren in den Ruhestand. Zum 1. Mai 1933 war er in die NSDAP eingetreten. Laut Illies´ eigenen Angaben wurde sein Antrag zunächst aufgrund seiner Logenzugehörigkeit von der Ortsgruppe Hamburg abgelehnt. Der Ortsgruppe Wandsbek, die sich „in dem Punkte großzügiger“ zeigte, konnte er jedoch beitreten. 1933 war Illies zudem für einige Monate Leiter der Abteilung bildende Kunst im „Kampfbund für deutsche Kultur“. Als die expressionistische Künstlervereinigung „Sezession“ 1933 starken Angriffen von NS-Seite ausgesetzt war, soll Illies – laut 1962 getätigten Angaben des „Sezession“-Künstlers Arnold Fiedler – gefordert haben, dass alle Angehörigen der Vereinigung „ins Konzentrationslager eingeliefert werden“. Verifizieren ließ sich diese Angabe nicht. Der Bildhauer Ludolf Albrecht gab 1949 an, dass Illies vom Leiter des Kampfbundes Dr. Heinrich Haselmayer nach kurzer Zeit „in verletzender Form“ aus der Organisation „herausgedrängt“ worden sei. Illies war außerdem Mitglied in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt und der Reichskammer der bildenden Künste. Carsten Meyer-Tönnesmann charakterisiert ihn als einen der „wenigen Künstler in Hamburg […], die als ‚parteilinientreu‘ zu bezeichnen sind“.

1934 zog Arthur Illies von Hamburg zunächst nach Ochtmissen und dann nach Lüneburg, laut Meyer-Tönnesmann „verbittert über die Ablehnung seiner künstlerischen Bestrebungen“ in der Hansestadt. Damit zielte er insbesondere auf den neuen Leiter der Hamburger Kunsthalle, der verstärkt expressionistische Kunst förderte. Demgegenüber setzte Illies seine Hoffnungen auf ein hartes Durchgreifen Alfred Rosenbergs als Leiter des „Kampfbundes“ gegen Kunst, „wie sie auch Hamburg für gut hält“. Auch antisemitische Kommentare finden sich weiterhin in der Korrespondenz von Illies, etwa wenn er 1938 die Macht der „Kunstvereinsjuden“ in Hamburg vor der Machtübernahme beschwor.

1934 wurden Werke schleswig-holsteinischer Künstler in der Kieler Kunsthalle ausgestellt, die „den Geist des neuen Deutschland widerspiegeln“ sollten, darunter auch eines von Illies. Die NSDAP-Kreisleitung Lüneburg schenkte dem Gauleiter von Ost-Hannover Otto Telschow 1935 ein von Illies angefertigtes Gemälde des Schlosses Bleckede. Telschow wurde während des „Dritten Reiches“ zudem von Illies persönlich porträtiert. Ebenfalls 1935 beteiligte dieser sich an einem Wettbewerb, um die Wandbilder in der Ruhmeshalle der NSDAP im Lübecker Holstentor zu gestalten, und entwarf dafür Motive mit Hakenkreuzen und SA-Aufmärschen, die aber abgelehnt wurden. Ein Jahr später lud ihn jedoch der Generaldirektor der Lübecker Museen zu einem mehrmonatigen Aufenthalt in die Hansestadt ein, aus der

zahlreiche Werke über die Stadt hervorgingen. 1937 organisierte Alfred Rosenbergs Amt für Kunstpflege eine Ausstellung der Werke von drei Hamburger Künstlern, darunter Illies, im Ausstellungshaus der NS-Kulturgemeinde in Berlin. In Anwesenheit Rosenbergs wurde sie eröffnet.

1939 wurde Illies als erstem Künstler der von Telschow gestiftete Niederdeutsche Malerpreis verliehen. 1940 waren Werke von ihm in einer Sondersektion einer von der NSDAP-Gauleitung Ost-Hannover initiierten Kunstausstellung im Celler Schloss zu sehen. Im selben Jahr zeichneten das Reichspropagandaamt Ost-Hannover und die Reichskammer der bildenden Künste für eine Ausstellung von Illies im Lüneburger Museum verantwortlich. Zu seinem 70. Geburtstag 1940 erschienen Würdigungen in Hamburger Tageszeitungen sowie zwei Aufsätze im Jahrbuch des Alstervereins, in denen das „niederdeutsche“ Element von Illies´ Schaffens hervorgehoben wurde. Hans Martin Tibor behauptete, dass dessen „Leben und Werk den Kampf der bodenständigen deutschen Kunst gegen falsche Historie und artfremde Ueberlagerung“ widerspiegelten. Auch der *Völkische Beobachter* lobte seinen frühen Widerstand gegen die „Internationalität“ in der Kunst. Anfang der 1940er Jahre leitete Illies die Lüneburger Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft. Von 1941 bis 1943 wurden Werke von ihm mehrfach im „Haus der Kunst“ in München gezeigt, darunter auch das Ölgemälde „Heimkehr der Flotte der Legion Condor“.

Zur Biographie nach 1945

In der Entnazifizierung wurden Illies „Nazi activities“ vorgeworfen. Im Juni 1946 wurde ihm die Pension aberkannt, zudem wurde der Zugriff auf sein Bankvermögen blockiert. Illies legte Beschwerde ein und betonte mit Verweis auf seine Logenzugehörigkeit „die Widerstände“, mit denen er „seit 1933 zu kämpfen hatte“. Er behauptete, aufgrund eines „Intrigenspiels“ und von „Denunziationen“ 1933 seinen Posten verloren zu haben, obwohl er weiter hätte im Amt bleiben können. Zudem hätte Hitler persönlich das Zeigen seiner Bilder im Haus der Deutschen Kunst abgelehnt. Auch sein Anwalt verteidigte ihn mit Hinweis darauf, die Nationalsozialisten hätten „alles getan, um ihm jede Wirkungsmöglichkeit in der Öffentlichkeit zu erschweren“ (was mit Blick auf die NS-Ausstellung 1937 in Berlin gelogen war). Der Beratende Ausschuss für bildende Kunst im Fachausschuss 7 lehnte den Einspruch ab und verwies darauf, Illies sei „als Nazi schärfster Prägung in der gesamten Künstlerschaft bekannt“. Dieser konnte nur vereinzelt Leumundszeugnisse aufbringen, darunter vom Kulturjournalisten Hugo Sieker, der sich in einem Schreiben an Illies darüber echauffierte, dass „man Sie auch noch mit dem Nazi-Blödsinn behelligt“. Der um ein Gutachten gebetene Kunsthändler Ernst Hauswedell warf Illies dagegen vor, als „Wortführer des Nationalsozialismus“ gewirkt zu haben und für die Schließung einer Ausstellung der Künstlergruppe Hamburgische Secession 1933 mit verantwortlich gewesen zu sein.

Der Berufungsausschuss billigte im Januar 1947 Illies die halbe Pension zu und konzedierte, dass er „sehr verschieden“ beurteilt werde. Illies´ Rechtsanwalt beantragte im November 1948 die Wiederaufnahme des Verfahrens. Im Juni 1949 wurde der Berufung stattgegeben, Illies in Kategorie V eingestuft und ihm die volle Pension bewilligt.

Arthur Illies verstarb am 27. Mai 1952 im Alter von 82 Jahren. Im Jahr zuvor hatte ihn das Museum für Völkerkunde noch mit einer Jubiläums-Ausstellung geehrt. 1951 war er zudem zum Ehrenmitglied der wiedergegründeten „Hamburger Künstlerschaft“ ernannt worden. 1955 wurde ein Weg in Barmbek, 1956 zudem eine Brücke im Alstertal nach ihm benannt.

Nach seinem Tod wurden Illies´ Werke in etlichen Ausstellungen gezeigt, etwa 1968 in der Fritz-Schumacher-Schule in Langenhorn, 1974 bei Brinke & Riemenschneider, 1978 und 1981 in der Bücherstube Felix Jud & Co., 1992 in der Hamburger Kunsthalle und 1997 in der Galerie Herold. Illies wurde dabei als „Züchter ganzer Generationen von Impressionisten“ gewürdigt, als „Revolutionär“ und „Künstler, der entscheidend mitgewirkt hat, die Kunst in Hamburg während der Jahrhundertwende zu prägen und ihr neue Wege zu weisen“. Zwischen 1981 und 1985 gab Arthur Illies´ Sohn Kurt Illies Erinnerungen und Briefe seines Vaters in drei Bänden heraus. Dabei beschönigte er das Verhalten seines Vaters während des „Dritten Reiches“ und ließ belastende Briefpassagen in den publizierten Bänden weg. 1998 wurde die Arthur und Georgie Illies Familien-Stiftung in Lüneburg ins Leben gerufen. 2005 wurde in einem Artikel im *Hamburger Abendblatt* auf Illies´ „zeitweise Nähe zu den Kunstvorstellungen der Nazis“ hingewiesen.

Fazit

Der Maler Arthur Illies trat 1933 der NSDAP bei und engagierte sich zeitweise im nationalsozialistischen „Kampfbund für deutsche Kultur“. Seine Orientierung auf eine heimatbezogene und niederdeutsche Malerei ließ sich mit den Bestrebungen der Nationalsozialisten in Einklang bringen, auch wenn er in seiner Heimatstadt Hamburg keine Förderung erfuhr. Dies bildete den Grundstein für seine nachträgliche Stilisierung zum Geschädigten des Regimes. Mit Blick auf seine Parteimitgliedschaft, mehrere, auch von NS-Instanzen geförderte Ausstellungen, Entwürfe wie die NS-Motive für die NSDAP-Ruhmeshalle im Lübecker Holstentor, aber auch seine antisemitischen Äußerungen in privaten Briefwechseln vor und nach 1933 muss Illies als deutlich NS-belastet bzw. „ideologischer Gefolgsmann der NS-Kulturpolitik“ (Carsten Meyer-Tönnesmann) eingestuft werden.
Der Nachlass des Malers liegt im Archiv der Arthur und Georgie Illies Familien-Stiftung in Lüneburg und könnte weitere Aufschlüsse über seine Rolle im Nationalsozialismus liefern.

Literatur und Quellen

Carsten Meyer-Tönnesmann: Illies, Arthur, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 6, Göttingen 2012, S. 135-137; Maike Bruhns: Hamburger Kunst im „Dritten Reich“ (Kunst in der Krise, 1), Hamburg/Münster 2001; Carsten Meyer-Tönnesmann: Arthur Illies 1870-1952, in: ders./Anke Manigold/Maike Bruhns: Die Maler. Arthur Illies, Friedrich Ahlers-Hestermann, Karl Kluth (Hamburgische Lebensbilder, 3), Hamburg 1989, S. 7-26; Kurt Illies (Hg.): Arthur Illies. Zeichnungen, Briefe, Lüneburg, Hamburg 1985; ders. (Hg.): Arthur Illies. Graphik und Zeit, 1894-1952, Hamburg 1983; ders.: Arthur Illies (1870-1952) – Erinnerungen an die Zeit der Gründung des „Alstervereins“, in: Jahrbuch des Alstervereins e.V., 58 (1982), S. 5-11; ders. (Hg.): Arthur Illies. Aus Tagebuch und Werk, 1870-1952, Hamburg 1981; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hans Martin Tibor: Professor Arthur Illies 70 Jahre, in: Jahrbuch des Alstervereins e.V., 24 (1940), S. 24-28; Walter Frahm: Arthur Illies, der Maler des Alstertals, in: ebd., S. 28-32; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Nachrichten 1930-1945; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI; StAHH, 111-1, 58913; StAHH, 111-1, 58922; StAHH, 130-10 I, 1930 Jb 9; StAHH, 221-11, Ed 12288; StAHH, 363-2, Eb 152; StAHH, 622-1/183, 8 Band 3 J-L; StAHH, 731-8, A 759 Illies, Arthur.

(36) Wilhelm Jensen

Lebensdaten: 12.9.1882 – 6.3.1960
Tätigkeiten: Pastor, Heimatforscher, Kirchenhistoriker
Straßenname: Wilhelm-Jensen-Stieg (1975 benannt)

Zur Biographie vor 1933
1882 im Dorf Beken bei Apenrade in Nordschleswig als Sohn eines Lehrers geboren, studierte Wilhelm Jensen in Halle, Berlin und Kiel Theologie. Nach Besuch des Predigerseminars und Absolvieren des Lehrvikariats war er in Kiel und Flensburg als Hilfsprediger tätig. 1910 erhielt er eine Pfarrstelle in der Gemeinde St. Margarethen in der Wilstermarsch. Auf Basis des dortigen Archivs der Kirchspielvogtei schrieb Jensen eine Chronik des Kirchspiels. Im Ersten Weltkrieg diente er als Felddivisionspfarrer.

1919 gab Jensen den Anstoß zur Gründung des Heimatvereins Wilstermarsch, in dem er als Schriftführer wirkte. 1922 wurde er an der Universität Kiel promoviert. In den folgenden Jahren publizierte er etliche regional- und kirchengeschichtliche Aufsätze, u.a. in der *Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte*. 1925 und 1932 veröffentlichte er Bücher mit Dokumenten zur Geschichte der Stadt Wilster. Auf dem Evangelischen Reichselterntag im April 1932 in Potsdam hielt Jensen einen Vortrag über die Einflüsse des völkischen Tannenbergbundes und des kommunistischen Freidenkertums auf die Schuljugend, vor deren „Antichristlichkeit“ er warnte, um zu einer „bewußt evangelischen Erziehung“ aufzurufen.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Im Oktober 1933 wechselte Wilhelm Jensen zur Kreuzkirche in Wandsbek, wo er bis zu seiner Emeritierung als Pastor wirkte. In der NSDAP scheint Jensen nicht Mitglied geworden zu sein, in der NSDAP-Mitgliederkartei sind keine Informationen zu ihm überliefert.

1935 wurde Jensen zum Beauftragten für das Kirchenbuchwesen der Landeskirche Schleswig-Holstein ernannt, seit 1938 war er Mitglied der Arbeitsgemeinschaft landeskirchlicher Archivare. Die evangelische Kirche wirkte seit 1933 auf Basis ihrer Kirchenbücher an der Ausstellung von „Ariernachweisen“ mit, die letztlich eine Grundlage der nationalsozialistischen Judenverfolgung bildeten. Diese „kirchliche Amtshilfe für den NS-Staat“ (Manfred Gailus) wurde vielfach als selbstverständlich angesehen – reichte jedoch bis zu ausgeprägter Eigeninitiative und Denunziationen, etwa getaufter Juden. Jensen publizierte 1936 eine Arbeit über die Kirchenbücher Schleswig-Holsteins, die laut Benjamin Hein als Grundlage bei der Ausstellung von „Ariernachweisen“ diente. Im *Hamburger Fremdenblatt* hieß es über das Werk: „Für jeden deutschen Volksgenossen, der seinen arischen Nachweis zu erbringen hat, ist diese Zusammenstellung von größter Bedeutung.“ Jensen organisierte Fortbildungskurse zum Kirchenbuchwesen und hielt Vorträge zu Themen wie „Sippenforschung im Dritten Reich und der Beitrag der Kirche“ (1939). In einem Vortrag von 1938 hob Jensen den Nutzen seiner Recherchen für das „Dritte Reich“ und deren Bedeutung für die Familienforschung hervor. Die Hilfe von Pastoren bei der Ausstellung von „Ariernachweisen“ bezeichnete er als

Dienst an der Volksgemeinschaft: „Wir freuen uns, unserm Volk einen großen Dienst durch unsere Kirchenbücher leisten zu können, und die Kirche ist bereit, die Bücher von sich aus restlos auszuwerten.“

Allerdings kam es Mitte der 1930er Jahre zu Konflikten kirchlicher Amtsträger und Archivare mit der Reichsstelle für Sippenforschung, die selbst verstärkt die Kontrolle über die Kirchenbücher übernehmen wollte. Jensen lehnte eine staatliche Übernahme der Dokumente vehement ab. Auf einer Tagung im Oktober 1935 in Schwerin kritisierte Jensen in diesem Sinne die Leiter zweier schleswig-holsteinischer „Sippenkanzleien“ als kirchenfeindlich. Dabei ging es keineswegs um eine grundsätzliche Distanzierung von der antisemitischen NS-Politik.
In einem Schreiben vom März 1941 an das Landeskirchenamt Hamburg wird vielmehr Jensens antisemitische Einstellung deutlich. Sein Ansinnen, das kirchliche Gesangbuch von jüdischen Bezugnahmen zu säubern und diese durch „deutsche“ Begriffe zu ersetzen, wurde sogar vom nationalsozialistischen Landesbischof Franz Tügel als „geschmacklos“ zurückgewiesen.

Auch in den 1930er und 1940er Jahren setzte Jensen seine kirchen- und heimatgeschichtlichen Arbeiten fort. 1935 gab er die familiengeschichtlichen Aufzeichnungen des Kaufmanns und „Heimatforschers“ Gustav J. J. Witt als Buch heraus. Für ein 1938 von Walter Frahm und dem nationalsozialistischen Stormarner Landrat Constantin Bock von Wülfingen herausgegebenes Werk über Stormarn steuerte er drei Aufsätze bei, darunter einen zur „Sippenforschung in Stormarn“. Im selben Jahr gab er zum 700-jährigen Jubiläum der Stadt Itzehoe im Nationalsozialistischen Gauverlag Schleswig-Holstein zwei alte Dokumente aus dem 15./16. Jahrhundert heraus, die er mit den Worten einleitete: „die neue Zeit mit ihrem Bemühen um die Werte des Volkstums und ihrem besonderen Verständnis für unsere altgewurzelte heimische niederdeutsche Art stellt ihre besonderen Forderungen. Ein bisher nicht gekanntes Fragen und Forschen nach den zusammenhängenden Linien von Geschlecht und Sippe geht durch unser Volk. Dem möchten wir […] dienen.“ In den meisten seiner Publikationen findet sich allerdings kaum nationalsozialistisches Gedankengut.

1938 wurde Jensen als „Standortpfarrer im Nebenamt“ mit der Ausübung der Wehrmachtseelsorge in Wandsbek im Falle des Krieges beauftragt. Im Zweiten Weltkrieg wirkte er als stellvertretender Wehrkreispfarrer. 1940 bat er das Wehrmachtskommando erfolglos darum, Arbeiten über nordfranzösische Katakomben, die er im Ersten Weltkrieg durchgeführt hatte, fortsetzen zu dürfen.

Zur Biographie nach 1945

Ob Wilhelm Jensen entnazifiziert wurde, ist ungeklärt – in Hamburg ist keine Akte zu ihm überliefert, und auch im Landesarchiv Schleswig-Holstein konnte keine ermittelt werden.
In der Nachkriegszeit wirkte Jensen weiter als Beauftragter für das Kirchenbuchwesen der Landeskirche. Am 1. April 1948 verlieh die Universität Kiel ihm den Ehrendoktortitel. 1950 war er an der Gründung der Matthias-Claudius-Gesellschaft beteiligt, die sich der Erforschung der Werke des Dichters widmen wollte. Zum 1. Oktober 1951 ging Jensen in den Ruhestand, blieb jedoch ein weiteres Jahr kommissarisch Pastor. Zu seinem 70. und 75. Geburts-

tag wurde er in Hamburger Tageszeitungen als „einer der besten Kenner der hamburgischen und schleswig-holsteinischen Kirchengeschichte“ und „Wahrer des Erbes von Matthias Claudius“ gewürdigt. 1958/59 veröffentlichte er Bücher zur Kirchengeschichte Hamburgs und Wandsbeks, bevor er im März 1960 im Alter von 77 Jahren verstarb. Das zum 325-jährigen Jubiläum der Kirchengemeinde veröffentlichte Buch „Wandsbek und seine Kirche“ widmete Jensen Dr. Friedrich Ziegler (1887-1952), der nicht nur Vorsitzender des Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeindeverbandes Wandsbek nach dem Krieg, sondern auch NSDAP-Politiker und von 1931 bis 1938 Oberbürgermeister von Wandsbek gewesen war. Nach Jensens Tod erschien posthum ein weiteres kirchengeschichtliches Werk von ihm. Seine Rolle oder die der Kirche in der Beihilfe zur Judenverfolgung wurde zeitlebens nicht thematisiert.

Fazit

Der Pastor und „Heimatforscher“ Wilhelm Jensen trat zwar nicht der NSDAP bei, zeigte sich in kircheninternen Vorgängen aber als deutlicher Antisemit, der qua seiner Funktion nicht nur die Beihilfe von Pastoren zur Erstellung von „Ariernachweisen“ durch Nutzung der Kirchenbücher (und damit das System der Entrechtung von Juden) unterstützte, sondern soweit ging, kirchliche Gesangstexte von hebräischen Begrifflichkeiten säubern zu wollen.

Literatur und Quellen

Benjamin Hein: Wilhelm Jensen, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; Renate Hauschild-Thiessen: Gustav J.J. Witt (1854-1928) und seine Familie: Zwischen Hamburg und Beidenfleth, in: Tiedenkieker. Hamburgische Geschichtsblätter, N.F., Nr. 6, 2015, S. 15-22; Manfred Gailus (Hg.): Kirchliche Amtshilfe. Die Kirche und die Judenverfolgung im „Dritten Reich“, Göttingen 2008; Stephan Linck: Die protestantischen Kirchenbücher, Ahnenforschung und Kirchenarchivare in Nordelbien, in: Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages/Annette Göhres/Joachim Liß Walther (Hg.): Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933-1945. Die Ausstellung im Landtag 2005 (Schriftenreihe des Schleswig-Holsteinischen Landtages, 7), [Kiel] 2006, S. 65-77; Walter Frahm: Meine Begegnungen mit Pastor D. Dr. Wilhelm Jensen, in: Jahrbuch des Alstervereins e.V., 39 (1960), S. 5-8; Wilhelm Jensen: Wandsbek und seine Kirche. Zum 325jährigen Jubiläum der Kirchengemeinde Wandsbek, Hamburg 1959; ders. (Hg.): Die hamburgische Kirche und ihre Geistlichen seit der Reformation, Hamburg 1958; ders./Johannes Suck (Hg.): Das Kirchspiel Bargteheide. Seine Kirche und Geschichte, Preetz 1950; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Nachrichten 1930-1945; Wilhelm Jensen: Der Abschluß der Reformation in Schleswig-Holstein. Zur Annahme der schleswig-holsteinischen Kirchenordnung vom 9. März 1542 auf dem Landtage in Rendsburg, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte (ZSHG), 70/71 (1943), S. 189-223; ders.: Die Kirchen in Stormarn, in: Constantin Bock von Wülfingen/Walter Frahm (Hg.): Stormarn. Der Lebensraum zwischen Hamburg und Lübeck. Eine Landes- und Volkskunde, Hamburg 1938, S. 483-501; Wilhelm Jensen: Die Neuordnung der Verwaltung unter preußischer Herrschaft, in: ebd., S. 502-504; ders.: Sippenforschung in Stormarn, in: ebd., S. 575-581; ders. (Hg.): Aus alten Itzehoer Archiven. Das älteste Einwohnerverzeichnis der Stadt Itzehoe von 1518. Das alte Itzehoer „Kirchenmissale“ von 1491. Zum 700jährigen Stadtjubiläum der Stadt Itzehoe dargeboten, Itzehoe 1938; ders.: Die Kirchenbücher Schleswig-Holsteins, des Landesteils Lübeck und der Hansestädte (Quellen und Forschungen zur Familiengeschichte Schleswig-Holsteins, 2), Neumünster 1936; ders. (Hg.): Die Witt-Warstedte. Nach den hinterlassenen Aufzeichnungen von Gustav J. J. Witt, Glückstadt 1935; ders. (Hg.): Aus der alten Stadt Wilster. Urkunden und Einwohnerverzeichnisse. Jubiläumsausgabe zum 650-jährigen Stadtjubiläum, Wilster 1932; ders.: Zur Geschichte des Schulwesens. Die erste Sonderschule auf dem Lande, in: Schriften des Vereins für Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte, 8 (1926), 1, S. 1-5; ders. (Hg.): Das alte Ratsbuch der Stadt Wilster, Wilster 1925; ders. Das Grenzgebiet zwischen Süderdithmarschen und der Wilstermarsch auf der Karte von 1721, in: ZSHG, 54 (1924), S. 399-409; ders.: Die Gilden im Amt Steinburg, in: ZSHG, 50 (1921), S. 401-425; ders.: Die Befestigung Rendsburgs 1539/40, in: ebd., S. 426-428; ders.: Das Kirchspiel Brokdorf (1220-1920), Wilster 1920; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI; StAHH, 622-2/42, B 5; StAHH, 622-2/42, B 6; StAHH, 622-2/42, B 7; StAHH, 622-2/42, B 8; StAHH, 731-8, A 759 Jensen, Wilhelm; Landeskirchliches Archiv der Nordkirche (LKAN), 22.02, Nr. 735; LKAN, 32.01, Nr. 940, 1365; LKAN, 98.75, Nr. 4, 10, 36, 49, 51, 64, 73.

(37) Fritz Jöde

Lebensdaten: 2.8.1887 – 19.10.1970
Tätigkeiten: Musikpädagoge, Protagonist der Jugendmusikbewegung
Straßenname: Jödeweg (1977 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Fritz Jöde wurde 1887 als Sohn eines sozialdemokratischen Schuhmachermeisters in Hamburg geboren. Nach seiner Ausbildung am Hamburger Lehrerseminar 1902 bis 1908 arbeitete Jöde von 1908 bis 1923 als Volksschullehrer in Hamburg. Unterbrochen wurde diese Stelle durch eine Tätigkeit an einer Privatrealschule in Hamburg 1909 bis 1914, seinen Wehrdienst 1915/16 an der Ostfront und ein Studium der Musikwissenschaft in Leipzig 1920/21.
Jöde war seit etwa 1908 in der Jugendbewegung aktiv, zunächst als Leiter eines Bundes für Jungwandern, des „Zugvogels". Zu Beginn des Ersten Weltkrieges gab er eine Sammlung von kriegsverherrlichenden Liedern heraus. Für die Zeit nach dem Krieg gilt er als Mitbegründer einer „Jugendmusikbewegung", die sich für eine Demokratisierung der Musikkultur einsetzte. Seit 1918 gab er die Zeitschrift *Laute* heraus, in den folgenden Jahren veröffentlichte er zahlreiche Bücher und Publikationen wie die Aufsatzsammlung „Musikalische Jugendkultur" (1918) oder das Schulliederbuch „Der Musikant" (1923-25). 1923 wurde er auf Initiative des sozialdemokratischen Schulreformers Leo Kestenberg an die Staatliche Akademie für Kirchen- und Schulmusik in Berlin als Professor für Musikerziehung berufen. Im selben Jahr gründete er die erste staatliche Jugendmusikschule, es folgten 1925 die Gründung einer Volksmusikschule und von „Offenen Singstunden" 1926. Seit 1930 war Jöde Leiter des Seminars für Volks- und Jugendmusikpflege an der Akademie.

Einer politischen Partei gehörte Jöde vor 1933 nicht an. In der Novemberrevolution war er an der Gründung eines „Lehrerrates" beteiligt und gehörte der reformpädagogischen Gruppierung „Wendekreis" an, deren Mitglieder sich als „revolutionäre Lehrer" verstanden und sich die geistige Erneuerung der Schule zum Ziel setzten. Sie weigerten sich 1919 aus religiösen Gründen, den Eid auf die Reichsverfassung abzulegen. Im folgenden Jahr beteiligte sich Jöde mit dem „Wendehof" an einem Schulexperiment in der Lüneburger Heide.
Jödes Denken war von einem starken, idealistisch aufgeladenen Gemeinschaftsbegriff, einer Orientierung auf das „Volk" und die „Volksgemeinschaft" sowie einem aus der Jugendbewegung stammenden „Führer"-Gedanken geprägt. Entsprechende Denkmuster bildeten Anknüpfungspunkte zum Nationalsozialismus, ohne dass sich in Jödes Publikationen exkludierende, rassistische oder antisemitische Vorstellungen finden ließen. Die Jugendmusikbewegung sollte vielmehr eine freie und überparteiliche Bewegung sein, die vom Kommunisten bis zum Deutschnationalen vereinigend und Parteigrenzen überschreitend wirkte.
1929 trat Jöde aus der evangelischen Kirche aus und wurde Mitglied der freikirchlichen „Christengemeinschaft". Bereits 1927 hatten Angriffe auf sein Wirken eingesetzt, die zwischen 1931 und 1934 einen publizistischen Höhepunkt erreichten. Insbesondere nationalsozialistische Publikationen (z.B. die Zeitschrift *Nationalsozialistische Erziehung*) griffen ihn als angeblichen „Marxisten" an und forderten seine Entfernung aus staatlichen Diensten.

Zur Rolle im Nationalsozialismus

Im Februar oder April 1933 beriet sich Jöde mit seinen Mitarbeitern, wie man sich gegenüber dem neuen Regime verhalten sollte. Der anwesende Wolfgang Stumme berichtete in der Rückschau, dass Jöde „nach langer kontroverser Diskussion […] den jüngeren Mitarbeitern [empfahl], durch Übernahme von Aufgaben in der Hitlerjugend das bisher Erreichte der Jugendmusikbewegung innerhalb dieser Jugendorganisation zu erhalten“. Die Verbände der Jugendmusikbewegung wurden in der Folge dem „Reichsbund Volkstum und Heimat“ eingegliedert. Karl-Heinz Reinfandt hat darauf hingewiesen, dass Jöde zunächst eine gewisse Hoffnung in das „Dritte Reich“ setzte, sich „dann aber bald betrogen sah“. Ihm ging es primär um die Jugendmusikbewegung, weniger um eine Abwehr des oder Zustimmung zum NS-Regime.

Unmittelbar nach der Machtübernahme steigerten sich die publizistischen Angriffe auf Jöde. So veröffentlichte die nationalsozialistische „Aktion für wertästhetische Musikerziehung“ im Februar 1933 ein Pamphlet „Fritz Jöde – ein deutscher Kulturschädling“, im Juni 1933 wurde eine „Erklärung gegen Jöde“ von 131 Personen unterzeichnet und im August 1934 erschien ein Text des Kampfbundes für deutsche Kultur, in dem Jöde Beziehungen zu KPD und SPD unterstellt wurden. Jödes Verleger Kallmeyer wandte sich im Februar 1933 an die NS-Funktionäre Bernhard Rust und Alfred Rosenberg und betonte die Übereinstimmung von Jödes Wirken mit den Zielen des Nationalsozialismus. Zwei Monate später veröffentlichte er zudem einen Aufruf „An die Gegner Professor Jödes“ zu dessen Verteidigung, den rund 800 Personen unterzeichneten. Im Juni 1934 verfasste Jöde eine Stellungnahme „In eigener Sache“, die er an die NSDAP-Gauleitung Berlin schickte und in der er betonte, dass seine Arbeit „auf dem Boden unseres Volkstums“ stünde, er für das „vaterländische Lied“ eintrete und „alles […] Undeutsche“ bekämpft habe. Gleichzeitig forderte er seine Rehabilitation (die erst 1942 erfolgte). Im Februar 1935 wurde Jöde von seinem Amt als Professor an der Berliner Akademie zunächst beurlaubt und im Oktober 1936 schließlich nach einem Disziplinarverfahren entlassen – bei Bewilligung einer Rente für die Dauer von fünf Jahren.

Jöde war 1935 der Reichsschrifttumskammer beigetreten und konnte weiterhin ohne Probleme publizieren. Allerdings wurde seine frühere Schrift „Der Musikant“ verboten. Insgesamt veröffentlichte er in der NS-Zeit 19 Lieder-, Musik- und Tanzsammlungen mit Auflagehöhen zwischen 1.000 und 55.000. In diesen Schriften, etwa in „Deutsche Jugendmusik“ oder „Deutschland im Liede“ (beide 1934) finden sich positive Äußerungen zum Nationalsozialismus, NS-verherrlichende Lieder oder die Verwendung des Hakenkreuzes auf Titelblättern. Nach seiner Beurlaubung 1935 zog Jöde nach München um und organisierte Kurse sowie offene Sing- und Musizierwochen im In- und Ausland (u.a. Skandinavien, Österreich und Osteuropa) – mit dem Ziel, den Gedanken der Jugendmusikbewegung auch international zu verbreiten. Laut Reinfandt waren Jödes Kurse frei von nationalsozialistischer Ideologie. Seine Auslandsreisen wurden im Auftrag der Auslandsorganisation der NSDAP durchgeführt, riefen jedoch auf Seiten des Reichspropagandaministeriums „Bedenken“ hervor und wurden etwa 1938 Gegenstand zu erneuten Angriffen in NS-Publikationen. In seiner Verteidigung betonte Jöde seine Orientierung auf den „völkischen Gedanken“. Nach Ausbruch des Krieges führte er auch für die Wehrmacht Singstunden mit Soldaten durch.

1938 wurde Jöde freier Mitarbeiter des Jugendfunks beim Reichssender München, wo er zunächst unter anderen Namen Beiträge veröffentlichte. Nach einer Intervention der Sendeleitung verlor er die Stelle jedoch im Juli 1939 wieder. Von 1939 bis 1944 gab er die monatlich erscheinende *Zeitschrift für Spielmusik* heraus. Das Kulturpolitische Archiv im „Amt Rosenberg“ kam in einem Briefwechsel im Mai 1940 zu einer „durchaus positiven“ Beurteilung von Jödes Schriften, kritisierte jedoch seine „Tätigkeit als praktischer Musikerzieher“.

1940 nahm Fritz Jöde eine Dozentur für Volksliedkunde und Chorleitung am Mozarteum in Salzburg an. Zugleich erhielt er – durch seine Leitung der aus jungen Studierenden gebildeten Mozartspielschar – den Rang eines Gefolgschaftsführers und Kulturabteilungsleiters der HJ Salzburg. Als Bedingung für diesen Ruf beantragte er Ende Dezember 1939 seine Aufnahme in die NSDAP, in die er zum 1. Januar 1940 aufgenommen wurde. Nach 1945 begründete er seinen Beitritt auch damit, „endlich wieder an meinem Lebenswerk weiterarbeiten zu können“. Ein Schreiben der NSDAP-Gauleitung München-Oberbayern belegt jedoch, dass Jöde bereits 1938 – nach Aufhebung der Mitgliedersperre – einen Antrag auf die Parteimitgliedschaft stellte, also deutlich vor seinem Ruf nach Salzburg. Nachdem die Salzburger Hochschule 1942 dem Reichserziehungsministerium unterstellt worden war, wurde Jöde am 17. Mai 1943 gekündigt – kurz zuvor (am 9. Mai) hatte dieser jedoch selbst seine Kündigung eingereicht, nachdem er sich bereits in den Monaten zuvor um leitende Stellungen in Norddeutschland bemüht hatte. Jöde behauptete, nach seiner Entlassung wieder aus der NSDAP ausgetreten zu sein – ein entsprechender Vermerk findet sich auf seiner Mitgliedskarte jedoch nicht. 1943 übernahm er eine Professur an der Braunschweigischen Staatsmusikschule sowie die Leitung des Musikheims im Schloss Schliestedt bei Schöppenstedt. 1944 wurde er zum Kriegsdienst verpflichtet und musste für ein Forschungsinstitut für Flugzeugbau in Ainring arbeiten.

Zur Biographie nach 1945

Unmittelbar nach Ende des NS-Regimes verfasste Jöde einen „Kleinen Aufriss über meinen Kampf mit dem Nationalsozialismus“, in dem er sein Agieren teilweise beschönigte. Im September 1946 begann Jödes Entnazifizierung, in der er sich als Verfolgter des Regimes darstellte und z.B. (fälschlicherweise) behauptete, der HJ trotz seiner Gefolgschaftsführer-Funktion nicht angehört zu haben. Die Entnazifizierungsausschüsse hielten ihn ebenfalls für weitgehend unbelastet, 1949 wurde er dann nachträglich in Kategorie V eingestuft.

1945 wurde Jöde Kantor der Evangelischen Kirche in Bad Reichenhall. 1947 kehrte er nach Hamburg zurück, wo er bis 1952 als Leiter des Amtes für Jugend- und Schulmusik wirkte. 1952 war Jöde an der Gründung des Internationalen Instituts für Jugend- und Volksmusik beteiligt, das er in den folgenden Jahren leiten sollte. 1956 übernahm er den Vorsitz der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft der Volksmusikverbände, und 1959 gründete er schließlich das Archiv der Jugendmusikbewegung.

In den 1950er Jahren wurde die Fritz-Jöde-Stiftung ins Leben gerufen, die u.a. Komponistenwettbewerbe ausschrieb und entsprechende Preise vergab. Zu seinem 70. Geburtstag 1957

wurde Jöde mit einem Sammelband über sein Wirken geehrt, nachdem er kurz zuvor das Bundesverdienstkreuz erhalten hatte. Zum 80. Geburtstag gab es eine Feier an der Schule Meerweinstraße, auf der sein Verdienst „als Pionier einer neuen Musikgesinnung“ hervorgehoben wurde. 1970 starb Fritz Jöde.
In den Nachkriegsjahrzehnten warfen vor allem Vertreter der Kritischen Theorie wie Theodor Adorno Jöde und der Jugendmusikbewegung eine Nähe zum Nationalsozialismus vor. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurde Jödes Rolle im „Dritten Reich“ in der Musikpädagogik verstärkt kritisch, aber auch differenziert, thematisiert.

Fazit

Fritz Jöde wurde als Protagonist der Jugendmusikbewegung früh zum Ziel scharfer Attacken der Nationalsozialisten. Er wurde von diesen in seinem beruflichen Weg geschädigt – ohne dass er jedoch Berufs- oder Publikationsverbot erhielt. Als Verfechter der Jugendmusikbewegung, die einerseits offene Flanken zu Volksgemeinschafts- und Führer-Ideen, andererseits eine überparteilich-demokratisch-inklusive Tendenz aufwies, ging es ihm primär um den Erhalt dieser Bewegung, nicht um eine Ablehnung oder Zustimmung zum Regime. Vor diesem Hintergrund versuchte er sich – letztlich ohne dauerhaften Erfolg – mit dem NS-Regime zu arrangieren, veröffentlichte affirmative und auf den Nationalsozialismus positiv bezugnehmende Texte und bemühte sich seit 1938 um den (1940 dann erfolgten) Beitritt zur Partei. Rainer Schmitts Fazit, Jöde sei sowohl „Überlebenstaktiker als auch Opportunist“ gewesen, insgesamt ergebe der Blick auf das Verhältnis Jödes zum Nationalsozialismus jedoch „kein einheitliches Bild“, ist zuzustimmen.
Weiteren Aufschluss über Jödes Agieren im „Dritten Reich“ könnte die Auswertung seiner privaten Akten geben, die im Archiv der Jugendmusikbewegung in Wolfenbüttel lagern.

Literatur und Quellen

o.A.: Fritz Jöde, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; Franz Riemer: Fritz Jöde und der Hohe Meißner, in: Jürgen Reulecke (Hg.): 50 Jahre danach – 50 Jahre davor. Der Meißnertag 1963 und seine Folgen (Jugendbewegung und Jugendkulturen Jahrbuch 9/2012-13), Göttingen 2014, S. 163-172; Norbert Fischer: Jöde, Wilhelm August Ferdinand Fritz, in: Franklin Kopitzsch/ Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 3, Göttingen 2006, S. 182-183; Rainer Schmitt: Von der Politik eines Unpolitischen – Nachträge zum „Fall Jöde“ in den Jahren 1927 – 1945, in: Mechthild von Schoenebeck (Hg.): Vom Umgang des Faches Musikpädagogik mit seiner Geschichte (Musikpädagogische Forschung, 22), Essen 2001, S. 141-152; Sabine Busch: Hans Pfitzner und der Nationalsozialismus, Stuttgart/Weimar 2001; Hildegard Krützfeldt-Junker (Hg.): Fritz Jöde. Ein Beitrag zur Geschichte der Musikpädagogik des 20. Jahrhunderts. Bericht über das Fritz-Jöde-Symposion, veranstaltet von der Gesellschaft für Musikpädagogik GMP vom 5.-7. Februar 1988 in der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Hamburg, Kassel 1988 (2. Auflage Altenmedingen 1996); Karl-Heinz Reinfandt (Hg.): Die Jugendmusikbewegung. Impulse und Wirkungen, Wolfenbüttel 1987; Joseph Wulf (Hg.): Musik im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Frankfurt a.M. 1983; Fred K. Prieberg: Musik im NS-Staat, Frankfurt a.M. 1982; Michael Härting: Fritz Jödes „Weg in die Musik“. Zu den Anfängen der Singbewegung, in: Rudolf Stephan (Hg.): Über Musik und Politik. Neun Beiträge, Mainz 1971; Günther Trautner: Die Musikerziehung bei Fritz Jöde. Quellen und Grundlagen, Wolfenbüttel/Zürich 1968; Reinhold Stapelberg (Hg.): Fritz Jöde. Leben und Werk. Eine Freundesgabe. Zum 70. Geburtstag, Trossingen/Wolfenbüttel 1957; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Fritz Jöde (Hg.): Pädagogik deines Wesens. Gedanken der Erneuerung aus dem Wendekreis, Hamburg 1920 (2. Auflage); BArch, NS 5-VI, 17621; BArch, NS 15, 31; BArch, R 9361-III, 474861; BArch, R 9361-V, 23488; BArch, R 9361-V, 23489; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 221-11, Ed 16434; StAHH, 361-2 V, 234 b; StAHH, 361-3, A 308; StAHH, 731-8, A 508 Fritz-Jöde-Stiftung; StAHH, 731-8, A 759 Jöde, Fritz.

(38) Heidi Kabel

Lebensdaten: 27.8.1914 – 15.6.2010
Tätigkeiten: Schauspielerin
Straßenname: Heidi-Kabel-Platz (2011 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Heidi Kabel wurde 1914 in Hamburg als Tochter eines Buchdruckers geboren. Von 1920/21 bis 1931 ging sie auf das Emilie-Wüstenfeld-Lyzeum zur Schule, wo sie ihre Mittlere Reife machte. Im folgenden Jahr begann sie an der von Richard Ohnsorg betriebenen Niederdeutschen Bühne als Schauspielschülerin zu arbeiten.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Zu Beginn der „Machtergreifung" der Nationalsozialisten war Heidi Kabel 18 Jahre alt. In ihrer Autobiographie schrieb sie 1979: „Mich interessierte das Geschehen damals nicht allzu sehr, denn zu oft hatten in den letzten Jahren die Reichskanzler gewechselt […]." Im Januar 1933 debütierte sie als Schauspielerin in Schnelsen, in der Folge trat sie u.a. mit einem plattdeutschen Unterhaltungsprogramm auf – seit September 1936 als Berufsschauspielerin. Der NSDAP trat sie im Laufe der nächsten zwölf Jahre nicht bei. Als Schauspielerin war sie jedoch Mitglied der Reichstheaterkammer.

1937 heiratete Kabel ihren Kollegen Hans Mahler, mit dem sie seit 1932 verlobt gewesen war. Mahler trat zum 1. Mai 1937, die Aufnahmesperre war gelockert worden, der NSDAP bei. Hintergrund dieses Parteibeitritts war Mahlers Bewerbung um eine Intendantenstelle in Lüneburg. Laut Heidi Kabels Lebenserinnerungen war sie es, die ihren Mann dazu drängte, die „Formsache" Parteimitgliedschaft zu beantragen. (In diesen Texten datiert sie den Parteibeitritt und die Bewerbung Mahlers jedoch fälschlicherweise auf 1936 – biographische Porträts wie von Göksu/Bake und Busch folgen ihr darin.) Kabel selbst trat 1938 der NS-Frauenschaft bei. Im Unterschied zu ihrer eigenen rückblickenden Darstellung sah der Entnazifizierungsausschuss 1946 die Initiative zu ihrem Schritt bei Hans Mahler. Sie selbst schrieb: „Um ihm meine Verbundenheit zu zeigen, trat ich in die NS-Frauenschaft ein. Für mich war dieser Beitritt zu einer NS-Organisation nichts weiter, als wenn ich irgendeinem Verein beigetreten wäre." Dennoch gab sie an, sich für kurze Zeit stärker mit Politik beschäftigt und die Positionen der NS-Presse übernommen zu haben – um „Mahler und mir [zu] beweisen, daß ich Recht hatte". In Kabels retrospektiver Darstellung stand Mahler dem Regime kritisch bis ablehnend gegenüber, während sie sich als naiv und gutgläubig gegenüber den Intentionen des NS-Regimes porträtierte. Nach der Reichspogromnacht 1938 habe sie ihre Kolleginnen gefragt: „Was hat er denn bloß gegen die Juden?" Erst nach Ausbruch des Krieges sei ihr Glaube an Hitler erschüttert gewesen, ihr Ehemann habe sie jedoch vom Austritt aus der NS-Frauenschaft abgebracht.

Zwischen 1938 und 1944 brachte Heidi Kabel drei Kinder zur Welt. Im Zweiten Weltkrieg war sie 1941 für zwei Wochen zur „Wehrbetreuung" in Belgien eingesetzt, wo sie „Bunte

Abende“ vor Soldaten bespielte. Laut eigenen Angaben in der Entnazifizierung zahlte sie nach einem Umzug 1942 keine Beiträge mehr an die NS-Frauenschaft. 1943 lernte sie den Schriftsteller Wolfgang Borchert kennen, der ihr laut ihrer eigenen Darstellung über die Konzentrationslager berichtete. Im August 1944 wurden alle Theater geschlossen.

Zur Biographie nach 1945

Als die Niederdeutsche Bühne im Sommer 1945 wiedereröffnet werden sollte, waren für Mahler und Kabel Auftritte vorgesehen. Laut Kabels Lebenserinnerungen weigerten sich ihre Kolleg/innen mit Verweis auf die NS-Belastung der beiden, mit ihnen aufzutreten – sie vermutete Neid und Konkurrenz hinter diesem Schritt. Faktisch wurden beide von der Militärregierung für zwölf Monate suspendiert. Kabel trat in der Folge als Volkssängerin mit Akkordeon in norddeutschen Kleinstädten auf. Das Auftrittsverbot für sie wurde nach ihrer Berufung im April 1946 aufgehoben. Ende 1946 wurde sie in Kategorie IV eingestuft. Der Beratende Ausschuss für Theater sah es als erwiesen an, dass sie „sich nicht aktiv im nationalsozialistischen Sinne betätigt hat“. Ihr Repertoire als Schauspielerin sei „unpolitisch gewesen“, auch wenn sie nicht als Gegnerin des NS anzusehen sei. Leumundszeugen vom Ohnsorg-Theater hatten sie entweder als „politisch indifferent“ oder als NS-Gegnerin charakterisiert.

1949 wurde Hans Mahler Intendant des Richard-Ohnsorg-Theaters, wie die Niederdeutsche Bühne seit 1946 hieß; er förderte in der Folge die Karriere seiner Frau. Heidi Kabel wurde „zum Markenzeichen des guten, tapferen Nachkriegsdeutschlands“, wie Göksu und Bake schreiben. Neben ihren Theaterrollen hatte sie über 100 Fernsehauftritte (seit 1954 wurden Ohnsorg-Theaterstücke im Fernsehen übertragen), zahlreiche Filmauftritte, war in zahlreichen Hörspielen vertreten, produzierte Schallplatten und erhielt etliche Preise und Auszeichnungen – darunter von städtischer Seite die Bürgermeister-Stolten-Medaille für Kunst und Wissenschaft (1981), die Senator-Biermann-Ratjen-Medaille (1984) und die Medaille für Kunst und Wissenschaft (1989). Bereits in Veröffentlichungen der 1970er Jahre wurde ihr Ruf als „typische Hamburgerin“ und „Markenzeichen“ der Stadt hervorgehoben.

1970 starb ihr Mann Hans Mahler. In politischer Hinsicht wurde Heidi Kabel Mitglied der SPD und betonte ihre positive Einstellung gegenüber der Politik Helmut Schmidts. In ihrer Autobiographie von 1979, die auch als Artikelserie im *Hamburger Abendblatt* abgedruckt wurde, ging Kabel selbstkritisch mit ihrer Rolle im Nationalsozialismus um und stellte sich als treibende Kraft hinter dem NSDAP-Beitritt ihres Mannes dar. 1984 schied sie als festes Mitglied des Ohnsorg-Theaters aus.

In den 2000er Jahren wurde in der Presse auch ihre NS-Belastung erwähnt, zumeist gestützt auf ihre autobiographische Darstellung (*Der Spiegel* sprach nach ihrem Tod dagegen fälschlicherweise von einer NSDAP-Mitgliedschaft Kabels). Die *Taz* hatte sie zum 80. Geburtstag mit den Worten gewürdigt, sie sei „eine, die die Nazizeit überstanden hat, ohne selbst denunziert zu haben“. 2010 starb Heidi Kabel. Im folgenden Jahr wurde der Platz vor dem heutigen Standort des Ohnsorg-Theaters am Hauptbahnhof nach ihr benannt.

Fazit

Heidi Kabel wurde erwachsen und begann als Schauspielerin zu arbeiten, als der Nationalsozialismus im Deutschen Reich die Macht übernahm. Nachdem ihr Mann Hans Mahler 1937 der NSDAP beigetreten war, trat sie selbst der NS-Frauenschaft bei – beides erfolgte vermutlich aus Karrieregründen. In ihren autobiographischen Erinnerungen charakterisiert sie ihre eigene Haltung zum Nationalsozialismus bis zum Kriegsbeginn als naiv-gutgläubig und affirmativ. Aktivismus jenseits der formalen Mitgliedschaft ist ihr nicht nachweisbar.

Literatur und Quellen

Cornelia Göksu/Rita Bake: Heidi Kabel, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; Michael Busch: Kabel, Heidi, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie, Band 6, Göttingen 2012, S. 147-150; Irma Hildebrandt: Immer gegen die Wand. 18 Hamburger Frauenporträts, München/Zürich 2005 (2. Auflage 2007); Jan Hinnerk Mahler/Carsten Wittmaack: Heidi Kabel. Sag ja zum Leben, Leipzig 2004; Heidi Kabel: „Das Leben macht mir Freude“. Erinnerungen einer lebensklugen Frau, Hamburg 1994; dies.: Wo sind nur die Jahre geblieben? Stationen meines Lebens, Hamburg 1991; dies.: Manchmal war es nicht zum Lachen, Hamburg 1979; Hans-Adolf Trauthig: Heidi Kabel, Schauspielerin, in: Hamburger Abendblatt (Hg.): Hamburger, wie sie keiner kennt. Porträts aus einer Weltstadt, Hamburg 1975; Bruno Peyn: Richard-Ohnsorg-Theater. Beiträge zur Geschichte der Niederdeutschen Bühne in Hamburg, Hamburg 1965; Bernhard Meyer-Marwitz: 50 Jahre Richard-Ohnsorg-Theater, Hamburg 1952; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Nachrichten 1930-1945; BArch, R 9361-V, 133916; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI; StAHH, 131-1 II, 6630; StAHH, 135-1 VII, 1827; StAHH, 221-11, Misc 10730; StAHH, 221-11, Misc 171789; StAHH, 731-8, A 760 Kabel, Heidi.

(39) Rudolf Klophaus

Lebensdaten: 14.1.1885 – 3.7.1957
Tätigkeiten: Architekt
Straßenname: Klophausring (1979 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Rudolf Klophaus wurde im Januar 1885 in Solingen als Kind einer Arbeiterfamilie geboren. Er besuchte von 1892 bis 1900 die Volksschule in Solingen und zwischen 1901 und 1906 die Baugewerkschulen in Barmen-Elberfeld und Aachen, wo er die Abschlussprüfung „mit Auszeichnung“ bestand. Es folgten der Kriegsdienst und die Arbeit für verschiedene Architekten in Düsseldorf. Seit 1916 arbeitete er auch in Hamburg. Im Ersten Weltkrieg wurde Klophaus schwer verwundet, in der Folge blieb sein linker Arm gelähmt.

Seit 1920 arbeitete Klophaus als selbstständiger Architekt, gemeinsam mit August Schoch gründete er ein Architekturbüro, das 1927 um Erich zu Putlitz erweitert wurde und in dem über 20 Architekten arbeiteten. Sie bauten Wohnhäuser und -siedlungen, Geschäftsbauten und Fabriken; u.a. führten sie 1923/34 den Umbau des Gebäudes der Patriotischen Gesellschaft durch. Das Büro erhielt einen ersten Preis im internationalen Wettbewerb für den Bau des Völkerbund-Palastes in Genf. Ende 1932 trennte sich Klophaus von seinen Büropartnern. 1925 oder 1927 wurde er Mitglied in der Loge „Zur Hanseatentreue“ und blieb dies bis zu ihrer Auflösung 1933. Laut eigenen Angaben in der Entnazifizierung stimmte er bei den Wahlen im November 1932 und März 1933 für die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP), der er seit 1923 als Mitglied angehört hatte.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Zum 1. Mai 1933 trat Rudolf Klophaus der NSDAP bei, im Dezember 1933 wurde er zudem Mitglied in der Reichskammer der bildenden Künste. In seiner Entnazifizierung gab er an, der Partei beigetreten zu sein, „weil die Hitlerbewegung nach meinem Empfinden Ordnung und Arbeit brachte“. Aufgrund seiner Logenzugehörigkeit erhielt Klophaus jedoch einen Vermerk in seinem Mitgliedsbuch, kein Amt in der Partei ausüben zu dürfen – ein Verbot, das nach einem Amnestieerlass im Januar 1939 aufgehoben wurde.

In den 1930er und 1940er Jahren baute Klophaus weiter Wohnungen, Geschäftshäuser und Fabriken. Im Mai 1933 wurde er Geschäftsführer der neu gegründeten Siedlungsgesellschaft Raakmoorgraben. In den ersten Jahren des Regimes bewarb er sich auf mehrere Architekturwettbewerbe für NS-Parteibauten, 1933 für den Neubau einer NSDAP-Reichsführerschule in München, 1934 für den Bau eines „Schlageter-Forums“ in Düsseldorf“ und eines „Denkmals für die Gefallenen der nationalsozialistischen Erhebung“ auf der Hamburger Moorweide. Für dieses Projekt gewann Klophaus zusammen mit dem Architekten Artur Tachill den ersten Preis, es wurde allerdings nicht realisiert. Seit 1934 war er maßgeblich an der Neubebauung des abgerissenen Gängeviertels beteiligt, hinzu kam die Wohnanlage „Altstädter Hof“ im Kontorhausviertel. Seit 1936 errichteten Klophaus und Tachill in Düsseldorf ein Krieger-

denkmal zu Ehren eines bis 1918 bestehenden Füsilierregiments. Im Wettbewerb für ein Kriegerehrenmal in Curslack erhielten beide lediglich eine Ehrenurkunde. 1938/39 baute Klophaus das Pressehaus für die NS-Zeitung *Hamburger Tageblatt*, zu dessen Grundsteinlegung im Oktober 1938 sogar Joseph Goebbels erschien. 1939 begann er mit dem Um- und Neubau des Verwaltungsgebäudes der Neuen Sparcasse von 1864, in dem provisorisch auch das Gauhaus der NSDAP untergebracht werden sollte. Der geplante Bau eines Geschäftshauses für die Hamburger Hochbahn AG, mit deren nationalsozialistischem Direktor Friedrich Stanik Klophaus laut eigenen Angaben seit 1934 bekannt war, kam aufgrund des Kriegsbeginns nicht mehr zustande. Klophaus´ Stil war laut Sylvia Necker am „Traditionalismus" orientiert und geprägt von architektonischen Kontinuitätslinien. Jan Lubitz charakterisiert ihn als „gemäßigte Moderne" mit „deutlich […] konservativen Einflüssen".

1937 stellte Klophaus den sozialdemokratischen Architekten Rudolf Ladewig (1893-1945), der mit einer Jüdin verheiratet war, als Mitarbeiter ein. Er stieg 1942 zum Büroleiter von Klophaus auf. Zu diesem Zeitpunkt war Ladewig bereits Mitglied der antifaschistischen Widerstandsgruppe „Kampf dem Faschismus", die verfolgte Widerstandskämpfer ebenso wie jüdische Kinder versteckte, ausländischen Zwangsarbeitern half und Kontakte zu anderen Widerstandsgruppen aufbaute. Klophaus kündigte Ladewig am 28. Juni 1944 mit „Rücksicht auf die augenblicklichen Zeitverhältnisse". Später gab er an, Ladewig habe von sich aus gekündigt, um sich selbstständig zu machen. Nach dem 20. Juli 1944 setzte die Gestapo V-Leute u.a. gegen Ladewig ein, was zu dessen Verhaftung im März 1945 führte. Im April 1945 wurde Ladewig im KZ Neuengamme erschossen.

1939/40 führte Klophaus einen Auftrag der Wehrmacht für eine „Luftgausiedlung" für Offiziere im Stadtteil Osdorf aus. 1942 übernahm er im besetzten Lothringen Aufträge für das Wiederaufbauamt Westmark. Seit September 1943 war er nebenamtlich für die Hamburger Bauverwaltung tätig und als „Vertrauensarchitekt" dem Gauwohnungskommissar für Aufgaben des Werkswohnungsbaus unterstellt. 1944 wurde er vom Wohnwirtschafts- und Siedlungsamt beauftragt, die Aufstellung von Barackenunterkünften für „Luftkriegsbetroffene" durch die Wohnungsbaugesellschaften zu überwachen. Im selben Jahr wirkte er als Architekt im Auftrag Staniks, der ein Haus für sich in Wandsbek bauen wollte, für das die Baupolizei jedoch die erforderliche Ausnahmegenehmigung verweigerte. Insgesamt realisierte das Büro Klophaus zwischen 1943 und 1945 445 Wohnungen – die Bauverwaltung hatte ihm im Mai 1944 vertraglich das Recht zum Bau von 2.500 Wohnungen zugesichert.

Zur Biographie nach 1945

In der unmittelbaren Nachkriegszeit führte Klophaus mehrere Vorhaben für die Militärregierung aus. Als diese ihn und Elingius Anfang 1946 mit einem großen Bauvorhaben (den späteren Grindelhochhäusern) beauftragen wollte, schaltete sich die Hamburger SPD ein und griff beide gegenüber den Briten als „Nutznießer des Nationalsozialismus" und „führende Nationalsozialisten" an. Der Beratende Ausschuss und die *Special Branch* hielten im Frühjahr 1946 fest, Klophaus sei wohl kein „*active* Nazi" gewesen, weitere Untersuchungen – auch mit Blick auf die Steigerung seiner jährlichen Einkünfte im „Dritten Reich" (von ca. 40.000 RM

1933 auf über 188.000 RM 1940) – schienen ihnen jedoch notwendig. Nachdem mehrere Zeugen vernommen worden waren, schien es erwiesen zu sein, dass Klophaus von seinen „Nazi connections“ (mehrere Zeugen sprachen „enge Verbindungen zu führenden Nazis“ oder „*beste* Verbindungen zu führenden Nazikreisen“ an) profitiert hatte. Allerdings wurde er auch zu Unrecht beschuldigt, Stellvertreter des Gauwohnungskommissars gewesen zu sein. Im Juni 1946 wurde Klophaus die Betätigung als Architekt verboten und ein Treuhänder für seine Firma eingesetzt.
Klophaus legte Berufung ein und führte zu seiner Verteidigung an: 1) Er übte kein Amt in der NSDAP aus und sei „kein aktiver Nationalsozialist“ gewesen. 2) Er beschäftigte in seinem Büro NS-Gegner, darunter neben Ladewig, der als „großer Nazi-Gegner bekannt“ gewesen sei, auch den sozialdemokratischen Bürgerschaftsabgeordneten Rudolf Qualeck. Dieser war 1933 entlassen, 1937 aber von Klophaus als Hausverwalter angestellt worden. Als Qualeck 1944 im Zuge der „Operation Gewitter“ nach dem Putschversuch inhaftiert wurde, habe er sich erfolgreich um dessen Freilassung bemüht (was Qualeck ihm bestätigte). Schließlich habe er den Russen und Nazi-Gegner Leo Seroff, der auf Veranlassung der Gestapo 1942 seine Stellung bei Konstanty Gutschow verlor, bei sich eingestellt (was Seroff ihm bestätigte). 3) Drittens leugnete Klophaus, ein „Nutznießer“ gewesen zu sein und verwies darauf, vor 1933 „bedeutend größere Bauten ausgeführt [zu haben], als während der Nazizeit“. Gauleiter Kaufmann habe ihn „abgelehnt“. Gleichzeitig gestand er in einer persönlichen Anhörung 1947 ein, es sei möglich, dass er den Auftrag zum Bau des Hochbahnhauses – den ihm ein befreundeter Makler vermittelt habe – „nicht erhalten hätte, wenn ich nicht Parteimitglied gewesen wäre“. 4) Schließlich erklärte er, seit 1937 und v.a. mit Blick auf die Judenverfolgung nicht mehr mit den Maßnahmen des Regimes einverstanden gewesen zu sein.
Der Berufungsausschuss stufte Klophaus in seiner Entscheidung vom Juli 1947 in Kategorie III ein, ließ sein Vermögen gesperrt und verbot ihm jegliche publizistische Tätigkeit ebenso wie die Annahme öffentlicher Aufträge und die führende Betätigung in Fachorganisationen. Er sei „in gewissem Umfange als aktives Parteimitglied“ anzusehen. Klophaus beantragte die Wiederaufnahme des Verfahrens, die im November 1948 mit Verweis auf die „ungewöhnliche Härte“ des Urteils zugelassen wurde. Einen Monat später wurde er als „Mitläufer“ in Kategorie IV eingestuft und sein Vermögen freigegeben.

Nach der erfolgreichen Berufung begann Klophaus 1948/49 – zusammen mit Karl Koch – wieder als Architekt zu arbeiten. Sie realisierten Wohnblocks und Geschäftshäuser, darunter ein Gebäude für die Commerzbank am Ida-Ehre-Platz 1952/53. Hinzu kam der Bau des sogenannten Cityhofes am Johanniswall, dem zweiten Hochhausprojekt in Hamburg, das zwischen 1955 und 1957 ausgeführt wurde. Das Projekt, an dem Klophaus auch als Investor beteiligt war, galt zeitgenössisch als hochmodern („Manhattan an der Elbe“). Kurz nach Fertigstellung starb Klophaus im Alter von 72 Jahren.
1979 wurde eine Straße in Allermöhe nach dem Architekten benannt.

Fazit
Der berühmte Architekt Rudolf Klophaus, der in der Weimarer Republik der linksliberalen DDP angehört hatte, trat 1933 der NSDAP bei – laut eigenen Angaben aus Überzeugung,

auch wenn karrieristische Motive der Anpassung an die neuen Machthaber nicht auszuschließen sind. Zwar engagierte er sich darüber hinaus nicht politisch für den Nationalsozialismus, aufgrund seiner früheren Logenzugehörigkeit war ihm dies jedoch auch nicht möglich. Klophaus war mit Hamburger NS-Funktionären bekannt und bewarb sich um (und erhielt mehrere) Bauaufträge für Partei- oder Staatszwecke, von denen allerdings nur das Pressehaus für das *Hamburger Tageblatt* realisiert wurde. Zwar spricht für Klophaus, dass er einzelne Gegner des NS-Regimes in seinem Büro einstellte, die Entlassung von Rudolf Ladewig im Juni 1944 (deren Umstände nicht ganz geklärt sind) trübt dieses Bild jedoch – insbesondere da Klophaus sie nach 1945, Ladewig war bereits ermordet, gegenüber den Entnazifizierungsbehörden als freiwillig erfolgte Kündigung darstellte.

Literatur und Quellen

Geerd Dahms: Stellungnahme zu Rudolf Klophaus, in: NS-belastete Straßennamen im Bezirk Bergedorf. Stellungnahme der historischen Fachkommission, Hamburg-Bergedorf, 1.3.2017, S. 28-29; Sylvia Necker: Cityhof (Hamburger Bauheft, 09), Hamburg 2015; Ralf Lange: Kontinuität durch Wandel – Leben und Werk von Rudolf Klophaus (1885-1957), in: Hamburgische Architektenkammer (Hg.): Architektur in Hamburg. Jahrbuch 2014, Hamburg 2014, S. 198-205; Jan Lubitz: Rudolf Klophaus 1885-1957, Dezember 2013, http://www.architekten-portrait.de/rudolf_klophaus (abgerufen am 25.8.2017); Sylvia Necker: Konstanty Gutschow (1902-1978). Modernes Denken und volksgemeinschaftliche Utopie eines Architekten, Hamburg/München 2012; Hans Walden: Klophaus, Rudolf, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 6, Göttingen 2012, S. 164-166; Maike Bruchmann: Annemarie Ladewig/Rudolf Karl Ladewig, in: Ulrike Sparr (Hg.): Stolpersteine in Hamburg-Winterhude. Biographische Spurensuche, Hamburg 2008, S. 133-138; Ralf Lange: Vom Kontor zum Großraumbüro. Bürohäuser und Geschäftsviertel in Hamburg 1945-1970, Königstein im Taunus 1999; Petra Bojahr: Erich zu Putlitz. Leben und Werk 1892-1945. Untersuchungen zur Monumentalarchitektur (Schriftenreihe des Hamburgischen Architekturarchivs, 13), Hamburg/München 1997; Ralf Lange: Hamburg – Wiederaufbau und Neuplanung 1943-1963, Königstein im Taunus 1994; Michael Bose u.a.: „...ein neues Hamburg entsteht...“ Planen und Bauen von 1933-1945 (Beiträge zur städtebaulichen Forschung, 2), Hamburg 1986; Hermann Hipp: Wohnstadt Hamburg. Mietshäuser zwischen Inflation und Weltwirtschaftskrise, Hamburg 1985 (2. Auflage); Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945. Berichte und Dokumente (Bibliothek des Widerstandes), Frankfurt a.M. 1980; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Klophaus, Schoch, zu Putlitz. Mit einer Einleitung von Werner Hegemann, Berlin/Leipzig/Wien 1930; StAHH, 221-11, I (B) 8768; StAHH, 731-8, A 760 Klophaus, Rudolf; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI.

(40) Friedrich (Fritz) Köhne

Lebensdaten: 27.6.1879 – 7.8.1956
Tätigkeiten: Lehrer, Schulreformer
Straßenname: Köhnestraße (1961 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Friedrich Köhne wurde als Sohn eines Eisenbahnbeamten im Juni 1879 im damaligen Dorf Lesum bei Bremen geboren. Nach einer Präparandenanstalt in Lesum besuchte Köhne von 1896 bis 1899 das Königliche Evangelische Schullehrer-Seminar in Stade. 1902 bestand er auch die Zweite Lehrprobe. 1899 trat Köhne einen Dienst als „Schulverwalter" in der Volksschule in Burgdamm an. 1900 oder 1901 wurde er als Lehrer in der Gemeinde Grohn tätig, 1903 wechselte er auf eine Präparandenanstalt in Stade. Im Oktober 1904 wurde er als festangestellter Lehrer an der Volksschule Schanzenstraße in den Hamburger Schuldienst übernommen. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges meldete er sich freiwillig als Sanitäter – laut seiner eigenen Aussage von 1947, um den Einsatz an der Waffe zu vermeiden. Im November 1915 wurde er zu einem Infanterieregiment eingezogen, aus gesundheitlichen Gründen aber bereits im Juni 1916 wieder entlassen.

Köhne war kurze Zeit nach seiner Anstellung in Hamburg Mitglied im Lehrerverein „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens" geworden, von 1909 bis 1911 gehörte er als Schriftführer dem Vorstand an. In diesem Zeitraum gehörte er auch der „Sozialwissenschaftlichen Vereinigung" an, einer Tarnorganisation sozialdemokratischer Lehrer. Köhne verortete sich auf Seiten der Arbeiterbewegung, lehnte aber klassenkämpferische Gedanken ab. 1915 war er Mitbegründer des Volksheims Eimsbüttel. 1920 beteiligte er sich am Generalstreik gegen den rechten Kapp-Putsch. 1925, laut einer anderen Quelle bereits 1918, trat er in die SPD ein. Von 1919 bis 1933 gab Köhne Kurse an der Hamburger Volkshochschule, zumeist zu Fragen der Reformpädagogik. Von Januar 1921 bis März 1927 fungierte er als Schriftleiter der von der „Gesellschaft" herausgegebenen *Hamburger Lehrerzeitung*. Dabei setzte er sich mit einem starken Idealismus für reformpädagogische Ideen ein. 1922 wurde Köhne Schulleiter an der Versuchsschule Telemannstraße in Eimsbüttel. Dabei handelte es sich um eine neu gegründete Reformschule, an der u.a. der traditionelle Drill abgelehnt, Mädchen und Jungen gemeinsam unterrichtet wurden und es keinen Religionsunterricht gab. Köhne gehörte dem Vorstand der „Gesellschaft der Freunde" an und initiierte u.a. die Entwicklung neuer Volksschulhäuser, die seit 1927 gebaut wurden. 1927 wurde er zum Schulrat ernannt und übernahm die Aufsicht des Volksschulwesens.

Als einem kommunistischen Lehrer der Schule Telemannstraße im Gefolge eines Senatserlasses von 1931, der Lehrern die Mitgliedschaft in NSDAP und KPD verbot, 1932 die Entlassung drohte, setzte sich Köhne erfolgreich für ihn ein, nachdem es zuvor einen Schülerstreik gegeben hatte. Allerdings gibt es auch Hinweise, dass Köhne sich ebenso vor nationalsozialistische Lehrer stellte: „immer hat er schützend seine Hand über uns gehalten", betonte etwa Erna Doctor, die seit 1929 NSDAP-Mitglied war, 1933.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Als im Frühjahr 1933 mit Erlass des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ zahlreiche sozialdemokratische, kommunistische und jüdische Lehrer/innen entlassen wurden, war auch Köhne von Entlassung bedroht. Im Juli 1933 wurde er kurzzeitig suspendiert. Laut Köhne erreichte es der deutschnationale Schulsenator Karl Witt, dass er auf seinem Posten als Schulrat verblieb. In der Entnazifizierung führte er seine Nicht-Entlassung als einer der wenigen sozialdemokratischen Lehrer im Rückblick auf „his exceptional knowledge and the great confidence and support he received from the teaching body“ zurück. Unter den Lehrer/innen, die sich gegenüber der Schulbehörde im Juli/August 1933 für Köhne einsetzten, waren aber auch nationalsozialistisch orientierte oder als nationalsozialistisch verdächtigte Lehrer/innen. Sie betonten Köhnes Orientierung auf die „Volksgemeinschaft“, seine fehlende parteipolitische Haltung und seine Hilfe für „national“ eingestellte Lehrer, Lehreranwärter oder Hausmeister.

Mit der Gleichschaltung der „Gesellschaft der Freunde“ wurde Köhne im Mai 1933 Mitglied im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB), im November 1935 trat er auch der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) bei. Im NSLB leitete er von 1936 bis 1940 als Gaufachberater den Ausschuss für die Gestaltung und Einrichtung von Schulneubauten und knüpfte damit an seine Aktivitäten aus den 1920er Jahren an. Der Ausschuss sprach sich u.a. für eine bessere Beleuchtung und besseres Mobiliar in Schulen aus.
Mit den 1933 entlassenen Lehrern traf sich Köhne wohl bis 1943 monatlich zu Versammlungen. Zum 1. Mai 1937 trat er in die NSDAP ein. Laut seiner eigenen Aussage erfolgte dieser Schritt, nachdem ihm mit der Versetzung in den Ruhestand gedroht worden war. Köhne selbst war unwillig, der Partei beizutreten, ließ sich von dem klandestinen Kreis entlassener Lehrer aber überzeugen. „Es ist in allen beteiligten Kreisen bekannt, daß er sich bis zum Äußersten gesträubt hat, Mitglied der NSDAP zu werden“, lautete ein Vermerk in seiner Personalakte vom März 1946: „Die Gegner des Nationalsozialismus waren froh, daß er als letzte Garantie des früheren Geistes im Schulwesen verblieb.“ Gleichzeitig war Köhne in seiner Funktion als Schulrat daran beteiligt, Vorgaben der NS-Schulpolitik umzusetzen, etwa in einem Aufruf zu einem Lehrgang für Hilfsschullehrer 1942, für den die Zustimmung zur „nationalsozialistischen Erbgesundheits- und Rassengesetzgebung“ zur Voraussetzung erklärt wurde. Laut Hans-Peter de Lorent war Köhne in seinem Amt auch mit der Zerschlagung jüdischer Schulen befasst.

Es gibt mehrere Fälle, in denen sich Köhne für verfolgte oder bedrohte Lehrer/innen oder Schüler/innen einsetzte. So wandelte er die Entlassung des oppositionell organisierten Lehrers Hans Ketzscher 1934 in eine Versetzung um. Der Lehrer Caesar Hagener schilderte in den 1980er Jahren, er habe 1933 auf einer Liste zu entlassener kommunistischer Lehrer gestanden, doch Köhne habe ihn auf eine ihm nicht bekannte Art und Weise vor der Entlassung bewahrt. Für die von der Gestapo bedrohten Lehrer Dietrich Rothenberg und Karl Prieß setzte er sich ein. Einzelnen Lehrern riet er, in die NSDAP einzutreten, um sich nicht weiter angreifbar zu machen. Für Wilhelm Schönmann, Carl Haack und weitere Lehrer, die wegen ihrer Nicht-Mitgliedschaft unter Druck standen, setzte er sich aber auch erfolgreich beim Schulsenator ein

– ebenso wie für mehrere Lehrer aus Braunschweig, die Anfang der 1930er Jahre von der dortigen nationalsozialistischen Landesregierung entlassen und in Hamburg eingestellt worden waren. Als Mittel, gefährdete Lehrer/innen aus der „Schusslinie“ zu bringen, griff er in den frühen 1940er Jahren auf ihre Abordnung in die Kinderlandverschickung zurück. 1943 bewahrte er eine 14-jährige Schülerin, die wegen NS-feindlicher Äußerungen aufgefallen war, vor der Einweisung in ein staatliches Jugendheim. Eine jüdische Lehrerin dankte Köhne 1950 dafür, ihr zur Auswanderung mit der ganzen Familie geraten und so ihr Leben gerettet zu haben.

Aus Altersgründen wurde Köhne nicht mehr zum Wehrdienst eingezogen. Im Dezember 1939 wurde ihm das Treudienst-Ehrenzeichen 1. Stufe für eine 40-jährige Dienstzeit verliehen. In privater Korrespondenz schwankte Köhne im Januar 1942 zwischen der Hoffnung, dass Deutschland den Krieg gewinne, da er „nicht erleben“ wolle, „wie man am deutschen Volk Rache nimmt“, und der Ablehnung nationalsozialistischer Expansionspolitik. Im Oktober 1944 schrieb er seinem Sohn, er hoffe auf „die Zeit, wo die Völker Europas innewerden, daß diese Zeit der Zerstörung und Vernichtung ein Irrsinn war“, und die „Entdeckung des Gemeinsamen, das sie im Werk des Friedens miteinander verbindet“.
Seit Mai 1941 vertrat er Albert Mansfeld als Oberschulrat. Im November 1944 wurde er schließlich im Alter von 65 Jahren zum Oberschulrat ernannt, nachdem Senatssyndikus Dr. Schrewe seine Amtsführung als „ausgezeichnet“ und ihn als „Persönlichkeit von hohem pädagogischem Rang, der sich einer ganz ungewöhnlichen Verehrung innerhalb der gesamten Hamburger Lehrerschaft erfreut“, gelobt hatte. Kritische Stimmen kamen dagegen vom NSDAP-Kreisleiter, der bemängelte, dass „irgendeine aktive Mitarbeit in der Partei“ seitens Köhne nicht zu erkennen sei – auch wenn er die Parteiversammlungen besuche – und es sich bei ihm um „kein[en] revolutionäre[n] Erzieher“ im NS-Sinne handele. Für Köhne sprachen sich jedoch sowohl Senator Ofterdinger als auch andere NS-Funktionäre aus.

Zur Biographie nach 1945

1946/47 wurde Fritz Köhne in der Entnazifizierung bescheinigt, trotz seiner Parteimitgliedschaft ein „Anti-nazi“ gewesen zu sein: „The opponents of National Socialism were glad that he remained in school service as a last representative of the former spirit.“ Die Militärregierung bestätigte ihn Ende 1946 in seinem Amt als Oberschulrat. Zuvor hatte sie ihm 1945 sogar das Amt des Schulsenators angeboten, das er jedoch abgelehnt hatte. Im Juli 1948 wurde er in die Kategorie V eingestuft.
1945 setzte er sich bei der Militärregierung für HJ- und BDM-Führer/innen, die aus dem Dienst entlassen werden sollten, ein und plädierte für deren Teilnahme an Umschulungskursen. In den Entnazifizierungsprozessen anderer Lehrer/innen stellte Köhne eine Vielzahl an Leumundszeugnissen aus, laut Hans-Peter de Lorent sogar „die weitaus meisten“ – auch für überzeugte Nationalsozialisten und hohe NS-Funktionäre. Dabei verharmloste er deren Aktivitäten.

Ende September 1949 schied Köhne schließlich im Alter von 70 Jahren aus dem Schuldienst aus. Bei seiner Abschiedsfeier wurde ihm vom Senat die Medaille für treue Arbeit im Dienste

des Volkes verliehen. In einem Artikel zu Köhnes 75. Geburtstag würdigte sein Lehrerkollege Kurt Zeidler dessen „selbstverleugnendes Ausharren in der Schulbehörde während der Jahre der NS-Herrschaft“. Köhne selbst schrieb rückblickend, die Arbeit während der NS-Zeit sei „schwer“ gewesen, er habe „auf Wort und Schrift in der Öffentlichkeit verzichten“ müssen und „den Niedergang des hamburgischen Schulwesens nicht aufhalten, wohl aber im einzelnen manches zum Guten wenden“ können. Fritz Köhne starb am 7. August 1956. Im sozialdemokratischen *Hamburger Echo* wurde er daraufhin zum „Bewahrer, Beschützer und Bekenner“ gegen die nationalsozialistischen Bestrebungen stilisiert. Fünf Jahre später wurde sowohl eine Schule in Rothenburgsort als auch eine nahegelegene Straße nach ihm benannt.

In Ursel Hochmuths und Gertrud Meyers Werk „Streiflichter“ (1969) über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Hamburg betonten die Autorinnen, die „antifaschistischen Lehrer“ hätten in Köhne „ihren zuverlässigsten Freund und Berater während der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung“ gesehen. Er sei zum „Mittelpunkt und Zuflucht aller bedrängten Lehrer“ geworden. Der Lehrer Caesar Hagener sprach in einem Aufsatz zu Köhne 1985 von seiner „Doppelrolle“: „einmal Personalchef einer NS-Behörde und zum anderen Vertrauter verzweifelter Menschen, oft Beichtvater von NS-Verfolgten“. Köhne habe zwar „nicht zum Widerstand gehört“, aber „Zivilcourage“ und „Mut“ in der NS-Zeit bewiesen. 1986 veröffentlichte Hartwig Fiege, der unter Köhne als Lehrer gearbeitet hatte und selbst in der NSDAP gewesen war, u.a. auf Basis persönlicher Begegnungen eine Biographie Köhnes. Im Vorwort wurde dieser als „einer der bedeutendsten Schulmänner Hamburgs in unserem Jahrhundert“ bezeichnet. Fiege lobte ihn als „Helfer in Not“, betonte aber auch, dass er sich „den neuen Machthabern gegenüber als loyaler Beamter“ verhalten und Anordnungen ausgeführt habe. Uwe Schmidt und Hans-Peter de Lorent stellten in ihren jüngeren Darstellungen diese Ambivalenzen in Köhnes Wirken heraus und wiesen auf seine Protektion führender NS-Lehrer in den Entnazifizierungsverfahren hin.

Fazit

Als sozialdemokratisch orientierter Schulreformer vor 1933, war Köhne einer der wenigen SPD-Mitglieder, die 1933 im Schuldienst verblieben – und zwar in leitender Position. Köhne war einerseits „ein Rädchen im Getriebe des NS-Staates“ (de Lorent) und trat 1937 der NSDAP bei, nutzte seinen Posten andererseits, um etlichen bedrohten Lehrer/innen zu helfen, und hielt Kontakte zu den vom Regime entlassenen. Seine vielfach gepriesene Gutmütigkeit und Menschlichkeit kam vor und nach 1933/45 aber auch Nationalsozialisten zugute, die er in der Entnazifizierung mit „Persilscheinen“ vor Sanktionen bewahrte. Damit trug er dazu bei, dass die Entnazifizierung in der Schulbehörde „zur Farce wurde“, wie de Lorent konstatiert.

Literatur und Quellen

Hans-Peter de Lorent: Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz, 2 Bde., Hamburg 2016/17; Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Band 1 (Beiträge zur Geschichte Hamburgs, 64), Hamburg 2010; Hans Wilhelm Eckhardt: Köhne, Friedrich (Fritz) Heinrich, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 4, Göttingen 2008, S. 196-198; Hartwig Fiege: Fritz Köhne. Ein großer Hamburger Schulmann 1879-1956, Hamburg 1986; Caesar Hagener: Fritz Köhne – Mythos und Wirklichkeit, in: Ursel

Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hg.): Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz. Beiträge der „Hamburger Lehrerzeitung“ (Organ der GEW) und der Landesgeschichtskommission der VVN/Bund der Antifaschisten, Hamburg 1985, S. 244-249; Dietrich Rothenberg: Kompromißlos gegen die Barbarei. Rudolf Klug, in: ebd., S. 239-243; Hans-Peter de Lorent: „Ich tat, was nötig war“. Dietrich Rothenberg, in: ebd., S. 275-279; Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945. Berichte und Dokumente, Frankfurt a.M. 1980 (Nachdruck von 1969); Senat der Hansestadt Hamburg, Staatliche Pressestelle (Hg.): Rudolf Ross zum Gedächtnis, Hamburg, 16. Februar 1951, [Hamburg 1951]; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 221-11, Ed 1146; StAHH, 361-2 VI, 3096; StAHH, 361-3, A 636; StAHH, 731-8, A 758 Köhne, Fritz.

(41) Kurt Adolf Körber

Lebensdaten: 7.9.1909 – 10.8.1992
Tätigkeiten: Unternehmer, Stifter
Straßenname: Kurt-A.-Körber-Chaussee (1998 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Kurt Adolf Körber wurde 1909 in Berlin-Charlottenburg als Sohn eines in der Automobilindustrie tätigen Technikers geboren. Seine Mutter sympathisierte um 1918/19 mit der USPD und den Ideen Rosa Luxemburgs. 1923 zog die Familie nach Chemnitz, wo Körber die Realschule und die Höhere Handelsschule absolvierte, bevor er eine Lehre bei der Allgemeinen Maschinenbau-Gesellschaft durchlief. Bereits im Alter von 15 Jahren machte er mit einer Sender-Ableseskala für Rundfunkgeräte seine erste Erfindung und vermarktete diese (über 200 weitere sollten folgen). In Mittweida besuchte er seit 1928 die Ingenieurhochschule und trat der Burschenschaft „Cheruskia“ bei. Ende 1929 brach er das Studium ab und zog zurück nach Berlin, wo er eine Anstellung bei der Siemens & Halske AG fand. Im Mai 1932 wurde er infolge der Wirtschaftskrise arbeitslos, jedoch nach kurzer Zeit wiedereingestellt.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Wenige Monate nach dem Machtwechsel wurde in Körbers Nachbarschaft ein jüdischer Arzt inhaftiert, woraufhin Körbers Mutter sich um Unterstützung für dessen Angehörige bemühte. In diesem Zusammenhang wurde Körbers Bruder Erich denunziert und im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Kurt A. Körber besuchte seinen Bruder im KZ, dieser kam schließlich durch Kontakte des Vaters zu einflussreichen Nationalsozialisten frei. Im Juni 1933 heiratete Körber im Alter von 23 Jahren. Seine Einstellung zum Nationalsozialismus in dieser Zeit lässt sich nicht rekonstruieren. 1934 trat er der Deutschen Arbeitsfront (DAF) bei.

Nachdem die Dresdener Firma „Universelle“ Zigarettenmaschinenfabrik J. C. Müller & Co ein von Körber entwickeltes Farbtonkontrollgerät in die Serienproduktion genommen hatte, bewarb er sich im Februar 1935 bei dem Unternehmen und wechselte zwei Monate später nach Dresden. Dort stieg er 1937 zum Prokuristen auf.
Bereits 1935 entstanden in der Universelle – zunächst geheime – Rüstungsabteilungen; in der Folge setzte eine starke Beteiligung an der Rüstungsproduktion ein. 1938 wurde diese erheblich ausgeweitet, indem v.a. Torpedoteile produziert wurden. Körber trieb diese Entwicklung laut eigenen Aussagen aktiv mit voran, indem er ein „Scheinwerferleitrichtgerät“ entwickelte, dessen Produktion als kriegswichtig eingestuft wurde – und damit Körber selbst, aber auch viele seiner Mitarbeiter, vor dem Fronteinsatz bewahrte. Körber war in dieser Zeit an Besprechungen des Unternehmens mit militärischen Dienststellen beteiligt und agierte wohl als „direkter Mittelsmann“ zu den Kommandostellen der Wehrmacht, wie Josef Schmid und Frank Bajohr betonen. Dies habe seinen Einfluss im Unternehmen deutlich erhöht.

Körber selbst betonte Anfang der 1990er Jahre, diese Position habe es ihm, „erlaubt, bis kurz vor Kriegsende um den Eintritt in die […] NSDAP herumzukommen“. Diese Aussage ist un-

wahr. Körber stellte am 30. Mai 1940 einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP, die zum 1. Juli 1940 erfolgte. Eine ideologische Nähe Körbers zum Nationalsozialismus konnten Biographen Körbers wie Josef Schmid und Dirk Wegner allerdings nicht feststellen, vielmehr war sein Profitstreben und ein gewisser unternehmerischer Opportunismus prägend für sein Handeln. Er selbst äußerte in der Rückschau von 1989 aber auch: „Ich wollte den Krieg gewinnen; dafür habe ich gearbeitet, Tag und Nacht". Zudem gab er eine gewisse Faszination für das „Hitlerreich" offen zu.

Nach den deutschen Eroberungen im Osten expandierte die Universelle 1941 auch in die besetzten Gebiete und beteiligte sich an deren Ausbeutung. 1942 wurde dem Eigentümer der Universelle, Johannes Carl Müller, seine Position als Betriebsführer aberkannt und er wurde von der Gestapo unter Hausarrest gestellt. Neuer Unternehmenschef wurde Hans Schwerin. Körber wurde im Februar 1944 Technischer Direktor der Universelle und damit auch offiziell Teil der Geschäftsführung.
Mit vermehrten Rüstungsaufträgen begann das Unternehmen (seit 1941) Zwangsarbeiter zu beschäftigen – insgesamt wohl rund 3.000 aus elf verschiedenen Nationen. 1944 errichtete die Universelle ein eigenes Zwangsarbeiterlager in der Florastraße, an dessen Aufbau Körber beteiligt war. Im selben Jahr kamen rund 700-800 weibliche KZ-Häftlinge in ein in der Florastraße errichtetes Außenlager des KZ Ravensbrück, um für die Universelle zu arbeiten. Auf wessen Initiative dieser Einsatz hin erfolgte, lässt sich nicht rekonstruieren, in der überwiegenden Zahl der Fälle ging ein solcher Einsatz jedoch auf die des Unternehmens zurück. Das Unternehmen war zudem für die Unterbringung der Häftlinge in unbeheizten Räumen verantwortlich. Nach 1945 gab es Aussagen ehemaliger Häftlinge über Misshandlungen durch Aufseherinnen der Firma. Während Bajohr/Schmid betonen, ein „direkter Kontakt Körbers mit KZ-Häftlingen" sei nicht nachzuweisen, deren Lebensbedingungen dürften ihm aber „kaum entgangen sein", schreibt Alyn Beßmann ihm als Mitglied der Geschäftsführung (der z.B. im September 1944 persönlich den Betriebsleiter für das Werk in der Florastraße ernannte) eine „Mitverantwortung" für deren Schicksal zu, auch wenn sein genauer Anteil nicht abschließend zu klären sei. Beßmann hat zudem auf ein Dokument hingewiesen, demzufolge Körber bereits 1943 an Verhandlungen um Räume für ein Zwangsarbeiterlager beteiligt war.

Bei einem Luftangriff im Februar 1945 wurden die Anlagen der Universelle zu weiten Teilen zerstört, die meisten eingesetzten Häftlinge starben – Körber war durch einen Zufall nicht da. Im April 1945 wurde er bei einem Luftangriff schwer verschüttet und überlebte nur knapp. In den letzten Kriegsmonaten arbeitete er daran, die zivile Produktion wiederaufzubauen, bemühte sich andererseits aber noch lange um eine Fortführung der Rüstungsproduktion.

Zur Biographie nach 1945

Nach Kriegsende 1945 wurde Körber von der sowjetischen Militäradministration im Amt belassen, während 20 andere Mitarbeiter die Firma verlassen mussten. Er setzte sich für den Wiederaufbau bzw. die Fortführung des Unternehmens ein, u.a. indem er dieses in Form eines genossenschaftlichen Modells „neu" gründete. Der sächsische „Sonderausschuss" zur Entnazifizierung bestätigte Körber nach Fürsprache von Widerstandskämpfern aus der Universelle,

angeblich „antifaschistische Arbeit“ geleistet zu haben. Der Sozialdemokrat Alfred Krill und der Kommunist Rudolf Thiersch setzten sich für Körber ein. Bescheinigt wurde ihm etwa, sich durch Unabkömmlichkeitserklärungen für die „halbjüdische“ Sachbearbeiterin und Sekretärin Gisela Benfey eingesetzt zu haben. Bajohr und Schmid halten es allerdings für „fraglich, ob Körber in diesen Fällen tatsächlich politisches Engagement zeigen wollte“ und sahen seinen Einsatz vor allem dadurch motiviert, „fähige Mitarbeiter zu behalten“.

Im Juli 1946 übersiedelte er in die Westzone nach Hamburg und gründete im Stadtteil Bergedorf die Hauni-Maschinenfabrik als Zweigstelle der Universelle, mit der er sich 1947 selbstständig machte. Im selben Jahr wurde Körber in Hamburg entnazifiziert. Dabei gab er fälschlicherweise nur eine NSDAP-Anwärterschaft für 1944/45 in seinem Fragebogen an und wurde daraufhin als „unbedenklich“ in Kategorie V eingestuft. In einem weiteren Fragebogen von 1950 leugnete er die NSDAP-Mitgliedschaft sogar ganz.
Die Hauni-Werke expandierten seit den späten 1940er Jahren rasant. Mitte der 1950er Jahre gründete Körber eine Niederlassung in den USA, es folgten Filialen in etlichen weiteren Ländern. In den 1960er Jahren diversifizierte er seinen Konzern und übernahm in der Folge weitere Firmen, u.a. für Papierverarbeitung. 1987 wurde die Körber AG gegründet. Seit Mitte der 1950er Jahre engagierte sich Körber verstärkt für die Ingenieurausbildung, u.a. 1956 durch Gründung des „Tabak Technikum Hamburg“, das 1964 zur staatlich anerkannten Ingenieurschule wurde. 1963 gründete er den „Verein zur Förderung der Tabaktechnologie“.

Körber engagierte sich früh als Stifter und Mäzen. 1957 war er an der Gründung der Stiftung für den Wiederaufbau des Thalia-Theaters beteiligt, dessen langjähriges Aufsichtsratsmitglied er wurde, 1960 an der Gründung der Stiftung zur Förderung der Hamburgischen Staatsoper. 1959 rief er die Kurt A. Körber-Stiftung ins Leben, mit dem Ziel der Gründung einer privaten Fachhochschule für Produktions- und Verfahrenstechnik. 1969 folgte die Hauni-Stiftung – beide wurden 1981 zur Körber-Stiftung vereinigt. Ende der 1980er Jahre investierte er in die Restaurierung der Deichtorhallen. Sein gesellschaftliches Engagement war aber auch diskursiver Art, indem er sich etwa intensiv mit dem Realsozialismus und dem Vergleich der Systeme auseinandersetzte. 1961 initiierte er den „Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft“, der Tagungen zu gesellschaftspolitischen Themen organisierte. 1973 rief er zusammen mit Bundespräsident Gustav Heinemann den „Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten“ ins Leben. Als die Flucht vietnamesischer *boat people* 1979 das Land bewegte, bot er die Ausbildung und Beschäftigung von 60 Vietnamesen an. 1991 protestierte er mit einer Zeitungsanzeige gegen Gewalt gegen Ausländer/innen, zeigte sich in einem Artikel in der *Welt am Sonntag* erschüttert über die „klammheimliche Freude mancher Bürger“ und warf der Politik „Versagen“ vor.

Körber erhielt zahlreiche Ehrungen für sein Lebenswerk, u.a. 1960 die Ehrendoktorwürde, 1965 die Diesel-Medaille in Gold des Deutschen Erfinderverbandes, 1980 die Bürgermeister-Stolten-Medaille, 1988 die Ehrensenatorwürde der Universität Hamburg und 1991 die Ehrenbürgerwürde der Hansestadt. Nach 1968 kam es immer wieder zu Studentenprotesten gegen den „Monopolkapitalisten“ Körber, 1971 fand an der Universität ein vom AStA organisiertes

„Körber-Tribunal“ statt. Gegen die Verleihung der Ehrenbürgerwürde 1991 protestierte die GAL, indem sie auf Körbers Beteiligung an Rüstungsexporten in Länder wie den Irak hinwies. Zwei Jahre nach seinem Tod 1992 schlug die SPD-Fraktion der Bezirksversammlung Bergedorf die Umbenennung der Kampchaussee, in der die Körber AG ihren Sitz hat, in Kurt-A.-Körber-Chaussee vor. 1998 wurde die Umbenennung realisiert. 2006 gab sich das Gymnasium Billstedt den Namen Kurt-Körber-Gymnasium.
Körbers Darstellung seiner Rolle im „Dritten Reich“ und seines angeblich 1944 erfolgten Parteibeitritts wurde zuerst 1966 in einer Biographie Martin Beheim-Schwarzbachs ausgebreitet. In seinen Lebenserinnerungen und gegenüber Biographen äußerte sich Körber 1990/92 auch selbst. Während er fälschlicherweise behauptete, 3.000 Personen vor dem Kriegsdienst bewahrt zu haben, äußerte er sich nicht zum Thema Zwangsarbeit. Nach dem Votum einer vom Bezirk Bergedorf eingesetzten Kommission, die Kurt-A.-Körber-Chaussee umzubenennen, wurde Körbers etwaige NS-Belastung 2017 auch in der Hamburger Presse zum Thema.

Fazit

Kurt A. Körber war kein überzeugter Nationalsozialist, als aufsteigender leitender Angestellter im Dresdener Unternehmen „Universelle“ beteiligte er sich aber seit den späten 1930er Jahren aktiv am Umstieg auf die Rüstungsproduktion und trat 1940 auch in die NSDAP ein. Vom Regime war er laut retrospektiven Aussagen zumindest zeitweise fasziniert. Zentrale Motivation Körbers war aber wohl sein unternehmerisches Streben nach Aufstieg und Profit, was ein opportunistisches Agieren beförderte. Dazu zählt wohl auch seine Rolle in der Beschäftigung von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen durch das Unternehmen, die er als Teil der Geschäftsführung spätestens seit 1944 mitzuverantworten hatte, auch wenn seine genaue Rolle aus Mangel an entsprechenden Dokumenten vermutlich nicht mehr zu klären ist.

Literatur und Quellen

Stellungnahmen Alyn Beßmann und Dr. Josef Schmid zur Diskussion über Kurt-A.-Körber im Nationalsozialismus, Hauptausschusssitzung der Bezirksversammlung Bergedorf, 15.6.2017; Alyn Beßmann: Stellungnahme zu Kurt Adolf Körber, in: NS-belastete Straßennamen im Bezirk Bergedorf. Stellungnahme der historischen Fachkommission, Hamburg-Bergedorf, 1.3.2017, S. 30-35; o.A: Kurt-Adolf Körber, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; Josef Schmid: Wissenschaftliche Expertise zur „Vergabe von Ehrenbürgerschaften in der Freien und Hansestadt Hamburg im 19., 20. und 21. Jahrhundert“, 29.10.2014; ders./Frank Bajohr: Gewöhnlicher unternehmerischer Opportunismus? Kurt A. Körber und die Dresdner „Universelle“ im Nationalsozialismus, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.): Zeitgeschichte in Hamburg 2011, Hamburg 2012, S. 73-101; Hermann Schreiber: Kapitalist mit Gemeinsinn. Ein Essay über Kurt A. Körber, Hamburg 2009; Josef Schmid/Dirk Wegner: Kurt A. Körber. Annäherungen an einen Stifter, Hamburg 2002; Josef Schmid: Körber, Kurt A[dolf], in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 1, Hamburg 2001, S. 165-166; Ralf Dahrendorf: Liberale und andere. Porträts, Stuttgart 1994; Kurt A. Körber: Das Profit-Programm. Ein Unternehmer geht stiften, Hamburg 1992; Kurt A. Körber: Wie geht es weiter? …mehr Neugier als Besorgnis, Hamburg 1979; ders.: Die Initiative der Hauni-Werke. Gesellschaftspolitische Wegbereitung im Unternehmen, Hamburg 1969; ders.: Ein Unternehmer reist durch die Sowjetunion. Gesellschaftliche Entwicklung in der UdSSR: Erlebnisse, Eindrücke, Perspektiven, Hamburg 1967; Akademie Kontakte der Kontinente (Hg.): Menschen unserer Zeit. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Kirche, Wirtschaft und der Politik. Dr. Kurt A. Körber, Zürich 1967/68; Martin Beheim-Schwarzbach: Bergedorfer Offensive, Hamburg [1966]; Kurt A. Körber: Der Unternehmer. Die Situation des Unternehmers in Staat und Gesellschaft, [Hamburg ca. 1965]; ders.: Östliche und westliche Gesellschaften in These und Antithese, Hamburg 1965; ders: Kann unser Wohlstand gehalten werden?, Hamburg 1963; ders: Autonomie und Automation, Hamburg 1962; ders: Gespräch mit sowjetischen Wirtschaftspraktikern, Hamburg 1962; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 131-1 II, 6654; StAHH, 135-1 VII, 1713; StAHH, 221-11, I (ME) 1931; StAHH, 731-8, A 760 Körber, Kurt A.

(42) Hans Leip

Lebensdaten: 22.9.1893 – 6.6.1983
Tätigkeiten: Schriftsteller, Dichter, Zeichner
Straßenname: Hans-Leip-Ufer (1994 benannt)

Zur Biographie vor 1933
1893 in Hamburg als Sohn eines Hafenarbeiters geboren, durchlief Hans Leip seit 1908 eine Ausbildung zum Lehrer, die er 1914 erfolgreich abschloss. An der Volksschule in Rothenburgsort begann er als Hilfslehrer zu arbeiten. Im Herbst 1914 wurde er zum Wehrdienst eingezogen und 1915 an der Karpatenfront eingesetzt, die er aufgrund einer Rückgratverletzung nach wenigen Tagen wieder verließ. Seit Januar 1916 arbeitete er als Lehrer an einer Schule in Hammerbrook und besuchte parallel Zeichenkurse an der Kunstgewerbeschule. Von 1917 bis 1919 arbeitete er als Feuilletonredakteur für die *Neue Hamburger Zeitung*. In der Novemberrevolution fertigte Leip Zeichnungen und Holzschnitte der Ereignisse an, die in der völkisch-konservativen Zeitschrift *Deutsches Volkstum* veröffentlicht wurden. 1919 schloss er sich kurzzeitig einem Freikorpsregiment an, nachdem seine Frau schwanger geworden war. 1920 veröffentlichte Leip seine ersten Erzählungen, es folgten Gedichte, Schauspiele und 1923 der erste Roman „Der Pfuhl“. Sein Roman „Godekes Knecht“ (1925) erhielt von einer mit Thomas Mann besetzten Jury einen Preis verliehen. In der Folge wirkte Leip als freier Künstler (1924 ließ er sich von der Schulbehörde in den Ruhestand versetzen), was u.a. durch den Mäzen Carl M. H. Wilkens, der ihm von 1921 bis 1931 unentgeltlich eine Wohnung zur Verfügung stellte, gefördert wurde. Vom Hamburger Senat erhielt er Stipendien, 1926 etwa für eine Amerika-Reise.

Seit 1919 war Leip an der Organisation von Künstlerfesten in Hamburg beteiligt. Um 1920 zählte er zum avantgardistischen Künstlerkreis der „Tafelrunde“. Darüber hinaus war er Mitglied im Deutschen Schriftsteller-Verband (DSV), in dessen Gesamtvorstand er 1925 gewählt wurde. Er betrieb Lobbyarbeit für Schriftsteller, wandte sich in diesem Zusammenhang u.a. gegen staatliche Zensur und kritisierte den Hamburger Senat für seine mangelnde Förderung von Künstlern. Aus der Idee, eine Ortsgruppe des DSV zu gründen, entstand 1925/26 die „Hamburger Gruppe“ als Zusammenschluss vor allem von Schriftstellern. Sie war politisch heterogen, doch kommt Rüdiger Schütt zu dem Schluss, dass „Leips scheinbar politisches Desinteresse […] und sein Streben nach gesellschaftlichem Ansehen“ ihn für die konservativ-völkischen „Heimatschutz“- und „Volkstums“-Positionen anderer Mitglieder „empfänglich“ machten. Leip hatte aber auch Kontakt zu kommunistischen Künstlerkreisen. In einem von ihm herausgegebenen „Almanach“ der Gruppe wurden auch Gedichte linker und jüdischer Künstler publiziert. Seit 1927 führte die Gruppe Künstlerfeste durch. Beim Fest 1928 wurde Leips Pantomime „Der Raub der Europa“ aufgeführt, in der sich „Afrika“, der „Orient“ und „Europa“ gegenüberstanden und mit der er zur „Rassenmischung“ aufrufen wollte. Auch in seinen Publikationen „Der Nigger auf Scharhörn“ (1927) und „Die Blondjäger“ (1930) stand die „Rassenfrage“ und das Verhältnis von Weißen zu Schwarzen im Vordergrund, wobei Leip mit Stereotypen arbeitete und in nicht-weißen Menschen Werte wie Vitalität und Ursprüng-

lichkeit, aber auch „tierhafte“ Züge verkörpert sah. Auf Anregung des österreichischen Schriftstellers Robert Hohlbaum biederte Leip sich 1927 bei der österreichischen NSDAP an und schenkte deren Parteibücherei in Wien Ausgaben seiner Bücher. 1930 trat Leip in die SPD ein, nach einem Tag jedoch wieder aus.

Zwischen 1929 und 1931 löste sich die Hamburger Gruppe faktisch auf. Einige ihrer Mitglieder setzten ihre Zusammenarbeit als „Hansischer Kreis“ im PEN-Club fort. Für diesen besuchte Leip im Dezember 1930 eine PEN-Club-Tagung in London, auf der er eine Rede gegen den Versailler Vertrag hielt, der aus seiner Sicht den „Frieden in Europe“ bedrohe. In einer Rede zur „Zukunft des Schriftstellers“ im September 1931 warf er der deutschen Literatur Feigheit und Opportunismus vor und rief Schriftsteller dazu auf, unabhängig, überparteilich und humanistisch orientiert zu bleiben: „Es gilt keine Gesellschaft, keine Kaste, keine Rasse, kein Volk, keine Kulturgruppe! Es gilt das unverzagteste, freiheitliche Bekenntnis zur ganzen Menschheit und zu einer guten Zukunft der ganzen Welt!“ Im Februar 1932 beteiligte sich Leip an dem Künstlerfest „Krawall im All“, bei dem Adolf Hitler in Form einer riesigen aufblasbaren Gummipuppe als „Hipp, die ewige Dummheit“ persifliert wurde.

Zur Rolle im Nationalsozialismus

Am 12. März 1933 schrieb Leip an Hamburgs neuen Bürgermeister Carl Vincent Krogmann: „Ich atme mit auf in dem rauschenden Zug einer neuen Zeit. Der Geist, der aus Ihren Worten spricht, ist lebendig und aufrecht!“ In der Folge wurde Leip u.a. zu privaten Empfängen der Familie Krogmann eingeladen. Bei der Gleichschaltung des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller im Juni 1933 leistete er sich eine Provokation, als er dessen neue NS-Leiter durch eine gespielt naive Frage nach ihren schriftstellerischen Werken der Lächerlichkeit preisgab. Zu einem aus dem KZ entlassenen jüdischen Bekannten verhielt sich Leip im August 1933 freundschaftlich. Der NSDAP trat er nicht bei, wurde aber Mitglied in der Reichsschrifttumskammer, der Reichspressekammer und der Reichskammer der bildenden Künste. 1943 wurde er Mitglied in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV).

Hans Leip konnte im „Dritten Reich“ weiter veröffentlichen, seine Bücher verkauften sich gut. Bereits 1933 beteiligte er sich an der völkischen Anthologie „Deutsches Land“. 1934 publizierte er einen „Hamburg“-Bildband. Nach 1945 behauptete er, sein Buch „Blondjäger“ sei von den Nationalsozialisten öffentlich verbrannt worden, was seinem Biographen Schütt zufolge nicht belegt werden kann und wohl eher eine nachträgliche Erfindung darstellt. Leip veröffentlichte Kurzgeschichten, Zeichnungen und Gedichte in zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften (u.a. im *Völkischen Beobachter*) sowie mehrere eigene Bücher, die – wie Schütt betont – sich in einer weitgehend politikfreien Sphäre abspielten. Mitunter bediente sich aber auch Leip nationalsozialistischer Sprache, etwa wenn er anlässlich seines Schauspiels „Blankenese ahoi!“ 1934 in den *Altonaer Nachrichten* von der „Verbundenheit mit Blut und Boden“ sprach. 1934/35 arbeitete Leip hauptamtlich in der Schriftleitung der *Hamburger Illustrierten* und setzte sich dabei u.a. für den von den Nationalsozialisten angegriffenen Künstler Ernst Barlach an. 1935 veröffentlichte er eine Biographie des Boxers Max Schmeling. Im selben Jahr durfte er an einer Fahrt der NS-Organisation „Kraft durch Freude“ (KdF)

nach Norwegen teilnehmen, musste dafür im Gegenzug aber einen Text für eine KdF-Werbebroschüre verfassen.
Zwischen 1937 und 1939 wirkte Leip an rund zehn Drehbüchern für die Ufa mit, von denen drei verfilmt wurden. Auch wenn es sich bei den meisten um vordergründig unpolitische Abenteuerfilme und Komödien handelte, stellte Leip sich damit in den Dienst der NS-Filmindustrie. „Der letzte Appell“ (1939) wurde aufgrund seiner angeblich englandfreundlichen Tendenz während der Dreharbeiten abgebrochen. Von der 1939 publizierten Erzählung Leips „Die Bergung“ erschien 1942 eine Sonderausgabe mit einer Auflage von 200.000 als „Dr. Goebbels-Spende für die Wehrmacht“. Für die von Goebbels herausgegebene Zeitschrift *Das Reich* verfasste er im März 1941 auf eine Aufforderung hin einen Artikel, in dem er das Regime für „die Anwendung erzieherischer Aufklärung und Leitung“ lobte. Im seit 1939 herausgegebenen NS-Kampfblatt *Krakauer Zeitung* erschienen über 50 Texte von ihm. Leip drückte in einem Brief vom April 1941 sogar seine Bewunderung für Hitler aus, den er in die Nähe von Christus rückte. Dennoch gab es seitens verschiedener NS-Stellen auch Vorbehalte gegen ihn, das Amt Rosenberg setzte ihn 1937 auf eine Liste unerwünschter Autoren.

Im Herbst 1938 nutzte Hans Leip seine Kontakte zur Ehefrau Krogmanns, um die Entlassung des von der Gestapo verhafteten jüdischen Fabrikanten und Mäzen Oscar Isey aus dem KZ Oranienburg zu bewirken. Bereits fünf Tage nach Leips Brief kam Isey frei.

1938 wurde Leips Gedicht „Lili Marleen“, das er bereits 1915 verfasst hatte, vertont und als Schallplatte veröffentlicht. Seine Ausstrahlung im Belgrader Soldatensender 1941 machte es schlagartig berühmt – mit rund 30 Übersetzungen auch international und auf beiden Seiten der Front. Zu seinem 50. Geburtstag erhielt Leip für das Gedicht vom Präsidenten der Reichsschrifttumskammer das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ohne Schwerter verliehen. Auf Druck Goebbels´ wurde die Ausstrahlung des Liedes in Soldatensendern 1944 kurzzeitig verboten. Leip ging zunehmend auf Distanz zum Krieg, was sich auch in seinen Arbeiten niederschlug. 1941 verfasste er das Schauspiel „Tamerlan“, das eine Parodie auf Allmachtsphantasien von Herrschern darstellte, dessen Veröffentlichung aufgrund offensichtlicher Parallelen zu Hitler jedoch vom Verlag abgelehnt wurde. Im selben Jahr veröffentlichte Leip das Schauspiel „Idothea oder die ehrenwerte Täuschung“, eine Komödie über den Trojanischen Krieg mit kriegskritischen Untertönen, die sich auch auf den Zweiten Weltkrieg beziehen ließen. Nach der Uraufführung am Deutschen Theater in Berlin im April 1942 und weiteren Aufführungen sowie begeisterten Kritiken wurde das Stück als „staatsgefährdend“ verboten. In einem privaten Schreiben fragte Leip: „Wann endet der Irrsinn der Welt?! Wann lassen sich die Völker nicht mehr bieten [...] so schikaniert zu werden?“ Im selben Jahr gab er im Auftrag der Wehrmacht einen Band mit Laienspielen heraus. 1943 unternahm er auf Druck des Propagandaministeriums eine Lesetournee durch Pommern und Ostpreußen. Nach der Zerstörung weiter Teile Hamburgs in der alliierten „Operation Gomorrha“ 1943 schrieb Leip das Gedicht „Lied im Schutt“, in dem er sein Entsetzen über die Zerstörungen zum Ausdruck brachte.

Auf Seiten der NS-Behörden bestand Misstrauen gegenüber Leip, wie etwa in einem Schreiben der Hauptstelle Kulturpolitisches Archiv vom April 1943 zum Ausdruck kommt, in der

„gewisse Bedenken gegen die Persönlichkeit Leips“ geäußert wurden. Diese seien allerdings „nicht so konkret umrissen, daß wir uns veranlaßt sehen müßten, seinen Einsatz völlig zu unterbinden“, insbesondere „mit Rücksicht und Bedarf an volkstümlichen und aufmunternden Dichterlesungen“. Auch das Reichspropagandaministerium sah die Wirkung von Leips Werk positiv, da es die Bevölkerung von Alltagssorgen ablenke. In einem Glückwunschtelegramm zu Leips 50. Geburtstag äußerte Goebbels seine „dankbare Anerkennung“ über dessen Lieder und Gedichte, mit denen er „einen wertvollen Beitrag zum Schrifttum unserer Zeit“ geleistet habe. Als „dichterische Stimme der Nation“ lobte ihn Krogmann.
1944 erschien zu Ehren Leips eine Festschrift des Cotta-Verlages. Im Frühjahr 1944 übersiedelte er nach Tirol, wo er einen kriegskritischen Gedichtzyklus schrieb, der unter dem Titel „Der Mitternachtsreigen“ erst 1947 publiziert wurde. In einem privaten Brief schrieb er 1944, die Zeit ekle ihn an: „dieses ganze würdelose und verlogene und dumme Vernichtungsspiel des weißen Mannes. Leider sind wir hundertfach darein verstrickt“.

Zur Biographie nach 1945

Im Herbst 1945 kehrte Hans Leip nach Hamburg zurück. In seinem Entnazifizierungsfragebogen gab er im Dezember 1946 an, „als Pazifist verdächtig und bespitzelt“ worden zu sein. Er zählte sich zu den „wenigen Unbelasteten“ und erklärte sich sogar für „politisch verfolgt“. Andere Hamburger Schriftsteller, darunter Hans Henny Jahnn, griffen ihn jedoch als NS-belastet an und verhinderten, dass er den Vorsitz des neu gegründeten PEN-Clubs übernahm. Hinzu kam 1948 die Anschuldigung, „Lili Marleen“ beruhe auf dem Vorbild einer früheren jüdischen Bekannten Leips und dieser habe unter Ausnutzung dieser Bekanntschaft „Nazipropaganda“ betrieben. Neben der Belegung von Leips Haus in Blankenese mit Ausgebombten waren die Vorwürfe gegen ihn wohl ein Grund dafür, dass er 1948 Hamburg verließ und sich zuerst am Chiemsee und schließlich 1954 in der Schweiz niederließ.

In den 1940er, 1950er und 1960er Jahren veröffentlichte Leip zahlreiche, darunter auch historische, Romane sowie Gedichtsammlungen. In „Der große Fluß im Meer“ (1954) kritisierte er den Kolonialismus und befürwortete die Gleichberechtigung der schwarzen Bevölkerung. Für die Hamburger Wirtschaftsbehörde erstellte Leip Mitte der 1950er Jahre einen Bildband über Hamburg. Seit Ende der 1950er Jahre entstanden zahlreiche Malereien und Zeichnungen.
Die Freie Akademie der Künste gab 1958 einen Sammelband zu Ehren Leips heraus. 1961 verlieh der Hamburger Senat Hans Leip die Medaille für Kunst und Wissenschaft, verbunden mit einer „Ehrengabe“ über 3.000 DM mit Rücksicht auf dessen unsichere Einkünfte. Leip bat in diesem Zusammenhang auch um die Verleihung des Professorentitels an ihn, der ihm 1973 auch verliehen wurde. Zuvor erhielt er 1968 vom Senat den „Verfassungsportugaleser“, 1978 folgte die Biermann-Ratjen-Medaille. 1968/69 hatte das Altonaer Museum eine Ausstellung zu „Hans Leip als Maler und Zeichner“ präsentiert. 1979 veröffentlichte er seine Lebenserinnerungen unter dem Titel „Das Tanzrad“.
1983 starb Hans Leip. Noch im selben Jahr organisierte das Museum für Hamburgische Geschichte eine „Gedächtnisausstellung“. 1985 wurde die Hans-Leip-Gesellschaft gegründet. Zu seinem 100. Geburtstag 1993 gab es u.a. eine Ausstellung und eine Sonderbriefmarke. 1994 wurde ein Weg in Othmarschen nach ihm benannt.

Als Leip in einem Sammelband für Hans Henny Jahn 1960 von seiner „inneren Emigration“ sprach (in der *Welt* schrieb er von „selbstverständlichster innerster Reserve“), empörte sich seine frühere Freundin Frida Lange-Dudler und warf ihm in einem Brief Unehrlichkeit vor: „Man wird […] nicht in solchen Zeiten gedruckt und gesungen, wenn man ein Gegner und in der inneren Emigration ist.“ Leip erklärte, seine innere Emigration sei „echt“ gewesen, auch wenn sich sein Mut in Grenzen gehalten habe und er „willens [gewesen sei], durchzukommen“. Er verwies auf seinen Einsatz für Isey und erklärte, eine „Halbjüdin“ aufgenommen zu haben: „Gern hätte ich mehr getan, aber andere Gelegenheiten fanden sich nicht.“

Fazit

Hans Leip ist formal kaum belastet, sein Verhalten zum NS-Regime ist jedoch von Ambivalenzen geprägt. Schütt zufolge steuerte er einen „Zickzack-Kurs“. So konnte er weitgehend ohne Probleme publizieren, und tat dies in expliziten NS-Zeitschriften, auch wenn sich in seinen Texten kaum nationalsozialistische Passagen finden lassen. Anpassung, schriftstellerische Dienstleistungen für NS-Stellen und vereinzelte positive NS-Bezüge gingen einher mit dem Bemühen um eine gewisse (innere) Distanz. Von den NS-Behörden wurde sein Werk begrüßt, da es der Bevölkerung scheinbar unpolitische Ablenkung brachte, auch wenn ein gewisses Misstrauen gegenüber Leip bestand. Dieses beruhte insbesondere auf unterschwellig kriegskritischen Schauspielen und Gedichten Leips in den frühen 1940er Jahren. Sein erfolgreicher Einsatz für die Freilassung von Oscar Isey aus dem KZ ist belegt. Nach 1945 versuchte Leip sich – auch gegenüber Vorwürfen der Nähe zum Nationalsozialismus – als „innerer Emigrant“ und Verfolgter darzustellen. Zumindest letzteres ist unzutreffend.

Literatur und Quellen

Rüdiger Schütt: Anpassung und Opposition: Der Schriftsteller Hans Leip im „Dritten Reich, in: Dirk Hempel/Hans-Ulrich Wagner (Hg.): Das literarische Feld in Hamburg 1933-1945 (Schriften zur Literaturgeschichte, 16), Hamburg 2012, S. 211-226; Rosa Sala Rose: Lili Marleen. Die Geschichte eines Liedes von der Liebe und vom Tod, München 2010; Ortwin Pelc: Hans Leip und die Revolution 1918 in Hamburg (Jahresgabe der Hans-Leip-Gesellschaft 2003), Hamburg 2003; Hans Sarkowicz/Alf Mentzer: Literatur in Nazi-Deutschland. Ein biografisches Lexikon, Hamburg/Wien 2002; Rüdiger Schütt: Dichter gibt es nur im Himmel. Leben und Werk von Hans Leip. Biographie und Briefedition 1893-1948, Hamburg/München 2001; Maike Bruhns: Hamburger Kunst im „Dritten Reich“ (Kunst in der Krise, 1), Hamburg/München 2001; Ortwin Pelc: Die Plakate Hans Leips. Hans Leip im Plakat (Jahresgabe der Hans-Leip-Gesellschaft 2000), Hamburg 2000; ders: Hans Leip in Amerika (Jahresgabe der Hans-Leip-Gesellschaft 1999), Hamburg 1999; Rüdiger Schütt mit Beiträgen von Mathias Mainholz/Kai-Uwe Scholz/Sabine Walter: Bohemiens und Biedermänner. Die Hamburger Gruppe 1925 bis 1931, Hamburg 1996; Johann Holzem: Der lange Weg zum Ruhm. Lili Marleen und Belgrad 1941. Ergänzter Nachdruck aus SOLDAT IM VOLK, Hefte 10/90-1/91. Zeitschrift des Verbandes deutscher Soldaten e.V., Bonn 2, Hamburg 1991; Das Hans-Leip-Buch, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1983; Helmut Glagla: Hans Leip. Schriftsteller, Maler, Graphiker 1893-1983. Biographischer Leitfaden zur Gedächtnisausstellung im Museum für Hamburgische Geschichte 22.9.-27.11.1983, Hamburg o.J.; Hans Leip: Das Tanzrad oder Die Lust und Mühe eines Daseins, Frankfurt a.M./Berlin 1979; Freie Akademie der Künste in Hamburg (Hg.): Hans Leip. Eingeleitet von Wilhelm Duwe (Hamburger Bibliographien, 1), Hamburg 1968; Hans Leip: Wo Wert nur das Wägbare hat, in: Rolf Italiaander (Red.): Hans Henny Jahnn. Buch der Freunde, Hamburg 1960, S. 35-37; Rolf Italiaander (Red.): Hans Leip. Leben und Werk, Hamburg 1958; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hans Leip: Der große Fluß im Meer. Roman des Golfstroms, Zürich 1954; ders.: Der Mitternachsreigen. Ein Oratorium, Hamburg 1947; ders.: Rette die Freude. Betrachtungen zum gegenwärtigen Leben, Flensburg 1947; ders.: Der Widerschein. Eine Rückschau 1893-1943, Stuttgart 1943; ders.: Kadenzen. Neue Gedichte, Stuttgart 1942; ders.: Idothea oder Die ehrenwerte Täuschung, Stuttgart 1941; ders.: Brandung hinter Tahiti, Hamburg 1939; ders.: Hamburg, Bielefeld/Leipzig 1934; ders.: Godekes Knecht, Bremen 1925; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 131-1 II, 4588; StAHH, 135-1 I-IV, 5308; StAHH, 135-1 VI, 1341; StAHH, 221-11, Misc 14814; StAHH, 363-2, B 5; StAHH, 363-2, Eb 195; StAHH, 363-2, H 1; StAHH, 363-6, 1599; StAHH, 371-16 II, 3200; StAHH, 662-1/183, 8 Band 3 J-L; StAHH, 731-8, A 761 Leip, Hans.

(43) Siegfried Lenz

Lebensdaten: 17.3.1926 – 7.10.2014
Tätigkeiten: Schriftsteller
Straßenname: /

Zur Biographie vor 1933
Siegfried Lenz wurde 1926 in Lyck in Ostpreußen geboren. Sein Vater, ein Zollbeamter, verließ wohl Anfang der 1930er Jahre die Familie, und seine Mutter zog daraufhin mit der Schwester weg. Lenz wuchs deshalb bei seiner Großmutter auf.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Zum Zeitpunkt der Machtübernahme der NSDAP stand Lenz vor der Vollendung seines siebten Lebensjahres. Von 1931 bis 1935 besuchte er die Volksschule, und seit 1935 das Realgymnasium in Lyck. Mit zehn Jahren, 1936, wurde er – zunächst als „Pimpf" – in die Hitler-Jugend (HJ) aufgenommen, in der er seit 1941 auch das Amt eines Rottenführers ausübte. In den Schulferien musste er „Wehrertüchtigungslager" besuchen. Lenz´ Biograph Erich Maletzke zufolge absolvierte er nach seiner Schulzeit in Lyck ein „Landjahr" im ostpreußischen Heydekrug, um im Anschluss für neun Monate auf ein Internat und eine angeschlossene Oberschule in das schleswig-holsteinische Kappeln zu gehen.
Von April 1941 bis März 1943 besuchte er dann die Staatliche Oberschule in Samter (dem heutigen Szamotuły) in Posen und machte dort ein vorgezogenes Abitur ohne Prüfung. 1941 oder 1942 trat er dem NS-Reichsbund für Leibesübungen bei. Laut NSDAP-Gaukartei beantragte er am 12. Juli 1943, mit 17 Jahren, die Mitgliedschaft in der NSDAP und wurde zum 20. April 1944 in die Ortsgruppe Samter im Gau Wartheland aufgenommen. Zu diesem Zeitpunkt galt eine Mitgliedersperre, von der vor allem HJ- und BDM-Angehörige ausgenommen waren. Das Aufnahmedatum (Hitlers Geburtstag) war 1943 für alle Beitretenden aus der HJ festgelegt worden, wobei ein persönlich und handschriftlich unterzeichneter Aufnahmeantrag weiterhin die Voraussetzung für eine Aufnahme bildete. Inwieweit dabei in Lenz´ Fall Druck ausgeübt wurde (die aktive Rekrutierung neuer „Parteigenossen" aus der HJ wurde seit den späten 1930er Jahren forciert), muss offenbleiben. Das Beitrittsalter war erst 1944 auf 17 Jahre herabgesetzt worden, so dass Lenz vorher gar nicht Mitglied werden konnte.

Denkbar ist allerdings, dass die Mitgliedskarte Lenz gar nicht mehr erreichte, denn nach dem Abitur begann im Januar 1944 sein Wehrdienst – er hatte sich zur Marine gemeldet – mit einer Grundausbildung in Stralsund. Seit Mai 1944 wurde er auf einem Panzerschiff eingesetzt. In retrospektiven Jugenderinnerungen beschrieb Lenz seine jugendlich-naive Kriegsbegeisterung in dieser Zeit. Im März 1945 endete sein Marineeinsatz. Lenz wurde Ende April, kurz vor Kriegsende, auf die dänische Insel Seeland verlegt. Bei einer Wachschicht, bereits nach der Kapitulation der deutschen Truppen in Dänemark am 5. Mai, desertierte er. Seine späteren eigenen Angaben zu den Motiven fielen widersprüchlich aus: Mal berichtete er, gehört zu haben, dass ein „Kamerad" verurteilt und erschossen worden sei (für ihn ein Erlebnis des „Erwachens"), mal, dass er selbst Zeuge gewesen sei. Unterschiedliche Angaben machte er

auch darüber, ob er alleine oder in Begleitung floh – sicher ist, dass sich in diesen Tagen ein Strom zurückkehrender deutscher Soldaten nach Hause bewegte, die schließlich von der britischen Armee aufgegriffen wurden.

Zur Biographie nach 1945

Lenz wurde im Sommer 1945 in einem Kriegsgefangenenlager nahe dem nordfriesischen Witzwort interniert, wo er nach kurzer Zeit als Dolmetscher für die britische Armee zu arbeiten begann. In dieser Funktion reiste er mehrere Monate mit einer Sondereinheit, die Entlassungsdokumente für Soldaten ausstellte, durch Schleswig-Holstein. Seit 1946 studierte Lenz dann an der Universität Hamburg Philosophie, Anglistik und Literaturgeschichte, von 1946 bis 1949 lebte er in Bargteheide. In der Entnazifizierung 1946 leugnete er, die Mitgliedschaft in der NSDAP besessen oder beantragt zu haben, und gab nur die HJ-Mitgliedschaft an. Der Beratende Ausschuss empfahl im April 1948, auf Lenz „die Jugend-Amnestie anzuwenden", er wurde als entlastet in Kategorie V eingestuft.

1948 wurde Lenz Volontär und schließlich Feuilletonredakteur bei der *Welt*, seit 1951 war er als freier Schriftsteller tätig. 1952 trat er der „Gruppe 47" bei. Er veröffentlichte zahlreiche Romane, Novellen, Dramen und Hörspiele, darunter „Es waren Habichte in der Luft" (1951), „So zärtlich war Suleyken" (1955) und „Deutschstunde" (1968). Sein zweiter Roman, „Der Überläufer", behandelt den Irrsinn des Krieges und die Geschichte eines Wehrmachtssoldaten, der zur Roten Armee überläuft. Das Buch wurde 1952 vom Verlag abgelehnt und erschien erst 2016 posthum. Lenz thematisierte in seinen Werken immer wieder die NS-Zeit und den Zweiten Weltkrieg, in „Stadtgespräch" (1963) beispielsweise die Gewissensentscheidungen antifaschistischer Widerstandskämpfer im besetzten Norwegen, in „Heimatmuseum" (1978) die Nachkriegsvertreibung der deutschen Bevölkerung (bei gleichzeitiger Kritik an fanatischen Vertriebenenfunktionären) und in „Ein Kriegsende" (1984) die Exekutionen meuternder Reichsmarinesoldaten. Insbesondere Lenz´ Werk „Deutschstunde", in der er das angebliche Malverbot für Emil Nolde in der NS-Zeit literarisch verarbeitete, wurde ein Beststeller. Bis heute wurde es in über 20 Sprachen übersetzt und über 2,2 Millionen Mal verkauft. Lenz´ Romane wurden zudem mehrfach verfilmt und in Theatern aufgeführt.
Siegfried Lenz erhielt zahlreiche Preise und Ehrungen. 1968 sollte er mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet werden, lehnte diese Ehrung jedoch ab. Im März 1976 erhielt er von der Universität Hamburg die Ehrendoktorwürde verliehen. 2001 wurde Lenz Hamburger Ehrenbürger und Ehrensenator der Universität Hamburg, 2011 erhielt er die Ehrenbürgerwürde seiner Heimatstadt, des heutigen Elk (Polen), verliehen.

Seit den 1950er Jahren engagierte sich Lenz in politischen Fragen, etwa gegen die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik oder durch die Unterstützung der SPD bei mehreren Wahlkämpfen in den 1960er Jahren. 1965 kritisierte er die fehlenden diplomatischen Beziehungen der BRD zu Polen. Im selben Jahr thematisierte er in einer in der *Zeit* veröffentlichten Erzählung die ausgebliebene Entschädigung von Zwangsarbeitern. 1970 begleitete er zusammen mit Günter Grass Willy Brandt nach Warschau zu dessen Kniefall vor dem Mahnmal für die jüdischen Opfer des Ghettoaufstandes. Bei einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nati-

onalsozialismus las Siegfried Lenz 2005 aus einem seiner Romane. Die Rolle von Siegfried Lenz während der NS-Zeit wurde in den 2000er Jahren mehrfach thematisiert. So warf ihm Marcel Reich-Ranicki 2003 (zu Unrecht) vor, Schüler einer NS-Eliteschule gewesen zu sein. In einem Bericht des *Focus* wurde 2007 die NSDAP-Mitgliedschaft der Schriftsteller Siegfried Lenz und Martin Walser sowie des Kabarettisten Dieter Hildebrandt publik gemacht. Alle drei bestritten daraufhin, von dieser Mitgliedschaft gewusst zu haben und mutmaßten, als HJ-Angehörige in einem Sammelverfahren in die Partei aufgenommen worden zu sein. Es folgte eine mediale und wissenschaftliche Debatte darüber, ob es entsprechende kollektive Aufnahmen ohne das Wissen der Betroffenen gegeben habe. Im Juni 2014 gründete Siegfried Lenz zusammen mit seiner Frau Ulla die Siegfried-Lenz-Stiftung, die in den folgenden Jahren Stipendien und Preise an Schriftsteller/innen vergab. Im selben Jahr starb Lenz im Alter von 88 Jahren. Seit 2016 bemühen sich Bewohner/innen von Othmarschen und Groß Flottbek sowie Mitglieder des Bürgervereins Flottbek-Othmarschen, eine Straße nach ihm zu benennen.

Fazit

Siegfried Lenz zählt zu den prominentesten Schriftstellern der Bundesrepublik. 1926 geboren, erlebte er die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft als Kind und Jugendlicher. Seine aktive Betätigung in der HJ und die NSDAP-Mitgliedschaft ist vor diesem Hintergrund nur als geringe Belastung einzustufen – auch im Falle eines aktiv betriebenen Aufnahmeantrages. Dass Lenz ohne sein Wissen als HJ-Angehöriger in einem Sammelverfahren in die Partei aufgenommen wurde, ist nach den bisherigen Erkenntnissen der zeithistorischen Forschung mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht möglich gewesen. Ob Siegfried Lenz seine Mitgliedschaft nach 1945 bewusst bestritt, kann nicht mehr geklärt werden. Gesichert ist, dass er sich nach 1945 literarisch stark mit der NS-Zeit auseinandersetzte und dabei auch heikle Fragen wie die ausgebliebene Entschädigung von Zwangsarbeiter/innen thematisierte.

Literatur und Quellen

Jürgen W. Falter (Hg.): Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945, Frankfurt a.M./New York 2016; Siegfried Lenz: Der Überläufer, Hamburg 2016; Josef Schmid: Wissenschaftliche Expertise zur „Vergabe von Ehrenbürgerschaften in der Freien und Hansestadt Hamburg im 19., 20. und 21. Jahrhundert“, Hamburg 2014; Malte Herwig: Die Flakhelfer. Wie aus Hitlers jüngsten Parteimitgliedern Deutschlands führende Demokraten wurden, München 2013; Dagmar Reese: Zum Stellenwert der Freiwilligkeit. Hitler-Jugend und NSDAP-Mitgliedschaft, in: Mittelweg 36, 19 (2010), Heft 6/7, S. 63–83; Armin Nolzen: Vom „Jugendgenossen“ zum „Parteigenossen“. Die Aufnahme von Angehörigen der Hitler-Jugend in die NSDAP, in: Wolfgang Benz (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt a.M. 2009, S. 123-150; Erich Maletzke: Siegfried Lenz. Eine biographische Annäherung, Springe 2006; Michael Buddrus: „War es möglich, ohne eigenes Zutun Mitglied der NSDAP zu werden?“ Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin für das Internationale Germanistenlexikon 1800-1950, in: Geschichte der Germanistik. Mitteilungen, 23/24 (2003), S. 21-26; Norbert Frei: Hitler-Junge, Jahrgang 1926, in: Die Zeit, Nr. 38, 11.9.2003; Claus Nordbruch: Über die Pflicht. Eine Analyse des Werkes von Siegfried Lenz. Versuch über ein deutsches Phänomen (Germanistische Texte und Studien, 53), Hildesheim/Zürich/New York 1996; Werner Schwan: „Ich bin doch kein Unmensch“. Kriegs- und Nachkriegszeit im deutschen Roman. Grass, Blechtrommel – Lenz, Deutschstunde – Böll, Gruppenbild mit Dame – Meckel, Suchbild, Freiburg 1990; Rudolf Wolff (Hg.): Siegfried Lenz. Werk und Wirkung (Sammlung Profile, 15), Bonn 1985; Hans Wagener: Siegfried Lenz (Autorenbücher, 2), München 1976 (3. Auflage 1979); Text + Kritik. Zeitschrift für Literatur, Heft 52: Siegfried Lenz, Oktober 1976; Trudis Reber: Siegfried Lenz (Köpfe des XX. Jahrhunderts, 74), Berlin 1973; Siegfried Lenz: Beziehungen. Ansichten und Bekenntnisse zur Literatur, Hamburg 1970; ders.: Deutschstunde. Roman, Hamburg 1968; ders.: Jahrgang 1926, in: ders./Waldemar Besson/Gerd Klepzig: Jahr und Jahrgang 1926, Hamburg 1966, S. 59-87; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 131-1 II, 6654; StAHH, 135-1 VII, 902; StAHH, 221-11, LAM 1988.

(44) Friedrich Lichtenauer

Lebensdaten: 11.3.1908 – 11.10.1969
Tätigkeiten: Arzt (Chirurg), Universitätsprofessor
Straßenname: Lichtenauerweg (1973 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Friedrich Lichtenauer wurde im März 1908 in Stettin als Sohn des Chirurgen Kurt Lichtenauer geboren. Von 1914 bis 1926 besuchte er dort auch das Gymnasium. Seit 1927 studierte er Medizin an Universitäten in Lausanne, München, Rostock und Berlin. Am 5. Januar 1933 bestand er schließlich in München das medizinische Staatsexamen.
Einer politischen Partei gehörte er vor 1933 laut eigenen Angaben in der Entnazifizierung nicht an, sein Vater war Mitglied der linksliberalen DDP.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
In den ersten Monaten des Jahres 1933 war Lichtenauer mit 24 Jahren als Medizinal-Praktikant an der gynäkologischen Poliklinik in München tätig. Zum 1. April 1933 zog er nach Hamburg, wo er ein Jahr im Allgemeinen Krankenhaus Barmbeck sowie am Pathologischen Institut der Universität Hamburg-Eppendorf als Volontärarzt arbeitete, bevor er am 1. April 1934 eine Stelle als Assistenzarzt in der Chirurgie in Lübeck annahm. 1934 promovierte er an der Universität Hamburg mit einer Arbeit zur „Chirurgie der arteriellen Embolie“. Zum Oktober 1936 wechselte er als Assistenzarzt an die Chirurgische Universitätsklinik in Rostock, wo er bis Oktober 1942 angestellt war. Am 1. November 1938 wurde er zum Beamten auf Widerruf ernannt. Seit August 1939 wurde er als Sanitätsoffizier zum Wehrdienst eingezogen, den er bis zu einer Erkrankung im März 1941 im Feld verbrachte. Im Dezember 1940 wurde er mit dem Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ausgezeichnet.

Am 20. Juli 1937 beantragte Lichtenauer seine Aufnahme in die NSDAP, die rückwirkend zum 1. Mai 1937 erfolgte. Seit 1934 hatte er zudem dem Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) angehört, in dem er den Rang eines Sanitätsobertruppführers einnahm. Seit 1935 gehörte er der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) an und seit 1937 dem NSD Ärztebund, der NS Altherrenschaft und der Reichsdozentenschaft.

Im August 1938 wurde gegen Lichtenauer vor dem NSDAP-Gaugericht Mecklenburg ein Verfahren eröffnet, in dem er beschuldigt wurde, „eine ehrenrührige Handlung begangen und den Bestrebungen der Partei zuwidergehandelt zu haben“. Hintergrund war ein Konflikt mit dem Oberarzt und Gaudozentenbundführer Dr. Heinrich Gißel, den Lichtenauer der Unehrlichkeit und des Betruges beschuldigte. In der Hauptverhandlung am 22. August 1939 wurde ihm zudem vorgeworfen, im Bekanntenkreis über das Verfahren gesprochen zu haben, was Lichtenauer untersagt worden war. Schließlich beantragte Gauleiter Hildebrandt angesichts des Kriegsausbruchs und „im Interesse einer Befriedung der Verhältnisse“ an der Klinik die Einstellung des Verfahrens, die im Juni 1940 erfolgte.

Lichtenauer gab später an, aufgrund des Verfahrens 1939 aus dem NSKK und der Reichsdozentenschaft ausgeschlossen worden zu sein – diese Angabe ließ sich nicht verifizieren. Zudem erklärte er, im Oktober 1942 auf Anweisung des Gauleiters „aus politischen Gründen entlassen“ worden zu sein, außerdem sei ihm eine Habilitation verwehrt worden. Sicher ist, dass das Reichsministerium im Januar 1941 verfügte, Lichtenauer nur bis Ende September 1941 weiterzubeschäftigen, maximal bis zum Abschluss seiner Facharztausbildung. Lichtenauer erhob dagegen Einspruch beim Mecklenburgischen Staatsministerium, verwies u.a. auf seine Parteimitgliedschaft und sprach von einer „unbillige[n] Härte“. Die Entscheidung sei „dem Zeitgeist nicht entsprechend“. Das Reichsministerium stimmte daraufhin einer Weiterbeschäftigung bis Kriegsende zu. Im Juni 1942 schaltete sich aber Reichsstatthalter Hildebrandt ein und erklärte, ihm erscheine „eine dauernde Rückkehr des Dr. Lichtenauer an die Chirurgische Klinik nicht als tragbar“. Lichtenauer wurde daraufhin zum 1. November 1942 wieder zur Wehrmacht einberufen – ein geplanter Antrag, ihn als „unabkömmlich“ vom Kriegsdienst zu befreien, wurde „auf Wunsch des Kuratoriums“ der Klinik fallengelassen und sollte stattdessen Gißel zugutekommen. Die genauen Hintergründe dieser Vorgänge lassen sich aus den Akten nicht erschließen, vermutlich wurde Lichtenauer jedoch nicht formal entlassen, sondern eher zum Ausscheiden genötigt. Offenbar war es nämlich nach der Einstellung des Gaugerichtsverfahrens zu weiteren Konflikten mit Gißel gekommen. Eine Mitte 1940 gestellte Anfrage, an der Universität Rostock zu habilitieren, wurde nach wenigen Monaten von Lichtenauer bzw. seinem Professor wieder zurückgezogen. Lichtenauer wollte daraufhin nicht in Rostock, sondern an der Universität Greifswald die Habilitation beantragen. Seine Anfrage wurde jedoch von der dortigen Medizinischen Fakultät – nach Intervention des Rostocker Professors Walther Fischer – im Januar 1943 abschlägig beschieden.

Zum 1. November 1942 wechselte Lichtenauer als Chefarzt an das Diakonissenkrankenhaus „Bethanien“ in seiner Heimatstadt Stettin, wo sein Vater als Direktor wirkte. Sein Einkommen stieg damit deutlich, etwa um das Fünffache. Bis zum Kriegsende bzw. zur Aufgabe der Stadt durch die Wehrmacht am 25. April 1945 war er in Stettin beschäftigt.

Zur Biographie nach 1945

Vor dem sowjetischen Einmarsch in Stettin scheint Lichtenauer nach Hamburg geflüchtet zu sein. Hier wurde er 1946 entnazifiziert und von der Militärregierung als unbedenklich eingestuft. Bekannte bescheinigten ihm, „stets zu den unbedingten Gegnern des Nationalsozialismus“ gezählt zu haben. Lichtenauer selbst gab an, dass auf seine Intervention hin 1943 vier Medizinstudenten aus den Niederlanden aus dem „KZ“ Amersfoort entlassen worden seien. Einer der vier Betroffenen, ein Jan van Bergh, bestätigte diese Geschichte, wenn auch mit abweichender Datierung. Er sei nach seinem Abtauchen 1942 in Holland 1943 inhaftiert und im August 1944 in das „KZ“ Amersfoort verbracht worden. Friedrich Lichtenauer sei die Person gewesen, „through whose activity three dutch students and myself were released to Germany from the concentrationcamp“. Zudem habe Lichtenauer ihm in der Folge eine Stelle als Assistent im Krankenhaus verschafft und ihn öfter zu sich nach Hause eingeladen. Darüber hinaus bescheinigte van Bergh ihm, Polen und Russen im „Bethanien“ behandelt zu haben, obwohl dies strikt verboten gewesen sei.

Bei dem Polizeilichen Durchgangslager Amersfoort handelte es sich um ein Internierungslager der SS in den Niederlanden – wie Lichtenauer aus Stettin die Freilassung dort Inhaftierter erreichen konnte und woher er die vier Inhaftierten überhaupt kannte, bleibt unklar. Nachforschungen der Gedenkstätte Amersfoort ergaben, dass ein Sanitäter Joh. Jac. v. d. Berg (Jg. 1918) und ein Krankenpfleger Boltjens Tj. Kingma (Jg. 1921) wirklich nach einem Schreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Pommern von Ende Dezember 1943 am 21. Januar 1944 aus dem SS-Lager entlassen und zum ärztlichen Dienst für die pommerschen Krankenhäuser nach Stettin gebracht wurden. Das gleiche Prozedere wiederholte sich zwei Monate später mit dem inhaftierten Krankenpfleger Rudolf G. Wennekers, der explizit zur „Orthop. Heil- und Pflegeanstalt Bethesda“ nach Stettin geschickt wurde. Auch wenn die genauen Namen und Daten teilweise nicht übereinstimmen und die Hintergründe weiterhin unklar bleiben, werden die Angaben Lichtenauers im Entnazifizierungsverfahren damit doch im Wesentlichen bestätigt. 1948 erfolgte eine erneute Überprüfung Lichtenauers mit dem Ergebnis, das er in Kategorie V eingestuft wurde.

1946 übernahm Lichtenauer die Leitung der Chirurgischen Abteilung des Hilfskrankenhauses Blankenese. 1948 habilitierte er sich an der Universität Hamburg und wurde im folgenden Jahr Chefarzt der Chirurgischen Klinik in Hamburg-Harburg. Von 1958 bis 1963 war Lichtenauer Vorsitzender der Vereinigung Nordwestdeutscher Chirurgen, für die er in den Folgejahren als Schriftführer wirkte. Von 1964 bis 1967 war er Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie. Im Frühjahr 1969 wurde er zum stellvertretenden Ärztlichen Direktor des Krankenhauses Harburg ernannt. Im Oktober 1969 verunglückte er bei einem Autounfall im Urlaub in der Schweiz. In einer Traueranzeige ehrte ihn die Gesundheitsbehörde mit den Worten, er habe sich um den „Aufbau und Ausbau der Chirurgie“ des Krankenhauses Harburg „große Verdienste“ erworben. 1973 wurde eine Straße nach ihm benannt.

Fazit

Die Quellenlage über Friedrich Lichtenauers Wirken zur Zeit des „Dritten Reiches“ ist dünn, so dass eine Bewertung schwierig erscheint. Gesichert ist, dass er 1937 NSDAP-Mitglied wurde, 1934/37 auch mehreren anderen NS-Organisationen beitrat und im NSKK sogar das Amt eines Obertruppführers ausübte. Hinweise, dass seinem Verfahren vor dem Gaugericht ein politischer Konflikt zugrunde lag, gibt es nicht – wahrscheinlicher ist, dass es sich um persönliche Konflikte und Vorwürfe unter Medizinern handelte. Die Bescheinigung des im KZ inhaftierten Niederländers van Bergh spricht für Lichtenauer, auch wenn die Hintergründe der Angelegenheit weitgehend im Dunkeln bleiben.

Literatur und Quellen

Geraldien von Frijtag Drabbe Künzel: Das Gefängnislager Amersfoort, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.): Terror im Westen. Nationalsozialistische Lager in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg 1940-1945 (Reihe Geschichte der Konzentrationslager 1933-1945, 5), Berlin 2004, S. 73-100; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Friedrich Paul Lichtenauer: Ein Beitrag zur Chirurgie der arteriellen Embolie in den großen Gefäßen der Extremitäten, Hamburg Diss. 1934; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; BArch, R 9361-II, 635962; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 221-11, M 6212; StAHH, 731-8, A 761 Lichtenauer, Friedrich; Universitätsarchiv Greifswald, Med. Fak. I 389; Universitätsarchiv Greifswald, Med. Fak. II 81M; Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, 5.12-7/1, Nr. 2495; Nationaal Monument Kamp Amersfoort, Transportlisten vom 21.1. und 23.3.1944, Transportkarten Nr. 825, 970, 1754.

(45) Hans Mahler

Lebensdaten: 15.8.1900 – 25.3.1970
Tätigkeiten: Schauspieler, Theaterregisseur
Straßenname: Hans-Mahler-Straße (1977 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Hans Mahler wurde im August 1900 in Hamburg-Rothenburgsort geboren. Nach dem Besuch der Volksschule zwischen 1906 und 1915 machte er eine Ausbildung zum Buchhändler bei den Gebrüdern Enoch. 1917 wurde er als Soldat im Ersten Weltkrieg eingezogen. Nach dem Krieg war er zunächst erwerbslos. 1925 trat er zum ersten Mal als Schauspieler beim Laientheater Richard Ohnsorgs, der „Niederdeutschen Bühne“, auf. Seit 1931 war er dort angestellt. Vor 1933 gehörte Mahler der SPD an. In der Entnazifizierung gab er an, auch bei den Wahlen im November 1932 und im März 1933 die Sozialdemokratische Partei gewählt zu haben.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Als aktiver Schauspieler trat Mahler im Juli 1934 der Reichstheaterkammer bei. Zwischen 1934 und 1938 war er zudem Mitglied der Reichsschrifttumskammer, u.a. da er Artikel für den *Hamburger Anzeiger* verfasste.

1937 war Hans Mahler an der Niederdeutschen Bühne das erste Mal als Regisseur tätig und erhielt eine Festanstellung. Im selben Jahr heiratete er seine Kollegin Heidi Kabel, mit der er seit 1932 verlobt gewesen war. Mahler trat zum 1. Mai 1937, die Aufnahmesperre war gelockert worden, der NSDAP bei. Hintergrund dieses Parteibeitritts war wohl Mahlers Bewerbung um eine Intendantenstelle in Lüneburg. Laut Heidi Kabels Lebenserinnerungen war sie es, die ihren Mann dazu drängte, die „Formsache“ Parteimitgliedschaft zu beantragen. In Kabels retrospektiver Darstellung stand Mahler dem Regime kritisch bis ablehnend gegenüber, brachte seine Frau nach 1938 aber davon ab, aus der NS-Frauenschaft auszutreten.

In den letzten Monaten des „Dritten Reiches“ wurde Mahler noch zur Wehrmacht eingezogen und verbrachte die Zeit von Februar bis Mai 1945 als Soldat in Dänemark.

Zur Biographie nach 1945
Als die Niederdeutsche Bühne im Sommer 1945 wiedereröffnet werden sollte, waren für Mahler und Kabel Auftritte vorgesehen. Laut Kabels Lebenserinnerungen weigerten sich ihre Kolleg/innen mit Verweis auf die NS-Belastung der beiden, mit ihnen aufzutreten – sie vermutete Neid und Konkurrenz hinter diesem Schritt. Faktisch wurden beide von der Militärregierung für zwölf Monate suspendiert.
In seiner Entnazifizierung betonte Mahler im November 1946 seine engen Kontakte zu Juden und zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vor 1933 und erklärte, er habe „das verlockende Angebot, selbst Intendant eines Theaters zu werden, mit der geforderten formalen Mitgliedschaft der NSDAP bezahlt. Recht oder Unrecht – es ging mir um künstlerische Belange, nicht um Politik“. Seine Erklärung, er sei 1942 wieder aus der Partei ausgeschieden,

ließ sich nicht verifizieren – auf seiner Mitgliedskarte in der NSDAP-Gaukartei ist kein entsprechender Vermerk vorhanden. Zeugen bestätigten Mahler eine „klar ablehnende Haltung gegenüber dem Hitlerregime“, das Festhalten an seinen sozialdemokratischen Überzeugungen (während andere ihn als „unpolitisch“ charakterisierten) und eine bloß formale Mitgliedschaft. Letztlich wurde Mahler in der Entnazifizierung in die Kategorie V eingestuft.

1949 wurde Hans Mahler Intendant des Richard-Ohnsorg-Theaters, wie die Niederdeutsche Bühne seit 1946 hieß. Seit 1954 wurden Aufführungen des Ohnsorg-Theaters auch im Fernsehen ausgestrahlt, unter Mahlers Leitung avancierten die Stücke zu den beliebtesten westdeutschen Fernsehsendungen der 1950er und 1960er Jahre. Als „Theater mit Herz“ wahrgenommen zu werden und dabei „volkstümlich“ zu bleiben, war in Mahlers Arbeit ein zentrales Leitbild. 1960 feierte er seinen 60. Geburtstag und sein 35. Bühnenjubiläum. 1963 erhielt er den von der Stiftung F.V.S. verliehenen Richard-Ohnsorg-Preis. Ein 1968 geplanter und von Mahler angestrebter Umzug des Ohnsorg-Theaters konnte nicht verwirklicht werden bzw. wurde zugunsten eines Umbaus fallengelassen.
Im März 1970 starb Hans Mahler an einem Herzinfarkt. Bei einer Trauerfeier im Ohnsorg-Theater wurden sein „leidenschaftlicher Einsatz fürs Theater und für das Niederdeutsche“ hervorgehoben. 1977 wurde eine Hamburger Straße nach ihm benannt.

Fazit

Hans Mahler war ein Schauspieler und Regisseur, der sich vor 1933 der Sozialdemokratie verbunden fühlte und sich am späteren Ohnsorg-Theater dem „Niederdeutschen“ zuwandte. Aus Karrieregründen trat er 1937 der NSDAP bei, ohne dass ihm darüber hinausgehende politische Aktivitäten oder Stellungnahmen im Sinne des Nationalsozialismus nachweisbar sind.

Literatur und Quellen

Cornelia Göksu/Rita Bake: Heidi Kabel, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; Michael Busch: Kabel, Heidi, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie, Band 6, Göttingen 2012, S. 147-150; Irma Hildebrandt: Immer gegen die Wand. 18 Hamburger Frauenporträts, München/Zürich 2005 (2. Auflage 2007); Jan Hinnerk Mahler/Carsten Wittmaack: Heidi Kabel. Sag ja zum Leben, Leipzig 2004; Heidi Kabel: „Das Leben macht mir Freude“. Erinnerungen einer lebensklugen Frau, Hamburg 1994; dies.: Wo sind nur die Jahre geblieben? Stationen meines Lebens, Hamburg 1991; dies.: Manchmal war es nicht zum Lachen, Hamburg 1979; Bruno Peyn: Richard-Ohnsorg-Theater. Beiträge zur Geschichte der Niederdeutschen Bühne in Hamburg, Hamburg 1965; Bernhard Meyer-Marwitz: 50 Jahre Richard-Ohnsorg-Theater, Hamburg 1952; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Hamburger Nachrichten 1930-1945; BArch, R 9361-V, 57304; BArch, R 9361-V, 57305; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI; StAHH, 131-1 II, 6630; StAHH, 221-11, Misc 10730; StAHH, 221-11, Misc 15370; StAHH, 221-11, Misc 171789; StAHH, 731-8, A 762 Mahler, Hans.

(46) Helmut Nack

Lebensdaten: 26.10.1922 – 10.2.1983
Tätigkeiten: Gewerkschaftsfunktionär
Straßenname: Helmut-Nack-Straße (1996 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Helmut Nack wurde 1922 in Stettin im damaligen Pommern geboren.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
1933 war Helmut Nack 11 Jahre alt. Am 25. März 1940, also im Alter von 17 Jahren, beantragte er seine Aufnahme in die NSDAP, in die er zum 1. September 1940 – in der Ortsgruppe Stettin im Gau Pommern – aufgenommen wurde. Erstaunlich ist diese Angabe aus der NSDAP-Mitgliederkartei insofern, als eine Aufnahme in die NSDAP im Alter von 17 Jahren zu diesem Zeitpunkt offiziell gar nicht möglich war.
Mehr ist über Nacks Leben im „Dritten Reich“ nicht bekannt. Zu vermuten steht, dass er zur Wehrmacht eingezogen wurde und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als „Heimatvertriebener“ nach Westdeutschland kam.

Zur Biographie nach 1945
Im Staatsarchiv Hamburg gibt es keine Entnazifizierungsakte Helmut Nacks, auch eine Anfrage beim Landesarchiv Schleswig-Holstein blieb ergebnislos. Da er in den unmittelbaren Nachkriegsjahren in Schleswig-Holstein lebte, ist davon auszugehen, dass er nicht von der 1948 für das Bundesland erlassenen „Verordnung zur Durchführung der Kategorisierung“ betroffen war, die eine verpflichtende Entnazifizierung lediglich für die Jahrgänge bis 1918 vorsah. Nach seiner Entlassung aus dem Lazarett begann Nack 1946 eine Ausbildung zum Feinmechaniker bei der Firma Mauerhoff im ostholsteinischen Lütjenburg. In dieser Firma wurde er zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt, zudem wurde er zum ehrenamtlichen DGB-Vorsitzenden Lütjenburgs und wirkte als Stadtverordneter für die SPD. 1952 wechselte er nach Kiel, wo er als IG Metall-Sekretär für den Bereich Jugend, Handwerk und Angestellte zuständig war. Seit 1953 war er ehrenamtlich als Verwaltungs- und Sozialrichter in Schleswig-Holstein tätig.

Von 1962 bis 1982 war Helmut Nack Vorsitzender der IG Metall in Bergedorf, von 1964 bis zu seiner Pensionierung 1982 Vorsitzender des DGB-Ortskartells Bergedorf. Seit 1963 gehörte er der Bezirksleitung des DGB Hamburg an. Ende 1982 kandidierte er mit Erfolg für die SPD für die Bezirksversammlung Bergedorf. Im *Hamburger Abendblatt* hieß es: „Der in Bergedorf populäre Gewerkschafter soll Stimmen von Arbeitnehmern für die SPD sammeln.“ Gleichzeitig hatte er für die Bürgerschaft kandidiert, und sein Einzug in die Bürgerschaft als „Nachrücker“ stand im Januar 1983 im Raum. Dazu kam es jedoch nicht mehr, da Nack am 10. Februar im Alter von 60 Jahren verstarb. In der *Bergedorfer Zeitung* schrieb Heinz Blumenthal in einem Nachruf auf Nack, dass dieser die Interessen des DGB „kämpferisch vertrat,

ohne dabei mit der Bergedorfer Tradition eines auf Vertrauen begründeten Miteinanders zu den Wirtschaftsverbänden zu brechen“.
1996 wurde die Helmut-Nack-Straße nach ihm benannt.

Fazit

Über Helmut Nacks Biographie ist außer den genannten Eckdaten nur wenig bekannt, Forschungsliteratur zu seiner Person gibt es keine. In die Zeit des „Dritten Reiches“ fällt Nacks Jugend. Dass er 1940 als 17-Jähriger der NSDAP beitrat, kann angesichts seines damaligen Alters nicht als schwere NS-Belastung gewertet werden.

Literatur und Quellen

Knud Andresen: Wandel einer sozialen Bewegung. Gewerkschaftliche Mai-Kundgebungen in Hamburg, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.): 19 Tage Hamburg. Ereignisse und Entwicklungen der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren, Hamburg/München 2012, S. 144-159; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; BArch, R 9361-III, 399390; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 731-8, A 763 Nack, Helmut; FZH-Archiv, Bestand DGB Nordmark; StAHH, Zeitungsartikel „Hans Schacht: Ein Leben im Dienste der Arbeitnehmer-Interessen“, [1982].

(47) Emil Nolde

Lebensdaten: 7.8.1867 – 13.4.1956
Tätigkeiten: Maler
Straßenname: Noldering (1962 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Der sich später Emil Nolde nennende Künstler wurde 1867 in der schleswig-holsteinischen Gemeinde Nolde als Emil Hansen, Sohn eines Landwirts, geboren. Von 1884 bis 1888 machte er eine Ausbildung zum Bildhauergehilfen in Flensburg. Nach einem kurzen Aufenthalt in München wechselte er 1888 auf die Kunstgewerbeschule in Karlsruhe, die er jedoch nach kurzer Zeit abbrach. 1889 ging er nach Berlin, um als Zeichner für verschiedene Firmen zu arbeiten. Von 1892 bis 1897 arbeitete er als Lehrer am Gewerbemuseum in St. Gallen und begann mit Malarbeiten, die ihm erlaubten, als freier Künstler zu leben. 1899 studierte er für kurze Zeit in Paris, 1902 ging er nach Kopenhagen, wo er seine künftige Frau Ada heiratete. In der Folge lebte das Paar mit einem zweiten Wohnsitz in Berlin. Dort wurde Nolde, wie er sich seit 1902 nannte, für kurze Zeit Mitglied der Künstlergruppen „Die Brücke“ (1906/07), der „Berliner“ (1908-10) und der „Neuen Secession“ (1910-12). Aus der Berliner Secession wurde er nach einem Konflikt mit Max Liebermann ausgeschlossen. 1907 engagierte sich Nolde im Reichstagswahlkampf für die SPD. 1913/14 nahm er an einer vom Reichskolonialamt organisierten Reise nach Neuguinea teil; er beschäftigte sich in dieser Zeit stark mit der Kunst von „Naturvölkern“. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges fühlten sich Nolde und seine Frau „erfüllt vom Deutschtum“. 1916 zogen beide in ein Haus in Nordschleswig.

Nach der Revolution wurde Nolde 1919 Mitglied des linken „Arbeitsrat für Kunst“, ohne dass ein darüberhinausgehendes politisches Engagement feststellbar wäre. 1920 nahm er die dänische Staatsbürgerschaft an, nachdem es im Gefolge des Versailler Vertrages zu Grenzstreitigkeiten und der Angliederung Nordschleswigs an Dänemark gekommen war. Trotz seiner neuen Staatsbürgerschaft sah sich Nolde als Deutscher. In den 1920er Jahren hatte sich Nolde endgültig als bedeutender Maler etabliert, zu seinem 60. Geburtstag 1927 gab es mehrere Ausstellungen und Ehrungen. Der Kunstsammler Gustav Schiefler lobte im *Hamburger Anzeiger* die „urdeutsche Kunst eines Nolde“, die im „Volkstum“ des deutsch-dänischen Grenzlandes wurzele. 1926 hatte dieser mit seiner Frau einen Hof südlich der Grenze zu Dänemark erworben, den sie Seebüll nannten und in den folgenden Jahren ausbauten.

Politisch schwankte Nolde in den 1920er Jahren zwischen links und rechts, in einem privaten Brief schrieb er 1928 mit Blick auf die Reichstagswahlen, dürfte er wählen, könnte er sich zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten nicht entscheiden. 1931 wurde er Mitglied der Preußischen Akademie der Künste. Im selben Jahr veröffentlichte er den ersten Teil seiner Autobiographie. Laut Uwe Danker lassen sich in ihr religiöse Toleranz und humanistische Ideen ausmachen, aber auch die Hervorhebung von „Rassenunterschieden“ und die Überzeugung von der Höherwertigkeit der „nordischen“ über die „südlichen“ Völker, zu denen Nolde auch die Juden zählte. Bereits in den frühen 1930er Jahren reklamierten völkische Kreise

Noldes Kunst für sich, so nannte ihn der *Stahlhelm* 1932 einen „revolutionären Maler der Gegenwart“.

Zur Rolle im Nationalsozialismus

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten begrüßte Nolde, mittlerweile 65 Jahre alt, in privaten Briefen im Frühjahr 1933 die Ereignisse und schwärmte von der „so stark durchgeführten und schönen Erhebung des deutschen Volkes“. In einem Brief vom November 1933 brachte er seine Bewunderung für Adolf Hitler zum Ausdruck, den er als „groß u. edel in seinen Bestrebungen“ und als „genialer Tatenmensch“ bezeichnete.

Als Künstler wurde Nolde Mitglied der Reichskammer der bildenden Künste (RKbK). Sein Aufnahmeantrag beim „Kampfbund für deutsche Kultur“ wurde jedoch abgelehnt. Nolde hoffte im Frühjahr 1933 (vergeblich) darauf, zum Direktor der Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst in Berlin berufen zu werden. Gegenüber einem Mitarbeiter des Reichspropagandaministeriums denunzierte er dabei einen Konkurrenten, den Künstler Max Pechstein, als „Jude“ – was nicht zutraf und von der Preußischen Akademie der Künste richtiggestellt wurde. Trotz Pechsteins persönlichem Drängen weigerte sich Nolde, es richtigzustellen und erklärte, dass ihn Pechsteins „Existenzsorgen“ nicht interessierten.

Kurz vor dem Plebiszit zur Zusammenlegung der Ämter von Reichskanzler und Reichspräsident im August 1934 beteiligte Nolde sich an einem öffentlichen Aufruf deutscher Kulturschaffender für Hitler. Am 15. September 1934 – wenige Tage nach einer Rede Hitlers gegen die moderne Kunst – trat Nolde als „Volksdeutscher“ der NSDAP-Auslandsorganisation im südlichen Dänemark bei, der Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft Nordschleswig (NSAN). Die NSAN wurde ein Jahr später in die NSDAP Nordschleswig (NSDAP-N) eingegliedert. Mit ihrem „Führer“ war Nolde persönlich bekannt. Zudem trat Nolde der NSV bei, dem Reichskolonialbund, dem Reichsluftschutzbund, dem Volksbund für das Deutschtum im Ausland und der Selbsthilfe Nordschleswig.

1934 erschien der zweite Teil von Noldes Autobiographie unter dem Titel „Jahre der Kämpfe“ über die Zeit von 1902 bis 1914. In dem Buch finden sich antisemitische und rassistische Äußerungen. So erklärte er, Juden seien „andere Menschen, als wir es sind“, und hob hervor, sie hätten „viel Intelligenz und Geistigkeit, doch wenig Seele und wenig Schöpfergabe“. Er kritisierte „die Juden“ für ihre angebliche „unglückselige Einsiedlung in den Wohnstätten der arischen Völker“, die zu einem „beiderseitig unerträgliche[n] Zustand“ geführt habe. Als „versöhnende“ Lösung sah er die Umsiedlung der deutschen Juden nach Palästina an. Seine eigenen Auseinandersetzungen in der Kunstszene, etwa mit dem jüdischen Künstler Liebermann, sah Nolde als Kampf „zwischen nordischer und südlicher Kunst“. Er habe sich „gegen die in allen Künsten herrschende jüdische Macht“ aufgelehnt. Laut Petropoulos äußerte sich Nolde nach 1933 offener antisemitisch als zuvor, während der Kunsthistoriker Ernst Gosebruch in einem Brief von Ende 1934 betonte, dass die antisemitischen Abschnitte des Buches „Gefühlen [entsprächen], die wir seit Jahren bei Nolde kennen“. In Noldes Denken war Kunst Ausdruck spezifischer „Rassen“, für sich selbst nahm er in Anspruch, „gesunde deutsche Kunst“ zu machen. Gleichzeitig gab es in dem Buch auch Passagen, in denen Nolde „weiße Menschen“ mit Raubtieren verglich und von „barbarischer unverantwortlicher Gier“ der Eu-

ropäer gegenüber „Naturvölkern“ sprach. Verbindendes Element in Noldes Gedankengut war jedoch das Denken in Rassekategorien und sein Einsatz gegen „Rassenmischungen“. Mit der Veröffentlichung seines Buches unterstütze Nolde öffentlich, wenn auch eher implizit, den ausgrenzenden Antisemitismus und Rassismus des 1934 noch jungen NS-Regimes.

Bereits früh wurde Noldes Kunst Gegenstand NSDAP-interner Konflikte. Während Reichspropagandaminister Josef Goebbels Expressionisten wie Nolde schätzte, hegte Adolf Hitler eine starke Abneigung gegen ihn. Goebbels lud Nolde 1933 persönlich zur Eröffnung der Reichskulturkammer ein. Überlegungen in Goebbels´ Umfeld, Nolde zum Präsidenten der RKbK zu machen, scheiterten an einer Intervention Hitlers. Alfred Rosenberg beurteilte Noldes Werke im Juli 1933 abschätzig als „negroid, pietätlos, roh und bar jeder echten Formkraft“. 1934 nannte er Nolde einen „Kulturbolschewisten“, der „von uns bekämpft“ werde. NS-Anhänger einer „deutschen Moderne“ setzten sich dagegen für Nolde ein, so stellte der NSD-Studentenbund im Juli 1933 in Berlin in einer Ausstellung seine Werke aus – was im Folgenden zu scharfen Konflikten und zum Ausschluss einiger Verantwortlicher aus dem Studentenbund führte. In der Zeitschrift *Kunst der Nation* wurde Noldes Kunst im Dezember 1933 als „Ergebnis eines Aufbruchs des deutschen Willens zur Transzendenz“ gelobt. Der Reichsführer SS Heinrich Himmler lud Nolde im November 1933 als Ehrengast zur Feier des zehnjährigen Jubiläums des „Hitlerputsches“ ein. 1934-36 wurden Bilder Noldes in weiteren Ausstellungen gezeigt, und er erhielt Unterstützung von Museumsdirektoren und Kunstkritikern, darunter dem SS-Mitglied Klaus Baudissin. Im Herbst 1935 endete die Auseinandersetzung um moderne Kunst jedoch mit einer Niederlage Goebbels´, in der Folge kam es zu verschärften Verfolgungsmaßnahmen.

Bereits im Mai 1933 hatte es einen Versuch gegeben, Nolde zum Austritt aus der Preußischen Akademie der Künste zu bewegen. Bei einem zweiten Versuch in diese Richtung vom Juli 1937 weigerte Nolde sich erneut auszutreten. Im selben Monat wurde vom Reichspropagandaministerium die Wanderausstellung „Entartete Kunst“ mit Bildern von 110 verfemten Künstlern in München eröffnet, die im ganzen Reich konfisziert worden waren. Darunter waren auch 48 Bilder von Nolde. Insgesamt waren 1.052 Werke von ihm (bei insgesamt 19.500 beschlagnahmten Kunstwerken) betroffen. Nolde bemühte sich um seine Rehabilitierung und betonte in Schreiben an NS-Funktionäre wie den Reichserziehungsminister Bernhard Rust seine Zugehörigkeit zur NS-Bewegung. Im Juli 1938 wandte er sich mit einem Schreiben an Goebbels persönlich und bat um die Rückgabe ihm gehörender Bilder. Er betonte, sich vor 1933 „als fast einzigster deutscher Künstler in offenem Kampf gegen die Überfremdung der deutschen Kunst“ befunden zu haben und seit 1933 „bei jeder Gelegenheit im In- und Ausland [...] kämpfend und bekennend für Partei und Staat eingetreten“ zu sein. Die Diffamierung seiner Kunst, die „deutsch, stark, herb und innig“ sei, sei deshalb eine „besondere Härte“ und „Verkennung“. Nolde erhielt daraufhin einzelne Werke zurück, die Stigmatisierung endete jedoch nicht. Als Nolde im Dezember 1938 in der deutschen Presse als Teil eines jüdischen Komplotts dargestellt wurde, entwarf er ein Schreiben an den Reichspressechef, das voll von antisemitischen Ausfällen war, etwa Bemerkungen über einen „jüdischen Weltbeherrschungstrieb“, und in dem er sich als Opfer „der ganzen jüdischen Presse“ darstellte.

Im März 1939 waren Dutzende Bilder Noldes unter den über 3.000 Werken, die in Berlin verbrannt wurden. Im August 1941 wurde Nolde aus der Reichskammer der bildenden Künste ausgeschlossen und ihm die haupt- oder nebenberufliche Betätigung als Maler untersagt. In der Folge wurden über 50 Werke von ihm beschlagnahmt und ein generelles Verkaufsverbot verhängt. Laut Noldes Autobiographie wurde das „Malverbot“ (tatsächlich handelte es sich um ein Berufsverbot) sogar von der Gestapo kontrolliert. Dennoch malte er in den folgenden Jahren weiter – bis auf ein Bild, das ein SA-Mitglied zeigt, kamen diese Werke jedoch ohne politische Bezüge aus. Nolde erhielt Hilfe von Personen wie einem ehemaligen NS-Studentenführer und einem nationalkonservativen Fabrikanten, die ihn mit Malutensilien versorgten und sich um gezielte Aufkäufe kümmerten. Der Kunstmarkt für Noldes Werke funktionierte weiter und wurde vom NS-Regime auch kaum behindert. 1942 schien es für kurze Zeit, als würde der Wiener Reichsstatthalter Baldur von Schirach sich für Nolde einsetzen, was sich für diesen jedoch als vergebliche Hoffnung herausstellte. Noldes Atelier in Berlin wurde im Februar 1944 durch einen alliierten Bombenengriff zerstört.

In der privaten Korrespondenz Noldes lässt sich die Kontinuität antisemitischen Denkens ausmachen, wenn er beispielsweise im Juni 1942 von seiner „Auflehnung gegen [...] alljüdische Bevormundung“ sprach, sowie dem Boykott seiner Arbeit durch die „grossjüdische Presse“, der seine Fortsetzung im Boykott der NS-Presse finde. Trotz Verfolgung bekannte sich Nolde zum Nationalsozialismus: „mein ganzes Leben ist von Anbeginn bis heute den im Nationalsozialismus geprägten Idealen gewidmet“. Bis zum Schluss hoffte er auf ein Umdenken des NS-Regimes. Seine Frau wandte sich noch 1944 mit Schreiben an prominente Nationalsozialisten und betonte den Patriotismus und die Regimetreue ihres Mannes.

Zur Biographie nach 1945

Im Juli 1946 füllte Nolde einen Entnazifizierungsfragebogen aus, vom zuständigen Ausschuss wurde er im August als lediglich nominelles NSDAP-Mitglied eingestuft und ihm bescheinigt, durch die negative Bewertung seiner Kunst durch das Regime sei „seine gegensätzliche Haltung unzweifelhaft gekennzeichnet und als Absage gegen das Regime anzusehen“.
Im Teil seiner Autobiographie, den Nolde nach dem Krieg verfasste, stilisierte er sich als naiven Künstler – laut Uwe Danker eine „unehrliche, förmlich gespielte retrospektive Selbstinszenierung“. Verfolgte Künstler wie Karl Hofer sprachen über Emil Nolde demgegenüber als „Nazi-Emil“. Nach 1945 erhielt Nolde zahlreiche Ehrungen. So wurde er von der Landesregierung Schleswig-Holsteins 1946 zum Ehrenprofessor ernannt. 1949 erhielt er den Stephan-Lochner-Preis, 1952 den Kunstpreis der Stadt Kiel und den Biennalepreis von Venedig.

1956 starb Emil Nolde. Im selben Jahr wurde die „Stiftung Seebüll Ada und Emil Nolde“ gegründet, die Noldes Hof zum Museum ausbaute, seinen Nachlass betreute und jahrelang für eine affirmative Sicht auf die Person Nolde eintrat. Dieser galt in den ersten Nachkriegsjahrzehnten in der Bundesrepublik vor allem als Opfer der NS-Politik, gleichzeitig stieg seine Popularität. So sprach Werner Haftmann in einer Biographie 1958 von „bitterster Verfolgung“, der er Noldes „ganzes Trachten“ gegenüberstellte, das doch darauf gerichtet gewesen sei, „eine neue deutsche Kunst zu schaffen, dessen ganze Menschlichkeit in seinem Heimat-

boden wurzelte“. Haftmann verschwieg bewusst die nationalsozialistischen Tendenzen Noldes. In Hamburg wurde 1962 eine Straße nach Nolde benannt, in Hannover 1969. In den 1960er Jahren erschienen weitere autobiographische Texte von ihm. In der DDR war bereits in den 1950er Jahren auf seinen „fanatischen Antisemitismus“ hingewiesen worden. Die (partielle) Legende vom „Malverbot“, die Nolde selbst in die Welt setzte, wurde von Siegfried Lenz in seinem Roman „Deutschstunde“ von 1968 aufgegriffen und popularisiert. In diesem Zeitraum wurden auch die ersten kritischen Stimmen in Westdeutschland laut, wenn etwa *Die Zeit* es 1967 für „grotesk“ erklärte, Nolde „zum Widerstandskämpfer und heimlichen Oppositionellen zu machen“. Seit den frühen 1960er Jahren kam in beiden deutschen Staaten die falsche Angabe auf, Nolde sei bereits 1920 – zeitgleich mit Hitler – Mitglied der NSDAP geworden. Diese kursierte bis in die 1990er Jahre und wurde auch noch in jüngster Zeit in der Forschungsliteratur wiederholt (vgl. Petropoulos 2014).

Interpreten von Noldes Biographie wie der langjährige Leiter der Nolde-Stiftung Martin Urban vertraten die These, Nolde sei politisch naiv gewesen und habe die Ereignisse nicht begriffen. Der Historiker Uwe Danker kritisierte diese Deutung, da sie unkritisch der Selbstinszenierung des Malers folge. Nolde habe sich vielmehr als „nordischer Künstler“ verstanden und sich dem Nationalsozialismus geistig verwandt gefühlt, weshalb er ein „Opfer wider Willen“ gewesen sei und die Feindschaft führender Nationalsozialisten nicht nachvollziehen konnte, sondern von einem Missverständnis ausging.

Fazit

Für Uwe Danker war Nolde „erklärter Anhänger und verfolgtes Opfer des Nationalsozialismus zugleich“. Sein Weltbild war bereits vor 1933 von rassistischen und antisemitischen Vorstellungen geprägt, die er in den 1931 und 1934 publizierten Teilen seiner Autobiographie öffentlich verbreitete. Er trat 1934 der nordschleswigschen NSDAP-Auslandsorganisation bei, unterstützte Adolf Hitler im selben Jahr mit der Unterzeichnung eines öffentlichen Aufrufs und denunzierte einen Künstlerkollegen wie Max Pechstein als „jüdisch“. Gleichzeitig spielte sich in der NS-Elite 1933-35 ein interner Machtkampf um die Haltung zu moderner Kunst ab, der zu Ungunsten Noldes und anderer Expressionisten entschieden wurde. Mit der Ausstellung „Entartete Kunst“, der Beschlagnahme von Bildern und dem Arbeits- und Verkaufsverbot wurde Nolde zu einem Nationalsozialisten, der zu den vom NS-Regime geschädigten und stigmatisierten Künstlern zu zählen ist. Seine nationalsozialistischen und antisemitischen Äußerungen vor diesem Hintergrund lediglich als „strategische Anbiederungen“ (Soika/Fulda) zu bewerten, greift meines Erachtens jedoch zu kurz.

Literatur und Quellen

Jonathan Petropoulos: Artists under Hitler. Collaboration and Survival in Nazi Germany, New Haven u.a. 2014; Aya Soika/Bernhard Fulda: „Deutscher bis ins tiefste Geheimnis seines Geblüts“. Emil Nolde und die nationalsozialistische Diktatur, in: Felix Krämer (Hg.): Emil Nolde. Retrospektive, München/London/New York 2014, S. 44-55; dies.: Emil Nolde and the National Socialist Dictatorship, in: Olaf Peters (Hg.): Degenerate Art. The Attack on Modern Art in Nazi Germany, 1937, München/London/New York 2014, S. 186-195; Kirsten Jüngling: Emil Nolde. Die Farben sind meine Noten, Berlin 2013; Claas Neumann/Peter Rassek/Ingo Harms: Wissenschaftliche Untersuchung der Straßennamen der Stadt Oldenburg, korr. Fassung vom 6.11.2013; James van Dyke: Something New on Nolde, National Socialism, and the SS, in: Kunstchronik, 65

(2012), 5, S. 265-270; Christian Saehrendt: „Die Brücke“ zwischen Staatskunst und Verfemung. Expressionistische Kunst als Politikum in der Weimarer Republik, im „Dritten Reich“ und im Kalten Krieg (Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, 13), Stuttgart 2005; Uwe Danker: „Vorkämpfer des Deutschtums“ oder „entarteter Künstler“? Nachdenken über Emil Nolde in der NS-Zeit, in: Demokratische Geschichte, 14 (2001), S. 149-188; Thomas Knubben: „Mein Leid, meine Qual, meine Verachtung“. Emil Nolde im Dritten Reich, in: Tilman Osterwold (Hg.): Emil Nolde. Ungemalte Bilder. Aquarelle 1938 bis 1945 aus der Sammlung der Nolde-Stiftung Seebüll, Ravensburg 1999, S. 136-149; Manfred Reuther: „Als mir die verschnürten Hände freigegeben wurden“, in: ebd., S. 8-18; Peter Vergo: Emil Nolde: Myth and Reality, in: ders./Felicity Lunn (Hg.): Emil Nolde, London 1996, S. 38-65; Markus Heinzelmann/Ulrich Krempel (Hg.): Emil Nolde und die Sammlung Sprengel 1937 bis 1956. Geschichte einer Freundschaft, Hannover 1999; Monika Hecker: Ein Leben an der Grenze. Emil Nolde und die NSDAP, in: Nordfriesland, Nr. 110, 1995, S. 9-15; Robert Pois: Emil Nolde, Lanham/New York/London 1982; Herta Hesse-Frielinghaus (Hg.): Emil und Ada Nolde – Karl Ernst und Gertrud Osthaus. Briefwechsel (Abhandlungen zur Kunst-, Musik- und Literaturwissenschaft, 360), Bonn 1985; Emil Nolde: Mein Leben, Köln 1976; ders.: Briefe aus den Jahren 1894-1926 (Furche-Bücherei, 236), Berlin 1967 (Neuauflage der Ausgabe von 1927); Werner Haftmann: Emil Nolde, Köln 1958; Hans Fehr: Emil Nolde. Ein Buch der Freundschaft, Köln 1957; Emil Nolde: Das eigene Leben. Die Zeit der Jugend 1867-1902, Hamburg/Flensburg 1949 (2. erw. Auflage); Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; BArch, R 55, 409; BArch, R 55, 21014; BArch, R 9361-1, 15205; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 731-8, A 763 Nolde, Emil; LASH, Ab. 460.19, Nr. 741.

(48) Franz Oehlecker

Lebensdaten: 19.12.1874 – 16.11.1957
Tätigkeiten: Arzt (Chirurg), Universitätsprofessor
Straßenname: Oehleckerring (1963 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Franz Oehlecker wurde im Dezember 1874 als Sohn eines Zahnarztes in Hamburg geboren. Am Matthias-Claudius-Gymnasium in Wandsbek machte er Abitur, um in der Folge an den Universitäten Leipzig, Tübingen, Kiel, Berlin und Straßburg Medizin zu studieren. Im Juli 1901 absolvierte er die ärztliche Staatsprüfung in Straßburg und erlangte seine Approbation als Arzt. 1902/03 arbeitete er als Hilfsarzt am Städtischen Krankenhaus Friedrichshain in Berlin, wo er eine Ausbildung im pathologischen Institut und der inneren Abteilung absolvierte und sich im Januar 1903 promovierte. In der Folge arbeitete er als chirurgischer Assistent im Städtischen Krankenhaus Urban (bis September 1905) und als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Kaiserlichen Gesundheitsamt in Dahlem (bis Mai 1907).
1907 zog Oehlecker zurück nach Hamburg und begann als chirurgischer Assistent am Allgemeinen Krankenhaus Eppendorf zu arbeiten, wo er 1909 zum Sekundärarzt aufstieg. 1912 wechselte er an das AK Barmbek, wo er zwei Jahre später als Leitender Oberarzt die zweite Chirurgische Abteilung übernahm. Im Ersten Weltkrieg wurde er als „unabkömmlich“ vom Wehrdienst befreit. 1915 machte er als Facharzt für Chirurgie eine eigene Praxis auf. 1919 erhielt er an der neugegründeten Hamburgischen Universität die Lehrbefugnis. Im Juni 1923 ernannte ihn die Hochschulbehörde zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor. Im Oktober desselben Jahres wurde er Leiter der ersten chirurgischen Abteilung am AK Barmbeck. Wissenschaftlich trat er mit zahlreichen Veröffentlichungen hervor, vor allem zur Bluttransfusion und Knochen- und Gelenktuberkulose.
Seit 1908 gehörte Oehlecker der Vereinigung Nordwestdeutscher Chirurgen an. Von 1930 bis 1932 fungierte er als Vorsitzender des Ärztlichen Vereins Hamburg. Im Juli 1932 trat er dem Verband der Krankenhausärzte Deutschlands bei. Einer politischen Partei gehörte er vor 1933 nicht an.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Franz Oehlecker unterzeichnete das „Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“, das am 11. November 1933 auf einer NS-Feier vorgetragen wurde. Zu diesem Zeitpunkt war er noch kein Parteimitglied, trat im selben Monat aber dem Nationalsozialistischen Lehrerbund bei. 1935 trat er auch der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) und wohl auch der Deutschen Arbeitsfront (DAF) bei, bevor er am 1. Juli 1937 seine Aufnahme in die NSDAP beantragte, die rückwirkend zum 1. Mai 1937 erfolgte. Damit war er einer der 13 Chefärzte des AK Barmbeck – von insgesamt 15 –, die im „Dritten Reich“ NSDAP-Mitglied wurden. 1938 wurde er Mitglied im NS-Altherrenbund. 1939 war er außerdem Mitglied im Reichsluftschutzbund und im Reichskolonialbund.

Nachdem der nationalsozialistische Staat mit dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom Juli 1933 die Zwangssterilisierungen von vermeintlich „Erbkranken“ sowie von „schweren Alkoholikern“ auf den Weg gebracht hatte, wurden im *Amtlichen Anzeiger* Hamburgs vom 31. Dezember 1933 die für die Umsetzung zuständigen Krankenhäuser und Ärzte bestimmt. Darunter war auch Franz Oehlecker für das AK Barmbeck. In Hamburg wurden insgesamt rund 22.000 rassenhygienisch begründete Zwangssterilisationen von als „erbkrank“ stigmatisierten Personen durchgeführt. Christine Pieper zufolge berichtete Oehlecker im September 1935 gegenüber einer Gruppe holländischer Ärzte und Fürsorgerinnen von 900 Sterilisationen, die seit Ende März 1934 im Krankenhaus, v.a. bei Patient/innen mit den Diagnosen „Schwachsinn“ oder Schizophrenie, durchgeführt worden seien.

Im September 1935 nahm Oehlecker an einem internationalen Kongress für Bluttransfusion in Rom teil. Im Mai 1939 stellte er den Antrag an das Reichsministerium für Wissenschaft, ihn zum außerplanmäßigen Professor zu ernennen, was mit Verweis auf sein hohes Lebensalter abgelehnt wurde. Zuvor hatte der Dekan der Medizinischen Fakultät zugunsten Oehleckers erklärt, dieser sei „ein sehr bekannter Chirurg, der hier in Hamburg größtes Ansehen genießt“. Ein 1940 erfolgter Versuch der Fakultät, Oehlecker nach dem Erlöschen seiner Lehrbefugnis zum Honorarprofessor zu ernennen, scheiterte ebenfalls. 1944 bemühte sich die Fakultät um eine Verleihung der Goethe-Medaille an ihn. Trotz Unterstützung des Hamburger Reichsstatthalters wurde auch aus dieser Ehrung nichts, da die Goethe-Medaille „im Zuge des totalen Kriegseinsatzes“ nicht mehr verliehen wurde. Zuvor hatte das Ministerium verschiedene Professoren nach ihrem Urteil über Oehlecker gefragt, das durchaus sehr gut ausfiel.

Im August 1939 wurde Oehlecker als Sanitätsoffizier der Reserve zum Wehrdienst einberufen, den er neben seiner Krankenhaustätigkeit ausübte. 1940 wurde er zum Oberstabsarzt und 1943 zum Oberfeldarzt ernannt.

Zur Biographie nach 1945

1945/46 wurde Franz Oehlecker kurzzeitig in ein Internierungslager für höhere Offiziere eingewiesen. Im Anschluss beantragte er seinen Ruhestand am AK Barmbek. Angesichts von Oehleckers vergleichsweise spätem Parteibeitritt hatten Entnazifizierungsausschüsse und Militärregierung 1946 keine Bedenken, ihm die Pension zu bewilligen und eine Fortführung der privaten Arztpraxis zu gestatten. Die Mitglieder des Beratenden Ausschusses erklärten sogar, Oehlecker sei ihnen bestens bekannt, dieser sei „nie ein aktiver Nazi“ gewesen. Über eine etwaige Mitgliedschaft in DAF und NS-Dozentenbund war sich Oehlecker 1945/46 nicht mehr sicher, erklärte jedoch schließlich, beiden Organisationen nicht angehört zu haben.

1950 wurde Oehlecker zum Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie ernannt. 1954 erhielt er das Bundesverdienstkreuz und wurde von der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg zum Ehrendoktor ernannt. Im Jahr darauf wurde er auch Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Bluttransfusion. Franz Oehlecker starb im November 1957 im Alter von 82 Jahren.

1963 wurde der Oehleckerring nach dem Arzt benannt. Zu seinem 100. Geburtstag würdigte ihn das *Hamburger Ärzteblatt* mit einem Artikel, die *Neue Zürcher Zeitung* sprach 1975 von einem „Pionier der Bluttransfusion“. Die NS-Belastung Oehleckers wurde 2015 in der Hamburger Presse thematisiert, nachdem die an den Oehleckerring angrenzende Max-Nonne-Straße umbenannt worden war.

Fazit

Franz Oehlecker trat bereits 1933 mit seiner Unterschrift unter das „Bekenntnis deutscher Professoren“ öffentlich für den neuen nationalsozialistischen Staat und Adolf Hitler ein, in der Folge trat er mehreren NS-Organisationen und 1937 auch der NSDAP bei. Über seine politische Einstellung und sein Wirken jenseits dieser Mitgliedschaften ist relativ wenig bekannt. Indem er als Chefarzt am AK Barmbek Hunderte von Zwangssterilisationen durchführte, beteiligte er sich jedoch aktiv an der verbrecherischen NS-Politik der Unfruchtbarmachung von als „minderwertig“ angesehenen Menschen.

Literatur und Quellen

Christine Pieper: Oehlecker, Franz Heinrich Friedrich, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 4, Göttingen 2008, S. 258-259; Christine Pieper: Die Sozialstruktur der Chefärzte des Allgemeinen Krankenhauses Hamburg-Barmbek 1913 bis 1945. Ein Beitrag zur kollektivbiographischen Forschung (Veröffentlichungen des Hamburger Arbeitskreises für Regionalgeschichte, 16), Münster/Hamburg/London 2003; Christiane Rothmaler: Sterilisationen nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933. Eine Untersuchung zur Tätigkeit des Erbgesundheitsgerichtes und zur Durchführung des Gesetzes in Hamburg in der Zeit zwischen 1934 und 1944, Husum 1991; Gisela Bock: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, 48), Opladen 1986; Friedemann Pfäfflin: Zwangssterilisation in Hamburg. Ein Überblick, in: Angelika Ebbinghaus/Heidrun Kaupen-Haas/Karl Heinz Roth (Hg.): Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984, S. 26-29; Ernst Roedelius: Zur Geschichte der Vereinigung Nordwestdeutscher Chirurgen. Zur 100. Tagung unter dem Vorsitz von Ludwig Zukschwerdt 15.-16. Dezember 1967. Tatsachen, Erinnerungen und Erlebnisse, Mannheim 1967; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Festschrift zum 25jährigen Bestehen des Allgemeinen Krankenhauses Barmbeck in Hamburg 1913-1938, Hamburg [1938]; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; BArch, R 4901, 25153; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; BArch, VBS 1, 1080084684; StAHH, 113-5, B V 92 b UA 108; StAHH, 113-5, B V 92 b UA 149; StAHH, 221-11, M 7202; StAHH, 361-6, I 307; StAHH, 731-8, A 764 Oehlecker, Franz.

(49) Friedrich Ostermeyer

Lebensdaten: 24.8.1884 – 24.6.1963
Tätigkeiten: Architekt
Straßenname: Ostermeyerstraße (1965 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Friedrich Richard Ostermeyer wurde im August 1884 als Sohn eines Pastors in Danzig geboren. Nach einer Maurerlehre studierte er an der Bauschule in Königsberg und von 1907 bis 1910 Architektur an den Technischen Hochschulen in Karlsruhe und München. 1911 ließ er sich nach einer längeren Italienreise in Hamburg nieder und übernahm das Architekturbüro Schaar & Hinzpeter. Im Ersten Weltkrieg war er von 1914 bis 1918 Soldat. Ostermeyer baute zunächst vor allem Einfamilien- und Reihenhäuser in den Elbvororten, dabei orientierte er sich mit der Verwendung des Backsteins an der konservativen „Heimatschutzbewegung". Er prägte mit seinen Bauten in den folgenden Jahren das architektonische Erscheinungsbild Hamburgs, vor allem im Klein- und genossenschaftlichen Wohnungsbau. Er baute für gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften u.a. den Otto-Stolten-Hof in der Jarrestadt, den Friedrich-Ebert-Hof in Altona und den Adolph-von-Elm-Hof in Barmbek. Laut Jan Lubitz zählt er zu den „führenden Architekten des Neuen Bauens".
Einer politischen Partei gehörte er vor 1933 laut eigenen Angaben nicht an, während Hermann Hipp ohne Angabe von Quellen auf eine Mitgliedschaft in der völkischen und republikfeindlichen DNVP verweist. Seit 1925 war Ostermeyer Mitglied im rechten „Stahlhelm"-Bund, der der DNVP nahestand.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten konnte Ostermeyer unbehelligt weiterarbeiten. 1934 nahm er Paul Suhr als Partner in sein Architekturbüro auf, in der Folge baute das Büro vor allem Einfamilienhäuser, aber auch Geschosswohnungen u.a. für die SAGA. 1934 arbeitete Ostermeyer in einer Kommission des gleichgeschalteten Bundes Deutscher Architekten (BDA) mit, die sich für einen Schutz der Berufsbezeichnung „Architekt" aussprach.

Der NSDAP gehörte Ostermeyer nicht an. Als Mitglied des „Stahlhelm" wurde er jedoch 1934 zur SA übernommen. In der SA nahm er das Amt eines Rottenführers ein. Laut eigenen Angaben beantragte er 1937 seinen Austritt aus der SA, da er als Reserveoffizier der Wehrmacht herangezogen wurde. Nach seiner freiwilligen Meldung zum Kriegsdienst diente er von 1939 bis 1942/43 als Oberstleutnant, wurde jedoch nach einer schweren Verwundung – er verlor ein Auge – aus dem Wehrdienst entlassen.

Konstanty Gutschow beauftragte Ostermeyer nach seiner Rückkehr aus dem Krieg 1943 mit Planungen für den Wiederaufbau der Stadt. Er beteiligte sich 1944 mit Entwürfen am Wettbewerb „Ortsgruppe als Siedlungszelle". Im selben Jahr wurde er zum Oberst der Reserve ernannt und wurde Leiter der Ausbildungsstätte der Wehrmacht in Hamburg-Hochkamp.

Zur Biographie nach 1945

Im Februar 1946 füllte Ostermeyer einen Entnazifizierungsfragebogen aus. Dabei kam es zu mehreren Überprüfungen, bei denen ein Beratender Ausschuss einen „guten Eindruck“ von Ostermeyer hatte, der „not a Nazi“ gewesen sei, während ein weiterer Beratender Ausschuss von „einem zweifelhaften Fall“ sprach. Die Militärregierung hatte jedoch keine Bedenken gegen Ostermeyer und nach einer dritten Überprüfung wurde er in Kategorie V eingestuft.

1945 war Ostermeyer an der Neugründung des BDA beteiligt, er gehörte Ende Mai einem Beirat des Bundes an und wird von Axel Schildt für diese Zeit als „politisch konservativer Ex-Stahlhelmer“ eingestuft. 1946 wurde er mit der Leitung des Arbeitsausschusses Stadtplanung betraut, der 1947 einen neuen Generalbebauungsplan für Hamburg vorlegte, und gehörte in der Folgezeit auch dem Landesplanungsausschuss an. Nach Kriegsende profitierte Ostermeyer von zahlreichen Aufträgen im Zuge des Wiederaufbaus. Zwischen den frühen 1950er und frühen 1960er Jahren baute er mehrere Kirchen, u.a. in Borgfelde, Othmarschen und Winterhude. Seine Architektursprache blieb dabei konservativ. Aus der Planung der späteren Grindelhochhäuser zog er sich nach anfänglicher Beteiligung zurück, da er den Bau einer Wohnhochhausanlage ablehnte. 1953 verlieh der Hamburger Senat dem Architekten die Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes in Silber. Seit 1957 gehörte er dem Vorstand des BDA an und wurde anschließend zum Ehrenmitglied ernannt. 1963 starb Friedrich Ostermeyer im Alter von 79 Jahren. Zwei Jahre später wurde eine Straße in Groß Flottbek nach ihm benannt.

Fazit

Friedrich Ostermeyer war ein prominenter Architekt des „Neuen Bauens“ in der Weimarer Republik. Obwohl er für genossenschaftliche und gemeinnützige Träger baute, deutet seine Mitgliedschaft im „Stahlhelm“ auf eine politisch konservative und rechte Einstellung hin. Als Stahlhelm-Mitglied wurde er von der SA übernommen, betätigte sich für diese jedoch auch als Rottenführer. Auch wenn er der NSDAP nicht angehörte, ist er damit als Aktivist einer NS-Organisation einzustufen. In den letzten Kriegsjahren zählte er zum Kreis der Architekten um Konstanty Gutschow, die von staatlichen Aufträgen profitierten.

Literatur und Quellen

Jan Lubitz: Ostermeyer, Friedrich Richard, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 6, Göttingen 2012, S. 238-240; Sylvia Necker: Konstanty Gutschow (1902-1978). Modernes Denken und volksgemeinschaftliche Utopie eines Architekten, Hamburg/München 2012; Friederike Rathke: Friedrich Ostermeyer, in: Dorothea Roos/Friedmar Voormann (Hg.): Hamburger Backstein- und Klinkerbauten, Rostock 2011, S. 134-138; Axel Schildt: Die Grindelhochhäuser. Eine Sozialgeschichte der ersten deutschen Wohnhochhausanlage Hamburg-Grindelberg 1945-1956 (Schriftenreihe des Hamburgischen Architekturarchivs), München/Hamburg 2007 (Neuauflage von 1988); Ralf Lange: Vom Kontor zum Großraumbüro. Bürohäuser und Geschäftsviertel in Hamburg 1945-1970, Königstein im Taunus 1999; Olaf Bartels: Altonaer Architekten. Eine Stadtbaugeschichte in Biographien, Hamburg 1997; Ralf Lange: Hamburg – Wiederaufbau und Neuplanung 1943-1963, Königstein im Taunus 1994; Axel Schildt: Aufbaugeist und Grabenkämpfe. Zur Gründung des Bundes Deutscher Architekten (BDA) in Hamburg nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Band 73 (1987), S. 151-169; Michael Bose u.a.: „...ein neues Hamburg entsteht...“ Planen und Bauen von 1933-1945 (Beiträge zur städtebaulichen Forschung, 2), Hamburg 1986; Hermann Hipp: Wohnstadt Hamburg. Mietshäuser zwischen Inflation und Weltwirtschaftskrise, Hamburg 1985 (2. Auflage); Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; StAHH, 131-1 II, 5293; StAHH, 221-11, M 6682; StAHH, 324-1, K 11136 Band 1; StAHH, 731-8, A 764 Ostermeyer, Friedrich R.; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI.

(50) Irmgard Pietsch (geb. Beyn, verw. Wörmbke)

Lebensdaten: 11.3.1913 – 14.6.1992
Tätigkeiten: Landwirtin, Landwirtschaftsfunktionärin
Straßenname: Irmgard-Pietsch-Ring (2016 benannt, im selben Jahr umbenannt in Fritz-Bringmann-Ring)

Zur Biographie vor 1933
Im März 1913 wurde Irmgard Beyn in Neuengamme geboren. Bis 1932 besuchte sie die Oberrealschule an der Hansaschule in Bergedorf, um in der Folge eine zweijährige Ausbildung in landwirtschaftlicher Hauswirtschaft zu machen.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Irmgard Beyn war 20 Jahre alt, als die nationalsozialistische Diktatur im Deutschen Reich begann. Nach einer Hauswirtschaftslehre arbeitete sie bis 1938 im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern mit. 1938 heiratete sie den Landwirt Hugo Wörmbke und übernahm mit diesem einen Pachtbetrieb in Curslack. In der Folge bekam Irmgard Wörmbke vier Kinder. 1945 starb ihr Ehemann.

Im Juni 1934 stellte Irmgard Beyn den Antrag auf Mitglied in der NS-Frauenschaft, sie wurde Mitglied in der Jugendgruppe Allermöhe des Verbandes. Die NS-Frauenschaft Hamburg-Land richtete im Sommer 1936 anlässlich des Besuchs der Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink in Hamburg eine Ausstellung zur lokalen Heimatkunst aus, auf der u.a. Vierländer Trachten gezeigt wurden. Im Juni 1937 – nach der partiellen Aufhebung der Aufnahmesperre – beantragte Beyn auch die Mitgliedschaft in der NSDAP, in deren Ortsgruppe Allermöhe sie daraufhin aufgenommen wurde.

Zur Biographie nach 1945
1946 wurde sie Mitglied im Prüfungsausschuss der Landwirtschaftsschule in Lohbrügge, 1956 Vorsitzende des Prüfungsausschusses für Meisterinnen der landwirtschaftlichen Hauswirtschaft. 1947 war sie an der Gründung des Deutschen Landfrauenverbandes in Bonn beteiligt, 1948 an der des Hamburger Landfrauenverbandes und des Ortsvereins der Landfrauen in Curslack-Neuengamme. Bis 1971 war sie Vorsitzende des Hamburger Landfrauenverbandes, seitdem fungierte sie als Ehrenvorsitzende des Landesverbandes und des Ortsvereins. 1951 heiratete sie erneut und nahm den Nachnamen ihres Ehemannes Fritz Pietsch an.

1970 verlieh ihr der Deutsche Landfrauenverband die Auszeichnung „Goldene Biene“, bevor sie 1973 ihren Betrieb an den Sohn übergab. In den 1970er Jahren wirkte sie im Beirat des Landfrauenverbandes, und in den 1980er Jahren im Seniorenbeirat in Bergedorf mit. 1986 war sie an der Gründung der Gruppe „Rundumwieser“ für die Vier- und Marschlande beteiligt. 1990 erhielt sie für ihren Einsatz für die Belange von Frauen in der Landwirtschaft vom Hamburger Wirtschaftssenator Wilhelm Rahlfs (im Namen des Bundespräsidenten) das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. 1992 starb Irmgard Pietsch.

2014 stellte die CDU-Fraktion in der Bezirksversammlung Bergedorf den Antrag, eine Straße nach Irmgard Pietsch zu benennen und verwies darauf, dass diese sich „im Rahmen vieler ehrenamtlicher Tätigkeiten um ihre Heimat verdient gemacht“ habe. Bereits wenige Monate nach der positiven Entscheidung im Mai 2016 wurde der Irmgard-Pietsch-Ring mit Blick auf die nationalsozialistische Belastung Pietschs jedoch erneut umbenannt.

Fazit

Irmgard Beyn war eine Landwirtin aus den Vier- und Marschlanden, die sich nach 1945 in der Verbandspolitik von Landfrauen engagierte. Zu Beginn des „Dritten Reiches“ war sie 20 Jahre alt, 1934 trat sie zunächst der NS-Frauenschaft und nach Lockerung der Aufnahmesperre 1937 auch der NSDAP bei. Politische Aktivitäten, die über die formalen Mitgliedschaften hinausgehen, sind ihr auf Basis der eingesehenen Dokumente nicht nachweisbar – die zugängliche Quellenlage ist allerdings auch sehr dünn.

Literatur und Quellen

o.A.: Irmgard Pietsch, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; Bergedorfer Zeitung, 2016; Freie und Hansestadt Hamburg, Bezirksamt Bergedorf, Bezirksversammlung, Drucksache Nr. 20-0168 vom 14.10.2014; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; BArch, VBS 1, 1210000166; StAHH, 135-1 I-IV, 7902; StAHH, 371-19, 2067.

(51) Walther Puritz

Lebensdaten: 20.8.1882 – 10.12.1957
Tätigkeiten: Architekt
Straßenname: Puritzweg (1979 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Walther Puritz wurde im August 1882 in Berlin geboren. Seit Februar 1908 arbeitete Puritz als selbstständiger Architekt in Hamburg. Gemeinsam mit dem Architekten Emil Schaudt entwarf er Kontor- und Geschäftshäuser am Alten Wall, zwischen 1908 und 1911 errichteten beide das Curiohaus für den Hamburger Lehrerverein „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“. 1915 gewann Puritz den ersten Preis beim Wettbewerb des Hamburger Architekten- und Ingenieurvereins für ein Grabmal auf dem Kriegerehrenfriedhof in Ohlsdorf, dessen Ausführung aber auf die Zeit nach Kriegsende verschoben wurde. 1921 gab es einen erneuten Wettbewerb, den Puritz ebenfalls gewann, nachdem es zuvor intensive politische Streitigkeiten um die Form des Gedenkens gegeben hatte. Erst 1926 legte Puritz dem Senat einen Plan zum Bau einer „Heldengedenkhalle“ vor. Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei in der Bürgerschaft und der Zentralausschuss Hamburgischer Bürgervereine sprachen sich für Puritz´ Plan aus, andere Parteien dagegen. Mit Verweis auf die hohen Kosten wurde er abgelehnt.

Puritz war in den 1910er Jahren mit der Opernsängerin Elisabeth Schumann verheiratet.
In den 1920er und frühen 1930er Jahren war er Mitglied im Bund Deutscher Architekten (BDA), der sich wohl 1924 vergeblich darum bemühte, dass Puritz und ein weiterer Architekt „als wirkliche Fachmänner“ in die Bürgerschaft einzogen. Laut eigenen Angaben war Puritz „längere Zeit“ Vorsitzender des BDA. 1929 wurde Puritz vom Hamburger Senat in den sachverständigen Beirat des Baupflegeamtes berufen.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Walther Puritz trat zum 1. Mai 1933 in die Hamburger Ortsgruppe der NSDAP ein. In der Entnazifizierung gab er als Grund für seinen Beitritt an, er habe weiter „die Interessen der Verbände […] wahren“ wollen. Gleichzeitig gab er zu, dass er das Regime als „legitim“ erachtete und „Hitler für einen tatkräftigen Mann mit besonderem Interesse und Verständnis für die Bauwirtschaft hielt“: „Unsympathisch war mir nur Hitlers nichtdeutsche Herkunft“.
Im selben Jahr wurde Puritz Mitglied in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). Mit der „Gleichschaltung“ des BDA wurde Puritz Mitglied der Reichskammer für bildende Künste. Seit 1933 war er zudem im Kampfbund deutscher Architekten und Ingenieure, der 1934 in den Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik (NSBDT) überführt wurde.

Mit dem Kriegsausbruch 1939 brachen Puritz´ Einkünfte als Architekt, die zwischen 1935 und 1938 stark angestiegen waren, ein. Von Januar 1940 bis Oktober 1945, also über das Kriegsende hinaus, arbeitete er deshalb als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Landeswirt-

schaftsamt Hamburg. Er gab an, dort das Referat Bauwirtschaft aufgebaut und geleitet zu haben. Vom Wehrdienst war er aus Altersgründen zurückgestellt worden.
In seiner Entnazifizierung gab Puritz an, Pläne zum Bau von Behelfsheimen eingereicht zu haben, die jedoch vom Vertreter des Gauwohnungskommissars abgelehnt worden seien.

Zur Biographie nach 1945

Im Entnazifizierungsverfahren 1946 stilisierte sich Puritz zum „unpolitische[n], ideal gesinnten und künstlerisch arbeitenden Architekten“: „Meinen Standpunkt, unpolitischer Fachmann zu sein und nur der Fachwelt zu dienen, habe ich streng aufrecht erhalten.“ Er habe nicht mehr als sechs oder sieben Parteiversammlungen besucht und auch keine nationalsozialistischen Schriften gelesen. Für die Kriegszeit nahm er für sich in Anspruch, sich „innerlich von Hitler ganz losgesagt“ zu haben und 1945 in dienstlichen Besprechungen gegen eine Verteidigung Hamburgs aufgetreten zu sein. Weitere Abteilungsleiter des Landeswirtschaftsamtes bestätigten Puritz, „niemals als nationalsozialistischer Aktivist“ bzw. „zugunsten der NSDAP“ aufgetreten zu sein, sondern vielmehr „offene Kritik“ geübt zu haben. Die Militärregierung konnte daraufhin im Februar 1947 keine politischen Aktivitäten in Puritz´ Biographie erkennen und genehmigte die weitere Arbeit als freischaffender Architekt.
Im Dezember 1957 starb Walther Puritz. 1979 wurde eine Straße nach ihm benannt.

Fazit

Walther Puritz trat kurze Zeit nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten der NSDAP bei. Gesicherte Angaben über seine Motive können nicht gemacht werden, er selbst gab nach 1945 an, Hitler positiv gegenübergestanden zu haben. Politische Aktivitäten jenseits der Mitgliedschaft und des Besuches einer Handvoll Parteiversammlungen lassen sich nicht nachweisen, ebenso wenig wie Auftragsbauten für NS-Organisationen. Einschränkend muss jedoch betont werden, dass Leben und Wirken von Walther Puritz im Unterschied zu anderen Hamburger Architekten bislang so gut wie nicht erforscht sind.

Literatur und Quellen

Bernd Reinert: Stellungnahme zu Walther Puritz, in: NS-belastete Straßennamen im Bezirk Bergedorf. Stellungnahme der historischen Fachkommission, Hamburg-Bergedorf, 1.3.2017, S. 36-37; Peter Heyworth: Otto Klemperer. Dirigent der Republik 1885-1933, Berlin 1988; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1919-1945; Hamburger Anzeiger, 1919-1945; Hamburgischer Correspondent, 1919-1933; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 211-11, I (B) 5314.

(52) Heinrich Reincke

Lebensdaten: 21.4.1881 – 3.11.1960
Tätigkeit: Direktor des Staatsarchivs
Straßenname: Reinckeweg (1975 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Im April 1881 wurde Heinrich Reincke als Sohn eines Arztes in Hamburg geboren. Er besuchte das Johanneum und studierte von 1900 bis 1905 in Erlangen und Bonn Rechts- und Staatswissenschaften. 1906 wurde er zum Dr. jur. promoviert, 1909 legte er die juristische Assessorenprüfung ab. Im selben Jahr begann er im Hamburger Staatsarchiv zu arbeiten. Von 1915 bis 1918 diente er im Ersten Weltkrieg, 1917 wurde er zum Offizier befördert.
Im Oktober 1918 wurde Reincke zum wissenschaftlichen Assistenten im Staatsarchiv ernannt, ab 1920 führte er den Titel eines Archivrats. Seit 1919 hielt er juristische und historische Vorlesungen an der Universität Hamburg. 1925 habilitierte er sich. 1928 erhielt er den Professorentitel und 1931 schließlich eine Stelle als außerordentlicher Professor.
Von 1906 bis 1920 war Reincke im Hamburger „Volksheim“ aktiv. Seit 1910 war er Mitglied im Hansischen Geschichtsverein, von 1922 bis 1932 saß er im Vorstand des Vereins für Hamburgische Geschichte (VHG). In den 1920er Jahren tat er sich mit historischen Studien vor allem zur Geschichte Hamburgs hervor, darunter dem Werk „Hamburg, ein Abriß der Stadtgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart“ (1925). Gegenüber der Republik blieb Reincke distanziert-kritisch eingestellt. Seit den 1920er Jahren engagierte er sich im Kirchenvorstand von Fuhlsbüttel und der Hamburger Synode. Laut eigenen Angaben war er vor 1933 in keiner politischen Partei, stimmte aber bei den letzten freien Wahlen 1932/33 für die republikfeindliche und antisemitische Deutschnationale Volkspartei (DNVP).

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Im April 1933 wurde Heinrich Reincke mit Wirkung vom 16. Mai zum neuen Direktor des Staatsarchivs ernannt. Trotz der zeitlichen Nähe ist nicht von einem direkten Zusammenhang mit der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ auszugehen. Reincke wurde damit Vorgesetzter von 36 Mitarbeiter/innen. Eine seiner ersten Amtshandlungen war die Entlassung des Sozialdemokraten und Reichsbanner-Angehörigen Adolph Lindenkohl auf Basis des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“. In seiner Funktion als Amtsleiter nahm Reincke seit 1938 auch an den Senats- und Ratsherrenberatungen teil.

Reincke veröffentlichte 1933 eine Neuauflage seiner Stadtgeschichte Hamburgs unter dem Titel „Hamburg. Einst und Jetzt“, die ein deutliches Bekenntnis zum NS-Regime enthielt. Darüber hinaus bediente er sich der Terminologie von „Blut und Boden“, die er als „ewige und heilige Grundlage“ geschichtlichen Handelns charakterisierte, sprach von „liberalistischer Geschichtsklitterung“ und beschwor das Führerprinzip und die Einheit des deutschen Volkes. Gegenüber der Ausgabe von 1925 arbeitete er verstärkt Begrifflichkeiten wie „Rasse“, „rassisch minderwertig“, „artfremd“ oder „völkisches Wollen“ in den Text ein, attackierte Sozialdemokratie und Novemberrevolution und lobte den Umbruch von 1933: „Erst Adolf Hitlers

große Bewegung, die alles Parteiwesen ohne Unterschied zerschlug, den Klassenkampf ausrottete und Nationalismus und Sozialismus zu neuer nationalsozialistischer Einheit zusammenschweißte, hat auch für Hamburg die Wende gebracht.“ Hatte er sich 1925 noch positiv über jüdische Hamburger geäußert, wurden solche Passagen in der Neuauflage getilgt. Versehen mit einem Vorwort des neuen Bürgermeisters Carl Vincent Krogmann wurde das Buch an allen Hamburger Schulen verteilt.

In Vorträgen und Publikationen stellte sich Reincke immer wieder hinter den Nationalsozialismus, das „Dritte Reich“ und den „Führer“. So sprach er 1936 von der „Zeitenwende“ 1933 und erklärte, die Weimarer Verfassung sei „von allen Nationaldenkenden [...] als undeutsch instinktiv abgelehnt“ worden. Reincke hielt nicht nur Vorträge vor historischen Vereinigungen wie dem VHG, sondern z.B. auch 1938 vor dem NS-Rechtswahrerbund. Dabei tauchten seit Mitte der 1930er Jahre auch antisemitische Elemente in seinen Reden auf, etwa wenn er einen Bürgermeister aus dem 19. Jahrhundert dafür lobte, dieser habe es vermocht „die Juden von Bremen fernzuhalten“. In einem Aufsatz stellte er die jüdische Herkunft eines Historikers heraus, um diesen mit den Worten zu diskreditieren, er habe „nicht deutsch fühlen“ können.

1933 suchte Reincke Anschluss an die nationalsozialistische Strömung der „Deutschen Christen“, u.a. war er mit dem Landesbischof Simon Schöffel befreundet. Im neu gebildeten Landeskirchenrat wurde er dessen Stellvertreter, außerdem Vorsitzender in der kirchlichen Disziplinarkammer und Mitherausgeber der *Hamburgischen Kirchenzeitung*. Nach Schöffels Sturz 1934 beendete Reincke allerdings dieses kirchenpolitische Engagement.
1933 war Reincke dem Reichsbund der Deutschen Beamten beigetreten, 1934 trat er in die NSV und den NS-Altherrenbund ein, 1936 in den NS-Reichskriegerbund. Erst nach der partiellen Aufhebung der Aufnahmesperre wurde er zum Mai 1937 auch Mitglied der NSDAP. Von 1933 bis 1935 war er zudem Vorsitzender der Zentralstelle für niedersächsische Familienforschung (ZNF), die unter seinem Vorsitz den „Arierparagraphen“ einführte und Juden die Mitgliedschaft verbot. Seit 1934 wurde die ZNF dem Reichsverein für Sippenforschung und Wappenkunde eingegliedert, was Reincke mit den Worten begrüßte, dies schaffe „den Boden [...] für die Arbeit am rassischen Neuaufbau des deutschen Volkes“.

Als Archivdirektor trug Reincke die Verantwortung für die Ausstellung von „Ariernachweisen“, die im Zuge der „Rassegesetzgebung“ verstärkt angefordert und in der Regel auf Basis der Kirchenbücher (die z.T. im Staatsarchiv lagerten) ausgestellt wurden. In einem Vortrag vom April 1934 brüstete sich Reincke mit dieser Arbeit, indem er „ihre Bedeutung für die wiedererweckte Selbstbesinnung des deutschen Volkes“ hervorhob: „Herkunft ist Schicksal; Segen oder Verhängnis. [...] Heute fühlt jeder die Verpflichtung, Blut und Herkunft rein zu erhalten und rein weiterzutragen.“ Die konkrete Ausstellung der „Ariernachweise“ oblag dabei der personenkundlichen Abteilung unter der Leitung von Hans Kellinghusen, wobei wohl auch Reincke persönlich an der Ausstellung von Nachweisen beteiligt war. Das Staatsarchiv kooperierte eng mit der Reichsstelle für Sippenforschung und lieferte Berichte an diese ab. Zudem leistete es für weitere staatliche Stellen Zuliefererdienste, indem beispielsweise unter den früheren Mitgliedern des Oberlandesgerichts Juden identifiziert wurden oder indem es bei

der Umbenennung von Straßen, die nach jüdischen Personen benannt waren, miteinbezogen wurde. Als das Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland bzw. dessen Forschungsabteilung „Judenfrage“ 1937 eine „Historische Statistik der Judentaufen und Mischehen“ aufstellen wollte, bot Reincke seine Unterstützung an. Als die Gestapo 1938 das Archivgut der Jüdischen Gemeinde Hamburgs beschlagnahmte, bemühte sich Reincke erfolgreich um die Überführung ins Staatsarchiv. In Fällen, in denen das Archiv „nicht arische“ Vorfahren von Antragsteller/innen entdeckte, denunzierte es diese seit 1933 hinter ihrem Rücken und aus eigenem Antrieben bei Arbeitgebern, staatlichen und Parteidienststellen (wie den Gaupersonalämtern und der SS). Reincke schrieb 1938 der Hamburger Gauleitung: „Ich bin gern bereit, in Zukunft von jedem zur Bearbeitung kommenden Fall artfremder oder jüdischer Abstammung [...] Kenntnis zu geben.“ Das Staatsarchiv legte sogar (anders als andere Archive) Listen mit „gefundenen“ Juden an. Insgesamt wurden mindestens 300 Personen mit jüdischer Abstammung denunziert. Jürgen Sielemann hat Reincke und Kellinghusen vor diesem Hintergrund als „hauptverantwortliche Erfüllungsgehilfen des Rassenwahns im Staatsarchiv“ bezeichnet. Seine Mitwirkung an der antisemitischen Ausgrenzungspolitik hielt Reincke allerdings nicht davon ab, einen persönlichen Kontakt etwa zum jüdischen Historiker Richard Salomon aufrechtzuerhalten und dessen erzwungenes Exil zu bedauern.

1934 wurde Reincke in den Vorstand des Hansischen Geschichtsvereins berufen. Seit 1938 war er Mitherausgeber der *Hansischen Geschichtsblätter*, im selben Jahr wurde er auch wieder in den Vorstand des VHG aufgenommen. 1940 erhielt er eine Honorarprofessur der Universität Hamburg. 1943 übernahm er kommissarisch die Leitung der städtischen Bibliothek. Joist Grolle hat aufgezeigt, wie Hanseforscher wie Reincke ihre Arbeit bereitwillig in den Dienst der nationalsozialistischen Sache stellten. So schrieb er für den vom NS-Funktionär Heinrich Hunke herausgegebenen Band „Hanse, Downing Street und Deutschlands Lebensraum“ (1940), wobei er die Hanse als Ausdruck von deutschem „Volkstum“, „Kampfgemeinschaft“ und „Gemeinsamkeit des Blutes“ der Downing Street als Symbol von britischem „Imperialismus“ und „Ausbeutung“ gegenüberstellte und von zwei Prinzipien sprach, die sich seit Jahrhunderten im Kampf miteinander (um Europa) befänden. Auch im Fortsetzungsband „Hanse, Rhein und Reich“ (1942) war Reincke vertreten. Im selben Jahr hatte er in einem Brief an einen Gauamtsleiter im Reichspropagandaamt Hamburg betont, die „Synthese zwischen Wissenschaft und Propaganda“ könne sich „fruchtbar“ auswirken. In einem Vortrag von 1943 entdeckte Reincke Kontinuitätslinien des nationalsozialistischen „Lebensraum“-Kampfes im Osten. So sprach er vom „germanische[n] Einmarsch in die Ostgebiete“, der bereits 1000 v. Chr. stattgefunden habe, und sah es als Notwendigkeit an, dass „die slawische Seele“ einer „überlegt planenden, ordnenden, leitenden Hand“, nämlich der deutschen, bedürfe. Die „Ostbewegung“ sei zudem Gradmesser „völkischer und rassischer Stärke und Gesundheit des Deutschtums“. Letztlich handelte es sich bei Reinckes Beiträgen aus den frühen 1940er Jahren um nationalsozialistische Ideologieproduktion, die den deutschen Vernichtungskrieg in Osteuropa legitimierte. Dazu zählten auch die *Hansischen Soldaten-Briefe*, die er 1943 verfasste und die vom Hamburger Gaustudentenführer an die Front verschickt wurden. Als Hamburg im selben Jahr zu weiten Teilen zerstört wurde, publizierte Reincke im *Hamburger Tageblatt* einen Beitrag zur moralischen Aufrichtung der Bevölkerung, indem er

die Widerstandsfähigkeit und den „fanatische[n] Lebenswillen“ der Stadt und ihrer Bewohner/innen beschwor und an historischen Beispielen illustrierte.

Zur Biographie nach 1945

Heinrich Reincke wurde im Dezember 1945 auf Anweisung der britischen Militärregierung als Archivdirektor entlassen, da er „strong sympathy with the Nazi movement“ bewiesen habe und im Verdacht stand, belastendes Material über eine Angestellte vernichtet zu haben (was sich als falsch herausstellte). In seinem Fragebogen hatte er unter Reden und Veröffentlichungen „nur unpolitische“ eingetragen. Als der 1933 entlassene Lindenkohl im August um seine Wiedereinstellung ersuchte, lehnte Reincke dies ab. Der VHG und die Patriotische Gesellschaft setzten sich in der Folge für Reincke ein. Im August 1946 wurde Reincke als Leiter des Staatsarchivs wieder eingesetzt. Nach einem Verhör charakterisierte ihn der britische Beamte als „a civilised and cultured man“, ohne „sympathy with Nazi extremism“. 1947 wurde er in die Kategorie IV eingestuft, und nach seiner Berufung schließlich 1949 in die Kategorie V. Im Januar 1948 ging Reincke in den Ruhestand. Zu seinem 70. Geburtstag gab der VHG eine Festschrift zu seinen Ehren heraus. Zu seinem 75. Geburtstag 1956 erhielt er die Ehrendoktorwürde der Universität Hamburg verliehen, der VHG würdigte ihn mit der Lappenberg-Medaille in Gold. Im November 1960 starb Reincke. Bis zu seinem Lebensende hatte er über 120 wissenschaftliche Publikationen veröffentlicht. Seine nationalsozialistischen Äußerungen und seine Unterstützung der NS-Rassenpolitik wurden erst seit den 1990er Jahren thematisiert. 1975 war der Reinckeweg in Hummelsbüttel nach ihm und seinem Vater benannt worden.

Fazit

Heinrich Reincke leitete von 1933 bis 1948 das Hamburger Staatsarchiv, 1937 trat er der NSDAP bei. In Publikationen und Vorträgen transportierte er nationalsozialistische Ideologie – von „Blut und Boden“-Ideen über Antisemitismus bis zum Führerkult – und legitimierte in den frühen 1940er Jahren den Vernichtungskrieg des Deutschen Reiches im Osten. Als Archivdirektor entließ er 1933 einen Sozialdemokraten auf Basis des Gesetzes zur politischen Säuberung der Betriebe. Unter Reinckes Leitung übernahm das Staatsarchiv die Ausstellung von „Ariernachweisen“, zeigte dabei einen besonderen Eifer und denunzierte in diesem Kontext Hunderte Menschen bei staatlichen und Parteidienststellen als „jüdisch“ oder „artfremd“. Damit war Reincke unmittelbar an der nationalsozialistischen Ausgrenzung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden und als „jüdisch“ etikettierten Menschen beteiligt.

Literatur und Quellen

o.A.: Heinrich Reincke, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Die Dabeigewesenen. Datenbank online, http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene; Sarah Schmidt: Das Staatsarchiv Hamburg im Nationalsozialismus, Hamburg 2016; Jürgen Sielemann: Das Staatsarchiv Hamburg und die Personenforschung in der NS-Zeit, in: Joachim W. Frank/ Thomas Brakmann (Hg.): Aus erster Quelle. Beiträge zum 300-jährigen Jubiläum des Staatsarchivs der Freien und Hansestadt Hamburg (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg, 22), Hamburg 2013, S. 85-104; ders.: Die personenkundliche Abteilung des Staatsarchivs Hamburg im NS-Staat und in der Nachkriegszeit. Von der Judenverfolgung zur „Wiedergutmachung“, in: Rainer Hering/Dietmar Schenk (Hg.): Wie mächtig sind Archive? Perspektiven der Archivwissenschaft (Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein, 104), Hamburg 2013, S. 141-159;

Joist Grolle: Reincke, Heinrich, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 1, Hamburg 2001, S. 248-249; ders.: Von der Verfügbarkeit des Historikers. Heinrich Reincke und die Hamburg-Geschichtsschreibung in der NS-Zeit, in: Frank Bajohr/Joachim Szodrzynski (Hg.): Hamburg in der NS-Zeit. Ergebnisse neuerer Forschungen (Forum Zeitgeschichte, 5), Hamburg 1995, S. 25-57; Peter Borowsky: Geschichtswissenschaft an der Hamburger Universität 1933 bis 1945, in: Eckart Krause/Ludwig Huber/Holger Fischer (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich". Die Hamburger Universität 1933-1945. Teil II: Philosophische Fakultät, rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, 3/2), Hamburg/Berlin 1991, S. 537-588; Heinrich Reincke u.a. (Hg.): Hamburg einst und jetzt, Hamburg [1933]; BArch, R 9361-VII / IX KARTEI; StAHH, 111-1, 57706; StAHH, 111-1, 57707; StAHH, 113-5, B V 92 c UA 55; StAHH, 131-1 II, 269; StAHH, 131-10 I, 1933 Ja III 19; StAHH, 133-1 II, 97; StAHH, 221-11, Z 8040; StAHH, 731-8, A 767 Reincke, Heinrich.

(53) Richard Schorr

Lebensdaten: 20.8.1867 – 21.9.1951
Tätigkeiten: Astronom, Direktor der Sternwarte
Straßenname: Schorrhöhe (1955 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Im August 1867 wurde Richard Schorr in Kassel als Sohn eines Rechnungsrates geboren. Nach dem Abitur am Realgymnasium Kassel studierte er seit 1885 Mathematik und Astronomie an der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin und der Ludwig-Maximilians-Universität in München. 1889 beendete er sein Studium mit der Promotion und arbeitete als Assistent an der Sternwarte in Kiel, erste Veröffentlichungen von ihm erschienen in den *Astronomischen Nachrichten*. In der Folge arbeitete er als Assistent an der Sternwarte Karlsruhe und am Astronomischen Recheninstitut in Berlin.

Im Mai 1892 wurde er wissenschaftlicher Beamter (Observator) der Sternwarte in Hamburg, die sich damals noch am Millerntor befand. Da der amtierende Direktor George Rümker aus Gesundheitsgründen oft ausfiel, leitete Schorr gegen Ende des 19. Jahrhunderts faktisch die Sternwarte. Ende 1901 wurde er offiziell zum Direktor berufen und trat das Amt 1902 an. In den Jahren zwischen 1905 und 1929 führte die Sternwarte unter Schorr zahlreiche wissenschaftliche Expeditionen zur Erforschung des Phänomens der Sonnenfinsternis durch, die u.a. nach Algerien, auf die Krim, nach Mexiko, Lappland und auf die Philippinen führten. Zu einer zentralen Aufgabe wurde der Umzug an einen neuen Standort, der in die Errichtung und 1912 erfolgte Einweihung einer neuen Sternwarte in Bergedorf mündete. 1919 wurde Schorr, unter dem die Sternwarte sich einen überregionalen Ruf erworben hatte und der bereits seit Beginn des Jahrhunderts im Rahmen des Allgemeinen Vorlesungswesens unterrichtet hatte, zum ordentlichen Professor für Astronomie an der Hamburgischen Universität berufen. Als Direktor sollte Schorr bereits Ende 1931 in den Ruhestand treten, doch wurde ihm seitens des Senats „bis auf weiteres“ eine Verlängerung gewährt.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Am 31. Oktober 1933 feierte die Hamburger Sternwarte feierlich ihr 100-jähriges Bestehen – begleitet durch Reden u.a. von Schorr und Kultursenator Wilhelm von Allwörden (NSDAP), der Schorr dafür lobte, „Deutschland wieder in den Besitz jener geistigen Waffen“ zu setzen, „die ihm auf dieser Erde seine Stellung erobert haben, die ihm helfen müssen, sie zu behaupten“. Schorr unterzeichnete das „Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“, das am 11. November 1933 der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Der Partei trat er jedoch nicht bei.
Laut Jochen Schramm war kein Beschäftigter der Sternwarte von der nationalsozialistischen Säuberungspolitik im Zuge des „Berufsbeamtentum“-Gesetzes betroffen. Als Direktor war Schorr jedoch zum „Gefolgschaftsführer“ seiner Mitarbeiter geworden, der für die Einhaltung repräsentativer NS-Bekenntnisse wie der Anwesenheit beim „Gemeinschaftsempfang der Rede des Führers“ oder der Teilnahme seiner Untergebenen an NS-Aufmärschen sorgen musste.

Der bereits 65-jährige Richard Schorr wurde im Juli 1933 zum Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität gewählt. Er blieb bis zum Juli 1934 im Amt. Ende März 1935 wurde Schorr als Professor entpflichtet, obwohl er um eine Verschiebung seiner Emeritierung gebeten hatte. Bis zur Regelung seiner Nachfolge blieb er jedoch auf dem Lehrstuhl. Dabei bemühte er sich um Walter Baade, einen in den USA arbeitenden Forscher, als seinen Nachfolger. In Briefen an Baade schrieb er 1935/36, „die Verantwortung dafür übernommen [zu haben], daß Sie national gesinnt und auch sonst in politischer Beziehung vollkommen unbedenklich seien“, bat ihn dann aber doch zu erwägen, der NSDAP beizutreten, um dies im nächsten Schreiben wiederum zu relativieren. Baade, dem es widerstrebte, „aus opportunistischen Gründen einen solchen Schritt zu tun“, lehnte letztlich (aus anderen Gründen) die Stelle ab.
Als der Präsident der Kultur- und Schulbehörde Karl Witt nach der partiellen Aufhebung der NSDAP-Aufnahmesperre im Mai 1937 in seiner Behörde um die Mitteilung von Aufnahmewünschen bat, teilte ihm Schorr die Namen von vier Beamten und sechs Angestellten der Sternwarte mit, die eine Aufnahme beantragten. Er selbst war nicht darunter. 1938 zog Schorr aus seiner Direktorenwohnung in der Sternwarte aus. Im Mai 1941 schied er im Alter von 73 Jahren aus seinen Ämtern. Seinen Nachfolger Otto Heckmann (NSDAP seit 1937) hatte er gegen Kandidaten, die vom NS-Dozentenbund favorisiert worden waren, durchsetzen können.

In der Zeit des „Dritten Reiches“ forcierte Schorr den Kampf gegen die Astrologen, die er als Propagandisten eines schädlichen „Aberglaubens“ ansah, und arbeitete dabei eng mit den Repressionsorganen der NS-Diktatur zusammen. Bereits im Sommer 1933 wandte er sich als Vorsitzender des Ausschusses der Deutschen Astronomen an das Reichsministerium des Innern mit der Bitte, bei der „Säuberung des öffentlichen Lebens“ auch den „astrologischen Unfug“ mit einzubeziehen, und bot den Behörden eine Zusammenarbeit an. Schorr korrespondierte in der Folge sowohl mit der Hamburger Kultur- und Schulbehörde als auch mit Verfolgungsorganen wie der Gestapo und SD und gab diesen Auskünfte über Astrologen. Indem er seine wissenschaftlichen Mitarbeiter in astrologischen Vorträge schickte und Berichte anfertigen ließ, die er der Gestapo übersandte, wirkte als Denunziant und lieferte die Vortragenden der Verfolgung aus. Betroffen von Schorrs Aktivitäten waren u.a. Wilhelm Wulff, Karl Friedrich Schulze, Alfred Witte, Karl Christian Günther und Peter Zimmermann. Wulff wurde 1934, 1937 und 1941 verhaftet, zeitweise im KZ interniert, misshandelt und gezwungen, für NS-Führer Horoskope zu erstellen. Witte beging im August 1941 aus Angst vor seiner Verhaftung Suizid. In seinen Schreiben an die Gestapo bediente sich Schorr auch NS-Terminologie, wenn er etwa davon sprach, dass man „nicht scharf genug gegen diese Volksschädlinge vorgehen kann“.
Laut Walter Stephani half Schorr jedoch auch „nicht-arischen“ Forscherkollegen, die sich zur Emigration gezwungen sahen, indem er seine internationalen Kontakte nutzte. So habe er den jüdischen Astrophysiker Hans Rosenberg (1879-1940), der 1933 beurlaubt worden war und ein Jahr später in die USA emigrierte, in bürokratischen und privaten Dingen unterstützt, etwa durch die Auflösung seines Haushalts. Belege liefert Stephani dafür jedoch keine.

Im März 1935 wurde Schorr zum Ehrenmitglied der Mathematischen Gesellschaft in Hamburg ernannt, im April 1935 zum Ehrenmitglied der Royal Astronomical Society in London. Ein Kleinplanet wurde im selben Jahr zu seinen Ehren „Schorria“ benannt. Zu seinem 70. Geburtstag lobte der *Hamburger Anzeiger* Schorr dafür, die Sternwarte zu einem „Forschungsinstitut von internationalem Ruf“ ausgebaut zu haben. 1941 wurde ihm von der Preußischen Akademie der Wissenschaften die Bradley-Medaille verliehen, 1942 erhielt er zu seinem 75. Geburtstag von Hitler die Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Sternwarte zum „kriegswichtigen“ Institut und beteiligte sich aktiv an militärischen Aufgaben. Ihre Apparate dienten der Kriegsmarine und Luftwaffe für Navigationsaufgaben, Rechenmaschinen lieferten entsprechende Daten und Koordinaten.

Zur Biographie nach 1945

Eine Entnazifizierungsakte Schorrs konnte nicht ermittelt werden. Er lebte seit seinem Umzug 1938 in Aumühle und arbeitete – seinem Ruhestand zum Trotz – bis zu seinem Tod als „freiwilliger Mitarbeiter“ weiter für die Sternwarte. Im September 1951 starb Schorr im Alter von 84 Jahren während eines Kuraufenthalts im österreichischen Bad Gastein. Bereits einen Monat später gab Senator Heinrich Landahl die Umbenennung der Straße An der Sternwarte in Richard-Schorr-Straße bekannt. Als eine Kommission der Bezirksversammlung Bergedorf 2017 die NS-Belastung von Straßennamen im Bezirk untersuchte, erklärte sie nach einem Gutachten Alyn Beßmanns die Umbenennung der Straße für zwingend erforderlich.

Fazit

Der Astronom Richard Schorr war kein Nationalsozialist oder NSDAP-Mitglied. Er arrangierte sich jedoch mit dem NS-Regime, unterstützte dieses 1933 öffentlich und stellte sich in den Dienst von Gestapo und SD, als es um die Bespitzelung und Verfolgung von Astrologen ging. Damit beteiligte er sich durch Zubringerdienste und Denunziation an Verbrechen der NS-Diktatur, auch wenn sich Schorrs Anteil an der realen Ingangsetzung von Verfolgungsmaßnahmen – wie Alyn Beßmann konstatiert – nicht genau taxieren lässt.
Eine Auswertung von Schorrs Tagebuchaufzeichnungen, die im Archiv der Sternwarte lagern, könnte weitere Erkenntnisse über seine Haltung zum „Dritten Reich“ erbringen.

Literatur und Quellen

Alyn Beßmann: Stellungnahme zu Prof. Dr. Richard Schorr, in: NS-belastete Straßennamen im Bezirk Bergedorf. Stellungnahme der historischen Fachkommission, Hamburg-Bergedorf, 1.3.2017, S. 38-42; Walter Stephani: Richard Schorr – Gründer, Direktor und Vater der Hamburger Sternwarte in Bergedorf, in: Gudrun Wolfschmidt (Hg.): Kometen, Sterne, Galaxien. Astronomie in der Hamburger Sternwarte. Zum 100jährigen Jubiläum der Hamburger Sternwarte in Bergedorf (Nuncius Hamburgensis – Beiträge zur Geschichte der Naturwissenschaften, 24), Hamburg 2014, S. 175-223; ders./Roger Ceragioli: Optiken für die Hamburger Sternwarte. Bernhard Schmidt und Richard Schorr – Zeugnisse und Ergebnisse einer Zusammenarbeit, in: ebd., S. 343-366; Jochen Schramm: Schorr, Richard Reinhard Emil, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 4, Göttingen 2008, S. 312-313; Carl-Otto Fleischhauer: Alfred Witte. Landmesser und Astrologe – und die Heß-Affäre, Hamburg 2003; Barbara Dufner: Den Himmel fest im Blick. Eine wissenschaftliche Biografie über den Astro-Optiker Bernhard Schmidt (Studien zur modernen Geschichte, 56), Stuttgart 2002; Jochen Schramm: Sterne über Hamburg. Die Geschichte der Astronomie in Hamburg, hg. vom Kultur- und Geschichtskontor, Hamburg 1996; Ellic Howe: Uranias Kinder. Die seltsame Welt der Astrologen und das Dritte Reich, Weinheim 1995;

Monika Renneberg: Zur Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Hamburger Universität im „Dritten Reich“, in: Eckart Krause (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933-1945, Teil 3 (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, 3), Berlin u.a. 1991; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 113-5, B V 92 d UA 12; StAHH, 113-5, B V 92 d UA 22; StAHH, 131-1 II, 267; StAHH, 361-6, II 404; StAHH, 364-9, C 41 c; StAHH, 364-9, E 1 u; StAHH, 364-9, E 2 d; StAHH, 364-9, E 4 a; StAHH, 364-9, E 6 a; StAHH, 364-9, E 6 b; StAHH, 364-9, E 7 g; StAHH, 364-9, E 7 h; StAHH, 364-9, F 7 c; StAHH, 364-9, F 11 f; StAHH, 364-9, F 14 b; StAHH, 364-9, F 16 b; StAHH, 364-9, F 21; StAHH, 364-9, H 26 Band 1; StAHH, 731-8, A 769 Schorr, Richard.

(54) Otto Sill

Lebensdaten: 10.9.1906 – 1.3.1984
Tätigkeiten: Ingenieur, Verkehrs- und Stadtplaner, Oberbaudirektor
Straßenname: Otto-Sill-Brücke (1988 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Otto Sill wurde 1906 als Sohn eines Kaufmanns im württembergischen Calw geboren. Von 1913 bis 1915 besuchte er die Volksschule im hessischen Walldorf, von 1915 bis 1922 die Realschule in Groß-Gerau. Von Oktober 1922 bis Mai 1924 arbeitete er als Praktikant bei der Maschinenfabrik Moenus AG in Frankfurt am Main und bereitete sich in Abendkursen auf das Abitur vor, das er im September 1924 bestand. In den Jahren 1924 bis 1931 studierte er an der Technischen Hochschule Darmstadt Bauingenieurwesen und erlangte den Titel eines Diplom-Ingenieurs. Seit 1931 bis zum Mai 1934 arbeitete Sill als Regierungsbauführer im hessischen Staatsdienst u.a. an Projekten des Brücken- und Autobahnbaus.
Laut eigenen Angaben gehörte Sill vor 1933 keiner politischen Partei an.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Laut der NSDAP-Gaukartei trat Otto Sill zum 1. Mai 1933 mit der Mitgliedsnummer 2.175.180 in die NSDAP ein. In seiner Entnazifizierung gab Sill zudem an, seit April 1935 Mitglied in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), seit Dezember 1936 in der Deutschen Arbeitsfront (DAF), seit Januar 1938 im NS-Altherrenbund und seit April 1941 im Reichsbund der deutschen Beamten gewesen zu sein. Ämter habe er in keiner der Organisationen bekleidet. Laut einer zeitgenössischen Quelle war Sill zudem seit dem 31. März 1934 im Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK).

Im Dezember 1934 bestand Otto Sill die Staatsprüfung für das Wasser- und Straßenbaufach und wurde im März 1935 vom Land Hessen zum Regierungsbaumeister ernannt. Bereits zuvor hatte er sich bei der Obersten Bauleitung der Reichsautobahnen Halle (Saale) beworben und war vom September 1934 bis Februar 1936 von Erfurt aus mit Entwürfen und der Bauleitung für Autobahnbrücken beschäftigt. Im März 1936 wechselte er zur Obersten Straßenverwaltung nach Königsberg in Ostpreußen und leitete dort das Technische Büro.
Von März 1938 bis Ende Dezember 1941 arbeitete er für das Technische Landesamt in Ludwigsburg – zunächst als Leiter einer Neubauabteilung für größere Straßen- und Flussbauarbeiten, seit April 1939 dann im Straßenbau im Protektorat Böhmen und Mähren (der vom Deutschen Reich besetzten Tschechoslowakei). Im November 1939 wurde er in die Hauptabteilung Bauwesen der Regierung des Generalgouvernements in Krakau abgeordnet, wo er sich am Aufbau der Zentrale beteiligte und das „Kraftfahrwesen“ organisierte. Laut Einschätzung des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen bewährte er sich dort „sehr gut“.
Im Februar 1941 wurde Sill zum Baurat ernannt und erhielt die Aufgabe, die Einsatzgruppe II der Organisation Todt aufzubauen. Beim deutschen Angriff auf die Sowjetunion war Sill Stabsleiter dieser Einsatzgruppe. Im Mai 1941 stellte er einen Antrag auf Entlassung aus den Diensten des Technischen Landesamtes, den er damit begründete, dass die Arbeitsbedingun-

gen vor allem 1939/40 „derart ungünstig“ gewesen seien, dass er sich bereits im März 1940 zum Ausscheiden entschlossen habe: „Ich war mir jedoch im klaren, daß während des Krieges von jedem mit Recht verlangt wird, daß die ihm zugewiesenen Aufgaben unbedingt erfüllt werden müssen“. Welche Umstände es waren, die Sill als so „ungünstig“ empfand, bleibt in den in seinem Nachlass erhaltenen Dokumenten offen.

Zum 1. Januar 1942 wechselte Otto Sill – „auf eigenen Wunsch“, wie es im Zeugnis des Technischen Landesamtes Ludwigsburg hieß – nach Hamburg, wo er als Baurat in der Abteilung Stadtentwässerung des Tiefbauamts zu arbeiten begann. Bis Mai 1943 war er als Abschnittsleiter für den Bau von Luftschutzbunkern zuständig, dafür war er vom Kriegsdienst befreit. Am 10. Mai wurde er zum Wehrdienst einberufen, den er bei einer motorisierten Luftschutzabteilung der Luftwaffe leistete, u.a. im schwäbischen Gablingen. Seit November 1944 hatte er den Dienstrang eines Unteroffiziers. Gegen Kriegsende wurde er zu einer Fallschirmjäger-Division versetzt. Am 25. April 1945 geriet er – „nach kurzem Kampfeinsatz“, wie er in seinem Lebenslauf schreibt – in britische Kriegsgefangenschaft, in der er bis zum 16. September verblieb.

Zur Biographie nach 1945

Im September 1945 füllte Otto Sill einen Entnazifizierungsfragebogen aus, in dem er behauptete, seit Mai 1933 zunächst Parteianwärter und erst seit November 1937 „Pg.“ gewesen zu sein. Im Oktober 1946 fand eine Vernehmung Sills statt. Im Mai 1949 wurde ihm bestätigt, „als entlastet in die Kategorie V eingestuft worden“ zu sein.
1954 hatte Sill einen kurzen Briefwechsel mit seinem früheren Kompanieführer aus der Kriegszeit. Dabei sprach er die Hoffnung aus, dass dieser „die Wirren der letzten Kriegsmonate“ gut überstanden habe und lobte ihn dafür, „die technischen Fragen in Ihrer Kompanie in den Vordergrund“ gestellt zu haben.

Bereits unmittelbar nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft im September 1945 wurde Sill wieder in der Bauverwaltung beschäftigt – zunächst mit der Aufbauplanung hinsichtlich von Verkehrsanlagen. Von Ende 1947 bis November 1951 war er Leiter der Hauptabteilung Verkehrsanlagen, seit Juli 1949 als Oberbaurat. Der Generalverkehrsplan für Hamburg von 1947, der zum Aufbauplan erweitert wurde, ging auf Sill zurück. 1951/52 leitete er kommissarisch das Landesplanungsamt Hamburg. Von Dezember 1951 bis März 1964 war Sill Leiter des Tiefbauamtes, seit 1952 als Baudirektor und seit 1953 als Erster Baudirektor. 1956 wurde er von der Technischen Hochschule Braunschweig zum Honorarprofessor für Straßenverkehr und Straßenverkehrstechnik ernannt. 1964 wurde er zum Oberbaudirektor ernannt. Aus Sicht des Architekturhistorikers Ralf Lange war Sills Ernennung Ausdruck der Durchsetzung der „Technokraten“ beim Hamburger Wiederaufbau und der Orientierung auf das Leitbild der „autogerechten Stadt“. Priorität bekam beispielsweise nun der massive Bau von Parkflächen. Maßgeblich beteiligt war Sill auch am Bau neuer Straßenführungen und U- und S-Bahn-Linien, am Bau des Hauptklärwerks Köhlbrandhöft und der Erschließung neuer Wohn- und Gewerbeflächen. Im September 1971 wurde Sill pensioniert.

Otto Sill war Mitglied in zahlreichen Gesellschaften und Vereinen, etwa dem Architekten- und Ingenieur-Verein Hamburg (seit 1946), der Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen (seit 1948, seit 1955 im Vorstand), der Deutschen Verkehrs-Wissenschaftlichen Gesellschaft (seit 1959) oder der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (seit 1949). 1968 wurde er vom Bundesverkehrsminister in dessen Wissenschaftlichen Beirat (Gruppe Verkehrstechnik) berufen. Sill trat neben seiner Tätigkeit in der Hamburger Verwaltung auch mit wissenschaftlichen Vorträgen und zahlreichen Publikationen hervor. In den 1960er Jahren galt er der *FAZ* als „Verkehrsfachmann" mit einem „internationalen Ruf". 1976 nannte ihn das *Hamburger Abendblatt* den „Vater des Elbtunnels".

1984 starb Otto Sill. Vier Jahre später benannte die Stadt Hamburg eine neue Brücke am Baumwall nach dem früheren Oberbaudirektor und ehrte ihn zusätzlich mit einer Bronzetafel.

Fazit

Otto Sill war ein gelernter Ingenieur, der seit den 1930er Jahren zum Verkehrs- und Städteplaner aufstieg – mit der Ernennung zum Oberbaudirektor Hamburgs 1964 als Höhepunkt seiner Karriere. Über die Motive für seinen Eintritt in die NSDAP 1933 und weitere NS-Organisationen in den folgenden Jahren liegen uns keine Quellen vor. Eine politische Betätigung oder die aktive Verbreitung von NS-Ideologie ist ihm nicht nachweisbar. In den drei Jahren zwischen 1939 und 1941 wirkte er allerdings beruflich im Rahmen der Organisation Todt beim infrastrukturellen Aufbau in den deutsch-besetzten Gebieten mit, der im direkten Zusammenhang zum deutschen Kriegs- und Besatzungsregime zu verorten ist.

Literatur und Quellen

David Templin: Wasser für die Volksgemeinschaft. Wasserwerke und Stadtentwässerung in Hamburg im „Dritten Reich" (Forum Zeitgeschichte, 26), Hamburg/München 2016; Jürgen Gottschalk: Sill, Otto Adolf Ernst, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon. Band 2, Hamburg 2003, S. 395-396; Ralf Lange: Vom Kontor zum Großraumbüro. Bürohäuser und Geschäftsviertel in Hamburg 1945-1970, Königstein im Taunus 1999; Franz W. Seidler: Die Organisation Todt. Bauen für Staat und Wehrmacht 1938-1945, Koblenz 1987; Michael Bose u.a.: „...ein neues Hamburg entsteht..." Planen und Bauen von 1933-1945 (Beiträge zur städtebaulichen Forschung, 2), Hamburg 1986; Otto Sill (Hg.): Parkbauten. Handbuch für Planung, Bau und Betrieb von Park- und Garagenbauten, Wiesbaden/Berlin 1968 (2. Auflage); ders./Paul Seitz: Stadtstruktur und Verkehr. Forschungsarbeit der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Hamburg 1966; ders.: Die Parkraumnot. Umfang des ruhenden Kraftwagenverkehrs und Bedarf an Stellraum in Städten (Schriften zum Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, 7), Berlin/Bielefeld/München 1951; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; BArch, R 43, 4572; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 621-2/30.

(55) Adolf Strüver

Lebensdaten: 28.6.1866 – 1947
Tätigkeiten: Unternehmer
Straßenname: Strüverweg (1953 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Adolf Strüver wurde im Juni 1866 in Hamburg geboren. Über sein Leben ist kaum etwas bekannt. Im April 1893, im Alter von 26 Jahren, gründete er die Firma Ad. Strüver Hamburg als Im- und Exportfirma.

Unter Leitung von Strüvers Sohn Hans Strüver wurde 1932 eine Abteilung in der Firma für den Bau von Aggregaten eröffnet, „deren Fertigung von da an den Kern des Fabrikationsbetriebes bildet[e]“, wie es rückblickend in einer Selbstdarstellung der Firma von 1964 hieß.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Der NSDAP trat Strüver nicht bei, auch weitere Mitgliedschaften in NS-Organisationen können ihm nicht nachgewiesen werden.

Seit 1936 firmierte die Abteilung für Aggregatebau als Ad. Strüver Aggregatebau KG. Ob und inwiefern es sich dabei um ein „vom Vater unabhängige[s] Unternehmen“ handelte, wie es in einer Ortschronik von Groß Borstel heißt, konnte nicht abschließend geklärt werden. In der gleichen Chronik wird Adolf Strüver allerdings als „Gründer“ des Werkes am Niendorfer Weg 11 (früherer Name: Zu den drei Eichen) in Groß Borstel bezeichnet. Dieses wurde 1939 fertiggestellt. Im Sommer 1939 wurde die Herstellung von Aggregaten in den neu errichteten Werksanlagen aufgenommen. Die Firma Ad. Strüver betrieb von Juli 1941 bis November 1944 ein eigenes Zwangsarbeiterlager an diesem Standort. Das Doppellager aus einem „Ostarbeiterlager“ und einem „Fremdarbeiterlager“ neben dem Fabrikgelände besaß eigene Küchen, die rund 120 Zwangsarbeiter/innen versorgen konnten. Eine andere Quelle, das nach 1945 erstellte Lagerverzeichnis des International Tracing Service, listet zwei Lager an diesem Standort auf, von denen das eine der Firma Ad. Struever (ein „überwachtes Lager“), das andere der Firma Ad. Struever Aggregatebau (ein „Ostarbeiterlager“) zugeordnet wurde. Ein bei der Firma beschäftigter Schweißer, der in den 1980er Jahren von linken Geschichtsaktivist/innen interviewt wurde, erinnerte sich, dass „während des Krieges Aggregate und Tankwagen produziert [wurden], die überwiegend für die Wehrmacht bestimmt waren“. 1941/42 hätten sowohl Kriegsgefangene als auch Juden, die in zwei Wohnbaracken lebten, Zwangsarbeit leisten müssen. Die Zwangsarbeit von Juden, also vermutlich KZ-Häftlingen, konnte allerdings nicht verifiziert werden. Zudem bestanden im Unternehmen illegale Widerstandsgruppen von SPD und KPD, denen jeweils rund zehn Personen angehörten. Im Mai 1942 erlitt die Maschinenfabrik durch einen alliierten Bombenangriff einen Dachstuhlschaden.

Strüvers Einkommen erhöhte sich in den letzten Kriegsjahren erheblich. Lag es 1933-1940 in der Regel zwischen 2.600 und 5.200 RM im Jahr, betrug es 1942-1944 zwischen 15.000 und

24.000 RM. Dass diese erhebliche Einkommenssteigerung auf eine Beteiligung an der Rüstungsproduktion zurückzuführen ist, ist zwar zu vermuten, kann aber nicht eindeutig belegt werden.

Zur Biographie nach 1945

An der Jahreswende 1945/46 durchlief Adolf Strüver, mittlerweile 79 Jahre alt, ein Entnazifizierungsverfahren, angesichts der fehlenden formalen Belastungen sah die britische Militärregierung jedoch „no ground for suspicion“ gegeben. Er gab an, sich seit 1944 im Ruhestand zu befinden.

1947 starb Adolf Stüver. Fünf Jahre später starb auch sein Sohn Hans Strüver, der damalige Alleininhaber der Firma, im Alter von 54 Jahren. 1953 wurde ein Weg in Groß Borstel nach Adolf Strüver benannt.

Als es um 1999/2000 zu einer größeren öffentlichen Debatte um die Entschädigung von Zwangsarbeiter/innen kam, wurden Listen beteiligter Unternehmen veröffentlicht, auf denen sich auch die Firma Strüver befand. Ob und in welchem Umfang sich das mittlerweile zu großen Teilen von der Deutz AG übernommene Unternehmen am schließlich eingerichteten Entschädigungsfonds der deutschen Wirtschaft beteiligte, konnte nicht geklärt werden.

Fazit

Adolf Strüver war kein NSDAP-Mitglied und es gibt auch keine Hinweise auf Mitgliedschaften in weiteren NS-Organisationen. Im Zweiten Weltkrieg profitierte er aber als Unternehmer vom Aufschwung der Rüstungsproduktion, indem u.a. Aggregate für die Wehrmacht produziert wurden – zumindest deuten die wenigen zugänglichen Quellen darauf hin. Die Firma Ad. Strüver bzw. Ad. Strüver Aggregatebau setzte dazu über 100 Zwangsarbeiter/innen ein, die in einem eigenen Doppellager der Firma untergebracht wurden. Damit beteiligte sich Strüver an und profitierte von der Ausbeutung von Zwangsarbeiter/innen.

Literatur und Quellen

http://zwangsarbeit-in-hamburg.de (abgerufen am 19.10.2017); Friederike Littmann: Ausländische Zwangsarbeiter in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939-1945 (Forum Zeitgeschichte, 16), Hamburg/München 2006; Manfred Grunert/Ilse Jacob/Heinrich Peters/Udo Spengler: Damals bei uns in Groß Borstel. Erinnerungen und Berichte über Nazizeit, Krieg und Neubeginn, hg. von der DKP-Wohngebietsgruppe Hamburg-Groß Borstel, Hamburg 1985 (2. Auflage 1995); Kurt Mehner (Hg.): Die geheimen Tagesberichte der deutschen Wehrmachtführung im Zweiten Weltkrieg 1939-1945, Band 4: 1. November 1941 – 31. Mai 1942, Osnabrück 1992; Martin Weinmann (Hg.): Das nationalsozialistische Lagersystem, Frankfurt a.M. 1990; Kommunal-Verein von 1889 in Groß Borstel r.V. (Hg.): Groß Borstel – vom Dorf zum Stadtteil, Hamburg 1989; Paul Schroedter/Gustav Schroedter (Hg.): 100 Jahre Schifffahrt, Schiffbau, Häfen, Hamburg 1964; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 221-11, C 3401; StAHH, 221-4, 55; StAHH, 352-3, II N 82.

(56) Paul Sudeck

Lebensdaten: 28.12.1866 – 28.9.1945
Tätigkeiten: Arzt, Universitätsprofessor
Straßenname: Sudeckstraße (1948 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Im Dezember 1866 wurde Paul Sudeck in Pinneberg als Sohn eines Juristen geboren. Er besuchte zwischen 1876 und 1885 in Altona das Gymnasium und studierte nach seinem Militärdienst Medizin an Universitäten in Tübingen, Kiel und Würzburg. Im Dezember 1889 wurde er zum Doktor der Medizin promoviert, um anschließend vom März 1890 bis Mai 1893 als Assistent im Pathologischen Institut der Universität Würzburg zu arbeiten. Von Juni 1893 bis Mai 1895 war er Assistenzarzt im Allgemeinen Krankenhaus (AK) Eppendorf und zwischen 1897 und 1900 Sekundärarzt für Chirurgie an den Allgemeinen Krankenhäusern St. Georg und Eppendorf, bevor er sich 1900 als Spezialarzt für Chirurgie in Hamburg-Eimsbüttel niederließ. Von Juli 1906 bis September 1914 wirkte er als Oberarzt der zweiten chirurgischen Abteilung des AK St. Georg. Im Juni 1914 wurde ihm vom Hamburger Senat der Professorentitel verliehen, mit Gründung der Universität wurde er im Mai 1919 zum außerordentlichen Professor ernannt.

Vom Oktober 1914 bis September 1923 wirkte Paul Sudeck als Oberarzt der ersten chirurgischen Abteilung am AK Barmbek. 1923 wurde er schließlich zum planmäßigen ordentlichen Professor für Chirurgie und zum leitenden Oberarzt der ersten chirurgischen Abteilung am AK Eppendorf ernannt. Zwischen 1925 und 1927 wirkte er als Vorsitzender der wissenschaftlichen Versammlung des Ärztlichen Vereins Hamburg, 1928 und 1932 wurde er jeweils in die Ärztekammer Hamburg gewählt. Für ein Jahr fungierte er 1929/30 als Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität Hamburg. 1932 trat er dem Verband der Krankenhausärzte Deutschlands bei. Laut Angaben von Hinrich Sudeck war Paul Sudeck Mitglied der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) von „Beginn an bis zu[m] Ende“ der Partei 1933.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
1934 trat Paul Sudeck der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) sowie dem „Reichsbund der Kinderreichen“ bei. 1939 war er zudem Mitglied im Nationalsozialistischen Altherrenbund der Deutschen Studenten. Mitglied der NSDAP wurde er nicht. Seine Korrespondenz, etwa mit der Landesunterrichtsbehörde, unterzeichnete er allerdings regelmäßig mit „Heil Hitler“.

Ende März 1934 schied Sudeck auf eigenen Antrag hin aus seinem Amt als Leitender Oberarzt aus, blieb jedoch noch Universitätsprofessor. Laut Hendrik van den Bussche zählte er seit dem 28. Mai 1934 zu den UKE-Ärzten, die zur Durchführung von Sterilisationen ermächtigt waren – ob er selbst noch Sterilisationen durchführte, erscheint angesichts seines Ausscheidens aus der Stellung als Oberarzt jedoch fraglich. Ein Jahr später wurde Sudeck dann im Alter von 69 Jahren auch als Professor emeritiert. Van den Bussche zufolge stand die Emeri-

tierung im Kontext der Senkung der Altersgrenze für Professoren auf 65 Jahre, die eine Ablösung älterer, von den Nationalsozialisten als „reaktionär“ angesehener Professoren durch jüngere, linientreuere Personen befördern sollte. Seine Privatpraxis führte Sudeck nach der Emeritierung jedoch fort. Er widmete sich allerdings verstärkt privaten Studien und Aufzeichnungen. So schrieb er 1940 seine Kindheitserinnerungen nieder, in denen er lobte, was „der nationalsozialistische Staat durch die Errichtung der Gemeinschafts-Grundschulen […] anstrebt: Aufhebung des Klassenhasses“. Außerdem verfasste er eine Familiengeschichte seiner Frau, die er in einem unveröffentlichten Buchmanuskript 1941 darlegte. Eine solche Arbeit knüpfte an die private Beschäftigung vieler Deutscher mit ihrer Herkunft und ihren Vorfahren an, die im Zuge der antisemitischen „Sippenforschung“ des Nationalsozialismus einen Aufschwung genommen hatte. In seiner Studie zur „Familie Vogler“ rekurriert Sudeck wie diese auf Kirchenbücher und Ahnenpässe, jedoch finden sich kaum nationalsozialistische Äußerungen darin, sondern lediglich vage Beschwörungen einer „unendlichen Kette“ der Herkunft, einer „Empfindung von Sippenfreundschaft“ sowie der Hinweis, dass ein im Ausland lebender Vorfahre „dem deutschen Namen Ehre gemacht“ habe.

Im Dezember 1941 wurde Paul Sudeck anlässlich seines 75. Geburtstages auf Initiative der Medizinischen Fakultät der Universität mit der Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft ausgezeichnet. Zuvor hatte der Rektor der Hansischen Universität, Eduard Keeser, Sudecks politische „Zuverlässigkeit“ gegenüber der Staatsverwaltung herausgestellt: „er förderte stets nationale Belange, wo er konnte, und nahm an dem Geschick jedes Volksgenossen, mit dem er in Berührung kam, warmen Anteil“. Im Oktober 1943 ernannte die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie Sudeck zu ihrem Ehrenmitglied.
Angesichts der Bombenangriffe auf Hamburg blieb Sudeck mit seiner Familie 1943 im Sommerhaus in Ahrenshoop an der vorpommerischen Ostseeküste. In den letzten Monaten des Krieges zogen sie nach Saalfeld in Thüringen, wo sie das Ende des Krieges erlebten.

Zur Biographie nach 1945

Im September 1945 starb Paul Sudeck im Haus seines Sohnes in Saalfeld an einer Pneumonie. Zu einem Entnazifizierungsverfahren war es bis dahin nicht gekommen.
Drei Jahre nach Sudecks Tod, 1948, wurde eine Straße in Eppendorf nach ihm benannt. 1950 wurde in der Chirurgischen Abteilung des UKE eine Büste Sudecks aufgestellt. 1964 wurde ein Studentenwohnheim in Winterhude unter dem Namen „Paul-Sudeck-Haus“ eröffnet. 1980 gründete sich in Hamburg die Paul-Sudeck-Gesellschaft, die das „Lebenswerk“ Sudecks zu würdigen und die Zusammenarbeit zwischen Chirurgie und anderen medizinischen Disziplinen zu fördern bestrebt war.

Fazit

Paul Sudeck war Mitglied in NS-Massenorganisationen wie der NSV und dem NS-Altherrenbund, wurde jedoch nicht Mitglied der NSDAP. Zum Zeitpunkt des Beginns des NS-Regimes war er bereits 66 Jahre alt. Über sein Verhältnis zum „Dritten Reich“ und sein politisches Agieren im AK Barmbek und an der Universität in den Anfangsjahren der Diktatur ist nur wenig bekannt. Ungeklärt ist auch die Frage, ob er am UKE Zwangssterilisationen

durchführte, was angesichts seines Ausscheidens als Oberarzt im März 1934 jedoch als unwahrscheinlich erscheint.

Literatur und Quellen

Hendrik van den Bussche (Hg.): Die Hamburger Universitätsmedizin im Nationalsozialismus. Forschung – Lehre – Krankenversorgung (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, 24), Berlin/Hamburg 2014; Christine Pieper: Sudeck, Paul Hermann Martin, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Band 3, Göttingen 2006, S. 366-367; Christine Pieper: Die Sozialstruktur der Chefärzte des Allgemeinen Krankenhauses Hamburg-Barmbek 1913 bis 1945. Ein Beitrag zur kollektivbiographischen Forschung (Veröffentlichungen des Hamburger Arbeitskreises für Regionalgeschichte, 16), Münster/Hamburg/London 2003; Hendrik van den Bussche: Personalpolitik und akademische Karrieren an der Hamburger Medizinischen Fakultät im „Dritten Reich", in: Günter Grau/Peter Schneck (Hg.): Akademische Karrieren im „Dritten Reich". Beiträge zur Personal- und Berufungspolitik an Medizinischen Fakultäten, Berlin 1993, S. 19-38; Hendrik van den Bussche/Friedemann Pfäfflin/Christoph Mai: Die Medizinische Fakultät und das Universitätskrankenhaus Eppendorf, in: Eckart Krause/Ludwig Huber/Holger Fischer (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich". Die Hamburger Universität 1933-1945. Teil III: Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät, Medizinische Fakultät, Ausblick, Anhang (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, 3/III), Berlin/Hamburg 1991, S. 1259-1384; Ursula Weisser (Hg.): 100 Jahre Universitäts-Krankenhaus Eppendorf 1889-1989, Tübingen 1989; Hendrik van den Bussche (Hg.): Medizinische Wissenschaft im „Dritten Reich". Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, 5), Hamburg/Berlin 1989; Hinrich Sudeck: Leben und Werk eines Hamburger Chirurgen Paul H. M. Sudeck (1866-1945), Diss. Universität Ulm 1985; Karl Heinz Roth: Großhungern und Gehorchen. Das Universitätskrankenhaus Eppendorf, in: Angelika Ebbinghaus/Heidrun Kaupen-Haas/Karl Heinz Roth (Hg.): Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984, S. 109-135; Ernst Roedelius: Zur Geschichte der Vereinigung Nordwestdeutscher Chirurgen. Zur 100. Tagung unter dem Vorsitz von Ludwig Zukschwerdt 15.-16. Dezember 1967. Tatsachen, Erinnerungen und Erlebnisse, Mannheim 1967; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI.

(57) Friedrich Thieding

Lebensdaten: 7.10.1893 – 21.5.1967
Tätigkeiten: Arzt, Ärztefunktionär
Straßenname: Thiedingreihe (1969 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Friedrich Thieding wurde 1893 in Hamburg geboren. Von 1910 bis 1913 besuchte er die Oberrealschule Holstentor in Hamburg, an der er Abitur machte. An der Technischen Hochschule München und den Universitäten München (1913-15), Göttingen (1915-19) und Hamburg (1918-20) studierte er Medizin und Chemie, wurde 1920 promoviert und eröffnete ein Jahr später eine eigene Praxis am Speersort. Als Student gehörte er der studentischen Verbindung Landsmannschaft Hannovera auf dem Wels an.
Thieding wurde 1922 zum Vorstandsmitglied der Vereinigung der Krankenkassenärzte Groß-Hamburgs e.V. gewählt – eine Funktion, die er bis März 1933 ausübte. 1928 wurde er in die Hamburger Ärztekammer gewählt. Seit 1931 war er ehrenamtlich stellvertretender Vorsitzender der privatärztlichen Verrechnungsstelle. Wie Anna von Villiez hervorgehoben hat, bekämpften sich Gegner und Befürworter des Krankenkassensystems in Hamburg erbittert, nationalsozialistische Ärzte attackierten das Kassenarztwesen dabei als „jüdisch“ und „rot“. In einer Darstellung zur Geschichte des NSD-Ärztebundes von 1940 hieß es in der Rückschau, der „schwerste Kampf“ der Nationalsozialisten hätte sich „gegen die Vereinigung der Krankenkassenärzte [gerichtet], in der das jüdische Element sehr starken Einfluß hatte“. Welche Rolle Thieding in diesen Auseinandersetzungen spielte, ist bislang nicht erforscht worden.
Seit Februar 1933 gehörte Thieding für wenige Monate bis zu ihrer Auflösung der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) an.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Nur kurze Zeit nach dem Wahlsieg der NSDAP im März 1933 wurden die ärztlichen Spitzenverbände in Hamburg „gleichgeschaltet“. Der Vorstand der Vereinigung der Krankenkassenärzte Groß-Hamburgs legte am 27. März seine Ämter nieder. Laut Thiedings Aussagen wurde er zusammen mit den anderen Vorstandsmitgliedern unter Androhung von Schutzhaft zum Rücktritt gezwungen. Verifiziert werden konnte diese Angabe nicht, entsprechende Forschungen zur Vereinigung und ihrer „Gleichschaltung“ fehlen. Einen Tag vor dem Rücktritt der Vereinigung erschien in den *Mitteilungen für die Aerzte und Zahnärzte Groß-Hamburgs* ein Artikel Thiedings, in dem er sich positiv auf die 1931 erlassenen gesetzlichen Regelungen zum Kassenarztwesen und deren Absicherung der „Selbstverwaltung der Kassenärzte“ bezog und sich gegen „Staatssozialismus“ und „Bürokratisierung“ im Gesundheitswesen aussprach. Gleichzeitig sah er die Ärzteschaft dem „Wohle des Volksganzen“ verpflichtet und betonte in völkischem Duktus: „Ein krankes Volk ist dem Untergang geweiht.“ Explizite Hinweise auf eine positive Haltung zur nationalsozialistischen Machtübernahme fehlen jedoch.
Die Hamburger Ärztekammer wurde am 26. Mai vom neuen NSDAP-Gesundheitssenator Ofterdinger aufgelöst. Im August 1933 wurde schließlich eine reichsweite Kassenärztliche Vereinigung (KVD) gebildet, in die die lokalen Vereinigungen aufgelöst wurden. Trotz Thie-

dings Angabe, zwischen 1933 und 1945 keinerlei berufspolitische Funktionen ausgeübt zu haben, wurde er noch im Mai 1933 als zweiter Vorsitzender in den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft von Ärzten und Zahnärzten e.V. gewählt. Was in der folgenden Zeit aus der Arbeitsgemeinschaft wurde, ist nicht bekannt.

Friedrich Thieding wurde im September 1933 förderndes Mitglied der SS – laut eigenen Angaben in der Entnazifizierung „aus persönlichen Sicherheitsgründen auf Anraten meiner Freunde". Als er nach dem „Röhm-Putsch" 1934 seine Zahlungen einstellen wollte, habe er Drohungen erhalten. Seit 1934 war Thieding Mitglied in den NS-Wohlfahrtsverbänden Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) und Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung (NSKOV), seit 1939/40 im Nationalsozialistischen Deutschen (NSD) Ärztebund.
Im Mai 1939 trat er auch in die NSDAP ein, sein Eintrittsdatum wurde laut eigenen Angaben auf den 1. Mai 1938 zurückdatiert. In seiner Entnazifizierung erklärte Thieding, zusammen mit „ca. 20 sogenannten ‚besser Situierten'" zu einer Besprechung mit der NSDAP-Ortsgruppe aufgefordert und dort unter Druck gesetzt worden zu sein, sich auf einer „herumgereichte[n] Sammelliste" einzutragen, um die Mitgliedschaft zu beantragen: „Ein Aufnahmeantrag wurde von mir niemals gestellt oder unterzeichnet". Beiträge habe er nur bis zum August 1943 gezahlt, ein Mitgliedsbuch niemals besessen. Diese Darstellung erscheint fragwürdig, insbesondere weil ein handschriftlich unterzeichneter Aufnahmeantrag zur festen Voraussetzung einer NSDAP-Mitgliedschaft zählte und dieses Kriterium streng geprüft wurde, da die Partei viel Wert auf die „Freiwilligkeit" einer Mitgliedschaft legte. Ob auf Thieding dennoch Druck ausgeübt wurde, kann nicht verifiziert, aber auch nicht ausgeschlossen werden. Da es keine weiteren Quellen gibt, die seine Darstellung bestätigen, liegt die Annahme nahe, dass es sich um eine Schutzbehauptung im Zuge der Entnazifizierung handelte.

1933 oder 1934 wurde Thieding Mitglied im Vereinsvorstand des Kinderkrankenhauses Rothenburgsort. Seit 1936 arbeitete Thieding für verschiedene Unternehmen als Betriebsarzt, so für die Billbrauerei AG (1936/37-1946), die Norddeutsche Reichsmühle (1937-1941), die Ruberoidwerke (1938-1946), die Schlochauer Nachfg. (1941-1945) sowie Hell & Sthamer (1944/45). Mindestens im Fall der Firma Schlochauer wirkte Thieding auch in der ärztlichen Betreuung beschäftigter Zwangsarbeiter, in diesem Fall von über 100 Polinnen und Polen. Vom Militärdienst wurde Thieding wegen Untauglichkeit zurückgestellt.

Zur Biographie nach 1945

1945/46 wurde Thieding entnazifiziert, eine weitere Ausübung seiner privaten Praxis wurde ihm gestattet. Im Februar 1949 wurde er in die Kategorie V eingestuft. Bereits kurz nach der britischen Besetzung Hamburgs übernahmen Thieding und andere frühere Vorstandsmitglieder der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) die Geschäfte der Landesstelle der KVD. 1948 wurde er auch offiziell zu deren zweitem Vorsitzenden gewählt. 1949 gehörte Thieding zu den Mitbegründern des Verbandes der Ärzte Deutschlands, des „Hartmannbundes", dessen Vorsitzender (1950-59) und Ehrenvorsitzender (seit 1959) er war. 1950 wurde er in die Bundesärztekammer gewählt, 1954 übernahm er den Vorsitz der KV Hamburg. 1955 wurde ihm die Paracelsus-Medaille der Deutschen Ärzteschaft verliehen, 1956 das Großkreuz des Bun-

desverdienstordens und 1958 die Hermann-Kümmell-Ehrengedenkmünze der Medizinischen Fakultät der Universität Hamburg. Bundesarbeitsmininister Theodor Blank (CDU) ernannte ihn 1959 zum Richter am Bundessozialgericht in Kassel. Thieding veröffentlichte in den Nachkriegsjahren mehrere Bücher, darunter „Die kassenärztliche Praxis“ (1947), „Das soziale Mosaik“ (1956) und „Der alte Mensch und die Gesellschaft“ (1965). Dabei sprach er sich u.a. für eine Neuordnung der Sozialversicherung aus. Das *Hamburger Abendblatt* nannte ihn einen „der bekanntesten deutschen Ärzte“ und einen „der besten Kenner sozialpolitischer Probleme“. 1965 verlieh ihm die Bundesärztekammer für seine Verdienste um die ärztliche Fortbildung die Ernst-von-Bergmann-Plakette. 1967 starb Thieding im Alter von 73 Jahren.

Als Ende der 1960er Jahre ein Name für die Zweite Billhorner Kanalstraße gesucht wurde, sollte der Namensgeber eine Person sein, die sich um das Kinderkrankenhaus Rothenburgsort verdient gemacht hatte. Dabei fiel die Wahl nicht auf den jüdischen Kinderarzt Carl Stamm, der das Krankenhaus bzw. seine Vorgängerinstitution von 1898 bis 1933 geleitet hatte und kurz vor seiner Deportation 1941 verstorben war, sondern auf Thieding, der in den frühen 1960er Jahren stellvertretender Vorsitzender des Vereins war und nach dem die Straße im Oktober 1969 benannt wurde. 1971 wurde vom Hartmannbund die Friedrich-Thieding-Stiftung ins Leben gerufen und seit 1972 der Friedrich-Thieding-Preis vergeben.

Fazit

Friedrich Thieding war ein Arzt und Ärztefunktionär, der in der Zeit der Weimarer Republik im Vorstand der Vereinigung der Krankenkassenärzte in Hamburg aktiv war – eine Position, die er mit der Zentralisierung des Krankenkassensystems durch die Nationalsozialisten 1933 verlor. Aufgrund fehlender Forschungen sind wir für eine Einschätzung der Rolle Thiedings im „Dritten Reich“ auf seine Angaben in der Entnazifizierungsakte angewiesen, in der er sich als Geschädigter darstellte, der von den Nationalsozialisten von seinem Vorstandsposten in der Vereinigung verdrängt und 1939 zum Parteibeitritt gezwungen wurde. Für Letzteres konnten keine weiteren Quellen gefunden werden, und eine Bewertung als Schutzbehauptung im Zuge der Entnazifizierung liegt nahe. Thieding war förderndes Mitglied der SS seit 1933 und der NSDAP seit 1938 und gehörte weiteren NS-Organisation an. Politische Aktivitäten jenseits der formalen Mitgliedschaft sind ihm jedoch nicht nachzuweisen.

Literatur und Quellen

Hildegard Thevs: Stolpersteine in Hamburg-Rothenburgsort. Biographische Spurensuche, Hamburg 2011; Judith Hahn/Rebecca Schwoch: Anpassung und Ausschaltung. Die Berliner Kassenärztliche Vereinigung im Nationalsozialismus, Berlin/Teetz 2009; Anna von Villiez: Mit aller Kraft verdrängt. Entrechtung und Verfolgung „nicht arischer“ Ärzte in Hamburg 1933 bis 1945 (Studien zur jüdischen Geschichte, 11), München/Hamburg 2009; Thomas Gerst: Ärztliche Standesorganisation und Standespolitik in Deutschland 1945-1955 (MedGG-Beihefte, 21), Stuttgart 2004; Carl Heinz Wandrey: Aus der Geschichte der KV Hamburg, in: Hamburger Ärzteblatt (HÄB), 23 (1969), 12, S. 410-421; Friedrich Thieding: Der alte Mensch und die Gesellschaft. Eine sozialmedizinische Studie (Schriftenreihe aus dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens, 20), Stuttgart 1965; ders.: Der Arzt im Fegefeuer der Massen, Stuttgart 1961; Krankheit und Wirtschaft. Eine sozialmedizinische Studie, Stuttgart 1960; ders.: Der Mensch und die soziale Krankenversicherung. Gedanken zu einer sinnvollen Neuordnung, Stuttgart 1959; ders.: Das soziale Mosaik. Eine Studie der individuellen und kollektiven Leistungen zur Sicherung des Lebens. Ein Beitrag zur Neuordnung der Sozialversicherung, Hamburg 1956; ders.: 30 Jahre Kassenärztliche Vereinigung Hamburg, in: HÄB, 3 (1949), 10, S. 207-208; ders.: Die Neugründung des Verbandes der Ärzte Deutschlands,

in: HÄB, 3 (1949), 6, S. 118-121; ders.: Die kassenärztliche Praxis. Eine Einführung in die kassenärztliche Tätigkeit für Ärzte (Schriften für ärztliche Fortbildung, 4), Hamburg 1947; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Geschichte der Hamburgischen Ärztekammer, Hamburg [ca. 1940]; Mitteilungen für die Aerzte und Zahnärzte Groß-Hamburgs, 1933; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; BArch, R 9345; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 221-11, M 6343; StAHH, 352-3, II N 82.

(58) Adolf Woderich

Lebensdaten: 27.4.1906 – 28.3.1963
Tätigkeiten: Schriftsteller, Dichter
Straßenname: Woderichweg (1973 benannt)

Zur Biographie vor 1933
Im April 1906 wurde Adolf Woderich in Hamburg als Sohn eines Postarbeiters geboren, von 1914 bis 1921 besuchte er die Volksschule. Er lernte in der Folge den Beruf des Buchdruckers und bestand im Dezember 1925 die entsprechende Handwerksprüfung. Von 1926 bis 1930 besuchte er die Universität Hamburg. 1931 arbeitete er als Buchdruckergehilfe, seit 1932 war er erwerbslos. Seit 1928 veröffentlichte er Gedichte und Erzählungen.

Zur Rolle im Nationalsozialismus
Der NSDAP trat Adolf Woderich nicht bei, jedoch war er seit 1933 Mitglied in der Reichsschrifttumskammer, was notwendig war, um weiter publizieren zu können, und seit 1934 Mitglied der Deutschen Arbeitsfront. Zu Beginn der NS-Herrschaft zählte Woderich noch zu den schriftstellerischen „Newcomern", was er Kay Dohnke zufolge durch politische Gedichte im völkisch-nationalistischen Duktus zu kompensieren versuchte. So sprach er 1933 von echten Dichtern als „Wegweiser[n] und Führer[n] des Volkes, und den Sinn: Volk! Nation! lebendig zu machen und zu heiligen, in dieser Aufgabe allein hat die Dichtung ihre Berechtigung und Ziele zu suchen". Woderichs plattdeutsche Gedichte und Erzählungen lassen sich im Kontext der Niederdeutschen Bewegung verorten. In der Zeit des „Dritten Reiches" erschienen von Woderich elf Bücher, darunter Schauspiele bzw. Komödien wie „De Bürgermeisterstohl" (1938), humoristisch-unpolitische Geschichten wie „Hier wackelt die Wand" (1940) oder Romane wie „Der Geiger von Mölln" (1939). Woderich publizierte sowohl auf hochdeutsch als auch auf plattdeutsch.

Der Durchbruch gelang Woderich mit dem Stück „De Achtertrepp" (1935), in dem die Geschichte einer Arbeitslosen-Familie erzählt wird, die mit dem Anbruch des „Dritten Reiches" und neuer Hoffnung für die Familie endet. Woderich trat bei zahlreichen politischen Veranstaltungen auf. Dohnke zählt ihn zu den „eifrigen Verfassern plattdeutscher Lobgesänge auf das Hitler-Regime", etwa in Form des im *Hamburger Tageblatt* im März 1936 veröffentlichten Gedichts „Dütschland steit fast". In einer Sammlung von Christian Boeck und Albrecht Jansen publizierte er 1935 das Gedicht „Volk up´n Weg", in dem der Aufstieg des (deutschen) Volkes als „hillig Bloodsgemeen" (heilige Blutsgemeinde) zu neuer Kraft und Größe und seine Befreiung vom Bann fremden Blutes beschworen wurde. Im Buch „De ewige Quickborn. Ein plattdüütschen Sonettenkranz" (1940), das in einer geringen Auflage von 200 Stück vertrieben wurde, präsentierte Woderich pathetische Sonette, in der ebenfalls niederdeutsch-völkische mit nationalsozialistischer Ideologie verknüpft wird. Dabei stilisierte er den Nationalsozialismus zum Höhepunkt deutscher „Volkwerdung" und bezog sich positiv auf Elemente und Begriffe der NS-Ideologie wie „Blut", „Art", „Germanen" und „blonde Riesen". Für Kay Dohnke belegt „kaum eine andere plattdeutsche ‚Dichtung' […] so eindringlich, wie re-

gionale Mundartliteratur zum Instrument faschistischer Ästhetik umfunktioniert werden konnte“. In dem historischen Roman „Der Geiger von Mölln“ (1940), der an der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert spielte, rekurrierte Woderich auf exotisierende Stereotype von „Zigeunern“ als freiem, ungebundenem und lebendigem Volk. Dem Protagonisten, einem Musiker, der sich von einem „Zigeunermädchen“ angezogen fühlt, legte er die Worte in den Mund: „wie am nächtlichen Himmel die vielerlei Gebilde der Sterne, so lebten auf Erden auch Völker und Rassen, die nur unter den ihnen eigentümlich vorausbestimmten Gesetzen und Blutmächten bestehen könnten. Vermischten sich diese Elemente […] mit einer anderen Art, so ging das gegen Blut und Gott […] Er und das Zigeunermädchen – da stand mehr dazwischen als nur ein klares Bedenken, da stand Volk gegen Volk und Blut gegen Blut.“

Woderichs wirtschaftliche Lage blieb in den ersten Jahren des „Dritten Reiches“ schlecht, bis 1936 lebte er von der Wohlfahrtsunterstützung. 1937 erhielt er einen Stiftungspreis der Illustrierten *die neue linie*. Auf einen Antrag hin, in dem er sich als „völlig mittellos“ präsentierte, förderte ihn das Reichspropagandaministerium im April 1938 mit einem Stipendium aus der „Dr. Goebbels-Spende“ in Höhe von 400 DM. Im selben Jahr verschaffte ihm die Gauführerschule in Hamburg als „Adolf-Hitler-Freiplatzspende“ eine Erholungsreise, obwohl er kein Parteimitglied war und die Spende in der Regel für bedürftige „alte Kämpfer“ der NSDAP vorgesehen war. Ein Unterstützungsantrag Woderichs an die Deutsche Schillerstiftung wurde im März 1939 von der Reichsschrifttumskammer mit den Worten befürwortet, Woderich sei „in der letzten Zeit wieder mit neuen und sehr beachtenswerten Arbeiten hervorgetreten“ (nachdem die Kammer ihn bereits 1938 als „durchaus positiv“ bewertet hatte).
1939/40 arbeitete Woderich als Buchdrucker beim Richard Hermes Verlag, bevor er 1940 zum Wehrdienst eingezogen wurde. Er wurde zunächst in Frankreich und seit 1941 in Russland an der Front eingesetzt. In den frühen 1940er Jahren veröffentlichte er kurze literarische Texte im *Hamburger Anzeiger*, die das Wirken spezifischer Personengruppen wie des „Rüstungsarbeiters“ oder der „Lazarettschwester“ für den siegreichen Ausgang des Krieges würdigten. 1945 geriet Woderich in russische Kriegsgefangenschaft.

Zur Biographie nach 1945

Adolf Woderich wurde erst im September 1946 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft entlassen. In der Entnazifizierung sprach er von „unpolitischer Mitarbeit an norddeutschen Tageszeitungen“ während des „Dritten Reiches“. 1947/48 publizierte er Berichte „eines Heimkehrers“ zum Leben der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion.
In den 1950er und 1960er Jahren schrieb Woderich Hörspiele, die vom Nordwestdeutschen bzw. Norddeutschen Rundfunk ausgestrahlt wurden. Theaterstücke von ihm wurden u.a. vom Ohnsorg-Theater aufgeführt. Er trat auf Dichterlesungen auf, hielt Vorträge zu „Gegenwartsfragen niederdeutscher Autoren“ (1950) und schrieb zwischen 1951 und 1954 Gedichte für das *Hamburger Abendblatt*. 1955 wurde von ihm und Hans Heinrich Leopoldi ein Sammelband mit plattdeutschen Dichtungen unter dem Titel „De Brügg“ herausgegeben. Im Mai 1955 besuchte Woderich den Gesamtdeutschen Dichtertag in Eisenach und nahm an der Schiller-Ehrung in Weimar teil. Für das *Hamburger Abendblatt* berichtete er von seiner Reise in einem Artikel, den er mit dem emphatischen Bekenntnis zu Deutschland als „einem einzi-

gen Volk von Brüdern“ mit „unteilbaren Werten“ und dem „Wille[n] zur Wiedervereinigung“ schloss. In seinem Stück „Die Ratten von Kalowa“ (1956) thematisierte Woderich Gewissenskonflikte eines deutschen Offiziers bei der Partisanenbekämpfung im Zweiten Weltkrieg. Im August 1957 wurde ihm der Freudenthal-Preis für plattdeutsche Lyrik verliehen.

Im März 1963 starb Adolf Woderich im Alter von 56 Jahren. Zehn Jahre später wurde der Woderichweg in Fuhlsbüttel nach ihm benannt. Die von ihm 1938 verfasste und 1951 im Ohnsorg-Theater zum ersten Mal aufgeführte Komödie „De Bürgermeisterstohl“, deren Handlung sich um Streitereien im Altenheim dreht, entwickelte sich zum „Erfolgs-Klassiker der niederdeutschen Bühne“ und wurde in den vergangenen Jahren mehrfach in Hamburg und im Hamburger Umland aufgeführt.

Fazit

Adolf Woderich ist formal relativ unbelastet, da er nicht Mitglied der NSDAP war. Als niederdeutscher Autor verortete er seine Publikationen jedoch aktiv im Kontext völkischer und nationalsozialistischer Ideologie und propagierte etwa „Blut und Boden“-Denken oder den Aufstieg des deutschen Volkes als „Blutsgemeinschaft“ zu neuer Kraft und Größe. NS-Institutionen wie die Reichsschrifttumskammer und das Reichspropagandaministerium würdigten diese Arbeiten Woderichs, indem sie ihn mit einmaligen Unterstützungen bedachten, wobei man einschränkend sagen muss, dass Woderich im „Dritten Reich“ von seiner schriftstellerischen Tätigkeit nicht im größeren Maße profitierte.

Literatur und Quellen

Kay Dohnke: „Ik stäk die Fahn ut“. Verhaltensweisen niederdeutscher Schriftsteller im Nationalsozialismus, in: ders./Norbert Hopster/Jan Wirrer (Hg.): Niederdeutsch im Nationalsozialismus. Studien zur Rolle regionaler Kultur im Faschismus, Hildesheim/Zürich/New York 1994, S. 283-341; Hamburger Abendblatt, 1948-2017; Adolf Woderich: Minsch achtern Mond. Komödie in 4 Akten, Hamburg 1949; ders.: Theater im Ural. Bericht eines Heimkehrers, Hamburg 1948; ders.: Wie leben die deutschen Kriegsgefangenen in Sowjet-Rußland. Bericht eines Heimkehrers, Hamburg 1947; ders.: De ewige Quickborn. En plattdüütschen Sonettenkranz, Hamburg 1940; ders.: Hier wackelt de Wand. Lustige Geschichten un Gedichten ut Hamborg un vun de Woterkant, Hamburg 1940; ders.: Der Geiger von Mölln. Roman, Hamburg 1940; ders.: Die unsichtbare Gilde. Eine historische Erzählung, Hamburg [1939]; ders.: Gevatter Dood. En Speel na en ole Legenn´ in fief Biller, Hamburg 1938; ders.: Pan ohne Flöte. Die Geschichte einer Vagabundenliebe, Hamburg 1937; ders.: Adam un de Appelboom. En dulles Stück in enen Törn, Hamburg 1937; ders.: Die Legende von Undeloh. Eine Erzählung von Heidjern und Landsknechten, Hamburg 1936; ders.: De Bürgermeisterstohl. Komödi in dre Törns, Hamburg 1936; ders.: Jugend von gestern. Ein Spiel um junge Menschen in 3 Aufzügen, Hamburg 1936; ders.: Mien Gedichtenbook, Hamburg 1935; Christian Boeck/Albrecht Jansen (Hg.): Das unbekannte Niederdeutschland, Hamburg 1935; Hamburger Nachrichten, 1930-1945; Hamburger Anzeiger, 1930-1945; Adolf Woderich: Das Verhältnis. Erzählung, Hamburg [ca. 1929]; BArch, R 9361-V, 40552; BArch, R 9361-VII/IX KARTEI; StAHH, 211-11, Misc 16541; StAHH, 621-1/144, 2800; StAHH, 621-1/144, 2806; StAHH, 621-1/144, 3268; StAHH, 731-8, A 773 Woderich, Adolf.